

**Die Politisierung der ethnischen Differenz.  
Ethnische Mobilisierung und Ethnopolitik in Estland seit der  
Perestrojka.**

Dissertation

Zur Erlangung des sozialwissenschaftlichen Doktorgrades der Sozialwissenschaftlichen  
Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen

vorgelegt

von

Stephanie Dittmer

aus Hannover

Göttingen, im Januar 2003

1. Gutachter: Prof. Dr. Horst Kern
2. Gutachter: Prof. Dr. Peter Lösche

Tag der mündlichen Prüfung: 7. Mai 2003

## **Danksagung**

Mein herzlicher Dank gilt allen, die mich bei der Arbeit an meiner Dissertation unterstützt haben - und dies ist auf vielfältige Art geschehen.

Der Deutschen Forschungsgemeinschaft und ihrem Graduiertenkolleg „Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells“ danke ich für die großzügige materielle und ideelle Förderung meiner Arbeit. Die Diskussionen mit den Antragstellern, den Kolleginnen und Kollegen, sowie den Mitarbeitern des Zentrums für Europa- und Nordamerikastudien waren nicht nur für die Weiterentwicklung meines Projektes wichtig, sondern haben die Promotion auch zu einem weniger einsamen Geschäft gemacht, als ich es am Anfang befürchtet hatte. In bester Erinnerung ist mir dabei die „Bürogemeinschaft“ mit Inka Joers, der ich ebenso wie Undine Ruge für ihre tatkräftige Unterstützung und Freundschaft danke. Ein herzlicher Dank geht an den Betreuer meiner Arbeit. Professor Dr. Horst Kern war trotz seiner immens gefüllten Arbeitstage als Präsident der Universität Göttingen stets zum Gespräch bereit. Dies weiß ich umso mehr zu schätzen, als diese Gespräche die Arbeit immer voran gebracht haben.

Meinen Gesprächspartnerinnen und -partnern in Estland schulde ich Dank dafür, dass sie mir so ausführlich, geduldig und ohne Vorbehalte Rede und Antwort gestanden haben. Insbesondere Klara Hallik sei an dieser Stelle gedankt.

Schließlich wäre mir die Arbeit ohne Rüdiger um ein vielfaches schwerer geworden. Seinem Engagement, der Ermunterung und seiner unverblünten, konstruktiven Kritik habe ich unendlich viel zu verdanken.

Ihm und meinen Eltern Barbara und Gerhard Dittmer ist diese Arbeit in Liebe gewidmet.

Göttingen, im Juni 2004

# INHALTSVERZEICHNIS

<b><u>INHALTSVERZEICHNIS</u></b> .....	<b>4</b>
<b><u>VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN UND TABELLEN</u></b> .....	<b>7</b>
<b>1. <u>EINLEITUNG</u></b> .....	<b>8</b>
<b>2. <u>ZUR THEORIE ETHNISCHER MOBILISIERUNG</u></b> .....	<b>16</b>
2.1. <u>ETHNIE UND NATION</u> .....	17
2.2. <u>ETHNIZITÄT UND HERRSCHAFT</u> .....	23
2.3. <u>ETHNIZITÄT UND MOBILISIERUNG</u> .....	27
<b>3. <u>ETHNOPOLITIK UND KULTURELLE STANDARDISIERUNG - ZUR FRAGE DER DISKRIMINIERUNG DER RUSSISCHEN MINDERHEIT</u></b> .....	<b>35</b>
3.1. <u>DER WANDEL DER ETHNISCHEN BEZIEHUNGEN UND DER ETHNOPOLITIK IN ESTLAND IM ÜBERGANG VON DER SOWJETREPUBLIK ZUM SOUVERÄNEN STAAT</u> .....	35
3.2. <u>ESTLAND NACH DER UNABHÄNGIGKEIT: NATIONALISIERUNG IM ZUGE DER ‚DEOKKUPATION‘</u> .....	44
3.3. <u>TRADITION STATT INTEGRATION - DIE REGELUNG DER STAATSBÜRGERSCHAFT</u> .....	46
3.3.1. <i>Regelung der Staatsbürgerschaft</i> .....	46
3.3.2. <i>Die Auswirkungen der Staatsbürgerschaftspolitik auf die Integration der Minderheit</i> .....	53
3.3.3. <i>Enttäuschte Hoffnungen: Staatsbürgerschaftsinteressen der Minderheit</i> .....	57
3.4. <u>EIN STAAT - EINE KULTUR: SPRACHE ALS MEDIUM KULTURELLER STANDARDISIERUNG IN ESTLAND</u> ..	63
3.4.1. <i>Sprachpolitik und Sprachgesetze</i> .....	63
3.4.2. <i>Kulturelle Desintegrationsspirale: Sprachanforderungen und Bildungssystem</i> .....	70
3.4.3. <i>Sprachangebote für Kinder und Jugendliche</i> .....	73
3.4.4. <i>Das Integrationsprogramm 2000 - eine Trendwende in der Ethnopolitik?</i> .....	75
3.4.5. <i>Estnisch als Schlüssel zur Integration? Zu den Ergebnissen der Sprachpolitik</i> .....	82
3.5. <u>TRANSFORMATIONSFOLGEN UND DISKRIMINIERUNG: DIE ÖKONOMISCHE SITUATION DER RUSSISCHEN MINDERHEIT IN ESTLAND</u> .....	86
3.5.1. <i>Benachteiligung der Minderheit - Folge der Systemtransformation oder Folge ethnischer Diskriminierung?</i> .....	86
3.5.2. <i>Radikale Durchsetzung von Marktprinzipien - Kennzeichen des estnischen Transformationskurses</i> .....	90
3.5.3. <i>Die sozialen Folgen des estnischen Transformationsprozesses</i> .....	94
3.5.3.1. <i>Allgemeine Entwicklung von Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsstruktur</i> ...	96
3.5.3.2. <i>Auswirkungen der Veränderungen im Erwerbssystem und der Wirtschaftsstruktur auf Esten und die russische Minderheit</i> .....	104
3.5.3.3. <i>Entwicklung von Einkommen und Armut</i> .....	113
3.5.3.4. <i>Der Einfluss regionaler Disparitäten auf die Betroffenheit von Esten und Nicht-Esten von den sozialen Folgen der Transformation</i> .....	115

3.5.4.	<i>Zusammenfassende Beurteilung der Transformation der estnischen Volkswirtschaft und ihrer sozialen Folgen</i> .....	119
<b>4.</b>	<b><u>ETHNISIERUNG POLITISCHER KONFLIKTE - UNABHÄNGIGKEITSBEWEGUNG UND KONSOLIDIERUNG DES ESTNISCHEN NATIONALSTAATS</u></b> .....	<b>123</b>
4.1.	<u>ENTMACHTUNG OHNE GEGENWHER - DIE RUSSISCHE MINDERHEIT IM ABSEITS</u> .....	123
4.2.	<u>DIE FORMIERUNG NEUER POLITISCHER BEWEGUNGEN ENDE DER 1980ER JAHRE</u> .....	124
4.2.1.	<i>Estnisch-nationale Bewegungen</i> .....	124
4.2.2.	<i>Die russische Reaktion auf den zunehmenden estnischen Nationalismus</i> .....	138
4.2.3.	<i>Erfolgs- und Misserfolgskriterien ethnischer Mobilisierung vor der Unabhängigkeit</i> .....	143
<b>5.</b>	<b><u>DIE ENTWICKLUNG DER ETHNISCHEN BEZIEHUNGEN NACH DER UNABHÄNGIGKEIT ESTLANDS</u></b> .....	<b>148</b>
5.1.	<u>WANDEL DER SOZIAL- UND ELITENSTRUKTUR</u> .....	148
5.2.	<u>WIDERSTAND, ANPASSUNG ODER AUSWANDERUNG? - DIE RUSSEN IM NEUEN ESTLAND</u> .....	156
5.2.1.	<i>Optionen, die keine waren: „Exit“ und „Arms“</i> .....	156
5.2.1.1.	„Exit“ .....	157
5.2.1.2.	„Arms“ .....	161
5.2.2.	<i>Die Suche nach dem eigenen Platz in der neuen Gesellschaft: „Loyalty“ und „Voice“</i> .....	169
5.2.2.1.	Die Bedeutung der Staatsbürgerschafts- und Sprachregelungen für die Integration der Russen in die neue estnische Gesellschaft .....	172
5.2.2.2.	Estland und Russland, altes und neues System als Bezugspunkte des Selbstverständnisses der estnischen Russen und ihres Verhältnisses zum neuen Staat .....	180
5.2.2.3.	Politische Interessenvertretung und ethnische Entrepreneure .....	193
5.2.3.	<i>Die Fragmentarisierung der russischen Minderheit im neuen Estland</i> .....	215
5.2.3.1.	Die alte sowjetische Elite – der gescheiterte Widerspruch.....	217
5.2.3.2.	Die Loyalität der neuen Elite und Mittelschicht - „Die Rechte, die sie brauchen, können sie sich kaufen“ .....	217
5.2.3.3.	Die kulturelle Elite – Kämpfer auf verlorenem Posten.....	219
5.2.3.4.	Resignation ohne Abwanderung: Die passive Mehrheit der Verlierer - Resignation und Rückzug.....	220
<b>6.</b>	<b><u>ETHNISCHER FRIEDE TROTZ DISKRIMINIERUNG - MODELL ESTLAND?</u></b> .....	<b>222</b>
<b>7.</b>	<b><u>ETHNISCHE BEZIEHUNGEN IN DER UKRAINE</u></b> .....	<b>231</b>
7.1.	<u>ZUM PROBLEM DER ANWENDBARKEIT UND DER ERKLÄRUNGSKRAFT DES MODELLS ETHNISCHER MOBILISIERUNG</u> .....	231
7.2.	<u>KULTURELLE DIFFERENZ UND ETHNISCHE BEZIEHUNGEN - EIN KAUSALZUSAMMENHANG?</u> .....	242
7.3.	<u>DIE POLITISIERUNG VON ETHNIZITÄT UND ETHNISCHE MOBILISIERUNGSPROZESSE IN DER NACH-KOMMUNISTISCHEN UKRAINE</u> .....	245
7.3.1.	<i>Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt und Wahrnehmung der ökonomischen Situation</i> .....	245
7.3.2.	<i>Nationalstaatsbildung und Wandel des politischen Spektrums in der Ukraine</i> .....	247
7.3.3.	<i>Neue alte Eliten - Clan-Strukturen und klientelistische Netzwerke in der Wirtschaftsleitung der Ukraine</i> .....	249

7.4.	<u>KULTURELLE NÄHE ODER INSTITUTIONELLE KONTINUITÄT? - ERKLÄRUNGEN FÜR DAS AUSBLEIBEN ETHNISCHER MOBILISIERUNGSPROZESSE IN DER UKRAINE</u> .....	260
<b>8.</b>	<b><u>ESTLAND AUF DEM WEG IN DIE EU: TRENDWENDE IN DER ETHNOPOLITIK?</u></b> .....	<b>263</b>
8.1.	<u>ETHNISCH DIFFERENZIERTE ERWARTUNGEN AN DEN EU-BEITRITT: ESTNISCHE VERNUNFT-EHE ODER RUSSISCHE LIEBESHEIRAT?</u> .....	269
8.2.	<u>ESTLAND VOR DEN ANFORDERUNGENDER EU-REGIONALPOLITIK</u> .....	273
8.3.	<u>FAZIT</u> .....	278
	<b><u>LITERATURVERZEICHNIS</u></b> .....	<b>280</b>

## VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN UND TABELLEN

### ABBILDUNGEN:

ABBILDUNG 2-1:	DIE ENTSTEHUNG UND DYNAMIK ETHNISCHER KONFLIKTE .....	31
ABBILDUNG 3-1:	NATURALISIERUNGEN IN ESTLAND 1992 BIS 1998.....	57
ABBILDUNG 3-2:	NATURALISIERUNGEN DURCH ABSOLVIERUNG VON SPRACHTESTS IN ESTLAND 1993 BIS 1998.....	65
ABBILDUNG 3-3:	ENTWICKLUNG VON ERWERBSTÄTIGKEIT UND ARBEITSLOSIGKEIT IN ESTLAND, 1989 BIS 2001 .....	97
ABBILDUNG 3-4:	ARBEITSLOSE NACH DAUER DER ERWERBSLOSIGKEIT IN ESTLAND, 1991 BIS 2001 .....	99
ABBILDUNG 3-5:	ENTWICKLUNG DER SEKTORALEN STRUKTUR DER ERWERBSTÄTIGEN IN ESTLAND, 1989 BIS 2001 .....	103

### TABELLEN:

TABELLE 3-1:	SELBST EINGESCHÄTZTE CHANCE, DIE ESTNISCHE STAATSBÜRGERSCHAFT ZU ERLANGEN (STAATENLOSE IN %), 1995.....	59
TABELLE 3-2:	STAATSBÜRGERSCHAFTSPRÄFERENZ VON STAATENLOSEN (IN %) 1993 BIS 1995 .....	59
TABELLE 3-3:	MERKMALE VON GRUPPEN MIT UNTERSCHIEDLICHEM STAATSBÜRGERSCHAFTSSTATUS (IN %).....	62
TABELLE 3-4:	MOBILITÄTSPROZESSE AUF DEM ESTNISCHEN ARBEITSMARKT IN DER TRANSFORMATION .....	100

TABELLE 3-5:	SEKTORALE BESCHÄFTIGUNGSSTRUKTUREN IN AUSGEWÄHLTEN TRANSFORMATIONS-LÄNDERN 1995/96 (IN %)	102
TABELLE 3-6:	ENTWICKLUNG DER ZAHL DER ERWERBSPERSONEN IN ESTLAND, ESTEN UND NICHT-ESTEN (1989 BIS 2001)	105
TABELLE 3-7:	ENTWICKLUNG DER ZAHL DER ERWERBSTÄTIGEN IN ESTLAND, ESTEN UND NICHT-ESTEN (1989 BIS 2001)	107
TABELLE 3-8:	ENTWICKLUNG DER ZAHL DER ARBEITSLOSEN IN ESTLAND, ESTEN UND NICHT-ESTEN (1991 BIS 2001)	108
TABELLE 3-9:	ENTWICKLUNG DER ARBEITSLOSENQUOTEN VON ESTEN UND NICHT-ESTEN (1991 BIS 2001)	109
TABELLE 3-10:	ENTWICKLUNG DER ZAHL DER INAKTIVEN IN ESTLAND, ESTEN UND NICHT-ESTEN (1989 BIS 2001)	110
TABELLE 3-11:	ARBEITSMARKTMOBILITÄT VON ESTEN UND NICHT-ESTEN IN DER TRANSFORMATIONS-PHASE - NACH GESCHLECHT	111
TABELLE 3-12:	ARBEITSMARKTMOBILITÄT VON ESTEN UND NICHT-ESTEN IN DER TRANSFORMATIONS-PHASE - NACH QUALIFIKATIONSNIVEAU	112
TABELLE 3-13:	HÖHE UND STRUKTUR DES DURCHSCHNITTLICHEN JÄHRLICHEN HAUSHALTSEINKOMMENS PRO HAUSHALTSMITGLIED, 1997 UND 2001	113
TABELLE 5-1:	ETHNISCHE ZUSAMMENSETZUNG DER ELITE ESTLANDS ENDE 1994	152
TABELLE 5-2:	DIE SOZIALSTRUKTUR ESTLANDS NACH DER UNABHÄNGIGKEIT (1996, IN %)	153
TABELLE 5-3:	AUSREISEWILLIGKEIT VON RUSSEN IN TALLINN UND NORDOST-ESTLAND, 1995	158
TABELLE 5-4:	EINSCHÄTZUNG DER WICHTIGSTEN FAKTOREN, UM ALS RUSSEN IN ESTLAND DIE EIGENE EXISTENZ ABZUSICHERN	173
TABELLE 5-5:	BEHERRSCHUNG DER ESTNISCHEN SPRACHE DURCH RUSSEN IN ESTLAND (%), 1993 BIS 1995	178
TABELLE 5-6:	TATSÄCHLICHE UND GEPLANTE ABLEGUNG VON ESTNISCHEN SPRACH-EXAMEN VON RUSSEN IN TALLINN UND IM NORDOSTEN ESTLANDS, 1994 UND 1995 (IN %)	179
TABELLE 5-7:	BEURTEILUNG DES WIRTSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN SYSTEM-WANDELS IN ESTLAND, 1993 UND 1996 (IN %)	185

# 1. Einleitung

Mit dem Zusammenbruch des ‚Ostblocks‘ und der Sowjetunion als dem letzten der Vielvölkerreiche Europas treten in Europa Probleme auf, die zum Teil die Wissenschaft vor vollkommen neue Fragen stellen, sie zum Teil aber auch mit alten Fragen konfrontierten, von denen man glaubte, dass sie nie wieder aktuell würden – zumindest nicht in Europa. Die gewaltigen ökonomischen, politischen und kulturellen Transformationsvorhaben in Ost- und Mitteleuropa, die Orientierung auf die Integration in den Westen – konkretisiert in den Osterweiterungsverhandlungen der EU – haben neben Wirtschafts- und Politikexperten Vertreter der verschiedensten Disziplinen auf den Plan gerufen, um die Vorgänge zu analysieren und zu begleiten.

Zu den alten Fragen, die sich heute, im Kontext der Globalisierung der Wirtschaft und der wachsenden Bedeutung der supranationalen Institutionen der Europäischen Union, neu stellen, gehört diejenige nach der Bedeutung des Nationalstaats und nach dem Umgang mit ethnischen Minderheiten. Obwohl die Staaten und Nachfolgestaaten in Osteuropa sehr unterschiedliche Entwicklungen durchliefen, ist eine Gemeinsamkeit doch augenfällig: Wurde auch die ‚soziale Frage‘, wie der Transformationsprozess für die Bevölkerung erträglich gestaltet und abgefedert werden könne (soziale Inklusivität), von Land zu Land unterschiedlich beantwortet, war in der ‚nationalen Frage‘ in den osteuropäischen Gesellschaften schnell entschieden: Die neuen Staaten gründeten sich alle als Nationalstaaten, in denen eine Ethnie als das Staatsvolk angesehen wird, in dessen Namen das Territorium beherrscht wird sowie Symbole und Traditionen als Ausdruck nationalen Bewusstseins legitimiert werden. Ethnisch heterogene Staaten, wie die Tschechoslowakei oder Jugoslawien, zerbrachen entlang ethnischer Grenzziehungen.

Der Nationalismus hatte Osteuropa offensichtlich nie verlassen (Brown 1991: 35, nach v.Beyme 1994), sondern unter der „Glocke der sowjetischen Dominanz“ (v.Beyme 1994: 124) sich nicht offen artikulieren können. Ethnische Identität und Abgrenzung waren nach dem Ende dieser Vorherrschaft wichtiger denn je. Zu der nationalen Ordnung schien es keine Alternativen zu geben – in Osteuropa war die Idee der Zivilgesellschaft bald an den Realitäten gescheitert und blieb als ‚letzte Ideologie der osteuropäischen Intelligentsia‘ (v.Beyme 1994: 126) bis heute eher als Vorstellung eines Entwicklungsprogramms denn als ideologisches Gegengewicht von Bedeutung erhalten.



Eine ethnische Gruppe erweckte dabei aufgrund ihrer besonderen historischen Situation gesteigerte Aufmerksamkeit, da sie erst mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion (SU) zur Minderheit gemacht wurde, als die sie sich früher nie verstehen musste: Nahezu 25 Millionen Russen und Russinnen leben gegenwärtig in den SU-Nachfolgestaaten in der ‚Diaspora‘. Ihre Situation ist nicht nur deswegen eine besondere, weil sie, ohne zu emigrieren, zur ethnischen oder sprachlichen Minorität wurden, die sich in einem neuen Staat mit dem nationalen Selbstbehauptungswillen der neuen Staatsnationen auseinandersetzen musste. (Smith/Wilson 1997: 845ff) Darüber hinaus erodierte die privilegierte Position der russischen Bevölkerung, die sich im Kontext der multiethnischen Sowjetunion als ‚primus inter pares‘ verstand, deren Sprache überall gesprochen wurde, die die politische Arena dominierte, die überall auf sowjetischem Territorium über eigene Bildungseinrichtungen verfügte und dem offiziell propagierten Ideal des Sowjetbürgers, dessen Heimat die ganze Sowjetunion sei, am nächsten kam.

Die westliche Forschung tat sich lange Zeit schwer mit der Analyse dieses Tatbestands. Das Wesen ethnischer Identität, mehr noch die Motive ethnischer Konflikte wurden lange Zeit als ein Phänomen betrachtet, das im Verschwinden begriffen sei, bzw. dort an Bedeutung verliere, wo durch sich modernisierende Gesellschaften parochiale, askriptive Bindungen gelöst und Verteilungskonflikte durch den massenhaft gestiegenen Lebensstandard befriedet seien. Horowitz (1985; 1992) wies in diesem Zusammenhang wiederholt auf den westlichen ‚bias‘ in der Analyse von ethno-nationalen Phänomenen hin, nach dem durch die paradigmatische Prominenz der sozialen Frage in der westeuropäischen und nordamerikanischen Forschung allein jene Erklärungsansätze galten, die eine ökonomische Interessenleitung auch in ethnischen Konflikten nachwiesen, den ethnischen Konflikt mithin zum sozialen Verteilungskonflikt erklärten. Hinsichtlich der Überzeugung, dass es sich bei diesen Konflikten im Kern um materielle Belange handele, herrschte eine auffällige Einmütigkeit ansonsten sehr unterschiedlicher Ansätze, von der marxistischen Klassentheorie bis zu liberalen Markttheorien.

Das Paradigma des Klassenkonfliktes und der Gedanke der sozialen Mobilität haben ebenso wie der liberale Individualismus der Moderne Argumente gegen den Bestand ethnisch definierter Gemeinschaften gegeben (vgl. Horowitz 1992: 12), die bis in die Gegenwart fortwirken – ethnische Konflikte werden in der Kategorie der sozialen Klasse beschrieben, materielle Interessen als Katalysatoren des Konflikts gesehen und in jedem Fall als erstes identifiziert. Vieles macht die Suche nach materialistischen Gründen auch plausibel – nur finden sich gerade in ethnischen Bewegungen und Konflikten immer wieder Konstellationen, in denen sich

auch bei genauerer Analyse nicht die materiellen Interessen als primäre Ursachen für Konflikte offenbaren, Klasse oder soziale Schicht sich nicht mit ethnischer Blockbildung decken.

Unter Ideologieverdacht gerieten bei der Erklärung dieser Phänomene schnell jene Theorien, die jenseits des Verteilungskonfliktes etwa emotionalen Bindungen Wirkungsmächtigkeit in diesen Konflikten zusprachen. Und in der Tat: Theorien wie etwa Huntingtons ‚Clash of Civilizations‘ bestechen weniger durch analytischen Tiefgang als durch ihre geschickte Verbindung von politischer Polemik mit einer Identitäts(re)konstruktion, in der Xenophobie und eine konfliktgeladene ethnische Differenzierung die dominanten Aspekte sind. Trotz der wenig überzeugenden Verabsolutierung der kulturellen Differenz können Vertreter des kulturalistischen Lagers wie Huntington jedoch einen Erfolg für sich verbuchen, nämlich die Aufmerksamkeit darauf gelenkt zu haben, dass ethnisch-kulturelle Konflikte sich nicht in der Moderne aufgelöst haben, sondern - im Gegenteil – auch ‚moderne‘ Gesellschaften davon in wachsendem Maße betroffen sind.

Die Welle der osteuropäischen Staatenbildungen brachte damit neuen Stoff für die Diskussion, wie das Fortwirken der ethnischen Identität und der oftmals erschreckende Fundamentalismus ethnischer Bewegungen zu erklären sei. Auf der Suche nach Auslösern und Akteuren war dabei zunächst festzustellen, dass weder die Prognosen der Totalitarismustheorie noch der Nationalismustheorie der 1970er und 1980er Jahre zutrafen: Allen ethnischen Differenzen zum Trotz war die Ruhe und Stabilität in der Koexistenz innerhalb der multiethnischen Staaten nur bedingt und zeitweise einer zentralisierten, repressiven Kontrolle zuzurechnen. Die Annahme, dass diese Staaten an ihren ethnischen Differenzen zerbrechen würden, bewahrheitete sich ebenfalls nicht. (v. Beyme 1994: 126)

Für die Forschung eröffneten sich nun jenseits der klassischen System- und Funktionalismustheorien Möglichkeiten, die ethnischen und nationalen Identitäten und ihre Geschichte hinter dem ‚Eisernen Vorhang‘ genauer in den Blick zu nehmen. Der ehemaligen Sowjetunion als größtem der drei zerfallenden föderativen Staaten kam hier besondere Bedeutung zu.

Etlliche Forscher richteten im Wissen um die neue Bedeutung ethnischer Identität ihr Augenmerk auf die Geschichte und Situation der Nationalitäten in der Sowjetunion, der sich vor Perestrojka und Zerfall nur wenige gewidmet hatten (vgl. etwa Rockett 1981; Karklins 1986;

Simon 1986), was angesichts der schlechten Quellen- und Datenlage nicht sehr überrascht. Zwar wurde nun entdeckt, dass die Nationalitäten der Sowjetunion keineswegs „seelenlose Kollektive waren, die auf die Formulierung der sie betreffenden Projekte scheinbar keinen Einfluss ausübten“. (Baberowski 1998: 307) Die Geschichtsschreibung über die Nationalitäten wird aber auch gegenwärtig noch als defizitär empfunden, da sie zu sehr auf die „Aufzählung normativer Akte, die für Wirklichkeit ausgegeben werden“ bezogen sei. (Baberowski 1998: 307f)<sup>1</sup>

Der Zusammenbruch und die daraus entstehenden souveränen Nachfolgestaaten rückten aber nicht nur die Ethnien in den Mittelpunkt des Interesses, die sich nun erstmals oder erneut Staat und Verfassung gaben. Durch die Auflösung der föderalen Struktur und die Nationalstaatsgründungen fand sich in den meist ethnisch heterogen besiedelten Territorien ein Teil der Bevölkerung plötzlich als eine ethnische Minderheit in den neuen Staaten wieder, deren Ansprüche auf Partizipation und Repräsentation gegenüber den Titularethnien neu verhandelt werden mussten und durchaus nicht überall gesichert waren. Der Situation und Entwicklung der Russen in der Diaspora widmeten sich seit Mitte der 1990er Jahre eine Reihe von Forschungsarbeiten, in denen diese neue Situation der russischen Minderheiten beleuchtet wird.<sup>2</sup> Wurde zunächst die Möglichkeit lokaler und regionaler Destabilisierungsprozesse in der Umbruchsphase der Staatsgründungen diskutiert (Kolstoe; Shlapentokh) differenzierte sich die Betrachtung und Analyse in den folgenden Jahren weiter aus – Smith und Wilson (1997) wiesen zu Recht darauf hin, dass man nicht von der ‚einen‘ russischen Diaspora sprechen könne, sondern je nach dem spezifischen Kontext hinsichtlich ihres ethnischen Bewusstseins und ihrer Existenzbedingungen sehr unterschiedliche Gruppierungen eventuell vorschnell als Kollektiv interpretiere und damit Gefahr laufe, multiple Identitäten, entstehende oder bereits existierende Fragmentarisierungen und Identitätsverschiebungen innerhalb der Minderheiten-Gruppe zu übersehen. Die Diskussion wandte sich nun verstärkt der ‚Identitätsfrage‘ und den Reaktionsoptionen der neuen Minderheit zu<sup>3</sup> – inwiefern war die verstreute russische Bevölkerung in den ehemaligen Sowjetrepubliken nun in der Lage, ihre Position zu behaupten, wo fand Widerstand oder Abwanderung statt? Dort, wo die Minderheit in den neuen

---

<sup>1</sup> Die Periode des Stalinismus wurde neben Simon (1986) von Suny (1994) untersucht. Roeder legte bereits 1991 eine interessante Untersuchungsskizze zur Rolle der nationalen Eliten im sowjetischen Herrschaftssystem vor. Einen Überblick über die ethnische Landschaft bieten Kappeler (1992), zur SU-Periode Grobe-Hagel (1992). Zur Renaissance des Nationalismus vgl. Geyer (1993); Mommsen (1993); Brubaker (1992) analysiert die Institutionalisierung von Nationalstaatlichkeit in der sowjetischen Nationalitätenpolitik.

<sup>2</sup> Stellvertretend seien hier genannt: Shlapentokh/Sendich/Payin 1994; Kolstoe 1995; Chinn/Kaiser 1996; Aasland 1996; Smith/Wilson 1997.

<sup>3</sup> Dieser Frage ging v.a. Laitin (1998) in einer vergleichend angelegten empirischen Studie unter dem Titel ‚Identity in formation‘ nach, vgl. auch Smith 1998.

Staaten blieb, wurde zur zentralen Frage, ob und wie sie sich den neuen Bedingungen anpassen werde, ob sie sich zu einem kollektiven Subjekt entwickle, das politisch und kulturell geschlossen auf die nationalen Abgrenzungsprozesse reagiere, oder eher eine diffuse Gruppe individueller Akteure sei, die nur durch bestimmte Merkmale, wie z.B. die gemeinsame Sprache, verbunden werde. (vgl. Laitin 1998; Vihalemm 1999: 18)

Dabei wurde dem Baltikum aus verschiedenen Gründen in der Forschung, aber auch in der Öffentlichkeit, besondere Aufmerksamkeit zuteil. Estland, Lettland und Litauen hatten sich als erste aus dem sowjetischen Staatenbund gelöst und ihre Unabhängigkeit erklärt. Da die Annektierung der drei Staaten durch die Sowjetunion 1940 vom westlichen Ausland nie anerkannt worden war, verfolgte die Weltöffentlichkeit die erneuten Staatsgründungen dieser Länder überwiegend mit großer Sympathie und Anteilnahme. Die Reaktionen aus der politischen Zentrale in Moskau brachten zudem nicht nur Sowjetologen zu Bewusstsein, dass sich hier vermutlich nicht nur das Schicksal der baltischen Peripherie entschied, sondern der gesamte Staatenbund nun Anfang der 1990er Jahre einer ungewissen Zukunft entgegenseh.

In den nun folgenden Jahren fielen die baltischen Staaten nicht nur durch ihre rasche Orientierung an West- und Nordeuropa und ihrem entschiedenen Transformationskurs v.a. in der ökonomischen Sphäre auf, sondern auch durch eine vergleichsweise rigide Haltung gegenüber ihrer russischen Minderheit.<sup>4</sup> Dabei ist in der Diskussion die Legitimität und das Ausmaß dieser Rigidität heftig umstritten. Im Falle Estlands werden auf der einen Seite die deutlich erkennbaren sozialen Erosionsprozesse in der estnischen Gesellschaft als Konsequenz des liberalen Steuerkurses interpretiert, der alle Einwohner Estlands gleichermaßen treffe (Kirch/Kirch 1992), auf der anderen Seite stellen eine Reihe von Autoren eine mehr oder minder starke Benachteiligung der Minderheit in den meisten gesellschaftlichen Sphären fest. (Laitin 1998; Andersen 2000; Vihalemm 1998; Smith/Wilson 1997; Aasland 1998)

Angesichts der Zuspitzung der ethnischen Beziehungen in Estland – aber auch in anderen Nachfolgestaaten der UdSSR - wurde vielfach erwartet, dass es dort zu gewaltsamen ethnischen Konflikten kommen werde. David Laitin beschreibt in seiner Untersuchung zur Situation der russischen Minderheit in Estland, Lettland, Ukraine und Kasachstan die Stimmung folgendermaßen:

---

<sup>4</sup> In vielen Forschungsbeiträgen zur Minderheit in den baltischen Republiken wird zwischen ‚russischsprachiger‘ und ‚russischer‘ Minderheit unterschieden. Angesichts der Tatsache, daß im Untersuchungsfall Estland die Differenz zwischen diesen Gruppen maximal 2% beträgt, wurde hier auf diese Unterscheidung verzichtet. (vgl. a. Smith/Wilson 1997: 862)

„In all four republics, the Russian-speakers are angry and frustrated. They blame the titulars in general, and the nationalist leaders of their republics in particular, for the uncertainty they are currently facing. For many theorists of ethnic tension, this is the recipe for war.”

Brubaker (1997) war beispielsweise davon überzeugt, dass die russischen Minderheiten in den neuen Republiken kommunale Rechte und Privilegien fordern werden und, falls ihre Ansprüche nicht erfüllt würden, mit ihrer Mobilisierung zu rechnen sei. Doch erstaunlicherweise – und auch dankenswerterweise – haben sich diese negativen Erwartungen vielfach nicht erfüllt. Artur Kuznetsov, erster Minister für Nationalitätenfragen in der Volksfront-Koalition Estlands, sagte 1991 gegenüber Laitin (1998: 180):

„[...] our situation is without violence between the ethnic groups, without sharp confrontations and victims. ... Now Estonia is the only republic in the Soviet Union without one person hurt in the ethnic violence, we have had no victims.”

Abgesehen davon, dass Estland heute ein selbständiger Staat und keine Sowjetrepublik mehr ist, hat sich an diesen beiden Feststellungen bis heute nichts geändert.

Diese beiden Stellungnahmen und der in ihnen enthaltene scheinbare Widerspruch wurden zum Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit. Ein großer Teil der Forschung über die ethnischen Beziehungen in den Transformationsstaaten des ehemaligen Ostblocks konzentriert sich auf die eindeutigen Konfliktfälle: Wie ist es etwa auf dem Balkan oder in Azerbaidjan, wo Konflikte offen, vielfach unter Anwendung von Gewalt ausgetragen wurden, zu diesen gekommen, welche Faktoren sind für den Ausbruch verantwortlich, welche Entwicklungen haben ihn begünstigt? Dagegen werden die Fälle, in denen die Entwicklung trotz ethnischer Heterogenität, zuweilen sogar spannungsgeladener Atmosphäre, einen friedlichen Verlauf nehmen, weniger häufig untersucht. Dabei ist das in den meisten der neuen Staaten Osteuropas sichtbare Phänomen ebenso erklärungsbedürftig: Warum kommt es in jenen Gesellschaften, in denen anscheinend alle Voraussetzungen für den Ausbruch eines offenen ethnischen Konfliktes gegeben sind, nicht dazu? Diese Arbeit will einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke leisten und geht am Beispiel Estlands drei zentralen Fragestellungen nach:

- Wovon hängen Entstehung und Verlauf ethnischer Mobilisierungsprozesse in ethnisch heterogenen Gesellschaften ab?

- Wie haben sich seit Beginn des Unabhängigkeitskampfes der Esten die ethnischen Beziehungen in dem Land entwickelt und wie werden sie sich voraussichtlich weiter entwickeln?
- Welche Faktoren haben den Ausbruch militanter ethnischer Konflikte bisher verhindert und welche Chancen bestehen, dass sie auch in Zukunft pazifizierend wirken werden?

Zur Beantwortung dieser Fragen wurden verschiedenen Quellen ausgewertet. Basierend auf einer Literaturanalyse und der Sichtung unterschiedlichen statistischen Datenmaterials über den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel in Estland wurde ein Leitfaden für Expertengespräche entwickelt, der die Grundlage für Interviews mit verschiedenen Experten aus Forschung und Politik in Deutschland und Estland war. Die Expertengespräche wurden in den Jahren 2000 und 2001 geführt. Der generelle Ansatz der Arbeit besteht in einem doppelten Vergleich: In einem ersten Schritt wird die Situation der Esten und der Russen in Estland miteinander verglichen, wobei seit dem Beginn des Unabhängigkeitskampfes der Esten stattgefunden bzw. stattfindende Veränderungsprozesse im sozio-ökonomischen Status der beiden Gruppen von besonderem Interesse sind. In einem zweiten Schritt soll geprüft werden, ob die in dieser Arbeit gefundenen Erklärungen für die Entwicklung der ethnischen Beziehungen in Estland auch auf entsprechende Entwicklungen in anderen Ländern anwendbar sind und mit alternativen Erklärungsmodellen konkurrieren können.

Die Arbeit geht in den folgenden sieben Kapiteln unterschiedlichen Dimensionen der Problemstellung nach. Zunächst (Kapitel 2) wird aus der wissenschaftlichen Diskussion über ethnische Konflikte ein theoretisches Modell der Entstehung und des Verlaufs ethnischer Mobilisierungsprozesse entwickelt, das die wesentlichen Bestimmungsfaktoren dieser Prozesse benennt und miteinander in Beziehung setzt. Daran anschließend (Kapitel 3) beginnt die Bestimmung der regulativen Rahmenbedingungen und der derzeitigen Qualität der ethnischen Beziehungen in Estland. Hier werden beide Gruppen in bezug auf ihren rechtlichen, politischen, kulturellen, sozialen und ökonomischen Status in der estnischen Gesellschaft verglichen. Entlang der Kriterien Sprache, Staatsbürgerschaft, Wahlrecht und der sozialstrukturellen Entwicklung der beiden ethnischen Gruppen soll geklärt werden, inwieweit die russische Minderheit Estlands in den neuen Staat inkludiert oder exkludiert wird. Im vierten Kapitel werden die ethnischen Mobilisierungsprozesse in Estland vor der Unabhängigkeit des Landes daraufhin untersucht, wie es zu der beobachteten Umkehr des gesellschaftlichen Status der

Esten und der Russen kam. Von besonderer Relevanz ist hier, welche Gruppen innerhalb der beiden Ethnien als Akteure der politischen Interessenorganisation aufgetreten sind, welche Zielsetzungen existierten, welche Gruppen und Organisationen sich formiert haben, welches ihre gesellschaftliche Basis war und in welcher Form der politische Streit zwischen den beiden Ethnien sich vollzogen hat. Daran anschließend (Kapitel 5) wird der Frage nachgegangen, wie sich die russische Minderheit unter den veränderten politischen, rechtlichen und ökonomischen Bedingungen und nach ihrem Verlust an gesellschaftlichem Status in der neuen Republik Estland eingerichtet hat. Auch hier interessieren ethnisch basierte Prozesse politischer Mobilisierung, darüber hinaus aber auch fundamentale politische Orientierungen der Russen sowie Auswanderungspläne, Anpassungsprozesse, Resignation und Formen des Widerstands gegen empfundene Diskriminierungen. Gefragt wird auch, ob sich in der gegenwärtigen Situation ethnische Entrepreneure auf Seiten der Russen identifizieren lassen. Im sechsten Kapitel werden auf der Grundlage des in Kapitel 2 entwickelten Modells der Entstehung und Entwicklung ethnischer Mobilisierungsprozesse die Ergebnisse der Analyse der ethnischen Beziehungen in Estland präsentiert und zu klären versucht, wie stabil der gegenwärtige ethnische Friede in Estland auch für die Zukunft sein wird. Im siebten Kapitel wird am Beispiel der Ukraine und der „Kultur-Differenz“-These geprüft, ob das hier entwickelte Erklärungsmodell auch auf andere Länder anwendbar ist und bessere Erklärungen für die beobachtbaren Phänomene im Bereich der ethnischen Beziehungen liefert als andere Modelle. Im achten Kapitel werden schließlich die Ergebnisse der Arbeit im Kontext des bevorstehenden Beitritts Estlands zur Europäischen Union reflektiert.

## 2. Zur Theorie ethnischer Mobilisierung

Spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs setzte sich in den Sozialwissenschaften und in der Politik zunehmend die Überzeugung durch, dass sich mit dem Abschluß der Herausbildung der Nationalstaaten und im Zuge fortschreitender gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse traditionelle Konfliktlinien auflösen und in Zukunft völlig ihre Bedeutung einbüßen werden. Hinzu kam, dass das nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene ideologische Block-System des Ost-West-Gegensatzes ethnische, religiöse oder anders gelagerte kulturelle Gegensätze innerhalb des jeweiligen Blocks überlagerte und verdeckte. Doch entgegen den modernisierungstheoretischen Prognosen sind 'traditionale' Konflikte keineswegs aus der Tagespolitik verschwunden, im Gegenteil: Nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems als geopolitischem Gegenpart zum kapitalistischen Westen scheint es, als ob gerade in jüngster Zeit solche Konflikte nicht nur zahlenmäßig zunehmen, sondern darüber hinaus auch nach Europa zurückkehren, in ein Territorium, das aufgrund seiner langen Geschichte und seiner schmerzhaften Erfahrungen mit Krieg und Verfolgung am ehesten gegen diese gefeit schien.

Und auch die Nationenbildung ist keineswegs am Ende der Geschichte angelangt. Die Attraktivität der Organisationsform Nationalstaat kann gerade mit Blick auf Osteuropa nicht übersehen werden – alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben sich als Nationalstaaten etabliert. Die meisten sind dabei mit beträchtlichen ethnischen Minderheiten, die auf dem Territorium des neuen Staates leben, in eben die Art von Konflikten geraten, die laut der modernisierungstheoretischen Prognose ihre Bedeutung gänzlich verlieren sollten.

Estland gehört zu den Ländern, deren Mehrheitsbevölkerung ihren Nationalstaat erneut auf einer ethnischen Basis etablierten. In der Literatur wird das Ergebnis dieser ethnisch orientierten Nationbildung – zumeist kritisch – als ‚Ethnonation‘ oder ‚Ethnodemokratie‘ bezeichnet. (Hallik 1998)

Die Auseinandersetzung mit Nation und Ethnie, Nationalismus und ethnischen Konflikten ist in die wissenschaftliche Diskussion zurückgekehrt. Eine Vielzahl von Disziplinen, von der Biologie und Sozialpsychologie, über Sozial- und Politikwissenschaften bis hin zur Ökonomie widmen sich der Erforschung der Ursachen und konfliktiver Verlaufsformen dessen, was seit den 1960er Jahren mit Glazer und Moynihan (1963; 1975) als "ethnicity" gefaßt wird, und der Prozesse, die seit dem Zweiten Weltkrieg noch mit dem modernisierungstheoretisch beeinflussten Terminus des "nation-building" beschrieben werden – die Nationalstaatsbildung, die zunächst die ehemaligen afrikanischen Kolonien neu formierte und am Ende des 20. Jahrhunderts schließlich den ehemaligen Ostblock erfaßte.



Ethnizität und Nation bleiben offensichtlich auch in der Zukunft wirkungsmächtige Phänomene, die im Zeitalter der Modernisierung ihre Bedeutung nicht nur beibehalten, sondern, wie der Blick auf Osteuropa zeigt, sich erneuern und verstärken.

Für die hier verfolgte Fragestellung ist entscheidend, welchen Einfluß Ethnizität und ethnische Gruppen auf den Prozeß der Nationalstaatsbildung haben. Dazu ist zunächst zu klären, wie sich die Konzepte "Ethnie" bzw. "ethnische Gruppe" von "Nation" bzw. "Nationalstaat" unterscheiden lassen und welcher Wirkungszusammenhang zwischen ihnen besteht.

## **2.1. Ethnie und Nation**

Der Begriff Ethnizität ist bis heute nicht eindeutig definiert, was angesichts der komplexen und facettenreichen Phänomene, die mit ihm zu beschreiben versucht werden, kaum verwundert. Allgemeine - und deshalb nur wenig trennscharfe - Definitionen erklären Ethnizität als eine Mischung aus subjektiver Erfahrung des Glaubens an eine gemeinsame Geschichte und die darauf beruhende Wahrnehmung des 'Andersseins' einerseits und Kontinuität durch Tradierung sozialer und kultureller Bedingungen und biologischer Abstammung andererseits. (Encyclopedia of Nationalism: 94) Gelegentlich wird auch ein normatives Element von Ethnizität betont, indem dieser Begriff auf die „[...] ethnische Identitätsbildung in Form von Aufwertung von Sprache, kulturellen Eigenheiten und Traditionen der ethnischen Gruppe“ (Lexikon zur Soziologie: 185) abstellen soll. Als durchgängige Definitionselemente in der Literatur lassen sich „[...] die Gemeinsamkeit geschichtlicher Erfahrungen, eine auf "Selbst-Bewußtsein" und Fremdzweisung gegründete kollektive Identität, ein Zusammengehörigkeitsbewusstsein sowie ein Feld wechselseitiger Beziehungen und Kommunikation in der Gruppe“ (Heckmann 1992: 35-36) feststellen. Hervorgehoben wird dabei v.a. die Vorstellung einer gemeinsamen 'Abstammungsgemeinschaft' - nach Weber ist sie konstitutiv für ethnische Gruppen, „[...] ganz einerlei, ob eine Abstammungsgemeinschaft vorliegt oder nicht.“ (Weber 1972: 237) Die Vorstellung von einer gemeinsamen Herkunft nimmt auch die Form eines gemeinsamen Gruppenschicksals an, bei dem es sich um „Deutungen, 'Konstruktionen', Mythen oder auch Erfindungen [...], deren Inhalt von gegenwärtigen Gruppenbedürfnissen bestimmt sind“ (Heckmann 1992: 37), handelt. Der heute gebräuchlichste Begriff von Ethnizität geht auf Glazer/Moynihan (1975) zurück. Einigkeit läßt sich danach lediglich darüber herstellen, dass Ethnizität nicht nur eine gemeinsame Abstammung -

oder die Vorstellung davon - sondern auch eine gemeinsame Sprache, Religion oder andere Merkmale kultureller Identität bezeichnet.

Ausgehend von einem solchen Ethnizitätsverständnis wird in der Literatur häufig eine – mal größere, mal kleinere – Kongruenz zwischen Ethnie und Nation angenommen.

Deutlich wird das in einer jüngst von Kellas (1998: 5) formulierten Definition:

”Ethnic group‘ and ‚ethnocentrism‘ are comparable with ‚nation‘ and ‚nationalism‘. The difference between them is that ‚ethnic group‘ is more narrowly defined than ‚nation‘, and ‚ethnocentrism‘ is more rooted in social psychology than is ‚nationalism‘, which has explicitly ideological and political dimensions. Ethnic groups are generally differentiated from nations on several dimensions: they are usually smaller; they are more clearly based on common ancestry; and they are more pervasive in human history, while nations are perhaps specific time and place. Ethnic groups are essentially **exclusive** or **ascriptive**<sup>5</sup>, meaning that membership in such groups is confined to those who share certain inborn attributes. Nations on the other hand are more inclusive and are culturally or politically defined. However, it is possible to trace the origins of nations and nationalism to ethnic groups and their ethnocentric behaviour.” (Kellas 1998: 5)

Eine solche Definition bietet den Vorteil, dass sie die Grenze zwischen den beiden Konzepten nicht eindeutig und trennscharf, sondern relativ breit und durchlässig zieht und damit den offensichtlich engen Verbindungen zwischen Ethnie und Nation Rechnung tragen will. Andererseits weist sie im Endeffekt schwerwiegende Nachteile auf:

Es ist zunächst überzeugend, dass die Begriffe ‚Ethnozentrismus‘ und ‚Nationalismus‘ vor allem die unterschiedliche Annäherung verschiedener Disziplinen zum Ausdruck bringen. Damit ist allerdings nicht geklärt, inwieweit sie auch tatsächlich unterschiedliche Phänomene beschreiben.

Die Erklärung der Unterschiede zwischen ‚ethnischer Gruppe‘ und ‚Nation‘ leuchtet allein schon empirisch nicht ein – ohne weiteres lassen sich zahlenmäßig große Ethnien und demgegenüber kleine Nationen als Beispiele finden. Mehr noch ist es auf der Analyseebene bereits schwierig, das Maß der gemeinsamen Abstammung oder die Bedeutung ihres Platzes in der Menschheitsgeschichte zu bestimmen, gerade wenn – wie von Kellas unterstellt - kein qualitatives Merkmal ethnische Gruppen von Nationen trennt.

Wichtig im Zusammenhang mit der Fragestellung dieser Arbeit erscheint auch, dass Kellas Ethnien Exklusivität als notwendiges Merkmal zuschreibt, Nationen hingegen Inklusivität.

Diese Unterscheidung würde die den zentralen Annahmen der Modernisierungstheorie entsprechende Schlußfolgerung zulassen, dass ethnische Differenzen im Zuge von Nationalstaatsbildungsprozessen überwunden werden.

Dieser Sichtweise widerspricht allerdings wiederum eine Auffassung, wonach Nationalstaaten sich in ‚zivile‘ und ‚ethnische‘ unterscheiden lassen. In der zivilen Nation beziehen sich die Bürger ungeachtet ihrer ethnischen, religiösen oder regionalen Herkunft auf eine gemeinsame Verfassung (*ius soli*). In der „ethnischen“ Nation ist der Bezugspunkt die angenommene gemeinsame Herkunft, geteilte Traditionen und Lebensweisen. Diese beiden Nationskonzepte werden nahezu eindeutig politisch-geographischen Territorien zugeordnet – Westeuropa, v.a. Frankreich, wird als die Verkörperung des zivilen Modells, Ost- und Mitteleuropa (zu dem auch Deutschland gerechnet wird) als die Verkörperung des ethnischen Prinzips interpretiert. (vgl. Brubaker 1999: 56ff)

Der analytische Wert dieser dichotomisierenden Typologie ist jedoch in die Kritik geraten (Greenfeld 1999), die Ambivalenz, Widersprüchlichkeit und Normativität der Begriffe wurde festgestellt, sogar der Vorwurf der als Wissenschaft verbrämten Ideologie ist erhoben worden (Brubaker 1999): Das zivile Modell, bzw. die damit identifizierten Länder erschienen inklusiv, liberal und modern und böten im politischen Diskurs eine ideologische Legitimation gegenüber dem ethnischen Modell, das als exkludierend, rassistisch, vormodern usw. abgelehnt werde (Brubaker). Es wird, ähnlich wie bei Kellas, Ethnizität im engen Zusammenhang mit Exklusivität gesehen. Die in der westlichen Forschung tief verankerte Unterscheidung zwischen ‚zivil‘ und ‚ethnisch‘ wird zum einen als nicht die Realität abbildend kritisiert, zum anderen als eine politisch-moralisch problematische Auffassung von Nation abgelehnt. (Wimmer in Einleitung zu Brubaker 1999)

Schon früh wurde darauf hingewiesen, dass kein Land nur einem der beiden Typen entspricht – in der Realität mischen sich in allen Staaten zivile mit ethnischen Elementen. (Smith 1986) Die Hauptkritik richtet sich heute jedoch auf die Inadäquatheit der Begriffe, die dichotomisieren, wo offensichtlich gemeinsame Merkmale gegeben sind. So illustriert das ‚Volk‘, welches durch eine gemeinsame Sprache und politische Kultur verbunden ist, auch in ‚Zivilnationen‘ wie Frankreich oder Amerika ein Verständnis von Nationalität, das implizit auf kulturelle Homogenität und Identität setzt. Auf der anderen Seite enthält auch ethnischer Nationalismus

---

<sup>5</sup> Hervorhebungen v. A.

v.a. im Prozeß kultureller Assimilation Elemente von Wahl und freiwilligen Anschluss, die nach der Modelleinteilung eigentlich den zivilen Nationen zugerechnet werden müssten. (Brubaker 1999)

Aus den diskutierten Ansätzen zur Differenzierung zwischen Ethnie und Nation läßt sich an dieser Stelle lediglich ableiten, dass sich die beiden Phänomene ‚Ethnie‘ und ‚Nation‘ keineswegs eindeutig trennen lassen und sich die Diskussion dessen, was eine Nation ausmacht, sehr häufig auf das ‚ethnische Fundament‘ bezieht und umgekehrt.

Ein weiterführendes Konzept zum Verständnis von Nation und Ethnie ist bei Weber (1980) zu finden, der nicht die phänomenologischen Unterschiede zwischen beiden betont, sondern auf die dynamischen Prozesse abstellt, die zwischen Ethnie und Nation entstehen.

Wie bereits erwähnt definiert Weber Ethnie als eine tatsächliche oder geglaubte ‚Abstammungsgemeinschaft‘. Auf der einen Seite wird diese von der Sippe geschieden (als reale Gemeinschaft mit realem Gemeinschaftshandeln). Ethnie ist der Sippe gegenüber ”nicht selbst Gemeinschaft, sondern nur ein die Vergemeinschaftung erleichterndes Moment. Sie kommt der allerverschiedendsten, vor allem freilich erfahrungsgemäß: der politischen Vergemeinschaftung, fördernd entgegen”. (Weber 1980: 237)

Die politische Gemeinschaft und ihr Handeln zeichnet sich bei Weber durch ein irgendwie benenn- und begrenzbares Territorium aus und durch das Handeln der darauf dauernd oder auch zeitweilig befindlichen Menschen. Territorium und Menschen werden durch Bereitschaft zu physischer (i.d.R.) Waffengewalt der geordneten Beherrschung durch die Beteiligten vorbehalten (Weber 1980: 515) Es handelt sich dabei also um mehr als eine bloße Wirtschaftsgemeinschaft, die allein nicht diese Solidarität bewirken kann.

”Für uns genügt ein ‚Gebiet‘, die Bereithaltung von physischer Gewalt zu dessen Behauptung und ein nicht nur in einem gemeinwirtschaftlichen Betrieb zur gemeinsamen Bedarfsdeckung sich erschöpfendes, die Beziehungen der auf dem Gebiet befindlichen Menschen regulierendes Gemeinschaftshandeln, um eine gesonderte ‚politische‘ Gemeinschaft zu konstituieren”. (Weber 1980: 515)

Die politische Gemeinschaft bezieht sich aber nicht nur häufig auf ihr ‚entgegenkommende‘ ethnische Gemeinsamkeiten. Einmal konstituiert, produziert sie wiederum ethnischen Gemeinsamkeitsglauben und deutet ‚rationale Vergesellschaftung‘ in persönliche Gemeinschaftsbeziehungen um (Weber 1980: 237), welche die Identifizierung mit der Gemeinschaft begünstigt.

Hier findet sich der Anschluß an die ‚Nation‘: Die wesentliche Differenz zur Ethnie besteht darin, dass der Begriff Nation v.a. politische Vergemeinschaftung (und damit eine Solidargemeinschaft) anzeigt. Dieser Gemeinschaft ist eine spezifische Art von Pathos eigen, welches sich in einer Gruppe mit dem Gedanken einer politischen Machtgebildeorganisation verbindet. Die politische Gemeinschaft knüpft das Postulat, eine Nation zu sein, besonders häufig an die Sprachgemeinschaft, oft auch an Religion, aber auch Sozialstruktur oder Sitten und Traditionen.

Webers Nationsbegriff macht deutlich, was die Definitionen, wie sie z.B. Kellas bietet, wenig trennscharf macht: In den allermeisten Fällen ist die Ethnie die Basis und zugleich das Resultat politischer Vergemeinschaftungsprozesse. Deswegen gelingen Abgrenzungsversuche, die in erster Linie nicht-ethnische Elemente im Nationsbegriff ausmachen wollen, nur unbefriedigend. Die wesentliche Differenz liegt dort, wo nur ethnische Gemeinsamkeit, nicht jedoch ethno-politische Vergemeinschaftung vorliegt.

Ethnische Gruppen sind demnach zwar ohne Nation, aber die meisten Nationen nicht ohne ethnische Gruppen denkbar, da in der Nationenbildung für die Konstruktion des Nationalen auf den ethnischen Fundus zurückgegriffen wird.

Schließt man sich der Analyse Webers an, scheint die Kritik an der Unterscheidung von ‚zivilen‘ und ‚ethnischen‘ Nation in weiten Teilen berechtigt zu sein. Die wichtigste Organisationsform politischer Vergemeinschaftung bleibt auch am Anfang des 21. Jahrhunderts der Nationalstaat, dessen Fundament die ethnische Gemeinsamkeit ist – sei es, dass eine Gruppe mit ethnischen Gemeinsamkeiten nach politischer Vergemeinschaftung im Sinne Webers strebt und die ethnischen Gemeinsamkeiten zum kulturellen ‚Überbau‘ der Gemeinschaft gerinnen, sei es dass dem mehr oder minder rationalen Zusammenschluß einer Gruppe zur politischen Gemeinschaft die ‚Ethnisierung‘ folgt.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Webers Ausführungen zur rationalen Vergemeinschaftungen sind m.E. zu Recht in der Literatur problematisiert worden (s.

Als wichtiges Zwischenergebnis ist festzuhalten, dass Ethnie und Nation in einem dynamischen Wechselverhältnis zueinander stehen und die Ethnie den Kern der gemeinsamen Identität bildet. Die Abgrenzung entlang ethno-nationaler Linien ist nichts anderes als der Versuch, Herrschaft und ethnische Zugehörigkeit in Übereinstimmung zu bringen. Ob diese Grenzziehung in Westeuropa anders, d.h. inklusiver, liberaler, demokratischer wirkt als in den Ländern, die als 'ethnische' Nationen gekennzeichnet werden, weil stärkere Zivilgesellschaften bereits vor Staatsgründung vorhanden waren, ist dabei fraglich.

Damit soll nicht behauptet werden, dass Nationenbildung in Ost- und Westeuropa nicht sehr unterschiedlichen Bedingungen unterlag und unterliegt oder dass die Brisanz in Osteuropa durch die demographischen, politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse nicht sehr unterschiedlich wäre. Es geht vielmehr um die Feststellung, dass auch die alten Nationen Westeuropas ihre ethnische Basis haben, die vom Universalismus zum Partikularismus führt und Mechanismen von Exklusion und Inklusion über Demokratie, Staatsbürgerschaft etc. entlang ethno-nationaler Grenzziehungen neu organisiert. Dass Nationen generell, wie es Kellas auffaßt, 'more inclusive' sind und ihre Definition als Gemeinschaft nicht auch essentiell auf ethnische Abgrenzung setzt, ist deshalb zu bestreiten.

Was aber sind die Voraussetzungen, welche die Übereinstimmung von ethnischer Zugehörigkeit und Herrschaft, d.h., die Nationenbildung ermöglichen? Dieser Frage soll im folgenden nachgegangen werden.

---

im folgenden) legen sie doch ein Maß rationaler Durchdringung nahe, die empirisch wohl kaum nachweisbar ist. Webers Beispiele beziehen sich ausschließlich auf antike Gesellschaften.

## 2.2. Ethnizität und Herrschaft

Hierbei geht es um die Analyse der Bedingungen, unter denen sich ethnische Gemeinsamkeit zur politischen Gemeinschaft entwickelt: Um die Politisierung von Ethnizität. Was sind die Voraussetzungen für einen Zusammenschluß zur politischen Gemeinschaft, warum und unter welchen Bedingungen werden überhaupt ethnische Gemeinsamkeiten virulent und lassen sich politisch mobilisieren? Unter welchen Bedingungen kommt es schließlich zu Konflikten zwischen ethnischen Gruppen? Welche Ethnie setzt sich bei der Staatsbildung durch, wenn verschiedene ethnische Gruppen auf einem Territorium leben? Was sind dabei die Ursachen des Erfolgs? In der Forschungsliteratur sind hierzu eine Fülle von Ansätzen entwickelt worden.

Herrschte lange Zeit die auf Weber und später auf Barth zurückgehende Auffassung vor, dass es kein ursprüngliches ethnisches Bewusstsein gebe, sondern nur rationelle, d. h. nicht-ethnische, materielle Interessen ethnische Zusammenschlüsse motivieren und zur Folge haben könnten, ist diese Annahme einer gänzlich sozial konstruierten Ethnizität im Verlauf der weiteren Diskussion mit guten Argumenten in Zweifel gezogen worden.

In der wissenschaftlichen Diskussion lassen sich – in einer recht groben Unterteilung – im wesentlichen zwei Schulen unterscheiden, die ‚primordialistische‘ und die ‚situative‘. Diese beiden Sichtweisen haben sich im Laufe einer langen Diskussion über Ethnizität und ethnischer Mobilisierung entwickelt, die im folgenden kurz skizziert werden soll.

Das primordiale Kulturverständnis läßt sich idealtypisch beschreiben als eine Konzeption, die das Entstehen kultureller bzw. ethnisch differenter Gruppen auf als objektiv und dauerhaft angesehene Merkmale zurückführt. In dieser Sichtweise steht die Frage nach den in gegebenen ethnischen Gruppen intern ablaufenden Prozessen der Vergemeinschaftung im Vordergrund. Hier werden gemeinsame Sprache, Geschichte, Hautfarbe u. ä. als Zuordnungs- und Unterscheidungskriterien betont. Geertz (1963) formuliert dieses Verständnis wohl am klarsten: Die „[...] Übereinstimmungen des Blutes, der Sprache, der Sitten usw. haben in sich und treiben aus sich heraus ungeheuerer und zeitweilig überwältigende Konsequenzen. Man ist an seinen Verwandten, seinen Nachbarn, seinen Glaubensbruder ipso facto gebunden, nicht nur aufgrund persönlicher Anziehung, taktischer Notwendigkeit, gemeinsamen Interesses oder auferlegter moralischer Verpflichtungen, sondern letztlich zu einem erheblichen Teil durch die Kraft einer unbeschreiblichen absoluten Bedeutung, die den besonderen Bindungen selbst zugeschrieben wird.“ Van den Berghe (1979) schreibt den 'Wir-Gefühlen' an sich primordia-

len Charakter zu. Smith sieht als Kern von Ethnizität ebenfalls den Mythos gemeinsamer Vorfahren, Geschichte und Kultur, der mit einem bestimmten Territorium assoziiert ist und ein Solidarbewusstsein innerhalb der Gruppe herstellt. (Smith 1986: 32) Ethnizität stellt danach eine subjektive, sozial und kulturell konstituierte Realität dar, die durch die Interpretationen, die Menschen über Generationen hinweg über bestimmte kulturelle, räumliche und zeitliche Aspekte ihrer Interaktion und gemeinsamen Erfahrungen entwickeln, zur ethnischen Realität wird. (Smith 1986: 22) Auf diese Weise bilden sich bestimmte ethnische Charakteristika heraus, die wiederum die Interaktionen und Perzeptionen folgender Generationen durch die zeitliche und räumliche Konfiguration der Gemeinschaft und durch die gemeinsamen Anschauungen, die die Aktivitäten ihrer Mitglieder leiten, beeinflussen. Diese ethnischen Charakteristika nehmen eine bindende, äußerliche, quasi objektivierte Qualität für die Mitglieder und Generationen an, unabhängig von ihren Perzeptionen und ihrem Willen; sie besitzen eine Qualität von Historizität, die selbst zum integralen Bestandteil nachfolgender ethnischer Interpretationen und Ausdrucksformen wird.

Unter dem situativen Kulturverständnis lassen sich sehr variierende Ansätze hinsichtlich einer Gemeinsamkeit zusammenfassen. In Abgrenzung zu den Primordialisten sehen sie Ethnizität nicht als anthropologische Konstante, sondern betrachten ethnische Unterschiede als - jeweils situationsgebunden - subjektiv immer wieder neu zu konstruierende Merkmale. Von Interesse ist hier, wann, warum und entlang welcher Kriterien sich einzelne Gruppen in einer Gesellschaft zu einem gegebenen Zeitpunkt nach außen abschließen. Im Unterschied zu den primordialen Konzepten sehen diese Ansätze vorhandene kulturelle Unterschiede von Gruppen nicht als grundsätzlich virulent an, sondern gehen davon aus, dass diese Unterschiede zwar durchaus vorhanden sind, aber genauso gut latent bleiben können. Im Zentrum steht deshalb die Frage, welche jeweiligen Bedingungen dazu führen, dass diese Unterschiede für ethnische Mobilisierungen aktivierbar werden. Betont wird die Funktion von Ethnizität als Abschlußwirkung nach außen, die Grenzziehung und Aufrechterhaltung gezogener Grenzen als wesentliches Kriterium ethnischer Gruppen: „Der wichtigste Punkt der Analyse ist aus unserer Sicht die ethnische Grenze, die die Gruppe definiert, nicht der kulturelle Stoff, der die Gruppe kennzeichnet. [...] Wenn eine Gruppe im Interaktionsprozeß mit anderen ihre Identität behauptet, schließt dies immer Kriterien von Zugehörigkeit und Symbole für Zugehörigkeit und Ausschluß ein.“ (Barth 1969: 15) Das entscheidende Moment der ethnischen Mobilisierung besteht in einem Zusammenspiel sozialer und politischer Zuschreibungen von Ethnizität von außen mit inneren Segregationskräften der Gruppe: „When there exist social and political



definitions that emphasize a particular boundary or affiliation [...] and when members of such an identified group perceive economic and / or political advantages to be derived from emphasizing that particular boundary [...] then there exists a strong likelihood of mobilization on the basis of that designated identity.“ (Nagel 1986: 96) Ausschlaggebend für die ethnische Differenzierung sind hier nicht 'objektive Merkmale', sondern subjektive Konstruktion, Manipulation und strategische Ausnutzung von ethnischer Identität, die situationsbezogen interpretiert werden: Ihre Bedeutung kann wechseln, je nach Situation betont oder nicht betont werden. Da im folgenden dieser Ansatz weiter ausgeführt wird, soll an dieser Stelle dieser skizzenhafte Abriß der wesentlichen Merkmal des situativen Konzepts genügen.

Letztlich zielt also das situative Konzept auf die jeweiligen sozialen, politischen und ökonomischen Kontextbedingungen von Ethnizität ab, während das primordiale Konzept unabhängig von den jeweiligen Kontextbedingungen und von Raum und Zeit existierende 'objektive' Unterschiede betont. Die kulturalistische Interpretation ethnischer Konflikte stellt bewußt die primordiale Bindung der Protagonisten im Konflikt heraus. Wenngleich die so betonten kulturellen Rückbezüge zunächst begründbar scheinen, werden Kontextbedingungen praktisch nicht berücksichtigt. Dabei werden nicht nur die Bedingungen ignoriert, unter denen der einer Gruppe von außen (d.h. gesellschaftlich) zugeschriebene ethnische Status Bedeutung erhält, sondern auch die Umstände, unter denen die Gruppe aus sich heraus Ethnizität als strategisches Instrument operationalisiert.

Ethnische Konflikte (oder auch ihre Abwesenheit) lassen sich aber weder allein mit primordialen noch allein mit situativen Ansätzen erklären. Für die situationsgebundene Betrachtung läßt sich anführen, dass empirisch leicht festzustellen ist, dass sich nicht überall und zu jeder Zeit Ethnien mobilisieren ließen und Nationalstaaten gründeten, also unabhängig von grundlegenden intrapsychischen individuellen Dispositionen Kontexte offensichtlich eine wesentliche Rolle bei der Entstehung von Nationalstaaten spielen. Allerdings können sie dennoch nicht plausibel machen, warum gerade ethnische Gruppierungen so zahlreich und 'erfolgreich' sind - letztendlich wären sie vom Standpunkt rationaler Interessenverfolgung nicht von anderen Interessengruppen zu unterscheiden. Primordialistische Ansätze ignorieren nicht nur die Dynamik kultureller Werte, sondern sie können auch keine mobilisierenden Faktoren benennen, die außerhalb von Kultur liegen: Wenn mit allen Handlungen lediglich die eigene unwandelbare Kultur ausgedrückt und reproduziert wird, wie entstehen dann Konflikte oder wie werden sie beendet? Mit einem primordialistischen Argument läßt sich zwar ein immerwäh-

render Konflikt konstruieren, aber nicht vorhersagen, wann ein Konflikt ausbricht oder beendet wird, da Faktoren außerhalb des Kulturraums nicht ins Gewicht fallen. Für eine Konfliktprognose taugen sie somit nicht.

Wichtig für die Erklärung und Beurteilung ethnischer Konflikte ist deshalb ein differenzierter Zugang zu diesem Problembereich. Der Schlüssel hierzu liegt in der Verbindung von Elementen des primordialen und des situativen Konzepts. Jenseits der Definition von Ethnizität als sozialer Konstruktion wird anerkannt, dass menschliche Vergemeinschaftung über die Herausbildung von Gruppenmerkmalen grundsätzlich die Basis zur Entstehung von Ethnizität bietet. Ethnizität kann sich deshalb als soziales Phänomen nur realisieren, wenn sie an (latente) kulturelle Gemeinsamkeiten anknüpfen kann. (vgl. Esser 1988, 1996: 73) Ethnizität stellt damit hinsichtlich der Frage, ob sie soziales Handeln motivieren und steuern kann, lediglich ein Potential dar - denn nur in Fällen, in denen es Gründe für kollektives Handeln gibt, wird Ethnizität, die als Ressource verfügbar ist, aktualisiert: Zur Mobilisierung einer nach kulturellen Merkmalen definierten Gruppe bedarf es einer ‚Interessenleitung‘ (Hanf 1990). Ethnizität bezieht sich, in Anlehnung an Marx‘ Ausdruck der ‚Klasse-an-sich‘, nur auf die ‚Gruppe-an-sich‘, die im primordialen Sinne eine soziale Kategorie vorstellt, die jedoch noch kein soziales Handeln konstituiert, aber über ethnische Mobilisierung die ‚Chance‘ für Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung bietet. Die ‚Gruppe-für-sich‘ drückt neben der objektiven Gegebenheit der kulturellen Gruppe das Selbstbewusstsein der Gruppe aus, die die latenten Ressourcen situationsbezogen aktiviert und die Gruppe zum Subjekt politischen und sozialen Handelns werden läßt. (vgl. Hanf 1990: 32; Rex 1990: 147)

„Auf diese Weise erfährt die sozio-biologische Deutung des ethnischen Nepotismus eine nicht-biologische, historisch-kulturelle Grundlegung: Es gibt in einer Gesellschaft ein Reservoir von gedanklichen Modellen der Typisierung, Abgrenzung und von Gefühlen der Solidarität zu 'ethnischen' Gruppen, die nicht erst aktuell konstruiert worden sind. Sie sind in vielen kulturellen Selbstverständlichkeiten noch sichtbar, wenngleich nicht virulent. Und deshalb stoßen die aktuellen 'Konstruktionen' bei den Menschen auch nicht auf komplettes Unverständnis, wenn sie damit konfrontiert werden. Die Anknüpfungsmöglichkeit an durchaus schwache, latente kulturelle Muster ist eine Bedingung für alle Versuche der Wiederbelebung ethnischer Ideen und Ideologien. Gänzlich aus dem Nichts heraus kann Ethnizität sicher nicht geschaffen werden. Aber ihren Sinn müssen die versunkenen Erinnerungen über aktuelle Gemeinsamkeiten und Abgrenzungen gewinnen. Und das können nur aktuelle gemeinsame und auch starke Interessen sein.“ (Esser 1996: 73)

Wenn das Vorhandensein kultureller Unterschiede allein nicht ausreicht, um ethnische Mobilisierungsprozesse und Konflikte zu initiieren, dann lautet die weiterführende Frage, worin die

eigentlichen Motive für ethnische Mobilisierungen liegen. Wer wird von ihnen erfaßt? Welche Prozesse kennzeichnen die Mobilisierung, in der kulturelle, beispielsweise religiöse Gemeinsamkeiten das Gewicht gewinnen, das ihnen in der kulturalistischen Denkfigur von vornherein zugeschrieben wird?

### **2.3. Ethnizität und Mobilisierung**

In der Literatur herrschen hierzu ökonomisch argumentierende Erklärungsansätze marxistischer und liberaler Provenienz vor. Sie gehen davon aus, dass ökonomische Ungleichheit der Auslöser ethnischer Konflikte ist. Beispiel eines marxistischen Ansatzes ist die Dependenztheorie, die den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Marginalisierung und ethnischen Konflikten im Kapitalismus untersucht. Hechter (1975) unterschied unter Rückbezug auf Konzepte, die in den 1960er Jahren für Lateinamerika entwickelt worden waren, am Beispiel der westeuropäischen Nationalstaaten zwischen zentralen und peripheren Regionen. Die nationalen Ressourcen sind nach diesem Modell im Prozeß der Industrialisierung einseitig zu Lasten der Peripherie und zu Gunsten des Zentrums aufgeteilt worden. Diese Verteilung bewirkte eine ungleiche Entwicklung, die eine ökonomische, politische und kulturelle Hierarchisierung nach sich zog und dann besonders problematisch wurde, wenn sie gleichzeitig verschiedene Ethnien einander so gegenüberstellte, dass die hierarchischen Stufen ethnischen Abgrenzungen entsprachen. In einer Art 'internem Kolonialismus' bildet sich dann eine kulturelle Arbeitsteilung, die eine vertikale Rangordnung der beiden Gruppen nach sozioökonomischen Kriterien impliziert, eine Integration der benachteiligten Gruppen in die Gesamtgesellschaft verhindert und schließlich in den schwachen Regionen zur Basis eines ethnischen, 'reaktiven' Nationalismus (v. Beyme) wird. (vgl. Waldmann 1992: 217f; v. Beyme 1994: 137f; Hanf 1990: 33)

Eher dem liberalen Ansatz zuzurechnen sind die Ungleichheitstheorien, die sich in einer Revision der klassischen modernisierungstheoretischen Prämissen um die Einordnung ethnischer Konflikte in den Modernisierungsprozeß bemühen und sie als Bestandteil der Moderne interpretieren, wie dies beispielhaft im Ressourcenansatz geschieht: Danach geraten dominante und unterlegene Ethnien unter dem Druck der Modernisierung in einen Wettbewerb um knappe Ressourcen, aus dem diejenigen Ethnien erfolgreich hervorgehen, die über die besseren Organisationskapazitäten verfügen. Es kommt zur ethnischen Mobilisierung, wenn zwi-

schen Ethnien Wettbewerb um Arbeit, Wohnungen, Heiratschancen, Bildungszugang etc. entsteht (vgl. Olzak und Nagel 1986; v.Beyme 1994: 139), d.h. gerade dann, wenn sich die Barrieren einer kulturellen Arbeitsteilung, in der die Ethnien in ihren ökonomischen Nischen nicht miteinander konkurrierten, auflösen. Ziel des Wettbewerbs ist es, die Kontrolle über Ressourcen zu erlangen, wobei den von der öffentlichen Hand kontrollierten Ressourcen (beispielsweise Positionen im Bildungssektor oder in der Verwaltung) eine zentrale Bedeutung zukommt. Im weiteren Gegensatz zu den klassisch-modernisierungstheoretischen Überlegungen wird hier der Modernisierungsprozeß nicht unilinear interpretiert: Kommunikation, Urbanisierung und Bildung tragen nicht zur Auflösung von Gegensätzen und damit zur Universalisierung bei, sondern machen erst Kulturmerkmale relevant, mobilisieren und politisieren das Gruppenbewusstsein. Diese Form der Ungleichheitstheorie wird im Anschluß an Olson (1968) in verschiedenen Varianten auch mit Rational Choice-Theorien verknüpft. Aus dieser Sicht wird ethnische Mobilisierung als eine Form kollektiven Handelns aufgefaßt, das gerade in der per se als ungleich verstandenen modernen Gesellschaft durch ethnische Solidarität auf die Beseitigung der sozialen Ungleichheiten zielt. (vgl. Esser 1996; Richter 1996: 60f)

Empirische Untersuchungen zeigen jedoch, dass ethnische Konflikte keineswegs lediglich als 'kulturell' kaschierte ökonomische Konflikte betrachtet werden können. Sezessionistische Bewegungen entstehen häufig - entgegen der ökonomischen Rationalität - in Regionen, die allein kaum überlebensfähig wären und nicht selten vom bisher gemeinsamen Staat profitierten. (Horowitz 1985; Waldmann 1992; weitere Nachweise bei Wimmer 1995: 472-81) Trotz erheblicher ökonomischer Kosten wird die Unabhängigkeit angestrebt. Vor allem aber zeigen die empirischen Ergebnisse, dass ethnischen Konflikten häufig intraethnische sozioökonomische Differenzen zugrunde liegen, die der wesentlichsten Annahme ökonomischer Ansätze widersprechen: Selten sind alle politisch mobilisierten Mitglieder einer Ethnie in einer vergleichbaren ökonomischen Lage, stellen also ausschließlich die Unterschicht, die Mittel- oder die Oberschicht in der Gesellschaft dar. Damit werden weder Klasse und Ethnie zur Deckung gebracht, wie es der klassisch marxistische ökonomische Ansatz impliziert, noch Interessengruppe und Ethnie, wie es die liberalen Ansätze behaupten.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang muss auch die These, dass ethnische Konflikte lediglich 'ethnisierte' soziale (oder marxistisch: von *falschem Bewusstsein* getragene) Konflikte sind, in Frage gestellt werden: Implizit legt sie nahe, dass die Aufhebung sozialer Konflikte die Relevanz ethnischer Unterschiede vermindern würde und stellt damit, wie schon die Kritik am Ethnizitätsbegriff als rein soziale Konstruktion gezeigt hat, ein „allzu mechanistisches Verständnis der Formulierungs-, Etikettierungs- und Mobilisierungsprozesse“ (Heitmeyer 1996: 53) dar. Empirische Studien belegen, dass gerade in ethnischen Unterschichten sehr unterschiedliche Neigungen festzustellen sind, soziale und ethnische Fragen miteinander zu identifizieren - der soziale Aspekt spielt also offensichtlich keine eindeutige Rolle bei der Mobilisierung von ethnischen Gruppen. (vgl. Heitmeyer 1996: 52; Horowitz 1985: 117-125)

In der Regel ist vielmehr von einer inneren sozioökonomischen Schichtung auszugehen, die für das Forschungsfeld von großer Bedeutung ist, da sich die Akteure der ethnisch mobilisierten Gruppen nach Schichtzugehörigkeit hinsichtlich ihrer Rolle in der Mobilisierung und ihren Konfliktmotiven wesentlich unterscheiden. So weisen Waldmann (1992) und Horowitz (1985) auf der Basis umfassender internationaler Untersuchungen darauf hin, dass es keinesfalls die Unterschichten sind, die in den ethnischen Gruppen die Initiative ergreifen, sondern in erster Linie die Mittelschichtgruppen (Waldmann) und die Eliten (Horowitz). Waldmann zeigt, dass in Gesellschaften, in denen eine privilegierte und eine diskriminierte ethnische Gruppe einander gegenüberstehen, die Mittelschichtsektoren der unterlegenen Ethnie sich - unabhängig von ihrer tatsächlichen Lage - relativ stärker gegenüber der Mittelschicht der dominanten Ethnie diskriminiert fühlen als die ethnische Unterschicht gegenüber der dominanten Ethnie. Horowitz präsentiert ähnliche Ergebnisse. Er kommt zu dem Schluß, dass in der Analyse ethnischer Konflikte Eliten und Massen gesondert betrachtet werden müssen, wobei die Motive der Eliten stärker im ökonomischen Bereich zu sehen sind: Sofern die unterlegene Ethnie über eine Mittelschicht verfügt, spielen in der Konkurrenz mit der sozial und kulturell eher angenäherten Mittelschicht der dominanten Ethnie Bildungsmöglichkeiten, Karrieren im Staatsapparat, Aspirationen usw. eine Rolle, die für die Masse der Bevölkerung kaum von Bedeutung sind.

Ökonomische Antagonismen gewinnen als Konfliktstoff eher an der Spitze sich entwickelnder Gesellschaften als in den unteren Schichten an Bedeutung. Wie schon die Revolutionsforschung zeigte, kann die Deprivationsthese, wonach es bei massiven sozialen Unterschieden zu revolutionären Bewegungen (bzw. ethnischen Bewegungen) kommt, damit eindeutig widerlegt werden (vgl. Hanf 1990; Horowitz 1985; Wimmer 1995; Esser 1996): Nicht bei krassen oder wachsenden sozialen Unterschieden, sondern in Zeiten der sozialen und ökonomischen Annäherung unterschiedlicher Gruppen entstehen (ethnische) Konflikte. Insofern reichen die Befunde Waldmanns und Horowitz' aus, um auch die These des 'internen Kolonialismus' als allgemeines Erklärungsmodell anzuzweifeln.

Ein m. E. vielversprechender Ansatz ergibt sich aus dem Versuch, neben den 'materiellen' wettbewerbstheoretischen Elementen, wie sie sich in den referierten ökonomischen Ansätzen finden, auch 'immaterielle' Elemente in die Erklärung kultureller Konflikte zu integrieren. Wettbewerb bleibt dabei nicht auf rein ökonomische Aspekte beschränkt, sondern wird um

soziale, politische und kulturelle Dimensionen erweitert. In einem ersten Schritt wird mit Wimmer (1995) angenommen, dass eine Politisierung von Ethnizität danach nur in spezifischen Situationen wahrscheinlich ist, nämlich

- a) in institutionell schwachen und/oder im Transformationsprozeß befindlichen Gesellschaften, in denen
- b) staatliche Güter entlang ethnischer Grenzen ungleich verteilt werden und sich deshalb politische Loyalitätsverbände auf der Basis ethnischen Gemeinsamkeitsglaubens konstituieren.

Als Ursache für eine Ethnisierung der Schlüsselpositionen in der Gesellschaft sind folglich institutionelle Defizite auszumachen. Ethnische Konflikte entstehen dann, wenn im Prozeß der Staatsbildung oder der krisenhaften Reorganisation staatlicher Institutionen ethnische Differenzen politisiert werden, und zwar dergestalt, dass ein „Kampf darum entbrennt, welchem 'Volk' der Staat 'gehören' soll.“ (Wimmer 1995: 467)

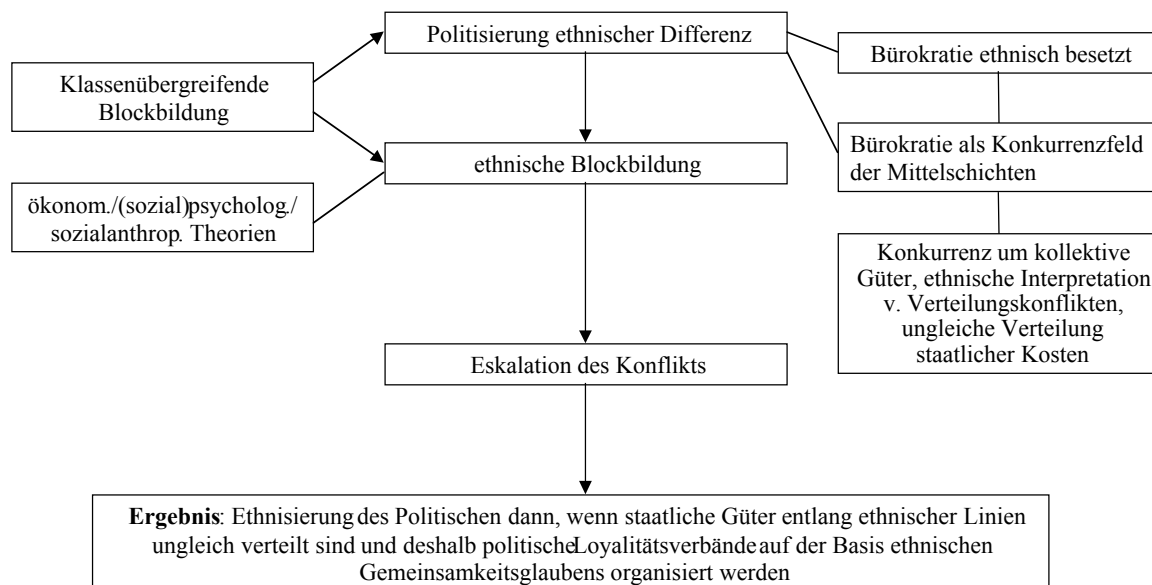
Drei Bedingungen sind zu nennen, unter denen sich ethnische Konflikte entwickeln (Abbildung 2-1):

Erstens eine ethnische Einfärbung der Bürokratie als wesentliche öffentliche Ressource. Über die Bürokratie läuft die Legitimierung staatlicher Machtpositionen, d.h.: Wer die Schlüsselpositionen in der Bürokratie besetzt, verfügt über Definitionsmacht. Phänomene wie die Bevorzugung der eigenen Ethnie über klientelistische Netzwerke, soziale Abschließung (Weber) und strategische Gruppenbildung entlang ethnischer Grenzen im Zuge der Besetzung dieser Positionen sind v.a. dort stark ausgeprägt, wo nicht-ethnische Kriterien für die selektive Vergabe bürokratischer Vergünstigungen fehlen, d.h. wenn das entsprechende institutionelle Umfeld durch Parteien, Verbände und andere Interessengruppen nicht gegeben ist oder keine historische Tradition hat. Die Bürokratie wird dann zum Konkurrenzfeld für gebildete Mittelschichten.

Zweitens muss es in den einzelnen Ethnien eine in ihren Ansprüchen frustrierte Ober- bzw. Mittelschicht geben, die sich im Verteilungskampf um Ressourcen benachteiligt fühlt. Es entsteht Konkurrenz zwischen der etablierten Elite der dominanten Ethnie und den Bildungseliten bisher ausgeschlossener Ethnien.

Die dritte Bedingung ist schließlich, dass die Mobilisierung auch auf die unteren Schichten der Ethnien übergreifen muss, so dass eine ethnische Blockbildung entsteht. Zentral ist hier die Frage, unter welchen Bedingungen eine solche schichtenübergreifende Mobilisation entsteht. Denn da die unteren Schichten zumeist direkt keine Posten und Pfründe zu gewinnen haben, ist es keineswegs von vornherein ausgemacht, dass sie am Kampf 'ihrer' Mittelschicht oder Elite um die kollektiven Güter des Staates (Bildung, Boden, Kapital) teilnehmen. Entscheidend ist, dass es der Mittelschicht oder Elite gelingt, der Unterschicht plausibel zu machen, dass auch für sie ein von ethnischen Kriterien geleiteter Ausschluß Konsequenzen hat, weil er ihnen nicht nur Vergünstigungen verweigert, sondern eventuell auch (zumindest in der subjektiven Wahrnehmung) einseitig Kosten aufbürdet. Anders ausgedrückt: Unterstützen die Unterschichten einer Ethnie nicht ihre Mittelschichten und Eliten im „Kampf um den Staat“, dann haben sie auch niemanden, der sie vor einseitig zu ihren Lasten geregelten Verteilungsfragen schützt. Leisten sie hingegen diese Unterstützung, so können sie annehmen, dass diese Fragen zu ihren Gunsten geregelt werden. (vgl. Wimmer 1995)

**Abbildung 2-1: Die Entstehung und Dynamik ethnischer Konflikte**



Quelle: Wimmer 1995

Aus dieser Sicht sind es jedoch letztlich immer noch eher ökonomisch determinierte Prozesse der sozialen Schließung, welche bewirken, dass ethnische Kategorien schließlich politischen Loyalitätsverbänden entsprechen. Die Motive der ethnischen Unterschichten in der aktiven Beteiligung an ethnischen Auseinandersetzungen wären demzufolge immer noch ökonomisch-rational, mit dem Unterschied, dass das ökonomische Interesse hier nicht unmittelbar selbst vertreten wird, sondern man hofft, dass die höheren Schichten der eigenen Ethnie diese

Interessen mit vertreten, wenn deren Interesse an zentralen Positionen in der Bürokratie durchgesetzt ist. Diese Überlegungen lösen zwar das Problem der zuvor dargestellten ökonomischen Argumentation, dass ökonomische Interessen und ethnische Zugehörigkeit nicht per se deckungsgleich sind, vernachlässigen aber weiterhin die kulturellen Aspekte von Ethnizität und ethnischen Mobilisierungsprozessen. Es wird ungenügend erklärt, warum das vermeintlich oder tatsächlich bedrohte gemeinsame kulturelle Reservoir in den Konflikten so oft und nachhaltig thematisiert wird. Unter den oben genannten Bedingungen der gesellschaftlichen und institutionellen Instabilität kann jedoch tatsächlich nicht nur die ökonomische, sondern viel umfassender die gesamte soziale und kulturelle Existenz des Mitgliedes der unterlegenen Ethnie gefährdet sein und somit zur Mobilisierung und Radikalisierung führen.

Das Defizit der ökonomischen Argumentation läßt sich jedoch in einem zweiten Schritt im Rückgriff auf Bourdieu (1983) beheben, wenn Aspekte, die ökonomische und kulturelle Momente miteinander verbinden, hinzugezogen werden: Ethnische Konflikte entstehen dann, wenn ethnische Gruppen das spezifische moralische, soziale und kulturelle Kapital (Bourdieu 1983), über das sie verfügen, in dem ihre alltägliche Reproduktion verankert ist und das nicht in andere soziale Räume außerhalb der Gruppe transferiert werden kann (d. h. dort praktisch wertlos ist), in Gefahr gerät. Das kulturelle Kapital, das die „Gesamtheit der kulturell definierten Symbole, Eigenschaften, Fähigkeiten, Mitgliedschaften und Handlungen“ (Esser 1996: 88) umfaßt, ist prekär. Aufgrund der Nichttransferierbarkeit dieses Kapitals ist gerade in Zeiten der Erosion und Transformation von Gesellschaftssystemen die spezifische Gefährdung gegeben, dass sämtliche Ressourcen der ethnischen Gruppe ihren Wert verlieren, weil sie anderweitig nicht verwendbar sind.<sup>8</sup>

Das Motiv ethnischer Konflikte besteht in der Verbindung zweier Momente: Das erste ist das der subjektiven Bedrohung der „kulturellen Grundlage der Alltagsproduktion“, bzw. der „Gefährdung der Produktivität der in einer Gruppe geltenden, kontrollierten und nicht ersetzbaren primären Zwischengüter“. (Esser 1996: 91f) Bei letzteren handelt es sich um die in einer Gruppe oder Gesellschaft als „jeweils oberste Ziele geltenden Güter“, nach denen - innerhalb ihres Geltungsbereichs - alle streben, um ihr grundlegendes Bedürfnis nach sozialer Wertschätzung und physischem Wohlbefinden zu befriedigen. Diese primären Zwischengüter unterliegen in der Gruppe über das Wertesystem des Prestiges und des Rechtssystems einer

---

<sup>8</sup> In jüngerer Zeit hat auch S. May (2001) eine Verbindung des primordialen und situationalen Verständnisses von Ethnizität mit Rückgriff auf Bourdieu hergestellt. May überträgt Bourdieus Habitus-Konzept von der Klasse auf Ethnizität als eine spezifische Art des Denkens und des Fragenstellens und verbindet dies mit dem Ethnizitätskonzept von A. Smith.



kulturellen Definition, in der festgelegt ist, was höchste Wertschätzung oder tiefste Verachtung evoziert. Der Wert des kulturellen Kapitals hängt vom Erhalt der jeweiligen institutionellen Definition ab:

„Die Symbole des kulturellen Kapitals sind damit viel mehr als 'materiell' eigentlich belanglose Zeichen. Sie sind der Kern der Definition von Situationen. Im Hintergrund steht ein bestimmtes System der Verteilung von Rechten und Prestige - und darüber des Wertes, den ein bestimmtes kulturelles Kapital, das ein Akteur oder eine Gruppe kontrolliert, jeweils hat. Weil dieses Kapital oft das einzige Pfand der Akteure zur Produktion der Mittel ist, die für die Bedienung ihrer Bedürfnisse nach sozialer Wertschätzung und nach physischem Wohlbefinden notwendig sind, ist der Kampf um die Symbole und um deren Bewertung eine oft lebenswichtige Investition in dieser Produktion“ (Esser 1996: 89, Hervorhebungen im Original)<sup>9</sup>

Aus dieser Bedrohung ergibt sich - dieses ist das zweite Moment - ein 'Wettlauf um die Definitionsmacht' des Wertes spezifischer Ressourcen, mit anderen Worten, um die Kontrolle der Herrschaft und damit der „Fähigkeit, die 'Verfassung' einer Gesellschaft bestimmen zu können. Und es ist ja diese Verfassung, die festlegt, ob - etwa - ein Adelstitel, eine bestimmte Hautfarbe oder das Sprechen einer bestimmten Sprache etwas wert ist oder geächtet wird.“ (Esser 1996: 80)<sup>10</sup>

Das Gefühl der Bedrohung und der daraus resultierende Wettlauf um die Definitionsmacht sind jedoch keine quasi naturgesetzlich gegebenen - primordialen - Phänomene, sondern sie entstehen nur unter bestimmten Bedingungen: Sind die gesellschaftlichen Verhältnisse stabil, bilden sich Gleichgewichte, in denen sich unterschiedliche Bewertungen der kulturellen Kapitalien zwischen verschiedenen Gruppen bilden. In diesem stabilen System sind auch massive Ungleichheiten kein Anlaß zur ethnischen Mobilisierung. Die Situation ändert sich aber sofort im Falle der grundlegenden Transformation der Gesellschaften und des Zusammenbruchs „jener Strukturen, die zuvor die Ruhe in der ethnischen Schichtung bewirkt hatte (sic!)“ (Esser 1996: 93) Die Karten für die Bewertung des kulturellen Kapitals werden neu gemischt; die ethnischen Gruppen werden gleichsam in den Wettlauf gezwungen, um nicht durch 'Zuspätkommen' zwangsläufig zu unterliegen: „Damit lassen sich die Bedingungen für

---

<sup>9</sup> Ähnlich argumentieren Rubenstein/Crocker in ihrer Kritik an Huntingtons These vom 'clash of civilizations'. Nach Ansicht der Autoren sind Konflikte viel eher durch die Mißachtung grundlegender, nicht verhandelbarer Bedürfnisse nach Identität, Zugehörigkeit, Sicherheit etc., zu erklären, als durch kulturelle Differenzen. (Rubenstein/Crocker 1994: 114-18)

<sup>10</sup> Vgl. zu diesem Punkt auch Horowitz, der den Kampf um den Staat als sozialpsychologisch motivierten Prozeß von Gruppenvergleich und -konkurrenz interpretiert. Auch bei Horowitz kommt ethnischen Unterschieden gerade in Transformationssituationen Bedeutung zu. Symbolische Streitfragen erhalten zwischen konkurrierenden Ethnien in dieser Situation greifbaren Wert: Eine Sprach- und Staatsbürgerpolitik zugunsten einer (dominierenden) Ethnie zeigt symbolisch wie auch materiell die Dominanz der betreffenden Gruppe und die Minderwertigkeit der unterlegenen insgesamt an - für die ‚breite Masse‘ der dominanten Ethnie läßt sich auch ohne direkten Gewinn, der der Elite vorbehalten bleibt, ein Prestigegegewinn ableiten. (Horowitz 1985: 217-30)

das Motiv und für die Ausgangssituation kollektiver Konflikte so zusammenfassen: Es muss sich um die Festlegung der Bewertung von spezifischem und unersetzlichem Kapital einer Gruppe handeln. Und es muss eine im Prinzip offene Situation unter relativ gleich starken Gruppen gegeben sein, bei denen die Gruppen sich Chancen ausrechnen können, ihre jeweiligen spezifischen Bewertungen gegen eine drohende Abwertung durchzusetzen.“ (Esser 1996: 94)

Ethnische Gemeinschaften bringen laut Esser besonders günstige Voraussetzungen zur Mobilisierung und Verbreitung des Konflikts mit. Zum einen ist der Anreiz der Teilnahme in ethnischen Gruppen besonders hoch, da sie über hohe Sanktionsmöglichkeiten verfügen, ein erhebliches soziales Kapital (über Beziehungsnetzwerke) aktivieren können und außerdem die subjektive Belohnung oft sehr hoch ist. Zum anderen wird die Verbreitung der Bewegung durch die typischerweise hierarchische Struktur begünstigt. (Esser 1996: 95)

Die Verbindung politischer, sozialer und kultureller Aspekte bietet den Vorteil, dass ökonomische und kulturelle Motive gleichermaßen einbezogen werden und so einseitige Perspektiven auflösen. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass nicht mehr - wie bei einseitig ökonomischen oder kulturalistischen Ansätzen - im Prinzip nur ein Motiv für die Mobilisierung der Gesamtheit einer Ethnie ursächlich gemacht wird.

In den nächsten Kapiteln wird die Entwicklung der ethnischen Beziehungen in Estland anhand des hier vorgestellten Modells untersucht.

### **3. Ethnopolitik und kulturelle Standardisierung - zur Frage der Diskriminierung der russischen Minderheit**

#### **3.1. Der Wandel der ethnischen Beziehungen und der Ethnopolitik in Estland im Übergang von der Sowjetrepublik zum souveränen Staat**

Der Wandel von der Sowjetrepublik zu einem souveränen Nationalstaat Estland war mit gravierenden Veränderungen im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Miteinander von Esten und Russen verbunden. Wenngleich dieser Wandel sich sehr rasch und umfassend, geradezu wie ein Bruch mit den zuvor herrschenden Verhältnissen, vollzog, was in den folgenden Kapiteln genauer herausgearbeitet werden wird, war er ganz wesentlich bestimmt von Rückbezügen der estnischen Nationalbewegung auf die Zeit der estnischen Unabhängigkeit vor dem Zweiten Weltkrieg und die Verhältnisse und Praktiken des Sowjetregimes. Dies drückt sich vor allem darin aus, dass die Nationalbewegung möglichst nahtlos an die Verhältnisse der Zwischenkriegszeit anknüpfen und die Zeit der sowjetischen Herrschaft als unliebsame Zwischenperiode mit fatalen Fehlentwicklungen verstehen wollte:

„Im Zuge der nationalen Bewegungen seit Mitte der achtziger Jahre hatten sich in allen drei baltischen Republiken klare Forderungen herauskristallisiert, die auf die Beseitigung der [...] Fehlentwicklungen und der Mängel der sowjetischen Politik seit 1940 abzielten. Diese Forderungen waren demographischer, politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Natur. Ihnen gemeinsam war die Tendenz, die ethnische Dimension des Konfliktes mit dem sowjetischen Zentrum deutlich zu machen, [...]: das grundsätzliche Ziel der nationalen Bewegungen war es, den baltischen Völkern in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur wieder ihren Platz als „allein staatstragende Nationen“ zu verschaffen und ihre einstige Vorherrschaft der Jahre 1918-1940 zurückzugewinnen. Diese Wiederherstellung sogenannter „nationalstaatlicher Normalität“ kann als die zugrundeliegende Zielsetzung der Politik der drei baltischen Republiken seit 1990, besonders aber seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1991, angesehen werden. Dies gilt ganz besonders für die Ethnopolitik.“ (Hanne/Onken/Götz 1998: 309)

Die Politik der estnischen Nationalbewegung während des Unabhängigkeitskampfes und der späteren souveränen Regierungen Estlands gegenüber der russischen Minderheit im Land muss deshalb in der Kontinuität der Annexion des Landes durch die Sowjetunion und der sowjetischen Nationalitäten- und Wirtschaftspolitik analysiert und bewertet werden, da diese wesentlich die Ausgangsbedingungen und die politischen Inhalte und Forderungen der estnischen Unabhängigkeitsbewegung beeinflusst haben. Bevor in den folgenden Kapiteln

geschildert wird, wie sich das Verhältnis der Esten und der russischen Minderheit in Estland seit dem Beginn des Kampfes um die Unabhängigkeit von der Sowjetunion Ende der 1980er Jahre veränderte, bedarf es eines genaueren Blicks auf die Ausgangslage dieser Entwicklungen. Deshalb soll hier zunächst gezeigt werden, wie die ethnischen Beziehungen sich unter dem Sowjetregime entwickelt haben und welche Faktoren für diese Entwicklungen maßgeblich waren.

Solange die Sowjetunion bestand und ihr Machtanspruch unangetastet blieb, war das Verhältnis von Esten und Angehörigen der russischen Minderheit vor allem von der Annexion Estlands durch die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg und die darauf folgende Herrschaftsausübung der Moskauer Zentralregierung bestimmt. Diese Politik wurde in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich durch zwei generelle Ziele sowjetischer Entwicklungspolitik geprägt: die ideologische und kulturelle Assimilation der unterschiedlichen Völker der Sowjetunion zu einem „Sowjetvolk“ und eine rasche Industrialisierung des an Rohstoffen zur Energiegewinnung reichen, aber stark von der Landwirtschaft dominierten Landes. (Hanne/Onken/Götz 1998: 305 f)<sup>11</sup>

Beide Zielsetzungen hatten erheblichen Einfluss auf die Gestaltung und Entwicklung der ethnischen Beziehungen im Land. Dabei war sowjetische „Nationalitätenpolitik“<sup>12</sup> formal keineswegs als Unterdrückung und Überwindung anderer Kulturen konzipiert, sondern explizit als eine umfassende Gleichstellungspolitik formuliert. Die zentrale Voraussetzung für die Integration des estnischen Volkes – wie auch der anderen Völker - in ein einheitliches Sowjetvolk wurde in der zunächst herzustellenden vollen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der einzelnen Völker gesehen. Zuerst sollte vermittels des Einsatzes großer finanzieller und administrativer Mittel die politische, kulturelle und wirtschaftliche Gleichstellung der einzelnen Völker mit den Russen erreicht werden. Auf dieser Basis, so das Kalkül, würden zwangsläufig ideologische und kulturelle Unterschiede verringert, und die ökonomische Gleichstellung gäbe keinen Anlass zu Zwietracht zwischen einzelnen Völkern. (Simon 1986; Geyer 1993; Hanne/Onken/Götz 1998: 305 ff) Doch bestand zwischen dieser zunächst angestrebten Wahrung der kulturellen Vielfalt und dem langfristigen Ziel der

---

<sup>11</sup> Die gut entwickelte Infrastruktur der baltischen Staaten Estland und Lettland machte dort die Investition in die industrielle Entwicklung preiswerter als in den weniger entwickelten Regionen der SU (Norgaard 1996: 36).

<sup>12</sup> Die Literatur zu den Nationen der Sowjetunion und der Nationalitätenpolitik ist zahlreich, stellvertretend seien hier genannt: Carrère d'Encausse (1979); Karklins (1986); Simon (1986); Kappeler (1992), Mommsen (1992); Geyer (1993) Motyl 1992 Brubaker (1997). Zur Geschichte Estlands und der anderen baltischen Staaten: Raun (1987); v. Rauch (1990); Butenschön 1992; Taagepera (1993).

Schaffung eines kulturell homogenen Gesamtstaats ein unüberbrückbarer Widerspruch, in dem die reale Politik der Zentralregierung sich letztlich doch zugunsten kultureller Hegemonie entschloss:

„Gleichzeitig wurde aber die kulturelle Vielfalt zum Zwecke der Integration in einen Gesamtstaat mit einer einheitlichen, russisch-sowjetischen Kultur überwölbt. Gerade die Verbreitung der russischen Sprache als notwendigem unionsweiten Kommunikationsmedium erhielt dabei große Bedeutung.“ (Hanne/Onken/Götz 1998: 305)

Diese kulturelle Überwölbung der eigenen Kultur wurde vor allem im Bereich der Sprache wahrgenommen. War Estnisch in der Zeit der Unabhängigkeit zwischen den Kriegen Amts-, Geschäfts- und Hauptverkehrssprache, so wurde ihr nun die russische Sprache formal gleichwertig an die Seite gestellt, was von den Esten als Bedeutungsverlust der Muttersprache empfunden wurde. Russisch spielte eine größere Rolle als Estnisch in der staatlichen und kommunalen Verwaltung, in der Wirtschaftsführung und in den gesellschaftspolitischen Organisationen. Darüber hinaus war Russisch in der Regel auch die Sprache, in der die Esten mit den Zuwanderern kommunizieren mussten, da diese zumeist nicht die estnische Sprache beherrschten. (Hanne/Onken/Götz 1998: 308)

Auch die Realisierung des Industrialisierungsprojekts war nicht frei von Widersprüchen, die sich auf die ethnischen Beziehungen auswirkten. Zum einen handelte es sich in Estland um einen sehr stark agrarisch geprägten Staat, in dem bis zum Zweiten Weltkrieg kaum Industrie entwickelt worden war: unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg waren immer noch zwei Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. (Bollow 1998: 90) Die Sowjetregierung musste also erst einmal die Voraussetzungen für den Wandel der estnischen Volkswirtschaft zu einem modernen Industriestaat sowjetsozialistischer Prägung schaffen, d.h. Schwerindustrien ansiedeln und vor Ort für ein entsprechend ausgebildetes Arbeitskräftepotential sorgen (Hallik 1996<sup>13</sup>): Darüber hinaus verfolgte sie mit brutalen Mitteln das Ziel der Kollektivierung der Landwirtschaft, um die Industrialisierung auch durch den Umbau dieses Sektors voranzutreiben. (Forced Migration Projects 1997)<sup>14</sup>

---

<sup>13</sup> Vgl. a. <http://www.unu.edu/unupress/unupbooks/uu12ee/uu12ee00.htm>

<sup>14</sup> vgl. zu diesen Abschnitten der estnischen Geschichte auch: <http://www.ciesin.ee/ESTCG/HISTORY2.html>

Die Bereitstellung einer ausreichenden Menge qualifizierter Arbeitskräfte gestaltete sich schon deshalb problematisch, weil Estland während des Krieges durch Kriegshandlungen und Emigration, aber auch durch Vertreibung, Deportation und Ermordung nahezu der gesamten jüdischen Bevölkerung des Landes rund ein Viertel der Bevölkerung verloren hatte. (Hanne/Onken/Götz 1998: 305)<sup>15</sup> Hinzu kam, dass die totalitäre Regierung in Moskau den aus dem unabhängigen estnischen Staat der Zwischenkriegszeit hervorgegangenen einheimischen Verwaltungs- und Wirtschaftsspezialisten misstraute und deren Beseitigung betrieb, anstatt sie in das sowjetische Modernisierungskonzept einzubinden. Durch Ausschaltung der alten Elite und die Kollektivierung der Landwirtschaft wurden nach dem Krieg aus den drei baltischen Sowjetrepubliken noch einmal hunderttausende Menschen deportiert und zehntausende von ihnen ermordet (Hanne/Onken/Götz 1998: 305; in Estland waren rund 50.000 Personen Opfer von Deportation und Ermordung)<sup>16</sup>. Um die dadurch noch verschärfte Arbeitskräfteknappheit aufzufangen, entschied sich die politische Zentrale letztendlich dafür, die für das Industrialisierungsprojekt und die politische Kontrolle der neuen Sowjetrepublik notwendigen Arbeitskräfte und Spezialisten aus russischen und russischsprachigen Experten zu rekrutieren. Dabei wurden vor allem Russen, Weißrussen und Ukrainer an Schlüsselpositionen gesetzt. (Hanne/Onken/Götz 1998)

In dieser ersten Phase der Zuwanderung kamen etwa 100.000 Personen nicht-baltischer Herkunft in die baltischen Republiken. (Hanne/Onken/Götz 1998: 306) Allerdings hatte die sowjetische „Entwicklungspolitik“ für Estland zumindest in ökonomischer Hinsicht auch positive Folgen, die wiederum eine neue Zuwanderungsdynamik in Gang setzten. Zwischen 1956 und 1968, unter der Ära Chru\_\_\_ev, verbesserte sich das wirtschaftliche Niveau der estnischen Volkswirtschaft so sehr, dass sie einen weit besseren Lebensstandard der Bevölkerung erlaubte als in Russland. Dieser Umstand zog erneut eine Immigrationswelle nach sich, vorwiegend aus den ärmeren Regionen Russlands. (Oplatka 1999: 166) Eine letzte Einwanderungswelle aus Russland fand schließlich Anfang der 1970er Jahre unter dem Druck zur Erhöhung der Produktivität der estnischen Energiewirtschaft statt, aber auch vor dem Hintergrund einer sich stetig verschlechternden ökonomischen Versorgungslage der Bevölkerung.<sup>17</sup>

---

<sup>15</sup> ebd.

<sup>16</sup> <http://www.ciesin.ee/ESTCG/HISTORY3.html>; Brettin (1995: 79) geht von 80.000 verschleppten, inhaftierten und ermordeten Personen aus. Dabei handelte es sich vor allem um Bauern, die sich der Zwangskollektivierung widersetzt hatten.

<sup>17</sup> <http://www.ciesin.ee/ESTCG/HISTORY3.html>;

Die demographischen Folgen dieser Entwicklungen für das Land waren gravierend. Stellte die estnische Titularethnie 1934 noch 88,2% der Bevölkerung, während Russen nur 8,2% der Bevölkerung ausmachten, so betrug der Bevölkerungsanteil der Esten 1989 nur noch 61,5%, während Russen, Weißrussen und Ukrainer zusammen 35,2% der Bevölkerung ausmachten. (Hanne/Onken/Götz 1998: 306)<sup>18</sup> Nach Hanne, Onken und Götz (1998) waren die von Hanne (1996) folgendermaßen für Lettland beschriebenen Verhältnisse typisch für die Situation aller baltischen Republiken:

„Durch den Einsatz von Spezialisten aus Russland und der Ukraine in der Wirtschaft waren Russen, Russland-Balten, Ukrainer und Weißrussen im Wirtschaftsmanagement stark überrepräsentiert. In der Miliz, Polizei, Schifffahrt, Luftfahrt und in den kommunalen Verwaltungen dominierten sie ebenfalls. Auch in den nach sowjetischem Ideal prestigeträchtigen Industriebeschäftigungen überwogen sie. Die baltischen Völker hingegen waren in der Landwirtschaft sowie im Kultur-, Gesundheits- und Bildungsbereich stärker vertreten, wo Beschäftigungen zumeist schlechter bezahlt und mit weniger Prestige versehen waren. Durch die Zuwanderung von Spezialisten wiesen die größten nicht-baltischen Ethnien, allen voran die Russen, auch ein etwas höheres Bildungsniveau sowie einen höheren Urbanisierungsgrad auf.“ (Hanne/Onken/Götz 1998: 307)

Doch war diese Unterrepräsentanz der Balten besonders in den 1950er und 1960er Jahren ausgeprägt, in der Folgezeit haben die von der Moskauer Zentralregierung aufgebraachten enormen Mittel zur Ausbildung baltischer Kader und Spezialisten zu einer Relativierung dieser Verhältnisse geführt. (Hanne/Onken/Götz 1998: 307 f) Esten stand so trotz der kulturellen, ökonomischen und politischen Dominanz der Russen der Weg in gesellschaftliche Leitungsfunktionen durchaus offen, in einigen Bereichen waren sie zahlenmäßig sogar überrepräsentiert. Aufgrund der Förderung nationaler Kader stellten sie Ende der 1980er Jahre in allen wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens den größten Anteil der Beschäftigten. Nach den sowjetischen Statistiken von 1987 machte der Anteil der Esten in der Staatsbürokratie 72% aus; sie stellten 67% des wissenschaftlichen Personals, im kulturellen und künstlerischen Bereich 84%, in der Bildung 71%, im Gesundheitswesen, Sport und sozialer Sicherheit 67%, in Handel und Dienstleistung 62%, im Bauwesen 61%, Transport und Kommunikation 47%, in der Landwirtschaft 84% und schließlich in der Industrie 47%. Die politischen Spitzenpositionen im Obersten Sowjet der Republik Estland nahmen in den 1970ern und frühen 1980ern zu 70%- 80% ethnische Esten ein. Im Zentralkomitee erhielten sie ebenfalls zwischen 70% und 80% der Sitze, obwohl der Anteil der Esten in der Kommunistischen Partei Estlands nur etwa 50% betrug. (Park 1994: 74 ff)

---

<sup>18</sup> Die Anteile von Ukrainern und Weißrussen an der Bevölkerung waren 1934 zu gering, um sie statistisch ausweisen zu

Den Esten kam hier die Hierarchie im sowjetischen Nationalitätenspektrum zugute. Schon strukturell gesehen waren Ethnien mit eigenen Unionsrepubliken im Vorteil. Die Nationalitätenpolitik hatte eine Rangordnung von Nationen (nacii), Nationalitäten (nacional'nosti) und Völkerschaften (narodnosti) geschaffen. Ihnen entsprachen ungefähr die Territorialeinheiten, die in der Unionsverfassung 1936 und 1977 festgeschrieben wurden: Unionsrepubliken, Autonome Republiken, Gebiete und Kreise. (vgl. Geyer 1993: 176) Die Chancen von Angehörigen der Titularethnien auf eine Karriere in der Verwaltung oder Wirtschaft waren durch bessere Bildungsmöglichkeiten eindeutig höher als für Angehörige der Völker, die z.B. in einer autonomen Republik lebten.<sup>19</sup> Hodnett (1978) weist nach, dass zwischen 1955 und 1972 in 11 der 14 nichtrussischen Republiken die Titulernationalität auf Republiksebene in der Partei und Administration überrepräsentiert war.<sup>20</sup> Nach Simon (1986) hatten z.B. die Autonomen Republiken gegenüber den Unionsrepubliken einen deutlich schlechteren Status. Bildungswesen und Berufsleben standen in diesen im hohen Maß unter russischem Einfluss und gewährten Einheimischen keine Chancengleichheit.

Die Herrschaft durch die Moskau gegenüber loyalen estnischen Kader brachte beiden Seiten Vorteile, die auch die 40 Jahre wirksame Unterdrückung oder mindestens die Kontrolle ethnischer Artikulation erklären können: In den Modernisierungsanstrengungen der SU kam der Etablierung nationaler Kader eine wesentliche Rolle zu. Nach der Einschätzung Roeders (1991) wurde in der SU der interethnische Friede weniger durch die Beseitigung von ethnischen Konfliktstoff hergestellt als vielmehr durch die Eliminierung von Mobilisationschancen für unabhängigen ethnischen Protest. Die Strategie lief darauf hinaus, die einheimische Unterstützung der lange Zeit schwachen formalen Organisationsstrukturen in den territorialen Administrationsfunktionen zu sichern und ethnische Unruhen wirksam zu unterdrücken.

---

können. Die Angaben beruhen auf einer noch in der Sowjetunion durchgeführten Volkszählung.

<sup>19</sup> So war das muttersprachliche Sekundarschulwesen für Baschkiren, Udmurten, Komi, Karelier, Tschetschenen u.a. schlechter ausgebaut als für Titulernationalen und wurde dazu seit den 1960er Jahren noch weiter abgebaut. Die meisten Völker der autonomen Republiken waren auf russischsprachige Sekundarschulen angewiesen. Auch der Anteil dieser Völker an der Zahl der Hochschulabsolventen ist deutlich geringer als der der Titulernationalen. (Simon 1986: 303ff) Minoritäten waren gegenüber den Titulernationalen vielfach im Nachteil, da diese durch den sowjetischen Ethnoföderalismus ungleich höhere Chancen der beruflichen und sozialen Mobilität hatten. Dieser Umstand wurde bereits zu sowjetischer Zeit von Minoritäten kritisiert. (vgl. Karklins 1986: 142ff, 219)

<sup>20</sup> Allerdings bestanden zwischen den Unionsrepubliken wesentliche Unterschiede: Während in den Kaukasischen Republiken die von Hodnett untersuchten leitenden Positionen zu 80-100% mit Einheimischen (= Angehörigen der Titularethnie) besetzt waren, stellten Kasachen und Moldawier kaum die Hälfte der Amtsinhaber in ihren Republiken; im Baltikum, in der Ukraine und in Usbekistan waren die leitenden Positionen zu 75- ca. 90% mit Einheimischen besetzt, in Belorussland, Tadschikistan, Turkmenien und Kirgisien zu 50-74%.



Zu diesem Zweck wurden

1. in jeder Republik einheimische Kader geschaffen, die die Kontrolle über die Mobilitätsressourcen wie Arbeit, Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen, Massenmedien usw., erhielten;
2. das Verhalten der Kader durch ein Sanktionssystem gelenkt, das von unerwünschten, v.a. primordial orientierten Artikulationen abhielt, und schließlich
3. den Kadern die Verantwortung übertragen, innerhalb der offiziellen Institutionen ein ethnisch distinktes Schichtungssystem zu schaffen und gleichzeitig das Entstehen von ethnischen Akteuren außerhalb dieser Institutionen zu verhindern.

Die Verfolgung primordial orientierter Ziele konnte deshalb nicht im Interesse der ethnischen Kader sein, da das Anreizsystem mit seinen Belohnungen in Form materieller Zuwendungen und Statusgewinn an die Normen und Ziele der Moskauer Zentrale gebunden war. V.a. nach den stalinistischen 'Säuberungen', denen die einheimischen Eliten weitgehend zum Opfer fielen<sup>21</sup>, und der 'Sowjetisierung' der einheimischen Institutionen (Roeder 1991: 206) waren die Kader mehr denn je an die sowjetischen Institutionen gebunden. Das Ziel der Kader in der sowjetischen Administrationshierarchie war im wesentlichen der Gewinn eines Anspruchs auf möglichst viele Ressourcen. Ethnische Führer, die primordial ausgerichtete Themen zuließen, wurden schnell von ihren Posten entfernt.<sup>22</sup>

Die ethnischen Kader entfalteten in ihren Heimatländern während der Phase der Modernisierung und des Wachstums eine Politik der 'affirmative action', durch die v.a. den Angehörigen der Titulernationalität Chancen zum Aufstieg in die Intelligentsia und entsprechende Berufsschichten des Landes eröffnet wurden. Karrieremöglichkeiten innerhalb des Administrationsapparates und Managementpositionen im Zuge der Industrialisierung und Kollektivierung kamen wie auch die Einrichtung neuer Bildungsinstitutionen v.a. den jeweils dominierenden Ethnien zugute und führten somit zu einer systematischen strukturellen Bevorzugung.

---

<sup>21</sup> Die Jahre vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zu Stalins Tod waren in den baltischen Republiken von Terror erfüllt. 1952 wurde die gesamte Führung der estnischen kommunistischen Partei ‚gesäubert‘ und durch Kommunisten von außerhalb ersetzt. (Norgaard 1996: 36)

<sup>22</sup> So wurde z.B. der Erste Parteisekretär der armenischen KP, Sarobjan, 1966 von seinem Posten entfernt, weil er anti-türkische Massenkundgebungen zum 50. Jahrestag des Massakers an den Armeniern nicht verhindert hatte. (vgl. Roeder 1991: 207; Grobe-Hagel 1992: 36)

Um Gegeneliten innerhalb der offiziellen Institutionen zu verhindern, verfügten die Kader über ein dichtes Netzwerk paralleler Institutionen, die alle Aspekte des beruflichen Lebens kontrollierten - wissenschaftliche und künstlerische Artikulation wurde durch und über offizielle Einrichtungen kanalisiert. Außerhalb der offiziellen Institutionen wurden Gegeneliten durch mangelnden Zugang zu den Mobilisierungsressourcen und Abdrängung in die Illegalität blockiert. Ethnische politische Aktionen blieben so an den instrumental definierten Zielen der Kader orientiert.

In der Folge dieser Strategie und ihrer politischen Umsetzung verbanden sich informelle Netzwerke mit den formalen Staatsstrukturen, die Mitglieder der Netzwerke erlangten Zutritt zu finanziellen Ressourcen und geschätzten Waren. Deren Rolle als Belohnung und die Kontrolle über ihre Verteilung durch die Kader verstärkten die Netzwerkstrukturen. Nach Easter (1996) waren diese Netzwerke bis Anfang der 1970er Jahre überregional angelegt, und Karrieremuster regionaler politischer Eliten liefen auf zentrale Positionen auf SU-Ebene hinaus. Unter Breschnew wurde die Macht der territorialen administrativen Eliten als Resultat der allmählichen Machtverlagerung vom Staatszentrum zu den Peripherien entlang informeller Linien eingeschränkt und partikularistischer:

„Informal network ties were employed by regional elites to capture political and economic resources from the center, a situation that led to pervasive economic corruption among the regional political elite. When Gorbachev attempted to introduce a radical reform program in the second half of the 1980s, he found that the structure of informal network ties diminished the center's capacity to implement policies outside Moscow [...] It can be argued that the Soviet state eventually fell apart along the very lines upon which it had been built six decades earlier.“ (Easter 1996: 577)

Gerade in der Regierungszeit Breschnews, in der die Amtszeiten verlängert und die Ämterrotation verringert wurde, gelang es - trotz eines deutlichen Trends zur Re-Russifizierung (vgl. a. Simon 1986: 311f)<sup>23</sup> - der Nomenklatura verschiedener Republiken, Klientelsysteme aufzubauen, die im wesentlichen ihre lokalen bzw. regionalen Interessen vertraten. (vgl. Geyer 1993: 177; Meyer 1990: 25) Die von Easter beschriebene Entwicklung der Regionalisierung und Partikularisierung setzte sich in den 1980er Jahren unter dem Trend zu größerer administrativer Spezialisierung fort. Nunmehr wurden auch weniger offensichtliche Schlüsselpositionen, wie niedrigere Verwaltungsbereiche, aber auch sensible Bereiche wie innere Sicherheit und die Parteiadministration, nach ethnischen Kriterien

---

<sup>23</sup> In der üblichen Besetzungspraxis stellte die Titularnation den Ersten Parteisekretär, während der Zweite Parteisekretär in

besetzt. (vgl. Jones/Grupp 1984: 174; Roeder 1991: 204; Simon 1986: 314) Dadurch, dass die entsprechenden Ethnien nahezu ausschließlich über die Bereiche Propaganda und Kultur verfügten (ZK-Sekretär für Propaganda, die Leitung der Abteilungen Propaganda und Kultur, die Minister für Kultur- und Bildungswesen, der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes), kontrollierten sie darüber hinaus wichtige Instrumente der politischen Mobilisierung, wie z. B. Medien, Versammlungsräume usw.. (vgl. Simon 1986: 314)

Allerdings wurde der Anteil von Angehörigen der baltischen Völker in den von Moskau als strategische Schlüsselpositionen angesehenen Posten in Staat und Wirtschaft dadurch nicht nennenswert erhöht. (Hanne/Onken/Götz 1998: 308) Aus dem überproportionalen Anteil der Esten in der politischen Sphäre darf deshalb nicht auf ihre Entscheidungsmacht geschlossen werden - die wichtigsten politischen Positionen, die über die letztendliche Entscheidungsmacht verfügten waren in Estland wie auch im übrigen Baltikum, von Russen oder 'russifizierten' Esten - Esten, die in Russland geboren oder zumindest aufgewachsen waren - ausgefüllt. Von den insgesamt fünf Positionen im Sekretariat des Zentralkomitees der KPE waren in der Regel zwei bis drei Positionen mit ethnischen Russen besetzt. (Park 1994: 75)

Wie die sowjetische Nationalitätenpolitik letztendlich zu beurteilen sei, ist in der Literatur umstritten. Kirch und Kirch (1992: 94ff., 1997: 14) sehen darin eine Kolonisierungs- und Sowjetisierungsstrategie, Saar und Titma (1992: 8) behaupten, das alleinige Ziel dieser Politik habe in der Vermischung der Völker und der Annexion kleiner Nationen bestanden. Hanne, Onken und Götz (1998: 306) halten dem jedoch entgegen, dass sich keine Belege für diese „falsch zugespitzte Behauptung“ beibringen ließen und vermuten hinter dieser Interpretation baltisch-nationalistische Emotionen. Sie wenden plausibel gegen solche Auffassungen ein, dass in Regionen und Ländern, wo es keinen nennenswerten Industrialisierungsprozess gegeben habe, wie etwa in Litauen, auch nur wenig Zuwanderung stattgefunden habe. Als Schlussfolgerung ergibt sich daraus für sie, dass die Migrationspolitik den Zielen der Industrialisierungspolitik untergeordnet war. Allerdings bestreiten sie auch nicht, dass die von Kirch und Kirch oder von Saar und Titma thematisierten Aspekte zumindest eine Nebenrolle gespielt haben mögen<sup>24</sup>:

---

der Regel ein Russe war. (Simon 1986: 313)

<sup>24</sup> vgl. hierzu auch Norgaard 1996: 36.

„Die hiermit [gemeint ist die Industrialisierungspolitik – d. Verf.] verbundene Entstehung großer nicht-baltischer Bevölkerungsgruppen im Baltikum und die dadurch erreichte stärkere Verklammerung dieser Republiken mit dem Gesamtstaat war sicherlich ein gerngesehener Nebeneffekt, nicht aber oberstes Ziel. Ohne die Industrialisierung wäre die Zuwanderung ins Baltikum sehr viel geringer ausgefallen.“ (Hanne/Onken/Götz 1998: 306)

Resümierend lässt sich über die Beziehungen zwischen Esten und russischer Minderheit unter dem Sowjetsystem festhalten, dass durch die Sowjetregierung die wirtschaftliche Entwicklung des Landes stark gefördert und eine einheimische Elite von Verwaltungs- und Wirtschaftsspezialisten sowie politischen Entscheidungsträgern ausgebildet wurde. Diese Förderung war aber mit einer nicht unerheblichen kulturellen Überwölbung der estnischen durch die sowjetisch-russische Kultur verbunden, was sich vor allem in einem Bedeutungsverlust der estnischen Sprache und einem Ausschluss von nicht in Russland erzogenen und ausgebildeten Esten aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schlüsselpositionen äußerte. Die Widersprüche der sowjetischen Nationalitätenpolitik, die tägliche praktische Erfahrung der durch Personalpolitik vermittelten ökonomisch-politischen, vor allem aber der durch Sprachregelungen vermittelten kulturellen Vorrangstellung Russlands und des Russischen, führten bei den Esten zu Unzufriedenheit. Wie auch die anderen baltischen Völker befürchteten sie, „[...]im eigenen Land keinen sicheren Mehrheitsstatus mehr zu haben und als Titularnationen nur noch eine untergeordnete Rolle zu spielen.“ (Hanne/Onken/Götz 1998: 308)

### **3.2. Estland nach der Unabhängigkeit: Nationalisierung im Zuge der ‚Deokkupation‘**

Mit Erreichen der staatlichen Unabhängigkeit wurden zwei Ziele zu den zentralen Orientierungspunkten der neuen, unabhängigen estnischen Regierung: Eine Strategie der „Deokkupation“, mit der sich das Land von den in der sowjetischen 'Besatzungszeit' entwickelten Strukturen und Normen ablösen sollte, und eine Strategie der „nationalen Erneuerung“, in der ein estnisches Nationalbewusstsein geschaffen werden sollte, das zum einen die politisch-kulturelle Identität nach innen und zum anderen die Abgrenzung gegenüber anderen Nationen nach außen ermöglichen sollte. Diese beiden Motive haben den politischen Kurs der Regierung, die Verfassung und alle wesentlichen Gesetzesinitiativen seit der Erlangung der staatlichen Souveränität des Landes im Jahre 1991 maßgeblich geprägt und

das Verhältnis zwischen Titularethnie und russischer Minderheit auf grundlegende Weise neu definiert.

Die Hauptfragestellung dieses Kapitels ist, wie sich diese Neudefinition des interethnischen Verhältnisses vollzogen hat und wie ihre Folgen im Hinblick auf Integration oder Ausschluss, Gleichbehandlung oder Diskriminierung zu bewerten sind. Internationale Organisationen wie die OSZE kommen in diesem Zusammenhang zu der Feststellung, dass trotz des objektiven Vorliegens von Ungleichbehandlungen der ethnischen Gruppen in Einzelfragen eine aktive und systematische Diskriminierung der russischen Minderheit durch die estnische Regierung nicht festgestellt werden kann. (Estonian Institute 1994)<sup>25</sup> Demgegenüber wird hier die These vertreten, dass die im Rahmen des gesellschaftlichen und politischen Großprojekts der Neubildung des Nationalstaats von der estnischen Regierung verfolgte Politik darauf abzielte, aktiv die russische Minderheit von gesellschaftlichen Teilhaberechten auszuschließen und dass sie damit im Sinne Pettais (1998) und Bergs (1999) als diskriminierende „Ethnopolitik“<sup>26</sup> zu verstehen ist. Mit dieser Ethnopolitik wurde vor allem das Ziel einer kulturellen Standardisierung verfolgt. Hierunter werden Maßnahmen verstanden, die die Dominanz einer - in diesem Fall der estnischen - Kultur, Erziehung und vor allem Sprache sichern und andere Bevölkerungsgruppen - hier die russische Minderheit - auf diesen 'Standard' festlegen. Wenngleich es sich auf der analytischen Ebene bei Ethnopolitik und kultureller Standardisierung um eigenständige Politiken handelt, wobei erstere primär die Vorenthaltung von (politischen) Rechten betont, letztere primär das kulturelle Kapital der Menschen betrifft, stellen realiter beide eine nicht zu trennende Einheit dar, die sich in Form täglich erfahrbarer Diskriminierungen bei Behörden, in Geschäften, bei der Arbeit u.ä.m. präsentiert. Zu zeigen ist also, dass der russischen Minderheit im Rahmen der Nationalisierungspolitik des neuen estnischen Staates nicht nur wesentliche politische Rechte vorenthalten wurden, sondern auch ihre kulturelle und soziale Teilhabe in der neu entstehenden Gesellschaft beschnitten wurde.

Das wichtigste Instrument der estnischen Nationalisierungspolitik besteht zweifellos in der Regelung der Staatsbürgerschaft. Sie ist von entscheidender Bedeutung für die Frage, wem der Staat ‚gehören‘ soll. (Wimmer 1995) Deshalb befasst sich der erste Teil dieses Kapitels

---

<sup>25</sup> Im EU-Bericht 2000 über die Fortschritte des Beitrittskandidaten Estland wird zwar eine Verstärkung der Integrationsbemühungen Estlands gegenüber seinen Minderheiten angemahnt, die Minoritätenpolitik der estnischen Regierung aber im großen und ganzen als positiv beurteilt (M. Huang 2000).

<sup>26</sup> „Ethnopolitics can be viewed as the politics of establishing, maintaining, or changing ethnic group hierarchies in a multiethnic society. According to Pettai (1998) its aim is to effectively secure the values, power and resources of a given society for one ethnic group, providing the effective neutralization of a significant ethnic minority by an ethnic majority.“ (Berg 1999: 44)

mit der politisch-rechtlichen Dimension des Verhältnisses zwischen Esten und russischer Minderheit in Estland. Der zweite Teil des Kapitels wendet sich der behaupteten kulturellen Standardisierung zu und untersucht die vom estnischen Staat verfolgte Sprachenpolitik darauf, ob und wie diese gegebenenfalls zu einer Neubewertung der kulturellen Kapitalien der Esten und Russen in Estland geführt hat und welche Folgen dies hatte. Gegenstand des dritten Abschnitts dieses Kapitels sind Analysen der Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation beider Gruppen. Geklärt werden soll, ob und in welchem Ausmaß Angehörige der russischen Minderheit in Estland in ökonomischer Hinsicht gegenüber den Esten benachteiligt sind. Die Ergebnisse dieser drei Analyseebenen erlauben im vierten Teil des Kapitels eine umfassende Beurteilung der Beziehungen zwischen den beiden größten ethnischen Gruppen im heutigen Estland und eine abschließende Beantwortung der Frage, ob die russische Minderheit in Estland diskriminiert wird und in welchem Ausmaß sich diese Diskriminierungen gegebenenfalls in den untersuchten sozialen Dimensionen (politisch-rechtlich, kulturell, ökonomisch) vollziehen.

### **3.3. Tradition statt Integration - die Regelung der Staatsbürgerschaft**

#### **3.3.1. Regelung der Staatsbürgerschaft**

Neben dem Ausländergesetz, dem Gesetz über die kulturelle Autonomie nationaler Minoritäten und dem Sprachgesetz reguliert das Staatsbürgerschaftsgesetz die Beziehungen zwischen dem estnischen Staat und seinen Minderheiten. Die erste Auflage des Staatsbürgerschaftsgesetzes erfolgte im Februar 1992, das heute gültige trat am 1. April 1995 in Kraft.

Die Frage, wer in Estland ein Anrecht auf Staatsbürgerschaft haben sollte, wurde bereits Ende der 1980er Jahre, also schon vor Erlangung der Unabhängigkeit diskutiert. Zu diesem Zeitpunkt erschien nicht mehr nur ein größeres Maß an Autonomie gegenüber der Moskauer Zentralregierung, sondern aufgrund der zunehmenden ökonomischen Schwierigkeiten des Sowjetsystems<sup>27</sup> auch die volle Souveränität des estnischen Staats möglich zu werden.<sup>28</sup> Die

---

<sup>27</sup> Dieser Aspekt ist für das Verständnis der heutigen politischen und sozialen Situation in Estland von grosser Bedeutung und wird in Kapitel 4 gesondert untersucht.

<sup>28</sup> Noch im November 1988 verabschiedete der Oberste Sowjet Estlands die ‚Deklaration der Souveränität der Estnischen

Debatten um die Staatsbürgerschaftsfrage dauerten über ein Jahr und spalteten die estnische Volksfront.<sup>29</sup> Während russische Aktivisten und auch einige estnische Liberale für die Option votierten, allen Einwohnern Estlands automatisch die Staatsbürgerschaft anzubieten, reichten die nationalistischen Positionen am anderen Ende des Spektrums von Naturalisierungsverfahren für Nicht-Esten bis zu prinzipiellem Ausschluss aller Nicht-Esten von der Staatsbürgerschaft. (Lauristin und Vihalemm 1997: 97)

Einen ersten Vorstoß zur Regelung dieser Frage unternahm der nationalistische Flügel der Unabhängigkeitsbewegung bereits im Januar 1989. Danach wurde die Bevölkerung aufgefordert, sich für die Estnische Staatsbürgerschaft registrieren zu lassen. Einen legalen Anspruch auf Staatsbürgerschaft sollten dabei allerdings nur diejenigen besitzen, die selbst oder deren Eltern bereits vor dem 16. Juni 1940<sup>30</sup> die estnische Staatsbürgerschaft besaßen. Damit waren die ethnischen Esten sowie bereits die vor dem Zweiten Weltkrieg auf dem Staatsgebiet lebenden Minderheiten (beispielsweise die Gemeinschaft der altgläubigen Russen am Peipus-See) berechtigt, auch in einem neuen, souveränen estnischen Staat Staatsbürger zu werden. Die überwiegend erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingewanderte russische Bevölkerungsgruppe war hingegen von dieser Möglichkeit ausgeschlossen. Von den rund 450.000 Angehörigen der russischen Minderheit hatten deshalb nur ca. 75.000 ein entsprechend dieser Regelung legitimes Anrecht auf Staatsbürgerschaft. (Kirch 1997: 53) Personen ohne diesen Anspruch konnten sich jedoch für einen Antrag auf Staatsbürgerschaft registrieren lassen, um die spätere Einbürgerung zu beschleunigen. Einen Anspruch auf Staatsbürgerschaft konnten sie mit dieser Registrierung jedoch nicht erlangen. Vielmehr diente sie nur dazu, überhaupt die Chance auf eine spätere Erlangung der estnischen Staatsbürgerschaft aufrechtzuerhalten.

Obwohl es zu diesem Zeitpunkt keine verfassungsrechtliche Grundlage für diesen Aufruf gab, kam ihm eine große symbolische Wirkung zu. Eine große Mehrheit der Esten folgte der Aufforderung und ließ sich registrieren, um auf diese Weise ihre Unterstützung der

---

SSR' und nahm eine Reihe von Änderungen an der Verfassung der Republik vor. In der Deklaration wurde zwar nicht direkt die Unabhängigkeit der Republik thematisiert, dennoch wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die die Trennung des estnischen Rechtssystems von dem der UdSSR vorsah (vgl. Hallik 1997:98). Wichtige Gesetze waren u.a. das Sprachengesetz (18. Januar 1989), die Resolution zur Vorbereitung der nationalen Unabhängigkeit (23. Februar 1989), das Eigentumsgesetz (13. Juni 1989) und das Einwanderungsgesetz (20. Juni 1990).

<sup>29</sup> Die estnische Volksfront (Rahvarinne) hatte sich 1988 als unabhängige Massenbewegung und Dachorganisation für für verschiedene politische Gruppierungen gegründet. Zu diesem Zeitpunkt sah sie sich noch nicht in Opposition zur KP Estlands, deren liberaler Flügel sich der Volksfront anschloss (Butenschön 1992: 44).

<sup>30</sup> Der Tag des sowjetischen Ultimatums, dem die Annexion folgte. Stalins Ultimatum forderte die Einsetzung einer pro-Moskau orientierten Regierung und die Verstärkung sowjetischer Truppen auf estnischem Territorium. (Estonia Reference Book 1993)

Unabhängigkeitsbewegung auszudrücken. Diese große Resonanz machte aus dem rein symbolischen politischen Akt eine quasi rechtlich bindende Regelung für die Politik der Vertreter estnischer Interessen. Hierin ist wohl auch das wesentliche Motiv dafür zu sehen, warum sich auch die große Mehrheit der nach 1940 nach Estland eingewanderten Russen für eine mögliche spätere Einbürgerung registrieren ließ.

Den Empfehlungen der Konstitutiven Versammlung<sup>31</sup> folgend, verabschiedete die souveräne Republik Estland am 26. Februar 1992 das Staatsbürgerschaftsgesetz, das wesentlich auf dem Staatsbürgerschaftsgesetz von 1938 basierte. Die wichtigsten Charakteristika dieser Regelung waren das *ius sanguinis* und die Vermeidung der doppelten Staatsbürgerschaft. Da es keinerlei Regelung nach dem Geburtsort (*ius soli*) oder dem Wohnsitz (*ius domicilii*) gab, waren alle Russen und andere Nicht-Esten automatisch und kollektiv von der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen. Wollten sie vollberechtigte Bürger des estnischen Staates werden, so ging dies nur, wenn sie im Nachhinein in einem individuellen Naturalisierungsprozess die estnische Staatsbürgerschaft erwarben.

Im Endeffekt hatte sich damit das Interesse der Nationalisten an einem Ausschluss der russischen Minderheit von der Staatsbürgerschaft durchgesetzt, ohne dass das - verfassungsrechtlich ohnehin kaum zu legitimierende - Registrierungsverfahren zur Regelung der Staatsbürgerschaft herangezogen wurde. Auch das zweite Ziel der Nationalisten war erreicht: Nun hatte der neue estnische Staat die Möglichkeit, die zum Teil schon seit Jahrzehnten auf dem Staatsgebiet lebenden Einwohner anderer ethnischer Zugehörigkeit, die im sowjetischen Staat die gleichen Rechte wie die estnischen Einwohner besaßen, individuell zu beurteilen und danach über Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zum Staat zu entscheiden.

Die Angehörigen anderer ethnischer Gruppen hatten, wenn sie einen estnischen Pass beantragten, hohe Anforderungen zu erfüllen. So mussten sie mindestens zwei Jahre vor der Antragstellung und ein Jahr danach ihren permanenten Wohnsitz in Estland haben und Estnischkenntnisse nachweisen (Artikel 6 des Staatsbürgerschaftsgesetzes). Dabei wurden nur Wohnsitze ab dem 30. März 1990 anerkannt, vor diesem Zeitpunkt liegende Perioden generell nicht berücksichtigt. Die Staatsbürgerschaft konnte somit frühestens am 30. März 1993

---

<sup>31</sup> Die Konstitutive Versammlung Estlands hatte sich frühzeitig für die Einsetzung einer neuen Verfassung entschieden, mit deren Ausarbeitung eine verfassungsgebende Versammlung seit Herbst 1991 befasst war. (Bollow 1998:94)



erworben werden.

Der Grund für diese Fristsetzung lag vordergründig in dem Gesetz selbst, das Antragstellungen erst mit seinem Inkrafttreten ab April 1992 zuließ. Die verlangte Residenzpflicht vor Antragstellung bezog sich damit auf den Zeitraum zwischen Ende März 1990 und April 1992. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Angehörigen anderer Ethnien seit langer Zeit und teilweise schon in zweiter und dritter Generation in Estland lebten, erscheint eine solche Fristenregelung aber als wenig plausibel. Betrachtet man diese Fristen jedoch im Zusammenhang mit einem anderen wichtigen politischen Ereignis in diesem Zeitraum, so drängt sich der Verdacht auf, dass diese Regelung vielmehr einen ganz anderen Zweck verfolgte oder zumindest als erwünschten Nebeneffekt erwartete: Mangels Staatsbürgerschaft konnte die russische Minderheit weder aktiv noch passiv an den Parlamentswahlen vom 20. September 1992 teilnehmen und war somit von politischer Partizipation ausgeschlossen. Für diese Interpretation spricht, dass die damalige provisorische estnische Regierung zu diesem Zeitpunkt sehr große Bedenken hinsichtlich des Wahlverhaltens der Angehörigen der russischen Minderheit hegte. Es wurde befürchtet, dass die Russen in Estland für eine moskautreue Politik votieren würden.

In diesem Zusammenhang sind zwei Punkte hervorzuheben, um die Tragweite dieses Sachverhalts zu verdeutlichen: Erstens die Bedeutung der Wahlen selbst, zweitens die Dimension, die dieser Ausschluss hatte. Bei dieser Wahl handelte es sich um die erste Parlamentswahl im neugegründeten Staat. Ihr Ausgang legte fest, welche Richtung der Transformationskurs Estlands nehmen würde, und es konnte erwartet werden, dass ein großer Teil der in dieser Legislaturperiode getroffenen Entscheidungen für nachfolgende Regierungen irreversibel war. Sowohl unter dem Gesichtspunkt demokratischer Legitimation als auch im Hinblick auf die Wahrung von Minderheiteninteressen lässt sich für diese Situation als dringendes Erfordernis postulieren, dass möglichst alle, die in Zukunft von diesen Entscheidungen betroffen sein werden, auch an diesem Abstimmungsprozess zu beteiligen sind. Stattdessen - dies ist der zweite Punkt - wurde eine Regelung verfolgt, in deren Konsequenz ein Drittel der gesamten Bevölkerung des Landes von diesem Abstimmungsprozess ausgeschlossen wurde.

Die Diskussionen um die Staatsbürgerschaft waren mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz von 1992 keineswegs beendet. Vielmehr hielten die politischen Auseinandersetzungen um die

Kriterien der Vergabe von Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsrecht auch in den nachfolgenden Jahren an. Streitpunkt waren dabei vor allem jene Angehörigen der russischen Minderheit, die nicht die estnische Staatsbürgerschaft erlangten, aber auch nicht die russische Staatsbürgerschaft annehmen wollten und somit staatenlos waren. Diese Gruppe umfasste 1992 oder 1993 immerhin ca. 250.000 Personen (EHDR 1999: Kap.2). Die für diese Fragen zuständige Staatsbürgerschafts- und Migrationsbehörde arbeitete deshalb bereits 1993 eine entsprechende Gesetzesvorlage aus. In diesem Entwurf des Ausländergesetzes sollte Personen mit nicht bestimmter Staatsbürgerschaft ein ‚Ausländerpass‘ und damit gleichzeitig eine Aufenthaltsgenehmigung ausgestellt werden. Mitglieder der damaligen Regierung lehnten diesen Entwurf ab. Stattdessen favorisierten v. a. Mitarbeiter des Außenministeriums einen Entwurf, in dem alle Nicht-Staatsbürger unilateral zu russischen Staatsbürgern erklärt wurden. Andres Kollist, langjähriger Direktor der mit dem Gesetz befassten Behörde und erst kürzlich aus diesem Amt entlassen, entdeckte in den Interessen der damaligen estnischen Regierung nur ein Ziel: „The aim was to make life hell for Russians“. (Legal Information Centre for Human Rights 2000)

Auf internationalen Druck durch die OSZE, die maßgeblich das Veto des estnischen Präsidenten in dieser Frage beeinflusste, musste dieses Vorhaben letztlich fallen gelassen werden. Unter der in den Märzahlen 1995 nachfolgenden Regierung von Ministerpräsident Vähi wurden schließlich doch, wie in dem ursprünglichen Gesetzentwurf der Migrations- und Staatsbürgerbehörde vorgesehen, in größerem Umfang ‚graue‘ Pässe ausgegeben. Doch wurden auch hier gleichzeitig wieder Barrieren aufgebaut: Beantragung und Ausgabe wurden durch erheblichen bürokratischen Aufwand erschwert und der Kreis der Antragsberechtigten zudem noch sehr eingeschränkt. (Legal Information Centre for Human Rights 2000, Report der Commission on Security and Cooperation in Europe 1995) Das geänderte Ausländergesetz sah lediglich Ausländerpässe für diejenigen vor, die anderweitig keinen Pass erhalten konnten. Damit grenzte es die Empfängergruppe praktisch auf Flüchtlinge ein, denen der Pass aus ihrem Heimatland verweigert wird. Die Gruppe der ehemaligen Sowjetbürger in Estland, denen die russische Regierung jederzeit einen russischen Pass ausstellen würde, war damit gänzlich von der Möglichkeit ausgeschlossen, einen estnischen Ausländerpass zu erhalten.

Am 31. Januar 1995 wurden die seit 1992 verfüigten Änderungen zusammengefaßt und ergänzt in einem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz verabschiedet. (vgl. Thiele 1999: 15;

Hanne/Onken/Götz 1998: 311) Das Gesetz trat am 1. April 1995 in Kraft und markiert den vorläufigen Abschluss der Regelungen zur Staatsbürgerschaft. In Artikel 6 dieses Gesetzes werden die Bedingungen des Naturalisierungsprozesses geregelt. Um nachträglich die estnische Staatsbürgerschaft zu erhalten, sind eine Vielzahl von Voraussetzungen zu erfüllen:

- a) Alter von mindestens 15 Jahren
- b) Wohnsitz in Estland, mindestens 5 Jahre vor der schriftlichen Einreichung des Einbürgerungsantrages und mindestens 1 Jahr nach der Annahme des schriftlichen Antrages ("fünf plus eins"). Dies bedeutet eine Verschärfung gegenüber der bis dahin gültigen "zwei plus eins"-Regelung im Staatsbürgerschaftsgesetz von 1992.
- c) Kenntnis der Verfassung und des Staatsbürgerschaftsgesetzes. Während des Testes hat der Bewerber zwanzig Fragen zur Verfassung und der Gesetzgebung zu beantworten, von denen 16 richtig beantwortet werden müssen.
- d) Kenntnisse der Amtssprache. Der Test besteht aus vier Teilen: Schriftlich (zwei Fragen); Hören (zwölf Übungen, von denen mindestens sieben richtig beantwortet werden müssen); Lesen (sechzehn Übungen, von denen mindestens neun richtig beantwortet werden müssen) und Konversation. Diese Anforderungen entsprechen der Kategorie E der Eingangsregelungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes vom 14. Juli 1989, in dem die Sprachbeherrschung nach Schwierigkeitsgrad in sechs Kategorien von A bis F unterteilt ist.<sup>32</sup> Inwieweit die Sprachanforderungen hier im Vergleich zum alten Gesetz verschärft worden sind, ist unklar – es werden allerdings zusätzliche Kenntnisse über die unter d) aufgeführten in der Verfassung festgeschriebenen Rechte und das Staatsbürgerschaftsgesetz gefordert, über die auf Estnisch Fragen beantwortet werden müssen. Viel hängt schließlich von der Praxis der Sprachprüfungen und den Auslegungen der Prüfer ab. (Report der CSCE 1995: 9)
- e) Ökonomische Voraussetzungen, vor allem ein geregeltes Einkommen.
- f) Loyalitätsbekenntnis zum estnischen Staat.
- g) Loyalitätsschwur auf die estnische Verfassung.

Darüber hinaus sieht das Staatsbürgerschaftsgesetz für eine Reihe von Personen gesonderte Einbürgerungsbedingungen vor: „Naturalizations on the basis of this law could be defined as the selective inclusion of certain groups into the citizen body, on the presumption that they have a stronger genuine link with Estonia.“ (EHDR 1999: Kap.2.3) Je nachdem, welcher Art

---

<sup>32</sup> Kategorie A-C korrespondieren mit Grundkenntnissen, Kategorie D mit einem mittleren und Kategorie E und F mit sehr guten Sprachkenntnissen.

diese 'genuinen Beziehungen' waren, differierte das Einbürgerungstempo auch für unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung sehr stark. Die 'genuinen Beziehungen' zu Estland wurden folgendermaßen klassifiziert:

- **Estnische Abstammung:** Von 1992-1995 erhielten 25.000 in Russland oder anderswo im Osten geborene Esten die Staatsbürgerschaft. 1992 machten sie 3/4 der Gesamtzahl verliehener Staatsbürgerschaften aus, 1993/1994 noch 40%, 1996-98 wurden mindestens weitere 2500 Esten eingebürgert.
- **Erklärte oder belegte Loyalität:** Bis 1996 wurden die registrierten Unterstützer des 'Estnischen Kongresses'<sup>33</sup> eingebürgert. Auf diese Weise wurden 23.000 Personen integriert. Von 1992-1993 wurden 606 Personen für besondere Verdienste eingebürgert. Diese Möglichkeit der Einbürgerung wurde 1993 erst auf fünf, dann auf zehn Personen per annum eingegrenzt.
- **Humanitäre Erwägungen:** Hiervon profitieren besonders Kinder. 1996 dominierten die unter 15 Jahre alten Kinder unter den Eingebürgerten, da diese nach dem Gesetz von 1995 auf Beantragung der Eltern hin ein Recht auf Staatsbürgerschaft haben, wenn die Eltern bereits naturalisiert sind oder die Staatsbürgerschaft zusammen mit ihren Kindern beantragen. Diese Gruppe machte 1996 nur rund 10% der Einbürgerungen aus, 1997 aber schon 69%. Seitdem geht der Anteil zurück: 1999 lag er bei 52 %. Seit 1999 ist es auch für nach 1991 geborene Kinder staatenloser Eltern möglich, als estnische Staatsbürger anerkannt zu werden. Diese Gruppe ist allerdings sehr klein und richtet sich eher an die noch Ungeborenen. Nach einer soziologischen Studie von 1996 wünschen sich 84% der Staatenlosen für ihre Kinder die estnische Staatsbürgerschaft, auch 60% der russischen Bürger Estlands. (Saar Poll 1997)

Neben dem Staatsbürgerschaftsgesetz regelt das Gesetz über Kulturelle Autonomie für nationale Minoritäten vom 11. November 1993 den Status bestimmter Einwohnergruppen in Estland. Generell hat ein Staat, auf dessen Territorium Angehörige anderer Nationalität oder Kultur leben, die Möglichkeit, die Andersartigkeit dieser Gruppe grundsätzlich anzuerkennen,

---

<sup>33</sup> Der Estnische Kongress war im Umbruch 1990 gleichsam als Gegenparlament zum Obersten Sowjet gegründet worden. Seine Aufgabe sah er in der Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung. Obwohl ihm jede verfassungsmäßige Legitimation fehlte, fand er dennoch großen Zuspruch. Im Estnischen Kongress waren auch russische Liberale aktiv (Bollow 1998: 93).

gleichzeitig aber diese Gruppe mit vollen Bürgerrechten in den Staat zu inkorporieren, wie etwa in Deutschland die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein oder die Sorben in der Lausitz anerkannt sind. Grundsätzlich stand der estnischen Regierung damit auch die Möglichkeit offen, einen solchen Mittelweg zwischen Abgrenzung und Integration zu gehen und die russische Bevölkerung als eine solche Minderheit anzuerkennen.

Nach Artikel 1 des Gesetzes sind Angehörige einer Minorität Bürger Estlands, die in Estland ihren Wohnsitz haben und lange währende, feste Verbindungen zu Estland haben, sich ethnisch, kulturell, religiös oder sprachlich deutlich von den estnischen Einwohnern unterscheiden und ihren Willen zeigen, die eigene Kultur, Religion, Traditionen oder Sprache zu erhalten. Die Minoritäten werden dabei offiziell in zwei Gruppen geteilt: Die "historischen Minoritäten", die bereits nach dem Ersten Weltkrieg in Estland lebten (ca. 38.200 Menschen) und die später während der sowjetischen Besatzungszeit Zugewanderten. Die potentiellen Gruppen sind in Artikel 2.2 aufgelistet. Diese sind Deutsche, Schweden, Russen, Juden und jede andere nationale Minorität, die mindestens 3000 Angehörige im Lande hat.<sup>34</sup> Die historische Minoritäten werden gesondert anerkannt. Darüber hinaus sieht das Gesetz das Vorliegen der Staatsbürgerschaft als Voraussetzung zur Anerkennung als Mitglied einer nationalen Minderheit an.

Obwohl ein großer Teil der Russen die vom Gesetz verlangten inhaltlichen Voraussetzungen zur Anerkennung als Minderheit erfüllt haben dürften (vgl. Abschnitt 3.3 – enttäuschte Hoffnungen), kann ein großer Teil der russischen Minderheit aufgrund der Erfordernis des Vorliegens der Staatsbürgerschaft dieses Gesetz nicht in Anspruch nehmen. Die grundsätzliche Anerkennung der Russen als nationale Minderheit wird somit durch das Staatsbürgerschaftsgesetz konterkariert.

### **3.3.2. Die Auswirkungen der Staatsbürgerschaftspolitik auf die Integration der Minderheit**

Generell ist zu konstatieren, dass die estnischen Regierungen hinsichtlich ihrer Politik gegenüber anderen ethnischen Gruppen auf ihrem Territorium eine deutlich

---

<sup>34</sup> Einige Experten kritisieren, dass die schwedische Minderheit mit nur ca. 1.300 Mitgliedern aufgenommen worden ist, während deutlich größere Gruppen wie die ukrainische (ca. 37.000), die finnische (ca. 14.000) oder die belorussische (ca. 22.000) nicht erwähnt werden (Thiele 1999: 12).

rückwärtsgewandte Orientierung aufweisen. Sowohl das Staatsbürgerschaftsgesetz als auch die Minderheitenregelung knüpfen an den Bedingungen an, die vor der russischen Annexion geherrscht haben. Die seit dem Zweiten Weltkrieg völlig veränderte ethnographische Struktur des Landes wurde ignoriert. Letztlich ist dies als Versuch zu werten, bei der Wiedergründung Estlands die Minoritätenpolitik der Zwischenkriegszeit wieder zu beleben.

Für die Einwohner haben diese Politik und die genannten Regelungen erhebliche Konsequenzen gehabt. Wesentliche Folge des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes und seines Vorgängers waren breite Statusdifferenzierungen hinsichtlich der Staatsbürgerschaft und der damit verbundenen Rechte:

- Staatsbürger durch Geburt: Verfügen über alle Rechte. Etwa 1 Million Einwohner Estlands.
- Naturalisierte Staatsbürger: Können nicht für das Präsidentschaftsamt der Republik kandidieren, können in bestimmten Fällen ihre Staatsbürgerschaft verlieren. Etwa 100.000 Personen. Nur Staatsbürger Estlands werden, sofern sie einer Minorität angehören, als Repräsentanten einer nationalen Minorität anerkannt.
- ‚Neue Staatsbürger‘: Können ebenfalls nicht für die Präsidentschaft kandidieren. Darüber hinaus besitzen sie kein Wahlrecht, können nicht ins Parlament gewählt werden und nicht in der Armee dienen. Neue Staatsbürger können diejenigen werden, die den grauen Pass besitzen (Pass für Staatenlose), und Illegale, die sich bereits über einen langen Zeitraum in Estland aufhalten. Ihre Zahl ist unbekannt.
- Personen mit mehrfacher Staatsbürgerschaft: Personen, die in den Westen geflüchtet waren, Esten, die in Russland leben und Personen, die bewusst ihre Angaben gefälscht haben. Etwa 200.000 Personen.
- Nicht-Staatsbürger mit einer permanenten Aufenthaltserlaubnis: Sie dürfen keine politischen Parteien gründen, keinen Handel mit Waffen treiben und keine Immobilien im Grenzbereich und auf kleinen Inseln erwerben. Sie müssen keine Arbeitserlaubnis beantragen, dürfen sich an lokalen Wahlen beteiligen (allerdings nur aktiv), Meetings organisieren, als Sicherheitskräfte arbeiten und Waffen besitzen. Etwa 100.000 russische Staatsbürger und 200.000 Besitzer des „grauen Passes“ (Ausländerpass) besitzen eine derartige Aufenthaltserlaubnis.
- Nicht-Staatsbürger mit einer temporären Aufenthaltserlaubnis: Diese müssen eine Arbeitserlaubnis beantragen, haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung,

können sich grundsätzlich nicht an Wahlen beteiligen, nicht als Sicherheitskräfte arbeiten und dürfen keine Waffen besitzen. Diese Gruppe umfasst etwa 20.000 Personen.

Daneben existiert die Gruppe der Illegalen, die bereits lange in Estland leben. Ihr Umfang lässt sich nicht genau beziffern und wird auf 30.000 bis 80.000 Personen geschätzt. Diese Gruppe differenziert sich in verschiedene Gruppen (Arjupin 2000), wie z.B. diejenigen, die zu SU-Zeiten eine permanente Aufenthaltserlaubnis hatten, aber aus verschiedenen Gründen die vom Ausländergesetz vorgeschriebene Frist zur Beantragung einer neuen nicht einhalten konnten. Hierbei handelt es sich um Menschen, die dennoch feste Einkommensquellen haben – Rentner, alleinerziehende Mütter, Invaliden und kinderreiche Familien. Des Weiteren sind Ausländer betroffen, die eine Aufenthaltsgenehmigung zu Sowjetzeiten hatten, denen das Ausländergesetz jedoch keine Aufenthaltsgenehmigung garantiert und die einen Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung nur aus dem Ausland stellen können. Selbst wenn ein solcher Antrag im Ausland gestellt worden ist, muss auf die Entscheidung im Schnitt anderthalb Jahre gewartet werden. Darüber hinaus kommt Illegalität durch Scheidungen in russisch-estnischen Familien zustande, wenn Eltern versäumen, ihre Kinder fristgerecht registrieren zu lassen (Birckenbach 2000: 38), oder durch die niedrig gehaltene Immigrationsquote. In verschiedenen Fällen wurde im Rahmen von Familienzusammenführungen Angehörigen zwei bis drei Mal die Aufenthaltsgenehmigung verweigert, weil die Immigrationsquote bereits erfüllt war. (Semjonov 2000)

Die Auswirkungen dieser restriktiven Staatsbürgerschaftspolitik sind in der Bevölkerungsstruktur Estlands deutlich sichtbar: 1999 machten Nicht-Esten mit 503.000 einen Anteil von 35% an der Gesamtbevölkerung Estlands aus. Davon waren knapp 30% (144.000) estnische Staatsbürger, rund 18% (88.000) sind russische Staatsbürger<sup>35</sup> und knapp 3% (13.000) sind Staatsbürger anderer Länder. Insgesamt ist also jeder fünfte Nicht-Este Staatsbürger eines anderen Landes. Die verbleibenden rund 250.000 Personen werden wahlweise als Ausländer, Personen mit unbestimmter Staatszugehörigkeit, Staatenlose oder Personen ohne Papiere bezeichnet. (EHDR 1999:Kap2.3)

An diesen Zahlen werden Ausmaß und Dringlichkeit des Problems der nicht geregelten

---

<sup>35</sup> Diese Zahl schwankt in den Angaben erheblich, weil nicht mit Bestimmtheit gesagt werden kann, wie viele von dieser Gruppe in Estland verbleiben. Schätzungen gehen von 80.000 bis rund 125.000 Personen aus (Semjonov 2000: 20; vgl. a. Kirch 1997: 53).

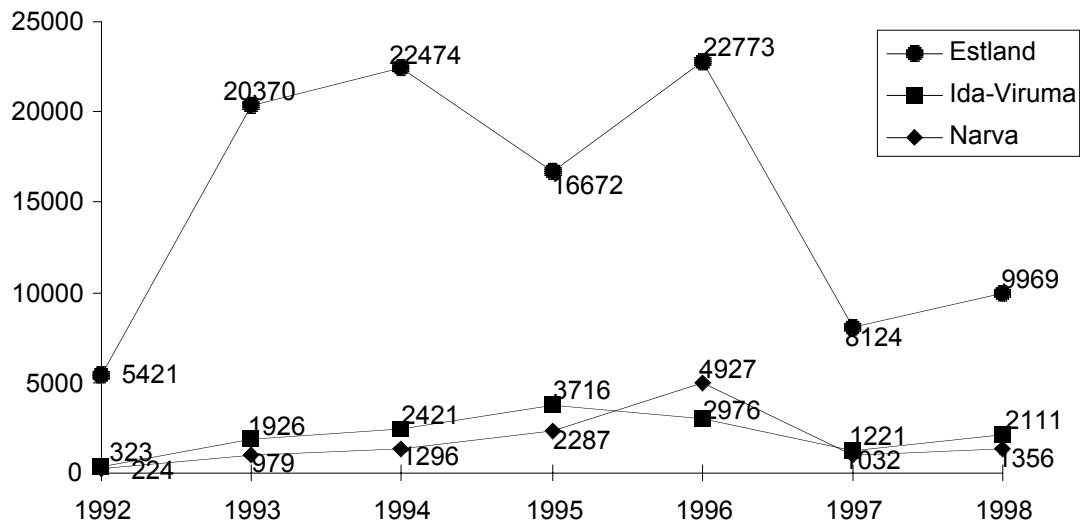
Statusfragen deutlich, denn auch schon im März 1995 lebten zwischen 200.000 und 250.000 Personen ohne Staatsbürgerschaft und ohne Aufenthaltsgenehmigung in Estland. Obwohl diese damals bis zum 12. Juli des Jahres ihren Status regeln mussten, da zu diesem Zeitpunkt die alten sowjetischen Pässe ungültig wurden, hat ihre Zahl sich kaum verringert.

Im September 1999 besaßen 299.000 nicht-estnische Einwohner eine Aufenthaltsgenehmigung, davon nur 12% eine unbegrenzte. Dabei differiert, wie oben beschrieben, der Status von Personen mit unbegrenzter und Personen mit begrenzter Aufenthaltsgenehmigung erheblich. Mit der unbegrenzten Aufenthaltsgenehmigung steht zugleich der Arbeitsmarkt offen, die begrenzte Erlaubnis erfordert hingegen die Einholung einer Arbeitsgenehmigung, ein Vorgang, der mit aufwendigen bürokratischen Vorgängen verknüpft ist. Heute haben nur ca. 115.000 der Nicht-Staatsbürger eine Arbeitserlaubnis, 31% unter den russischen Staatsbürgern, 37% der Staatenlosen.

Integration durch Naturalisierung spielt im Vergleich zu den anderen rechtlichen Statusabstufungen die geringste Rolle. Ihr Tempo ist nach wie vor gering: Von 1992 bis 1998 wurden etwa 106.000 Personen naturalisiert. Davon waren jeweils rund ein Fünftel im Alter von unter 18 Jahren oder zwischen 19 und 35 Jahre alt, gut ein Drittel war 36 bis 55 Jahre alt. Bemerkenswert ist, dass Personen im Alter von 56 und mehr Jahren immerhin noch knapp ein Drittel aller Naturalisierungen im hier beobachteten Zeitraum stellten. Das Einbürgerungstempo variierte dabei mit den unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen stark: Am schnellsten war es, als das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1938 wieder Gültigkeit erlangte, es verlangsamte sich deutlich, als 1995 das neue Staatsbürgerschaftsgesetz verabschiedet wurde, welches eine Reihe von Anforderungen mit sich brachte, die viele nicht erfüllen konnten (Abbildung 3-1). Dabei waren viele von den eingeführten Sprachtests und der Prüfung über die estnische Verfassung befreit, z.B. Kinder von neu eingebürgerten Personen, die unter 15 Jahren alt sind.



**Abbildung 3-1: Naturalisierungen in Estland 1992 bis 1998**



Quelle: Estonian Citizenship and Migration Board

Deutlich fällt in Abbildung 3-1 die bimodale Verteilung der Gesamtentwicklung bei den Naturalisierungsprozessen auf. Das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1992 hat trotz seiner restriktiven Regelungen offensichtlich viele Angehörige anderer Volksgruppen nicht davon abgehalten, sich um die estnische Staatsbürgerschaft zu bewerben und diese auch zu erlangen. Der Rückgang an Naturalisierungen zwischen 1994 und 1995 dürfte in erster Linie auf eine Phase abwartenden Verhaltens in der Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1995 zurückzuführen sein. Darauf deutet auch der Wiederanstieg der Zahl der Naturalisierungen nach 1995 hin. Eine Ursache des überaus starken Rückgangs nach 1996 ist in den verschärften Zugangsregelungen zur estnischen Staatsbürgerschaft zu sehen. Der Anstieg zwischen 1995 und 1996 ist primär auf den Abbau der Antragsflut zurückzuführen, die sich durch die abwartende Haltung vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes aufgestaut hatte. Danach nahmen die Naturalisierungsfälle infolge der rigideren Auswahlkriterien ab. Eine andere Ursache könnte darin bestehen, dass nach 1996 das Interesse der Angehörigen anderer Volksgruppen an der estnischen Staatsbürgerschaft erlahmt ist. Dieser Frage wird im folgenden Abschnitt nachgegangen.

### **3.3.3. Enttäuschte Hoffnungen: Staatsbürgerschaftsinteressen der Minderheit**

Eines der Hauptargumente, das von Vertretern des estnischen Staates in der Staatsbürgerschaftsdebatte immer wieder vorgebracht wird, um die Vorenthaltung der

estnischen Staatsbürgerschaft für die russische Bevölkerung zu legitimieren, lautet, dass diese Bevölkerungsgruppe sich durch die russische Staatsbürgerschaft absichern könne. Tatsächlich bot das russische Staatsbürgerschaftsgesetz vom 28. November 1991 den Russen, die auf dem Territorium Estlands lebten, die russische Staatsbürgerschaft durch einfache Registrierung an. Nach dem geänderten Gesetz vom 6. Februar 1995 haben alle ehemaligen sowjetischen Bürger, die auf dem Territorium der Sowjetunion gelebt haben, das Recht, sich als russischer Staatsbürger registrieren zu lassen.

Von den rund 500.000 in Estland lebenden Russen haben bis Mitte 1997 nur zwischen rund 90.000 und 120.000 Personen davon Gebrauch gemacht. Die Entscheidung war dabei v.a. von der Vermeidung der Staatenlosigkeit und dem Erhalt eines gültigen Reisepasses beeinflusst.

Dagegen war die Bereitschaft, die estnische Staatsbürgerschaft anzunehmen, auf Seiten der russischen Bevölkerung sehr hoch. Schon das oben beschriebene Verhalten dieser Gruppe nach dem 1989 erfolgten Aufruf, sich registrieren zu lassen, um die Chance auf eine spätere Einbürgerung zu wahren, zeigt ihr starkes Interesse an der estnischen Staatsbürgerschaft. Nach der Untersuchung der Internationalen Organisation für Migration wollten nur 30% der russischen Staatsbürger in Estland und 7% der Staatenlosen nicht oder eher nicht die estnische Staatsbürgerschaft annehmen. (vgl. *Estonian's Noncitizens: A Survey of Attitudes to Migration and Integration*. International Organization for Migration 1997) Diese Befunde zeigen deutlich, dass die russische Minderheit in Estland sich keineswegs ausschließlich oder auch nur primär mit Russland identifizierte, sondern vielmehr gewillt war, sich als Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Esten in den neuen Staat zu integrieren.

Geht man von den Staatsbürgerschaftspräferenzen der russischen Minderheit zu Beginn des Transformationsprozesses aus, so lässt sich nur der Schluss ziehen, dass die Erwartungen dieser Bevölkerungsgruppe durch die Staatsbürgerschaftsgesetze massiv enttäuscht wurden. Als Folge dieser Entwicklung lässt sich bei der russischen Bevölkerung im Hinblick auf die Erlangung der estnischen Staatsbürgerschaft eine gewisse Resignation beobachten - die Hoffnung auf den estnischen Pass ist in den Regionen mit hohem Minderheitenanteil, Tallinn und Ida-Virumaa im Nordosten, 1995 nur noch bei wenigen anzutreffen (Tabelle 3-1):

**Tabelle 3-1: Selbst eingeschätzte Chance, die estnische Staatsbürgerschaft zu erlangen (Staatenlose in %), 1995**

	Tallinn	Nordost-Estland
Wahrscheinlich	24.5	37.1
Unsicher	13	13.1
Nicht wahrscheinlich	62.5	49.8

Quelle: Kirde-Eesti 1995, 25; nach Semjonov 2000: 22

Die Veränderung in der Struktur der Staatsbürgerschaftspräferenzen der Staatenlosen macht die Misere dieser Gruppe besonders deutlich. Während im Nordosten Estlands das Interesse an der estnischen Staatsbürgerschaft Mitte der 1990er Jahre etwa gleich blieb, nahm es in Tallinn in nur drei Jahren dramatisch ab (Tabelle 3-2).<sup>36</sup> Die russische Staatsbürgerschaft stellt aber keineswegs eine Alternative zur estnischen dar, im Gegenteil: Sowohl in Tallinn als auch im Nordosten ist das Interesse an der russischen Staatsbürgerschaft 1995 auf einem zu vernachlässigenden Niveau angelangt. In beiden Regionen wuchs die Zahl derjenigen, die sich nicht entscheiden können, welche Staatsbürgerschaft sie haben wollen.

**Tabelle 3-2: Staatsbürgerschaftspräferenz von Staatenlosen (in %), 1993 bis 1995**

	Tallinn			Nordost-Estland		
	1993	1994	1995	1993	1994	1995
Estnische Staatsbürgerschaft	52,5	36,9	31,9	46,5	45,1	47,9
Russische Staatsbürgerschaft	16,0	5,2	2,6	28,3	10,0	2,8
Andere Staatsbürgerschaft	...	...	5,6	...	...	2,8
Unklar	30,5	56,5	59,9	25,2	42,0	46,5

Quelle: Kirde-Eesti 1995, 23; nach Semjonov 2000: 22

<sup>36</sup> Dies könnte an der schlechteren Information über die genauen Einbürgerungsbedingungen im Nordosten liegen. Realistischerweise sind die Chancen der Bewohner dieser Region eher schlechter einzuschätzen als die der Talliner. V.a. die geforderten Sprachkenntnisse stellen gerade in Ida-Virumaa ein massives Problem dar. Dieser Punkt wird später eingehender behandelt.

Wie lässt sich das schleppende Tempo der estnischen Naturalisierungen erklären? Ein wesentlicher Grund liegt in der Überforderung, aber auch in dem lange Zeit offensichtlich mangelnden Willen der zuständigen Behörden, die Anträge der Einbürgerungswilligen tatsächlich zu bearbeiten und ihre Klienten umfassend zu informieren.

So wird im Evaluationsbericht über die sozialen Integrationsprojekte Estlands die Arbeit der Staatsbürgerschafts- und Migrationsbehörde (Citizenship and Migration Board, CMB) kritisiert – offensichtlich gibt es in der Behörde massive interne Schwierigkeiten und Mängel bei der Information von Klienten. Zudem bestehen über die Funktion des CMB auch innerhalb der Regierung unterschiedliche Auffassungen. Letztlich wurden viele Ratsuchende, insbesondere Personen ohne estnische Staatsbürgerschaft, abgeschreckt. Die Kommission spricht sich für die Verstärkung der Integrationsaktivitäten seitens der Behörde aus und schlägt die Etablierung von Integrationsberatern vor, die in den Regionen aktiv werden, in denen die Minderheitenproblematik besonders kompliziert ist; ein Teil der Dienstleistungen des CMB sollte darüber hinaus in den privaten Sektor verlagert werden. (Mid-Term Evaluation 2000: 5) Auch die OSZE-Mission in Tallinn wurde von einer Vielzahl von Ratsuchenden belagert, die in den zuständigen Behörden keine oder falsche Auskünfte über die Beantragung von Pässen, Aufenthaltsgenehmigungen oder die Naturalisierungsmodalitäten erhalten hatten. (vgl. Birckenbach 1999, s.a. Kap. 4) Darüber hinaus verfügen die Antragsteller aus der Gruppe der russischen Minderheit offensichtlich über sehr unterschiedliche Voraussetzungen für den Erwerb der estnischen Staatsbürgerschaft.

Wie selektiv und ungleich der Zugang dieser Gruppe zur Staatsbürgerschaft ist und welche Kriterien offensichtlich bei der Auswahl eine Rolle spielten, verdeutlicht der Survey der Open Estonia Foundation, in dem Russen mit estnischer, mit russischer und ohne Staatsbürgerschaft befragt wurden (Tabelle 3-3):

In der Gruppe mit estnischem Pass ist der Anteil der höher Qualifizierten deutlich größer als in den Gruppen der russischen Staatsbürger oder der Staatenlosen. Sie sind in höherer Anzahl bereits in Estland geboren, sind jünger, bekleiden höhere Positionen, bilden sich beruflich weiter und beurteilen in stärkerem Maße als die Angehörigen der anderen Gruppen ihren Arbeitsplatz als sicher. Da sie das mit der Beantragung der Staatsbürgerschaft einhergehende Sprachexamen bewältigen konnten, sind auch ihre Sprachkenntnisse besser. Sie wünschen sich in weitaus geringerem Maße als die Befragten der anderen Gruppen die sowjetischen

Verhältnisse zurück. Auch wenn mehr als die Hälfte von ihnen eine doppelte Staatsbürgerschaft befürwortet (53%), ist es doch für sie ein offensichtlich geringeres Problem als für russische Staatsbürger (83%) oder für Staatenlose (71%), dass ihnen diese verweigert wird.

Für die beiden letztgenannten Gruppen sind hingegen Unsicherheit, Gefährdung der Existenz und die Schwierigkeiten, als nicht gleichberechtigter Einwohner des Landes zu gelten, brennende Probleme.

Auf den ersten Blick ist es allerdings erstaunlich, wie stark die Gemeinsamkeiten zwischen der Gruppe mit estnischer Staatsbürgerschaft und der Gruppe der Staatenlosen ist. Im Vergleich zu der Gruppe der russischen Staatsbürger sind auch hier mehr Personen mit höherer Bildung und beruflicher Position vertreten, die Vertrauen in die zukünftige Entwicklung Estlands haben und von denen immerhin noch 30% ihren Arbeitsplatz als sicher einschätzen. Die Gemeinsamkeiten ergeben sich wesentlich durch das Alter - sie kommen wie diejenigen mit estnischem Pass überwiegend aus der jüngeren Generation und können offensichtlich einen höheren sozio-ökonomischen Status im kompetitiven Arbeitsmarkt besser verteidigen als diejenigen mit russischer Staatsbürgerschaft.

**Tabelle 3-3: Merkmale von Gruppen mit unterschiedlichem Staatsbürgerschaftsstatus  
(in %)**

	Estnische Staatsbürgerschaft	Russische Staatsbürgerschaft	Ohne Staatsbürgerschaft
In Estland geboren	63	15	43
Unter 44 Jahre alt	64	27	65
Mit höherer Bildung	34	16	18
Manager, Spezialisten, Angestellte	48	21	32
Arbeiter	20	36	33
Weiterbildung am Arbeitsplatz im letzten Jahr	30	5	18
Gefühl der Sicherheit des jetzigen Arbeitsplatzes	41	18	31
Estnischkenntnisse sehr gut/gut	37	1	8
Tägliche Kommunikation auf estnisch	33	4	4
In der Lage, Staatsbürgerschaftsprüfung abzulegen	-	14	30
„Estonisierung“ der eigenen Person (subjektive Einschätzung)	53	23	30
Bevorzugung des sowjetischen Estlands	42	70	48
Wunsch nach doppelter Staatsbürgerschaft	54	83	71
Einschätzung, dass ohne Staatsbürgerschaft das Leben in Estland schwieriger ist	-	53	73
Einschätzung, dass der Nichtbesitz einer Staatsbürgerschaft zu ständiger Gefährdung und Unsicherheit beiträgt	-	44	62

Quelle: Open Estonia Foundation 1997a

Für die russische Staatsbürgerschaft haben sich offensichtlich jene entschieden, die ihre Chance auf Integration als gering beurteilt haben oder beurteilen mussten. Diese Gruppe besteht überwiegend aus Alten oder Personen in mittleren Jahren, die über geringere Qualifikation und so gut wie keine Sprachkenntnisse verfügen. Hier ist der Anteil von

Pensionären besonders hoch.

### **3.4. Ein Staat - eine Kultur: Sprache als Medium kultureller Standardisierung in Estland**

#### **3.4.1. Sprachpolitik und Sprachgesetze**

Der Sprache kommt in jeder Kultur ein sehr hoher Stellenwert zu. In der Regel ist sie eines der wichtigsten Symbole ethnischer Identität und Gemeinschaft. Für das Selbstverständnis der Esten spielt Sprache insbesondere deshalb eine herausragende Rolle, weil sie über Jahrhunderte hinweg von verschiedenen fremden Nationen beherrscht wurden und keinen eigenen Staat gründen konnten. Der einzige wesentliche Identifikationsfaktor dieser Gruppe bestand somit lange Zeit in der gemeinsamen Sprache. Erst mit der Gründung des estnischen Staates 1920 hatten die Esten erstmals die Chance, sich eine eigene gemeinsame politische Verfassung zu geben und damit neue soziale und territoriale Identifikationsmomente zu schaffen.

Die sowjetische Okkupation brach diesen gerade erst begonnenen Prozess abrupt ab und brachte Russisch als lingua franca auch ins Baltikum. In der gesamten Sowjetunion wurde in den 1970er und frühen 1980er Jahren ein Bilingualismus-Programm aufgelegt, das von vielen als ein Rückfall in zaristische Russifikationsprogramme interpretiert wurde. Russisch war die Kommunikationssprache der wachsenden Minderheit im Lande, die sich überwiegend in den urbanen Zentren ansiedelte. Im estnischen Fall bedeutete dies, dass gerade in den Ballungszentren wie Tallinn bald überwiegend Russisch gesprochen wurde und die einheimische Sprache in den Hintergrund gedrängt wurde. Russisch war aber darüber hinaus auch unerlässlich für die Karriereplanung – strebte man in der Verwaltung, Wirtschaft oder gar der Politik höhere Positionen an, waren gute Sprachkenntnisse unerlässlich. Im Resultat waren Wissenschaft, Medizin, staatliche Verwaltung, Handel und mediale Kommunikation zum größten Teil durch Russisch dominiert, Estnisch wurde als lokale Sprache marginalisiert, auf die Privatsphäre oder folkloristische Aktivitäten reduziert. (Hallik 1997: 93; Vihalemm/Lauristin 1997: 292ff)

Mit der Unabhängigkeit änderte sich dies entscheidend. Bereits 1989, also noch zu sowjetischen Zeiten, wurden in den baltischen Republiken Sprachgesetze verabschiedet. In Estland sah das Sprachgesetz die Reduzierung des Russischen auf die Sprache der all-

sowjetischen Kommunikation vor. Alle Gesetze und andere offizielle Verlautbarungen sollten ab sofort auf Estnisch und nur für eine kurze Übergangszeit auch auf Russisch veröffentlicht werden, öffentliche Beschriftungen und Schilder ausschließlich auf Estnisch. Für öffentliche Posten, in staatlichen Unternehmen und für eine Reihe von Berufen (u.a. Journalisten, Ärzte und Handeltreibende) wurden estnische Sprachkenntnisse Vorschrift.<sup>37</sup> Personen, die solche Posten bereits innehatten, wurde eine vierjährige Übergangsfrist eingeräumt. (vgl. Laitin 1998: 89f)

Diese Regelungen wurden zunächst allgemein als vornehmlich symbolische Gesetzgebung verstanden (Hanne/Onken/Götz 1998: 323), bekamen mit der Unabhängigkeit aber plötzlich eine sehr reale Bedeutung. Der nicht-estnische Teil der Bevölkerung, der sich bis dahin nicht tatsächlich um die Erfüllung der in diesen Regelungen erhobenen Anforderungen zu kümmern brauchte, hatte nun kaum noch oder gar keinen Spielraum mehr, um diesen Forderungen nachzukommen und sich als Bürger in den neuen Staat zu integrieren: Viele Fristen waren bereits abgelaufen oder im Begriff zu verstreichen. Dadurch drohten dem überwiegenden Teil der Minderheit erhebliche Konsequenzen: Studien von Mitte der 1990er Jahre zeigen, dass ungefähr 60% der russischen Minderheit in Estland über keine Kenntnisse der Staatssprache verfügten. (Smith/Wilson 1997: 851)

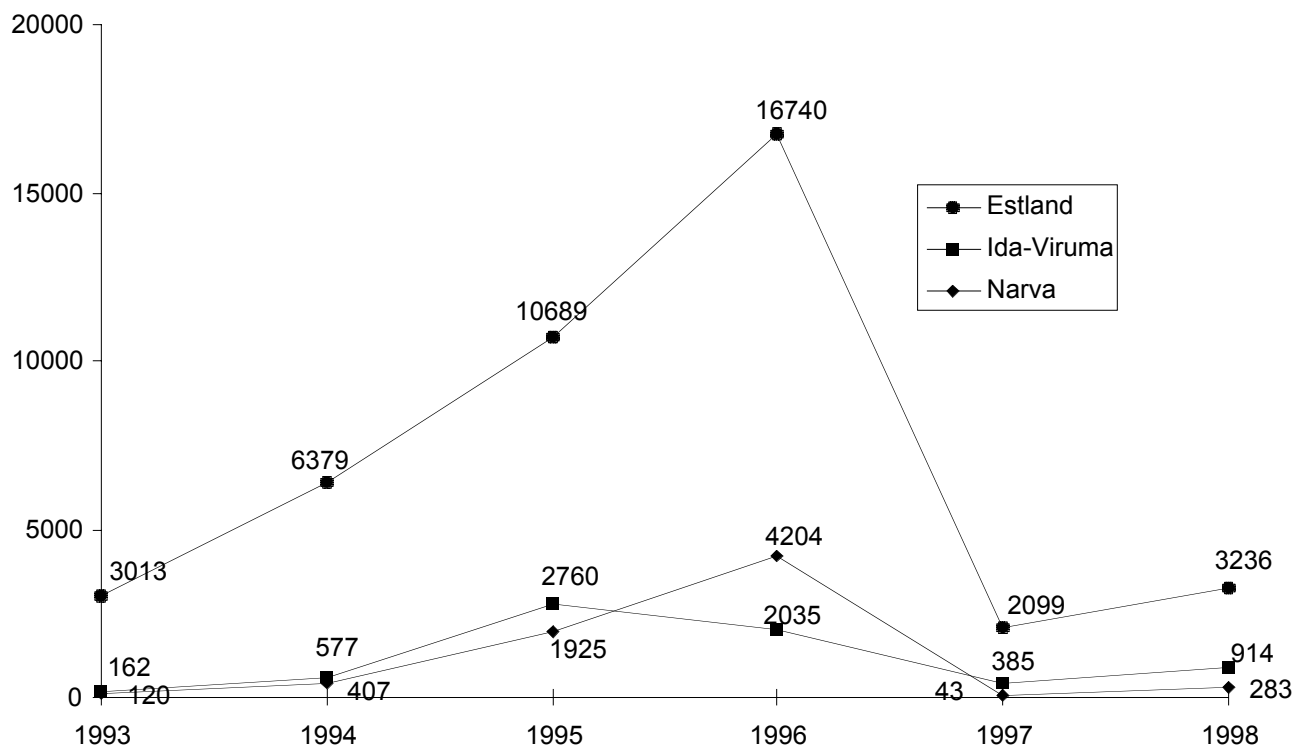
Der Sprachenpolitik kommt damit in Estland eine ähnliche Bedeutung wie der Staatsbürgerschaftsfrage zu, und sie ist direkt mit dieser verbunden: Wer nicht unter Sonderregelungen für soziale Härtefälle oder aufgrund besonderer Verdienste um den estnischen Staat die estnische Staatsbürgerschaft verliehen bekommt, ist verpflichtet, in besonderen Examina den Nachweis der Beherrschung der estnischen Sprache zu erbringen. Von den 106.000 Naturalisierungen, die zwischen 1992 und 1998 zu verzeichnen waren (vgl. Abschnitt 3.1), erlangten rund 40.000 Personen die estnische Staatsbürgerschaft durch Absolvierung eines solchen Sprachtests (Abbildung 3-2).

---

<sup>37</sup> Das Sprachgesetz betraf nicht nur den öffentlichen Bereich sondern sollte auch in der privaten Sphäre den Gebrauch des Estnischen durchsetzen. Entsprechende Vorschriften wurden auf Empfehlungen der EU vom estnischen Parlament im April 2000 deutlich eingeschränkt: „The new provision stipulated that the compulsory use of Estonian in the private sphere had to be clearly justified on the grounds of a specific public interest, such as public security, public order, public health, health-protection, consumer protection or safety at work“ (Human Rights in the OSCE Region. Report 2001: 122).



**Abbildung 3-2: Naturalisierungen durch Absolvierung von Sprachtests in Estland 1993 bis 1998**



Quelle: Estonian Citizenship and Migration Board

Bei der Entwicklung der Erlangung der Staatsbürgerschaft durch erfolgreiche Teilnahme an Sprachprüfungen zeigt sich ein deutlicher Einfluss des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1995. Bis 1996 stieg die Zahl derjenigen, die auf diese Weise die estnische Staatsbürgerschaft erlangten, kontinuierlich an, um dann dramatisch zurückzugehen. Dass der Wendepunkt der Entwicklung erst 1996 und nicht schon 1995 kam, dürfte dabei auf Übergangsfristen für diejenigen zurückzuführen sein, deren Sprachkurs vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes begann.

Sprachtests zur Erlangung der Staatsbürgerschaft spielen bei Jugendlichen bis zu 18 Jahren nur eine untergeordnete Rolle. Nur 10% der naturalisierten Personen in dieser Altersgruppe hatten zwischen 1993 und 1998 einen solchen Test absolviert. In der Altersgruppe der 19- bis 35-Jährigen hingegen stellen sie das wesentliche Zugangskriterium zur Staatsbürgerschaft dar: Mehr als drei Fünftel (62%) der Naturalisierungen in dieser Altersgruppe erfolgten nach Absolvierung eines Sprachtests. Auch in der Gruppe der 36- bis 55-Jährigen spielen Sprachtests eine wichtige Rolle, hier weisen 50% der naturalisierten Personen dieses Merkmal auf. Für Personen im Alter von 56 oder mehr Jahren verlieren sie hingegen an Bedeutung

(29%). Dieses Datum erklärt zumindest zum Teil den relativ hohen Anteil dieser Altersgruppe an den Naturalisierungen insgesamt - offensichtlich hatten sie leichteren Zugang zur estnischen Staatsbürgerschaft als die mittleren Jahrgänge.

Die baltische Sprachenpolitik regelt darüber hinaus "den Sprachgebrauch für die wichtigsten Bereiche des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens, d.h. für die Privatsphäre, die Organe der Staatsmacht und der Staatsverwaltung, für das Gerichtswesen, die Institutionen, Unternehmen, Betriebe, Organisationen, für die Bildung, Wissenschaft, Kultur, sowie auch für Bezeichnungen, Informationen, Namen, Versammlungen." (Hanne/Onken/Götz 1998: 320)

Erhob Estland zunächst Estnisch zur alleinigen Staatssprache und gewährte in den vorwiegend russischen Regionen zunächst lediglich Übergangsfristen, so wurde nachfolgend den regionalen Divergenzen wenigstens soweit Rechnung getragen, dass für die russische Bevölkerung in den nordöstlichen Gebieten Russisch im Gerichtswesen und als interne Verwaltungssprache zugelassen wurde.

Die Beherrschung der estnischen Sprache wird für die Teilnahme am öffentlichen Leben und für die Behauptung am Arbeitsplatz damit immer wichtiger. Sie ist eine unerlässliche Bedingung für den beruflichen Aufstieg im Bereich höher- und hochqualifizierter Tätigkeiten und für die Bekleidung öffentlicher Ämter. Sprache ist hier aber nicht nur der Schlüssel zum Aufstieg in mittlere und führende Positionen, sondern war in der Zeit des Umbruchs auch das wesentliche Instrument der Exklusion russischer Einwohner von den Schlüsselpositionen in der Administration, der Politik und im Bildungswesen. Gerade durch Sprache als Mittel der kulturellen Standardisierung wurde ein massiver Elitenwechsel bewirkt. Dieser vollzog sich in Estland im Vergleich zu den anderen baltischen Staaten am gründlichsten.

Sowjetischen Statistiken zufolge lag 1987 der Anteil von Esten in der Staatsbürokratie und anderen Verwaltungsorganen bei 72%, im Bildungsbereich bei 71%. (Park 1994: 74)

Für 1998 stellt Steen fest, dass die estnische Elite im baltischen Vergleich die geschlossenste ist (90% estnisch, 8% russisch, 2% andere<sup>38</sup>) und die stärkste De-Russifizierung in der staatlichen Administration und im Parlament vollzogen hat. (Steen 1998: 104)

---

<sup>38</sup> N= 281, Steen 1998: 104.

In einigen Bereichen kam es nach dem Beschluss der Sprachgesetze übergangslos zu Entlassungen, z.B. von russophonen Lehrern durch die Schließung russischsprachiger Schulen, aber auch wegen unzureichender Sprachkenntnisse. Hiervon betroffen waren v.a. die Höher- und Hochqualifizierten. Höhere Positionen in Politik, Wirtschaft, Verwaltung, im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich verlangen die höchste Stufe der Sprachkenntnisse. Gerade diese waren häufig durch die knappen oder nicht vorhandenen Übergangsfristen nicht zu erwerben. Dort, wo nicht allein schon durch neue Verordnungen die Beschäftigung von Nicht-Staatsbürgern ausgeschlossen wurde, wie z.B. in der Verwaltung (Ettmayer 1999: 79), führten in der Folge unzureichende oder fehlende Sprachkenntnisse zu Entlassungen und Versetzungen, so dass Angehörige der russischen Elite in Schlüsselpositionen der Wirtschaft und Politik häufig ihre Posten verloren.

Wenn auch insgesamt die großen Entlassungswellen nicht-estnischer Beschäftigter ausblieben, waren diese Bereiche doch überproportional betroffen. In der Kommunikation von Unternehmen, Institutionen und Organisationen mit staatlichen Stellen wird prinzipiell Estnisch gefordert, allerdings ist zumindest für eine gewisse Übergangszeit auch Russisch zugelassen. An Beschäftigte in Bereichen mit Publikumsverkehr sind besondere Anforderungen gestellt: Überall dort, wo in der staatlichen Administration, aber auch bei privaten Unternehmen oder im Gesundheits- und Sicherheitsbereich, das Arbeitsumfeld Kommunikation mit Kunden, Klienten oder Patienten erforderlich macht, sind Estnischkenntnisse Vorschrift.

Auch der Bereich der politischen Repräsentation und Partizipation wurde durch das Sprachengesetz in Estland nachhaltig beeinflusst. Ohne zeitliche Übergangsfrist wurde die Titularsprache als einzige Sprache im Parlament zugelassen - eine Übersetzung der Debatten und Texte für russische Abgeordnete findet nicht statt.

Die Statussicherung der estnischen Sprache geht in jedem Falle vor:

”The prescription of the requirement of Estonian-language proficiency for public servants and for employees employed in certain area of the private sector[...]coming into contact with other people is an unavoidable condition for the normalisation of the Estonian language situation and the securing of the status of the Estonian language.” (State Programme [im folg:SP] 2000: 61)

Härten bringen die Sprachgesetze vor allem durch vier Faktoren mit sich:

”[...]die im politischen, wirtschaftlichen und Bildungsbereich geforderten Sprachprüfungen, die knapp bemessenen oder fehlenden Übergangsfristen für die Anwendung der Sprachgesetze in bestimmten Bereichen, die Kontrolle der Einhaltung der Sprachgesetze durch eigens hierfür geschaffene Kontrollkommissionen, die Strafen verhängen und Inspektoren ermitteln lassen sowie letztlich die Durchsetzung der Staatssprachen auch in Gebieten kompakter Siedlung nicht-baltischer Ethnien, in denen kaum Verwendung für die Staatssprachen besteht”. (Hanne/Onken/Götz 1998: 322)

Sprachprüfungen und –qualifikationsnachweise sind praktisch auf jeder Qualifikationsstufe vorgeschrieben: Beim Besuch nicht-baltischsprachiger Schulen, vor dem Eintritt in Einrichtungen höherer Bildung und vor Aufnahme einer Beschäftigung, die Kenntnisse der Staatssprache erfordert sind diese in Form eines Zertifikats über das verlangte Sprachniveau nachzuweisen.<sup>39</sup> Die Zahl der bisher absolvierten Prüfungen war entsprechend gering: Bis Frühjahr 1994 wurden in Estland nur knapp 56.000 Sprachprüfungen mit einer Durchfallquote von 15% abgehalten.

1999 wurde durch das „State Examination and Qualification Centre“, das dem Bildungsministerium zugeordnet ist, ein einheitliches Examensystem eingeführt, das sowohl die verschiedenen Stufen des Sprachtests für Berufstätige wie auch Schulabschlussexamen und die Prüfung für die Staatsbürgerschaft organisiert und abnimmt. Seit September 1999 haben über 400 Personen Examen unterschiedlicher Schwierigkeitsstufen abgelegt, von denen 60% bestanden.

Die Vorbereitung auf den Sprachtest ist nach einhelliger Ansicht von Experten völlig unzureichend. Dies erklärt denn auch die bei den Sprachtests zu verzeichnende relativ hohe Durchfallquote von 40%. Zugleich ist sie auch ein Zeichen für eine ungenügende Informationspolitik und die relativ schlechte Qualität der Kurse, die auf die Prüfungen vorbereiten sollen:

”Test takers are neither up to date with new exam requirements, nor have they selected an exam that corresponds to their language proficiency. This figure also reflects the shortcomings of the current teaching system.” (SP: 63)

---

<sup>39</sup> Klagen über häufige Willkür bei der Beurteilung verschärften das Problem. Auf Druck des Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten der OSZE wurden eindeutiger Richtlinien festgelegt, die die Situation diesbezüglich verbesserten aber die Hürden vor Einbürgerung und Beschäftigung nicht wesentlich senken konnten.

Auch im Expertengespräch bestätigt sich diese Einschätzung: "Die Sprachanforderungen sind zwar klar, aber sehr formal, verschult festgelegt und werden den unterschiedlichen Anforderungen in der Praxis nicht gerecht - die Anforderungen mögen für einen zukünftigen Studenten klar sein, aber für normale Leute sind diese Examen und Sprachkurse etwas anderes." (Interview m. d. Verf. v. 14.03.01)

Der Bedeutung von Sprachkenntnissen für die Beschäftigung sind sich Nicht-Esten bewusst: In einem Survey von 1997 gaben 15% der Nicht-Esten an, durch mangelnde Sprachkenntnisse ihre Arbeit verloren zu haben, 17% sahen sich in Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, 23% bewarben sich wegen mangelnder Sprachkenntnisse erst gar nicht auf ihren Qualifikationen ansonsten entsprechende Arbeitsplätze. (Kruusvall 1997)

Die Sprachanforderungen, die der estnische Staat an seine nicht-estnischen Mitglieder stellt, werden von diesen in ihrem Alltag deutlich wahrgenommen und in ihrer Bedeutung für die eigenen Chancen am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft eindeutig erfasst. Die grosse Mehrheit der von den Sprachgesetzen Betroffenen geht davon aus, dass die soziale Mobilität wesentlich von den Sprachkenntnissen abhängt: Gefragt nach den Bedingungen für Erfolg im gegenwärtigen Estland wird an erster Stelle die Beherrschung von Estnisch genannt, vor Fremdsprachen und dem Bildungsniveau. (Vihalemm und Lauristin 1997: 291) Ähnlich sieht auch die Sichtweise Jugendlicher aus: Eine Ende 1998 durchgeführte landesweite Jugendstudie zeigte, dass 87% der nicht-estnischen und 82% der estnischen Jugendlichen gute estnische Sprachkenntnisse als Erfolgsgarantie ansehen. Im Unterschied zu Erwachsenen sahen allerdings beide Gruppen andere Fremdsprachenkenntnisse als noch wichtiger an. (Saar 1998) Selbst in Städten wie Sillamäe, in denen nur 2-3% der Bevölkerung Estnisch sprechen, glauben 60% der Befragten, dass Erfolg in Estland von Estnischkenntnissen abhängt. Nach einer Untersuchung der Universität Tartu zusammen mit einem Marktforschungsinstitut sehen sich nur 14% der russischen Staatsbürger und 30% der staatenlosen Personen in der Lage, den Staatsbürgerschaftstest zu bewältigen. ("About Non-Estonians integration into the Estonian society, Materials of Sociological Studies" 1997)

"Was passiert, ist, dass nur die mit Sprachkenntnissen die Jobs bekommen und das bedeutet, dass nur Esten oder Russen, die bereits besser integriert sind, die Jobs bekommen". (Interview mit d. Verf. 07.03.01) Die Verhältnisse haben sich umgekehrt – war früher Russisch die Sprache, die für eine Karriere unerlässlich war, ist es heute Estnisch.

Die Motive zum Spracherwerb sind also zahlreich: Sprachanforderungen am Arbeitsplatz, das Gespräch mit den Kollegen, die Einbürgerungsvoraussetzungen und die Angst vor Arbeitsplatzverlust stimulieren die Lernbereitschaft. Dennoch haben bis 1999 nur schätzungsweise 110.000 Personen ein offizielles Sprachzertifikat erworben.

### **3.4.2. Kulturelle Desintegrationsspirale: Sprachanforderungen und Bildungssystem**

Wenn ein Staat den auf seinem Territorium lebenden Minderheiten die Staatsbürgerschaft nur gewährt, wenn sie die Landessprache sprechen, dann werden die Fragen, inwieweit die Betroffenen auch tatsächlich in der Lage sind, die an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen, und was der Staat unternimmt, um einen Spracherwerb zu ermöglichen, von entscheidender Bedeutung für die Existenzbedingungen der Minderheit.

Der estnische Staat ist sich seiner Verantwortung dafür, die erhobenen Sprachanforderungen durch entsprechende Infrastrukturen und Angebote zum Erlernen des Estnischen zu flankieren, durchaus bewusst. Wie auch die anderen baltischen Staaten hat Estland sich verpflichtet, für kostenlosen oder kostengünstigen Sprachunterricht für den Teil der Bevölkerung zu sorgen, der der Landessprache nicht mächtig ist. Die dargestellten regionalen Unterschiede im Sprachgebrauch und der Chancen zum Spracherwerb verdeutlichen dabei, dass die Konsequenzen der Sprachpolitik in der regionalen Verteilung besonders prekär sind und dass Angebote und Intensität von Sprachunterricht diesen Unterschieden Rechnung tragen müssten.

Ein solches, an den vorfindbaren Strukturunterschieden und den unterschiedlichen Bildungsbedarfen verschiedener Gruppen innerhalb der Minderheiten orientiertes Programm zur Vermittlung der Landessprache existiert jedoch nicht. Estland hat für den Bildungsbereich zwar Minderheitenschutz zugesagt, und auch das Recht auf muttersprachlichen Unterricht ist ausdrücklich garantiert. Darüber hinaus ist auch die Einrichtung privater muttersprachlicher Bildungsinstitutionen zugelassen, welche sich an den staatlichen Lehrplan zu halten haben und damit auch in dieser Hinsicht zu einer verbesserten Integration der Minderheit beitragen. Dabei muss die Initiative für die muttersprachliche Ausbildung aber von den Betroffenen selbst übernommen werden: Das Gesetz über die Grund- und weiterführende Ausbildung des Staates Estland legt fest, dass die Sorge für die weiterführende Ausbildung in anderen

Sprachen als Estnisch den Minderheiten selbst obliegt. (Berg 1999: 43) Den Forderungen von Mitgliedern der russischen Minderheit nach staatlicher Unterstützung für kulturelle Aktivitäten wurde seitens der estnischen Regierung nur mit dem Verweis begegnet, dass die Minderheiten selbst für ihre Erhaltung und Finanzierung zu sorgen hätten (ebd.).

Grundsätzlich muss man bei der Analyse der Umsetzung der Sprachgesetze in entsprechende Bildungsangebote zwei unterschiedliche Zielgruppen berücksichtigen. Zum einen die erwachsenen und schon erwerbstätigen Angehörigen der anderssprachigen Minderheiten, für die spezielle Bildungsangebote und Infrastrukturen erst neu geschaffen werden müssen, zum anderen die junge Generation in dieser Gruppe, die über entsprechende Angebote im vorhandenen Erziehungs- und Bildungssystem, etwa in Kindergärten und Schulen, die Sprache erlernen kann. Beide Teilaspekte werden im Folgenden analysiert.

Gerade für Erwachsene, die durch die verschiedensten Anforderungen am Arbeitsmarkt auf Sprachunterricht angewiesen und die aufgrund der neuen Sprachanforderungen sehr stark von Dequalifizierung bedroht sind, gestalten sich die Bedingungen zum Erlernen der estnischen Sprache schwierig. So wird im Staatsprogramm aus dem Jahr 2000<sup>40</sup>, mit dem die Integrationschancen der Minderheiten in Estland verbessert werden sollten, klar festgestellt, dass den Anforderungen an Sprachkenntnisse die Möglichkeiten zum Spracherwerb nicht entsprechen. (SP: 61f) Hierfür werden verschiedene Ursachen genannt: Qualifizierte Sprachlehrer sind Mangelware<sup>41</sup> und die Lerngruppen sind zu heterogen.<sup>42</sup> In die Sprachkurse drängen nicht nur Menschen, die für die Anforderungen am Arbeitsplatz Sprachunterricht nehmen, sondern auch Schüler und Studenten von berufsbildenden Schulen und Universitäten, die die Sprachauflagen staatlicher Curricula erfüllen müssen. Außerdem entspricht weder das öffentliche noch das private Angebot an Sprachkursen den spezifischen Bedürfnissen der Lernenden. Es gibt bisher offensichtlich keine Kurse, die auf die Kommunikation im beruflichen Umfeld zugeschnitten sind.<sup>43</sup> Darüber hinaus sind die Länge

---

<sup>40</sup> Dieses Integrationsprogramm wird an späterer Stelle gesondert erörtert.

<sup>41</sup> Die niedrigen Einkommen der Lehrer und die mangelnden Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrer sind ein generelles Problem – gegenwärtig existieren nur drei Einrichtungen in Tartu, Tallinn und Narva: „...these institutions repeatedly fail to attract or graduate enough Estonian teachers for Russian schools“ (Brown 2001: 7). Das geringe Gehalt (etwa 175\$ monatlich) bietet ebenfalls keinen Anreiz. Als Resultat verfügen nur 5% der Estnischlehrer an russischen Schulen über eine höhere pädagogische Ausbildung im Fach Estnisch als Fremdsprache (ebd.).

<sup>42</sup> Das Problem des Lehrermangels und der ungenügenden Abstimmung auf die Bedürfnisse der Zielgruppen wird auch explizit in der Evaluation der sozialen Integrationsprojekte Estlands angemahnt. In der Erwachsenenbildung wird eine stärkere Konzentration auf Integrationsaktivitäten außerhalb des Sprachtrainings empfohlen. (Hopkins/Elenurm/Feldman (2000): Mid-Term Evaluation Of Social Integration Projects In Estonia, Tallinn: 6)

<sup>43</sup> Das zeigt sich daran, dass im Integrationsprogramm ausdrücklich die Einrichtung solcher Kurse als Zielvorgabe formuliert wird. (SP 2000:39)

und Intensität der angebotenen Kurse für das Ablegen der Sprachprüfung im Rahmen der Staatsbürgerschaftsbeantragung nicht ausreichend. In der Regel werden Kurse von 50-60 Stunden angeboten. Die Autoren des Integrationsprogramms weisen in diesem Zusammenhang auf Erfahrungswerte englischer Sprachlehrinstitutionen hin, nach denen der Erwerb von Anfängerkenntnissen bereits 180-200 Stunden erforderlich macht und 370-400 Stunden für die Überwindung der Kommunikationsschwelle notwendig sind.(SP: 63)

Nach Schätzungen des Narva Regional Language Centre von 1998 braucht ein Anfänger ohne Vorkenntnisse sogar etwa 300 Stunden (d.h. ungefähr anderthalb Jahre) um das erforderliche Sprachniveau für den Staatsbürgerschaftstest zu erlangen. Die Kosten dafür betragen etwa 3000 estnische Kronen (EEK) (das durchschnittliche monatliche Einkommen lag 1998 bei 1.801 EEK, die monatliche Arbeitslosenunterstützung bei 300 EEK) Diese Zahlen zeigen, dass die Finanzierung der Kurse für die meisten Russen ein unüberwindliches Hindernis darstellt. Die estnischen Autoritäten ignorieren diese Fakten. Der estnische Staat bietet keinen kostenlosen Sprachunterricht für Erwachsene mehr an. (Norgaard 1996: 203) Die OSZE-Mission unterstützte angesichts dieser Lage Sprachunterricht für Krankenschwestern, Lehrer und Personal der öffentlichen Verwaltung, also für Beschäftigungsgruppen, deren Relevanz auch von der estnischen Regierung nicht bestritten werden kann. Die OSZE-Mission wandte sich an den Europarat, um Unterstützung für ein Projekt zu gewinnen, in dem Krankenschwestern im Krankenhaus von Kothla-Järve (Ida-Virumaa) ein spezielles Sprachtraining erhalten sollten. Die Situation des Krankenhauspersonals ist charakteristisch für die scheinbar auswegslose Situation der russischen Beschäftigten, die von den estnischen Sprachgesetzen betroffen sind:

„Due to the Estonian language laws, more than half of the 301 nurses need language training in order to be allowed to continue to work but cannot afford to pay for the courses because of their low salaries”. (Birckenbach 2000: 52f)

Auch in anderen Bereichen sind Veränderungen nur schwer zu bewirken.

Die Sprachsituation in der öffentlichen Verwaltung ist nicht viel besser. Um Abhilfe zu schaffen wurde das Projekt „Education of Russian-Speaking Students of Estonia in Public Administration” initiiert. Finanziert wurde es vom EU-Phare-Programm, der Technischen und der Pädagogischen Universität in Tallinn und westeuropäischen Universitäten. Der estnische Staat vergab die Stipendien zunächst ausschließlich an Staatsbürger, später auch an Nicht-Staatsbürger unter der Bedingung, dass sie Estnisch sprechen. Die Verwaltung im Nordosten profitierte nicht von dem Projekt – Studenten mit Estnischkenntnissen sind in der Regel nicht



motiviert, im russischsprachigen Nordosten auf Jobsuche zu gehen. „Consequently, it is increasingly difficult to find trained employees who can contribute to the modernisation of public administration in Northeast Estonia”. (Birckenbach 2000: 53)

Nicht überall wurde und wird versucht, die geforderten Sprachkenntnisse zu vermitteln - während die Angestellten in öffentlichen Verwaltungen oder Krankenhauspersonal v.a. im Nordosten praktisch nicht zu ersetzen sind, sind die sprachlichen Anforderungen auf der anderen Seite ein Trumpf gegenüber den Arbeitern und Angestellten, die im Prozess des wirtschaftlichen Umbruchs 'überflüssig' geworden sind:

„According to the Estonian authorities, most dismissals have occurred in the private sector, where companies use the language requirement as a means of discharging superfluous workers“. (Norgaard 1996: 181)

### **3.4.3 Sprachangebote für Kinder und Jugendliche**

Dem primären Bildungs- und Erziehungsbereich kommt im wiedergegründeten estnischen Staat eine große Bedeutung zu. Da Bilingualismus als Modell einer Koexistenz von Russisch und Estnisch vom estnischen Staat grundsätzlich abgelehnt wird, konzentrieren sich die Integrationshoffnungen auf estnischer Seite, wie auch von Seiten der russischen Minderheit, auf eine umfassende Vermittlung der estnischen Sprache während der Schulzeit. Ob der Staat in näherer Zukunft diese Hoffnungen erfüllen kann, muss allerdings in Zweifel gezogen werden.

Vor allem für den russischen Siedlungsraum Estlands ist problematisch, dass das "Gesetz über die Hauptschulen und Gymnasien" vom 15.09.1993 nur für die kurze Frist von 1993-2000 die Umstellung sämtlicher staatlicher Gymnasien auf estnischsprachigen Unterricht vorsah.<sup>44</sup> In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich das Verhältnis von russisch- und estnischsprachigen Schulen in diesen Gebieten anzusehen, also v.a. im Nordosten Estlands, um feststellen zu können, wie realistisch diese geplante Umstellung ist. Rajangu und Meriste kommen nach einer Untersuchung der Bildungseinrichtungen für Minoritäten in Estland zu dem Schluss, dass die Umstellung im angestrebten Zeitraum nicht durchzuführen ist.

---

<sup>44</sup> Das Parlament beschloss am 10. September 1997 die im Gesetz festgelegte Übergangsperiode bis auf das Jahr 2007 auszudehnen. Die Änderung des Gesetzes war umstritten – Forscher und ein Teil der estnischen Spitzenpolitiker hielten die Frist bis 2000 für unrealistisch, andere, wie der ehemalige Bildungsminister Jaak Aaviksoo setzten sich für die Implementation des Gesetzes im Jahr 2000 ein. (Brown 2000: 4)

Die Faktoren, die die Autoren (Rajangu/Meriste) als Beleg für ihre Einschätzung aufzählen, lassen zugleich auch Schlussfolgerungen über die Entwicklung der russischsprachigen Bildung und Erziehung in Estland zu, auch wenn die Zahlen nur für das Jahr 1994 vorliegen (Rajangu/Meriste 1996; SP 2000):

- Insgesamt ist die Zahl der Schulen im Vergleich zu 1991 rückläufig. Im Oktober 1994 existierten in Estland 741 Schulen (von der Vorschule bis zum Gymnasium), davon 598 estnisch- und 117 russisch. Russische Schulen gibt es v.a. in den Städten, die mehrheitlich russisch besiedelt sind. In Tallinn, das zur Hälfte russisch bewohnt ist, ist das Verhältnis zwischen den beiden Unterrichtssprachen relativ ausgewogen: 52 estnischen stehen immerhin 42 russische Schulen gegenüber.
- Es gibt allerdings keine Schule, die beide Unterrichtssprachen kombiniert. Im über 90% russisch besiedelten Nordosten sieht die Situation schon anders aus. Von den insgesamt 61 Schulen sind im Durchschnitt der Region 16 Schulen estnisch und 37 russisch. Entscheidend ist hier jedoch das Verhältnis in den Städten Kothla-Järve, Narva und Sillamäe. In jeder der Städte gab es 1994 nur je eine estnischsprachige Schule (russische: 13, 14 und 3).
- In den Jahren 1991-1994 fiel die Zahl von Schülern russischsprachiger Schulen von 79.691 auf 70.177. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl von Schülern an estnischsprachigen Schulen nur um 4835 Schüler. Diese Zahl beinhaltet die Wechsler von russischen auf estnische Schulen, die Differenz kommt dadurch zustande, dass ein Teil der Schüler das Land verließen. (Rajangu/Meriste 1996: 21)
- Seit 1994 kann schließlich in allen höheren Bildungseinrichtungen des Landes auf Estnisch studiert werden, während einige Universitäten ab diesem Zeitpunkt keinen Unterricht in Russisch mehr vorsehen. (Berg 1999: 44)
- Es gibt bis heute so gut wie keine Kooperation zwischen den estnischen und russischen Schulen.<sup>45</sup>

Angesichts dieser Zahlen ist Rajangu und Meriste zuzustimmen, dass weder genug Lehrpersonal noch ein geeigneter Lehrplan innerhalb von vier Jahren zu stellen sein wird, abgesehen davon, dass die estnische Sprache in der Region sowieso kaum als Kommunikationsmittel dient.

---

<sup>45</sup> Wenige Ausnahmen finden sich in Tartu und Tallinn, die hinsichtlich des Spracherwerbs nicht die problematischsten

Von Seiten der estnischen Regierung ist wenig unternommen worden, um die Umstellung auf estnischsprachigen Unterricht zu unterstützen. Eltern, die ihren Kindern vor der dritten Klasse Estnischunterricht erteilen lassen wollen, müssen ihn aus eigener Tasche bezahlen. (Brown 2001: 7) Es wurden weder Gelder für die Entwicklung estnischer Textbücher für russische Schulen noch für Lehrerweiterbildung zur Verfügung gestellt. Als kooperativ kann diese Position nicht bezeichnet werden.

„It ist unclear whether the governments inaction reflects a lack of interest in Estonian language education or belied hostility towards this law. But the fiscal stalemate is inimical to a transition of the Russian schools to Estonian education, whether the transition stems from law or the choice of the Russian-speaking community“. (Brown 2001: 7)

Die ersten Unterrichtsbücher wurden schließlich mit ausländischer Hilfe finanziert – die schwedische Regierung, die Soros Foundation und die United States Information Agency stellten die notwendigen Mittel zur Verfügung (ebd.).

#### **3.4.4. Das Integrationsprogramm 2000 – eine Trendwende in der Ethnopolitik?**

Auf der Seite des estnischen Staates hat sich angesichts der Integrationsprobleme in jüngster Zeit etwas getan. Unter dem offiziellen Titel: „Staatsprogramm: Integration in die Estnische Gesellschaft, 2000-2007“ wurde ein sowohl programmatisch wie auch mit konkreten Maßnahmen ausgerüstetes Integrationsprogramm aufgelegt, das das Ergebnis von nahezu drei Jahren intensiver Diskussion von Wissenschaftlern, Politikern und Staatsbeamten ist. Ziel des Programms ist es, die soziale und kulturelle Kohäsion der estnischen Bevölkerung zu fördern und zu diesem Zweck für die russische Minderheit die sprachlich-kommunikativen, die politischen und sozioökonomischen Barrieren, auf die später noch zurückzukommen sein wird, zu beseitigen.

Der Umschwung der estnischen Regierung auf einen offiziellen Integrationskurs etwa ab Mitte der 1990er Jahre war eine Reaktion auf sich verändernde Bedingungen. Gleichzeitig spiegeln Geschichte und der letztendliche Inhalt des Integrationsprogramms die Haltung der estnischen Regierungsverantwortlichen zu den Minderheiten und der ihnen zugedachten Rolle in Estland wider.

Drei Aspekte spielten dabei eine wesentliche Rolle. (vgl. Pettai 2000) Zunächst war die

---

Regionen sind. (vgl. hierzu: Brown 2001: 5ff)

Minderheit und ihre sich verändernde Situation im Laufe der Jahre seit der Unabhängigkeit immer mehr zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung geworden. Besonders die Forscher der sog. „Vera-Guppe“ unter der Leitung der Soziologin und Kommunikationswissenschaftlerin Marju Lauristin und des Sozialpsychologen Mati Heidmets engagierten sich in dieser Thematik. Sie veranstalteten mit Unterstützung des Bildungsministeriums eine Reihe von workshops, in denen estnische Forscher zu den Themen Integration und Minderheitenfragen diskutierten. Wenn auch die Meinungen z.T. weit auseinandergingen, herrschte doch Einstimmigkeit darüber, dass dem Integrationsproblem sowohl in der Wissenschaft wie auch in der Politik mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Die quantitativen und qualitativen Studien, die seit den späten 1980er Jahren zu dem Thema durchgeführt worden waren, waren größtenteils widersprüchlich und unsystematisch. In der politischen Arena hatte mit der Abschaffung des Ministerpostens für ‚Ethnische Angelegenheiten‘ 1994 die Anerkennung der Minderheitenproblematik einen Tiefpunkt erreicht.

Der zweite einflussreiche Faktor war der wachsende Druck ausländischer Organisationen. (vgl. a. Birckenbach 2000) Allen voran die OSZE, aber auch die EU und der Europa-Rat hatten sich in ethno-politischen Fragen im Baltikum, und hier insbesondere in Estland, engagiert. Seit Februar 1993 verfügte die OSZE in Tallinn und im Nordosten Estlands über eine ständige Mission, die in der Kommunikation zwischen der Regierung, der Minderheit und internationalen Organisationen oft mit bemerkenswertem Erfolg vermitteln und massive interethnische Spannungen verhindern konnte.<sup>46</sup> Bisher war es allerdings auch mit internationalem Druck nicht gelungen, Estland zur aktiven Unterstützung der Minderheit im Integrationsprozess zu bewegen. Hierfür mussten eine Reihe anderer Gründe hinzukommen.

1997 erwies sich auch gerade hinsichtlich des geplanten EU-Beitritts als kritisch. Die ökonomische und politische Performanz Estlands wurde als gut beurteilt und berechtigte zum Aufstieg in die erste Verhandlungsrunde, wohingegen die Minderheitenpolitik kritisiert wurde. Hier bestand demzufolge Handlungsbedarf. Dies galt schließlich auch für die innenpolitische Perspektive. Unter dem Premier Mart Siimann kam es zur entscheidenden Wende. Um seine Minderheitenregierung abzusichern, war die Einrichtung eines

---

<sup>46</sup> Die Mitglieder der Mission konnten gerade angesichts einiger ethno-politisch zweifelhafter Entscheidungen der jeweiligen estnischen Regierung deutlich machen, dass ihre Minderheitenpolitik nicht den internationalen Erwartungen entsprach. So wurde z.B. das Ausländergesetz in seiner ursprünglichen Fassung vom Sommer 1993 durch den Druck des OSZE-Hochkommissar für Nationale Minoritäten Max van der Stoel einer Revision zugeführt. (Pettai 2000: 11; Birckenbach 2000)

Ministerpostens für die mit ihm koalierende ‚Progressiven Partei‘ Voraussetzung. Für den Ministerposten, den schließlich die Vorsitzende der Progressiven, Andra Veidemann, bekleidete, wurde das Ressort Minderheitenfragen unter dem Titel ‚Bevölkerung und ethnische Angelegenheiten‘ wiederbelebt und erweitert.

Neben dem innenpolitischen Nutzen war die Einrichtung dieses Ministeriums auch ein Signal an Brüssel, dass man nun gewillt war, sich den Problemen der Minderheit zu widmen. Andra Veidemann nahm ihr neues Amt sehr ernst und setzte den Dialog mit der Wissenschaft in einer Regierungskommission fort. Die Gruppe, die das Programm erarbeitete, bestand schließlich aus etwa 20 Experten aus der Politik, der staatlichen Administration und Wissenschaft, unter denen sich auch Vertreter der ethnischen Minoritäten befanden. Die Interessen kollidierten aber in erheblichem Maße. Ein bedeutender Initiator des Programms schildert, dass in dieser Zeit zwei Russen, die auch Mitglieder des Parlaments waren, unter Protest aus der Gruppe ausschieden. (Interview m.d. Verf. v.14.03.2001)

Die Erwartungen der Minderheitenvertreter deckten sich offensichtlich nicht mit den Absichten des Ministeriums:

„Veidemann’s goal was to gain a degree of political cover on the issue by first seeking a neutral consensus from the academic community. With this, she could more forcefully argue in the face of nationalist critiques that an integration policy was necessary. At the same time the commission fell far short of including a broad range of minority representatives, which might have left the impression of some kind of bi-communal negotiating process. On the contrary, the starting point was clearly centered on preparing a political document for the Estonian government and within the context of the new ethnopolitical balance”. (Pettai 2000: 12f)

Für diejenigen, die sich einen grundlegenden Wandel in den ethnischen Beziehungen erhofft hatten, musste die Arbeit der Kommission eine Enttäuschung darstellen. Mit dem Machtwechsel 1999, aus dem das Rechts-Mittebündnis unter Mart Laar gestärkt hervorging, war zunächst der Ministerposten für ethnische Angelegenheiten und damit auch die Ausarbeitung des Programms erneut in Gefahr. Schließlich konnte die Arbeit doch unter der neuen Ministerin Katrin Saks fortgesetzt und die Ergebnisse in einem nahezu 100 Seiten starken Papier präsentiert werden. Die estnische Regierung nahm das Programm im März 2000 an und begann mit der Implementierung.

Im folgenden soll untersucht werden, inwieweit das Integrationsprogramm die bisher

untersuchte kulturelle Standardisierung unterstützt oder Alternativen vorstellt.<sup>47</sup>

Zuerst ist deutlich, dass das Programm keine Änderung der existierenden legalen Strukturen vorsieht – ein entsprechend radikaler Inhalt wäre von den regierenden Parteien nicht akzeptiert worden. (Pettai 2000: 18) Ebenso wenig findet sich eine grundlegende Anerkennung, dass die Minderheit in sozio-ökonomischer Hinsicht diskriminiert wurde.

Allerdings wird auch der estnische Staat in die Verantwortung genommen - Integration wird nicht (länger) als Privileg gehandelt, wie es von nationalistischer Seite gefordert wurde, sondern als Notwendigkeit betrachtet. Der estnische Staat muss – so die Überzeugung der Autoren des Programms – Aktivitäten entfalten, um den Teil der Bevölkerung zu integrieren, der durch mangelnde Sprachkenntnisse ansonsten isoliert im russischen Monolingualismus verharrt oder sich, sofern es sich um andere als die Gruppe der Russen handelt, eher an die russische Sprachgemeinschaft annähert als an die estnische. (SP: 63) Der Gefahr von "zwei Gesellschaften in einem Land" (SP: 13) soll mit dem Programm begegnet werden.

Zum einen geht es also um die Aktivierung des Staates – was wird auf der anderen Seite der russischen Minderheit angeboten, was von ihr gefordert? Das Programm will zwar das Zusammenleben von Esten, Russen, Ukrainern, Finnen, Juden als Chance einer multikulturellen Gesellschaft begreifen ("the Estonian model of a multicultural society, which is characterised by the principles of cultural pluralism[...]"), diese Chance muss aber v.a. von den Minderheiten eher als Chance zur Anpassung angesehen werden. Das ‚Estonian model of a multicultural society‘ setzt nämlich v.a. auf eines: "the preservation and development of the Estonian cultural domain". (SP 2000: 4)

Bei der Erhaltung und Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls steht die sprachliche Integration im Vordergrund. Hier lässt das Programm keine Zweifel über seinen Schwerpunkt zu. Zwei von vier Subprogrammen beschäftigen sich mit der Verbreitung der estnischen Sprache, sei es durch die Reorganisation der russischsprachigen Schulen oder durch extensiven Sprachunterricht für Erwachsene, der vom Phare-Programm der EU unterstützt wird. Zusammen machen diese Programme 81% des ca. 4 Millionen Dollar-Budgets, das sich aus estnischen und ausländischen Mitteln zusammensetzt, für das Jahr 2000 aus. Die Budgets für das dritte Subprogramm (Unterstützung von Bildung und Kultur der Minderheiten) und das vierte (Förderung der ‚gesellschaftlichen Kompetenz‘ der Minderheiten durch

---

<sup>47</sup> Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit ist es noch zu früh, um Erfolge oder Fehlschläge der im Programm vorgestellten Maßnahmen feststellen zu können. Hier geht es vielmehr um die Beurteilung der grundsätzlichen Ausrichtung des Programms.

Medienprojekte, öffentliche Kampagnen und Austauschprogramme) liegen bei nur 4.5%, resp. 7%.

Jenseits des Sprachenprogramms und dieser Ergänzungen finden sich keine Maßnahmen. Wenn auch flankierende Aktivitäten nicht ausgeschlossen werden<sup>48</sup>, bleiben sie doch unkonkret, und es wird deutlich, dass sich die meisten Probleme, z.B. hinsichtlich der Staatsbürgerschaft oder der sozio-ökonomischen Benachteiligungen, nach offizieller Meinung durch die Forcierung der sprachlichen Integration lösen werden. Das Ziel, die Motivation und die wichtigste Zielgruppe sind deutlich formuliert:

”The development of the young generation of non-Estonians into one actively speaking Estonian and loyal to Estonia yet as a part of society preserving its national culture is an important resource in economics and politics, but also in the expansion of the Estonian cultural domain and the increasing of the diversity of the culture”. (SP: 23)

Demgegenüber steht zwar die Behauptung, dass es nur um kulturelle Akklimatisierung, nicht um Assimilierung ginge, da die eigene Kultur bewahrt werden solle, gleichzeitig wird der Erhalt der nicht-estnischen Kultur, wie z.B. der Sprache, aber in den Privatbereich verwiesen. Ethnische Identität ist Privatsache:

”The following phenomena of the private sphere such as the languages of ethnic minorities, ethnic traditions, religious beliefs, family traditions and personal lifestyles are not treated as part of the strong common core of Estonian society. The above-mentioned phenomena are not necessarily common to all members of society, as they belong to the area of the private interests of each individual, where opportunities for their advancement are to be found”. (SP: 18)

Das Programm identifiziert als wichtigste Bereiche der Integration neben Kultur, Medien und Gesetzgebung das Erziehungs- und Bildungssystem, über das der größte Teil der Integrationsleistung vollbracht werden soll. Dabei wird schnell deutlich, dass sich die russische Minderheit auf ein weitgehend estonisiertes Bildungs- und Erziehungssystem einstellen muss. Bei Vor- und Grundschule sollen die lokalen Regierungen entscheiden, in welcher Sprache vorherrschend unterrichtet werden soll. Estnisch wird ab dem Kindergarten unterrichtet. Ab der Mittelschule, über weiterführende berufsbildende Schulen bis hin zu Gymnasien und Universitäten ist Estnisch die dominierende Unterrichtssprache.

---

<sup>48</sup> Allgemein wird hier von einer Reihe sozio-ökonomischer und regionaler Entwicklungspläne gesprochen, die ihre besondere Zielgruppe in Ida-Virumaa haben soll. Gleichzeitig wird aber auch betont, dass in verschiedenen Regionen Estlands das Problem sozioökonomischer Hilfsbedürftigkeit besteht, der Nordosten somit nur eines der vielen Problemgebiete der wirtschaftlichen Transformation ist. (SP 2000: 12)

Den Lehrern kommen bei der Umsetzung der sprachlich-kommunikativen Integration in den Erziehungs- und Bildungseinrichtungen eine besondere Rolle zu: Unter den Aktivitäten, die das Programm plant, sind auch Weiterbildungen und der Aufbau von Trainingsnetzwerken für Lehrer vorgesehen.

Neben diesen Angeboten soll Lehrern aber zum einen auch bewusst gemacht werden, wie sehr sie als Teil des Erziehungssystems Träger der estnischen Kultur sind. Estnisch soll den nachwachsenden Generationen als Sprache der ‚Selbstrealisierung‘ (SP: 32) vermittelt werden. Als erwünschtes Resultat einer verstärkten Kooperation zwischen russisch- und estnischsprachigen Schulen gilt: ”Teachers possess Estonian cultural attitudes and see their school as one part of the educational system[...]teachers become acquainted with Estonian culture and reach their own understanding of the meaning of the principle of mutual enrichment”. (SP: 41f)

Zum anderen soll ihnen verdeutlicht werden, wie weitgehend der Erwerb von Sprachkenntnissen mit ihrer Karriere verknüpft ist. Bei den lokalen Behörden (Regierungen) liegt die Entwicklung von Personalplänen, die dem Lehrpersonal neue Karrierechancen eröffnen sollen; gleichzeitig obliegt ihnen aber auch der Abbau des Personals, das die geforderten Qualifikationen, die hier im ganz wesentlichen sprachliche sind, nicht beibringen kann.<sup>49</sup> Bisher herrscht noch Mangel an qualifizierten Estnischlehrern, die vorhandenen weisen zudem eine hohe Altersstruktur auf. Gefördert werden jetzt besonders jüngere Personen, die Interesse am Lehrerberuf zeigen und Estnisch beherrschen. Ab dem Gymnasium ist an allen höheren Bildungseinrichtungen Estnisch als hauptsächliche Unterrichtssprache vorgeschrieben, in den vorhergehenden Schulstufen einschließlich der berufsbildenden Schulen ist mindestens ein partieller Übergang vorgesehen.

Die Meinungen der Experten zu dem Programm divergieren erheblich. Während das Urteil der Experten der OSZE-Mission vor Ort, die Anspruch und Realität miteinander vergleichen, sehr kritisch ausfällt (”[...]on the quiet , [the programme] is valued by experts inside and

---

<sup>49</sup> Das allgemeine Qualifikationsniveau kann hier nicht gemeint sein: an anderer Stelle wird festgestellt, dass die russischsprachigen Lehrerinnen und Lehrer zumindest in Mittelschulen im Durchschnitt höher qualifiziert sind als ihre estnischen Kollegen (SP 2000: 27). Deutlich unterrepräsentiert sind sie im Vergleich mit den estnischen Lehrern in den Fächern Musik, Kunst und estnischer Sprache (ebd.). Nach den Vorgaben der Sprachinspektionsbehörde und des Bildungsministeriums wurden in den vergangenen Jahren Lehrer zu Sprachschulungen geschickt, andere mussten für entsprechend qualifizierte Kollegen den Platz räumen. (SP 2000: 28)



outside the mission as ‚unrealistic‘ and ‚waste of international money‘ ” Järve/Wellmann 1999: 11ff; 28ff, zit. nach Birckenbach 1999: 32), ist es nach Einschätzung der Experten, die an der Erstellung des Programms beteiligt waren, als erster Schritt positiv zu bewerten.

„Es zeigen sich erste Anzeichen für einen Wandel der Politik. Das erste Mal wurde offiziell vom Staat von Integration und ihren Problemen gesprochen. Dies ist ein wichtiger Schritt, auch im Vergleich mit westlichen Ländern. In Estland fehle noch die demokratische Auseinandersetzung damit, wie das Minderheitenproblem behandelt werden kann. Einige Themen, die das Integrationsprogramm anspricht, wie z.B. die familienbedingten Spracherwerbsdefizite werden nun publik, und das ist als wichtiger Schritt zu bewerten.

Die Mehrheit der russischen Politiker würde wohl zustimmen, dass das Integrationsprogramm ein Schritt vorwärts ist. Aber ihre Erwartungen sind nicht erfüllt worden, und sie wünschen sich schnellere und tiefergehende Schritte. Von estnischer Seite ist von nationalistischen Parteien, wie z.B. pro patria, Kritik vom anderen Extrem her geübt worden, dass es ein Betrug an der nationalen Sache sei und solche Schritte nicht notwendig seien.

Das Integrationsprogramm ist irgendwo in der Mitte angesiedelt und wird deswegen von beiden Seiten kritisiert, die sich allerdings gegenseitig schon neutralisieren. Im Zentrum wird schließlich entschieden, was politisch wünschenswert ist und was nicht, auch wenn das letzte Wort natürlich nicht gesprochen ist. Das Programm gibt aber zumindest eine Art von Rahmen und Struktur vor, mit denen gearbeitet werden kann. Es fokussiert auf praktische Problembewältigung”. (Interview m.d. Verf. v. 14.03.01)

Wenn auch die innenpolitische Bedeutung des Programms nicht zu unterschätzen ist, wird doch deutlich, dass das Integrationsprogramm keinesfalls den Prozess der kulturellen Standardisierung unterbricht und die Problembewältigung v.a. in eine Richtung gedacht ist.

Die Lösung der wachsenden Kohäsionsprobleme, deren Konsequenzen in Estland von vielen Experten gefürchtet werden, wird in erster Linie in der Vereinheitlichung der Sprachengemeinschaft für die Zukunft gesehen. Inwieweit diese Lösung realistisch ist und dort ansetzt, wo potentiellen ‚Verlierern‘ der Minderheit tatsächlich geholfen wird, bleibt dahingestellt. Bestehende Desintegrationstendenzen weisen daraufhin, dass die Probleme der Nicht-Staatsbürger vielschichtiger und ihre Ressourcen nicht nur in sprachlicher Hinsicht nicht ausreichend sind, um die Integration bewältigen zu können. (Dies wird im folgenden gerade anhand der Ergebnisse der Sprachenpolitik zu zeigen sein.)

Darüber hinaus gibt es, wie bereits geschildert, in der Vermittlung und Ausbildung von Lehrpersonal, das Estnisch als Fremdsprache unterrichten kann, massive Engpässe, v.a. im Nordosten, der zuvorderst auf intensiven Sprachunterricht angewiesen wäre. Folglich ist nicht davon auszugehen, dass sich das umfassende Sprachprogramm zügig umsetzen lassen wird.

### **3.4.5. Estnisch als Schlüssel zur Integration? Zu den Ergebnissen der Sprachpolitik**

Die bisherigen Naturalisierungsanstrengungen haben nicht wesentlich das gesellschaftliche Sprachumfeld oder die sprachlichen Beziehungen verändert. Eine Schätzung zeigt, dass die Staatsbürgerschaft bisher von 75.000-78.000 Nicht-Esten erlangt wurde, dass aber nur 43.000, eingeschlossen die eingebürgerten Esten, die Sprachprüfung bestanden. Der Anteil der aufgrund von Sprachkenntnissen eingebürgerten Personen sinkt schneller als die durchschnittliche Einbürgerungsgeschwindigkeit - 1997-1998 waren es nur 29%. In den ersten 8 Monaten von 1999 stieg die Zahl auf 43%. Nach soziologischen Studien haben zwar die nicht-estnischen Staatsbürger deutlich bessere Sprachkenntnisse als die russischen oder staatenlosen Einwohner, allerdings sind die Hälfte von ihnen z.T. seit Generationen in Estland ansässig und nicht nach dem Gesetz von 1992 naturalisiert. Die meisten von ihnen (nach dem Zensus von 1989 etwa 90.000) hatten schon zuvor keine Probleme mit dem Estnischen. Wenn diese Zahlen ungefähr korrekt sind, ist der Anteil der Naturalisierungspolitik an der Änderung der Sprachsituation sehr bescheiden:

„There is reason to presume that it was the people who could already speak the language to some degree who underwent naturalization. Therefore, the language test needed for naturalization is not currently affecting the extension of the language usage areas.“ (EHDR 1999)

Änderung der Situation ist am ehesten von neuen, jungen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern zu erwarten, die systematischen Sprachenunterricht in Grund- und weiterführenden Schulen erhalten. Dies wird durch eine Änderung des Sprachengesetzes vom Februar 1999 erleichtert. Hier ist vorgesehen, dass die Abschlussexamen in Estnisch an Grund- und Sekundarschulen mit den für Beschäftigungsverhältnisse relevanten Sprachtests und dem späteren Einbürgerungssprachtest kombiniert werden.

Nach einem Zensus von 1989 sprachen ungefähr 15% der russischen Bevölkerung in Estland Estnisch. Die Sprachenpolitik Estlands setzte seit der Unabhängigkeit auf die Absicherung der Dominanz der estnischen Sprache. 9 Jahre dieser konsequenten Politik haben bei den Russen weniger Anpassungserfolg gezeigt, als erwartet: Nach einer kürzlich durchgeführten soziologischen Umfrage in Tallinn sprachen nur 29% der ansässigen Russen Estnisch. Unter den Russen mit estnischer Staatsbürgerschaft ist der Anteil entschieden höher: 68% geben an, über Sprachkenntnisse zu verfügen, aber nur 35% von ihnen beherrschen Estnisch auf einem höheren Niveau als ‚etwas verstehen und sprechen können‘.

Sprache kommt eine so hohe Bedeutung zu, weil die Sprachkompetenz, bzw. das Erlernen der Sprache unmittelbar mit dem Naturalisierungsverfahren verbunden ist. Die Sprachenpolitik (dies ist eine der bedeutungsvollsten Konsequenzen) verschärft auch bereits bestehende spezifische Formen räumlicher Segregation zwischen den Ethnien. Als besonders problematisch erwiesen sich die Sprachregelungen in den Regionen, die überwiegend russisch besiedelt ist und wo sich entsprechender Protest regte. Dies gilt v.a. für den Nordosten Estlands. Wesentlich in diesem Zusammenhang ist, dass in diesen Regionen zwar die Möglichkeit besteht, Sprachkurse zu besuchen, es für die erworbenen Kenntnisse aber im Alltag praktisch keine Anwendungsmöglichkeiten gibt. Die Sprachprüfungen sind in diesen Gebieten damit eine noch höhere Hürde als in den anderen Landesteilen und setzen die Bildungschancen der Bevölkerung in diesen Gebieten noch stärker herab. Zudem bleiben ihnen durch die Sprachregelung Beschäftigungen verwehrt, für die sie in ihrer russischsprachigen Umgebung die estnische Sprache nicht benötigen.

Ein linguistische empirische Untersuchung der Universität Tartu von 1997 weist die geringe sprachliche Kompetenz der russischen Bevölkerung in Ida-Viru nach. (Vihalemm 1999) Nach den untersuchten Altersgruppen gegliedert verfügt die mittlere Gruppe der 24-32jährigen über die geringsten Estnischkenntnisse, die Gruppe der jüngsten im Schulalter (15-23 Jahre) und die Gruppe der 33-40 jährigen liegen ungefähr gleich auf. In den letzten beiden Gruppen geben aber auch weit über die Hälfte der Befragten an, nur minimal oder sehr begrenzt auf Estnisch zu kommunizieren (62 %, bzw. 57%). Unter den Regionen Tallinn, Tartu und den Städten Ida-Virus schneidet wiederum der Nordosten am schlechtesten ab – 94% der 140 Befragten geben an, selten bis nie auf Estnisch zu kommunizieren.

Diese Ergebnisse weisen nicht darauf hin, dass sich in den eher isolierten russischen Sprachregionen die Sprachkenntnisse verbessern werden (gerade die jüngere Generation verfügt nur sehr eingeschränkt über Sprachkenntnisse). Offensichtlich, so die Studie, entstanden im Laufe der letzten 10 Jahre auch keine linguistischen ‚Pufferzonen‘, in denen Personen mit Passivkenntnissen ihre Sprachkenntnisse verbessern konnten:

”The environment where the vast majority of younger Russians operate has a concentric (e.g. centering around one’s workplace or school) and relatively closed character. Communication in Estonian is for each speaker likely restricted to certain spheres and partners”. (Vihalemm 1999: 34)

In diesem Zusammenhang ist es auch nicht verwunderlich, dass die Motive der russischsprachigen Gruppe, Estnisch zu lernen, in erster Linie instrumentellen Charakter haben, während integrative Aspekte unwichtiger geworden sind.

Nach Einschätzung von Vihalemm hat die Forcierung der estnischen Sprache innerhalb der russischen Gemeinschaft einerseits zwar eine kleine Gruppe Estnischsprechender hervorgebracht, die stärker integriert sind und sich nicht in erster Linie als ‚Nicht-Esten‘ identifizieren, andererseits wird diese Entwicklung sich umkehren, wenn sich auf staatlicher Ebene keine Veränderung der Sprachenpolitik einstellt, die eine effektivere Integration der russischen Minderheit bewirkt. (Vihalemm 1999: 35)

Hinsichtlich des Sprachpotentials der jüngeren Generation kommen auch Anderson/Silver/Titma u.a. (1996) zu ähnlichen Ergebnissen. In einer Untersuchung der interethnischen Beziehungen in Estland kommen sie bezüglich der Sprachenverhältnisse zu dem Resultat, dass sich zwischen den Generationen eine wesentliche Kluft auftut – die jeweils ältere Generation unter den Esten und Russen verfügt nach eigener Auskunft über bessere Kenntnisse des Russischen bzw. Estnischen als die jüngere Generation der jeweiligen ethnischen Gruppe. Die schlechteren Russischkenntnisse auf Seiten der jungen Esten sind z.T. erklärbar – Russisch ist nicht mehr die verbindliche erste Sprache und zumindest für die jungen estnischen Männer fällt der sprachliche Anpassungsdruck während des Dienstes in der sowjetischen Armee weg. Den wesentlichsten Grund sehen Anderson/Silver/Titma u.a. in dem Generationswechsel, der wechselseitige Anpassungschancen nicht erhöht:

„Most of the knowledge difference, however, probably is a reflection of real intergenerational change – as well as a deterioration in mutual accommodation between Russians and Estonians. Among both Russians and Estonians, the younger cohorts were much less likely to be bilingual than the older ones. This suggests a growing divergence of interests and sympathy between the nationalities“. (Anderson/Silver/Titma u.a.. 1996: 33)

Zusammenfassend lässt sich hier festhalten, dass die russische Minderheit seit der Unabhängigkeit in politischer, rechtlicher und kultureller Hinsicht deutlich gegenüber den Esten benachteiligt wurde. Zu Sowjetzeiten in einer privilegierten Position, musste die Gruppe nicht nur hinnehmen, diese Privilegien zu verlieren, sie erfuhr darüber hinaus den Ausschluss von politischen Mitentscheidungs- und gesellschaftlichen Teilhaberechten. Damit wurde das soziale Kapital der Gruppe, das zuvor vor allem in Form ihrer Rolle in der Staats- und Wirtschaftsverwaltung mit entsprechenden Kontakten bestand, vollkommen entwertet. In

der neuen estnischen Gesellschaft waren sie nicht mehr gefragt – was sich insbesondere in den Staatsbürgerschaftsgesetzen ausdrückte – und es wurde fortan ohne sie entschieden. Die Regelungen zur Staatsbürgerschaft mögen zwar dem Vergleich mit entsprechenden Regelungen in westeuropäischen Demokratien standhalten, möglicherweise sogar, wie Meissner (1995: 306) betont, zu den liberalsten in Europa zählen. Es ist jedoch zu bedenken, dass die russische Minderheit in Estland gleichsam mit einem Schlag von Staatsbürgern (der Sowjetunion) zu größtenteils Nicht-Staatsbürgern (Estlands) wurde, ohne dies aktiv etwa durch Migration beeinflusst zu haben, über realistische Rückkehroptionen oder eine andere Staatsbürgerschaft (außer der bald obsoleten sowjetischen) zu verfügen. In dieser Situation ist weniger entscheidend, dass das Staatsbürgerschaftsgesetz formal den europäischen Standards genügt. Entscheidend für die Beurteilung des Gesetzes sollte vielmehr sein, ob es dieser historischen Ausnahmesituation gerecht geworden ist.

Die Verdrängung der russischen Sprache aus dem öffentlichen Leben bedeutete eine massive Entwertung des kulturellen Kapitals der Russen, da sie nun in ihrer Kommunikationsfähigkeit eingeschränkt wurden, wenngleich dies im russisch dominierten Nordosten keine so große Rolle gespielt haben wird wie in Tallinn. Als besonders prekär für die Russen erwies sich die von der national-estnischen Regierung durchgesetzte Verbindung von Sprachprüfung, Arbeitserlaubnis und vor allem Staatsbürgerschaft. Die bisherigen Resultate der Sprachpolitik, die vor allem die Anpassung durch Erlernen der estnischen Sprache vorsieht, sind ambivalent: Zwar ist von Seiten der estnischen Regierung ein Integrationsprogramm aufgelegt worden, in dem die Integration der russischen Minderheit auch als Aufgabe des Staates definiert wird, andererseits zeigen die Verantwortlichen in der politischen Führung des Landes aber noch immer wenig Interesse an der Einrichtung und Unterstützung einer Infrastruktur, die diesen Integrationsprozess fördern würde.

Die Entwertung der russischen Sprache und die Beschneidung der politischen Teilhaberechte im neuen Staat bilden für ethnische Konflikte essentielle Voraussetzungen, wie sie in Kapitel 2 genannt wurden – für die russische Minderheit ist die „kulturelle Grundlage der Alltagsproduktion“ ihrer Ethnie gefährdet. Inwieweit auch ihre ökonomische Partizipation im estnischen Staat eingeschränkt wurde, soll im folgenden untersucht werden.

## **3.5. Transformationsfolgen und Diskriminierung: Die ökonomische Situation der russischen Minderheit in Estland**

### **3.5.1. Benachteiligung der Minderheit – Folge der Systemtransformation oder Folge ethnischer Diskriminierung?**

Estland hat nach dem Zusammenbruch des Sowjetregimes wie viele Nachfolgestaaten der Sowjetunion einen tiefgreifenden Wandel von einer staatssozialistischen zu einer marktwirtschaftlich verfassten Volkswirtschaft erlebt. Die damit verbundenen grundlegenden Reformen und Umbrüche des Wirtschafts- und Sozialsystems führten in sehr kurzer Zeit zum Entstehen und Anwachsen der bis dato zumindest als Massenphänomen unbekanntem Arbeitslosigkeit und einer völligen Neustrukturierung der Einkommensverhältnisse sowie zunehmender Armut. (Kulikov 1999; Kutsar 1996). In diesem Abschnitt wird untersucht, wie sich die Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation der Esten und der russischen Minderheit seit Gründung des estnischen Staates entwickelt haben.

Die bisher in diesem Kapitel präsentierten Befunde über die Rekonstruktion des estnischen Nationalstaates geben Anlass zu der Vermutung, dass die russische Minderheit in Estland im Zuge der Transformation des Landes zu einer Marktwirtschaft und der anschließenden Konsolidierungsphase auch in ökonomischer Hinsicht benachteiligt worden sein dürfte. Dies erfolgte wesentlich über die Abkehr vom Sowjetsystem und über eine starke Betonung der eigenen Ethnie und der estnischen Kultur. Damit einher ging eine bewusste Benachteiligung der russischen Bevölkerung in kultureller, politischer und rechtlicher Hinsicht. Dass diese Ungleichbehandlung sich nur auf diese Bereiche der Neukonstituierung der Gesellschaft beschränkt und vor den ökonomischen Aspekten Halt gemacht haben soll, erscheint wenig plausibel. Viel eher lässt sich argumentieren, dass die Benachteiligung in kultureller, rechtlicher und politischer Hinsicht sich zwangsläufig auch auf die ökonomische Situation der russischen Bevölkerung Estlands ausgewirkt haben müsste.

Zum einen ist auch in diesem Kontext auf den Bedeutungswandel der Sprache für die soziale und ökonomische Situation des Einzelnen und seiner Angehörigen zu verweisen. Bis zur Gründung des estnischen Staates war es, wie überall in der Sowjetunion, notwendig, die russische Sprache zu beherrschen, um in wichtige politische oder ökonomische Entscheidungspositionen zu gelangen. Auch unter dem Sowjetsystem war Sprache daher ein Instrument zur Machtausübung. Es darf aber nicht übersehen werden, dass sie über diese Funktion hinaus noch eine wichtige andere soziale Funktion hatte: als „lingua franca“ war sie

das kommunikative und soziale Bindeglied und damit einer der wichtigsten Integrationsfaktoren in diesem ethnisch und kulturell sehr heterogenen Staat(enbund). Die sowjetische Zentralregierung hatte daher ein vitales Interesse daran, dass die Bürger der Sowjetunion in allen Republiken und Autonomen Gebieten gute Möglichkeiten zum Erlernen der russischen Sprache vorfanden. Wie gezeigt werden konnte, lässt sich in der Praxis der estnischen Sprachenpolitik zwar die Machtfunktion, nicht aber die Integrationsfunktion von Sprache nachweisen. Ein vitales Interesse des estnischen Staates an einer guten infrastrukturellen Ausstattung des Landes mit Institutionen zur Vermittlung der Landessprache fehlt. Die Landessprache hat in erster Linie einen exklusiven Charakter. Dies muss sich zwangsläufig auch auf die Erwerbs- und Einkommenschancen der russischen Minderheit auswirken.

Zum anderen werden der russischen Bevölkerung durch die Verweigerung des Staatsbürgerschaftsrechts wichtige, früher verfügbare Möglichkeiten der politischen Interessenvertretung und der gesellschaftlichen Teilhabe an der Gestaltung der sozialen und ökonomischen Entwicklung des Landes vorenthalten, was die Wehrhaftigkeit dieser Gruppe gegen als ungerecht empfundene Normen und Verhaltensmuster deutlich reduziert und die Wahrscheinlichkeit, im gesellschaftlichen und politischen Spiel um die Verteilung wichtiger ökonomischer Ressourcen diskriminiert zu werden, deutlich erhöht haben dürfte.

Entsprechend finden sich in der Literatur Hinweise (Norgaard 1996; Etmayer 1999) darauf, dass viele Angehörige der Minderheit, die nicht in der Lage sind, die Landessprache zu sprechen, dadurch nicht nur am Zugang zu höher qualifizierten Berufsbereichen und ökonomischen oder politischen Schlüsselpositionen gehindert werden, sondern schon Schwierigkeiten haben, in einfacheren Berufen eine Anstellung zu finden. Alle maßgeblichen Untersuchungen über die Veränderung der sozialen Situation der Bevölkerung in Estland<sup>50</sup> kommen zu dem Ergebnis, dass die russische Bevölkerung von den Umbruchprozessen und der Wirtschaftskrise stärker betroffen ist als die estnische Bevölkerung. Doch gibt dieser Befund noch keine Antwort auf die Frage, ob dieses Ergebnis als Resultat ethnischer Diskriminierung zu interpretieren ist oder ob andere Ursachen diese stärkere Betroffenheit der Minderheitenethnie erklären können.

---

<sup>50</sup> Hierzu zählen der von der UN jährlich veröffentlichte „Estonian Human Development Report“ (EHDR), verschiedene Surveys, die von dem „Estonian Institute for Market Research“ (EMOR) ab 1992 durchgeführt wurden und die ab Beginn der 1990er Jahre bis 1994 durchgeführten NORBALT-Surveys, die eine umfassende Untersuchung von 4883 Haushalten in Estland hinsichtlich ihrer ökonomischen und sozialen Existenz, sowie ihrer politischen Einstellungen vornahmen.

Gegen die Behauptung einer besonderen ökonomischen Benachteiligung der Nicht-Esten wird mit Recht eingewendet, dass es jenseits der ethnischen Zugehörigkeit eine Vielzahl von Faktoren gibt, die ebenfalls großen Einfluss auf Erwerbs- und Einkommenschancen der Menschen haben, wie beispielsweise Alter, Geschlecht und Bildungsstand, darüber hinaus der ausgeübte Beruf und regionale Disparitäten in der Wirtschaftsstruktur des Landes. (vgl. Aasland 1996: 106 ff) Kirch und Kirch (1992) und Kirch (1997) behaupten in diesem Kontext deshalb, dass die russische Minderheit in Estland keineswegs gegenüber der Titularethnie benachteiligt sei oder gar bewusst diskriminiert werde, sondern die teilweise stärkere Betroffenheit dieser Gruppe von den ökonomischen und sozialen Folgen der Transformation allein eine Konsequenz regionaler Disparitäten des Landes sei. Die russische Bevölkerungsgruppe konzentrierte sich neben Tallinn in erster Linie auf den Nordosten (Ida-Viru), dessen Wirtschaftsstruktur sehr stark von der Industrie (Uran- und Ölschieferabbau, Energiegewinnung) dominiert ist. Infolgedessen, so Kirch und Kirch, herrschten unter den Angehörigen der russischen Minderheit traditionell Industriebetriebe vor, die durch den in der Transformation extrem beschleunigten Strukturwandel zu einer Dienstleistungsgesellschaft mehr und mehr an Wert verlören und nicht mehr in dem Masse nachgefragt würden, wie sie von dieser Bevölkerungsgruppe am Arbeitsmarkt angeboten würden. Die Esten hingegen wiesen eine breitere regionale und berufliche Verteilung auf als die russische Minderheit und seien aus diesem Grunde besser in der Lage, sich an die Erfordernisse der sich modernisierenden Volkswirtschaft anzupassen.

In diesen Widersprüchen offenbart sich die besondere Problematik einer Analyse der sozioökonomischen Situation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen eines Landes unter den Bedingungen einer grundlegenden Systemtransformation. Weil eine solche Transformation die gesamte Bevölkerung trifft, wird die Beurteilung der Lage einzelner Gruppen oder Personen in der Gesellschaft erschwert: Ohne eine sehr tiefgestaffelte Analyse der Entwicklungen in beiden Gruppen ist es nicht möglich, ein bei einem Individuum beobachtetes Phänomen wie Arbeitslosigkeit oder Armut immer eindeutig als (allgemeine ökonomische) Folge der Transformation oder als (politisch induzierte) Folge seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe zu bestimmen. Eine im Verhältnis zu anderen ethnischen Gruppen höhere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit oder Armut in einer Ethnie kann daher unter diesen Bedingungen höchstens als mehr oder weniger vager Hinweis auf ethnisch bedingte Diskriminierung interpretiert, nicht aber als ihr Beweis angeführt



werden.

Diese Restriktion gilt andererseits aber auch für das von Kirch und Kirch (1992) und Kirch (1997) vorgebrachte Argument: Aus der Überlagerung eines anderen Faktors mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe und einer stärkeren Betroffenheit dieser Gruppe von Armut oder Arbeitslosigkeit darf nicht geschlossen werden, dass die ethnische Zugehörigkeit gar keine Rolle für die Benachteiligung dieser Gruppe spielt.

Ob in Estland eine ethnisch bedingte Diskriminierung der russischen Minderheit im ökonomischen Bereich vorliegt oder aber eine stärkere Betroffenheit dieser Gruppe von negativen Folgen des Umbruchprozesses anderen Faktoren zuzuschreiben ist, ließe sich methodisch einwandfrei nur durch die Gegenüberstellung von im Hinblick auf Faktoren wie Alter, regionale Herkunft, Bildung etc. vergleichbaren Gruppen beider Ethnien ermitteln. Eine solche Analyse jedoch ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht durchgeführt oder zumindest noch nicht veröffentlicht worden, obwohl die erwähnten Studien und auch die dem Statistical Office of Estonia vorliegenden Daten eine solche Analyse ohne weiteres zuließen. Aufgrund dieses Mangels ist eine eindeutige und abschließende Klärung dieser Frage auch in dieser Arbeit nicht möglich, zumal hier nicht eine Momentaufnahme der ökonomischen Lage der beiden ethnischen Hauptgruppen Estlands an einem bestimmten Zeitpunkt interessiert, sondern die Entwicklung der ökonomischen Situation über einen mehr als zehn Jahre umfassenden Zeitraum. Da eine umfassende Analyse nicht möglich ist, wird im folgenden mittels der verfügbaren Daten, die einen Vergleich beider ethnischer Gruppen erlauben, eine annäherungsweise Klärung des Sachverhalts unternommen.<sup>51</sup>

Vor der Präsentation der Ergebnisse dieser Analyse ist es jedoch notwendig, Kennzeichen, Verlauf und Folgen des Transformationsprozesses in Estland allgemein darzustellen. Erst auf dieser Grundlage lässt sich ermessen, inwieweit Entwicklungen der sozialen Lage der Angehörigen der beiden ethnischen Gruppen dem allgemeinen Wirtschaftsverlauf folgen und wo deutliche Abweichungen zum allgemeinen Trend auftreten. Solche Abweichungen sollen als Indikatoren ethnischer Diskriminierung im sozialen und ökonomischen Wandel des

---

<sup>51</sup> Die im Folgenden verwendeten Daten entstammen im wesentlichen dem Statistical Office of Estonia und Surveys über die soziale Lage in Estland, die von verschiedenen anderen Institutionen durchgeführt wurden. Sie erlauben Aussagen über die Entwicklung des Erwerbspotentials, der Erwerbstätigkeit, der Arbeitslosigkeit und der Inaktivität in beiden ethnischen Gruppen. Darüber hinaus sind schlaglichtartig Aspekte der Einkommenssituation von Esten und Nicht-Esten darstellbar. Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung sowie Berufsausbildung oder Wohnort (Region) sind nicht nach ethnischer Zugehörigkeit aufzugliedern gewesen.

Landes angesehen werden.

### **3.5.2. Radikale Durchsetzung von Marktprinzipien - Kennzeichen des estnischen Transformationskurses**

Transformation in Osteuropa bedeutete den Wandel von sozialistischen Prinzipien der Staats- und Wirtschaftsführung zu demokratischen und marktwirtschaftlichen Prinzipien, wie sie für Westeuropa und Nordamerika typisch sind. In diesem Kapitel werden die ökonomischen Folgen dieses Wandels in Estland beleuchtet. Sieht man davon ab, die Zeit von 1989 bis 1991, die „Vortransformationsphase“, als eigenständigen Abschnitt des Transformationsprozesses zu betrachten (vgl. Eamets/Philips 1998<sup>52</sup>), dann lassen sich im Hinblick auf die hier verfolgte Fragestellung sinnvoll zwei Phasen des Transformationsprozesses unterscheiden, die auf die Situation der Menschen im Land unterschiedlich gewirkt haben dürften. Die erste Phase der Transformation beginnt 1989, also mit den ersten noch schwachen Reformen unter dem erodierenden Sowjetsystem, und endet Mitte der 1990er Jahre, nachdem die inzwischen souveräne estnische Regierung die wichtigsten Maßnahmen zu der von ihr verfolgten radikalen Reform des Wirtschaftssystems eingeleitet hatte und diese das alltägliche Leben der Bevölkerung bestimmten, d. h. der Umbruch täglich für die Menschen erfahrbar war. Die zweite Phase beginnt 1995 und dauert bis heute an: Sie umfasst damit die ökonomische und soziale Konsolidierungsphase des neuen marktwirtschaftlichen Systems.

Wichtige Kennzeichen des sozialistischen Regimes waren eine nahezu vollständige Ausschöpfung des Erwerbspotentials - wenn auch erkauft durch eine in vielen Betrieben und Kombinat betriebene Hortung von Arbeitskräften, die durchaus als „versteckte“ Arbeitslosigkeit interpretiert werden kann (Eamets 1995<sup>53</sup>) -, eine starke Betonung industrieller sowie forst- und landwirtschaftlicher Tätigkeiten als den produktiven Bereichen der Wirtschaft und damit als Wohlfahrtsquellen sowie eine relative Abkopplung der Wirtschaft vom (kapitalistischen) Weltmarkt und Konzentration auf den durch sozialistische Austauschprinzipien geprägten COMECON-Markt. Der angestrebte Übergang zur Marktwirtschaft bedeutete eine vollständige Reorganisation aller Grundlagen, Mechanismen und Verteilungsregeln dieses bisherigen Wirtschaftssystems. (Kutsar 1996)

---

<sup>52</sup> Vgl.: [www.geo.ut.ee/nbc/paper/eamets.htm](http://www.geo.ut.ee/nbc/paper/eamets.htm)

<sup>53</sup> vgl.: Unemployment in Estonia: Myth or Reality? [www.ibs.ee/ibs/economics/estonian\\_labour\\_market.html](http://www.ibs.ee/ibs/economics/estonian_labour_market.html).

Vorrangiges Ziel der estnischen Regierungen war durchgängig, das Land so schnell wie möglich in die EU zu führen und die dafür notwendigen Beitrittskriterien zu erfüllen. Diese Kriterien verlangten vor allem einen ausgeglichenen Staatshaushalt, Preisstabilität und eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Im Streit der Experten darüber, in welcher Weise die Transformation am schnellsten und erfolgreichsten gelinge, d. h. wie möglichst rasch der Markt als Hauptkoordinationsmechanismus etabliert werden und soziale Folgen wie Arbeitslosigkeit oder Armut vermieden werden könnten (oder schlimmstenfalls als kurzfristige Übergangsphänomene beherrschbar blieben), haben die estnischen Regierungen sich deshalb durchgehend an die Maxime eines sehr harten und liberalen Transformationsmodells gehalten.

Einhellig wird der estnische Transformationskurs im Vergleich zu allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und den europäischen Mitgliedsländern des ehemaligen COMECON als der rigideste angesehen. (Eurostat 2000; Lösch 2000) Im Vordergrund stand dabei die Überzeugung, dass durch eine schnelle Restrukturierung der Wirtschaft auch die Krisenphänomene am Arbeitsmarkt und in den Einkommensstrukturen überwunden würden. Zielvorgaben und Instrumente für diesen Prozess wurden deshalb fast ausschließlich für den wirtschaftlichen Wandel formuliert und entwickelt. Sozialpolitische Maßnahmen spielten als Flankierung dieses Wandels und zur Abfederung seiner sozialen Folgen nur eine sehr untergeordnete Rolle, vielmehr wurden sie als zusätzliche Komponenten zur Unterstützung des schnellen ökonomischen und sozialen Wandels instrumentalisiert. Nach Eamets (1995) und Kulikov (1999) lassen sich die Spezifika des estnischen Transformationspfades wie folgt beschreiben:

- Ein jährlich ausgeglichener Staatshaushalt
- Ein auf der Currency-Board-Idee<sup>54</sup> basierendes monetäres System mit fixen Wechselkursen (die Estnische Krone wurde an die Deutsche Mark gekoppelt: 1 DM = 8 EEK)
- Keinerlei Außenhandelsbeschränkungen oder Auflagen für ausländische Direktinvestitionen
- Eine Gesetzgebung, die den schnellen Wandel von öffentlichem in privates Eigentum

---

<sup>54</sup> Dabei wird die einheimische Währung zu 100% durch ausländische Devisen garantiert. Die Geldmenge wird nur erhöht, wenn auch diese Reserven erhöht werden. (Eamets 1995)

fördert

- Proportionale Einkommens- und Körperschaftssteuer (jeweils 26%)
- Keine Subventionen für den Agrarsektor
- Sehr restriktive Regelungen der Höhe von und Anspruchsdauer auf Arbeitslosenunterstützung
- Keine Belastung der Unternehmen durch Sozialabgaben für Arbeitslosenversicherung
- Ein sehr geringer Kündigungsschutz für Arbeitnehmer

In den von Vertretern der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft gleichermaßen gern gezogenen Vergleichen zu den anderen europäischen Transformationsstaaten und zu den EU-Mitgliedsstaaten wird auch auf den schnellen Aufbau eines funktionsfähigen Finanzsektors und den raschen Wandel der sektoralen Struktur der estnischen Volkswirtschaft als weitere Erfolge des estnischen Transformationspfads verwiesen. (Eamets 1998) Wie rasant und tiefgreifend sich der Wandel der estnischen Wirtschaftsstruktur in der Transformation vollzogen hat, lässt sich am eindrucksvollsten an den folgenden Indikatoren illustrieren:

- Waren 1989 noch 98% aller Erwerbstätigen beim Staat, so waren 1994 bereits 47% (Marksoo 1996) und weitere zwei Jahre später schon 63% (Eamets 1998) der Erwerbstätigen im privaten Sektor beschäftigt. Dabei konnte sich die Privatwirtschaft vor allem in der Land- und Forstwirtschaft, dem Baugewerbe, der Leichtindustrie und dem Handel entfalten, während der Staat weiterhin in der Schwerindustrie, der Energieerzeugung, dem Verkehrswesen und dem sozialen Sektor dominierte. (Marksoo 1996)
- Das Bruttosozialprodukt wies bereits ab Mitte der 1990er Jahre positive Wachstumsraten auf. Während es 1993 um 9% und 1994 noch um 2% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr sank, nahm es 1995 um 4,3%, 1996 um 4% und 1997 um 10,6% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zu. (Statistical Office of Estonia 1998)<sup>55</sup>
- Während in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Transformationsländern im Zuge ihres Systemwandels zur Marktwirtschaft die Arbeitslosigkeit ein sehr hohes Ausmaß erreicht hat, blieb sie in

---

<sup>55</sup> Die Angaben für 1997 beziehen sich nur auf den Zeitraum Januar bis September. Bei dieser positiven Entwicklung ist allerdings das Niveau des BIP im internationalen Vergleich zu berücksichtigen: Laut Eurostat (2000) belief sich das BIP pro Kopf in Estland 1996 gerade auf ein Drittel des EU-Durchschnitts. Es steht zu vermuten, dass die in der Literatur immer wieder anzutreffende und hier übernommene Periodisierung des estnischen Transformationsprozesses bis Mitte der 1990er Jahre nicht unerheblich durch diese Trendwende in der Entwicklung des Wirtschaftswachstums beeinflusst war.

Estland vergleichsweise moderat. Nach der amtlichen Statistik lag die Arbeitslosenquote in Estland 1995, in der Endphase der Transformation, gerade bei 2,1%. (Marksoo/Luuk 1999: 7)

- Die Mobilität auf dem estnischen Arbeitsmarkt hat ein sehr hohes Ausmaß erreicht: Laut Estonian Human Development Report (EHDR 1997) erfuhr in den Transformationsjahren fast die Hälfte aller Erwerbstätigen einen Arbeitsplatzwechsel oder -verlust.
- In keinem anderen Transformationsland, so Eamets (1998), werde der notwendige Strukturwandel von einer agrar- und industrielastigen Volkswirtschaft zur Dienstleistungsgesellschaft schneller vollzogen als in Estland. Der Anteil des tertiären Sektors an der Gesamtbeschäftigung stieg nach Angaben des Statistical Office of Estonia von knapp 42% im Jahr 1989 auf rund 55% im Jahr 1995 und erreichte 2001 schließlich einen Anteilswert von 59%.
- Besonders vom außenpolitischen Ergebnis her beurteilt hat sich die Strategie einer harten Transformationspolitik für Estland ausgezahlt: Galt das Land Mitte der 1990er Jahre hinter Ländern wie Polen, der Tschechischen Republik oder Ungarn als ein eher zweitrangiger Kandidat für einen möglichen EU-Beitritt, so führt Estland die Riege der Beitrittskandidaten aufgrund seiner wirtschaftlichen Erfolge inzwischen an.

Angesichts dieser Resultate scheint es nur folgerichtig, dass Vertreter der Politik und der Wirtschaft in Estland die Entwicklung des Landes während der Transformationsphase gerne als eine ungebrochene Erfolgsgeschichte präsentieren. Estland scheint auf den ersten Blick die zentralen Annahmen einiger Transformationstheoretiker (vgl. Böri 1994; Blanchard et al: 1994; Cornelius 1995) zu bestätigen, wonach die Systemtransformation möglichst rasch und radikal umgesetzt werden sollte und transformationsbedingte Arbeitslosigkeit und die weiteren damit verbundenen sozialen Probleme durch politische Maßnahmen zu begrenzen sind und letztlich nur als vorübergehendes Phänomen beim Übergang von der staatlich dominierten Wirtschaft zur Marktwirtschaft erscheinen. Eamets konstatiert, dass die Systemtransformation in Estland vor allem deshalb erfolgreich war, weil die beiden zentralen Reallokationsprobleme des Arbeitsmarktes der estnischen Volkswirtschaft, die Verlagerung der Beschäftigung vom öffentlichen zum privaten sowie vom primären und sekundären zum tertiären Sektor, gelöst wurden:

„In general, these studies (gemeint sind Transformationsstudien neoklassischer Ausprägung - d. Verf.) conceive unemployment as a gap between the speed at which the state sector is

shedding labour and the private sector is absorbing labour. (...) In the transition period, demand and supply shocks were experienced across the economy and have been mainly responsible for the rise of unemployment. The sharp decline of employment in primary and secondary sectors was compensated by a rapid increase of employment in the tertiary sector. This allows us to conclude that the restructuring has been successful in the Estonian economy“ (Eamets 1999: 4)

Einschränkend muss jedoch ergänzt werden, dass diese positive Bilanz sich ausschließlich auf die Entwicklungen im Zeitraum zwischen 1989 und 1997 gründen kann, also auf die Phase der Systemtransformation und die ersten Jahre der Konsolidierungsphase der Marktwirtschaft. 1998 setzte jedoch aufgrund externer Schocks - genannt werden hier die internationale Finanzkrise, die Russlandkrise, der Kosovo-Konflikt und die nachfragebedingte Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in der EU - in ganz Mitteleuropa ein deutlicher Konjunkturabschwung ein. In Estland äußerte sich diese negative Gesamtentwicklung in Form einer drastischen Rezession - das Bruttoinlandsprodukt sank 1999 gegenüber 1998 um 3,9%, und dieser Trend setzte sich im Jahr 2000 fort. (Eurostat 2000) Damit verbunden war ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit, der bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt anhält.<sup>56</sup>

### **3.5.3. Die sozialen Folgen des estnischen Transformationsprozesses**

Hinter diesen wirtschaftlichen und politischen Erfolgen treten die sozialen Folgen der ökonomischen Neuorientierung in der politischen Rezeption und Diskussion, auch im westlichen Ausland, leicht in den Hintergrund. Bei der folgenden genaueren Betrachtung der Transformationsfolgen zeigt sich aber, dass das von offizieller Seite vermittelte Bild des durchschlagenden Erfolgs der estnischen Transformationspolitik relativiert und teilweise sogar grundlegend revidiert werden muss.

Für die auf die Marktwirtschaft nicht vorbereitete Bevölkerung in Estland wurden die sozialen Folgen des rigiden Transformationsprozesses sehr schnell und unmittelbar sichtbar und spürbar. Die großen, ehemals direkt von Moskau kontrollierten Industriekombinate und andere wichtige Teile der estnischen Wirtschaft verloren ihre Märkte im früheren COMECON-Bereich, ohne für den Wettbewerb auf den nun kapitalistischen Märkten gerüstet

---

<sup>56</sup> Positiv wirkte sich in dieser Phase lediglich das rasche Tempo aus, mit dem die estnischen Regierungen die entscheidenden Reformen von Wirtschaft und Politik durchgesetzt hatten. In den anderen ost- und mitteleuropäischen Transformationsländern trug laut Eurostat (2000) neben den genannten externen Faktoren die nach wie vor bestehende Schwäche vieler für die Wirtschaft wichtiger Institutionen als hausgemachtes Problem zur Verschärfung der Krise bei.

zu sein. In der Folge brach das Bruttosozialprodukt der estländischen Wirtschaft dramatisch ein und ging zwischen 1991 und 1993 um ein Drittel zurück. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen überstieg schnell das verfügbare Angebot, wodurch es zu einem enormen Preisanstieg kam. Zwar stiegen auch die Löhne, doch konnten sie bei weitem nicht mit der Preissteigerung Schritt halten, was zu einem deutlichen Kaufkraftverlust des Rubel führte, der infolgedessen im Juni 1992 durch die Estnische Krone (EEK) abgelöst wurde. Die (realen) Einkommensverluste waren so drastisch, dass 1994 10% der Bevölkerung unter der im selben Jahr eingeführten offiziellen Armutsgrenze lebten. (Kutsar 1996; EHDR 1995, 1996) Gravierend waren die Auswirkungen der Systemtransformation auch auf dem Arbeitsmarkt: Von 1990 bis 1999 nahm die Zahl der Erwerbstätigen um ein Viertel ab. Darüber hinaus war eine Vielzahl von Erwerbstätigen zu einem Arbeitsplatzwechsel gezwungen, weil sich im Zuge der Transformation der Wirtschaft deren sektorale Struktur von einer Industrie- und Agrarwirtschaft zu einer Dienstleistungswirtschaft wandelte. (Helemäe/Saar/Vöörmann 1999) Viele derjenigen, die Schwierigkeiten hatten, sich an diesen Wandel anzupassen, aber auch solche, die über Qualifikationen verfügten, mit denen sie im Ausland gute Beschäftigungsmöglichkeiten fanden, wanderten aus. Allein zwischen 1990 und 1995 ging die Einwohnerzahl Estlands um 75.000, also durchschnittlich 15.000 Personen pro Jahr, zurück. (Helemäe/Saar/Vöörmann 1999)<sup>57</sup>

Als Höhepunkt der Transformationskrise werden die Jahre 1992 und 1993 angesehen. Seither entwickeln sich wichtige ökonomische Kennziffern wie das Wachstum des Bruttosozialprodukts, die Inflationsrate oder die Arbeitslosenquote etwas moderater oder sogar mit leicht positiver Tendenz. (Kutsar 1996; Marksoo 1996; Eamets 1995, 1996) Auch die Emigration hat seit Mitte der 1990er Jahre nachgelassen. Nach Angaben des estnischen Sozialministeriums<sup>58</sup> wanderten 1998 nur noch 3000 Personen aus Estland aus.

Die sozialen Folgeprobleme der Transformation sind in der durch den EU-Beitritt und das

---

<sup>57</sup> Um sich einen Eindruck davon zu machen, welchen tiefen Einschnitt die transformationsbedingten Veränderungen für den Grossteil der Bevölkerung bedeutete, muss man sich die Ausgangsbedingungen des Transformationsprozesses verdeutlichen. Zu den Hauptmerkmalen der sozialistischen „Kommandowirtschaft“ (Eamets 1998) zählten eine staatlich garantierte Vollbeschäftigung (der auf Seiten der Bürger eine individuelle Arbeitspflicht gegenüberstand), ein garantierter existenzsichernder Mindestlohn und staatlich kontrollierte Preise. Auch wenn den Bedürfnissen der Bürger zeitweise nicht genügend oder nicht die entsprechenden Waren und Dienstleistungen gegenüberstanden (Flötten 1996) und die staatliche Vollbeschäftigungsgarantie nur durch „versteckte Arbeitslosigkeit“ (in Form von Teilzeitarbeit, des qualifikationsinadäquaten Einsatzes von Fachkräften sowie einer Hortung von Arbeitskräften in Betrieben und Verwaltung über das ökonomisch notwendige und sinnvolle Maß hinaus) eingelöst werden konnte (Eamets 1995, 1998), so waren Armut und Arbeitslosigkeit, wie sie in westlichen Marktwirtschaften bekannt sind, den Bürgern Estlands nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr begegnet. (Flötten 1996; Kutsar 1996)

<sup>58</sup> [www.sm.ee/statistics1.html](http://www.sm.ee/statistics1.html), Statistics and figures: Socio-economic situation under the Ministry of Social Affairs, updated 15.10.1999; zuletzt aufgesucht am 1.11.2001

Erreichen der dafür notwendigen Wachstums- und Haushaltsziele dominierten politischen Diskussion des Landes deutlich unterrepräsentiert. Betrachtet man, wie die estnischen Regierungen lange Zeit Armutsgrenzen und Arbeitslosenquoten definiert haben,<sup>59</sup> drängt sich der Verdacht auf, dass diese Probleme bewusst nicht zur Kenntnis genommen oder zumindest ihr Ausmaß verharmlost werden sollte.

### **3.5.3.1. Allgemeine Entwicklung von Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsstruktur**

Die bereits erwähnte ausgesprochen niedrige amtliche Arbeitslosenquote während und unmittelbar nach der Transformationsphase - 1995 gerade bei 2,1% - hat maßgeblich die Wahrnehmung von Regierungsstellen, Verwaltung und Politikern beeinflusst und deren Überzeugung geformt, dass Arbeitslosigkeit in Estland kein gravierendes Problem darstelle. (Marksoo/Luuk 1999: 7) Eine wesentliche Folge dieser Haltung war eine langwährende Abwesenheit jeglicher Regulation des Arbeitsmarktes in Estland. So gab es bis September 1994, abgesehen von einem Dekret aus dem Jahr 1991, das die Registrierung Arbeitsloser regelte, keinerlei gesetzgeberische Bemühungen zur Regelung des Arbeitsmarkts und der Ansprüche und Pflichten von Arbeitslosen. Dieser Missstand wurde erst mit Inkrafttreten des Arbeitslosen-Sozialversicherungsgesetzes am 1. Januar 1995 behoben. (Marksoo/Luuk 1999: 13 f) Die passive Haltung des Staates gegenüber dem Problem der Arbeitslosigkeit drückt sich auch in für die Betroffenen völlig unzureichenden staatlichen Hilfsleistungen aus. Die Arbeitslosenunterstützung betrug Anfang 1998 nur 300 EEK, was ungefähr 8% des Durchschnittsverdienstes zu diesem Zeitpunkt (3743 EEK) entsprach. (Marksoo/Luuk 1999)

Doch spielte Arbeitslosigkeit in Estland sowohl während als auch nach der Transformation eine wesentlich größere Rolle als es in den offiziellen Statistiken dargestellt wird. Sie trat, wie auch in den anderen osteuropäischen Transformationsländern, schlagartig auf, griff immer weiter um sich (Marksoo 1997) und erreichte schließlich ein Ausmaß, das sie zur Hauptursache der zunehmenden Verarmung in der Bevölkerung werden ließ. (Kutsar 1996; Marksoo 1996) Die niedrige offizielle Arbeitslosenquote gibt die tatsächlichen Verhältnisse auf dem estnischen Arbeitsmarkt nur sehr unvollkommen wider. Sie berechnet sich aus dem Anteil der Bezieher von Arbeitslosenunterstützung an den Personen im erwerbsfähigen Alter.

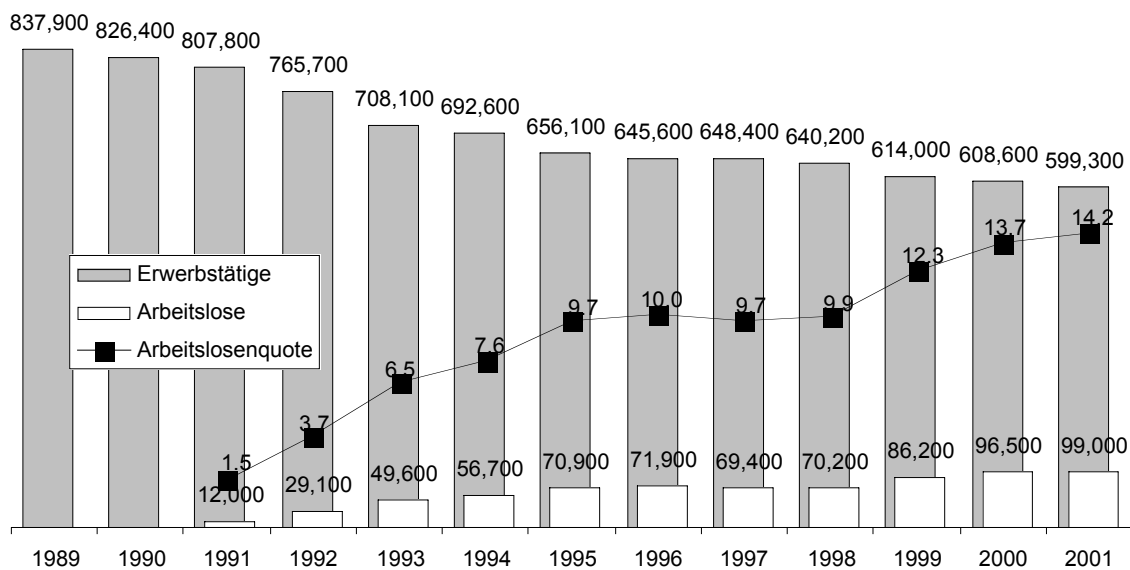
---

<sup>59</sup> Beides wird in den folgenden Abschnitten eingehender erörtert.



Nicht zuletzt aus diesem Grund haben Arbeitsmarktforscher in Estland seit 1995 Surveys (ELFS - Estonian Labour Force Surveys) durchgeführt, die eine Berechnung der Arbeitslosenquote nach internationalen Standards der International Labour Organization (ILO) erlauben und damit einen Vergleich des estnischen Arbeitsmarktes mit dem anderer Länder ermöglichen (NORBALT-Survey). Arbeitslos ist danach, wer in der Erhebungswoche keine Erwerbstätigkeit ausübt (mit Ausnahme von Krankheit, Urlaub und anderen Formen temporärer Abwesenheit vom Arbeitsplatz), sich in den letzten vier Wochen vor der Erhebung aktiv um einen Arbeitsplatz bemüht hat und in der Lage ist, innerhalb von zwei Wochen nach der Erhebung eine Arbeit aufzunehmen. Referenzgruppe für die Zahl der Arbeitslosen ist dabei nicht die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, sondern die aktive Bevölkerung, also Erwerbstätige und arbeitsuchende Arbeitslose. Abbildung 3-3 zeigt die Entwicklung der auf dieser Basis errechneten Arbeitslosenquote in Estland seit Beginn der statistischen Erfassung von Arbeitslosigkeit im Jahr 1991.

**Abbildung 3-3: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Estland, 1989 bis 2001**



Quelle: Statistical Office of Estonia (Estonian Labor Force Surveys)<sup>60</sup>; eigene Berechnungen

Die nach international üblichen Standards berechneten Arbeitsmarktindikatoren trüben das Bild vom Erfolg des estnischen Transformationsprozesses deutlich. Es zeigt sich, dass der

<sup>60</sup> Angaben für den Zeitraum 1989 bis 1996 wurden im ersten Estonian Labor Force Survey (ELFS) retrospektiv erfasst. Die Daten beziehen sich für diesen Zeitraum auf die Bevölkerung im Alter von 15-69 Jahren. Die Angaben für die Jahre 1997 bis 2001 gehen auf die Ergebnisse der jährlich durchgeführten Estonian Labor Force Surveys zurück und beziehen sich auf die Bevölkerung im Alter von 15-74 Jahren. Sofern nicht ausdrücklich anders vermerkt, gilt diese Anmerkung für alle folgenden

Beschäftigungsabbau in der estnischen Volkswirtschaft bereits vor der staatlichen Unabhängigkeit einsetzte und, abgesehen von der konjunkturellen Aufschwungphase 1996 und 1997, kontinuierlich anhielt. Insgesamt fiel die Zahl der Erwerbstätigen von rund 838.000 auf knapp 600.000, was einem durchschnittlichen jährlichen Rückgang von 2,8% entspricht. Dem entsprechend stieg seit Beginn der offiziellen Erfassung der Arbeitslosigkeit die Zahl der Arbeitslosen ebenso stetig an, und zwar mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 23,5% von 12.000 im Jahr 1991 auf fast 100.000 im Jahr 2001. Die Arbeitslosenquote liegt um ein Mehrfaches über den offiziell ausgewiesenen Werten und liegt damit inzwischen deutlich über dem EU-Durchschnitt. (vgl. auch Pettai/Sostra 1998)

Der Vergleich der Zahl der Erwerbstätigen und der Zahl der Arbeitslosen verdeutlicht, dass viele Erwerbspersonen sich aus dem aktiven Erwerbsleben (Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit) in die Inaktivität<sup>61</sup> zurückgezogen haben, dem Arbeitsmarkt also nicht mehr zur Verfügung stehen. Nach Angaben des Statistical Office of Estonia stieg die Zahl der Inaktiven zwischen 1989 und Anfang 2001 von 254.000 auf 406.000. Ohne diesen Rückzug aus dem Erwerbssystem wären die Zahl der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquote in Estland noch höher.<sup>62</sup>

Ein wichtiger Indikator dafür, wie eine Volkswirtschaft im Strukturwandel die Reallokationsprobleme am Arbeitsmarkt zu lösen in der Lage ist, besteht in der Dauer der Arbeitslosigkeit. Je besser die Reallokationsprobleme gelöst werden, desto geringer müsste der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Erwerbslosen insgesamt ausfallen; je weniger die Volkswirtschaft diese Probleme löst, desto höher müsste dementsprechend der Anteil der Langzeitarbeitslosen ausfallen.

Langzeitarbeitslosigkeit stellt eines der gravierendsten sozialen Probleme dar, weil durch die dauerhafte Exklusion von Erwerbschancen über einen langen Zeitraum hinweg keine oder nur geringe Einkommen erzielt werden können und weil darüber hinaus die einmal erlernten beruflichen Qualifikationen verkümmern, was die Chancen auf Wiedereingliederung in eine Erwerbstätigkeit weiter verringert. Wenn das Bild vom erfolgreichen Vollzug des

---

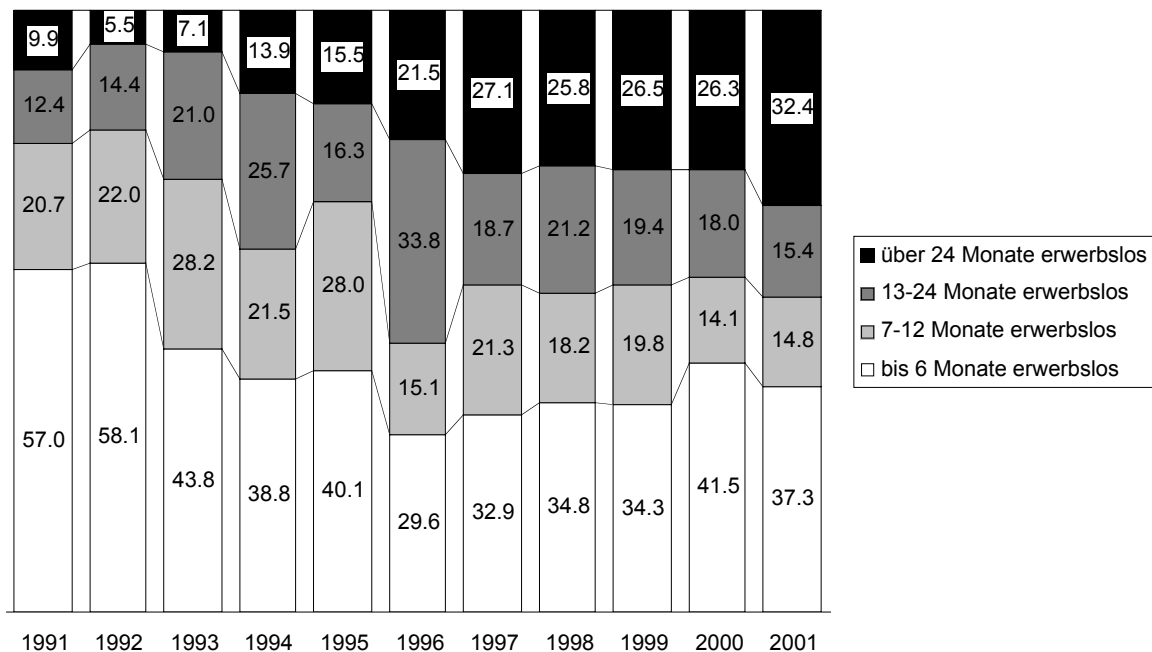
im Text präsentierten ELFS-basierten Tabellen und Grafiken.

<sup>61</sup> Unter die Rubrik „inaktiv“ fallen Personen im Erwerbsalter, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen und auch keine Erwerbsarbeit suchen, sich dem Arbeitsmarkt damit nicht zur Verfügung stellen.

<sup>62</sup> Estland kann aber trotz dieser Relativierung immer noch für sich in Anspruch nehmen, zumindest im Vergleich mit anderen mittel- und osteuropäischen Transformationsländern die Arbeitslosigkeit auf einem moderaten Niveau gehalten zu haben. (Eamets 1997; Eurostat 2000)

Systemwandels ohne gravierende soziale Folgeerscheinungen der Realität entspricht, müssten im Zeitverlauf nur geringe oder sinkende Anteilswerte der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt auftreten. Da eine solche Erwartung angesichts der Tiefe und Dramatik der Transformationskrise als eher unrealistisch anzusehen ist, sollte als Mindestanforderung zumindest erfüllt sein, dass es zu keinem nennenswerten Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit kommt. Abbildung 3-4 veranschaulicht die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach vier Kategorien der Arbeitslosigkeitsdauer und zeigt, dass von einer Vermeidung sozialer Krisenerscheinungen im Zuge der Systemtransformation Estlands keine Rede sein kann.

**Abbildung 3-4: Arbeitslose nach Dauer der Erwerbslosigkeit in Estland, 1991-2001  
(in %)**



Quelle: Statistical Office of Estonia (Estonian Labor Force Surveys); eigene Berechnungen

Seit der Unabhängigkeit des Landes hat sich die Struktur der Erwerbslosen deutlich in Richtung eines höheren Anteils der Langzeitarbeitslosigkeit (definiert als mehr als 12 Monate andauernde Erwerbslosigkeit) entwickelt. Angesichts des Umstands, dass Arbeitslosigkeit erst seit 1991 erfasst wird, ist diese Entwicklung aber zu einem gewissen Ausmaß naturgegeben. Mit einem Anteil von rund 48% der Langzeitarbeitslosen an allen Erwerbslosen unterscheidet sich Estland kaum von den Strukturen in Deutschland. (ANBA 6/2000) Bemerkenswert aber ist, dass sich dieses hohe Ausmaß an Langzeitarbeitslosigkeit in nur zehn Jahren entwickelt

hat und dass im Jahr 2001 der Anteil der Arbeitslosen, deren Erwerbslosigkeit sogar mehr als zwei Jahre andauert, noch einmal sprunghaft anstieg. Gegenwärtig lassen sich in den Wirtschaftsdaten des Landes keine Anzeichen für eine Wende zu positivem Wirtschaftswachstum und einem Ende des Beschäftigungsabbaus ausmachen.

Die beschriebenen Veränderungen im Erwerbssystem des Landes sind das Resultat unterschiedlicher Mobilitätsprozesse auf dem Arbeitsmarkt. Von besonderer Bedeutung war dabei die Entwicklung während der Transformationsphase. Die Arbeitsmarktdynamik nahm laut Helemäe/Saar/Vöörmann (1999) von 1989 an kontinuierlich zu und erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1992 und 1993, unmittelbar im Anschluss an die Unabhängigkeit des Landes und im Zusammenhang mit den dann einsetzenden umfassenden Reformen (Tabelle 3-4).

**Tabelle 3-4: Mobilitätsprozesse auf dem estnischen Arbeitsmarkt in der Transformation<sup>63</sup>**

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Anzahl der Wechselprozesse insgesamt (n)	886	1152	1403	2089	2005	1898
<b>davon (%) in Richtung</b>						
Anderer Arbeitsplatz	56.0	58.8	56.3	50.0	53.6	55.2
Arbeitslosigkeit	3.0	4.4	9.0	17.0	20.1	20.1
Inaktivität	41.0	36.8	34.7	33.0	26.3	26.3

Quelle: Helemäe/Saar/Vöörmann 1999

Zwar machte durchgängig die Job-to-Job-Mobilität einen höheren Anteil an den Mobilitätsprozessen aus als Wechselprozesse aus der Erwerbsarbeit in Arbeitslosigkeit oder Inaktivität, doch immerhin weit über 40% der Mobilitätsprozesse führten aus der Erwerbsarbeit heraus.<sup>64</sup> Auch nach den eigentlichen Transformationsjahren war die Dynamik

<sup>63</sup> Die Angaben beziehen sich auf ein Sub-Sample des NORBALT-Surveys. Es definiert sich durch die Fälle, die zwischen 1989 und 1994 einen Mobilitätsprozess aufweisen, der von einer Erwerbstätigkeit in eine andere Erwerbstätigkeit (Arbeitsplatzwechsel) oder in Arbeitslosigkeit bzw. Inaktivität (Arbeitsplatzverlust) führte. Mobilitätsprozesse, die aus Inaktivität oder Arbeitslosigkeit in eine Erwerbstätigkeit führten, wurden nicht berücksichtigt. (Helemäe /Saar/Vöörmann 1999)

<sup>64</sup> Hauptsächlich Quelle des Trends in die Inaktivität war das Verhalten der weiblichen Arbeitskräfte. Estland wies, wie viele Sowjetstaaten, eine sehr hohe Ausschöpfung des weiblichen Erwerbspersonenpotentials auf. Die Erwerbsquote der Frauen lag Ende der 1980er Jahre bei nahezu 90%. Mit dem Ende der Sowjetunion und dem Auftreten der ersten ökonomischen Krisenerscheinungen zogen sich viele Frauen vom Arbeitsmarkt in den Haushalt zurück - teils gewollt, wohl

auf dem estnischen Arbeitsmarkt beachtlich: Zwischen 1995 und 1997 wies immer noch ein gutes Fünftel der Erwerbstätigen einen Arbeitsplatzwechsel oder -verlust auf. (Philips 1999)<sup>65</sup>

Auch der von Regierungsvertretern immer wieder als Beleg für den Erfolg des estnischen Transformationskurses angeführte sektorale Strukturwandel stellt sich bei näherer Betrachtung keineswegs so positiv dar, wie er in entsprechenden Verlautbarungen beschrieben wird. Wie bereits dargelegt, wird in diesem Wandel - neben der Umwandlung von Staats- in Privateigentum - der zentrale Prüfstein für die Lösung der Reallokationsprobleme des Arbeitsmarktes in Estland gesehen. (vgl. die Darstellung bei Eamets 1998) Mit Überwindung einer veralteten industriell und landwirtschaftlich geprägten und der Entwicklung einer modernen dienstleistungsorientierten Volkswirtschaft wird allgemein die Erschließung neuer Märkte und eine produktivere Gesamtwirtschaft verbunden. (Klodt/Maurer/Schimmelpfennig 1997) Je schneller dieser Wandel vollzogen wird, so lautet deshalb die Hoffnung, desto eher und nachhaltiger wird eine positive Beschäftigungsentwicklung auf dem Arbeitsmarkt einsetzen. Insofern kann im Fortschritt dieses Strukturwandels ein Gradmesser dafür gesehen werden, ob die Talsohle in der Restrukturierung der estnischen Volkswirtschaft bereits durchschritten ist oder aber erst in Zukunft erreicht werden wird.

Die positive Einschätzung des Fortschritts im sektoralen Strukturwandel Estlands geht vor allem darauf zurück, dass Estland Mitte der 1990er Jahre bereits im Vergleich zu anderen mittel- und osteuropäischen Transformationsländern einen relativ hohen Dienstleistungsanteil an der Gesamtbeschäftigung vorweisen konnte. In Estland waren zu diesem Zeitpunkt bereits über 56% aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt, ein Wert, der lediglich von Ungarn (58,6%) überboten wurde (Tabelle 3-5).

---

eher aber, weil sich für aus der Industrie oder der Landwirtschaft entlassene Frauen in der sich neu strukturierenden Wirtschaft nur schwer andere Arbeitsplätze finden ließen. So fand ein Angleichungsprozess an Strukturen westlicher Länder statt, wenngleich die Frauenerwerbsquote in Estland nach wie vor vergleichsweise hoch ist. (Helemäe/Saar/Vöörmann 1999)

<sup>65</sup> Für die Jahre 1995 bis 2001 lagen keine vergleichbaren Daten über Mobilitätsprozesse am Arbeitsmarkt vor.

**Tabelle 3-5: Sektorale Beschäftigungsstrukturen in ausgewählten Transformationsländern 1995/96 (in %)**

	Rumänien	Ungarn	Tschechien	Slowenien	Polen	Lettland	Litauen	Estland
Forst- und Landwirtschaft, Fischerei	38.0	8.4	6.2	10.3	22.1	18.5	24.2	10.0
Bergbau	2.2	0.9	1.8	1.0	2.8	0.3	0.2	1.4
<b>Primärer Sektor</b>	<b>40.2</b>	<b>9.3</b>	<b>8.0</b>	<b>11.3</b>	<b>24.9</b>	<b>18.8</b>	<b>24.4</b>	<b>11.4</b>
Verarbeitendes Gewerbe	23.0	23.6	28.9	34.5	20.9	17.5	17.4	23.9
Energieversorgung	2.1	2.5	2.0	1.5	1.8	1.4	2.5	2.5
Bau	4.3	6.0	9.5	5.4	6.1	6.0	7.2	5.7
<b>Sekundärer Sektor</b>	<b>29.4</b>	<b>32.1</b>	<b>40.4</b>	<b>41.4</b>	<b>28.8</b>	<b>24.9</b>	<b>27.1</b>	<b>32.1</b>
Handel und Gastgewerbe	9.0	16.7	16.1	15.7	14.0	16.1	13.8	16.0
Verkehr und Nachrichtenwesen	5.3	8.9	7.8	5.9	5.9	8.8	5.7	10.0
Finanzdienste, Immob. u. sonst. untern.bez. Dienste	2.4	5.9	7.0	6.5	1.9	6.5	3.5	6.0
Gesundheitswesen und Erziehung	7.1	15.1	11.8	11.3	13.3	15.0	15.1	14.3
Öffentliche Verwaltung	4.7	7.3	5.4	4.7	5.0	4.7	4.1	5.4
Sonstige Dienstleistungen	2.0	4.7	3.5	3.1	6.1	5.3	6.3	4.7
<b>Tertiärer Sektor</b>	<b>30.5</b>	<b>58.6</b>	<b>51.6</b>	<b>47.2</b>	<b>46.2</b>	<b>56.4</b>	<b>48.5</b>	<b>56.4</b>

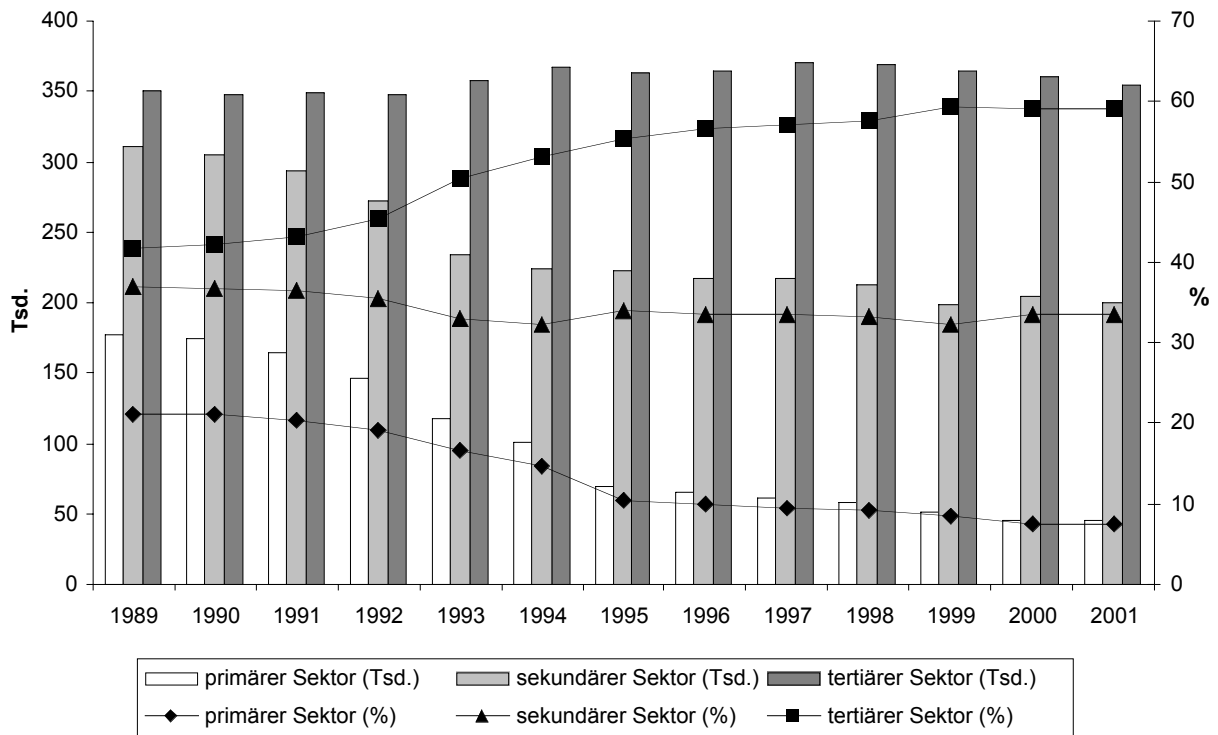
Quelle: Eamets / Philips (www.geo.ut.ee/nbc/paper/eamets.htm; 26.02.2001); eigene Berechnungen

Inwieweit diese Strukturvorteile auf eine schnellere und erfolgreiche Transformation zurückzuführen sind oder inwieweit sie noch Reflex der Strukturen der Sowjetökonomie sind, lässt sich allerdings nicht eindeutig klären. Denn festzuhalten bleibt auch, dass Estland nach der Transformationsphase noch immer agrarischer strukturiert war als viele andere Transformationsstaaten. Hinsichtlich des Anteils des sekundären Sektors an der Gesamtbeschäftigung zeigt sich darüber hinaus, dass Estland auch noch relativ industriell geprägt ist: Lediglich Tschechien und Slowenien wiesen höhere Anteilswerte der Industriebeschäftigung auf als Estland.

Doch reicht ein Blick allein auf die Beschäftigungsanteile der einzelnen Sektoren in der Regel nicht aus, um den Fortschritt des sektoralen Strukturwandels eines Landes beurteilen zu können. Anteilswerte eines Sektors können dadurch steigen, dass die Beschäftigung in diesem Sektor tatsächlich stärker zunimmt als in den anderen Sektoren. Sie steigen aber auch, wenn die Beschäftigung in diesem Sektor gleich bleibt, während sie in den anderen Sektoren sinkt. Schließlich können die Beschäftigungsanteile eines Sektors sogar bei allgemeinem Beschäftigungsrückgang steigen, wenn die Zahl der Erwerbstätigen in anderen Sektoren schneller sinkt. (Baethge/Glott/Tasch/Wilkens 1999) Abbildung 3-5 zeigt deshalb die Entwicklung der absoluten Beschäftigtenzahlen in den drei Sektoren der estnischen

Volkswirtschaft (in Tausend, dargestellt durch die Säulen) und die Entwicklung der Beschäftigungsanteile der einzelnen Sektoren an der Gesamtbeschäftigung (in Prozent, dargestellt durch die Kurven).

**Abbildung 3-5: Entwicklung der sektoralen Struktur der Erwerbstätigen in Estland, 1989-2001**



Quelle: Statistical Office of Estonia (Estonian Labor Force Surveys); eigene Berechnungen

Es wird deutlich, dass das Wachstum des Dienstleistungssektors in Estland keineswegs auf eine anhaltend positive Beschäftigungsentwicklung zurückzuführen ist. Vor dem Hintergrund der beschriebenen allgemeinen negativen Beschäftigungsentwicklung hat sich die Beschäftigung auch in den einzelnen Sektoren nicht allzu positiv entwickelt. Deutlich sichtbar ist der Bedeutungsverlust des primären Sektors sowohl in absoluten wie in relativen Werten: Die Zahl der Beschäftigten ging im betrachteten Zeitraum von 177.000 auf 45.000 zurück, dem entsprach ein Rückgang des Anteils an der Gesamtbeschäftigung von 21% auf 8%. Im sekundären Sektor ging die Beschäftigung im betrachteten Zeitraum um ein Drittel von 311.000 auf 200.000 zurück, der Anteil dieses Sektors an der Gesamtbeschäftigung sank jedoch nur um vier Prozentpunkte von 37% auf 33%. Bemerkenswert ist, dass trotz der seit 1998 zu verzeichnenden allgemeinen Verschlechterung der Beschäftigungsentwicklung die

Beschäftigung im sekundären Sektor deutlich langsamer sinkt als im Gesamttrend und im Jahr 2000 sogar eine positive Entwicklung aufwies. Der Dienstleistungssektor weist zwar ein deutliches Wachstum des Anteils an der Gesamtbeschäftigung auch über die Mitte der 1990er Jahre hinaus auf (von 42% auf 59%). Doch die Entwicklung der absoluten Beschäftigungszahlen verlief keineswegs so positiv, wie dieser Trend vermuten lässt. Die Zahl der Dienstleistungsbeschäftigten belief sich 1989 auf rund 350.000 und stagnierte auf diesem Niveau bis 1992. In einer uneinheitlichen Entwicklung stieg die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor von 1993 bis 1997 auf 370.000 an. Doch seit diesem Zeitpunkt sank die absolute Dienstleistungsbeschäftigung kontinuierlich und lag Anfang 2001 mit 354.000 fast wieder auf dem Niveau von 1989.

Der sektorale Strukturwandel in Estland lässt sich somit zwar statistisch beobachten, doch geht er nicht mit nennenswerten Steigerungen der Beschäftigung einher. Anstelle von Beschäftigungszuwachsraten sind es vielmehr sektoral unterschiedliche Raten des Beschäftigungsabbaus, die den sektoralen Strukturwandel der estnischen Volkswirtschaft erklären.

Im folgenden wird nun zu klären sein, wie sich die beschriebenen Veränderungen im Erwerbssystem und der Wirtschaftsstruktur auf Esten und die russische Minderheit ausgewirkt haben.

### **3.5.3.2. Auswirkungen der Veränderungen im Erwerbssystem und der Wirtschaftsstruktur auf Esten und die russische Minderheit**

Im Rahmen der hier verfolgten Fragestellung ist von besonderem Interesse, ob Esten und die russische Minderheit von diesen Krisenerscheinungen auf dem Arbeitsmarkt in unterschiedlicher Weise betroffen wurden. Im Folgenden werden deshalb die generellen Arbeitsmarkttrends noch einmal vertieft für diese beiden Gruppen betrachtet und verglichen.

Die Zahl der Erwerbspersonen insgesamt ist zwischen 1989 und dem Beginn des Jahres 2001 um rund 144.000 von 843.000 auf 698.000 zurückgegangen, was einem durchschnittlichen jährlichen Rückgang um 1,6% entspricht (Tabelle 3-6). Von diesen 144.000 Personen entfielen rund 89.000 (61%) auf die estnische Bevölkerungsgruppe und 55.000 (39%) auf die



nichtestnische. Die durchschnittliche jährliche Rate des Rückgangs betrug bei den Esten 1,5% p.a., bei den Nicht-Esten 1,7% p.a. Der Anteil der Esten an den Erwerbspersonen insgesamt ist zwischen 1989 und 2001 von 65,3% auf 66,1% gestiegen, der der Nicht-Esten entsprechend von 34,7% auf 33,9% gefallen.

**Tabelle: 3-6: Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen in Estland, Esten und Nicht-Esten (1989 bis 2001)**

Jahr*	In Tausend			In Prozent	
	Insgesamt	Esten	Nicht-Esten	Esten	Nicht-Esten
1989	842.6	550.2	292.4	65.3	34.7
1990	831.7	542.1	289.6	65.2	34.8
1991	819.8	533.8	286.0	65.1	34.9
1992	794.8	519.3	275.5	65.3	34.7
1993	757.7	497.9	259.8	65.7	34.3
1994	749.4	495.1	254.3	66.1	33.9
1995	726.9	471.1	255.8	64.8	35.2
1996	717.5	464.8	252.7	64.8	35.2
1997	717.7	474.6	243.1	66.1	33.9
1998	710.4	468.2	242.2	65.9	34.1
1999	700.3	454.2	246.1	64.9	35.1
2000	705.1	453.8	251.3	64.4	35.6
2001**	698.3	461.6	236.7	66.1	33.9

\* = 1989 bis 1996 retrospektiv, Bevölkerung im Alter von 15-69 Jahren;  
 1997 bis 2001 jährl. Labor Force Surveys, Bevölkerung im Alter von 15-74 Jahren  
 \*\* = erstes Quartal 2001

Quelle: Statistical Office of Estonia; eigene Berechnungen

Bezogen auf die Anteile der beiden Gruppen an der Gesamtbevölkerung lässt sich also feststellen, dass die nichtestnische Bevölkerung sich im Zuge der Transformation und der Konsolidierung der Marktwirtschaft überproportional stark aus dem Erwerbssystem zurückgezogen hat, die estnische Bevölkerung leicht unterproportional. Während diese Diskrepanz mit Blick auf den Gesamtzeitraum nicht sehr stark ausfällt, wird sie deutlich verstärkt, wenn statt des Gesamtzeitraums die Entwicklungen in der Transformations- und der Konsolidierungsphase einzeln betrachtet werden. In der Transformationsphase (1989-1994) betrug der durchschnittliche jährliche Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen in Estland insgesamt -2,3%. Doch während er sich bei den Esten auf „lediglich“ -2,1% p.a. belief, summierte er sich bei den Nicht-Esten auf -2,8% p.a. Zwar hat sich in der anschließenden

Konsolidierungsphase der Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen deutlich verlangsamt, doch bemerkenswert ist, dass mit dem zwischenzeitlichen Wirtschaftswachstum die Diskrepanz der Entwicklung in beiden Bevölkerungsgruppen nicht verringert wurde, sondern sich, im Gegenteil, sogar deutlich verschärft hat: Während die Zahl der Erwerbspersonen zwischen 1995 und 2001 durchschnittlich um 0,7% p.a. zurückging, sank sie bei den Esten mit nur 0,3% p.a., bei den Nicht-Esten hingegen mit 1,3% p.a.<sup>66</sup>

Wesentlich ungünstiger stellt sich die Lage der russischen Minorität dar, wenn die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Blick genommen wird (Tabelle 3-7). Insgesamt nahm die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1989 und 2001 in Estland um rund 239.000 ab, wovon 58% (139.000) Esten und 42% (100.000) Nicht-Esten waren. Gemessen am Anteil der Nicht-Esten an der Gesamtbevölkerung, der etwa ein Drittel ausmacht, ist diese Gruppe also deutlich überproportional von Arbeitsplatzverlusten betroffen gewesen. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit betrug im Jahresdurchschnitt über den gesamten Zeitraum -2,8%, bei den Esten jedoch nur -2,4%, bei den Nicht-Esten hingegen -3,4%. Auch hier war der Rückgang besonders stark während der Transformationsphase ausgeprägt, die Zahl der Erwerbstätigen sank zwischen 1989 um 3,7% p.a. Doch während die Rate des Beschäftigungsabbaus bei Esten -3,2% p.a. ausmachte, belief sie sich bei Nicht-Esten auf -4,8% p.a. In der Konsolidierungsphase verlangsamte sich der Beschäftigungsabbau deutlich, die jahresdurchschnittliche Rate sank auf -1,5% p.a. Doch auch hier hat diese relative Entspannung nicht zu einer Nivellierung der Situation der beiden ethnischen Gruppen im Erwerbssystem geführt. Während sich die Rate des Beschäftigungsabbaus bei den Esten zwischen 1995 und 2001 auf -1,0% p.a. verringerte und damit nur noch ein Drittel der Intensität der Transformationsphase ausmachte, verringerte sie sich bei den Nicht-Esten nur auf -2,4% p.a., was lediglich einer Halbierung der Intensität des Beschäftigungsabbaus in dieser Gruppe während der Transformationsphase entsprach. Dementsprechend hat sich die ethnische Zusammensetzung der Erwerbstätigen in Estland im hier betrachteten Zeitraum deutlich verändert: In nur 12 Jahren stieg der Anteil der Esten an den Erwerbstätigen insgesamt von 65% auf 68%, während der Anteil der Nicht-Esten entsprechend um rund drei Prozentpunkte von 35% auf 32% abnahm.

---

<sup>66</sup> Diese Befunde sind mit der Einschränkung behaftet, dass der Zeitraum zwischen 1989 und 1996 vom Statistical Office of Estonia nicht jährlich in einem Survey erfasst wurde, sondern ein solches Survey erst 1997 eingerichtet wurde und der davor liegende Zeitraum aus den subjektiven Erinnerungen der Befragten retrospektiv erfasst und rekonstruiert wurde. Die Angaben für den Transformationszeitraum dürften daher weniger genau sein als die für die Konsolidierungsphase. Allerdings ist anzunehmen, dass die Befragten sich hinsichtlich solch einschneidender Erfahrungen in ihrem Erwerbsleben sehr gut an die einzelnen Veränderungen und ihren Zeitpunkt erinnern dürften, so dass die durch diese unterschiedliche Methodik auftretenden Abweichungen tolerierbar bleiben müssten.

**Tabelle 3-7: Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen in Estland, Esten und Nicht-Esten (1989-2001)**

Jahr*	In Tausend			In Prozent	
	Insgesamt	Esten	Nicht-Esten	Esten	Nicht-Esten
1989	837.9	547.3	290.7	65.3	34.7
1990	826.4	539.0	287.4	65.2	34.8
1991	807.8	526.8	281.0	65.2	34.8
1992	765.7	503.9	261.8	65.8	34.2
1993	708.1	472.0	236.1	66.7	33.3
1994	692.6	465.4	227.2	67.2	32.8
1995	656.1	434.8	221.3	66.3	33.7
1996	645.6	428.4	217.3	66.4	33.7
1997	648.4	437.6	210.8	67.5	32.5
1998	640.2	431.2	209.1	67.4	32.7
1999	614.0	409.0	205.0	66.6	33.4
2000	608.6	402.9	205.8	66.2	33.8
2001**	599.3	408.2	191.0	68.1	31.9

\* = 1989 bis 1996 retrospektiv, Bevölkerung im Alter von 15-69 Jahren; 1997 bis 2001 jährl. Labor Force Surveys, Bevölkerung im Alter von 15-74 Jahren

\*\* = erstes Quartal 2001

Quelle: Statistical Office of Estonia; eigene Berechnungen

Wie schon hinsichtlich der Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen weisen die Daten über die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den beiden ethnischen Bevölkerungsgruppen darauf hin, dass Nicht-Esten während der Transformationsphase wesentlich schneller und in relativ höherem Umfang aus dem Erwerbssystem verdrängt wurden als Esten, und dass sie nach der Transformation, während der Konsolidierung der neu entwickelten Marktwirtschaft, wesentlich schlechter von der Verlangsamung der Krise profitieren konnten als Esten.

Während die Befunde über die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen und der Erwerbstätigen auf eine sich nach der Transformationsphase noch verschärfende Benachteiligung der Minderheit am estnischen Arbeitsmarkt hindeuten, weisen die Daten über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in beiden ethnischen Gruppen in eine andere Richtung (Tabelle 3-8).<sup>67</sup> Zwar stellten Nicht-Esten durchgehend einen deutlich höheren Anteil an den Erwerbslosen insgesamt dar, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung

<sup>67</sup> Da erst 1991 mit der Registrierung der Arbeitslosen begonnen wurde, liegen keine Daten für die Jahre 1989 und 1990 vor.

entspricht. Doch seit Mitte der 1990er Jahre ist der Anteil der Nicht-Esten an den Arbeitslosen im großen und ganzen rückläufig, während der Anteil der Esten an den Arbeitslosen, der bis dahin stetig von 59% auf 51% zurückging, eine steigende Tendenz aufweist.

Dies wird besonders deutlich, wenn man die Steigerungsraten der Arbeitslosigkeit in beiden Gruppen in der Transformations- und der anschließenden Konsolidierungsphase betrachtet. Insgesamt nahm die Zahl der Arbeitslosen zwischen 1989 und 1994 geradezu explosionsartig mit rund 68% pro Jahr zu. In dieser Phase sind Angehörige der Minderheit deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen gewesen als Esten. In der Gruppe der Minderheit stieg die Arbeitslosigkeit mit fast 76% p.a., während sie unter den Esten mit „nur“ 61% p.a. anstieg. Nach Abschluss der Systemtransformation stieg die Arbeitslosigkeit im Land nur noch mit 5,7% p.a. In dieser Phase nahm die Arbeitslosigkeit unter den Esten mit 6,6% p.a. stärker zu als unter den Nicht-Esten, wo sich die Zuwachsrate auf 4,8% belief.

**Tabelle 3-8: Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen in Estland, Esten und Nicht-Esten (1991-2001)**

Jahr*	In Tausend			In Prozent	
	Insgesamt	Esten	Nicht-Esten	Esten	Nicht-Esten
1991	12.0	7.1	5.0	59.2	41.7
1992	29.1	15.4	13.7	52.9	47.1
1993	49.6	25.9	23.7	52.2	47.8
1994	56.7	29.7	27.1	52.4	47.8
1995	70.9	36.4	34.5	51.3	48.7
1996	71.9	36.5	35.5	50.8	49.4
1997	69.4	37.1	32.3	53.5	46.5
1998	70.2	37.1	33.1	52.8	47.2
1999	86.2	45.2	41.0	52.4	47.6
2000	96.5	51.0	45.5	52.8	47.2
2001**	99.0	53.4	45.7	53.9	46.2

\* = 1989 bis 1996 retrospektiv, Bevölkerung im Alter von 15-69 Jahren; 1997 bis 2001 jährl. Labor Force Surveys, Bevölkerung im Alter von 15-74 Jahren

\*\* = erstes Quartal 2001

Quelle: Statistical Office of Estonia; eigene Berechnungen

Ein Blick auf die gruppenspezifischen Arbeitslosenquoten zeigt jedoch, dass trotz dieser Entwicklung die russische Minderheit wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen ist als Esten und dass die Schere zwischen den beiden Gruppen in dieser Hinsicht kontinuierlich

weiter aufgeht (Tabelle 3-9)

**Tabelle 3-9: Entwicklung Arbeitslosenquoten von Esten und Nicht-Esten, 1991-2001**

Jahr*	Insgesamt	Esten	Nicht-Esten
1991	1.5	1.3	1.7
1992	3.7	3.0	5.0
1993	6.5	5.2	9.1
1994	7.6	6.0	10.6
1995	9.7	7.7	13.5
1996	10.0	7.8	14.0
1997	9.7	7.8	13.3
1998	9.9	7.9	13.7
1999	12.3	9.9	16.7
2000	13.7	11.2	18.1
'2001**	14.2	11.6	19.3

\* = 1991 bis 1996 retrospektiv, Bevölkerung im Alter von 15-69 Jahren;  
 1997 bis 2001 jährl. Labor Force Surveys, Bevölkerung im Alter von 15-74

\*\* erstes Quartal 2001

Quelle: Statistical Office of Estonia; eigene Berechnungen

Diese Befunde erscheinen auf den ersten Blick widersprüchlich, doch löst sich dieser Widerspruch auf, wenn die Entwicklung der Inaktivität in beiden Gruppen betrachtet wird (Tabelle 3-10). Die Zahl der Inaktiven nahm unter den Angehörigen der Minderheit sowohl während der Transformationsphase mit 6% p.a. als auch in der Konsolidierungsphase mit 4% p.a. stärker zu als bei den Esten, bei denen die entsprechenden Zuwachsraten 4,2% bzw. 2,9% betragen. Entsprechend haben sich die Anteile der beiden Gruppen an den Inaktiven insgesamt im hier beobachteten Zeitraum verändert, wobei die Minderheit ursprünglich einen unterproportionalen Anteil aufwies und die Entwicklung eine Angleichung der Anteile der beiden Gruppen an ihrem jeweiligen Anteil an der Bevölkerung bewirkt hat.

**Tabelle 3-10: Entwicklung der Zahl der Inaktiven in Estland, Esten und Nicht-Esten (1989-2001)**

Jahr*	In Tausend			In Prozent	
	Insgesamt	Esten	Nicht-Esten	Esten	Nicht-Esten
1989	253.8	176.6	77.2	69.6	30.4
1990	270.5	187.9	82.6	69.5	30.5
1991	284.2	197.8	86.4	69.6	30.4
1992	306.4	211.3	95.1	69.0	31.0
1993	322.1	221.2	100.9	68.7	31.3
1994	320.1	216.8	103.3	67.7	32.3
1995	334.6	226.9	107.7	67.8	32.2
1996	336.5	230.1	106.4	68.4	31.6
1997	385.6	256.5	129.0	66.5	33.5
1998	392.4	261.0	131.4	66.5	33.5
1999	402.6	268.6	133.9	66.7	33.3
2000	399.0	266.1	133.0	66.7	33.3
2001**	405.8	269.9	136.0	66.5	33.5

\* = 1989 bis 1996 retrospektiv, Bevölkerung im Alter von 15-69 Jahren; 1997 bis 2001 jährl. Labor Force Surveys, Bevölkerung im Alter von 15-74 Jahren

\*\* = erstes Quartal 2001

Quelle: Statistical Office of Estonia; eigene Berechnungen

Wenn Angehörige der russischen Minderheit ihre Erwerbsmöglichkeit verlieren, wandern sie also häufiger als Angehörige der Titularethnie nicht in die registrierte Arbeitslosigkeit ab, sondern ziehen sich ganz vom Arbeitsmarkt zurück und münden in die Inaktivität ein. Da die Zahl der Inaktiven um ein Vielfaches größer ist als die der Arbeitslosen, dürfte dieser Unterschied im Arbeitsmarktverhalten der beiden ethnischen Gruppen die oben festgestellte geringere Betroffenheit der Minderheit von Arbeitslosigkeit erklären.<sup>68</sup>

Einschränkend muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass dieses Ergebnis im Widerspruch zu den Ergebnissen der im Rahmen des NORBALT-Surveys durchgeführten Analyse der Mobilitätsprozesse am estnischen Arbeitsmarkt in der Transformationsphase (Helemäe/Saar/Vöörmann 1999) steht. Nach dieser Studie wurden Angehörige der Minderheit

<sup>68</sup> Zu berücksichtigen ist dabei, dass der Anreiz, sich als arbeitslos registrieren zu lassen, in Estland nicht sehr hoch ist. Im März 1998 betrug die im Falle von Arbeitslosigkeit gewährte Arbeitslosenunterstützung, wie erwähnt, lediglich 300 Kronen, 8% des durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommens. Diese umgerechnet 37,50 DM wurden nur für 6 Monate gewährt. Darüber hinaus stehen den Arbeitslosen formal Weiterbildungen zur Verbesserung der Wiedereingliederungschancen am Arbeitsmarkt zu, doch sind die von der Arbeitsvermittlung angebotenen Kurse auf traditionelle, gering qualifizierte Bereiche fernab der tatsächlich nachgefragten Qualifikationen in High-Tech-Bereichen orientiert, wodurch der Sinn einer Kooperation mit der Arbeitsvermittlung sowohl bei Arbeitslosen wie bei Unternehmen stark bezweifelt wird. Insbesondere junge Menschen (16-24 Jahre) verweigern eine Registrierung als arbeitslos. (Marksoo/Luuk 1999)

deutlich stärker als Esten in die Arbeitslosigkeit abgedrängt (rund 62% dieser Mobilitätsprozesse entfielen auf Nicht-Esten), doch waren andererseits Esten stärker von Verdrängung in die Inaktivität betroffen: Während Esten lediglich 38,5% derjenigen stellten, die einen Wechsel aus Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit erfuhren, stellten sie gegenüber den Nicht-Esten mit 52% eine knappe Mehrheit bei den Wechselprozessen aus Erwerbstätigkeit in die Inaktivität (Tabelle 3-11).

**Tabelle 3-11: Arbeitsmarktmobilität von Esten und Nicht-Esten in der Transformationsphase – nach Geschlecht**

	Wechselprozesse insgesamt n=	Esten	Nicht-Esten	Insgesamt		Männer		Frauen	
		%	%	Männer	Frauen	Esten	Nicht-Esten	Esten	Nicht-Esten
Arbeitsplatzwechsel	1821	51.2	48.8	58.0	42.0	58.9	57.1	41.1	42.9
Wechsel in Arbeitslosigkeit	374	38.5	61.5	50.0	50.0	47.9	51.3	52.1	48.7
Wechsel in Inaktivität	1006	52.2	47.8	35.5	64.5	34.9	36.2	65.1	63.8

Quelle: Helemäe / Saar / Vöörmann 1999; eigene Berechnungen

Tabelle 3-11 veranschaulicht darüber hinaus die besondere Betroffenheit von Frauen von der Arbeitsmarktkrise während der Transformation. Männer konnten wesentlich häufiger von einem Arbeitsplatz zu einem anderen wechseln als Frauen (58% gegenüber 42%), die dagegen stärker als Männer von Wechselprozessen aus der Erwerbstätigkeit in die Arbeitslosigkeit und vor allem in die Inaktivität betroffen waren. Bemerkenswert an diesen Befunden ist, dass sie eine höhere Betroffenheit estnischer gegenüber nicht-estnischen Frauen aufweisen. Dies steht in deutlichem Widerspruch zu anderen Untersuchungen, die die besondere Betroffenheit nicht-estnischer Frauen von der Arbeitsmarktkrise herausstellen (Kutsar 1996). Da sich beide Behauptungen auch auf die Daten des NORBALT-Surveys beziehen und damit strukturelle Unterschiede in den verwendeten Daten weitgehend auszuschließen sind, muss dieser Widerspruch hier ungelöst bleiben. Ein Hinweis darauf, wie zumindest die von Helemäe, Saar und Vöörmann aufgezeigten Befunde zu erklären sind, ergibt sich allerdings aus der Analyse der nach Qualifikationsniveaus differenzierten Betroffenheit von Mobilitätsprozessen am Arbeitsmarkt (Tabelle 3-12). Dabei wird deutlich, dass sich nicht-estnische Arbeiter und qualifizierte Angestellte offensichtlich häufig besser am Arbeitsmarkt behaupten konnten als die entsprechenden estnischen Gruppen, während bei den Esten die Manager eher im Vorteil gegenüber ihren nicht-estnischen Pendants waren.

**Tabelle 3-12: Arbeitsmarktmobilität von Esten und Nicht-Esten in der Transformationsphase – nach Qualifikationsniveau**

	Insgesamt				Esten				Nicht-Esten			
	Manager	qualifizierte Angestellte	gering qualifizierte Angestellte	Arbeiter	Manager	qualifizierte Angestellte	gering qualifizierte Angestellte	Arbeiter	Manager	qualifizierte Angestellte	gering qualifizierte Angestellte	Arbeiter
Arbeitsplatzwechsel	29.2	27.2	22.2	21.4	29.7	27.1	22.0	21.1	28.7	27.2	22.4	21.7
Wechsel in Arbeitslosigkeit	15.8	22.2	28.3	33.7	16.0	20.1	28.5	35.4	15.7	23.5	28.3	32.6
Wechsel in Inaktivität	20.9	22.1	28.8	28.2	19.0	22.7	29.3	29.0	22.9	21.4	28.3	27.4

Quelle: Helemäe / Saar / Vöörmann 1999; eigene Berechnungen

Insgesamt erscheinen diese Befunde von Helemäe, Saar und Vöörmann zu disparat und die beobachteten Differenzen als zu gering um tatsächlich eine gravierende Benachteiligung der Nicht-Esten gegenüber den Esten am Arbeitsmarkt nachweisen zu können. Angesichts der deutlichen und über einen langen Zeitraum hinweg beobachtbaren signifikanten ethno-spezifischen Unterschieden in den Daten des Estonian Labour Force Surveys ist anzunehmen, dass diese Mobilitätsanalyse nur einen Ausschnitt der tatsächlichen Verhältnisse am estnischen Arbeitsmarkt erfasst hat. Wenngleich die Widersprüche zwischen den verschiedenen Datenquellen eine klare Entscheidung darüber erschweren, wie sich die Restrukturierung des Arbeitsmarktes auf Esten und Russen ausgewirkt hat, so bleibt unabhängig von der verwendeten Datenquelle doch ein Ergebnis durchgängig und eindeutig erhalten: Die russische Minderheit erscheint in beiden Fällen als gegenüber den Esten benachteiligt. Die Daten des Statistical Office of Estonia deuten auf eine verstärkte Verdrängung der Nicht-Esten in die Inaktivität, die Daten des Norbalt-Survey auf ein verstärktes Abdrängen dieser Gruppe in die Arbeitslosigkeit hin. Insofern bleibt es in jedem Fall gerechtfertigt, eine spezifisch stärkere Betroffenheit der Angehörigen der russischen Minderheit von den transformationsbedingten Restrukturierungsprozessen in Estland zu konstatieren.<sup>69</sup>

<sup>69</sup> Zu berücksichtigen ist bei der Erklärung und Gewichtung dieser Unterschiede sicher auch, dass eine eindeutige Unterscheidung zwischen Arbeitslosigkeit und Inaktivität aufgrund der mangelhaften rechtlichen Grundlagen zur Erfassung von Arbeitslosigkeit bis Mitte der 1990er Jahre erschwert worden sein könnte. Wie bereits dargelegt, gab es bis Mitte der 1990er Jahre weder eine rechtliche Pflicht, sich als arbeitslos registrieren zu lassen, noch waren die finanzielle Unterstützung durch das Arbeitslosengeld oder die Kapazität der Arbeitsvermittlung zur Vermittlung neuer Stellen gut genug, dass sie einen ausreichenden Anlass für die Arbeitslosen darstellen konnten, sich registrieren zu lassen.



### 3.5.3.3. Entwicklung von Einkommen und Armut

Wie bereits angemerkt, hatte der Systemwandel des Landes großen Einfluss auf die Einkommenshöhe und -strukturen sowohl des Einzelnen wie der privaten Haushalte. Die negative Entwicklung am Arbeitsmarkt, insbesondere das Wachstum der Langzeitarbeitslosigkeit, bedeutete für viele eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation und eine Erhöhung des Armutrisikos. (Kutsar 1996) Tabelle 3-13 gibt die durchschnittliche Höhe und Struktur des durchschnittlichen jährlichen Einkommens der privaten Haushalte bezogen auf das einzelne Haushaltsmitglied wieder.

**Tabelle 3-13: Höhe und Struktur des durchschnittlichen jährlichen Haushaltseinkommens pro Haushaltsmitglied, 1997 und 2001**

<b>Verfügbares Nettoeinkommen (in EEK)</b>	<b>1997</b>	<b>2001</b>
	19564	27468
davon (%):		
Löhne und Gehälter	61	66
Einkommen aus selbständiger Tätigkeit	11	5
Transfereinkommen	25	18
Sonstige Einkommen*	2	11
Nicht-monetäres Einkommen)*	1	-

\* = Für 2001 keine Angaben, der Wert in "sonstige Einkommen" ergibt sich aus der Differenz zu 100%

Quelle: Statistical Office of Estonia 1998, 2002

Die Tabelle veranschaulicht, mit welch geringen finanziellen Mitteln die Menschen in Estland selbst in der konjunkturellen Aufschwungphase auskommen mussten. Das durchschnittliche jährliche Nettoeinkommen eines einzelnen Haushaltsmitglieds belief sich umgerechnet gerade auf rund 2445 DM. Im Monat musste jeder Este 1997 mit 1630 Kronen (etwa 204 DM) auskommen. Positiv festzuhalten bleibt, dass im Gegensatz zur Transformationsphase, in der die Lohnsteigerungen nicht mit der Inflationsrate Schritt halten konnten, es aber im Konjunkturaufschwung 1996 und 1997 zu deutlichen Reallohnsteigerungen kam. (Statistical Office of Estonia 1998)

Einkommen aus abhängiger Beschäftigung trugen nach den Angaben des Statistical Office of Estonia 1997 nur drei Fünftel des individuellen Haushaltseinkommens bei. Ein Viertel des

durchschnittlichen jährlichen Nettoeinkommens wurde durch Transferleistungen erzielt. In der Regel handelt es sich hier um Renten und Arbeitslosenunterstützung. Einkommen aus selbständiger Arbeit machten 1997 nur etwa ein Zehntel des individuellen Haushaltseinkommens aus.<sup>70</sup>

Angesichts dieser Zahlen gilt es als sicher, dass der Mitte der 1990er Jahre offiziell auf 10% geschätzte Armutsanteil an der Bevölkerung (s. o.) die tatsächlichen Verhältnisse deutlich untererfasst haben dürfte. Zum einen hatte die estnische Regierung die offizielle Armutsgrenze auf einem Niveau festgelegt, das deutlich unter demjenigen Einkommensniveau lag, das laut Wirtschaftsexperten und Wissenschaftlern als tatsächliches Existenzminimum angesehen werden muss. (Kutsar 1996) Zum anderen weisen Schätzungen des Armutsanteils in den baltischen Nachbarländern Lettland und Litauen auf eine Untererfassung der Armut in Estland hin. In beiden Ländern stieg dieser Anteil von 4%-5% Ende der 1980er Jahre auf 35% Ende des Jahres 1993. (Latvia Human Development Report 1995; Human Development under Transition, 1995 (Litauen); Poverty in Lithuania, 1996) Wenngleich die Transformationskrise in Lettland und Litauen härtere Folgen für die Bevölkerung hatte als in Estland und deshalb anzunehmen ist, dass der Armutsanteil an der Bevölkerung in Estland nicht ganz dieses Ausmaß erreicht hat, erscheint der offiziell ausgewiesene Anteilswert von 10% als erheblich zu niedrig.

Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung und der steigenden Arbeitslosigkeit ist nicht anzunehmen, dass in den Jahren 1998 bis 2001 die Einkommen nachhaltig gestiegen sind. Vielmehr dürfte davon auszugehen sein, dass sich die Einkommenssituation der privaten Haushalte im Laufe der konjunkturellen Abschwungphase wieder verschlechtert haben dürfte.

---

<sup>70</sup> Das Statistical Office of Estonia macht keine Angaben darüber, was sich hinter der Rubrik „Nicht-monetäres Einkommen“ verbirgt. Anzunehmen ist, dass es sich hierbei um Einkünfte aus Tauschgeschäften, nicht monetären Prämien und Hilfsleistungen u. ä. handelt. Der weitaus größte Teil des für den privaten Verbrauch aufgewendeten Geldes wurde 1997 für den Kauf von Nahrungsmitteln verwendet (30%). 14% des für den Konsum verwendeten Einkommens werden für Wohnen ausgegeben, weitere 14% wurden für - nicht näher spezifizierte - Investitionen ausgegeben und 9% wurden als Steuer an den Staat abgeführt. Freizeitausgaben, Haushaltsausstattung, Textilien und Transporte machten jeweils etwa 5% der Ausgaben aus, während für Bildung und medizinische Dienstleistungen nur 2% bzw. 1% der Gesamtausgaben aufgewendet wurden. (Statistical Office of Estonia 1998)

### **3.5.3.4. Der Einfluss regionaler Disparitäten auf die Betroffenheit von Esten und Nicht-Esten von den sozialen Folgen der Transformation**

Abschließend soll in diesem Kapitel das von Kirch und Kirch gegen die Behauptung einer ökonomischen Benachteiligung der russischen Minderheit in Estland vorgebrachte Argument überprüft werden, dass die Schlechterstellung der Minderheit ausschließlich auf regionale Faktoren zurückzuführen sei. Für dieses Argument spricht, dass regionale Disparitäten in Estland eine große Rolle spielen. So ist die Bevölkerungskonzentration in der Hauptstadt Tallinn, wo allein ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes lebt, und im Nordosten relativ hoch, während der Süden (mit Ausnahme der Stadt Tartu) und Westen des Landes eher dünn besiedelt sind. Mitte der 1990er Jahre kamen in Estland im Durchschnitt 33 Einwohner auf einen Quadratkilometer, wobei die beiden flächenmäßig größten Regionen lediglich Dichten um 16 Einwohner pro Quadratkilometer aufwiesen. (Eurostat 2000)

Wesentliche Ursache dieser unterschiedlichen Siedlungsstrukturen ist die ungleiche Wirtschaftsstruktur der einzelnen Regionen. Die Land- und Forstwirtschaft spielt besonders in Zentral-, daneben auch in West-Estland eine große Rolle, wo 1998 immer noch rund 25% beziehungsweise 20% der Beschäftigten in diesem Bereich tätig waren. (Eurostat 2000)<sup>71</sup> Die Industriezentren des Landes befinden sich im Nordosten des Landes, wo aufgrund des natürlichen Vorkommens der wichtigsten Energieressourcen (Ölschiefer und Uran) zu Sowjetzeiten mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen in den entsprechenden Industrien tätig waren, und in der Hauptstadt Tallin, die mit ihrem Seehafen und den relativ gut ausgebauten Landverbindungen nach Sankt Petersburg und in andere Nachbarländer eine wichtige Funktion im Handel der UdSSR spielte. Darüber hinaus war Estland, wie auch die anderen baltischen Staaten, in der Sowjetunion aufgrund der geographischen Lage von großer militärisch-strategischer Bedeutung. Aus diesem Grund hat die Moskauer Zentralregierung systematisch Militäranlagen und entsprechende Rüstungsindustrien in der Region aufgebaut, die direkt der Führung in Moskau - und nicht der Staats- und Wirtschaftsführung in Estland -

---

<sup>71</sup> Die hier referierten Beschäftigtenzahlen gehen auf die von Eurostat (2000) verwendete Arbeitserhebung („AKE“) des Statistical Office of Estonia (SOE) zurück. Obwohl es sich dabei um die Daten des auch von der Verfasserin für die Darstellung verwendeten „Estonian Labor Force Survey“ (ELFS) handeln dürfte, weichen die Eurostat-Angaben von den eigenen Berechnungen in den vorhergehenden Abschnitten dieses Kapitels teilweise deutlich ab. Ursache hierfür sind unterschiedlich geschnittene Altersabgrenzungen: Die Eurostat-Angaben beziehen sich auf Personen im Alter zwischen 16 und 64 Jahren, wie es in westlichen Arbeitsmarktstatistiken üblich ist. Die von der Verfasserin verwendeten Daten beziehen sich hingegen auf Personen im Alter zwischen 15 und 69 Jahren (für den Zeitraum 1989 bis 1996) beziehungsweise 15 bis 74 Jahre (für die ELFSs 1997 bis 2001). Dies geht zum einen darauf zurück, dass der Zeitraum 1989 bis 1996 im ersten ELFS 1996 retrospektiv erfasst wurde und erst danach die Surveys in jährlichem Abstand durchgeführt wurden, wobei die vom SOE veröffentlichten und der Verfasserin zugänglichen Daten nur diese unterschiedlichen Altersbegrenzungen zuließen. Zum anderen aber kommt diese weiter gefasste Definition der Erwerbspersonen den tatsächlichen Verhältnissen in Transformationsländern näher, wo auch heute noch viele Personen im Alter von 65 und mehr Jahren keinerlei Rente beziehen und zur Ausübung einer Erwerbsarbeit gezwungen sind, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

unterstanden. Der Dienstleistungssektor, der am Ende der Sowjetzeit nur rund zwei Fünftel aller Beschäftigten umfasste, ist in Estland inzwischen der dominante Sektor für die Beschäftigung. Er hat sich, ähnlich wie in anderen Transformationsländern, vor allem in den größeren Städten (Tallinn, Tartu, Pärnu) entwickelt, darüber hinaus in der Hauptstadtregion (Põhja-Eesti) und in Südestland (Lõuna-Eesti). Getragen wird die Dienstleistungsexpansion zum einen vom Handel, was die Entwicklung in und um Tallinn erklärt, und durch den Tourismus, der die Entwicklung im Süden und in Pärnu vorangetrieben hat. (Eurostat 2000)

Diese Disparitäten bedeuteten für die einzelnen Regionen des Landes sehr unterschiedliche Startbedingungen und Erfolgchancen im Prozess der Transformation von staatssozialistischen zu marktwirtschaftlichen Wirtschaftsstrukturen. In den dünn besiedelten und durch die Land- und Forstwirtschaft geprägten Regionen entstanden im Systemwandel große Probleme, weil Estland innerhalb der Sowjetunion als eine Republik mit sehr günstigen Standortbedingungen für diesen Sektor galt, das Land im heutigen internationalen Markt hingegen schon aufgrund klimatischer Bedingungen nur schwer mit den Erzeugern in anderen Ländern konkurrieren kann. Hat das Land früher selbst landwirtschaftliche Güter exportiert, so ist die Produktion heute schon sehr stark unter den Druck von Importen geraten. (Eurostat 2000) Der Industriesektor gilt im Vergleich zu den Strukturen westlicher Volkswirtschaften als veraltet und ist im Grunde auf den Weltmärkten heute nicht konkurrenzfähig. Eine sehr schnelle Reaktion auf die geänderten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen war die Schließung der sowjetischen Militärstützpunkte und der direkt der Zentralregierung in Moskau unterstellten Rüstungskombinate. Demgegenüber positiver stellt sich hingegen die Entwicklung im Energiesektor dar. Der Ölschiefer stellt in Estland auch weiterhin die wichtigste Energieressource dar. Im Nordosten des Landes hängt weiterhin fast jeder zweite Arbeitsplatz von dieser Branche ab. Es ist daher sowohl aus energie- wie arbeitsmarktpolitischen Gründen unwahrscheinlich, dass es in diesem Bereich in absehbarer Zeit zu Betriebsschließungen mit Massenentlassungen kommen wird. (Eurostat 2000) Darüber hinaus besteht das Problem, dass die ländlichen, für den Tourismus weniger attraktiven Regionen sowie der durch Schwerindustrie geprägte Nordosten des Landes bisher nicht oder in zu geringem Ausmaß vom Strukturwandel zu einer Dienstleistungsgesellschaft profitieren können. (Eurostat 2000)

Im Hinblick auf die Fragestellung dieser Arbeit ist von besonderer Relevanz, dass die regionalen Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur Estlands sich mit Siedlungsstrukturen der

beiden Hauptethnien überdecken. Der Aufbau der bereits erwähnten Militärkomplexe und Rüstungsindustrien unter der Sowjetherrschaft konnte mit dem Angebot an heimischen Arbeitskräften in Estland allein nicht bewerkstelligt werden und ging deshalb einher mit einer systematischen Ansiedlung von Arbeitskräften aus anderen Sowjetrepubliken. In der Regel handelte es sich dabei um Russen. Erwünschter Nebeneffekt dieser Politik war, damit den Anteil einer der Zentralregierung in Moskau gegenüber als loyal geltenden Gruppe innerhalb der estnischen Bevölkerung zu erhöhen. Die Folge dieser Strategie war, dass Ende der 1980er Jahre im Nordosten des Landes mehr als 90% der Bevölkerung zur russischen Minderheit zählten. Einen nennenswerten Anteil an der Bevölkerung hatte die erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingewanderte russische Bevölkerungsgruppe daneben in der Hauptstadt Tallinn, wo sie etwa die Hälfte der Einwohner stellte. Nach Ergebnissen des New Baltic Barometer (Rose 1997: 26) zählte die russische Minderheit in Estland daher im Gegensatz zur Titularethnie zu den am meisten industrialisierten und urbanisierten Gruppen innerhalb der Bevölkerung des Landes. In der Transformation der estnischen Volkswirtschaft hatte dies zur Folge, dass durch die Schließung der Militäranlagen und der Moskau unterstellten Rüstungsbetriebe sowie durch die Umstrukturierung auch in anderen Industriebereichen vor allem Angehörige der russischen Bevölkerungsgruppe betroffen waren: Allein die Schließung der ehemaligen sowjetischen Militäranlagen zwischen 1989 und 1995 verursachte laut Pavelson (1997 - nach Vihalemm/Lauristin 1997) einen Verlust von 36% aller industriellen Arbeitsplätze in der Gruppe der russischen Minderheit, während im selben Zeitraum nur 18% der industriellen Arbeitsplätze der estnischen Bevölkerungsgruppe verloren gingen.

Fasst man diese Ausführungen mit Blick auf die von Kirch und Kirch behauptete bloße Abhängigkeit der ökonomischen Lage der Minderheit von den Bedingungen ihres Siedlungsgebiets zusammen, so sind große Zweifel an diesem Argument angebracht. Die regionalen Besonderheiten spielen sicher eine wichtige Rolle in der Erklärung der unterschiedlichen Betroffenheit von Esten und Angehörigen der russischen Minderheit von den sozialen Folgeerscheinungen des Systemwandels. Trotz der rapiden Arbeitsplatzverluste in den traditionellen Bereichen dominierten Nicht-Esten Mitte der 1990er Jahre (und vermutlich auch noch gegenwärtig) in den traditionellen Bereichen des primären und des sekundären Sektors: Im Bergbau stellten sie zwei Drittel der Beschäftigten, in der Fischwirtschaft etwa die Hälfte. Auch im Bereich der Energieerzeugung sowie im Transport- und Nachrichtenwesen stellten sie etwa die Hälfte, im verarbeitenden Gewerbe 44% der Beschäftigten. In den sich neu entwickelnden Sektoren wie der Bauwirtschaft, dem Groß- und

Einzelhandel, dem Vermietungs- und Immobilienwesen, den unternehmensbezogenen Dienstleistungen, wie auch im öffentlichen Sektor sind Nicht-Esten nach wie vor unterrepräsentiert, d. h. dass die Titularbevölkerung wesentlich stärker vom Strukturwandel der Wirtschaft in Richtung einer Dienstleistungsgesellschaft profitiert als die Nicht-Esten .(Pavelson 1997 - nach Vihalemm/Lauristin 1997)

Doch wie gezeigt werden konnte, vollzieht sich der von Kirch und Kirch als so maßgeblich für die Beschäftigung- und Einkommenschancen angesehene sektorale Strukturwandel erstens ohne nennenswerte Beschäftigungszuwächse: Abgebauten Arbeitsplätzen in der Industrie oder der Landwirtschaft steht also gar kein ausreichendes Angebot an neuen Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor gegenüber, und dies gilt für Esten wie für Nicht-Esten.

Zweitens vollzieht sich dieser Strukturwandel fast ausschließlich in der Hauptstadt Tallinn und den touristisch attraktiven Regionen. Das heißt, das nicht nur der von der Minderheit besiedelte Nordosten, sondern auch große Teile des Südens und Ostens des Landes, in denen Esten dominieren, von dieser Entwicklung nicht erfasst werden.

Drittens schließlich berücksichtigt das Argument von Kirch und Kirch nicht, dass die russische Minderheit nicht nur im Nordosten des Landes siedelt, sondern immerhin die Hälfte der Einwohner der Hauptstadt Tallinn ausmacht, jener Region, die im Vergleich mit anderen Regionen geradezu als Boom-Region erscheint und in der sich der sektorale Wandel der Wirtschaft schneller und umfassender vollzieht als sonst irgendwo im Land. Wären es also nur regionale Aspekte des Nordostens, die die stärkere Betroffenheit der Nicht-Esten von Arbeitslosigkeit und geringem Einkommen begründeten, so müssten die Angehörigen der Minderheit in und um Tallinn genauso vom dortigen Aufschwung profitieren wie die Esten. Doch genau das Gegenteil ist der Fall: Nach Marksoo/Luuk (1999) betrug die Arbeitslosenquote der Esten in Tallinn 1997 nur 4,6%, während die der Nicht-Esten bei 13,9% lag.

Viertens konnte gezeigt werden, dass die Schließung von Grossbetrieben und Massenentlassungen im Nordosten ein Phänomen der Transformationsphase war, während in der Konsolidierungsphase offensichtlich die Existenz der Unternehmen in der Region aufgrund ihrer strategischen Bedeutung für die Gesamtwirtschaft gesichert und weitere Entlassungen vermieden werden sollten.

#### **3.5.4. Zusammenfassende Beurteilung der Transformation der estnischen Volkswirtschaft und ihrer sozialen Folgen**

Betrachtet man den Transformationsprozess der estnischen Volkswirtschaft und die Konsolidierungsphase der neu etablierten Marktwirtschaft sowie die sozialen Folgen dieser beiden Prozesse genauer, so stellt sich die Entwicklung in Estland also keineswegs so erfolgreich dar, wie es in der Öffentlichkeit vor dem Hintergrund des so überzeugend erreichten Ziels des EU-Beitritts dargestellt wurde. Zwar hat das Land im Vergleich zu den anderen ost- und mitteleuropäischen Transformationsländern seinen Strukturwandel sehr schnell vorangetrieben. Die nicht zu vernachlässigenden Erfolge der Transformationsphase, insbesondere der schnelle Wandel der Eigentumsstrukturen und die erfolgreiche Einbindung des Landes in neue Handelsbeziehungen, der rasche Aufbau demokratischer und marktwirtschaftlicher Institutionen, vor allem aber die in dieser Phase etablierten Grundlagen für die Erfüllung der EU-Beitrittsbedingungen, wurden zunächst in der an die Transformationsphase anschließenden konjunkturellen Hochphase mit steigendem Wirtschaftswachstum und einer scheinbaren Trendwende am Arbeitsmarkt belohnt. Doch hielt diese positive Konjunkturphase nicht lange an, und in der anschließenden konjunkturellen Abschwungphase zeigte sich, dass trotz aller Transformationserfolge der Strukturwandel offensichtlich auch in Estland nicht weit genug vorangeschritten war, um eine sich selbst tragende positive Wachstums- und Beschäftigungsdynamik zu initiieren. Gegenwärtig läuft Estland eher Gefahr, dass die in der konjunkturellen Hochphase 1995 bis 1997 erreichten Fortschritte wieder zunichte gemacht werden, als die für alle ehemaligen staatssozialistischen Länder typischen Probleme der Transformation zur Marktwirtschaft endgültig zu überwinden. Hierauf deutet vor allem die sektorale Entwicklung der estnischen Volkswirtschaft hin. Der Strukturwandel in Estland erscheint eher als statistischer Artefakt denn als beschäftigungswirksame Modernisierung der Volkswirtschaft. Der sich verschärfende Beschäftigungsrückgang im Dienstleistungssektor gegenüber der Verlangsamung des Beschäftigungsabbaus in der Industrie weist darauf hin, dass gegenwärtig und in naher Zukunft eine positive - aber wohl bestenfalls beschäftigungssichernde und nicht beschäftigungssteigernde - Wirkung eher von den traditionellen Bereichen der estnischen Volkswirtschaft ausgehen wird. Zwar lassen die verfügbaren Daten kein Urteil darüber zu, inwieweit die Verlangsamung des Beschäftigungsabbaus im sekundären Sektor auf neue unternehmerische Aktivitäten zurückzuführen ist. Laut Eamets (1998) finden Unternehmensgründungen, die neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, fast ausschließlich in der Landwirtschaft und im tertiären Sektor und in Form von

Kleingewerbebetrieben statt. Dies spricht gegen einen Modernisierungsschub im industriellen Sektor Estlands als Ursache der Verlangsamung des Arbeitskräfteabbaus. Festzuhalten bleibt aber, dass sich keiner der drei Wirtschaftssektoren als „Job-Maschine“ präsentiert.

Auch wenn die sozialen Folgeerscheinungen des Transformationsprozesses in Estland nicht so stark in Erscheinung traten wie in anderen Transformationsländern, insbesondere den baltischen Nachbarländern Lettland und Litauen, zeigten sie sich auch hier bereits vor Beginn der Systemtransformation und wuchsen mit Ausnahme des zwischenzeitlichen Konjunkturhochs kontinuierlich an. Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, nimmt gegenwärtig in Folge des konjunkturellen Abschwungs unabweisbar weiter zu und hat ein Ausmaß erreicht, das Mitte der 1990er Jahre wohl kein estnischer Politiker oder Wirtschaftsexperte ernsthaft für die zukünftige Entwicklung des Landes in sein Kalkül gezogen hätte. Bedenklich ist, dass der estnische Staat seine in der Transformationsphase entwickelte Strategie der sozialpolitischen Passivität weiter beibehält, obwohl die Transformationsphase allgemein als überwunden gilt und die Entwicklung von Marktwirtschaft und Demokratie kein Motiv mehr für eine solch starke Zurückhaltung des Staates liefern. Wesentliche Ursache für die fortgesetzte staatliche Passivität dürfte der angesichts des negativen Wirtschaftswachstums geringe finanzielle Spielraum für staatliche Aktivitäten sein. Darüber hinaus muss aber auch in Rechnung gestellt werden, dass das prioritäre Ziel der estnischen Regierung nach wie vor der Beitritt zur EU ist und der Blick auf andere politische Handlungsnotwendigkeiten erst frei werden wird, wenn dieses Ziel endgültig erreicht ist.

Auch wenn regionale Besonderheiten eine nicht zu vernachlässigende Rolle für die besondere Betroffenheit der Nicht-Esten von den sozialen Folgeerscheinungen des Systemwandels des Landes spielen, führen die hier präsentierten Ergebnisse zu dem Schluss, dass die russische Minderheit in Estland in diesem Strukturwandel deutlich gegenüber den Esten diskriminiert ist. Regionale Faktoren können nicht erklären, warum die Arbeitslosenquote der Minderheit so viel höher ist als die der Esten. Sie können auch nicht erklären, warum die Verdrängung der Nicht-Esten aus der Erwerbstätigkeit, die bemerkenswerterweise häufig zu einem vollständigen Rückzug vom Arbeitsmarkt und einer Nicht-Inanspruchnahme staatlicher Leistungen führt, auch in der Konsolidierungsphase weiterhin stärker ausgeprägt ist als bei Esten. Ein mit regionalen Disparitäten operierendes Argument vernachlässigt auch die Tatsache, dass die Lage der Nicht-Esten in Tallin zwar besser ist als die der Nicht-Esten im



Nordosten des Landes, doch dass sie auch dort deutlich gegenüber den Esten benachteiligt bleiben.

Bedenkenswert ist, dass trotz einer gewissen Entspannung während der Konsolidierungsphase die wirtschaftliche und soziale Krise in Estland keineswegs überwunden ist. Vielmehr konnte gezeigt werden, dass die Beschäftigungsprobleme des Landes auch nach Mitte der 1990er Jahre zugenommen haben. Bleibt dieser Trend erhalten, so wird damit für viele eine Verschärfung ihrer sozialen Lage verbunden sein. Nach den hier vorgelegten Ergebnissen werden dies in erster Linie Nicht-Esten sein, denn es ist nicht anzunehmen, dass der seit Beginn der Unabhängigkeitsbewegung 1988/89 anhaltende Trend einer zunehmenden Benachteiligung der Nicht-Esten im Erwerbssystem sich in nächster Zeit umkehren wird.

Zu bedenken ist dabei auch, dass Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit in einem Transformationsland in der Regel eine ganz andere Bedeutung zuzumessen ist als in traditionellen westlichen Marktwirtschaften. Letztere verfügen über ein vergleichsweise gut ausgebildetes Sozialsystem und über genügend Mittel, um Arbeitslosen und anderen Benachteiligten existenzsichernde Unterstützungsleistungen zu gewähren. In Transformationsstaaten hingegen sind aufgrund des Systembruchs die alten staatlichen Institutionen der Wirtschafts- und Sozialpolitik abgeschafft worden, während neue Institutionen erst noch geschaffen werden und sich in Wirtschaft und Gesellschaft etablieren mussten. Die politischen und administrativen Führungskräfte verfügten zu Beginn der Transformation in der Regel genauso wenig über Erfahrungen mit den auftretenden sozialen Problemen wie die Bevölkerung selbst. Und aufgrund der staatssozialistischen Misswirtschaft konnte es sich kein Transformationsland finanziell erlauben, die sozialen Härten des Umbruchprozesses durch ein den tatsächlich auftretenden Problemen und Notlagen gerecht werdendes System sozialer Flankierungen abzufedern. Die geringen finanziellen Mittel, die dem estnischen Staat zur Verfügung standen, aber auch das politische Ziel der radikalen Durchsetzung einer kapitalistischen Marktwirtschaft, vertrugen sich nicht mit dem Aufbau eines sozialen Sicherungssystems, in dem der Staat eine Vielzahl von Notlagen durch existenzsichernde Transferleistungen abfedert. Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit bedeuteten auf diesem Hintergrund naturgemäß auch eine stärkere Gefährdung durch Armut und Deprivation. (Kutsar 1996)<sup>72</sup>

---

<sup>72</sup> Auf diesem Hintergrund erfährt selbst die Phase, in der das tatsächliche Ausmaß an Arbeitslosigkeit in Estland dem vergleichsweise niedrigen EU-Durchschnitt entsprach, eine andere Bewertung: Das Ausmaß mag vergleichbar gewesen sein, doch ist anzunehmen, dass dieses Problem in seiner sozialen Dimension für die Betroffenen weitaus größere Härten aufweist

Estland hat den Wandel von einer staatssozialistischen zu einer marktwirtschaftlichen Wirtschaft sowie von einer Sowjetrepublik zu einer Demokratie westlicher Prägung vollzogen. Angesichts dessen ist zweifelsfrei, dass die zentrale Voraussetzung des in Kapitel 2 entwickelten theoretischen Konzepts ethnischer Mobilisierung und Konfliktenstehung für Estland gegeben ist: Nämlich die für eine ethnische Mobilisierung grundlegende Transformation der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Grundverfassung der Gesellschaft. Dieses Kapitel hat darüber hinaus bestätigt, dass im Zuge dieser Systemtransformation die gesellschaftliche Stellung der russischen Minderheit eine deutliche Verschlechterung in rechtlicher, politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht erfahren hat, weil ihr Staatsbürgerrechte, politische Partizipationsmöglichkeiten und Erwerbschancen genommen worden sind bzw. vorenthalten werden. Neben der direkten Beschneidung bzw. Vorenthaltung der Bürgerrechte sind es vor allem die rigiden Sprachgesetze, welche die Angehörigen der russischen Minderheit von politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Partizipationschancen ausschließen. Insofern kann auch der zweite wesentliche Aspekt des hier zugrunde gelegten Konzepts ethnischer Mobilisierung und Konfliktenstehung, die umfassende Entwertung des ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Kapitals einer Ethnie durch die andere, als gegeben betrachtet werden. Wie konnte es so schnell und umfassend zu dieser Entwertung kommen? Dieser Frage wird im folgenden Kapitel nachgegangen.

## **4. Ethnisierung politischer Konflikte – Unabhängigkeitsbewegung und Konsolidierung des estnischen Nationalstaats**

### **4.1. Entmachtung ohne Gegenwehr – die russische Minderheit im Abseits**

Es ist eine Tatsache, dass die russische Minderheit in Estland keineswegs unterprivilegiert und deshalb auch den politischen Prozessen nicht mehr oder weniger hilflos und wehrlos ausgeliefert war. Vor diesem Hintergrund erscheinen allerdings sowohl Ausmaß wie Geschwindigkeit überraschend, mit denen diese Entwertung des Kapitals der Minderheit stattgefunden hat. Wie gezeigt, verfügte die russische Minderheit nicht nur über beachtliche politische Mitspracherechte und -ressourcen, sondern war in mancher Hinsicht die Herrschaft ausübende Gruppe, da strategisch wichtige Positionen in Politik und Wirtschaft direkt von Moskau verwaltet und vorwiegend mit Russen besetzt wurden. Einer mit solchen Machtressourcen ausgestatteten Gruppe „angestammte“ Rechte wieder zu entreißen und zu Gunsten einer anderen ethnischen Gruppe umzuverteilen, gestaltet sich in der Regel sehr schwierig. Gerade deshalb wurde erwartet, dass es in Estland im Zuge der Wiederherstellung des unabhängigen Nationalstaats zu gewalttätigen ethnischen Konflikten kommen würde. Besonders die Bedeutung der Minderheit in der Ökonomie und in der politischen Führung ließ vermuten, dass die von den Esten im Zuge der Wiederherstellung ihres Nationalstaats angestrebte ethnische Dominanz ihrerseits zu einer Politisierung von Ethnizität und dementsprechenden Widerstand führen würde. (Smith/Wilson 1997) Gerade vor diesem Hintergrund erscheint der estnische Fall als besonders interessant für die Analyse des Wandels ethnischer Beziehungen unter krisenhaften Kontextbedingungen.

Die zentrale Frage ist, auf welche Weise die russische Minderheit so umfassend und schnell in ihre heute gegenüber der Sowjetzeit vergleichsweise prekäre Lage gebracht werden konnte, ohne dass es zu gewaltsamen Konflikten kam. In diesem Kapitel geht es deshalb darum nachzuvollziehen, wie sich im Zuge des Kampfes um die Unabhängigkeit des Landes und in der anschließenden Konsolidierung des neuen estnischen Staates die gesellschaftlichen Meinungsbilder und das politische Institutionengefüge gewandelt haben, über welche Inhalte und Prozesse die Entwertung der Kapitalien der Minderheit legitimiert und vollzogen wurde und wer die jeweiligen Akteure auf Seiten der beiden ethnischen Gruppen im Rahmen dieser

Auseinandersetzungen waren. Damit gelangt der dritte wesentliche Faktor im hier zugrundegelegten theoretischen Konzept ethnischer Mobilisierung und Konfliktentstehung, die Ethnisierung politischer Konflikte, in das Zentrum der Analyse.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich dabei auf zwei unterschiedliche Perioden: erstens die Phase des Zusammenbruchs des Sowjetregimes, die vom Beginn der Perestrojka und dem darauf folgenden „Nationalen Erwachen“ (Bollow 1991: 90) im Jahre 1987 bis zur Gründung des souveränen estnischen Staates reicht und in der die Esten den „Kampf um den Staat“ für sich entschieden haben; zweitens die bis in die Gegenwart anhaltende Phase der Konsolidierung des neuen estnischen Staates, in der die russische Minderheit in Estland sich mit der veränderten Situation und ihrem geringeren Stellenwert in der Gesellschaft arrangieren musste und vor die Aufgabe gestellt war, sich neu in dieser Gesellschaft zu positionieren.

Die Analyse zielt dabei nicht nur auf die Beantwortung der Hauptfragestellung, wie im und nach dem Zusammenbruch des Sowjetregimes die Esten so schnell und umfassend die Hegemonie über die sowohl zahlenmäßig starke als auch mit politischen, ökonomischen und sozialen Ressourcen verhältnismäßig gut ausgestattete russische Minderheit erlangen konnten, sondern darüber hinaus auf eine Bestimmung der gegenwärtigen Situation der russischen Minderheit in Estland und eine Prognose für die zukünftige Entwicklung der ethnischen Beziehungen.

## **4.2. Die Formierung neuer politischer Bewegungen Ende der 1980er Jahre**

### **4.2.1. Estnisch-nationale Bewegungen**

Wie bereits im einleitenden Abschnitt zu Kapitel drei dargestellt, legitiimierte die estnische Nationalbewegung ihre politischen Inhalte und Forderungen ganz wesentlich durch die wirtschaftlichen und politischen Mängel des Sowjetsystems und strebte eine Anknüpfung des staatlichen Status Estlands an die unabhängige Republik an, die das Land in der Zwischenkriegszeit gewesen war. Dass diese Mängel überhaupt thematisiert werden konnten und im weiteren Verlauf sogar in die explizit öffentlich geäußerte Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit mündeten, ging ganz wesentlich auf die von Staatspräsident Gorba\_ev 1986

auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU durchgesetzten Reformbeschlüsse zurück. Diese waren eine Reaktion auf die sich zu Beginn der 1980er Jahre dramatisch verschärfende wirtschaftliche und politische Krise der Sowjetunion, in der die Zentralregierung aufgrund von Korruption und wirtschaftlicher Ineffizienz zunehmend weniger in der Lage war, die volkswirtschaftlichen Erträge auf einem Niveau zu halten, die eine Grundversorgung aller Einwohner in allen Regionen mit den notwendigsten Gütern erlaubt hätte. Ziel der Reformen war ein Umbau (Perestrojka) der Wirtschaft, des politischen Systems, des Rechts, und der Nationalitätenpolitik,<sup>73</sup> sowie eine offenerere und transparentere Information über politische Entscheidungen und Entscheidungswege (Glasnost). Mit Glasnost und Perestrojka war eine Dezentralisierung der politischen Entscheidungsbefugnis verbunden, die den politischen Kadern - Russen wie Angehörigen der jeweiligen Titularethnie - in den Republiken, autonomen und teilautonomen Gebieten mehr Entscheidungsspielraum verschaffte und sie so gegenüber der Zentrale stärkte. (Aganbegjan 1989: 127 ff.; Leonhard 1990; Bollow 1998: 91) Letztlich setzte diese Reformpolitik einen komplexen Prozess von Veränderungen im politisch-institutionellen Gefüge der Sowjetunion in Gang, der mehr und mehr die Kontrollmöglichkeiten der Moskauer Zentrale über das politische Geschehen in der Peripherie beschränkte und den Handlungsspielraum moskautreuer Kader in den Republiken und Gebieten einengte.

Die mit der Perestrojka beschlossenen Reformen wurden in den Einzelrepubliken und (teil-)autonomen Gebieten zunächst nur zögerlich angenommen. Nach dieser verhaltenen Anfangsphase waren es jedoch gerade die baltischen Republiken, die die sich neu ergebenden politischen und wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten zu nutzen trachteten. (Bollow 1998: 91) Angesichts der durch die russische Nationalitäten- und Wirtschaftspolitik hervorgebrachten ethnischen Arbeitsteilung, die estnische Spezialisten insbesondere auf den Kulturbereich verwies (siehe Kapitel 3), ist kaum erstaunlich, dass in Estland vor allem Angehörige der Kulturelite, Mitglieder des Schriftstellerverbandes und anderer Künstlerorganisationen, zu den entscheidenden Initiatoren der sich ab Mitte der 1980er Jahre formierenden estnischen Reformbewegung wurden. Daneben spielte offensichtlich auch die Kirche eine gewisse Rolle in der Formierung national-estnischer Organisationen:

„Die Bürgerbewegung ist von drei Seiten angeregt worden: von der einflussreichen „Gesellschaft für Denkmalschutz“, die im Dezember 1986 unter Vorsitz des Anglisten

---

<sup>73</sup> Wurde auf dem Parteitag 1986 noch verkündet dass die Lösung der Nationalitätenfrage erreicht sei, räumte die KPdSU-Führung bereits 1989 ein, das Nationalitätenproblem unterschätzt zu haben. (Thiele 1999: 35)

Trivimi Velliste gegründet wurde und als erste Organisation schon im Februar 1987 in Tartu wieder die alte blau-schwarz-weiße Flagge gezeigt hatte, dann der Estnischen Unabhängigkeitspartei, die sich am 20. August 1988 in der Kirche zu Pilstvere konstituiert hatte und lange die einzige Organisation war, die es wagte, sich Partei zu nennen, sowie der Christlich-Demokratischen Union Estlands [...] unter dem Vorsitz von Pastor Illar Hallaste [...]“ (Butenschön 1992: 74)

Neben der wirtschaftlichen und politischen Misere der Sowjetunion, die aufgrund der dadurch verursachten Unzufriedenheit der Bevölkerung eine optimale Basis für eine Massenmobilisierung darstellte (Hanne/Onken/Götz 1998: 308 ff), erwiesen sich vor allem drei Themen als in besonderer Weise geeignet, die nationale Identität und das nationale Bewusstsein der Esten wiederzubeleben und zu stärken sowie die Massen zu mobilisieren. Das erste und weitgreifendste war die Forderung nach Autonomie in ökonomischer, kultureller und politischer Hinsicht. Diese Forderung wurde zuerst mit Bezug auf den ökonomischen Status des Landes erhoben. Im „IME“-Konzept<sup>74</sup> vom 26. September 1987 wurde der Auffassung Ausdruck verliehen, dass gemäß dem Unionsvertrag die Sowjetunion aus einem Bund souveräner Republiken bestehe, die SSR Estland demzufolge das Recht habe, autonom über ihre Wirtschaft zu verfügen. Gleichzeitig zielte das IME-Konzept auf eine Begrenzung der Immigration aus anderen Sowjetrepubliken. Hinsichtlich der kulturellen Selbstbestimmung wurden Maßnahmen zum Schutz des Status der estnischen Sprache, der nationalen Rechte der Staatsbürger und der estnischen Nationalkultur gefordert. Hinsichtlich der politischen Autonomie Estlands wurde schließlich auch die Unabhängigkeit des Staates gefordert. (Bollow 1998: 90 ff; Thiele 1999: 36 ff)

Das zweite bestand in der nunmehr offenen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Baltikums im zwanzigsten Jahrhundert. In diesem Zusammenhang wurde nicht nur die Bedeutung nationaler, nicht mit der Sowjetgeschichte in Zusammenhang stehender Denkmäler betont, sondern, in der Wirkung auf die Öffentlichkeit gravierender, der von der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung behauptete freiwillige Beitritt der baltischen Staaten zur Sowjetunion nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Lüge entlarvt. (Hanne/Onken/Götz 1998: 308) Damit verlor das Sowjetsystem weiter an Legitimität, nun auch vermehrt unter denjenigen, die bisher pro-sowjetisch eingestellt waren.

Das dritte Thema, das den von den Kultureliten vorgetragenen Protest auf eine breitere Basis

---

<sup>74</sup> IME ist die Abkürzung für „Isemajandav Eesti“ (=„selbstwirtschaftendes Estland“), „ime“ bedeutet in der estnischen Sprache aber auch „Wunder“. (Thiele 1999: 36) Ausführlich zur Konzeption und dem Verlauf des Projektes „selbstwirtschaftendes Estland“ siehe Brettin 1996: 106ff.

in der Bevölkerung stellte, bestand in den seit Mitte der 1980er Jahre bekannten Plänen Moskaus, den Abbau von Ölschiefer und Phosphorit in Estland zu intensivieren. Dies hätte nicht nur eine ökologische Katastrophe für den Nordosten des Landes, sondern auch eine erneute Zuwanderungswelle russischer Arbeitskräfte bedeutet. Der Widerstand gegen diese Pläne ging von Studenten und vom estnischen Schriftstellerverband aus, dessen öffentlich vorgebrachte Kritik im Frühjahr und Sommer 1987 erstmals breite öffentliche Proteste der Jugend- und Studentenorganisationen auslöste. Diese Proteste richteten sich auch gegen die lokalen Autoritäten, die mit der Moskauer Zentrale kooperierten, und erreichten schließlich, dass die estnische Regierung sich gegen die Moskauer Pläne wandte und ein Moratorium dieses Projekts erreichte. (Bollow 1998: 90; Hallik 1997: 95; Butenschön 1992) Aus dieser Umweltschutzbewegung ging später die Partei der Grünen hervor. (Estonian Institute 1994)

Neben der von den Studenten und dem Schriftstellerverband initiierten Protestbewegung gegen den Phosphorit-Abbau und die weitere Russifizierung des Landes gab es eine Reihe weiterer der Kulturelite entstammenden Organisationen, die den national-estnischen Protest gegen die von Moskau bestimmte und in dem heimischen Obersten Sowjet umgesetzte Regierungspolitik organisierten und vorantrieben. So arbeitete der Verein Memento die Verluste Estlands unter dem stalinistischen Terror auf, ein anderer Verein analysierte die historischen Umstände des Hitler-Stalin-Paktes, und schließlich wurde die „Gesellschaft für Denkmalschutz“ ein zentraler Akteur der nationalen Restauration. (Butenschön 1992: 74) Die Zustimmung und Unterstützung der Bevölkerung für diese Organisationen wuchs stetig, wobei in der Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit das Sänger-Festival „Estlands Lied 1988“, das im September 1988 in Tallinn stattfand und auf dem die teilnehmenden estnischen Chöre und Sänger alte und neue patriotische Lieder sangen, als entscheidendes Fanal für den Massenprotest und als der Beginn der „Singenden Revolution“ Estlands gilt. (Butenschön 1992: 94 ff; Thiele 1999: 37) Von diesem Moment an war das Übergreifen des Protests von einzelnen Gruppen auf die breite Masse der Bevölkerung von der kommunistischen Regierung nicht mehr aufzuhalten. Schon knapp ein Jahr später, am 23. August 1989<sup>75</sup>, nahmen mehr als eine Million Menschen in den drei baltischen Sowjetrepubliken an einer 600 Kilometer langen Menschenkette teil, die von Tallinn ins litauische Vilnius reichte und die nach Auffassung des Estonian Institute (1994)<sup>76</sup> die vermutlich größte Massendemonstration

---

<sup>75</sup> Dies war der fünfzigste Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes, mit dem im Zweiten Weltkrieg die Aufteilung Polens und des Baltikums zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion geregelt wurde und der die baltischen Länder der UdSSR zuschlug.

<sup>76</sup> [http://www.ciesin.ee/ESTCG/STATE/Restoration\\_Independence.html](http://www.ciesin.ee/ESTCG/STATE/Restoration_Independence.html)

im Nachkriegseuropa darstellte. Wesentlich begünstigt wurde dieser Prozess durch die institutionelle Neuformierung der Reformkräfte und den Umstand, dass Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre in Estland eine Reihe politischer Wahlen und Abstimmungen stattfanden, die in erheblichem Maße zur politischen Mobilisierung der Bevölkerung beitrugen.

Mit der institutionellen Neuformierung ist hier vor allem die im April 1988 erfolgte Gründung der „Volksfront zur Unterstützung der Perestrojka“ („Rahvarinne“) und die Gründung von Parteien im Hinblick auf die Ende 1989 / Anfang 1990 anstehenden Wahlen zu den regionalen Sowjets und zum Obersten Sowjet der ESSR gemeint. Die Volksfront nimmt unter den Organisationen der national-estnischen Reformkräfte insofern eine Sonderstellung ein, als sie einerseits als das Ergebnis einer Massenbewegung entstand, ihre Gründung andererseits aber auf deutliche politische und publizistische Unterstützung auch durch die regierenden moskautreuen KPE-Kader und der von ihnen gelenkten Presseorgane zurückging. (Butenschön 1992: 73 f) Offensichtlich hoffte die kommunistische Führung, mit der Volksfront den Reformkräften ein Ventil zu schaffen und sie gleichzeitig über diese Organisation kontrollieren zu können. Vorsitzender der Volksfront wurde Edgar Savisaar, zuvor hochrangiger estnischer Kader der KP der Sowjetrepublik Estland. Vor dem Hintergrund der besonderen Gründungsbedingungen der Volksfront verwundert es nicht, dass im Gegensatz zu den anderen Organisationen der estnisch-nationalen Reformkräfte die Volksfront zu immerhin 10% aus Angehörigen der russischen Minderheit bestand. (Hallik 1997: 97ff)

Mit der Gründung der Volksfront und ihrer regionalen Organisationen wurden die schon früher existierenden politischen Vereine der Reformbewegung nicht abgelöst. Volksfront und ältere Organisationen wie vor allem die Gesellschaft für Denkmalschutz bestanden nebeneinander weiter. Dabei waren die Volksfront und die Gesellschaft für den Denkmalschutz die beiden wichtigsten Sammelbecken für die Organisation der Reformkräfte in Estland. Sie waren sich einig im Kampf gegen die sowjetische Vorherrschaft, doch darüber hinaus gab es auch bedeutende Unterschiede zwischen ihnen. Die Gesellschaft für Denkmalschutz war überwiegend nationalistisch und auf eine Kontinuität der Existenz der Republik Estland der Zwischenkriegszeit orientiert, was vor allem Fragen in Bezug auf den Staatsbürgerstatus der nach 1940 eingewanderten Arbeitskräfte und auf die Rechtmäßigkeit der Hoheitsrechte Moskaus und der Anwesenheit der sowjetischen Armee in Estland



evozierte. Die Volksfront dagegen verfolgte zwar auch estnisch-nationale Zielsetzungen, war aber weiterhin auf den Fortbestand der Sowjetunion ausgerichtet, wobei sie allerdings eine grundlegende Reform der Union mit dem Ziel größerer Rechte der einzelnen Sowjetrepubliken anstrebte:

„Die Volksfront bekannte sich weiterhin auch in ihrer Bezeichnung ‚zur Unterstützung der Perestrojka‘. Die Gesellschaft für Denkmalschutz definierte dagegen unser Land aus dessen Geschichte heraus. Sie vertrat die Überzeugung, dass es eine estnische Staatsbürgerschaft gebe und dass die estnischen Staatsbürger und ihre Nachfolger das Recht hätten, über Estlands Zukunft zu bestimmen[...] Die Volksfront und die Gesellschaft für Denkmalschutz nahmen zwar gelegentlich an den gleichen Anlässen teil, sprachen aber verschiedene Sprachen“. (Lennart Meri in Oplatka 1999: 298)

Damit nahm die Volksfront eine Mittelposition zwischen der zunächst noch moskautreuen KP Estlands und den stark nationalistischen Organisationen der Reformbewegung ein. Im weiteren Verlauf der Entwicklung bis zum Erreichen der Unabhängigkeit, insbesondere im Zusammenhang mit den Wahlen zum Obersten Sowjet und zum Kongress von Estland (siehe unten) Anfang 1990, vertieften sich die Differenzen zwischen den nationalistischen Reformkräften, weil jede Organisation bemüht war, ihr Profil gegenüber der Bevölkerung zu schärfen. So distanzierte sich die Volksfront gleichermaßen von der KP Estlands, der sie Moskauhörigkeit und pures Machterweiterungsinteresse vorwarf, und den Nationalisten, die sie für ihre kompromisslose Haltung gegenüber den etablierten politischen Autoritäten kritisierte. (Hallik 1997: 100)

Neben dem Zwang zur effizienten Organisation der Reformen durch Bündelung von Kräften bestand ein weiteres wichtiges Motiv zur institutionellen Neuformierung der estnisch-nationalen Reformkräfte in den am 10. Dezember 1989 anstehenden Wahlen zu den örtlichen Sowjets der Volksdeputierten und den am 18. März 1990 anstehenden Wahlen zum Obersten Sowjet der ESSR. Wahlberechtigt waren alle Staatsbürger Estlands, die mindestens 18 Jahre alt waren und ihren Wohnsitz auf estnischem Territorium hatten. (Thiele 1999: 41 ff) Zu den Wahlen waren auch Vertreter der national-estnischen Volksbewegung zugelassen. Da die von der Volksfront gewünschte Listenwahl von der KP Estlands mit ihrer Mehrheit im alten Obersten Sowjet abgelehnt wurde, war die Wahl zum neuen Obersten Sowjet eine reine Personenwahl. (Butenschön 1992: 88)<sup>77</sup> Die Wahlen waren für die Volksfront auch der

---

<sup>77</sup> Die KP-Führung Estlands konnte sich zwar nicht dem Druck zu einer Liberalisierung des Wahlrechts entziehen, versuchte aber, den drohenden Machtverlust in offenen Wahlen dadurch zu verhindern, dass Stimmengewinne der Reformkräfte durch das Ende 1989 verabschiedete Wahlgesetz erschwert wurden. Neben der erwähnten Nichtzulassung von Parteien – die KPE

Anlass, ihre bis dahin verfolgte vermittelnde Politik und ihre vergleichsweise moderate Gangart in Richtung Unabhängigkeit aufzugeben und sich insbesondere vom Einfluss der EKP zu befreien, der sie vorwarf, über die Vermittlung der Volksfront die liberalen Kräfte im nationalistischen Lager zu kontaktieren, um eine stärker an den Interessen Moskaus orientierte Politik der Organisation zu initiieren. (Hallik 1997: 100)

Insgesamt bewarben sich 474 Kandidaten um die 105 Sitze im Obersten Sowjet. An der Wahl beteiligten sich 78% der Wahlberechtigten. In den Obersten Sowjet wurden 79 Esten, 20 Russen, zwei Esten-Russen und vier Angehörige anderer Nationalitäten gewählt. Diese ethnische Verteilung korrespondierte vollständig mit der politischen Zugehörigkeit der Abgeordneten: Die für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit eintretenden Reformkräfte („Republikaner“) erhielten 79 Sitze, die anderen 26 Sitze entfielen auf die sogenannten „Föderalisten“, die für den Verbleib Estlands in einer reformierten Sowjetunion eintraten und die aus den nichtestnischen Abgeordneten bestanden. Von den 79 Sitzen der Republikaner entfielen allein 50 auf die Volksfront, die als stärkste Partei auch den zukünftigen Premierminister, Edgar Savisaar, stellte. Savisaar bildete eine Koalitionsregierung, die zwar Angehörige der KPE einschloss, sofern es sich um estnische Abgeordnete handelte, aber Vertreter der russischen Bevölkerung ausschloss. Von nun an nannte sich das Parlament nicht mehr „Oberster Sowjet“, sondern „Oberster Rat“. (Thiele 1999: 41 ff; Butenschön 1992: 83 ff; Hallik 1997: 95 ff)

Noch vor den Wahlen zum Obersten Sowjet organisierten die estnischen Nationalisten am 24. Februar 1990 – dem 72. Jahrestag der Gründung der ersten Estnischen Republik - Wahlen zum „Kongress von Estland“, die sich eine Woche hinzogen. Ziel der Bürgerbewegung war es, mit der Gründung des Kongresses von Estland ihre Auffassung zu dokumentieren, dass der Oberste Sowjet der ESSR ein Organ der sowjetischen Besatzungsmacht und damit illegal war. Sie billigten dem Obersten Sowjet lediglich einen praktischen Nutzen – und damit ein begrenztes Maß an Legitimität - im Hinblick auf die Notwendigkeit einer lokalen Selbstverwaltung und die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung zu. (Butenschön 1992:

---

rechnete sich in einem Wettstreit mit formal gleichrangigen Parteien der national-estnischen Reformkräfte keine Siegchancen aus – zählte zu dieser Strategie auch, dass die Kandidaten an dem Ort leben und arbeiten mussten, an dem sie kandidierten. Die Vertreter der Reformkräfte stammten meistens aus Tallinn oder Tartu und verfügten nicht wie die KPE über einen gut ausgebauten Unterstützungsapparat in den ländlichen Regionen. Von besonderer Brisanz für das Verhältnis zwischen der estnischen Bevölkerung einerseits und der moskautreuen KP-Führung und den Angehörigen der russischsprachigen Bevölkerung andererseits erwies sich eine Regelung, die den Angehörigen der inzwischen als Besatzer wahrgenommenen Sowjetarmee automatisch vier der 105 Sitze des neu zu wählenden Obersten Sowjet zuwies. (Butenschön 1992: 88) Vor diesem Hintergrund ist das im weiteren Verlauf des Textes beschriebene Wahlergebnis besonders zu würdigen.

73 ff)

Insbesondere monierte die Bürgerbewegung, dass der Oberste Sowjet von allen Einwohnern Estlands, einschließlich der Immigranten, gewählt wurde. Nach dem Selbstverständnis der Bürgerbewegung konnte jedoch nur ein Organ, das ausschließlich von den Bürgern der Republik Estland gewählt wurde, eine legale Vertretung der Bürger der Republik Estland darstellen. Damit war die Klärung der Frage, wer Bürger der Republik Estland ist und wer nicht, zur genauen Erfassung der Wahlberechtigten die zentrale Voraussetzung für die Errichtung eines solchen Organs. Zu diesem Zweck führte die Bürgerbewegung vor den Wahlen eine Kampagne zur Registrierung der Bürger der Republik Estlands durch. Tunne Kelam, der spätere Vorsitzende des Kongresses von Estland, erläuterte gegenüber Butenschön (1992: 75) die Hintergründe, das Verfahren und die Wirkung der Registrierungskampagne sowie das Selbstverständnis der Bürgerbewegung im Hinblick auf den Status Estlands wie folgt:

„Die Absicht war, eine klare Antwort auf eine sehr ernste Frage zu finden [...]: Wer hat das Recht, über die Zukunft dieses Landes zu entscheiden? Da wir von der Tatsache ausgehen, dass Estland völkerrechtlich ein unabhängiger Staat ist, der zur Zeit allerdings noch besetzt ist, genauso wie Frankreich oder Norwegen während des Zweiten Weltkrieges besetzt waren, kann dieses Recht nur den Bürgern dieses Staates zustehen. Wir mussten also herausfinden, wer Bürger der Republik Estland ist – offiziell sind wir ja alle Bürger der Sowjetunion. Also haben wir angefangen, lokale Bürgerkomitees in jeder Gemeinde und in jedem Bezirk zu gründen, damit die Menschen die Möglichkeit bekamen, sich als Bürger der Republik zu registrieren. Das war nicht nur eine formale Geste. Wie wir später herausfanden, hatte die Registrierung eine sehr wichtige psychologische Wende im Bewusstsein der Leute zur Folge. Die Menschen haben ihre Angst überwunden und plötzlich erkannt, dass sie keine legalen Bürger der Sowjetunion sind, sondern nach wie vor die Staatsbürgerschaft der Republik Estland besitzen“.

Allerdings wurde von der Bürgerbewegung eine nicht unerhebliche Vorselektion bei der Festlegung getroffen, wer sich überhaupt als Staatsbürger der Republik Estland registrieren lassen durfte: Nur wer selbst am 16. Juni 1940 Staatsbürger der Republik Estland war oder mindestens ein Elternteil vorweisen konnte, das diese Bedingung erfüllte, konnte sich registrieren lassen. (Thiele 1999: 42) Die nach dem Krieg aus Russland, Belorussland und der Ukraine zugewanderten Arbeitskräfte und deren Angehörige, selbst wenn sie in Estland geboren waren, wurden somit von vornherein von der Registrierung, die letztlich nichts anderes war als die Abgabe einer Willenserklärung, Bürger der Republik Estland sein zu

wollen, ausgeschlossen.<sup>78</sup> Dagegen waren 70.000 Exil-Esten aus Westeuropa und Übersee ausdrücklich aufgefordert, sich registrieren zu lassen. (Butenschön 1992: 75 f)

Insgesamt ließen sich 700.000 Menschen, also rund drei Viertel der estnischen Einwohnerschaft Estlands, bis zur Wahl des Kongresses von Estland am 24. Februar 1990 registrieren, darunter auch die damaligen Volksfrontführer Marju Lauristin und Edgar Savisaar, die zugleich auch Kandidaten für den Kongress waren. 98% der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab und entschieden, wer von den über Tausend Kandidaten eines der insgesamt 464 Mandate erhielt, wobei 35 Abgeordnete im Exil gewählt wurden. Im Kongress war dann das gesamte politische Spektrum Estlands vertreten: 109 „Unabhängige“, 107 Vertreter von der Volksfront, 104 Abgeordnete der Gesellschaft für Denkmalschutz, 70 Mandate gingen an die Unabhängigkeitspartei, 39 Abgeordnete entstammten der KPE, 12 dem Estnischen Verband der Arbeitskollektive (einer Vertretung der Belegschaften estnischer Betriebe), und 11 Abgeordnete gehörten der Grünen Partei an. (Butenschön 1992: 73 ff.; Thiele 1999: 41 f.; Bollow 1998: 93)<sup>79</sup> Insgesamt war der Kongress von einer Mehrheit radikaler Nationalisten dominiert und erhielt einen großen Teil der von ihm benötigten Mittel von Exil-Esten im westlichen Ausland. (Hallik 1997: 101)

Der Kongress von Estland verabschiedete eine Reihe von Resolutionen und Appellen. Er

- erklärte sich zur ersten demokratisch gewählten Bürgervertretung und beanspruchte Entscheidungs- und Handlungsvollmacht für die Wiederherstellung der Republik Estland,
- erklärte die Beschlüsse, die 1940 zum Beitritt Estlands zur Sowjetunion geführt haben, für ungültig und forderte den Abzug der „Okkupationstruppen“ sowie die Übergabe der Staatsmacht an eine Nationalversammlung,
- forderte die Vereinten Nationen auf, die UdSSR zur Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands zu veranlassen,
- forderte die KSZE-Konferenz und die Regierung der UdSSR auf, die Frage der Souveränität Estlands auf der Helsinki-Nachfolgekonferenz zu erörtern,
- forderte die Auflösung des KGB in Estland und das Ende der Zwangsrekrutierung estnischer Männer für die Sowjetarmee. (Butenschön 1992: 78 ff)

---

<sup>78</sup> Zur Regelung der Staatsbürgerschaftsproblematik für diese Immigranten siehe Kapitel 3.

<sup>79</sup> Die Zuordnung der übrigen 12 Mandate ist in der Literatur nicht eindeutig zu klären gewesen. Butenschön (1992: 78) weist auf zusätzliche „Bürgerkandidaten“ hin, die ihrerseits „Beobachter“ zur Entsendung in den Kongress von Estland wählten. Es ist wahrscheinlich, dass diese Beobachter die 12 fehlenden Mandate stellten.

Das Verhältnis zwischen Oberstem Sowjet und dem Kongress von Estland war von Anfang an unklar. Der Kongress von Estland selbst wurde aufgrund der Tatsache, dass auch seine Gründung unter den Bedingungen der Okkupation zustande kam, selbst von seinem Vorsitzenden nicht als reguläres Parlament, sondern nur als „Vorparlament“ auf dem Weg zur Etablierung einer regulären Staatsversammlung („Riigikogu“) verstanden. Faktisch wurde mit dem Kongress von Estland aber eine Gegenregierung zum Obersten Sowjet installiert, die nach Auffassung von Butenschön (1992: 73 f., 80) jedoch lediglich über moralische, nicht aber über praktische Macht verfügte. Hallik (1997: 101) dagegen argumentiert, dass die politische Macht der offiziellen Regierung (des Obersten Sowjets bzw. Obersten Rates) in dieser Phase begrenzt war, weil ihre Legitimität sowohl durch Angriffe der Moskauer Zentralregierung als auch der extremen Nationalisten im Land in Frage gestellt war, weshalb der Kongress sehr wohl eine ernstzunehmende Konkurrenz zur offiziellen Regierung darstellte. Das Problem der institutionellen Abgrenzung der beiden Organe offenbarte sich auch darin, dass 44 Abgeordnete des Kongresses von Estland am 18. März auch in den Obersten Sowjet des Landes gewählt wurden, von denen einige ihre Funktion im Obersten Sowjet dazu nutzen wollten, den Obersten Sowjet zu seiner Selbstaflösung zu führen. (Butenschön 1992: 80 f) Da die Wahlen zum Obersten Sowjet auch in diesem Verfassungsorgan eine Mehrheit der national-estnischen Reformkräfte hervorbrachten, herrschte in beiden Gremien schnell Interessengleichheit: Schon am 30. März erkannte der Oberste Sowjet den Kongress von Estland als rechtmäßige Vertretung der Bürger Estlands an und erklärte sich zur Kooperation mit diesem bereit, um die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Republik Estland einzuleiten. (Thiele 1999: 43) Strittig blieb zwischen beiden Institutionen jedoch, wie der politische Weg in die Unabhängigkeit zu beschreiten sei: Während der Kongress eine Unabhängigkeitserklärung mit Gründung einer völlig neuen Republik Estlands favorisierte, waren die Vertreter im Obersten Rat der Republik Estland für eine historische Kontinuität des zu schaffenden unabhängigen Estlands mit der Republik der Zwischenkriegszeit. (Estonian Institute 1994)

Schließlich ist in der langen Reihe von Wahlen und Abstimmungen in Estland auch auf das Referendum über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Republik Estland einzugehen, das am 3. März 1991 durchgeführt wurde. Hintergrund dieses Referendums war, dass am 17. März desselben Jahres in der gesamten Sowjetunion über deren Erhalt abgestimmt werden sollte, nachdem zu diesem Zweck das Instrument des Referendums neu in

die Unionsverfassung aufgenommen wurde. Estland beschloss, wie auch die anderen baltischen Republiken, sich nicht an diesem unionsweiten Referendum zu beteiligen, sondern ein eigenes Referendum durchzuführen, das letztlich über den Verbleib der Republik Estland in der Sowjetunion entscheiden sollte. Im Gegensatz zur Wahl zum Kongress von Estland waren auch in Estland gemeldete Angehörige der russischen Minderheit berechtigt, an dem Referendum teilzunehmen, sofern sie nicht aktive Angehörige des Militärs oder der Sicherheitskräfte waren. Rund 78% der Wähler sprachen sich für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Estlands aus. (Thiele 1999: 43 f)

Mit der immer stärker werdenden Unterstützung der Bevölkerung für die Reformkräfte wurde für die estnischen politischen Kader im Obersten Sowjet der Estnischen SSR immer klarer, dass ihre Macht inzwischen weniger von ihrer Loyalität zur der Zentralregierung in Moskau abhing als davon, möglichst rasch auf den Zug der national-estnischen Reformkräfte aufzuspringen.<sup>80</sup> Nur über dieses Machterhaltungsinteresse ist zu erklären, dass der Oberste Sowjet der ESSR schon sehr früh begann, alle zentralen Forderungen des national-estnischen Widerstands, bis hin zur Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit, offiziell aufzunehmen

---

<sup>80</sup> Nach Roeder (1991: 211ff) lässt sich der Loyalitätswechsel der Kader nur vor dem – hier nur skizzierbaren - komplexen Hintergrund des Wirtschaftssystems und der engen Verknüpfung von politischer und wirtschaftlicher Funktion der Kader in der Sowjetunion begreifen. Kennzeichnend für das Wirtschaftssystem der Sowjetunion war eine regionale Arbeitsteilung, in der je nach Ressourcenvorkommen die einzelnen Republiken auf bestimmte Produkte spezialisiert waren. Da auf diese Weise viele Republiken und Autonome oder Teilautonome Gebiete nicht in der Lage waren, alle zur Versorgung ihrer Bevölkerung benötigten Waren zur Verfügung zu stellen, mussten die Erträge der Gesamtwirtschaft kontinuierlich umverteilt werden, was in der Verantwortlichkeit der Zentralregierung in Moskau lag. Diese Entscheidungsbefugnis war ein wesentliches Mittel der Zentralregierung, sich die Loyalität vor allem der zur jeweiligen Titularethnie gehörenden politischen Kader in der Peripherie zu sichern, die ihre politische Macht durch Moskau verliehen bekamen, ihren Rückhalt in der Bevölkerung vor Ort aber vor allem aufgrund ihrer Möglichkeit zur Allokation der benötigten Güter und Dienstleistungen erhielten. Als eine zentrale Komponente der sowjetischen Nationalitätenpolitik diente diese Praxis auch dazu, primordial orientierte ethnonationalistische Bewegungen in der Peripherie schon im Ansatz durch die Kader vor Ort aufzulösen. Dieses System war zwingend darauf angewiesen, dass die Zentrale in Moskau als Gegenleistung für die Loyalität der nationalen Kader kontinuierlich deren ökonomischen Bedarf bedienen konnte. In der Wirtschaftskrise der 1970er, vor allem aber der 1980er Jahre war die Zentrale gerade hierzu immer weniger in der Lage. Da auch die Wirtschaftsreformen nicht sofort greifen und eine spürbare Verbesserung der Versorgungslage herstellen konnten, blieb die Unzufriedenheit der Bevölkerung und ihre Artikulation in Form von - noch vereinzelt - Protestkundgebungen erhalten. Dadurch gerieten die nationalen Kader in der Peripherie zunehmend unter Druck, sich gegenüber ihrer Bevölkerungsgruppe neue Mittel und Wege zur Legitimierung und Erhaltung ihrer Macht zu erschließen. Sie gingen infolgedessen immer stärker dazu über, den Druck der Bevölkerung an Moskau weiterzugeben und sich an die Spitze des sich langsam formierenden Massenprotests in ihren Republiken oder autonomen Gebieten zu setzen. Zunehmend bezogen sie deshalb politische Positionen, die ihnen die Zustimmung möglichst vieler Mitglieder ihrer Ethnie und somit Machtressourcen im Heimatland sicherten. Dies bedeutete gerade, primordial orientierte ethnonationalistische Bewegungen, die früher als potenzielle Alternativen massiv bekämpft wurden, mit ihren politischen Zielen zu absorbieren oder zu integrieren, wie beispielsweise die vielerorts entstandenen Volksfronten. Gerade (aber nicht nur) in jenen Regionen beziehungsweise Gebietskörperschaften, die über eine breite Rohstoff- und Industriebasis verfügten und aufgrund ihrer Wirtschaftskraft zu den Gebern im sowjetischen Redistributionssystem zählten – was insbesondere für die Sowjetrepublik Estland galt -, gab es schnell die Tendenz, sich politisch und rechtlich von der im Niedergang befindlichen Zentrale abzukoppeln, um die volkswirtschaftlichen Ergebnisse der heimischen Wirtschaft für sich zu behalten. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass die Aufkündigung der Loyalität gegenüber Moskau für die nationalen Kader auch weiterhin riskant war. Erstens war das ZK der KPdSU auch weiterhin sanktionsfähig, und die Reaktion Moskaus war für die Kader nicht vorhersehbar. Es gab keine Regeln oder Regelmäßigkeiten, wonach sich für sie ermesen ließ, ob die Verstärkung des Drucks auf die Moskauer Zentrale ihren Interessen zur Durchsetzung verhelfen oder aber zu empfindlichen Sanktionen führen würde. Selbst 1989, dem letzten Jahr der Existenz der Sowjetunion, war das ZK der KPdSU noch in der Lage, 10 von 14 Ersten Sekretären auf Republikenbene abzurufen und durch neue zu ersetzen (ebd).

und unverklausuliert gegenüber der Moskauer Zentralregierung einzufordern. (Bollow 1998: 90 ff. und Hanne/Onken/Götz 1998: 308 ff) Anhand der folgenden chronologisch geordneten Auflistung von Maßnahmen und Gesetzeserlassen des Obersten Sowjet der ESSR lässt sich verdeutlichen, wie schnell und wie fundamental sich die national-estnischen Reformkräfte in der praktischen Politik durchsetzen konnten:<sup>81</sup>

- 18. Mai 1987: Verabschiedung des „Gesetzes der ESSR über die Grundlagen der wirtschaftlichen Rechnungsführung“, das unmittelbar aus dem „IME“-Konzept hervorging. Sein Zustandekommen stand weniger im Zusammenhang mit öffentlichem Protest und Massenmobilisierung als mit der von der Zentralregierung verfolgten Politik von Perestrojka und Glasnost, aufgrund derer es den Esten und Vertretern der anderen baltischen Republiken möglich war, ihren geforderten ökonomischen Sonderstatus in einem Unionsgesetz<sup>82</sup> festzuschreiben zu lassen, das ab 1990 stufenweise wirtschaftliche Selbständigkeit für die baltischen Sowjetrepubliken vorsah.
- 16. November 1988: „Erklärung des Obersten Sowjets der ESSR über die Souveränität der ESSR“ unter Berufung auf das in den UN-Menschenrechtspakten vorgesehene Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in der Unionsverfassung der Sowjetunion für die ESSR ausgeschlossen war. Nach Thiele (1998: 38) war hier noch nicht von einer Rechtsnorm auszugehen, vielmehr sei in dieser Erklärung eine bloße Willenserklärung des Obersten Sowjets der ESSR zur endgültigen Souveränisierung der Republik zu sehen. So wurde explizit kein Austritt der ESSR aus der Sowjetunion gefordert, sondern der zukünftige Status der ESSR innerhalb der Union sollte durch einen Unionsvertrag geregelt werden.<sup>83</sup> Faktisch erklärte der Oberste Sowjet der ESSR mit dieser Erklärung alle Gesetze der ESSR als vorrangig gegenüber Unionsgesetzen und ermächtigte sich zu einem Vetorecht gegenüber allen Änderungen der Unionsverfassung. Infolgedessen erklärte der Oberste Sowjet der UdSSR die Souveränitätserklärung des Obersten Sowjets der ESSR bereits am 26. November 1988 für nichtig.<sup>84</sup>

---

<sup>81</sup> Die Angaben entstammen Thiele (1999: 33 ff), Hanne/Onken/Götz (1998: 306 ff), Bollow (1998:93 ff) und Butenschön (1992: 83 ff).

<sup>82</sup> Gesetz der UdSSR über die wirtschaftliche Selbständigkeit der Litauischen SSR, der Lettischen SSR und der Estnischen SSR vom 27. November 1989 (Thiele 1999: 36).

<sup>83</sup> Estland war nicht Mitglied des Unionsvertrags von 1922, mit dem die Sowjetunion gegründet wurde (Thiele 1998: 38).

<sup>84</sup> Thiele (1999: 38) kommentiert hierzu: „Mit der Ablehnung des estnischen Vorschlags vergab sich die Sowjetunion die historische Möglichkeit, Estland auf freiwilliger und legaler Basis in die UdSSR zu integrieren.“ Betrachtet man die Gesamtheit der politischen Entscheidungen des Obersten Sowjets der ESSR und die sich in den öffentlichen Massenprotesten

- 7. Dezember 1988: Annahme des „Beschlusses über den Status der Staatssprache der ESSR“ durch den Obersten Sowjet der ESSR, mit dem die Annahme des Gesetzes über die Sprache empfohlen wurde.
- 18. Januar 1989: Umsetzung der obengenannten Empfehlung und Annahme des „Gesetzes über die Sprache“, mit dem die estnische Sprache zur Staatssprache der ESSR wurde.<sup>85</sup>
- 12. November 1989: „Beschluss des Obersten Sowjets der ESSR über die politisch-rechtliche Beurteilung der Ereignisse vom Sommer 1940“, in dem die Regierung der ESSR ihre Auffassung ausdrückte, dass die Republik Estland von der sowjetischen Armee besetzt worden sei, was dem von der offiziellen Geschichtsschreibung vermittelten Bild des freiwilligen Beitritts der Republik Estland zur Sowjetunion widersprach.
- 15. Dezember 1989: Verabschiedung des „Gesetzes über die nationalen Rechte der Staatsbürger der ESSR“, das eigentlich ein Minderheitenschutzgesetz war, aber auch Bestimmungen zum Schutz der Rechte von Esten in der ESSR enthielt. So wurden die nationalen Kulturgüter, historischen Denkmäler und die nationale Symbolik unter den Schutz des Staates gestellt und alle Einwohner Estlands dazu verpflichtet, die Kultur der Esten und anderer Nationen zu achten.
- Ebenfalls im Laufe des Jahre 1989: Begrenzung der Zuwanderung auf ein Promille der Bevölkerung des jeweiligen Vorjahrs. Darüber hinaus wurden von den im wesentlichen für die Zuwanderung verantwortlichen unionseigenen Grossunternehmen hohe Abgaben für jede neu ins Land geholte Person verlangt.
- 23. Februar 1990: Annahme des „Beschlusses über die Vorbereitung zur staatlichen Unabhängigkeit Estlands“ durch den Obersten Sowjet der Republik, mit dem der Volksdeputiertenkongress der UdSSR aufgefordert wurde, die Frage der Rechtmäßigkeit des „Gesetzes über die Aufnahme der ESSR in die UdSSR“ von 1940 zu erörtern.<sup>86</sup>
- 30. März 1990: „Beschluss des Obersten Sowjets der ESSR über den staatlichen Status Estlands“, die zweite Unabhängigkeitserklärung des Landes, mit der die Regierung erklärte, dass die Estnische Republik am 17. Juni 1940 durch die UdSSR

---

ausdrückende Kritik großer Teile der Bevölkerung an der UdSSR, so erscheint diese Sichtweise jedoch wenig nachvollziehbar. Ein Wille zum Verbleib in der UdSSR ist in all diesen Maßnahmen nicht zu erkennen. Vielmehr entsteht der Eindruck der Vorbereitung der endgültigen Souveränisierung des Landes und des Austritts aus der UdSSR.

<sup>85</sup> Nach der Unabhängigkeit des Landes erhielt die estnische Sprache als Staatssprache mit der Verfassung von 1992 Verfassungsrang. (Thiele 1999: 37)

<sup>86</sup> Nach Auffassung der estnischen Regierung war dieses Gesetz ungültig, weil es einer entsprechenden freien



okkupiert worden sei, die Republik aber de jure fortbestehe. Die Herrschaft der Sowjetunion über Estland wurde für illegal erklärt. Ausdrücklich verlangte die Erklärung die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit des Landes, nicht jedoch den Austritt aus der Sowjetunion.<sup>87</sup>

- 8. Mai 1990: Verabschiedung des „Gesetzes über die Symbolik Estlands“ durch den Obersten Sowjet der ESSR, mit dem die Bezeichnung „Estnische Sozialistische Sowjetrepublik“ angeschafft und durch „Republik Estland“ ersetzt wurde.
- 16. Mai 1990: Verabschiedung des „Gesetzes der Republik Estland über die Grundlagen der zeitweiligen Verwaltungsordnung“, mit dem die Unterstellung der Verwaltungs- und Justizorgane des Landes unter die der UdSSR aufgehoben wurde und die Beziehungen zur UdSSR entsprechend der Beziehungen in der Zwischenkriegszeit geregelt wurden, d. h. auf der Basis zweier souveräner Staaten.<sup>88</sup>
- 19. Juni 1991: Gründung des „Fonds der estnischen Nationalkultur“, der mit staatlichen Finanzmitteln Institute und Projekte zur Förderung der Nationalkultur unterstützen sollte.
- 7. August 1990: „Beschluss über die Beziehungen der Republik Estland und der UdSSR“ des Obersten Sowjets der Republik Estland, mit dem die Anwesenheit sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der Republik für illegal und als Verletzung der Souveränität Estlands erklärt wurde.
- 20. August 1991: Unmittelbar nach Scheitern des Putschversuchs gegen den Staatspräsidenten der UdSSR am 18. August erklärt der Oberste Sowjet der Republik Estland seine endgültige Unabhängigkeit.

Die schnelle Reaktion auf die Vorgänge um den misslungenen Putsch gegen Staatspräsident Gorba\_ev im August 1991 lässt sich dadurch erklären, dass die radikalen estnischen Nationalisten im Obersten Sowjet, die sich v.a. in der Nationalen Unabhängigkeitspartei formiert hatten, nun an Einfluss gewannen, weil sich liberale und gemäßigte Positionen angesichts der unmittelbar empfundenen Bedrohung durch das russische Militär nicht länger behaupten konnten. Das Programm der Nationalen Unabhängigkeitspartei sah die sofortige Wiederherstellung der estnischen Unabhängigkeit und die Beschränkung der Staatsbürgerschaft auf diejenigen vor, die in der Zwischenkriegszeit die Staatsbürgerschaft

---

Willensäußerung des estnischen Volkes entbehrte. (Thiele 1999: 39)

<sup>87</sup> Diese Unabhängigkeitserklärung wurde per Dekret am 14. Mai 1990 vom Präsidenten der UdSSR mit dem formalen Verweis auf eine mangelnde vorausgehende Volksbefragung in Estland und wegen des Verstoßes gegen die Unionsverfassung für nichtig erklärt (Thiele 1999: 40).

besaßen sowie deren Nachkommen.

#### **4.2.2. Die russische Reaktion auf den zunehmenden estnischen Nationalismus**

Der eigentliche Anlass der zunehmend stärker werdenden Forderungen nach grundsätzlichen Reformen der Sowjetunion und des Status der ESSR innerhalb der Föderation, nämlich die schlechte wirtschaftliche Lage mit den damit verbundenen Schwierigkeiten der Versorgung der Unternehmen und der privaten Haushalte mit den notwendigen Gütern sowie die politische Stagnation des Landes, betraf Esten und Russen in Estland gleichermaßen. Aus diesem Grund wäre auch eine Reformbewegung denkbar gewesen, die auf dem allgemeinen Interesse an einer Reform der Sowjetunion basierte und alle Einwohner Estlands mit einschloss, ohne zwischen Esten und Angehörigen der russischen Minderheit zu unterscheiden. Doch die Themen, entlang derer sich die Reformkräfte formierten, insbesondere die Diskussion um Zuwanderungsbeschränkungen und den Status der estnischen Sprache, waren kaum geeignet, auch die Angehörigen der russischen Minderheit mit einzubeziehen. Selbst das Thema Umweltschutz war ethnisch aufgeladen, weil es „russische“ Betriebe mit einer russischen Mehrheit in der Belegschaft waren, die für die Umweltschäden verantwortlich gemacht wurden. Zusätzlich trug neben der Entscheidungsbefugnis der von Moskau gesteuerten Grossbetriebe über die Zuwanderung von Arbeitskräften vor allem die Aufdeckung der sowjetischen Geschichtsklitterung um den Beitritt Estlands zur Sowjetunion wesentlich zu einer Polarisierung zwischen Esten und Russen bei. Hierin sind die wesentlichen Ursachen dafür zu sehen, dass die Reformbewegung in Estland sehr schnell eine estnisch-nationale Sache wurde und die russische Minderheit als Teil der zunehmend abgelehnten Sowjetmacht und russischer Hegemonie wahrgenommen wurde. Hallik (1997: 87) weist darüber hinaus darauf hin, dass diese ethnische Konfliktstellung keineswegs ein Produkt dieser Krise war, sondern die Krise diese Konflikte lediglich erst sichtbar machte.

Vor diesem Hintergrund war es für die nicht-estnischen Bewohner Estlands schwierig, sich in der veränderten politischen Lage im Land zu positionieren. Einerseits hatten auch sie Interesse an einer Verbesserung der Versorgungslage, andererseits waren sie nicht bereit, die von den Esten zunehmend in Richtung Souveränität und Ablösung Estlands von der Sowjetunion gelenkte Entwicklung mit zu tragen, solange absehbar war, dass damit

---

<sup>88</sup> Auch dieses Gesetz wurde vom Präsidenten der UdSSR für nichtig erklärt (Thiele 1999: 40).

fundamentale Einschnitte in ihre politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Teilhaberechte verbunden waren. Insofern verwundert es nicht, dass die russische Minderheit relativ lange passiv blieb und sich erst 1988 zu organisieren begann, als die national-estnischen Kräfte sich bereits effektiv organisiert hatten und ihre politischen Forderungen nicht mehr auf sowjetinterne Reformen drängten, sondern nunmehr offen den Austritt aus der Sowjetunion propagierten. Die einzige Organisation innerhalb der Reformbewegung, die auch Russen in nennenswertem Umfang Zugangs- und Vertretungsmöglichkeiten bot, war die im April 1988 gegründete Volksfront, deren Mitglieder zu 10% Nicht-Esten waren. (Hallik 1997: 98) Bedenkt man das bereits beschriebene Interesse der damals noch pro-sowjetischen Regierung des Landes, durch die Gründung der Volksfront den nationalistischen Widerstand unter Kontrolle zu bringen und eine estnische wie russische Interessen vertretende Plattform zu etablieren, so verwundert dieser vergleichsweise hohe Anteil nicht-estnischer Mitglieder nicht. Es bleibt aber festzuhalten, dass die übergroße Mehrheit der Volksfront-Mitglieder Esten waren, die dezidiert estnische Interessen vertraten, welche kaum mit denen der russophonen Mitglieder in Einklang gebracht werden konnten.

Erst im Juli 1988 gründete sich als Reaktion auf den zunehmenden Nationalismus der Esten und die anti-sowjetische Orientierung einiger estnischer Organisationen, wie der Denkmalschutzbewegung, die „Internationale Bewegung“, die sich später in „Interfront“ umbenannte.<sup>89</sup> Ihr Ziel war es, sich für die russische Bevölkerung Estlands als eine effektive Alternative zur Volksfront zu etablieren. Sie vertrat offen anti-estnische und pro-bolschewistische Positionen und versuchte so, ein russisches Gegengewicht zum estnischen Nationalismus zu schaffen. (Estonian Institute 1994; Hallik 1997: 98 f)

In der Folgezeit verlagerte sich die Organisationsarbeit innerhalb der russophonen Bevölkerung von der allgemeinen Öffentlichkeit in die von russischen Managern geleiteten und mit größtenteils russischen Belegschaften arbeitenden allsowjetischen Betriebe. Einige ihrer Direktoren und anderes Führungspersonal organisierten sich im November 1988 im „Vereinigten Rat der Arbeitskollektive“ (Joint Council of Labor Collectives, JCLC). Die Organisation definierte sich zunächst als ökonomische Interessenvertretung der russischen Arbeiter und des Managements der allsowjetischen Betriebe. Doch schon bald wurden allgemein-politische Themen wichtiger und die JCLC nahm wie die Interfront eine anti-estnische und pro-russisch-sowjetische Haltung ein. Eine ihre wesentlichen Forderungen war

---

<sup>89</sup> Im Folgenden wird hier nur noch die Bezeichnung „Interfront“ verwendet.

die Änderung der lokalen Verwaltungsstruktur, in der die Rolle der Arbeitskollektive, d.h. der Unternehmensführungen, aufgewertet werden sollte. Darüber hinaus plante der JCLC die Aufstellung von Kandidaten für die Repräsentanten Estlands im Obersten Sowjet. Die JCLC spielte 1989 die führende Rolle im Widerstand gegen die estnischen Unabhängigkeitsbestrebungen. 1989 und 1990 organisierte sie zusammen mit der Interfront verschiedene Streiks, und im Mai 1990 veranstalteten beide Verbände eine Demonstration gegen die Wiedereinsetzung der estnischen Flagge der Zwischenkriegszeit als neues Staatssymbol, bei der einige Teilnehmer versuchten, mit Gewalt den Sitz der estnischen Regierung zu stürmen.<sup>90</sup> Das wesentlichste Ergebnis der Demonstration, an der etwa 50.000 Leute teilnahmen, war die Formierung eines Streikkomitees, das in den späteren politischen Entwicklungen eine aktive Rolle spielte. Den Höhepunkt der Auseinandersetzungen mit den estnischen Autoritäten markierte das Gesetz über lokale Wahlen, welches die ausschließliche Beteiligung von Personen, die mindestens zwei Jahre in ihrem Wahlbezirk oder mindestens 5 Jahre in Estland gelebt hatten, vorsah. Darüber hinaus sollte das passive Wahlrecht an einen mindestens fünfjährigen Aufenthalt im Wahlbezirk oder einen mindestens zehnjährigen Aufenthalt in Estland geknüpft werden. Damit wären viele in der jüngeren Vergangenheit zugewanderte russische Einwohner von den Regionalwahlen ausgeschlossen gewesen. Trotz umfangreicher Gegenmaßnahmen, unter anderem ein Streik, an dem sich immerhin 30.000 Personen beteiligten, wurde das Gesetz am 8. August 1989 verabschiedet. (Estonian Institute 1994; Hallik 1997: 98 f)

Hallik (1997: 99) sieht das Jahr 1989 als den entscheidenden Wendepunkt in den interethnischen Beziehungen in Estland an, da in dieser Phase die ethnische Polarisierung in den politischen Positionen der politischen Organisationen mehr und mehr zutage trat und auch die Bevölkerung eine deutliche ethnische Polarisierung in ihren Präferenzen für diese Organisationen aufwies. Sie belegt diesen Wandel mit Ergebnissen von Meinungsumfragen, wonach im Mai des Jahres 50.3% der estnischen Einwohner die Volksfront, 7.2% die Kommunistische Partei und 0.0% die JCLC unterstützten, von den nicht-estnischen Einwohnern hingegen 28.7% die JCLC und die Interfront, 32.2% die Kommunistische Partei und nur 8.9% die Volksfront unterstützten.

---

<sup>90</sup> Die Erstürmung des Regierungssitzes konnte durch einige Hundert Esten, die auf einen dringenden Appell des Premierministers hin zu Hilfe eilten, verhindert werden. (Estonian Institute 1994)

Zu dieser ethnopolitischen Wende dürfte neben den oben genannten Faktoren auch die Reaktion der Moskauer Zentralregierung auf die Artikulationen des politischen Willens der estnischen Bevölkerung geführt haben. Moskau kam bereits im Sommer 1988 zu der Einschätzung, dass die Sowjetrepublik Estland außer Kontrolle zu geraten drohte. In dieser Lage entschloss sich das Zentralkomitee der KPdSU, zur Befriedung der Republik den estnischen Kader Väino Väljas von seinem Posten als Sowjetischen Botschafter in Nicaragua abuberufen und mit ihm den in Estland unpopulären und moskautreuen Ersten Sekretär der KP Estlands, Karl Vaino, zu ersetzen. (Meri in Oplatka 1999: 297; Brettin 1995:152f) Väljas war der erste Spitzenpolitiker unter der Sowjetherrschaft, der in Estland geboren und des Estnischen mächtig war, weshalb er von der Bevölkerung akzeptiert wurde. Wie verzweifelt dieser Schritt für die Staatsführung in Moskau gewesen sein muss, lässt sich daran ermessen, dass Väljas bereits 1979 aus dem ZK verdrängt worden war, weil er seine Anerkennung in der Bevölkerung dazu genutzt hatte, nationalistische Partikularinteressen Estlands gegenüber der Zentralregierung durchzusetzen. Die Hoffnung des Moskauer ZK war, dass Väljas aufgrund seiner besonderen Vergangenheit von der estnischen Bevölkerung akzeptiert werden würde und dieser selbst seine Berufung als Chance verstand, seine Loyalität gegenüber Moskau unter Beweis zu stellen. (Meri in Oplatka 1999: 297) Neben diesem machtpolitischen Interesse Moskaus bleibt aber auch festzuhalten, dass in diesem Schritt ein Vermittlungsversuch und ein Nachgeben Moskaus gegenüber den in Estland geschaffenen politischen Fakten zu sehen ist.<sup>91</sup> Ein Jahr später war die Zentralregierung nicht mehr willens, so viel Entgegenkommen zu zeigen. So quittierte das Zentralkomitee der KPdSU die Menschenkette, mit der die den jeweiligen Titularnationen angehörenden Einwohnern der baltischen Republiken an den Hitler-Stalin-Pakt und an die Okkupation durch die Sowjetarmee erinnerten, mit einem Statement, in dem die offizielle und inoffizielle Führerschaft der baltischen Staaten scharf kritisiert wurde. (Hallik 1997: 99) Auch die harsche Ablehnung der Unabhängigkeitsresolutionen des Obersten Sowjet Estlands und die Gegenerlasse zu den von ihm geschaffenen Gesetzen zeigen, dass die Moskauer Zentralregierung in den Jahren 1989 und 1990 nunmehr einen politischen Konfrontationskurs mit den estnischen Reformkräften fuhr.

---

<sup>91</sup> Allerdings musste auch Väljas erkennen, dass das alte Regime in Auflösung begriffen war. Laut dem späteren estnischen Staatspräsidenten Meri hatte Väljas schnell eingesehen, dass er seine politische Macht nur sichern könne, wenn er sich den Forderungen der Volksfront anschloss. Zumindest rhetorisch sei dies, so Meri, überraschend weit gegangen. (Meri in Oplatka 1999: 297)

Dieses politische Agieren der Zentralregierung nährte das Misstrauen der Esten gegenüber den russischen Einwohnern des Landes, als „5. Kolonne“ Moskaus zu agieren. Dieser Eindruck wurde im Mai 1990 durch das Verhalten der Moskau-orientierten Abgeordneten des Obersten Estnischen Rates (ehemals Oberster Sowjet) verstärkt, als sie sich mit Abgeordneten von ca. 160 lokalen Sowjet-Räten in Kothla-Järve trafen, um einen „Interregionalen Sowjet“ zu gründen.<sup>92</sup> Dieser war mit nicht unerheblichen Machtressourcen ausgestattet, da er über eine eigene Radiostation, militärische Einrichtungen und eine starke ökonomische Basis, wenn auch eine von Moskau gelenkte, verfügte. Der Interregionale Sowjet nahm in der Folgezeit Kontakt zu den sowjetischen Autoritäten, zur Russischen Föderation, zur Ukraine, Belorussland, Leningrad (heute Petersburg) und zu den anderen baltischen Republiken auf, die am 24. November 1990 in Riga zur Gründung eines Interparlamentarischen Rates führte. Hintergrund dieses Interparlamentarischen Rates war die Diskussion um den neuen Unionsvertrag, der die politische Struktur der Sowjetunion neu regeln und über den am 17. März 1991 unionsweit in einem Referendum abgestimmt werden sollte. Wie oben beschrieben, verweigerten die bereits von den jeweiligen nationalistischen Gruppen dominierten Regierungen der baltischen Staaten eine Beteiligung an diesem Referendum und organisierten ein eigenes Referendum, um ihr Projekt einer baldigen Souveränität voranzutreiben. Der Interparlamentarische Sowjet argumentierte, dass die baltischen Regierungen mit diesem Plan nicht die Ansichten ihrer Bürger verträten und forderte Referenden über den zukünftigen politischen Status der baltischen Republiken. (Hallik 1997: 100 f.; Butenschön 83 ff) Deshalb initiierte der Interregionale Sowjet zeitgleich mit dem am 3. März in Estland durchgeführten Referendum der offiziellen Regierung über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des estnischen Staates ein alternatives Referendum, in dem über den Verbleib in der Sowjetunion abgestimmt werden sollte. An der Abstimmung beteiligten sich etwa 330.000 Personen, von denen 77% für den Verbleib im Staatenbund votierten. (Hallik 1997: 101) Sowohl die Zahl der abgegebenen Stimmen als auch die Tatsache, dass der Anteil der Ja-Stimmen in Tallinn, Narva und Kothla-Järve bei 92% bis 96% lag, deuten darauf hin, dass an dieser Abstimmung im wesentlichen die russische Bevölkerung Estlands teilnahm.

Wie bereits in dem Abschnitt über die politische Mobilisierung der Esten angedeutet, führte der fehlgeschlagene Putsch gegen Staatspräsident Gorba\_ev im August 1991 zur endgültigen

---

<sup>92</sup> Damit existierte parallel zu den schon erwähnten Machtzentren, dem Obersten Sowjet und dem Kongress von Estland, in den Jahren 1990-1991 ein drittes Machtzentrum in Estland.

Entscheidung über die Frage nach dem Status der Republik Estland – und damit auch über die Frage nach dem Status der russischen Einwohner der neuen souveränen Republik. Da – zumindest die deutsch- und englischsprachige - Literatur zu Estland in dieser Phase von der Unabhängigkeitsthematik und dem Agieren der estnischen politischen Organisationen in diesem Zusammenhang dominiert ist, ließen sich Informationen über die Auflösung der Organisationen der russischen Bevölkerung nur in Expertengesprächen vor Ort recherchieren. Danach hatten die Organisationen, in denen sich die Minderheiten engagiert hatten, den Putsch unterstützt und verloren nach dessen Scheitern jedwede politische Legitimität und Handlungsfähigkeit. Aufgrund der Diskreditierung seiner Führer löste sich der JCLC nach den Ereignissen im August 1991 auf. Er geriet ebenso wie die Interfront wegen aktiver Unterstützung des Putsches ins politische Abseits. Die Funktionäre wurden ihrer Posten in Staat und Wirtschaft enthoben. Der letzte Vorsitzende des JCLC, Shepelevich, wurde sogar zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

#### **4.2.3. Erfolgs- und Misserfolgskriterien ethnischer Mobilisierung vor der Unabhängigkeit**

Abschließend sollen die Prozesse der Mobilisierung der beiden ethnischen Gruppen im Hinblick darauf bewertet werden, welche Faktoren für den unterschiedlichen Erfolg der estnischen und der russischen Organisationen bei der Mobilisierung ihrer jeweiligen Ethnie verantwortlich waren.

Die Gründe dafür, warum die Mobilisierungsstrategie der estnischen Elite bei nahezu der gesamten estnischen Bevölkerung verding, liegen auf der Hand. Das von den estnischen Eliten als eine Möglichkeit der Lösung der wirtschaftlichen und politischen Krise der Sowjetunion allgemein und der ESSR im besonderen propagierte „Nationalisierungsprojekt“ appellierte an von der Sowjetmacht unterdrückte, aber nie verlorene identitätsstiftende Bezugspunkte der Gruppe wie die Selbständigkeit Estlands zwischen den beiden Weltkriegen oder die Entdeckung der eigenen Nation als Opfer sowjetischer Okkupation nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Betonung des Ethnisch-Nationalen bedeutete per se den Ausschluss der nicht-estnischen Bevölkerung. Darüber hinaus wurde diese jedoch auch noch negativ mit den „Okkupanten“ allgemein und den Vertretern und Statthaltern des ungeliebten Sowjetsystems identifiziert, was die Kluft, die die Esten von der russischen Bevölkerung des Landes trennte, noch vertiefte. Wenn es sich in der schließlich nationalistisch dominierten

Unabhängigkeitsbewegung auch nicht um eine originär gegen die russische Minderheit gerichtete Ethnisierung handelte, wurden letztere dennoch – vermittelt durch die Ablehnung der Sowjetunion – zu den Opfern der estnischen Unabhängigkeit.

Die russische Elite scheiterte jedoch gerade in den Punkten, in denen die estnische Elite durchschlagenden Erfolg hatte: Sie konnte keine Themen artikulieren, die an die ethnische Identität der russischen Bevölkerung appellierten und die Gruppe als Ganzes einete. Zu beobachten war vielmehr von Anfang an eine Zersplitterung von Interessen und Organisationsstrategien. Ein Teil der Elite, vorwiegend politische und ökonomische Kader, blieb pro-russisch-sowjetisch, hielt sich von den neuen politischen Organisationen fern und war am Erhalt des status quo interessiert. Es ist zu vermuten, dass aus dieser Gruppe im Verlauf der zunehmend ethnisierten politischen Auseinandersetzung um den zukünftigen Status des Landes und der beiden Bevölkerungsgruppen die radikal anti-estnischen Organisationen der russischen Bevölkerung hervorgingen.<sup>93</sup> Ein dritter Teil der Elite schloss sich der Unabhängigkeitsbewegung an – insbesondere über die Volksfront – und lässt sich eher als pro-sowjetisch-estnisch bezeichnen. Trotz einiger offensichtlicher Erfolge von Interfront, JCLC und Interregionalem Sowjet bei der Mobilisierung der russischen Bevölkerung herrscht bei den im Rahmen dieser Arbeit befragten Experten Einigkeit darüber, dass diese Organisationen es im Gegensatz zu ihren estnischen Pendanten nicht geschafft haben, die russische Bevölkerung des Landes dauerhaft für ihre radikal anti-estnischen Ziele zu mobilisieren. (vgl. auch Hallik 1997: 98 f)

Zu erklären bleibt letztlich, warum die breite Masse der russischen Bevölkerung in Estland ihrer alten Elite die Gefolgschaft verweigerte. In der Literatur wird in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass die russische Minderheit schon vor der Unabhängigkeit Estlands hinsichtlich ihrer ethnischen Zusammensetzung, ihres Staatsbürgerschaftsstatus, ihrer kulturellen Orientierungen und ihrer politischen Perspektiven zu heterogen gewesen sei als dass sie für ein gemeinsames politisches Ziel zu einen und zu organisieren gewesen wäre. Dadurch sei von vornherein das Potential aktivierbarer ethnischer Identität in der Gruppe sehr begrenzt gewesen. (Smith 1998: 5; Vihalemm 1999: 19) Dieser Erklärungsansatz wendet sich strikt gegen die vor allem von radikalen russischen Organisationen wie der Interfront

---

<sup>93</sup> Über den genauen Hintergrund der einzelnen Organisationen und ihrer Entwicklung gibt es keine Veröffentlichungen. Die hier angeführten Überlegungen basieren auf subjektiven Beobachtungen und Einschätzungen der in Estland befragten Experten. Sie müssen daher zu einem gewissen Grad spekulativ bleiben, können jedoch auch ein hohes Maß an Plausibilität für sich in Anspruch nehmen.



vertretene Meinung, in Estland existiere eine kulturell homogene russophone Gruppe, die geschlossenen Diskriminierung und Exklusion durch die Esten ausgesetzt sei. Diese Auffassung wird von Smith (1998: 5) sogar dezidiert als Rhetorik Moskauer Strategen bezeichnet (Smith ebd.)

Die Betonung der ethnischen und kulturellen Heterogenität der Gruppe erscheint mit Blick auf einige ihrer Strukturmerkmale jedoch wenig plausibel. Wie schon in der Einleitung dieser Arbeit gezeigt, rechtfertigen es die demographischen Verhältnisse von einer „russischen“ Minderheit zu sprechen, auch wenn damit Ukrainer, Weißrussen und Angehörige anderer Nationalitäten nicht explizit gemacht werden, die darüber hinaus (als Erbe der sowjetischen Zeit) zum größten Teil eher Russisch als Estnisch sprechen. (Hanne/Onken/Götz 1998: 318f) Zumindest in Bezug auf die Ausgrenzung über die Sprache erleben sie eine Gemeinsamkeit mit der russischen Bevölkerung Estlands.

Die Ursache für den ausbleibenden Mobilisationserfolg der russischen Minderheit in Estland wird hier deshalb nicht in deren internen Strukturunterschieden gesehen, sondern in der mangelnden Kongruenz von politisch-wirtschaftlichem Interesse einerseits und ethnischem Interesse andererseits. Um diesen Ansatz zu erläutern, bedarf es eines Rekurses auf den estnischen Mobilisierungserfolg. Ausgangspunkt ihrer politischen Mobilisierung war die politische und wirtschaftliche Krise des Landes. Um ihre Lage zu verbessern, konnten die Esten auf eine Reform der Sowjetunion und des Status der ESSR in dieser Föderation drängen. Unter den Bedingungen von Glasnost und Perestrojka bot sich ihnen aber auch die Alternative, auf die ethnische und nationale Eigenständigkeit zu verweisen und sich damit vom sowjetisch-russischen System zu distanzieren, das als Ursache der Krisenlage angesehen wurde. Die Aktualisierung der latenten ethnischen Identität war somit ein Mittel, aus den Zwängen und Krisen des Sowjetsystems zu entfliehen und die eigene politische und ökonomische Situation zu verbessern.<sup>94</sup> Politisch-ökonomisches und ethnisches Interesse waren bei den Esten vollständig kongruent.

---

<sup>94</sup> In dem zähen politischen Kampf um die wirtschaftliche Selbständigkeit Estlands innerhalb der Sowjetunion offenbarte sich die wachsende Macht der Peripherie gegenüber der maroden Zentralmacht. Das am 27. November 1989 vom obersten Sowjet der UdSSR verabschiedete Gesetz „Über die wirtschaftliche Selbständigkeit der Litauischen SSR, der Lettischen SSR und der Estnischen SSR“ wurde in Estland als Sieg gefeiert und von Väljas mit den Worten kommentiert: „Der Weg zu unserer Selbständigkeit und Souveränität ist geöffnet“. (zit. n. Brettin 1995: 116) Der Oberste Sowjet hatte indes kaum eine Chance, diesen Sieg, d.h. die Verknüpfung von ökonomischen und ethnischen Zielen, zu verhindern. Die sich verschlechternde Wirtschaftslage und der daraus immer offener zu Tage tretende Unmut in der Bevölkerung ließ die estnischen Spitzenpolitiker zu zwar suspekten, aber dennoch unverzichtbaren Krisenhelfern werden.

Die Russen in Estland waren von der politischen und ökonomischen Krise genauso betroffen wie die Esten. Die Verbesserung zumindest ihrer ökonomischen Lage konnten sie sich angesichts der abgewirtschafteten Planungsökonomie am ehesten von der estnischen Lösungsstrategie erhoffen, die den status quo als Sowjetrepublik massiv in Frage stellte. Dabei konnten sie allerdings kaum auf ihre Identität als Russen oder als „Sowjetvolk“ setzen, womit sie sich selbst auf den juristischen, politischen und territorialen Bereich Russlands oder der Sowjetunion verwiesen hätten. In der Tat sind sie von den in genau dieser Logik denkenden und handelnden Esten in dieser Phase - und später mit den Sprach- und Staatsbürgerschaftsregelungen - immer wieder auf diesen Bereich verwiesen worden. Wollten sie sich selbst also nicht die Legitimation nehmen, in Estland zu bleiben, so war es für die Angehörigen der russischen Minderheit mehr als riskant, ihre gesellschaftlichen Partizipationsrechte unter Verweis auf ihre ethnische Zugehörigkeit einzufordern. Pro-sowjetische konservative Bewegungen wie die Interfront, die sich in einer sowjetideologischen Terminologie (Brettin 1995: 162f) für den Erhalt des alten wirtschaftlichen und politischen status quo einsetzte, stellte dazu keine Alternative dar und schürte Konfrontationen zwischen estnischer und russischer Bevölkerung, an denen der überwiegende Teil der Minderheit nicht interessiert sein konnte. Politisch-ökonomisches Interesse und ethnisches Interesse waren also im Falle der russischen Minderheit nicht kongruent.

Dieser Erklärungsansatz lässt sich nicht allein aus den Prozessen vor der estnischen Unabhängigkeit ableiten und belegen, weil in dieser Phase nur sehr wenige Untersuchungen über die entsprechenden Interessen- und Motivlagen der russischen Minderheit durchgeführt worden sind. Im folgenden Kapitel wird anhand von Daten aus den 1990er Jahren deutlich, dass offensichtlich die wesentlich günstigere Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Estland im Vergleich zu der Russlands oder den Rest der Sowjetunion sowie die Tatsache, dass viele Angehörige der russischen Minderheit kaum oder keine Beziehungen zu Russland hatten, maßgeblich den Bleibewillen der Russen in Estland motiviert haben dürften. Was sich jedoch schon für die Phase vor der Unabhängigkeit zeigen lässt, ist die im Zuge der sich 1990 verschärfenden Konfliktstellung zwischen der ESSR und der Moskauer Zentralregierung zunehmende Unterstützung des Ziels der staatlichen Unabhängigkeit Estlands durch die russische Minderheit. Gefragt nach dem erwünschten politischen Status des Landes für die Zukunft sprachen sich im April 1989 54% der nicht-estnischen Befragten (Esten: 2%) für den Erhalt des status quo, 25% (39%) für die Unabhängigkeit innerhalb des sowjetischen Bundes, und nur 5% (56%) für einen völlig unabhängigen Staat aus. Bis zum Mai 1990 hatten sich

diese Präferenzen erheblich verändert. Nur noch ein Fünftel der Nicht-Esten wünschte sich den Verbleib Estlands in der Sowjetunion, 46% votierten für Unabhängigkeit im Staatenbund und mehr als ein Viertel (26%) wollte Estland als unabhängigen Staat außerhalb der Sowjetunion sehen. Die Esten sprachen sich zu diesem Zeitpunkt schon mit überwältigender 96% für die letzte Option aus. (Kivirähk 1991, zit. nach Lauristin/Vihalemm 1997: 91; Kirch 1995: 44) Bei aller ethnischer Konfliktstellung, die ja vor allen Dingen von der estnischen Bevölkerung ausging, war nur ein Jahr vor der Unabhängigkeit des Landes und auf dem Höhepunkt der ethnischen Auseinandersetzungen einer großen Mehrheit der russischen Bevölkerung der Verbleib in einer unabhängigen Republik Estland und die Schwächung der Macht der Moskauer Zentralregierung lieber als die radikalen pro-sowjetischen und anti-estnischen Ziele der Interfront, des JCLC und des Interregionalen Sowjets. Genau hierin drückt sich die behauptete mangelnde Kongruenz von ethnischem und politisch-ökonomischem Interesse aus, und genau hierin liegt die zentrale Ursache, warum diese Organisationen darin versagten, ihre Ethnie dauerhaft zu mobilisieren.

Nach Steen (1997:34) bedeutete der Zusammenbruch des alten Regimes und der Weg in die estnische Unabhängigkeit sowohl für Esten wie für Russen zunächst den Verlust der Sowjet-Ideologie als kohärentem Identifikations- und Legitimationsmuster. Im Gegensatz zu den Russen jedoch blieb für die Esten dieser Verlust nicht ohne Ersatz: Anstelle der sowjetisch-ideologischen Kohärenz trat bei ihnen die Kohärenz des estnischen Nationalismus als neues Identifikations- und Legitimationsmuster. Viele Vertreter der alten sowjetischen Nomenklatura, wie Edgar Savisaar oder Arnold Rüütel, konnten sich im Umbruch der estnischen Volksfront anschließen und später radikal für die Unabhängigkeit votieren. Für die Russen bedeutete das Votum für eine estnische Unabhängigkeit unter ethnisch gefasster Definition von „Nation“ den fast vollständigen Verlust ihres sozialen, rechtlichen und kulturellen Bezugsrahmens ihres Selbstverständnisses.

## **5. Die Entwicklung der ethnischen Beziehungen nach der Unabhängigkeit Estlands**

### **5.1. Wandel der Sozial- und Elitenstruktur**

Betrachtet man die im vorigen Abschnitt beschriebenen Prozesse politischer Mobilisierung und der Neuformierung des politischen Institutionengefüges mit Blick auf ihre Folgen für die interne Schichtung der beiden Hauptethnien des Landes, so waren mit diesen Prozessen erhebliche Verschiebungen in der Sozial- und Elitenstruktur verbunden. Mit dem Entstehen neuer gesellschaftlicher Organisationen der politischen Willensbildung und neuer politischer Entscheidungsgremien wurde Personen der Aufstieg in gesellschaftliche Führungspositionen ermöglicht, welche unter dem sowjetischen System nur in strategisch unwichtigen Randbereichen wie dem Kulturbereich agieren durften. Auf der anderen Seite wurden viele Personen, die unter dem Sowjetregime Karriere gemacht hatten, ihrer Posten enthoben.

Angesichts der von den Esten als erforderlich angesehenen Umstrukturierungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung sollte erwartet werden, dass es nach Erreichen der Unabhängigkeit zu einem fast vollständigen Austausch der früher mit dem Sowjetsystem kooperierenden Kader auf der mittleren und höheren Leitungsebene kam. Im Vergleich zu den anderen baltischen Staaten weist Estland auch tatsächlich die größten personellen Umwälzungen in der Staatsbürokratie und im Parlament auf. Dennoch bedeutete die ideologische Unterstützung des alten Regimes vor der Wende nicht zwangsläufig nach der Unabhängigkeit das Aus. Steens Untersuchung zur Elitenstruktur und -kontinuität in den baltischen Staaten zeigt, dass für eine große Zahl von ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Partei Estlands auch nach Erlangung der Unabhängigkeit Elitepositionen erreichbar blieben. So waren Ende 1994 85% der Angehörigen der Kommunalverwaltungen ehemalige Mitglieder der KPE. Im Rechtswesen war der Anteil ehemaliger Mitglieder der Kommunistischen Partei ebenso hoch. Auch in den Führungsetagen der staatlichen Unternehmen waren ehemalige KP-Mitglieder verhältnismäßig sicher vor einer sofortigen Entlassung. Ihr Anteil machte Ende 1994 immer noch mehr als drei Viertel aus. In der Privatwirtschaft hingegen fanden sich nur noch in gut der Hälfte der Fälle (56%) ehemalige KP-Mitglieder, unter den Intellektuellen machten sie noch 61% aus. Der Schwerpunkt der ideologisch motivierten Ersetzungen fand sich eindeutig in der Staatsbürokratie und im (1992 neu gewählten) Parlament. Während in der Bürokratie der Anteil ehemaliger Mitglieder der KPE noch 49% ausmachte, fanden sich im estnischen Parlament nur noch 24% ehemalige

KPE-Mitglieder. (Steen 1997a: 89 ff, 1997b: 97 ff)

Solange Bedarf an der Kompetenz einer Person herrschte, wurde die frühere Parteimitgliedschaft offensichtlich nicht sehr stark bewertet. Eine Ursache hierfür liegt sicher darin, dass die Mitgliedschaft in der EKP unter dem Sowjetsystem eine wichtige Voraussetzung für die Zulassung zu bestimmten Ämtern und Positionen war. Aus der ehemaligen Parteimitgliedschaft ließen sich daher in vielen Fällen kaum Rückschlüsse darauf ziehen, dass der- oder diejenige überzeugter Verfechter des Sowjetsystems war oder, wenn dem so war, es nach der Wende weiter blieb. Für diesen Vorbehalt spricht auch, dass sich nach der Unabhängigkeit ehemalige Kommunisten in allen Bereichen des sich neu konstituierenden politischen Spektrums wiederfanden. Ehemalige Regimetreue ist damit kein prinzipielles Hindernis für das Verbleiben in der Elite gewesen. (Steen 1997a: 89 ff; 1997b: 98)

Steen stellte über diesen Befund einer relativ starken Kontinuität von Elitemustern hinaus einen starken Wechsel von früheren Staats- und Parteifunktionären in die Privatwirtschaft fest:

„There is a substantial flow from the former nomenclature into positions such as directors and managers of different kinds of business companies. Relatively few have obtained positions in state administration. While as many as 46% of Central Committee members were employed in state administration in 1986, only 12% had such a position 9 years later. The percentages working in state administration in 1990 and 1991 were 2% and 10% respectively”. (Steen 1997a: 42)

Dieses relativ hohe Maß an Kontinuität in der Elitenstruktur Estlands darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die ethnische Struktur der Elite nach der Unabhängigkeit des Landes fundamental veränderte. Unter den Bedingungen des Zusammenbruchs der Sowjetunion hatten die estnische und die russische Elite sehr ungleiche Chancen, den Zerfall des alten Systems und die Entstehung der souveränen Republik Estland für sich zu nutzen. Für die estnische Elite war das Ziel, die neue estnische Republik zu einem unabhängigen Nationalstaat zu machen, der die estnische Bevölkerung repräsentierte. Dazu musste sie möglichst schnell die wichtigsten Funktionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft besetzen, d.h. die noch aus dem alten System stammenden russischen und pro-sowjetischen estnischen Kader aus diesen Positionen verdrängen. Ein wesentlicher Vorteil der Esten in diesem Zusammenhang kann als direktes Resultat der Nationalitätenpolitik der Sowjetunion gesehen

werden. Unter dem Sowjetregime war die Elite der ESSR entlang ethnischer Differenzen segmentiert. Während Russen im Industriemanagement und in der Partei sowie in den von der Zentralregierung als strategisch wichtig angesehenen Bereichen der Verwaltung dominierten, besetzten die Esten Schlüsselpositionen in Bildung und sozialen Berufen, waren aber auch in den von der Zentralregierung als nicht strategisch wichtig angesehenen Bereichen der Verwaltung zu finden. (Park 1994: 74 ff) Mit Ausnahme des Bereichs der Wirtschaftsführung der strategisch wichtigen Grossunternehmen gab es also für alle Bereiche der politischen Verwaltung und Führung des Landes ausgebildete estnische Experten, die die noch von russischen oder pro-sowjetischen estnischen Kadern besetzten Schlüsselpositionen übernehmen konnten.

Unmittelbar nach der endgültigen Unabhängigkeitserklärung durch den Obersten Rat Estlands waren dementsprechende Entlassungswellen in der Bürokratie von Staat und Wirtschaft zu beobachten. Ein großer Teil dieser Entlassungen war keineswegs ethnisch motiviert, sondern zielte darauf, die sowjetischen Funktionäre, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, aus den entscheidenden Positionen in Staat und Wirtschaft zu drängen und durch estnisch-nationale Funktionäre zu ersetzen. In diesem Prozess wurden jedoch fast ausschließlich sowjetische Funktionäre durch estnische Fachkräfte ersetzt. Es lassen sich keine Hinweise auf nennenswerte Ersetzungen sowjetischer Funktionäre durch russische Fachkräfte finden, die dem neuen estnischen Staat gegenüber loyal waren oder sein wollten. Selbst bei den Großunternehmen, wo am ehesten ein Mangel an estnischen Experten angenommen werden konnte, fand ein solcher Prozess der Ersetzung russischer durch estnische Experten statt. Dies wurde dadurch erleichtert, dass gerade die ehemals von Moskau verwalteten Industriekombinate am massivsten von den wirtschaftlichen Folgen der Aufkündigung der Wirtschaftskooperation mit den anderen Sowjetrepubliken und der anschließenden Transformationskrise der Wirtschaft im Übergang zur Marktwirtschaft betroffen waren. (Andersen 1999: 418ff) Insofern hatte der Ersetzungsprozess von Funktionsträgern in Staat und Wirtschaft eine deutlich sichtbare Derussifizierung zum Resultat, obwohl er nicht nur ethnisch motiviert gewesen zu sein scheint: Während die Entlassung von Funktionsträgern durch politisch-ideologische Gesichtspunkte begründet war, verlief die Besetzung der freigewordenen Stellen offensichtlich nach ethnischen Kriterien. Ein Experte schilderte diese Vorgänge im Interview wie folgt:

„Auch bei den Esten gab es von 1991 bis 1994 eine große Entlassungswelle unter dem Topmanagement: 73% von ihnen wurden entlassen, außerdem ungefähr die Hälfte des

mittleren Managements, die *appara\_ki*. Diese waren zwar in erster Linie estnisch, aber die Entlassungen betrafen nur die Teile der estnisch-sowjetischen Nomenklatura, die besonders exponiert waren. Die ökonomischen Schlüsselfiguren saßen in Moskau, vor Ort wurden die Befehle ausgeführt. Diese Entlassungen waren nicht ethnisch motiviert, denn am häufigsten waren Esten betroffen. Die Esten konnten aber die einmal geschaffenen Strukturen, die von jeher von Esten dominiert waren, trotz des Austausches des Personals weiter nutzen und auf nationale Ziele hin umorientieren, während die russische Elite, die vor allem eine ökonomische war, durch den Bruch mit Russland ihre wichtigste Ressource verlor. Da sie sich politisch bereits diskreditiert hatten, war es sehr leicht, sie loszuwerden. Durch die übernommenen Strukturen konnten auch schnell nationale Agenden, wie zum Beispiel das Staatsbürgerschaftsgesetz, verwirklicht werden“ (Interview m.d.Verf. v. 14.03.02)

Mangels einer systematisch vergleichenden Analyse der ethnischen Zusammensetzung der estnischen Elite vor und nach der Unabhängigkeit lässt sich das Ausmaß der Veränderungen nur indirekt schätzen, indem die schon erwähnten Angaben Parks (1994: 74 ff) für die Sowjetzeit mit denen von Steen (1997a,b)<sup>95</sup> verglichen werden. Da die von beiden Forschern verwendeten Kategorien nicht kongruent sind, kann diese Schätzung nur eine grobe Annäherung an die tatsächlichen Verhältnisse liefern.

Nach Park stellten Russen in Estland 1987

- 28% der Staatsbürokratie,
- 33% des wissenschaftlichen Personals,
- 16% der kulturellen Elite,
- 20% bis 30% der Spitzenpositionen im Obersten Sowjet der ESSR,
- 20% bis 30% der Sitze im Zentralkomitee der EKP.

Sieht man von der Kulturelite ab, so lässt sich verallgemeinernd sagen, dass die russische Minderheit in Estland etwa ein Viertel bis ein Drittel der Elite des Landes ausmachte. Die von Steen (1997a: 211 ff., 1997b: 91 ff) durchgeführte Untersuchung über den Wandel der Elitenstruktur in Estland zeigt, wie sehr sich dieses Verhältnis schon Ende 1994 verändert hatte (Tabelle 5-1).

---

<sup>95</sup>Steen führte 1993 und 1994 insgesamt 943 Interviews mit Mitgliedern der baltischen Elite, davon 282 in Estland, und zwar in der staatlichen Bürokratie (Toppositionen in Politik und Verwaltung), in staatlichen Unternehmen und Banken, in der privaten Wirtschaft (Führungspositionen in größeren Firmen und in Banken), in Parteien und anderen Bewegungen, in der Rechtssprechung (Richter und prominente Anwälte) und in den Kommunalverwaltungen lokale Politiker und Verwaltungsführung. (Steen 1997: 94f)

**Tabelle 5-1: Ethnische Zusammensetzung der Elite Estlands Ende 1994**

	Gesamt	Estnisch	Russisch	Andere
	N		in %	
Parlament	66	99	-	1
Bürokratie <sup>1)</sup>	35	97	-	3
Staatliche Unternehmen	39	80	15	5
Privatwirtschaft	35	91	6	3
Parteien / politische Bewegungen	29	83	14	3
Intellektuelle <sup>2)</sup>	51	86	12	2
Judikative <sup>3)</sup>	28	96	-	4
Kommunalverwaltungen <sup>4)</sup>	26	81	19	-

1) politische und administrative Führungspositionen in Ministerien

2) Führungspositionen in höheren Bildungseinrichtungen, Massenmedien und Kultur

3) Richter und prominente Anwälte

4) Politische und administrative Führungspositionen in lokalen Regierungen

Quelle: Steen 1997b: 105

Auch wenn die von Steen verwendeten Kategorien zur Erfassung unterschiedlicher Gruppen innerhalb der Elite Estlands zum Teil stark von den von Park verwendeten Kategorien abweichen, wird deutlich, dass der Anteil der Russen an der estnischen Elite sich nahezu halbiert hat. Mit Ausnahme der Kommunalverwaltungen findet sich keine Gruppe innerhalb der Elite Estlands mehr, in der Russen wenigstens noch ein Fünftel stellen.

Allgemein lassen sich also für den mit Erreichen der Unabhängigkeit des Landes verbundenen Elitenwechsel in Estland zwei generelle Trends feststellen: Erstens eine vergleichsweise starke Kontinuität von ehemaligen Kadern und Parteifunktionären des sowjetischen Systems, zum anderen eine deutliche De-Russifizierung der Elite. Für die Esten boten sich durch das Erreichen der Unabhängigkeit ihres Staates und durch die Verdrängung russischer Eliteangehöriger neue Aufstiegsmöglichkeiten. Für die Russen bedeutete die Unabhängigkeit Estlands in vielen Fällen das Ende ihrer Karriere und enger werdende Karrierepfade für die jüngere Generation.



Tabelle 5-2 verdeutlicht das gesamte Ausmaß des sozialstrukturellen Wandels in Estland fünf Jahre nach der Unabhängigkeit. Dabei wird nicht nur das Ausmaß der De-Russifizierung in den oberen sozialen Schichten sichtbar, sondern auch die Verdrängung der nicht zur Elite zählenden Russen in die unteren sozialen Schichten.

**Tabelle 5-2: Die Sozialstruktur Estlands nach der Unabhängigkeit (1996, in %)**

Schicht	Zusammensetzung	Insgesamt	Esten	Russen
Ökonomische Elite	Unternehmensinhaber, Manager, Intellektuelle, Experten, hohe Staatsbedienstete	8	75	25
Obere Mittelschicht	Mittlere Staatsbedienstete und Manager, Kleinunternehmer, qualifizierte Angestellte	15	84	16
Untere Mittelschicht	Mittelqualifizierte Staatsbedienstete und Angestellte, hochqualifizierte Arbeiter, Kleinunternehmer, arbeitende Rentner	33	64	36
Obere Unterschicht	Gering qualifizierte Arbeiter, Bauern und landwirtsch. Arbeitskräfte, Dienstleistungsbeschäftigte, Rentner	32	48	52
Untere Unterschicht	Langzeitarbeitslose, Invalide, Mindestrentenbezieher	12	47	53

Quelle: EHDR 1998: 65

Russen stellten 1996 nur ein Viertel der ökonomischen Elite des Landes, die insgesamt von 8% der Bevölkerung ausgemacht wurde. Auch in der oberen Mittelschicht waren Russen mit einem Anteil von rund einem Sechstel deutlich unterrepräsentiert, während sie in der unteren Mittelschicht immerhin einen Anteil erreichten, der etwa ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach. In der Unterschicht waren Russen dagegen bereits fünf Jahre nach der Unabhängigkeit deutlich überrepräsentiert und stellten sowohl in der oberen wie der unteren Unterschicht mehr als die Hälfte. Geht man davon aus, dass die vorwiegend aus Russen bestehende vergleichsweise gut verdienende Industriearbeiterschaft vor der Unabhängigkeit einen nicht unerheblichen Teil der oberen Mittelschicht ausgemacht haben dürfte, dann fand nach der Unabhängigkeit also nicht nur ein ethnischer Austausch in der Elite statt, sondern das gesamte sozialstrukturelle Gefüge der Gesellschaft ist durch einen

solchen ethnischen Austausch gekennzeichnet.

Von diesen Austauschprozessen haben vor allem junge, gut ausgebildete und ambitionierte Esten profitiert. Die jüngere Generation verfügte dabei über zwei wesentliche Vorteile gegenüber älteren Esten. Zum einen waren sie politisch wenig belastet, weil sie sich zum Zeitpunkt des Umbruchs nicht in den höchsten und damit auch exponiertesten Positionen befanden, was eine uneingeschränkte Fortsetzung der Karriere zumindest erschwert hätte. Auf der anderen Seite konnten sie sich im Vergleich zu der älteren Generation schneller auch den neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen. Ihre Ausbildung war moderner als die der älteren Generation, viele hatten bereits die Chance nutzen können, im Ausland zu studieren oder sich weiterzubilden. Die seit der Unabhängigkeit neu entstandenen Unternehmen wurden mehrheitlich von jüngeren Unternehmern gegründet und gemanagt. (EHDR 1998: 15)

Nach Studien des EMOR-Institutes aus den Jahren 1994 und 1997 lassen sich eindeutige Gewinner- und Verlierer-Kohorten in der estnischen Bevölkerung identifizieren. (EHDR 1998: 15) Die Gewinner sind dabei die 25-34jährigen. Sie verfügten vor allem aufgrund besserer Ausbildung, größerer Vertrautheit mit Computern und anderen neuen Technologien am Arbeitsmarkt über kompetitive Vorteile. Aber auch in politischen und administrativen Schlüsselpositionen ist das Durchschnittsalter gesunken: das der estnischen Bürokratie liegt heute bei 43 Jahren, 52% der Topbürokraten sind zwischen 22 und 44 Jahren alt – im Durchschnitt also eine extrem junge Elite. (vgl.a. EHDR 1999; Steen 1997a: 61 ff)

Zu den Verlierern des Wandels auf estnischer Seite zählen sowohl die jüngere Generation der 15-24jährigen als auch die ältere Generation (50 Jahre und älter). Diese Gruppen bekamen sehr deutlich die Auswirkungen der sozioökonomischen Transformation zu spüren und waren stärker als andere Gruppen von Arbeitslosigkeit betroffen. Hinzu kam, dass diese Gruppen, die Kleinkinder, Schüler und Auszubildende sowie Rentner einschlossen, stärker von Transfer- und öffentlichen Sozialleistungen abhingen und so die starke Kürzung der öffentlichen Ausgaben nach der Unabhängigkeit zu spüren bekamen. (vgl.a. EHDR 1999; Steen 1997a: 61 ff) Das niedrige Alter der „Gewinner“ des Umbruchs schränkt auch für die Zukunft die Aufwärtsmobilität erheblich ein:

„Looking at society today, we see that amongst the winners there are indeed more 30-40 year olds. These are the people who, in 1988-1993, got their foot in the door – they could start doing something. Every business then made amazingly high profits, because with wages of 7 dollars a month, 50 earned dollars was an awful lot of money. This generation became winners thanks to history, and I don't think that the abilities were anything special. Those coming in later, the current 20 years old, have to climb the ladder and will definitely hit their heads on our heels. We didn't have this problem, because we built this ladder". (Topmanager Allan Martinson, in: „Postimees" Zeitung, 06.05.1998, zit. nach EHDR 1998: 15)

Nach einhelliger Ansicht aller hierzu in Estland befragten Experten sind die großen Verlierer des Wandels aber eindeutig die Russen, und hier vor allem diejenigen, die über keine oder nur über geringe oder mittlere Qualifikationen verfügten, sowie alte und ganz junge Altersgruppen. Hochqualifizierte Russen hatten zumindest die Chance, entweder ihre hohe Position im Management der Staatsunternehmen zu behalten, eine Spitzenposition in der sich neu entwickelnden Privatwirtschaft zu erobern, oder aber ins Ausland (vorwiegend nach Russland) auszuwandern, weil ihr Expertentum ihnen dort eine vergleichbare Position verschaffen konnte. Infolgedessen, so ein Experte, fand in den ersten Jahren nach der estnischen Unabhängigkeit ein nicht unerheblicher „brain drain“ unter den Russen statt. Mangels exakter Daten über diesen Abwanderungsprozess hochqualifizierter Russen lässt sich das Ausmaß dieses brain drains nur durch die Entwicklung der Bevölkerungszahlen allgemein ermessen. Belief sich die Zahl der russischen Einwohner Estlands 1989 noch auf rund 475.000, so waren es 1997 nur noch rund 413.000. (Statistical Office of Estonia 1998) Bei der Beurteilung dieser Abwanderung muss zwar berücksichtigt werden, dass darin der Abzug sowjetischer Militäreinheiten ebenso enthalten ist wie Naturalisierungsprozesse.<sup>96</sup> Doch neben diesen Gruppen war nach Expertenauskunft Auswanderung nur für Hochqualifizierte eine tatsächliche Option, da nur diese sich in den übrigen Sowjetrepubliken überhaupt Chancen auf einen Arbeitsplatz und Wohnraum ausrechnen konnten (so auch Laitin 1998: 170), so dass davon ausgegangen werden kann, dass in diesem Wanderungssaldo kein nennenswerter Beitrag von gering- oder unqualifizierten Russen enthalten ist.

---

<sup>96</sup> Nach Chinn/Kaiser (1996: 105) belief sich allein die Zahl der in Estland lebenden Pensionäre der Sowjetarmee und ihrer Familienangehörigen auf rund 79.000 Personen. Die estnische Regierung war sehr an einer Rückkehr dieser Einwohner nach Russland interessiert, musste aber in den Verhandlungen mit Russland über den vollen Abzug der aktiven Streitkräfte der Sowjetunion akzeptieren, dass über diese Personen in Einzelfällen zu entscheiden ist. Bis Mitte der 1990er Jahre war klar, dass der größte Teil dieser Gruppe in Estland blieb.

## **5.2. Widerstand, Anpassung oder Auswanderung? - Die Russen im neuen Estland**

Mit dem Verlust an Einfluss- und Mitgestaltungsmöglichkeiten in der politischen und sozialen Verfassung des Landes und mit der weitgehenden Entwertung des Kapitals der Gruppe fand sich die russische Minderheit schnell in einer politischen und gesellschaftlichen Randlage wieder. Alte Beziehungsnetzwerke und Sozialstrukturen waren zerstört. Unter den schwierigen ökonomischen und sozialen Bedingungen der Transformation des Landes und der anschließenden Konsolidierungsphase (welche weitgehend von den Bedingungen einer schwachen oder sogar rezessiven Konjunktur geprägt ist), musste jeder zunächst zusehen, die materiellen Grundlagen für seine Existenz zu sichern. (Kutsar 1996) Dies galt nicht nur für die Minderheit, doch traf der ökonomische Umbruch die Russen härter als die Esten (vgl. Kapitel 3). Fraglich ist, ob mit dem weitgehenden Verlust der eigenen Elite in den politischen und sozialen Entscheidungsinstanzen das Verhältnis zwischen den Russen in Estland und der estnischen Bevölkerungsmehrheit an einem Schlusspunkt angelangt ist, von dem aus eine Mobilisierung der russischen Minderheit auch für die Zukunft ausgeschlossen bleibt. Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, wird zunächst betrachtet, wie sich die Russen mit dem neuen estnischen Staat arrangiert haben.

In Anlehnung an Hirschman (1970; vgl. a. Laitin 1998: 159 ff.; Smith 1999: 83 ff) lassen sich vier Optionen identifizieren, die der russischen Minderheit nach der grundlegenden und umfassenden Entwertung ihres kulturellen, sozialen und ökonomischen Kapitals im neuen estnischen Staat offen standen: „exit“ (Auswanderung), „loyalty“ (Loyalität zum neuen Staat), „voice“ (politischer Widerstand) und „arms“ (bewaffneter bzw. gewalttätiger Widerstand). Im folgenden wird untersucht, inwieweit die russische Minderheit von diesen Optionen Gebrauch machte. Dabei wird die Frage nach dem Mobilisierungspotential der Gruppe im Auge behalten:

### **5.2.1. Optionen, die keine waren: „Exit“ und „Arms“**

Wir wissen, dass nur ein kleiner Teil der russischen Minderheit bis heute aus Estland ausgewandert ist und dass gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ethnien bis heute ausblieben. Letzteres war ein wesentlicher Anlass für die Verfassung dieser Arbeit. Das heißt jedoch nicht, dass die „exit“- oder die „arms“-Option keinerlei Rolle gespielt haben.

Sie waren und sind als Option immer vorhanden, um als unzumutbar empfundenen Zuständen zu entgehen oder sie zu beenden. Aus diesem Grund gilt es nachzuvollziehen, warum beide Optionen bisher nicht realisiert wurden und die Scheidepunkte in der Entwicklung der ethnischen Beziehungen zu identifizieren, an denen auch ein Exodus oder gewaltsamer Widerstand der Russen möglich gewesen wäre, um dann herauszuarbeiten, warum die Russen sich für andere Optionen entschieden haben und friedlich in Estland weiterleben.

Hinsichtlich des Potentials zur Mobilisierung macht Abwanderung eine Mobilisierung unwahrscheinlich, und dies nicht nur deshalb, weil die Abgewanderten der Minderheit schlicht für eine Mobilisierung nicht zur Verfügung stehen. Wenn von dieser Option vor allem diejenigen Gebrauch machen, die sich Chancen auf Arbeitsplatz und Wohnung im Ausland ausrechnen können, dann gehen der Gruppe gerade jene Mitglieder verloren, die aufgrund ihrer Bildung, Qualifikation und Beziehungen über strategisch wichtige Ressourcen verfügen. Abwanderung bedeutet also über den rein quantitativen Aspekt hinaus vor allem eine strategische Schwächung der zurückgebliebenen Gemeinschaft. Die gewaltsame Konfrontation durch die Ausnutzung ethnischer Spannungen als extremer Ausdruck kollektiver Aktion setzt dagegen naturgemäß ein hohes Maß an Mobilisierung voraus.

#### **5.2.1.1. „Exit“**

Vertreter des gesamten politischen Spektrums der Esten strebten nach der Unabhängigkeit danach, die russischen Einwohner des Landes möglichst schnell loszuwerden. Ihre Hoffnungen richteten sich dabei nicht nur auf Russland als Auswanderungsziel, sondern sie versuchten, auch andere Länder zur Aufnahme russischer Auswanderer aus Estland zu bewegen. In diesem Sinne nahmen estnische Spitzenpolitiker bereits unmittelbar nach der Unabhängigkeit Kontakt mit Kanada und Argentinien auf. Darüber hinaus richtete die estnische Regierung einen Remigrations-Fonds ein, der russischen Familien, die zur Auswanderung nach Russland bereit waren, denen aber das Geld dazu fehlte, finanzielle Unterstützung bieten sollte. (Laitin 1998: 166 f)

Auswanderung nach Russland oder in ein anderes Land spielte jedoch in den Überlegungen der russischen Minderheit eine sehr geringe Rolle: Nur etwa 1% der gesamten Minderheit hatte sich bis 1995 definitiv entschlossen, Estland zu verlassen, weitere 5,2% (in Tallinn)

bzw. 7% (im Nordosten) hätten Estland gern verlassen, wussten aber nicht, wohin. Zwei Drittel wollten dauerhaft in Estland bleiben, und etwa 1/3 erwog zu diesem Zeitpunkt die Ausreise. (Tabelle 5-3; vgl. auch Geistlinger/Kirch 1995: 19f)

**Tabelle 5-3: Ausreisewilligkeit von Russen in Tallinn und Nordost-Estland, 1995**

Haben Sie schon darüber nachgedacht, Estland zu verlassen?	Tallinn	Nordost-Estland
Ja, ich habe mich entschieden und auch schon einen neuen Wohnort und Arbeitsplatz gewählt	0,9	1,4
Ich würde gerne Estland verlassen, weiss aber nicht, wohin	6,5	5,2
Ich habe darüber nachgedacht, mich aber noch nicht entschieden	5,1	5,2
Ich lasse mir mit dieser Entscheidung Zeit und warte erst einmal ab, wie sich die Dinge in Estland entwickeln	22,8	23,5
Nein, ich habe mich entschieden, in Estland zu bleiben	64,7	64,8

Quelle: Open Estonia Foundation 1997b

Der in Abschnitt 5.1 genannte Wanderungssaldo von –62.000 Russen zwischen 1989 und 1997 lässt erkennen, dass das 1995 noch eine Ausreise erwägende Drittel der russischen Bevölkerung diese Überlegung nicht in die Tat umgesetzt hat, denn sonst hätten weit über 130.000 Russen das Land verlassen haben müssen.<sup>97</sup>

Eine Ursache für die geringe Ausreisewilligkeit ist im Verhältnis der estnischen Russen zu Russland zu suchen. Laitin (1998: 161 ff) zeichnet ein sehr ambivalentes Bild der Haltungen von estnischen Russen zu Russland. Einerseits zitiert er von ihm interviewte estnische Russen und Zeitungsartikel, die deutlich machen, wie sehr Russland selbst für in Estland geborene Russen als „Heimat“ gilt und dass ihnen die politischen und sozialen Geschehnisse in Moskau weit näher sind als die in Tallinn. (Laitin 1998: 164 ff) Andererseits berichtet Laitin von estnischen Russen, die sich selbst als „Russen“ verstehen, aber nicht angeben können, wo

<sup>97</sup> Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein nicht unerheblicher Teil dieses Wanderungssaldos erzwungene Auswanderung von Angehörigen des Militärs, des KGB oder ähnlicher sowjet-staatlicher Institutionen war. Hirschman (1970) definiert die exit-Option jedoch als eine individuelle Entscheidung, die ein klares Entweder-Oder beinhaltet. Damit sind diese erzwungenen Auswanderungen bei der Analyse zu vernachlässigen, d. h. die exit-Option spielte eine weit geringere Rolle, als sie in dem Wanderungssaldo scheinbar zum Ausdruck kommt.

genau in Russland ihre „Heimat“ lokalisiert ist, oder aber Orte als ihre Heimat angeben, die gar nicht in Russland liegen:

„For example, Natal'ia Berezhkova sees herself as „Russkaja“, but couldn't say precisely where her homeland was. Or again, Olga Guzhvina claimed that she moved around so much that she couldn't really say where her homeland is. In the Estonian-language class I participated in for the unemployed, an early dialogue required us to say (in Estonian) where we were from. More than half of the students who did not say „Estonia“ reported places outside of the core Russian zone, such as Uzbekistan, Kazakhstan, Moldova, and Siberia. I surmised that many of them grew up in prison camps, yet like many Russians even today were unwilling to admit it. Virtually all lived in families where there was such fear of the state that information about parental roots was hidden from the child. For most Russians in Estonia whom we spoke to, there is no village, no neighborhood, no housing bloc in Russia, that represents their „real“ home“. (Laitin 1998: 169)

Trotz dieser – wenn auch ambivalenten – Heimatgefühle, die viele estnische Russen mit Russland assoziieren, gaben die meisten von ihnen an, Russland als „chaotisch“ und russische Russen als „fremd“ zu empfinden. (Laitin 1998: 161 ff) Eine der von ihm interviewten Russinnen, Direktorin einer Ausbildungseinrichtung für Lehrer in Narva, die einen großen Teil ihres Personals aus St. Petersburg rekrutierte, meinte, dass die Angst der estnischen Russen vor Chaos und Unordnung (in Russland) weit größer gewesen sei als ihre Angst vor dem Verlust von Würde und Identität. Andere estnische Russen verwiesen auf Erfahrungen, wonach die russischen Russen die estnischen Russen geradezu hassten, weil sie einen besseren Lebensstandard hätten und weil ihr Denken westlich geprägt sei.

Laitin (1998: 165) kommt infolgedessen zu der Schlussfolgerung: „Thus we see two contradictory lines of thinking: Russia as ‚foreign‘ and Russia as ‚homeland‘.“ Letztlich scheint aber die Distanz zu Russland und die kritische Einschätzung der dort gebotenen Lebenschancen überwogen zu haben:<sup>98</sup> „[...] public discourse among Russians in Estonia is not over the question of when to leave, but on how to stay“. (Laitin 1998: 167) Selbst für den harten Kern der radikal anti-estnisch eingestellten Russen in Estland gilt, dass sie ihren Landsleuten raten, in Estland zu bleiben und nicht nach Russland auszuwandern. (Laitin 1998: 168)

---

<sup>98</sup> Laitin beschränkt sich in seinen Ausführungen auf die Feststellung dieses ambivalenten Verhältnisses der estnischen Russen zu Russland. Diese Ambivalenz kann allerdings dem Umstand geschuldet sein, dass Laitin hier auf eine beschränkte Anzahl von Interviews und Zeitungsartikeln zurückgreift, die einzelne Meinungen vergleichsweise stark gewichten und nicht unbedingt repräsentative Meinungsbilder erfassen. Nichtsdestotrotz erscheint die von ihm beobachtete Ambivalenz nachvollziehbar. Weiter unten werden repräsentative Daten verwendet, um einen genaueren Überblick der Meinungen und Orientierungen der estnischen Russen zu ihrem Status und den Lebensbedingungen in Estland zu erhalten.

Die Gründe für das Verweilen der Russen in Estland sind ebenso mannigfaltig wie einsichtig. Die Lebensbedingungen in Russland, vor allem die Chancen, Arbeit und Wohnraum zu finden, werden von vielen Russen in Estland als so schlecht angesehen, dass selbst arbeitslos gewordene Russen lieber in Estland bleiben wollten, als nach Russland umzusiedeln. (Laitin 1998: 162)<sup>99</sup> Die Option, nach Russland auszuwandern, wurde besonders dadurch beeinträchtigt, dass bereits 1992 viele der bereits dorthin ausgewanderten hochqualifizierten Russen nach Estland zurückkamen, weil sie dort keine Erwerbsmöglichkeiten fanden. (Laitin 1998: 170)<sup>100</sup>

Doch neben den mangelhaften Bedingungen in Russland haben auch einige der von den estnischen Regierungen geschaffenen Bedingungen in Estland selbst dafür gesorgt, dass eine Auswanderung für die estnischen Russen kaum praktikabel war. So war der Erwerb von Immobilien vielfach nur Esten vorbehalten. Russen, die auswandern wollten, waren bei der Veräußerung ihres Wohneigentums in Estland darauf angewiesen, estnische Käufer zu finden. Bei dem sich gerade erst entwickelnden Wohnungsmarkt und den geringen finanziellen Mitteln der meisten privaten Haushalte war es äußerst schwierig, überhaupt Käufer zu finden, besonders schwierig war dies jedoch in einer mehrheitlich von Russen bewohnten Umgebung. Auch war die über den Remigrations-Fonds zugesagte finanzielle Unterstützung für ausreisewillige Russen und ihre Familien so karg, dass sie bei den Russen eher Entrüstung hervorrief als dass sie als wahre Hilfe empfunden wurde. Mit der Unabhängigkeit Estlands und dem neuen politischen und ökonomischen Kurs der Regierung(en) erlahmte darüber hinaus der früher gewohnte Kontakt zu Russland auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Der Handel mit Russland nahm schnell sehr massiv ab: Machte er 1991 noch 95% des gesamten Außenhandelsvolumens aus, so waren es zwei Jahre später nur noch 26%. Der Empfang des russischen Senders Ostankino, der ein wichtiges kulturelles Bindeglied zu russischen Sowjetrepublik ist, wurde von der estnischen Regierung eingeschränkt. Schließlich wurden auch private Besuche in Russland für Russen in Estland immer schwieriger, weil die

---

<sup>99</sup> Laitin schränkt diese Befunde allerdings in der Hinsicht ein, dass er keine Interviews mit tatsächlich nach Russland ausgewanderten estnischen Russen geführt hat. Andere Untersuchungen über diese Gruppe (Filippova 1996 – nach Laitin 1998: 164) ermittelten als Hauptmotiv für die Auswanderung nach Russland die Sorge um die Bildungs- und Erwerbschancen ihrer Kinder, weil diese in den nun selbständigen Nachfolgestaaten der UdSSR mit verschärften Sprachanforderungen konfrontiert seien (Laitin 1998: 164).

<sup>100</sup> Um das tatsächliche Ausmaß dessen, was Remigranten in Russland erwartete, zu verdeutlichen, sei hier auf ein weiteres Beispiel von Laitin verwiesen, das sich allerdings nicht auf estnische Russen bezieht: Russische Remigranten, die Kasachstan Richtung Russland verlassen hatten, mussten bald feststellen, dass sie als Arbeits- und Wohnungssuchende in Russland nicht Fuß fassen konnten. Von russischen Immigranten, die in der Jaroslavl-Region in der Motorenfabrik Tutaev Arbeit fanden, wurde berichtet, dass sie die ersten 6 Monate keinen Lohn bekamen. Ihre Familien hungerten über Monate hinweg, die Kinder litten an Tuberkulose und Nervenkrankheiten. Nach einer Umfrage entschied sich jeder fünfte ‚Heimkehrer‘ schließlich, nach Kasachstan zurückzukehren (Laitin 1998: 174).



von der Regierung eingeführten Visa für Fahrten nach Russland zu teuer geworden sind. Schließlich hat die Kontaktaufnahme der estnischen Regierung mit Kanada und Argentinien zwecks Vereinbarungen über die Aufnahme russischer Auswanderer aus Estland selbst eine Gegenreaktion der Russen provoziert. Auf dieses deutliche Zeichen der Unerwünschtheit im Land hin forderten Vertreter der Russen ihre Landsleute dazu auf, eventuell schon gepackte Koffer wieder auszupacken und nun erst recht in Estland zu bleiben. (Laitin 1998: 167 ff)

Angesichts dieser Vielzahl an Faktoren, die eine Auswanderung nach Russland als wenig sinnvoll erscheinen ließen, erscheint es nur plausibel, dass die übergroße Mehrheit der estnischen Russen in Estland blieb.

#### **5.2.1.2. „Arms“**

Ebenso wie Abwanderung spielte die Option des gewaltsamen Widerstands gegen den exklusiven national-estnischen Kurs der neuen Regierung bisher keine Rolle. Dabei gab es vor allem im unmittelbaren Anschluss an den Putschversuch in Moskau im August 1991 und die damit einhergehende Erklärung der Unabhängigkeit Estlands, aber auch in den ersten zwei Jahren nach der Unabhängigkeit einige Gelegenheiten, an denen sich militante ethnische Konflikte hätten entzünden können. So beobachtete der im Auftrag des Premierministers nach Kohtla-Järve entsandte estnische Parlamentarier Tiit Vähi, später auch Premierminister des Landes, im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Moskauer Putschversuch und der Unabhängigkeitserklärung des Obersten Rats der Republik Estland die Formierung militanter Gruppen und „gesetzlose Zustände“. Vertreter der Russen konterten, dass Gesetze der neuen estnischen Regierung nicht befolgt werden müssten, weil diese Regierung ebenso wie die von ihr geleitete Republik selbst illegal seien. Die Zustände waren immerhin so ernst, dass öffentlich über die Verhängung des Kriegsrechts diskutiert wurde. (Laitin 1998: 178)

Das Verhältnis zwischen den beiden ethnischen Gruppen blieb das ganze folgende Jahr über gespannt. Insbesondere die in dieser Phase forcierten Anstrengungen der Regierung, die Russen zur Auswanderung zu drängen und ihren Status im Land durch Staatsbürgerschafts-, Sprach- und Wahlgesetze zu verschlechtern (siehe Kapitel 3), wurden von den Russen als Demütigungen erfahren, unter denen Situation immer weiter zu eskalieren drohte. (Laitin 1998: 178 f.; Birckenbach 2000: 41 f) Die Lage spitzte sich insbesondere zu, als Vertreter der russischen Minderheit 1992 Wahlen zu einem Parlament der Nicht-Bürger und 1993 und 1994

eine Reihe von Streiks sowie Referenden über die Autonomie der Gebietskörperschaften im Nordosten des Landes organisierten. Die estnische Regierung wollte die Durchführung dieser Abstimmungen verhindern. Radikal anti-estnische Russen, wie etwa der der Interfront angehörende Abgeordnete des Obersten Rats Vladimir Lebedev, befürchteten, dass mit der Verhinderung dieser Wahlen die Situation so weit eskalieren würde, dass militante Auseinandersetzungen und militanter Separatismus der Russen dann nicht mehr aufzuhalten gewesen wären. (Laitin 1998: 178)

Doch trotz der zunehmend gespannten Lage zwischen den beiden ethnischen Gruppen kam es zu keinem Zeitpunkt zu militanten ethnischen Auseinandersetzungen. Wie ist dieser Umstand zu erklären? Laitin (1998: 178 ff) erklärt dieses Phänomen mit Rückgriff auf den von Deutsch et al. (1957) geprägten Begriff der „security community“ und erläutert dieses Konzept wie folgt:

„In the Baltics, the principal mechanism holding back violent expression of internationality tensions is the institutionalization of what Karl Deutsch has called a „security community“. There has been violence in the Baltics, but spokespersons for both sides of the ethnic divide have consistently given this violence a non-ethnic „spin“.” (Laitin 1998: 178) „In Estonia, (...), there seems to be an implicit compact on both sides of the ethnic divide to define acts of violence as random or caused by other factors than ethnic ones.” (ders.: 180) „In a security community, there is no expectation of violence, and therefore no preparation for defense against it. Yet if violence does occur, under conditions of a security community, there must be a common interpretive framework on both sides of a cleavage to define that violence in terms that do not refer to that cleavage.” (ders.: 181) „ This sense of no expectation of violence is the essence of what Deutsch meant by the term „security community“. (...) In Estonia, the security community contains a self-fulfilling prediction that acts of violence between persons of different nationalities do not constitute internationality violence, and therefore do not call for ethnic retaliation. This expectation has been an important mechanism in containing violence in Estonia.” (ders.: 184)

Der springende Punkt in der Erklärung des Ausbleibens gewaltsamer ethnischer Konflikte in Estland besteht für Laitin also darin, dass die beiden ethnischen Gruppen zwar jeweils in der anderen den Gegner erkennen, den es zu bekämpfen gilt, doch keine der beiden Gruppen tatsächlich gewaltsame Aktionen plant oder erwartet. Als Beleg für diese These führt Laitin eine Reihe von Beispielen gewaltsamer Aktionen an, die als ethnisch motivierte Taten hätten interpretiert und jeweils einer ethnischen Gruppe als ganzes zugeschrieben werden können, jedoch anders interpretiert und zugeschrieben wurden. So wurden etwa Steinwürfe auf eine estnische Schule in Narva als Einzelfall abgetan und keineswegs als systematisch geplante Tat organisierter russischer „Hooligans“ interpretiert. (Laitin 1998: 181) Eine Serie von Morden

an prominenten Russen in Narva wurde ebenfalls nicht als ethnisch motiviert betrachtet, sondern mit der „Russen-Mafia“ in Zusammenhang gebracht. (Laitin 1998: 183) Weiter führt Laitin eine Reihe von Zusammentreffen estnischer Politiker mit radikalen Russen, teilweise sogar russischen Milizverbänden, an, in deren Zusammenhang die Esten sich nach eigenem Bekunden zu keiner Zeit persönlich bedroht fühlten. Er berichtet auch von estnischen Jugendlichen, die sich bei Besuchen von russischen Nachtclubs keineswegs gefährdet fühlten. Auch weist er darauf hin, dass selbst radikal anti-estnische Russen nirgendwo Waffenlager unterhielten oder sonstige Vorbereitungen auf gewaltsame Auseinandersetzungen mit den Esten trafen. (Laitin 1998: 180 ff) Schließlich verweist Laitin auf seine spieltheoretisch fundierte quantitative Untersuchung zur Identitätsformation in den von ihm untersuchten vier Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die deutlich zeige, wie gering die Gewaltbereitschaft der beiden ethnischen Gruppen in Estland sei. (Laitin 1998: 325 ff)

Wenngleich die von Laitin genannten Beispiele scheinbar den von ihm behaupteten Konfliktvermeidungsstrategien einer „security community“ entsprechen, erscheint diese Erklärung jedoch bei näherer Betrachtung wenig befriedigend. So erklärt sie nicht, wie der angenommene unterschwellige Pakt zwischen den beiden ethnischen Gruppen zustande kommt und warum beide Seiten sich auf diese Position einigen. Gerade im Falle Estlands und insbesondere zu dem hier betrachteten Zeitraum, unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung des Landes, erscheint die Annahme einer „security community“ von Esten und Russen mehr als zweifelhaft. Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass die Esten – zumindest die estnischen Politiker – mit ihrer Ethnopolitik in dieser Phase vor allem ein Ziel verfolgten, nämlich die russischen Einwohner des Landes so schnell wie möglich loszuwerden und ihnen den weiteren Aufenthalt in Estland so weit wie möglich zu erschweren.<sup>101</sup> Woher in dieser Situation auf Seiten der Esten das Motiv für einen Pakt mit den Russen kommen soll, auf Gewalt zu verzichten und dennoch vorkommende Akte von Gewalt als nicht ethnisch motiviert zu interpretieren, ist nicht ersichtlich. Auch von Seiten der Russen erscheint ein solcher Pakt alles andere als plausibel oder zweckmäßig, denn schließlich war ihre fortwährende Erfahrung in dieser Phase, dass die Esten ihnen mehr und mehr Rechte beschnitten, ihre Lebensbedingungen verschlechterten und dass ihr Status in der Gesellschaft immer weiter sank. Wenn eine der beteiligten Parteien so offensichtlich benachteiligt ist wie es die Russen in Estland waren, dann macht ein (Nichtangriffs-)Pakt mit der anderen Partei keinen Sinn.

---

<sup>101</sup> Vgl. hierzu auch Kap. 3

Der Verweis auf die empirisch gemessene geringe Gewaltbereitschaft der beiden ethnischen Gruppen kann ebenfalls kaum als Beleg für die Existenz einer „security community“ gelten, da Laitin nicht prüft, welche Motive der geringen Gewaltbereitschaft zugrunde liegen, d.h. alternative Erklärungen zu seiner Behauptung einer „security community“ gar nicht in Betracht zieht.

Der wohl wesentlichste Einwand gegen Laitins Erklärungsansatz ist, dass die von Laitin interviewten Vertreter der russischen Radikalen immer wieder deutlich machen, dass an verschiedenen Punkten in der Entwicklung, vor allem im Zusammenhang mit den Unabhängigkeitsreferenden der Städte und Gemeinden im Nordosten, mit Gewalt gerechnet wurde. Laitin (1998: 178, 182) beschreibt selbst, dass Berichten zufolge im Juli 1993, dem Zeitpunkt, an dem die Referenden im Nordosten durchgeführt wurden, bewaffnete Banden von Russen auf der russischen Seite der Grenze<sup>102</sup> warteten und im Falle eines Eingreifens estnischer Verbände die Grenze überquert und die estnischen Russen in ihrem „Unabhängigkeitskampf“ unterstützt hätten. Damit ist Laitins zentrale Annahme über das Bestehen einer „security community“, das gegenseitige Nichterwarten von Gewalt, gar nicht gegeben gewesen. Im Gegenteil, es scheint vielmehr so gewesen zu sein, dass an einzelnen Punkten in der Entwicklung der ethnischen Beziehungen nach der Unabhängigkeit Estlands immer wieder mit Gewalt gerechnet wurde, letztlich aber diese Situationen doch immer wieder entschärft werden konnten.

Birckenbach (1999; 2000), die viele Jahre für die OSZE in Estland tätig war, behauptet ganz im Gegensatz zu Laitin, dass die Lage in Estland eher dadurch gekennzeichnet war, dass ständig der Ausbruch von Gewalt zwischen beiden ethnischen Gruppen drohte und beide Seiten auch bereit zu Gewalt waren. Auch sieht sie anders als Laitin im Land und in den beiden ethnischen Lagern selbst kaum Ressourcen, den Ausbruch dieser Gewalt zu verhindern:

„Gründe zur gewaltsamen Eskalation des Konflikts hat es seit 1991 mehrfach gegeben. Die staatlichen Akteure Estland und Russland verfolgen gegensätzliche Ziele, und auch innenpolitisch stehen sich Nationalisten, die Parolen wie „Estland den Esten“ im Munde führen, und gekränkte Vertreter der russischsprachigen Minderheit in einer Gesellschaft gegenüber, in der Fähigkeiten zum konstruktiven Konfliktaustrag nur rudimentär erkennbar sind. Allen Konfliktparteien wäre es möglich, über wenige provozierende Aktionen eine Eskalation mit unabsehbaren Folgen in Gang zu setzen“. (Birckenbach 1999: 153 f)

---

<sup>102</sup> Narva ist ein Grenzort. Hier verbindet die „Freundschaftsbrücke“ über die Narva Estland und Russland.

Die immer wieder im letzten Moment vor Ausbruch von Gewalt erreichte Entschärfung des ethnischen Konflikts verdankte sich nach Auffassung von Birckenbach keineswegs einer impliziten tieferen Einsicht oder Vernunft der beiden Konfliktparteien, wie Laitin mit seinem „implicit compact“ nahe legt. Sie war viel mehr das Resultat internationalen Drucks, oder, in der Terminologie Birckenbachs „präventiver Diplomatie“.<sup>103</sup> Dazu zählt nicht nur die Angst vor einer möglichen militärischen Intervention Russlands zum Schutz der russischen Minderheit. Wie real diese Möglichkeit war, hatte sich im Moldavien-Konflikt um Transdnestrien gezeigt. (Laitin 1998: 330) Darüber hinaus waren laut Birckenbach (1999; 2000) internationale Organisationen und ihre präventiven und vermittelnden Aktivitäten in Estland von entscheidender Bedeutung für das Ausbleiben gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Esten und Russen. Sie verweist hier auf die Rolle der Vereinten Nationen, den Europarat und seine Parlamentarische Versammlung, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, den Ostseerat und seinen Kommissar für Menschenrechte, vor allem aber auf die OSZE mit ihrem Hochkommissar für Nationale Minderheiten, ihrem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte sowie ihrer Langzeitmission in Tallinn mit zwei zusätzlichen Regionalbüros in Ida-Virumaa. Die Arbeit dieser Organisationen wurde von Westeuropa unterstützt und ihre Bemühungen, die bewusst nicht nur einer der beiden Ethnien galten, wurden im Land von NGOs begleitet.<sup>104</sup> Von der internationalen Unterstützung machten nicht nur die Esten und estnischen Russen Gebrauch, sondern auch Russland. (Birckenbach 2000) Dass überhaupt in diesem Umfange von außen in das Geschehen in Estland eingegriffen werden konnte, lässt sich wohl nur durch den Wunsch der estnischen Regierung erklären, Anschluss an den Westen und Zutritt zur EU zu finden. Dadurch war sie gezwungen, Rücksicht auf die Vorgaben westlicher Staaten und Institutionen zu nehmen.

---

<sup>103</sup> Dieser Aspekt wird zwar auch von Laitin gesehen, der die Rolle des u.a. von den USA finanziell unterstützten Presidential Roundtable on National Minorities, der im weiteren Verlauf des Textes genauer erörtert wird, bei der Beilegung der Konflikte um die russischen Unabhängigkeitsreferenden im Nordosten Estlands betont (Laitin 1998: 182). Allerdings setzt er diesen Aspekt nicht in Zusammenhang mit seiner These der „security community“. Wenn in Estland tatsächlich eine „security community“ gegeben wäre, so die hier vertretene Auffassung, dann wäre internationaler Druck – Laitin benutzt den Ausdruck „international pressure“, nicht etwa „mediation“, wie Birckenbach (2000) – wohl kaum nötig gewesen, um eine Eskalation des Konflikts zur Gewalt zu verhindern. Qua Laitins Definition einer „security community“ wäre die Erwartung von und Bereitschaft zu Gewalt von vornherein in beiden Ethnien ausgeschlossen gewesen.

<sup>104</sup> Mittlerweile gibt es zwei NGOs in Estland, die Betroffenen Rechtsberatung bieten: Das „Estonian Institute for Human Rights“ (EIHR), das auch in Narva tätig ist, und das „Legal Information Centre for Human Rights“ (LICHHR), das auf Tallinn beschränkt ist. Nach Birckenbach (2000: 39) ist die Zusammenarbeit mit der OSZE in Narva fruchtbarer als in Tallinn. Gerade in das LICHHR wird Hoffnung gesetzt als „one of the few attempts in Estonia to develop competence in the understanding of human rights issues, whereas Estonian judges or the legal education system, for instance, have remained uninterested“ (Birckenbach 2000: 39).

Die Europäische Kommission intervenierte bei Staatspräsident Meri, um ein Veto gegen das vom Parlament beschlossene Ausländergesetz zu erreichen. Im Gegenzug sahen die Vertreter der russischen Minderheit ihrerseits von eskalierenden Maßnahmen ab. OSZE und der UN-Hochkommissar für Nationale Minoritäten erreichten, dass die estnische Regierung die Referenden im Nordosten duldet, indem die Vertreter der Russen dazu gebracht wurden, ihre generelle Respektierung der territorialen Integrität Estlands zu erklären. Die beiden ethnischen Parteien einigten sich darauf, den Referenden zunächst nur den Wert einer Willensäußerung, nicht aber den einer tatsächlichen politischen Entscheidung beizumessen. In einem zweiten Schritt sollte das estnische Verfassungsgericht entscheiden, ob die Referenden der Verfassung des Landes entsprachen. (Birckenbach 2000: 42)

Eine wichtige Funktion der OSZE-Mission wurde die Kommunikation zwischen Minderheit und staatlichen Behörden. Da es keine systematische öffentliche Informationspolitik der estnischen Behörden gibt, blieb die Information über die Rechte der Minderheitsangehörigen, die Beantragung von Pässen, Staatsbürgerschaft u.a.m., allein den wenigen NGOs oder den Missionen der OSZE überlassen. Infolgedessen ist auch das Vertrauen der Nicht-Staatsbürger in das estnische politische System weitgehend erschüttert. Die OSZE-Mission erfüllt hier offensichtlich eine Brückenfunktion:

„In the face of broken communication between Estonian officials and non-citizens, the Mission serves as a bridge, explaining the laws and procedures for registration and naturalisation, and motivating visitors to search for needed documents and to act according to the regulations“ (Birckenbach 2000: 40)

Versuche der Mission, zwischen Vertretern der Minderheit und Repräsentanten der Mehrheit einen Dialog in Gang zu bringen, blieben jedoch ohne Erfolg. Auch die Idee, als strategisch wichtig angesehene Berufsgruppen wie Lehrer, Journalisten und Forscher aus beiden ethnischen Lagern zusammenzubringen, scheiterte. Selbst in dem ethnisch gemischt zusammengesetzten Forscherteam, das im Auftrag der estnischen Regierung das „Staatliche Integrationsprogramm 2000“ (vgl. Kapitel 3) verfasst hat, kam es kaum zu interethnischem Dialog. (Birckenbach 2000: 43 f)<sup>105</sup>

---

<sup>105</sup> Hinsichtlich der Zeitungen erklärt Birckenbach diesen Missstand mit mangelndem Interesse der estnischen Zeitungsverleger. Sie gingen davon aus, dass ihre Zielgruppe, die estnischen Leser, nicht an Nachrichten über die Minderheit interessiert sei. Selbst Konferenzen zur Minderheitenfrage mit prominenten Experten aus dem Ausland wurden von der Presse weitgehend ignoriert. Gemeinsame Veranstaltungen kamen bisher nicht zustande. Die estnischen Journalisten verfügen über gute Auslandskontakte und sind bei der Herstellung von Kontakten zu westeuropäischen Zeitungen nicht auf die Vermittlung der OSZE angewiesen. Unter Rückgriff auf die Meinung von Diplomaten kommt Birckenbach (2000: 44) angesichts dieser Erfahrungen zu einer sehr pessimistischen Gesamteinschätzung: „In the light of these experiences, most

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil internationaler Vermittlungstätigkeit im ethnischen Konflikt Estlands war der „Presidential Roundtable on National Minorities“. (Semjonov 2000) Er wurde auf dem Höhepunkt der Krise eingerichtet, die durch die Einführung des Ausländergesetzes 1993 ausgelöst wurde. Über die im Gesetz festgelegten Bestimmungen, insbesondere die Frist zur Beantragung von begrenzten und unbegrenzten Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnissen kam es nach Verzögerungen, Desinformation und Konfusionen im Zuge der Implementierung des Gesetzes zum Konflikt. Wie bereits beschrieben, wehrten sich lokale Autoritäten im Nordosten gegen das neue Gesetz, so dass eine Eskalation in einen bewaffneten Konflikt befürchtet wurde. Besonders umstritten waren die Bestimmungen zu Aufenthalt und Arbeitserlaubnis für Ausländer.<sup>106</sup> Das Gesetz wurde von den Betroffenen zunächst so interpretiert, dass die Beantragung einer Aufenthaltsgenehmigung gleichzeitig den Verzicht auf eine spätere estnische Staatsbürgerschaft bedeute. Auf Intervention der OSZE hin versprach die estnische Regierung schließlich, die missverständlichen Passagen des Gesetzes zu präzisieren und versicherte, dass die Befürchtungen in der russischen Bevölkerung grundlos seien. (Zaagman 1999: 41)

Der runde Tisch sollte einen Dialog zwischen Regierung und Vertretern der Minderheiten in Gang bringen. Bis zum März 1995, als schließlich 6 russischsprachige estnische Staatsbürger ins Parlament gewählt wurden, war er die einzige politische Institution, über die die russische Minderheit sich politisch artikulieren konnte.<sup>107</sup> Letztendlich hatten seine Empfehlungen jedoch einen eher symbolischen Charakter, er konnte weder den Präsidenten noch Mitglieder des Parlaments nachhaltig beeinflussen. Der damalige Leiter der OSZE-Mission in Estland, Timo Lahelma, zeigte die Grenzen des Roundtable auf:

---

diplomats are rather sceptical about whether, in today's Estonia, a class of intellectuals exists at all. Representatives of Russian-speakers confirm this view, pointing to the fact that most intellectuals have left the country and now work abroad.“ Die Gesprächspartner, die die Verfasserin persönlich vor Ort interviewt hat, sind jedoch zweifellos zur Gruppe der Intellektuellen zu zählen und waren sehr wohl in der Lage und auch bemüht, die thematisierten Sachverhalte aus einem möglichst objektiven Blickwinkel zu betrachten. Insofern kann die Verfasserin diese Schlussfolgerung von Birckenbach nicht teilen.

<sup>106</sup>Nach der ursprünglichen Fassung des Gesetzes vom 21. Juni 1993 waren alle Nicht-Staatsbürger aufgefordert, innerhalb von zwei Jahren einen Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung zu stellen. Wer dieser Aufforderung nicht nachkommen konnte oder wollte, war von Ausweisung bedroht. Zudem sollten Personen, die im Zusammenhang mit dem KGB gestanden hatten oder als Offiziere der Sowjetischen Armee gedient hatten, keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Trotz internationaler Kritik verabschiedete das Parlament den Gesetzesentwurf. Die im Text beschriebene Intervention des Europarats erreichte, dass der estnische Präsident sein Veto gegen dieses Gesetz einlegte. Um die Situation zu entschärfen, wurde schließlich den bereits vor dem 1. Juli 1990 in Estland lebenden Nicht-Staatsbürgern eine Aufenthaltsgarantie gegeben. Hatten die Betroffenen einen Antrag auf Einbürgerung gestellt, sollte der Aufenthalt bis zum Entscheid in jedem Fall gesichert sein. (Noorgard 1996: 200)

<sup>107</sup> Waren im 1991 gewählten Obersten Rat Estlands noch Repräsentanten der russischen Minderheit, u.a. über die Volksfrontliste, vertreten, so sorgten die nach der Unabhängigkeit erlassenen Staatsbürgerschaftsregelungen und Wahlgesetze dafür, dass nach der folgenden Wahl im September 1992 kein einziger Vertreter der russischen Bevölkerung mehr im Parlament vertreten war.

”The round-table has, beyond doubt, proven its usefulness as an instrument of institutionalised dialogue. Nevertheless, I would have wished that the recommendations of the round-table would have gained more prominence in the media and in the public debate. Also, while recognising the legal difficulties involved, I would also have expected a greater willingness on the part of the Parliament to come to grips with the problems pointed out by a unanimous round-table. Admittedly, since the russophones are now represented in Parliament, the significance of the round-table initiatives in the legislative work has diminished”. (Lahelma 1999: 31, zit.n. Birckenbach 2000: 34 f)

Aus diesen Gründen kündigten im Februar 1999 schließlich einige prominente Repräsentanten der russischen Minderheit ihre Teilnahme am Roundtable auf. Nach ihrer Einschätzung war der Roundtable nicht länger ein Instrument des Dialogs, sondern ein bedeutungsloses, wenn auch dekoratives Aushängeschild der estnischen Regierung gegenüber internationalen Beobachtern. Der Roundtable hörte damit nach sechs Jahren auf zu existieren. (Birckenbach 2000: 35)

Zweifellos hat der Einfluss internationaler Organisationen die ethnischen Beziehungen in Estland vor einer massiven Eskalation bewahrt, was nicht hoch genug bewertet werden kann. Gleichzeitig müssen aber auch die Grenzen solcher Instrumente und internationaler Diplomatie gesehen werden, wenn es gilt, eine wirkliche Entspannung der Beziehungen herbeizuführen. Haben sich die ethnischen Gruppen hinsichtlich ihrer Machtpositionen asymmetrisch entwickelt, wie es in Estland der Fall war, und ist eine entscheidende Veränderung der politischen Mehrheitsverhältnisse zugunsten einer stärkeren Beachtung der Minderheitenrechte und -wünsche nicht möglich, dann kann die diplomatische Konfliktprävention zwei Dinge nicht verhindern. Erstens: Selbst wenn die Konfliktparteien einen Kompromiss finden, der einer Eskalation entgegenwirkt, ist die schon eingetretene Verletzung von Status und Ansprüchen der Minderheit kaum rückgängig zu machen. Die Minderheit bleibt damit weiter von vielen gesellschaftlichen und politischen Teilhaberechten ausgegrenzt und auf Dauer verletzbarer. Zweitens: Damit bleibt die Gefahr bestehen, dass die verletzte Rechte und Ansprüche der Minderheit Anlass für deren Mobilisierung bieten.

Als Resümee lässt sich somit hinsichtlich der Frage, warum es in Estland bisher nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Esten und Russen kam, feststellen, dass Erklärungen, die nur einen Faktor als relevant für dieses Phänomen ansehen, offensichtlich zu kurz greifen. Vielmehr muss eine Kombination vieler Faktoren in Betracht gezogen werden. Zu nennen sind hier die Probleme der Legitimation gewaltsamen Handelns einer Regierung, die sich im Westen um Anerkennung und Aufnahme in die EU bemüht, worin sicherlich das



Hauptmotiv für den weitgehenden Erfolg der Vermittlung internationaler Organisationen und anderer Staaten im estnischen Ethno-Konflikt zu entdecken ist. Schließlich ist zumindest für die „heiße Phase“ der politischen Entwicklung im August 1991 auch die Angst vor einer militärischen Intervention Russlands bei der Aufzählung der Gründe für das Ausbleiben von Gewalt zu nennen. Mit großer Sicherheit ist auszuschließen, dass es sich bei Esten und Russen um die zwei Lager einer „security community“ handelt und es deshalb nicht zum Ausbruch von Gewalt kam. Die Frage, ob es in Estland zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Esten und Russen gekommen wäre, wenn die von außen auf die ethnischen Beziehungen im Land einwirkenden Faktoren nicht gegeben gewesen wären, bleibt zu spekulativ, um sie hier wissenschaftlich fundiert beantworten zu können.

Wenn „exit“ und „arms“ als Verhaltensoption für die estnischen Russen ausschieden, dann liegt es auf der Hand, dass sie sich in irgendeiner Weise mit dem neuen estnischen Staat arrangiert haben. Welcher Art dieses Arrangement ist, wird im folgenden Abschnitt entlang der Kriterien „loyalty“ und „voice“ geprüft.

### **5.2.2. Die Suche nach dem eigenen Platz in der neuen Gesellschaft: „Loyalty“ und „Voice“**

Die Entscheidung, sich loyal zu verhalten, bedeutet, die neuen Gegebenheiten zu akzeptieren und sich der veränderten Situation so gut anzupassen, wie es die persönlichen Ressourcen zulassen. Nach Hirschman hemmt Loyalität die Neigung zur Abwanderung und aktiviert auf der anderen Seite Widerspruch, da die Repräsentanten der Loyalität prinzipiell davon ausgehen, dass gewisse Beeinflussungsmöglichkeiten bestehen und sich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Institutionen letztlich zum ‚rechtschaffenen‘ Handeln entschließen würden. Loyales Verhalten beruht dabei allerdings nicht auf purem Glauben, dass alles sich zum Besseren wenden werde, sondern beinhaltet einen großen Anteil an rationalem Kalkül – solange Chancen zur Besserung gesehen werden, ist auch eine Investition sinnvoll. Loyalität hat ihre Grenze jedoch dort, wo diese Erwartungen dauerhaft nicht erfüllt werden. (Hirschman 1974: 67)

Widerspruch<sup>108</sup> ist der Versuch, die bestehenden Defizite der Institution einer Gesellschaft im Rahmen der legal bestehenden Möglichkeiten des Protests zu bekämpfen. Hirschman (1974: 25) fasst den Begriff des Widerspruchs sehr weit:<sup>109</sup>

„Als Widerspruch gilt dabei jeder wie immer geartete Versuch, einen ungünstigen Zustand zu verändern, anstatt ihm auszuweichen, sei es durch individuelle oder kollektive Petition an die unmittelbar Verantwortlichen, durch Berufung an eine höhere Stelle in der Absicht, einen Führungswechsel zu erzwingen, oder durch verschiedene Arten von Aktionen und Protesten, einschließlich jener, die zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung dienen sollen.“

Loyalität und Widerspruch stehen also in einem engen Zusammenhang, weshalb sie in der Analyse des politischen Handelns verschiedener Akteure und über einen längeren Zeitraum kaum trennscharf voneinander unterschieden werden können. Loyales Verhalten schlägt dort, wo es nicht mit entsprechendem Entgegenkommen anderer Gruppen und Institutionen hinsichtlich der eigenen Bedürfnisse honoriert wird, in Widerstand um, und Widerstand erlischt und mündet wieder in Loyalität, wenn die geforderten Änderungen erreicht sind. Auch die Vielzahl von Aktionen und Akteuren, die Hirschman in sein Konzept von Widerspruch einschließt – vom Individuum bis hin zu gesellschaftlichen Großorganisationen wie Parteien - erschwert eine Zuordnung des politischen Geschehens in einer Gesellschaft zu den beiden Kategorien. In der Regel gibt es kein einheitliches Massenhandeln, sondern Loyalität und Widerspruch existieren nebeneinander. Ein Beispiel hierfür besteht in dem Vorgehen radikal anti-estnischer Gruppierungen der estnischen Russen, die die Autonomie der russischen Siedlungsgebiete im Nordosten Estlands und damit eine konsequente Politik des Widerspruchs verfolgten, und dem eher auf einen Kompromiss zielenden Vorgehen moderater Russen, die einen Ausgleich mit dem neuen Obersten Rat Estlands anstrebten und sich letztlich mit der Erklärung zur grundsätzlichen Respektierung der territorialen Integrität des Landes durchsetzen konnten und so ihre Loyalität zu dem neuen Staat ausdrückten.

Diese praktischen Abgrenzungsschwierigkeiten von Loyalität und Widerspruch erfordern für die weitere Analyse folgende Vereinfachungen: Da individuelle Handlungen wie das Schreiben von Petitionen oder die Umsetzung personalpolitischer Strategien in

---

<sup>108</sup> Laitin definiert ebenfalls in Anlehnung an Hirschman Loyalität als das Anstreben minimaler Konzessionen an die (neue) nationale Kultur des Landes, die zur Erlangung der Staatsbürgerschaft notwendig sind. (Laitin 1998: 158) Diese Interpretation deckt sich nicht mit Hirschmans Definition von Loyalität. Diese beinhaltet neben (temporären) Konzessionen auch die Neigung zum Engagement, um die entsprechende Institution und damit auch die eigene Position zu verbessern. Ebenso hat Widerspruch m. E. nicht zum Ziel, innerhalb des Staates als autonome Gruppe anerkannt zu werden (ebd.), sondern stellt den Versuch dar, bei grundsätzlicher Anerkennung des bestehenden System seine Modifizierung, bzw. Verbesserung zu erreichen.

<sup>109</sup> Hier interessiert Widerspruch als Alternative zur Abwanderung; Hirschman behandelt Widerspruch auch als Ergänzung

gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Institutionen und dergleichen mehr, empirisch nicht systematisch fassbar sind, beschränkt sich die Analyse auf kollektive Handlungen gesellschaftlicher Großorganisationen wie Parteien oder Gewerkschaften und auf den von Hirschman zuletzt genannten Aspekt der Mobilisierung der öffentlichen Meinung. Zusätzlich wird die Analyse hier auf den von der russischen Minderheit in Estland bestimmten Teil der Öffentlichkeit eingeschränkt. Schließlich wird die individuelle Dimension nicht anhand von konkretem individuellem Handeln erfasst, sondern anhand von repräsentativen Untersuchungen über die Orientierungen der russischen Bevölkerung im neuen Estland hinsichtlich ihrer Zustimmung oder Ablehnung des neuen Staats und des neuen Wirtschaftssystems.

Im Hinblick auf die hier verfolgte Frage nach Mobilitätspotentialen der Minderheit nach Erreichen der Unabhängigkeit Estland folgt daraus, dass Loyalität im wesentlichen auf individuelle Anpassungsstrategien setzt und eine Mobilisierung blockiert, für die ja partikulare kollektive Interessen artikuliert und kommuniziert werden müssen. Widerspruch - in dem hier eingegrenzten Sinn kollektiv organisierten Widerstands - dagegen erfordert die Organisation und den Einsatz von kollektiven Ressourcen und die Mobilisierung zumindest eines Teils einer Gruppe, um Ansprüche an den Staat und die Regierung durchzusetzen. Die Chancen, die eigenen Forderungen durchzusetzen, wachsen dabei naturgemäß mit der Größe des Teils der Gesellschaft oder der Gruppe, der den Widerspruch unterstützt.

Themen, die sich aufgrund ihrer Brisanz für die Situation der Minderheit im neuen Estland, als Kriterien zur Überprüfung von „loyalty“- oder „voice“-Strategien anbieten, sind der Umgang der Minderheit mit den Regelungen zur Staatsbürgerschaft und zum Sprachgebrauch sowie die Orientierungen der Minderheit in Bezug auf den estnischen Staat und auf Russland sowie in Bezug auf das alte und das neue Wirtschaftssystem. Darüber hinaus ist zu prüfen, wie sich das System politischer Interessenvertretung innerhalb der Minderheitenelite entwickelt hat, nachdem im erfolgreichen Unabhängigkeitskampf der Esten die überkommenen Interessenvertretungsstrukturen der Russen obsolet geworden sind. In diesem Kontext ist von besonderem Interesse, ob und in welchem Ausmaß sich ethnische Entrepreneurinnen innerhalb der Minderheit identifizieren lassen, die auf eine Mobilisierung der russischen Ethnie gegen die Esten hinarbeiten. Erst auf der Grundlage der Ergebnisse dieses Untersuchungsschritts wird es möglich, Aussagen über die genaue Qualität des derzeit

beobachtbaren ethnischen Friedens – hier verstanden als das Ausbleiben gewaltsamer Auseinandersetzungen – und über seine mögliche zukünftige Entwicklung zu machen.

#### **5.2.2.1. Die Bedeutung der Staatsbürgerschafts- und Sprachregelungen für die Integration der Russen in die neue estnische Gesellschaft**

Infolge der veränderten ökonomischen Bedingungen und der exklusiven estnischen Staatsbürgerschafts- und Sprachgesetze wurde die russische Minderheit in Estland seit der Unabhängigkeit des Landes mehr und mehr in eine gesellschaftliche Randposition gedrängt und stärker als der estnische Teil der Bevölkerung mit neuen Anforderungen konfrontiert, um die eigene Existenz und Position in der Gesellschaft abzusichern. In einer 1994 und 1995 von der Open Estonia Foundation durchgeführten Untersuchung (Open Estonia Foundation 1997b) wurden die russischen Bewohner in Tallinn und im Nordosten nach den aus ihrer Sicht wichtigsten Kriterien für eine gesicherte Existenz in Estland gefragt. Zur Auswahl standen

- „Estnische Staatsbürgerschaft“,
- „sichere Arbeit und Beruf“,
- „ein gutes Einkommen“,
- „gute Estnischkenntnisse“,
- „Estnische Staatsbürgerschaft für die Kinder“,
- „verlässliche Familienbeziehungen“,
- „die Möglichkeit, die Wohnung zu privatisieren“,
- „die Befolgung der estnischen Gesetze“,
- „Freundschaften mit Esten“ und
- „Kenntnis der estnischen Kultur“.

Diese Kriterien mussten nach absteigender Bedeutung in eine Reihenfolge von 1 bis 10 gebracht werden. Zwischen 1994 und 1995 – dem Ende der Transformationsphase und in der kurzen Wachstumsphase der Wirtschaft des Landes - veränderten sich die Einschätzungen erheblich (Tabelle 5-4), wobei hier von besonderem Interesse ist, in welchem Verhältnis Staatsbürgerschafts- und Sprachregelungen zu den naturgemäß für die Existenzsicherung sehr wichtigen Faktoren Arbeit und Einkommen stehen.

**Tabelle5-4: Einschätzung der wichtigsten Faktoren, um als Russen in Estland die eigene Existenz abzusichern**

<b>Was ist Ihrer Meinung nach am wichtigsten, damit Sie sich in Estland abgesichert fühlen?</b>		
<b>Russen in Tallinn</b>		
<b>Rang</b>	<b>1994</b>	<b>1995</b>
1	gute Estnischkenntnisse	ein gutes Einkommen
2	sichere Arbeit und Beruf	gute Estnischkenntnisse
3	estnische Staatsbürgerschaft	sichere Arbeit und Beruf
4	ein gutes Einkommen	estnische Staatsbürgerschaft
5	estnische Staatsbürgerschaft für die Kinder	estnische Staatsbürgerschaft für die Kinder
6	verlässliche Familienbeziehungen	verlässliche Familienbeziehungen
7	Kenntnis und Befolgung der estnischen Gesetze	die Möglichkeit, die Wohnung zu privatisieren
8	die Möglichkeit, die Wohnung zu privatisieren	Kenntnis und Befolgung der estnischen Gesetze
9	Kenntnis der estnischen Kultur	Freundschaften mit Esten
10	Freundschaften mit Esten	Kenntnis der estnischen Kultur
<b>Russen in Nordostestland</b>		
<b>Rang</b>	<b>1994</b>	<b>1995</b>
1	sichere Arbeit und Beruf	estnische Staatsbürgerschaft
2	gute Estnischkenntnisse	sichere Arbeit und Beruf
3	estnische Staatsbürgerschaft	ein gutes Einkommen
4	ein gutes Einkommen	gute Estnischkenntnisse
5	estnische Staatsbürgerschaft für die Kinder	estnische Staatsbürgerschaft für die Kinder
6	verlässliche Familienbeziehungen	verlässliche Familienbeziehungen
7	Kenntnis und Befolgung der estnischen Gesetze	die Möglichkeit, die Wohnung zu privatisieren
8	die Möglichkeit, die Wohnung zu privatisieren	Kenntnis und Befolgung der estnischen Gesetze
9	Kenntnis der estnischen Kultur	Freundschaften mit Esten
10	Freundschaften mit Esten	Kenntnis der estnischen Kultur

Quelle: Open Estonia Foundation 1997b

Sahen die Tallinner Russen 1994 noch die Beherrschung der estnischen Sprache, einen sicheren Arbeitsplatz und Beruf und die estnische Staatsbürgerschaft sowie ein gutes Einkommen als wichtigste Faktoren der Existenzsicherung an, wurde 1995 ein gutes

Einkommen als der wichtigste Faktor angesehen, und die übrigen drei Faktoren rutschten jeweils einen Rangplatz nach unten. Auch die Russen in Nordostestland werteten diese vier Faktoren als die wichtigsten für die Existenzsicherung, doch in einer deutlich anderen Rangfolge. Sahen sie 1994 noch einen sicheren Arbeitsplatz und Beruf, gute Estnischkenntnisse, die estnische Staatsbürgerschaft sowie ein gutes Einkommen als am wichtigsten an, so war für sie 1995 die estnische Staatsbürgerschaft der bedeutendste Faktor für die Absicherung der Existenz, und ein sicherer Arbeitsplatz und Beruf rutschte vom ersten auf den zweiten Rang. Bemerkenswerterweise tauschten auch die Items „ein gutes Einkommen“ und „gute Estnischkenntnisse“ die Reihenfolge, so dass die Beherrschung der estnischen Sprache im Nordosten nur noch als der unwichtigste der vier wichtigsten Faktoren der Existenzsicherung angesehen wurde.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass unmittelbar nach dem Ende der wirtschaftlichen Transformationsphase, in der auch die ethnischen Beziehungen in Estland neu strukturierenden Gesetze erlassen wurden, zumindest in Tallinn die Staatsbürgerschaftsfrage an Brisanz verloren hatte und materielle Aspekte der Existenzsicherung in den Vordergrund traten. Die Untersuchung der Open Estonia Foundation gibt keine Erklärung zu den Gründen des gemessenen Einstellungswandels. Zu vermuten ist aber, dass im Zuge der Mitte der 1990er Jahre herrschenden Phase der wirtschaftlichen Erholung und Prosperität, von der vor allem die Hauptstadt profitierte (Eurostat 2000), Russen in Tallinn die Erfahrung machten, dass trotz aller Restriktionen von Seiten des Staats Möglichkeiten vorhanden waren, in irgendeiner Weise von dem Hauptstadtboom zu profitieren, auch wenn man nicht estnisch sprach oder estnischer Staatsbürger war. Dagegen scheinen Russen im Nordosten Estlands vor dem Hintergrund des transformationsbedingten Stellenabbaus in den großen Unternehmen der Region, der nicht wie in Tallinn auch von Neuansiedlungen von Unternehmen begleitet war, die Erfahrung gemacht zu haben, dass in einem solchen Umfeld Arbeitsplätze und berufliche Bildung weniger Einfluss auf die Chancen zur Existenzsicherung haben als die estnische Staatsbürgerschaft. Angesichts der isolierten Lage der Minderheit im Nordosten überrascht es nicht, dass gute Estnischkenntnisse dort an Bedeutung für die Existenzsicherung verloren haben. Trotz des per Gesetz erzeugten Drucks, estnisch zu lernen, machen die Russen dort im alltäglichen Leben die Erfahrung, dass, da sie unter sich sind, keine praktische Notwendigkeit besteht, estnisch zu sprechen. (Open Estonia Foundation 1997b)

Hinsichtlich der Frage nach Anpassung an oder Widerstand gegen die neuen Verhältnisse durch die russische Minderheit erscheint auch erwähnenswert, dass die Kenntnis und Befolgung der estnischen Gesetze ebenso wie die Kenntnis der estnischen Kultur sowohl bei den Russen in Tallinn als auch bei den Russen in Nordostestland an Bedeutung für die Existenzsicherung verloren haben. Daraus kann jedoch keineswegs geschlossen werden, dass die Minderheit sich nicht gesetzeskonform verhalten oder sich der Kultur der Titularethnie verschlossen hat. Wahrscheinlicher ist, dass die Russen in Estland allgemein die Erfahrung gemacht haben, dass Kenntnis der estnischen Gesetze und Kultur in dem Kampf um die Sicherung der eigenen Existenz nicht viel weiterhelfen und dass andere Faktoren wesentlich wichtiger in diesem Kampf sind. Dagegen hat sich offensichtlich die Freundschaft mit Esten sowohl in der Hauptstadt als auch im Nordosten des Landes als hilfreich bei der Sicherung der eigenen Existenz erwiesen, weshalb dieser Faktor einen Bedeutungsgewinn erfuhr.

Die Tatsache, dass die Staatsbürgerschafts- und Sprachregelung sich neben den für die materielle Existenzsicherung fundamentalen Faktoren Arbeit und Einkommen finden, teilweise sogar in ihrer Bedeutung für die Existenzsicherung höher bewertet werden als diese, verdeutlicht, wie stark die gesellschaftliche Stellung und die ökonomische Situation der Russen in Estland durch diese politischen Entscheidungen der estnischen Regierungen determiniert und beeinträchtigt wurden. Bemerkenswert erscheint darüber hinaus die vergleichsweise hohe und sehr stabile Einschätzung der Staatsbürgerschaft für die Kinder für die Existenzsicherung, die in allen beiden Gruppen zu beiden Zeitpunkten unmittelbar nach den elementaren Faktoren Arbeit, Einkommen, Staatsbürgerschaft und Sprache genannt wurde. Dies deutet darauf hin, wie stark das Interesse der Russen auch perspektivisch für die Zukunft ist, in Estland zu bleiben und dort rechtlich gleichgestellt integriert zu werden. Wenn dies nicht für sie selbst realisierbar ist, das legt dieser Befund nahe, so soll dieses Ziel wenigstens für die eigenen Kinder erreicht werden.

Entsprechend groß ist die Unzufriedenheit der Russen mit diesen Regelungen, vor allem mit der Regelung der Staatsbürgerschaft. Nach Smith (1999: 83) nimmt der überwiegende Teil der russischen Bevölkerung sich als marginalisiert wahr und empfindet dies als ungerecht. Der Wunsch nach einer Veränderung dieser Situation ist entsprechend groß. Nach wie vor wünscht sich die große Mehrheit für sich und die nachfolgende Generation die estnische Staatsbürgerschaft. (Hallik 2000) Insbesondere wird eine Vereinfachung der Einbürgerungsvoraussetzungen, die als zu streng angesehen werden, gewünscht. 1995

unterstützte die überwältigende Mehrheit der russischen Minderheit in Tallinn (82%) und im Nordosten (91%) die Einbürgerung ohne Vorbedingungen. Dabei ist die Gruppe allerdings gespalten: Etwa die Hälfte meint, dass nur den in Estland Geborenen die Staatsbürgerschaft ohne weitere Bedingungen gewährt werden solle, während die andere Hälfte sich für alle freien Zugang zum estnischen Pass wünscht. Besonders stark war dabei der Wunsch nach der doppelten Staatsbürgerschaft. Laut einer Umfrage von 1995 würden etwa zwei Drittel der Minderheit die doppelte (d.h. russische und estnische) Staatsbürgerschaft bevorzugen. In Tallinn favorisieren über 60% diese Lösung, in den Städten Kothla-Järve, Narva und Sillamae liegen die entsprechenden Werte ähnlich hoch. (Open Estonia Foundation 1997b) An diesem Bild hat sich bis zum Jahr 2000 nicht viel geändert. Immer noch denken 71%, dass die Staatsbürgerschaftspolitik zu streng ist. Diese Einschätzung ist unabhängig von Staatsbürgerschaftsstatus, Bildung und weitestgehend auch von Alter. Allein die Gruppe der 15-24-jährigen beurteilt die Einbürgerungsbedingungen positiver. (Hallik 2000)

Die Unerreichbarkeit der estnischen Staatsangehörigkeit verstärkt unter den Russen in Estland das Gefühl der Unsicherheit der eigenen Existenz und der Zukunft der Kinder. Nach einer Umfrage der Open Estonia Foundation (1997a) fühlen sich 70% der Staatenlosen und rund die Hälfte derjenigen mit russischem Pass permanent materiell und in ihrem rechtlichen Status nicht abgesichert und befürchten, zu Menschen zweiter Klasse gestempelt zu werden.<sup>110</sup> Auch wird der von der estnischen Regierung eingeführte Ausländerpass von den Russen mehrheitlich nur als Zwischenlösung akzeptiert. Zwar erkennen die meisten an, dass er zumindest den Reiseverkehr erleichtert, aber nur ein Drittel war 1995 der Meinung, dass er zur Sicherung der eigenen Existenz in Estland beiträgt. Unabhängig von Status und Bildungshintergrund wird der Ausländerpass innerhalb der Minderheit als kränkend empfunden. (Open Estonia Foundation 1997a)

Trotz des hohen Maßes an Unzufriedenheit der estnischen Russen mit der vorhandenen Staatsbürgerschaftsregelung und der hohen Attraktivität der estnischen Staatsbürgerschaft für die Minderheit fand Smith (1999: 83) heraus, dass der Wunsch nach der estnischen Staatsbürgerschaft nicht daraus resultiert, dass die estnische Staatsbürgerschaft selbst als hoher Wert angesehen wird, also Selbstzweck ist. Sie spielt weniger im Sinne des abstrakten

---

<sup>110</sup> Positiver fällt hingegen die Einschätzung der Russen mit estnischer Staatsbürgerschaft aus. Dies ist jedoch kaum verwunderlich, da, wie in Kapitel 3 beschrieben, es vor allem Russen mit guten Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen sind, die die estnische Staatsbürgerschaft erhalten. Diese Gruppe verfügt ohnehin über bessere Arbeitsmarktchancen. Von Staatenlosigkeit und dem Verweis auf die russische Staatsbürgerschaft sind hingegen eher Geringqualifizierte und sozial Schwächere betroffen.



Wunsches nach politischer Teilhabe eine Rolle als im Hinblick auf die praktische Notwendigkeit, die eigene Existenz ökonomisch, sozial und politisch absichern zu müssen.

Die wesentliche Integrationsbarriere wird von den Russen nicht in der mangelnden Staatsbürgerschaft, sondern in den Sprachanforderungen gesehen. Die übergroße Mehrheit der Russen, so Hallik (2000), strebt nach rechtlicher Gleichberechtigung durch die estnische Staatsbürgerschaft, ohne zuvor die Hürde des Sprachexamens nehmen zu müssen.

Doch haben die Russen klar den Bedeutungszuwachs der offiziellen Landessprache für die Lebenschancen im Land erkannt. Waren 1990, also kurz vor der Unabhängigkeit Estlands, nur 30% der Russen der Meinung, eine Existenz in Estland sei ohne estnische Sprachkenntnisse unmöglich, belief sich dieser Anteil 1995 auf 82%. (Vihalemm/Lauristin 1997: 294) Die Einstellung der Russen zur estnischen Sprache ist überwiegend instrumentell geprägt: Gute Estnischkenntnisse werden als die zentrale Voraussetzung angesehen, um einen guten Job zu finden bzw. die Anforderungen des Berufs zu erfüllen. (Proos 2000: 6ff.; Vihalemm/Lauristin 1997: 291) Eine gute Ausbildung und gute Verbindungen stehen in der Wahrnehmung der Befragten hinter der Beherrschung der estnischen Sprache zurück. (Vihalemm 1999: 32)

Bemerkenswerterweise lässt sich trotz dieser Einschätzung keine Steigerung des Anteils derjenigen Russen beobachten, die die estnische Sprache beherrschen. Die vom Sprachgesetz vorgeschriebenen Anforderungen zu erfüllen, sahen sich Mitte der 1990er Jahre in Tallinn immer noch rund 63%, in Nordostestland rund 48% der Russen außerstande. Mehr noch: Der Anteil derjenigen, die die estnische Sprache sehr gut beherrschen, hat nur kurzfristig zugenommen und war bereits Mitte der 1990er Jahre wieder rückläufig, und der Anteil derjenigen, der die estnische Sprache gar nicht beherrscht, nahm von 1994 bis 1995 wieder deutlich zu. In Nordost-Estland erreichte er 1995 sogar fast wieder das Niveau von 1993 (Tabelle 5-5).

**Tabelle 5-5: Beherrschung der estnischen Sprache durch Russen in Estland (%), 1993-1995**

	Russen in Tallinn			Russen in Nordostestland		
	1993	1994	1995	1993	1994	1995
sehr gut	7	15	12	8	4	1
gut	11	18	14	3	6	2
zufriedenstellend	43	49	43	27	40	34
gar nicht	32	12	22	46	39	44
keine Antwort	7	6	9	16	11	19

Quelle: Open Estonia Foundation 1997b

Obwohl das estnische Sprachexamen formal für das Potential an Erwerbsmöglichkeiten und für den erreichbaren gesellschaftlichen Status von großer Bedeutung ist, zeigt sich auch in dieser Hinsicht im Verhalten der estnischen Russen ein hohes Maß an zunehmender Verweigerung. Tabelle 5-6 zeigt, dass zwar der Anteil derjenigen, die ein Sprachexamen abgelegt haben, in Tallinn 1994 und 1995 gleich hoch blieb und in Nordostestland sogar von 20% auf 29% anstieg. Doch verringerte sich der Anteil derjenigen, die noch kein Examen abgelegt hatten, dies aber in Zukunft planten, in beiden Regionen. Während diese Entwicklung neben subjektiven Motiven auch auf andere Faktoren zurückgeführt werden könnte, wie etwa die mangelhafte Infrastruktur des Landes zur Vermittlung der estnischen Sprache, weist folgender Befund eindeutig auf die subjektiv begründete Weigerung zur Ablegung eines Sprachexamens hin: Während 1994 in Tallin nur knapp ein Fünftel der befragten Russen angab, noch kein Sprachexamen abgelegt zu haben und dies auch in Zukunft nicht beabsichtigte, erreichte der Anteil dieser Gruppe nur ein Jahr später bereits mehr als das Doppelte (42%). Im Nordosten wuchs der entsprechende Anteil ebenfalls, wenn auch mit einem Anstieg von 32% auf 39% nicht so stark wie in der Hauptstadt.

**Tabelle 5-6: Tatsächliche und geplante Ablegung von estnischen Sprachexamen von Russen in Tallinn und im Nordosten Estlands, 1994 und 1995 (%)**

	Russen in Tallinn		Russen in Nordostestland	
	1994	1995	1994	1995
bereits ein Sprachexamen abgelegt	36	35	20	29
noch kein Sprachexamen abgelegt, aber für die Zukunft geplant	33	21	37	30
noch kein Sprachexamen abgelegt und auch für die Zukunft nicht beabsichtigt	19	42	32	39
keine Antwort	12	2	11	2

Quelle: Open Estonia Foundation 1997b

Auch Vihalemm (1999: 34) kam in ihrer Untersuchung<sup>111</sup> über das Verhältnis der Russen zu ihrer Muttersprache und zur estnischen Sprache zu dem Schluss, dass sich die estnische Sprachkompetenz in den nächsten Jahren innerhalb der Minderheit nicht wesentlich erweitern wird. Auch wenn bei Teilen der Minderheit, vor allem unter den jüngeren Russen, eine Bereitschaft zum Erlernen der estnischen Sprache und zum Kennenlernen der estnischen Kultur beobachtbar ist, weist der generelle Trend eher auf die Vergrößerung der Kluft zwischen den russischsprachigen „Inseln“ Estlands und der estnischsprachigen Umgebung hin. Dieser Trend könnte, Vihalemm zufolge, schließlich in eine Re-Identifizierung mit der russischen Sprache und Identität münden, wenn auf gesamtgesellschaftlicher Ebene keine Konzepte entwickelt würden, die mehr als Sprachunterricht und die Kontrolle der erworbenen Kenntnisse beinhalteten. (Vihalemm 1999: 35)

Über diese zunehmende Kluft zwischen den Ethnien hinaus gibt es aber auch Anzeichen für eine tiefgreifende generationelle Spaltung der russischen Minderheit in Bezug auf ihr Arrangement mit dem neuen estnischen Staat: Nach Smith (1999: 86 f) sind es vor allem die Älteren, weniger Qualifizierten, die das Erlernen der estnischen Sprache und damit auch die Chance zur Integration in die Gesellschaft mehr und mehr ablehnen, während die Jüngeren eher bereit sind, die geforderte Sprachkompetenz zu erwerben. Diese Meinung wurde im Expertengespräch bestätigt:

---

<sup>111</sup>In dem Projekt „Integration of Non-Estonian Youth into the Estonian Society“ wurden russische Muttersprachler aus den Provinzstädten Narva, Kõhla-Järve, Johvi, Tartu, Valga und Haapsalu, die über größere russische Minderheiten verfügen, befragt. Das Sample umfasste 389 Personen.

„Die Russen haben in den letzten zehn Jahren verstanden, dass Estland nun unabhängig ist und die EU-Integration anstrebt. Viele russische Einwohner suchen auch den Anschluss. Russische Eltern streben danach, ihre Kinder in estnische Kindergärten zu geben. Dies ist alles eine Frage des Generationswechsels – die jüngere Generation spricht estnisch, ist schon besser an das estnische Leben gewöhnt und steht Estland positiver gegenüber“. (Interview m.d.Verf.v. 09.03.01)

Auch Vihalemm (1999: 35) identifiziert innerhalb der russischen Minderheit eine vergleichsweise junge Gruppe, die mittlerweile über aktive Estnischkenntnisse verfügt und sich weniger entschieden als ‚Nicht-Esten‘ identifiziert. Diese Befunde sprechen dafür, dass die Älteren resignieren und ihre sprachliche Assimilation – die den wohl wesentlichsten Baustein des Fundaments für die Akkulturation im neuen Staat darstellt – zurücknehmen bzw. ganz einstellen, während die Jüngeren aktiv eine Adaption an die estnische Kultur betreiben, um sich für die Zukunft bessere Optionen in der estnischen Gesellschaft zu erschließen. In die gleiche Richtung weist auch der hohe Stellenwert, den estnische Russen der Vergabe der estnischen Staatsbürgerschaft an ihre Kinder beimessen.

#### **5.2.2.2. Estland und Russland, altes und neues System als Bezugspunkte des Selbstverständnisses der estnischen Russen und ihres Verhältnisses zum neuen Staat**

Ein wesentlicher Grund der estnischen Autoritäten für ihre restriktive Staatsbürgerschafts- und Sprachpolitik sowie die damit verbundenen Beschränkungen der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe der Russen war die Befürchtung, dass sich eine russische Minderheit mit mehr Rechten als „fünfte Kolonne“ Moskaus im Lande erweisen würde und für Manipulation durch Russland offen sei, was letztlich die gerade erst gewonnene Souveränität Estlands bedrohe. Estnische Politiker hatten die russische Bevölkerung in Verdacht, Moskau näher als Tallinn zu stehen, und einen eigenständigen estnischen Staat abzulehnen. (Hallik 1996b)

Dagegen vertreten andere Forscher die Auffassung, dass infolge des Verlusts des früheren sowjetischen Bezugsrahmens die estnischen Russen eine neue Identität entwickelt hätten, in der die alte sowjetisch-nationale Mentalität der Russen zurückgetreten sei. Was an deren Stelle getreten ist, ist hingegen umstritten. Laitin (1998: 190ff) sieht sie im wesentlichen durch eine „Russian-speaking identity“ und sogar eine „Russian-speaking nationality“ (Laitin

1998: 295) ersetzt, daneben macht er auch Anhaltspunkte für eine „Baltic Russian identity“ aus. (Laitin 1998: 194) Kirch, Kirch und Tuisk (1997) dagegen stellen vor allem bei der jungen Generation der Russen eine gänzlich neue ethno-kulturelle Identität fest, die unterschiedlichste Bezüge zulässt, sich aber generell stärker an der Kultur US-Amerikas orientiere als an der der nordischen Länder. Diese jungen Russen in Estland identifizierten sich entweder als ‚Russen Estlands‘ oder ‚eingeborene Russen Estlands‘ oder als ‚europäische Russen‘.

Es erscheint jedoch fraglich, inwieweit diese Studien tatsächlich über die Auflösung überkommener Identifikationsmuster hinaus die Ausbildung klar unterscheidbarer neuer Identifikationen aufzeigen können. Die Ergebnisse der Untersuchungen von Kirch, Kirch und Tuisk sind so widersprüchlich, dass sie kaum interpretiert werden können. Dies ist unter anderem der Komplexität der Begriffe Identität und Kultur geschuldet, die in ihrer hoch standardisierten Befragung mit der Frage „Which types of culture do you feel you belong to?“ und den Antwortmöglichkeiten „Russians of near abroad“, „Baltic Russians“, „European Russians“, „Estonian Russians“ und „Native Russians of Estonia“ (Kirch, Kirch; Tuisk 1997) wenig sinnvoll operationalisiert erscheinen. Diese Kategorien können kaum zu einer realistischen Einschätzung der kulturellen Identität führen, weil nicht erklärt wird, was die Autoren genau unter diesen Etiketten verstehen und wie sie sich voneinander abgrenzen lassen. Damit sind den Befragten alle möglichen Interpretationen erlaubt, und es dürfte schwer fallen, sicherzustellen, dass diejenigen, die sich als „native Russians of Estonia“ bezeichneten, dies nicht aus den gleichen Gründen taten, aus denen andere andere Antwortoptionen wählten. Es ist darüber hinaus auch wenig nachvollziehbar, wie die doch einigermaßen entfernte US-amerikanische Kultur das prägende Element der Identitätsbildung bei russischen Jugendlichen sein soll. Sicher lässt sich ihr weltweiter Einfluss als Massenkultur nicht leugnen, aber wie sie mit den tradierten und viel unmittelbarer erfahrbaren lokalen oder regionalen Identifikationsmomenten so erfolgreich in Konkurrenz getreten sein soll, lässt sich nicht nachvollziehen. Die Autoren bieten zu diesen Problemen auch keinerlei Erklärungen an.

Laitin belegt die von ihm ausgemachte „Russian-speaking identity“ keineswegs mit tieferen Einsichten in die Denkweisen und Orientierungen der Russen in Estland, aus denen ein gemeinsamer Bezugsrahmen ihrer Selbstwahrnehmung und ihrer Abgrenzung zu anderen zu isolieren wäre, sondern er stützt sich dabei ausschließlich auf in der russischsprachigen Presse

verwendete Begriffe zur Bezeichnung der russischen Bevölkerungsgruppe. Ihm selbst ist dabei bewusst, dass er auf Klischees zurückgreift. Er sieht darin jedoch kein Problem, im Gegenteil:

„[...] in matters of identity, clichés are more significant than reasoned categories. They reflect popular understandings and are therefore crucial of understanding what sort of messages will catch popular imagination. [...] ‚Russian-speaking population‘ appears to have a ‚naturalness‘ about it – the cliché quality I just mentioned – that gives it social power“. (Laitin 1998: 191)

Es ist schon fragwürdig, inwieweit Klischees tatsächlich die ihnen von Laitin zugeschriebene „natürliche“ begriffliche Treffsicherheit haben und zur Identifikation von sich neu formierenden Identitäten taugen. Vollkommen unverständlich ist nach Betrachtung der Ergebnisse von Laitins Inhaltsanalyse von Zeitungsartikeln, wie er zu dem Ergebnis kommt, dass der Begriff „Russian-speaking“ am besten die sich neu formierende Identität der Russen in Estland beschreibt. Insgesamt fand er in 88 Artikeln 711 Begriffe zur Etikettierung der Russen in Estland. Schon allein diese große Zahl von Ausdrücken – im Schnitt weist jeder Artikel 8 unterschiedliche Bezeichnungen für die estnischen Russen auf - verdeutlicht die große Unklarheit und Uneinigkeit über eine angemessene einheitliche Bezeichnung für diese Gruppe. Vor diesem Hintergrund von „naturalness“ im Sinne einer begrifflichen Passgenauigkeit von Klischees zu sprechen, erscheint nicht nachvollziehbar.

Vor allem aber ist Laitin entgegenzuhalten, dass er mit dem Terminus „Russian-speaking“ keineswegs den am häufigsten in den Artikeln verwendeten Begriff zur Kennzeichnung der estnischen Russen gewählt hat, sondern den dritthäufigsten, der nur einen Anteil von 17% aller Nennungen aufwies.<sup>112</sup> Der mit 40% aller Nennungen weitaus am häufigsten in den von Laitin analysierten Zeitungsartikeln verwendete Begriff für die Russen in Estland ist „Russian-ethnic“. (Laitin 1998: 270) Wenn man also, wie Laitin es ausdrücklich formuliert, aus der Häufigkeit von in der Öffentlichkeit zur Titulierung der estnischen Russen verwendeten Begriffen – oder Klischees – auf die Identität der Russen schließen will, dann muss man nach den Ergebnissen seiner Inhaltsanalyse zwangsläufig zu dem Schluss kommen, dass estnische Russen sich als „Russen“ identifizieren – was ein kaum überraschendes Ergebnis darstellt.

---

<sup>112</sup> Die hier genannten Zahlen beziehen sich nicht mehr nur auf Estland, sondern auf alle vier von Laitin untersuchten ehemaligen Sowjetrepubliken (Kasachstan, Estland, Lettland, Ukraine). Hier fand Laitin insgesamt 1815 Kategorien zur Beschreibung der russischen Diaspora (Laitin 1998: 269f).

Laitin geht darüber hinaus auch über die Tatsache hinweg, dass – mit Ausnahme von „Russian-ethnic“ - öfter als jeder andere positiv beschreibende Terminus zur Bezeichnung der estnischen Russen Termini verwendet werden, die die Gruppe negativ beschreiben, indem sie erklären, was sie nicht ist: „nicht Verwurzelte“, „Menschen ohne Land“, „Ausländer“, „Anderssprachige“, „denationalisierte Gruppe“, „Nicht-Staatsbürger“, „Menschen mit nicht definierter Staatsbürgerschaft“, „Nicht-Titulare“, „nicht aus Russland stammende Russen“ und dergleichen mehr. (Laitin 1998: 265f) Solche Negationen machen 20% aller Nennungen aus und sind damit bedeutender als der von Laitin favorisierte Begriff. Darin, dass es den Medien offenbar leichter fiel, zu sagen, was estnische Russen nicht sind, als zu sagen, was sie sind, ist ein starker Hinweis darauf zu entdecken, dass jenseits des „Russisch-Seins“ offenbar kein Element vorhanden ist, dass die Identität dieser Gruppe positiv beschreiben kann. Insofern wäre, wenn man sich schon nicht mit „Russian-ethnic“ zufrieden geben will, der Schluss einer „Nicht-Identität“ der estnischen Russen aus Laitins Befunden immer noch folgerichtiger gewesen als der Schluss, den er letztlich gezogen hat. Seine Begründung dafür, warum er „Russian-speaking“ vorzog, erscheint jedenfalls wenig plausibel:

„In discussions about the nationality question in the near abroad, the overwhelming referent is to „Russians“. [...] Coming in second, [...] are the myriad expressions of negation. But third, in a category that did not exist a decade ago, „Russian-speaking population“ garnered 314, or 17 percent, of the references. The variants of „Russian-speaking population“ had nearly four times as many uses as „Russian-political“, the next most frequent category“. (Laitin 1998: 269)

Unter den in allen vier von Laitin untersuchten ehemaligen Sowjetrepubliken gefundenen 1815 Kategorien zur Beschreibung der dort lebenden Russen dürften etliche das Kriterium erfüllen, ein Jahrzehnt zuvor noch nicht existent gewesen zu sein, weil ein Jahrzehnt zuvor schlicht keine Notwendigkeit bestand, überhaupt in dieser Weise Kategorien für diese Gruppe zu finden. Dass die von ihm bevorzugte Kategorie viermal häufiger verwendet wird als die vierthäufigst genannte Kategorie kann, wie in den obigen Ausführungen zu der Interpretation der von Laitin festgestellten Häufigkeiten festgestellt wurde, ohnehin kein Argument für „Russian-speaking“ sein.

Berücksichtigt man, dass die Untersuchung von Laitin ebenso wie ein großer Teil der von Kirch, Kirch und Tuisk angeführten Untersuchungen in einer Phase stattfanden, in der die wesentlichen Prozesse der Herausbildung einer neuen Identität noch gar nicht abgeschlossen

sein konnten,<sup>113</sup> ist wohl eher Kahn (1995) zuzustimmen, der meint, dass erst die weitere Entwicklung zeigen werde, ob sich tatsächlich eine spezifische kulturelle Identität der Russen in Estland (oder im Baltikum allgemein) herausbildet.

Zieht man die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zu den grundlegenden politischen Meinungen und Orientierungen der russischen Minderheit in Estland heran, so zeigt sich, dass weder das Bild der estnischen Politiker von der „fünften Kolonne“ Moskaus noch das einer bereits deutlich erkennbaren neuen Identität der Russen den tatsächlichen Verhältnissen entsprach und die Einstellungen und Orientierungen der Russen zu Estland und Russland weit komplexer und immer noch „im Fluss“ waren. Bereits in den Ausführungen zur „exit“-Option wurde deutlich, wie ambivalent und kritisch distanziert die estnischen Russen während der Umbruchphase Russland wahrnahmen. Hier soll nur dieser Aspekt wieder aufgegriffen und im Vergleich mit der Wahrnehmung der Situation in Estland vertieft werden.<sup>114</sup> In den Einstellungen für und gegen das neue Estland und für und gegen sein neues wirtschaftliches, soziales und politisches System sowie in der vergleichenden Beurteilung Russlands und des alten sowjetischen Systems wird unmittelbar deutlich, wie sehr sich die Russen in Estland mit den neuen Gegebenheiten arrangieren, sich mit ihnen abfinden und wie stark sie gesellschaftliche und politische Entwicklungen unterstützen oder sogar mit vorantreiben.

Ergebnisse von Rose und Maley (1994) und Rose (1997) erlauben eine Einschätzung des Wandels entsprechender Orientierungen von Esten und Russen zwischen den Jahren 1993 und 1996 (Tabelle 5-7). Diese Zeitpunkte sind insofern interessant, als 1993 nach allgemeiner Auffassung den Höhepunkt der Transformationskrise Estlands markiert, während 1996 ein unter Post-Transformationsbedingungen prosperierendes Jahr war.

---

<sup>113</sup> Laitin hat seine Befragung in Estland im Jahr 1993 durchgeführt, das als Höhepunkt der Transformationskrise gilt und in dem die alten Verhältnisse und Strukturen abgeschafft waren, die neuen aber erst begannen, sich in Staat und Gesellschaft zu etablieren. Dies gilt auch für einige der von Kirch, Kirch und Tuisk angeführten Untersuchungen.

<sup>114</sup> Smith und Wilson (1997) heben besonders den Rekurs auf das Heimatland als bedeutend für eine Mobilisierung hervor. Allerdings konzentrieren sie sich dabei auf die Chancen der Elite, materielle und ideelle Unterstützung im Kampf um Autonomie oder gar Sezession zu erlangen. Hier geht es jedoch um die Einstellung der Minderheit insgesamt zu Russland.



**Tabelle 5-7: Beurteilung des wirtschaftlichen und politischen Systemwandels in Estland, 1993 und 1996 (in %)**

		Esten		Russen	
		1993	1996	1993	1996
<b>Beurteilung des ehemaligen und des neuen Wirtschaftssystems</b>					
1	Positive Beurteilung der sozialistischen Ökonomie vor der Unabhängigkeit	53	48	76	79
2	Positive Beurteilung des gegenwärtigen ökonomischen Systems	43	69	41	55
3	Negative Beurteilung des gegenwärtigen ökonomischen Systems	40	20	44	37
4	Positive Beurteilung des ökonomischen Systems in den nächsten 5 Jahren	83	86	77	71
<b>Beurteilung des ehemaligen und des neuen Regierungssystems</b>					
5	Positive Beurteilung des ehemaligen kommunistischen Systems	32	22	65	67
6	Negative Beurteilung des ehemaligen kommunistischen Systems	55	68	21	24
7	Positive Beurteilung des gegenwärtigen Regierungssystems	58	69	50	49
8	Negative Beurteilung des gegenwärtigen Regierungssystems	26	21	38	45
9	Positive Beurteilung des gegenwärtigen Regierungssystems in den nächsten 5 Jahren	88	89	79	72
10	Zustimmung zu der Aussage: "Wir sollten zur kommunistischen Herrschaft zurückkehren."	..	1	..	14
11	Starke Ablehnung der Aussage: "Wir sollten zur kommunistischen Herrschaft zurückkehren."	..	89	..	55
12	Zustimmung zu der Aussage: "Uns würde es besser gehen, wenn wir immer noch Teil der Sowjetunion wären."	..	5	..	38
13	Starke Ablehnung der Aussage: "Uns würde es besser gehen, wenn wir immer noch Teil der Sowjetunion wären."	..	87	..	29
<b>Beurteilung der ökonomischen Situation der eigenen Familie:</b>					
14	sehr/ziemlich zufriedenstellend	29	45	25	36
15	Die ökonomische Situation ist heute besser als vor 5 Jahren	29	39	20	25
16	Die ökonomische Situation ist heute schlechter als vor 5 Jahren	53	38	60	51
17	Glaube, dass die ökonomische Situation in 5 Jahren besser sein wird	52	53	33	41

Quelle: Rose/Maley 1994; Rose 1997 – nach Lauristin/Vihalemm/Rosengren u.a. (1997)

Grundsätzlich fällt auf, dass Russen das alte Wirtschafts- und Regierungssystem zu diesen Zeitpunkten durchweg positiver und das neue Wirtschafts- und Regierungssystem durchweg negativer beurteilen als Esten, was prima facie die Bedenken der estnischen Nationalisten zu bestätigen scheint. Allerdings muss hierbei der Tatsache Rechnung getragen werden, dass den Russen von den Esten deutlich signalisiert wurde, dass sie in dem neuen System nicht erwünscht sind. Geringere Zustimmungsraten der Russen sind daher kaum überraschend. Hinsichtlich des Wirtschaftssystems (Items 1-4) ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass auch mehr als die Hälfte der Esten (53%) 1993 das frühere sowjetische Wirtschaftssystem positiv beurteilt hat (Item 1), während nur 43% das neue System positiv beurteilten (Item 2) und es von immerhin 40% der Esten negativ beurteilt wurde (Item 3). Von den Russen beurteilten 1993 drei Viertel das ehemalige sowjetische Wirtschaftssystem positiv (Item 1), was deutlich über dem Wert der Esten lag. Hinsichtlich der Zustimmung und Ablehnung des neuen Wirtschaftssystems unterschieden sich die Russen jedoch nur marginal von den Esten. 41% der Russen beurteilten das neue Wirtschaftssystem positiv (Item 2), 44% negativ (Item 3). Auf dem Höhepunkt der Transformationskrise waren die Esten also von dem neuen Wirtschaftssystem genauso wenig überzeugt bzw. verunsichert wie die Russen.

Von besonderer Relevanz ist hier jedoch, wie sich diese Einstellungen im Zeitverlauf verändert haben. Hier hat sich die Kluft zwischen den Esten und den Russen deutlich vertieft. So nahm die Zustimmung zur ehemaligen sozialistischen Ökonomie (Item 1) bei den Esten bis 1996 um fünf Prozentpunkte auf 48% ab. Bei den Russen hingegen stieg die Zustimmung von dem ohnehin schon sehr hohen Wert von 76% weiter an und erreichte 79%. Beide ethnische Gruppen schätzten das neue Wirtschaftssystem 1996 deutlich besser ein als 1993, doch stieg die Wertschätzung des neuen Systems bei den Esten wesentlich stärker als bei den Russen. So wuchs der Anteil der Esten, die das neue Wirtschaftssystem positiv einschätzten, um 26 Prozentpunkte auf 69% (Item 2), während die Zustimmung der Russen „nur“ um 14 Prozentpunkte auf 55% zunahm. Entsprechend fiel das Ergebnis hinsichtlich der negativen Bewertung des neuen Wirtschaftssystems (Item 3) aus, bei der der Anteil der Esten sich gegenüber 1993 halbiert hatte, während der der Russen um nur sieben Prozentpunkte fiel.

Bemerkenswert hoch ist die prospektive Einschätzung des marktwirtschaftlichen Systems (Item 4) beider Ethnien. 1993 schätzten mehr als vier Fünftel der Esten und mehr als drei Viertel der Russen, dass die Marktwirtschaft sich in fünf Jahren als positiv erweisen würde.

Dieses hohe Maß an Vertrauen in die Zukunft des neuen Wirtschaftssystems erfährt jedoch im Zeitverlauf ebenfalls eine ethnische Spaltung: Während diese Einschätzung bei den Esten bis 1996 noch weiter zunahm, sank sie bei den Russen um sechs Prozentpunkte.

Ein ähnliches Bild zeigt sich hinsichtlich der Einschätzung des ehemaligen und des neuen Regierungssystems durch die beiden ethnischen Gruppen (Items 5-13). 1993 beurteilte nur ein Drittel der Esten das ehemalige kommunistische System positiv (Item 5), ein weit größerer Anteil (55%) beurteilte das alte Regierungssystem negativ (Item 6). Von den Russen haben 1993 zwei Drittel das alte Regierungssystem positiv eingeschätzt, und nur ein Fünftel beurteilte es negativ. Überraschend muten die Ergebnisse über die Einschätzung des neuen Regierungssystems (Item 7) an. 1993 schätzten weniger als drei Fünftel der Esten das neue Regierungssystem positiv ein. Während dieser Wert angesichts der Rhetorik und der politischen Massenmobilisierung, mit denen der Kampf um die Unabhängigkeit des Landes geführt wurde, erstaunlich klein erscheint, fiel der entsprechende Anteil unter den Russen mit 50% überraschend hoch aus. Angesichts der Tatsache, dass es die Entscheidungen der estnischen Politiker im Obersten Rat waren, die mit ihrer streng nationalistischen Politik die Misere und den massiven Statusverlust der Russen verursachten, wäre ein höheres Maß an Skepsis und Ablehnung gegenüber diesem System leicht nachvollziehbar. Das gegenwärtige Regierungssystem negativ (Item 8) beurteilte 1993 ein gutes Viertel der Esten und knapp zwei Fünftel der Russen. Im Zeitverlauf haben sich die Einstellungen der beiden ethnischen Gruppen zum alten und neuen Regierungssystem ähnlich entwickelt wie die zum alten und neuen Wirtschaftssystem: Die Zustimmung der Esten zum neuen System und ihre Ablehnung des alten Systems nahmen zu, während bei den Russen die Zustimmung zum alten und ihre Skepsis gegenüber dem neuen System wuchs. Auch die Zukunftserwartungen hinsichtlich des neuen Regierungssystems (Item 9) entsprechen dem schon bei der Beurteilung des Wirtschaftssystems vorgefundenen Muster: Beide Ethnien gehen davon aus, dass das neue Regierungssystem in fünf Jahren positive Ergebnisse gebracht haben wird, doch während diese Erwartung bei den Esten 1993 und 1996 mit 88% bzw. 89% konstant hoch blieb, sank diese Erwartung bei den Russen von 79% auf 72%.

Die Items 10 bis 13 enthalten Aussagen zum Regierungssystem, die den beiden ethnischen Gruppen nur 1996 zur Beurteilung vorgelegt wurden und daher keine Aussage über die Veränderung der Meinungsbilder im Zeitverlauf zulassen. Auch hier zeigt sich generell bei den Russen ein höheres Maß an Zustimmung zum alten System als bei den Esten. So

wünschte sich beispielsweise kein Estland 1996 das kommunistische Herrschaftssystem zurück (Item 10), während dies immerhin 14% der Russen wollten. Dennoch zeigt dieses Ergebnis deutlich, dass auch die große Mehrheit der Russen in Estland kein Interesse an einer Rückkehr zu den alten Verhältnissen hatte, auch wenn der Anteil, der diese Aussage stark ablehnt (Item 11), bei den Russen mit 55% deutlich kleiner ist als bei den Esten (89%). Der Aussage „Uns würde es besser gehen, wenn wir noch Teil der Sowjetunion wären“ (Items 12 und 13) stimmten nur 5% der Esten und nur 38% der Russen zu, und 87% der Esten sowie 29% der Russen lehnten sie ab. Dieses Ergebnis macht deutlich, dass hinter der größeren Sympathie der Russen für das alte System kaum die Erwartung konkreter materieller Besserstellung steht, sondern dass sie offensichtlich ein eher diffuser Ausdruck der Unzufriedenheit mit Entwicklungen unter dem neuen System ist.

Bezogen auf die ökonomische Situation der eigenen Familie (Items 14-17) nehmen beide ethnischen Gruppen eine positive Entwicklungstendenz wahr, die allerdings bei den Esten stärker ausgeprägt ist als bei den Russen. So beurteilten 1993 nur 29% der Esten ihre Lage als zufriedenstellend (Item 14). 29% meinten ebenfalls, dass ihre ökonomische Situation zum Zeitpunkt der Befragung besser gewesen sei als fünf Jahre zuvor (Item 15), doch mehr als die Hälfte von ihnen war der Ansicht, dass die Situation 1993 schlechter als fünf Jahre zuvor war (Item 16). Die Beurteilung der ökonomischen Lage durch die Russen war 1993 der der Esten sehr ähnlich: 25% schätzten ihre Lage als zufriedenstellend ein, nur ein Fünftel meinte, dass die ökonomische Lage 1993 besser gewesen sei als fünf Jahre zuvor, aber drei Fünftel meinten, sie sei schlechter gewesen als früher. 1996 war bei den Esten der Anteil derjenigen, die die aktuelle ökonomische Situation ihrer Familie als zufriedenstellend einstufen, auf 45% gestiegen, und knapp zwei Fünftel beurteilten damals die gegenwärtige Lage besser als fünf Jahre zuvor. Bei den Russen war ebenfalls eine Verbesserung der ökonomischen Situation zu beobachten, doch erfasste sie offensichtlich weniger Familien. Der Anteil derjenigen, die 1996 die aktuelle ökonomische Situation ihrer Familie als schlechter als fünf Jahre zuvor beurteilten, war in beiden ethnischen Gruppen gesunken. Während er unter den Esten nicht einmal mehr zwei Fünftel ausmachte, war es bei den Russen allerdings immer noch die Hälfte, die ihre Situation als verschlechtert einstufen. Ein besonders markanter Unterschied zwischen Esten und Russen findet sich bei der Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der ökonomischen Situation ihrer Familien (Item 17): Während der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung ihrer Situation in den nächsten fünf Jahren erwarteten, bei den Esten stagnierte und sowohl 1993 als auch 1996 gut die Hälfte ausmachte, stieg dieser Anteil bei den Russen

von 33% auf 41% an. Angesichts der vergleichsweise schlechten Erfahrungen der Russen mit dem neuen ökonomischen und politischen System drückt sich in diesen Zahlen wohl vor allem ihre Hoffnung darauf aus, dass sich ihre Situation im neuen Estland wieder verbessern wird.

Im Ergebnis lässt sich sagen, dass sowohl der Wandel des Wirtschaftssystems wie der des Regierungssystems von den Esten in den ersten Jahren der Existenz ihres neuen Staates mit einer zunächst nur langsamen, dann jedoch sehr massiven Abkehr vom alten sowjetischen und einer starken Hinwendung zum neuen System verbunden war. Bei den Russen dagegen fand das neue System im Zeitverlauf nur eine verhältnismäßig verhalten wachsende Zustimmung, die jedoch die Wertschätzung des alten Systems keineswegs ablöste. 1996 waren die Esten von ihrem neuen Wirtschaftssystem bereits sehr überzeugt, während die Russen offensichtlich zwar einige Vorteile der Marktwirtschaft und des nach westlichen Demokratieprinzipien organisierten Regierungssystems erkannten, dem neuen System aber noch nicht trauten. In ihrem Bewusstsein überwog noch die Erinnerung an ihre bessere ökonomische und rechtliche Lage unter der Sowjetherrschaft. Das Misstrauen der Russen gegenüber dem neuen System wird dabei vor allem durch die prospektive Beurteilung von Marktwirtschaft und neuem Regierungssystem ausgedrückt.

In einer Untersuchung der Open Estonia Foundation (1997a) wurden estnische Russen nach ihrer Loyalität zum estnischen Staat und ihrer Einschätzung des Verhältnisses von Russland und Estland gefragt. Im Ergebnis wurden vier unterschiedliche Gruppen in der russischen Minderheit identifiziert. Die mit einem Anteil von 27% größte Gruppe bestand aus solchen Russen, die sich als loyal zum estnischen Staat erklärten und gleichzeitig an der Einschätzung festhielten, dass Russland Estland gegenüber prinzipiell freundlich gesinnt ist und Estland auch in der Zukunft auf gut nachbarschaftliche Beziehungen rechnen kann.<sup>115</sup> Diese Russen haben Vertrauen in ihre Zukunft in Estland und sind zum Bleiben entschlossen. Sie stehen der estnischen Bevölkerung und einer Integration Estlands in die EU positiv gegenüber, die

---

<sup>115</sup> Die Einschätzung, dass von Russland keine Gefahr für den estnischen Staat ausgeht, wird von estnischer Seite entschieden nicht geteilt. Das Misstrauen der estnischen Bevölkerung gegenüber Russland ist überaus deutlich und gänzlich unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildungshintergrund oder Einkommen der Befragten, von denen 2/3 Russland als gefährlichen Nachbarn einstufen. Nur 10% glaubten, dass keine oder eher keine Gefahr von Russland ausginge, 26% gaben keine Einschätzung ab. Aus estnischer Sicht wird am meisten gefürchtet, dass Russland der Reputation Estlands in internationalen Organisationen schadet, die russische Kriminalität auf Estland übergreift und Russland Estland mit ökonomischen Maßnahmen erpressen könne. Die Einschätzungen auf Seiten der Minderheit sind deutlich positiver gegenüber Russland, allerdings werden die Gefahren auch nicht geleugnet. Im Resultat bewahren sich die Angehörigen der Minderheit im Schnitt aber dennoch eine relativ positive Einstellung zu Russland, während auf estnischer Seite der russische Nachbar strikt abgelehnt wird (Open Estonia Foundation 1997).

NATO-Mitgliedschaft wird hingegen skeptisch gesehen. In dieser Gruppe der „Kompromissuchenden“ findet sich der höchste Anteil an Staatsbürgern und Russen mit bestandener Sprachprüfung.

Die zweite Gruppe (17%) versteht sich als allein Estland gegenüber loyal und beurteilt das Verhalten Russlands gegenüber Estland als nicht freundschaftlich. In Übereinstimmung mit den meisten Esten sehen die Angehörigen dieser Gruppe eine Gefahr von Russland ausgehen und halten Aggressionen von russischer Seite nicht für ausgeschlossen. Ähnlich wie die Angehörigen der ersten Gruppe sind sie den Esten gegenüber freundlich eingestellt und pflegen mit ihnen Freundschaften und Bekanntschaften. Sie unterstützen sowohl die Integration in die EU wie auch die Mitgliedschaft in der NATO. Diese „Estland-Loyalen“ sind zu ungefähr der Hälfte und damit einem geringeren Anteil Staatsbürger als die Mitglieder der ersten Gruppe, sie haben auch zu einem geringeren Anteil das Sprachexamen abgelegt. Im Vergleich zu den anderen Gruppen weist diese Gruppe einen höheren Anteil an geschiedenen Personen und alleinerziehenden Müttern auf.

Die dritte Gruppe (19%) ist Estland gegenüber generell ablehnend und feindlich gestimmt, steht dagegen Russland ausschließlich positiv gegenüber. Dennoch halten sie Russland nicht für Estland gegenüber feindlich gesonnen. Das Leben in der Sowjetunion wird gegenüber dem Leben im gegenwärtigen Estland, für das sie keine positiven Entwicklungen erwarten, als besser beurteilt. Viele der Angehörigen dieser Gruppe würden Estland gerne verlassen. Sie lehnen die EU-Mitgliedschaft wie auch die NATO-Mitgliedschaft ab. Ihre negative Einstellung zum estnischen Staat wird vor allem in der Ablehnung des Kontaktes zur estnischen Bevölkerung deutlich. Sie vermeiden den Kontakt und haben kein Interesse an Kommunikation mit Esten, dementsprechend haben sie auch keine Freunde oder Bekanntschaften unter der estnischen Bevölkerung. Der estnischen Sprache gegenüber sind sie ebenfalls extrem ablehnend eingestellt. In dieser Gruppe der „Russland-Loyalen“<sup>116</sup> findet sich am häufigsten die Antwort: „Ich habe das Sprachexamen nicht abgelegt und habe es auch nicht vor.“ Die Gruppe setzt sich vor allem aus älteren Leuten (50 Jahre und darüber) mit russischer Staatsbürgerschaft zusammen, besonders groß ist der Anteil der über 60jährigen. Der Bildungsgrad ist überdurchschnittlich niedrig (in der Regel nur Elementarbildung); der Anteil von Verwitweten und Familien, die aus zwei Erwachsenen bestehen, ist ebenfalls hoch.

---

<sup>116</sup> Die Open Estonia Foundation nennt diese Gruppe „Russia-minded separatists“. Da jedoch in den Einstellungen dieser Gruppe zwar ein hohes Maß an Hass auf Estland, jedoch kein einziger Anhaltspunkt für eine separatistische Zielsetzung berichtet wird, erscheint diese Bezeichnung als irreführend.

Die vierte Gruppe (11%) schließlich ist durch einen inneren Konflikt gekennzeichnet, da sie sich weder mit Russland noch mit Estland identifizieren kann. Sie beurteilt die Haltung Russlands als feindlich und hat gleichzeitig eine negative Einstellung gegenüber Estland und der estnischen Bevölkerung. Diese Gruppe der „feindlich-Identifikationslosen“<sup>117</sup>, die etwa 11% der estnischen Russen ausmacht, weist im Gegensatz zu den „Russland-Loyalen“ einen großen Teil junger Leuten im Alter zwischen 21 und 30 Jahren auf, die in Estland geboren wurden. Dabei überwiegen die Männer, und als Folge des vergleichsweise jungen Alters der Gruppe treten mehr Unverheiratete als Verheiratete auf. Gemeinsamkeiten mit der dritten Gruppe bestehen in der Ablehnung der estnischen Sprache.

26% der Befragten konnten oder wollten sich hinsichtlich ihrer Haltung zu Estland und Russland nicht festlegen.

Die differenzierten Haltungen innerhalb der russischen Minderheit weisen auf relativ verschiedene Positionierungen im neuen Staat hin. Die Gruppe der Kompromissucher setzt sich offensichtlich am ehesten aus denjenigen zusammen, die zumindest partiell ihre Integration in das neue System erreicht haben. Sie beurteilen die Zukunft Estlands positiv und wünschen sich durchaus eine Integration in die (west-)europäischen Strukturen, in der sie keine Gefahr, sondern eher eine Chance sehen. Der hohe Anteil von estnischen Staatsbürgern in dieser Gruppe ist ein Kennzeichen ihrer relativ gesicherten Position. (Hallik 2000) Diese und ihr im Vergleich zu den anderen Gruppen höherer sozialer Status erlaubt ihnen gleichzeitig, eine differenziert-tolerante Haltung einzunehmen: Die positiven Aspekte einer westlichen Integration bedeuten für diese Gruppe nicht, dass Russland nicht auch weiterhin ein wichtiger Bezugspunkt bleibt und eine NATO-Mitgliedschaft notwendig ist. In dieser Gruppe kann man sowohl Unterstützung der Esten für das Projekt des estnischen Nationalstaats als auch die Formulierung eigenständiger politischer Forderungen erwarten.

Für die zweite Gruppe stellt sich die Situation anders da. Hier finden sich viele Repräsentanten derjenigen sozialen Gruppe, die am meisten auf staatliche Unterstützung angewiesen ist und Schwierigkeiten bei der Bewältigung des täglichen Lebens hat. Angesichts der unsicheren eigenen ökonomische Zukunftsperspektiven und des noch nicht erreichten Status der estnischen Staatsbürgerschaft suchen die Angehörigen dieser Gruppe ein freundschaftliches Verhältnis zu den estnischen Mitbürgern und nehmen in Bezug auf

---

<sup>117</sup> Im Original: „hostile with an inner conflict“.

Russland die strikt ablehnende Haltung der Esten ein. In dieser Gruppe ist volle Unterstützung für die politischen Ziele der Esten wahrscheinlich. Eigenständige, von diesen Zielen abweichende politische Forderungen werden in dieser Gruppe aber wohl nicht formuliert.

Die Gruppe der Russland-Loyalen zeigt ein hohes Maß an Frustration über ihre Situation in Estland und wünscht sich nach Russland oder zumindest die alten Verhältnisse zurück. Aufgrund ihrer Alters- und Bildungsstruktur kann man davon ausgehen, dass es sich bei dieser Gruppe um diejenigen handelt, die infolge der Systemtransformation am meisten verloren haben und nun über fast keine Mobilitäts- und Entwicklungsressourcen im neuen Staat verfügen. Diese Gruppe entspricht am ehesten dem Bild, das estnische Nationalisten für die gesamte russische Minderheit gezeichnet haben: Sie wird alle politischen Ziele der Esten ablehnen, hingegen sehr stark die Interessen Russlands unterstützen. Im Gegensatz zu den ersten beiden Gruppen ist das Organisations- und Mobilisationspotential, das von dieser Gruppe ausgeht, aber eher gering einzustufen. Hier sind vermutlich eher „Mitläufer“ als aktive ethnische Entrepreneur zu finden.

Die im Durchschnitt deutlich jüngere Gruppe derjenigen, die sich weder mit Estland noch mit Russland identifizieren können, teilt mit den Russland-Loyalen die Haltung gegenüber der estnischen Sprache und negiert damit die von den Esten erwarteten individuellen Integrationsanstrengungen. Sie findet aber auch in Russland kein alternatives Identifikationsmoment und lehnt diesen Staat und das alte System genauso sehr ab wie den neuen estnischen Staat. Angesichts der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit ist es wahrscheinlich, dass die schlechten Berufsaussichten dieser Gruppe wesentlich zu ihrer Haltung beiträgt. Auch hier ist kein nennenswertes Organisations- und Mobilisationspotential zu erwarten, und es ist angesichts ihrer vollkommenen Orientierungslosigkeit und Anti-Haltung auch nicht anzunehmen, dass diese Gruppe eigenständige politische Forderungen formuliert.

Im Gegensatz zu den Erwartungen estnischer Politiker kommt eine absolut ablehnende Haltung gegenüber dem estnischen Staat also nur bei 30% der estnischen Russen vor. Diesem knappen Drittel Anti-Esten steht jedoch eine mit einem Anteil von 44% wesentlich größere Gruppe von Russen gegenüber, die Estland und dem Projekt des estnischen Nationalstaats, einschließlich seiner EU-Orientierung, sehr positiv gegenüberstehen und offensichtlich auch aktiv unterstützen. Dieses Ergebnis gibt im Hinblick auf die breite Exklusion der Russen von



Wahlen und Abstimmungen zu denken: Denn sieht man von dem geringen Anteil der sich insbesondere in der ersten Gruppe findenden Russen mit estnischer Staatsbürgerschaft ab, haben Staatsbürgerschafts- und Wahlgesetze nicht in erster Linie russische Gegner der estnischen Republik „kaltgestellt“, sondern ihre im Hinblick auf die längerfristige zukünftige Entwicklung der ethnischen Beziehungen möglicherweise wertvollsten Unterstützer unter den Russen ausgeschlossen.

Insgesamt machen die Ergebnisse dieses Abschnitts deutlich, dass die russische Minderheit sehr genau wahrnimmt, dass und wie sich ihre Position in Estland verändert hat. Dazu zählt, dass ihre Identität als Bürger der Sowjetunion verloren gegangen ist. Es hegt nur der kleinere Teil der Minderheit nostalgische Gefühle für die Sowjetzeit. Gleichzeitig hat sich noch keine einheitliche oder auch nur dominante neue Identität innerhalb der russischen Minderheit entwickelt, vielmehr sind diverse Spaltungen zwischen verschiedenen Alters- und Qualifikationsgruppen in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft sowie zu Russland und den westlichen Staaten auszumachen. Für den Großteil der Minderheit gilt vielmehr, dass sie die gleichberechtigte Integration in die estnische Gesellschaft sucht und, wenn sie diese aufgrund der ihr vorenthaltenen Staatsbürgerschaft und der damit verbundenen Benachteiligungen nicht selbst erreichen kann, sie zumindest für die nachfolgende Generation einfordert.

### **5.2.2.3. Politische Interessenvertretung und ethnische Entrepreneure**

Angesichts der Tatsache, dass die Prozesse der Identitätsbildung unter den Russen in Estland immer noch im Gange sind und gegenwärtig eher Differenzierungen denn Einigungsprozesse beobachtbar sind, stellt sich im Zusammenhang mit der übergeordneten Fragestellung nach den gegenwärtigen und zukünftigen Mobilisierungschancen der russischen Minderheit die Frage, welche Aspekte überhaupt geeignet sein könnten, als einigendes Moment für eine Mobilisierung zu fungieren. Nach den bisherigen Ergebnissen ist es vor allem die Integration in die estnische Gesellschaft, zumeist thematisiert im Zusammenhang mit der Staatsbürgerschaftsproblematik, die ein solches Potential bietet. Es herrscht in der russischen Minderheit ein erhebliches Spannungsverhältnis zwischen dem sehr hohen Integrationswillen und dem Wunsch nach rechtlicher Gleichstellung einerseits und der andauernden Frustration über den estnischen Staat und die estnische Gesellschaft andererseits, die ihr dieses Recht und

damit verbundene bessere Lebenschancen vorenthalten. Die Probleme und Einschränkungen, die durch die Staatenlosigkeit oder die russische Staatsbürgerschaft entstehen, betreffen die meisten russischen Familien und stellen eine fundamentale kollektive Erfahrung der Minderheit dar. (Hallik 2000) Daher dürfte die Unzufriedenheit über die Regelung der Staatsbürgerschaft und der Sprache den Russen Anlass zu Widerspruch bieten. (Vihalemm 1999: 20; Hallik 2000)

In diesem Abschnitt wird daher der Frage nachgegangen, wie sich die Möglichkeiten und Formen der Interessenorganisation der russischen Minderheit nach der Unabhängigkeit Estlands entwickelt haben. Untersucht wird, inwieweit Parteien und Gewerkschaften sowie andere politische Verbände die russische Minderheit entlang ihres Integrations- und Gleichstellungswunsches zu einen versuchen oder inwieweit sie eher partikulare Interessen vertreten. Der Fokus dieser Analyse ist damit auf den politischen Widerstand („voice“) der Russen gegen die Exklusion durch die Esten gerichtet. Von besonderem Interesse ist dabei, ob aus der russischen Minderheit ethnische Entrepreneur\*innen hervorgehen, die auf eine breite Mobilisierung der russischen Ethnie in Estland hinwirken.

Die Analyse der Interessenvertretungsmöglichkeiten und –formen der estnischen Russen muss die Besonderheiten der Entwicklung und Strukturierung des Parteienspektrums in Estland berücksichtigen und dazu auch Entwicklungen der Phase vor der Unabhängigkeit in die Betrachtung einschließen. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit bestand die Regierung Estlands aus dem im März 1990 gewählten Obersten Rat (ursprünglich „Oberster Sowjet“). Da diese Wahlen auf Betreiben der zuvor an der Macht befindlichen Kommunistischen Partei Estlands Personenwahlen und keine Parteienwahlen waren, verfügte die Republik Estland über kein ausdifferenziertes Parteiensystem, das den Vorstellungen einer parlamentarischen Demokratie nach westlichem Vorbild entsprochen hätte. Um diesen Mangel zu beseitigen, beschloss der Oberste Rat im August 1990, dass alle Mitglieder des Obersten Rates eine politische Partei repräsentieren sollten. (Norgaard 1996: 86)

Das heißt allerdings nicht, dass es zu diesem Zeitpunkt keine politischen Parteien gegeben hat. Aus der 1988 gegründeten Volksfront und den zahlreichen anderen Bewegungen, wie z. B. dem Denkmalschutzverein, entwickelten sich schon vor der Unabhängigkeit des Landes Parteien und Wahlbündnisse. (Norgaard 1996: 85ff) Dieser Ausdifferenzierungsprozess wurde dadurch verstärkt, dass die bis dahin alles dominierende Kommunistische Partei

Estlands vom Obersten Rat 1991 verboten wurde. Die Anhänger dieser Partei, Kommunisten und viele Russen, mussten daher neue Parteien gründen und Parteiorganisationen aufbauen. (Smith/Wilson 1997: 852) Nach Bollow (1998: 106) existierten schon vor den Parlamentswahlen im März 1990 über 30 Parteien. Sie spielten aber für die Identifikation unterschiedlicher politischer Richtungen und die politische Willensbildung keine große Rolle. Wichtiger waren in diesem Kontext die öffentlich bekundeten Überzeugungen der zur Wahl stehenden Kandidaten als Einzelpersonen, besonders wenn diese prominent waren. Im Sommer 1992 registrierte das Präsidium des Obersten Estnischen Rates 21 politische Parteien und Bewegungen. An den ersten freien nationalen Wahlen 1992 nahmen schon 38 Parteien teil, doch in der Folgezeit reduzierte sich die Zahl der Parteien über die Wahlen von 1995 bis 1999 stetig. Kennzeichen der ersten Jahre der souveränen estnischen Republik war eine hohe Volatilität des Parteienspektrums, sichtbar vor allem in den immer wieder wechselnden Parteibündnissen – die aufgrund einer 5%-Klausel für viele kleine Parteien notwendig waren - und Regierungskoalitionen sowie der Tatsache, dass die ersten frei gewählten Regierungen aufgrund von Streitigkeiten in den jeweiligen Koalitionen vor Ablauf der Legislaturperiode abgelöst wurden. Der Nachfolgepartei der EKP, der Estnischen Arbeiterpartei, gelang allerdings weder 1992, noch 1995, oder 1999 der Sprung ins Parlament. (Norgaard 1996: 86)

Sieht man von der aus der Interfront hervorgegangenen Interbewegung ab, die vehement für das alte staatssozialistische System und daher sowohl gegen die Reformen in Estland wie auch gegen die Reformen Gorbachevs kämpfte, lässt sich die politische Landschaft Estlands Anfang der 1990er Jahre in zwei politisch-ideologische Lager teilen, die die Pole des politischen Spektrums markieren. Zum einen gab es eine restaurative Bewegung, in der die Nation über alles gestellt und als Garant für die Wiederherstellung des früheren estnischen Staates der Zwischenkriegszeit begriffen wurde. Diese Restauration zielte auf das Rückgängigmachen möglichst aller durch die Sowjetherrschaft hervorgerufenen Entwicklungen, insbesondere der demographischen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur. Dementsprechend war die Konzeption der Staatsbürgerschaft in diesem Kontext ethnisch definiert und schloss die nach dem Zweiten Weltkrieg zugewanderten Russen von der Möglichkeit, estnische Staatsbürger zu werden, von vornherein aus. Die Idee der Wiederbelebung des starken nationalen Staats der Vorkriegszeit vertraten vor allem ehemalige Dissidenten als die radikalsten Verfechter der sofortigen Unabhängigkeit. Sie fanden sich vor allem in der später mehrfach an der Regierung beteiligten "Estnischen Nationalen Unabhängigkeitspartei", als Abgeordnete im "Estnischen Kongress" sowie als

Mitglieder des Denkmalschutzvereins. (Hallik 1998: 275f; Bollow 1998: 106f)

Dieser Restaurations-Ideologie stand die Vorstellung einer anti-totalitären Demokratie gegenüber, in der der Schutz der nationalen Rechte und der neuen Unabhängigkeit als substantieller Bestandteil einer neuen, humanen und pluralistischen Gesellschaft verstanden wurde. In dieser Konzeption eines pluralistischen, toleranten und offenen Staates kam der Staatsbürgerschaft nicht die Bedeutung für die Definition des neuen Nationalstaats zu, wie es in der restaurativen Konzeption der Republik der Fall war. Demzufolge sollte die Staatsbürgerschaft auch nicht nach ethnischen Kriterien exklusiv gehandhabt werden, sondern es sollten möglichst alle Einwohner Estlands Staatsbürger der neuen Republik werden. In dieser Konzeption wären also die Russen voll in den estnischen Staat integriert worden. Zu diesem Lager zählte – bis zu ihrer Aufspaltung in Sozialdemokratische Partei und Liberale – die estnische Volksfront,<sup>118</sup> in der ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Partei Estlands führende Positionen innehatten (z. B. Marju Lauristin, Edgar Savisaar), und "Vaba Eesti" (Freies Estland), die ebenfalls von ehemaligen Führungskräften der KPE (Arnold Rüütel; Indrek Toome) getragen wurde. (Hallik 1998: 275f; Bollow 1998: 106f)

Die Ereignisse des August 1991 – der gescheiterte Putsch in Moskau – fielen mitten in die Phase der durch den Parlamentsbeschluss über die Parteizugehörigkeitspflicht der Abgeordneten ausgelösten Neukonfiguration des Parteiensystems. Sie brachten nicht nur jeglichen bis dahin organisierten Widerstand gegen die Unabhängigkeitsbewegung von nicht-estnischer Seite zum Erliegen (vgl. Kapitel 4), sondern sie schwächten aufgrund des sich mit dem Putsch in Moskau verstärkenden Misstrauens gegenüber den Russen auch nachhaltig die Position derjenigen, die der Minderheit konstruktiv gegenüberstanden und die Konzeption des offenen Staates verfolgten. Die ideologische Hinwendung zur Restauration zeigte sich am deutlichsten in der Wiederherstellung des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1938, die vom Obersten Rat am 26. Februar 1992 beschlossen wurde, ein halbes Jahr vor den ersten freien Wahlen in der neuen Republik Estland. Durch diesen Beschluss, der wesentlich von dem nationalistischen Parteibündnis „Pro Patria“ getragen wurde, war allen russischen Immigranten der Sowjetzeit die automatische Staatsbürgerschaft verwehrt. (Hallik 1998: 275ff) Da die neue Verfassung der Republik bestimmte, dass nur Staatsbürger Estlands das aktive und passive Wahlrecht ausüben dürfen, konnten die russischen Abgeordneten des

---

<sup>118</sup> Von der Volksfront spalteten sich 1990 die Liberaldemokratische Partei und die Sozialdemokratische Partei ab. Im Oktober benannte sie sich in Zentrumspartei um. (Norgaard 1996:87)

Obersten Rats, die keinen estnischen Pass erhielten, nicht für die Wahl am 20. September 1992 kandidieren und daher durfte die übergroße Mehrheit der Russen an dieser Wahl nicht mehr als Wähler teilnehmen. (Bollow 1998: 106f)

In diesem Klima war es eine quasi natürliche Folge, dass der Wahlkampf zu den Wahlen im September 1992 sehr stark von nationalistischen Themen wie der staatlichen Unabhängigkeit, der Sicherheit vor Russland, der Staatsbürgerschaftsfrage und der Sprachregelung bestimmt wurde. Infolge dieser Wahlkampfthemen und des weitgehenden Ausschlusses russischer Kandidaten und Wähler führten die Wahlen zu einer deutlichen Veränderung der Zusammensetzung des Parlaments gegenüber dem im März 1990 gewählten Obersten Rat: Nun dominierten die nationalistischen Kräfte. (Bollow 1998: 107) Stärkste Fraktion wurde das national-konservative Parteibündnis Pro Patria.<sup>119</sup> Zusammen mit der Estnischen Nationalen Unabhängigkeitspartei,<sup>120</sup> die zweitstärkste Fraktion wurde, und den „Moderaten“, einem Bündnis aus Estnischer Sozialdemokratischer Partei und Estnischer Zentrumspartei – der Nachfolgeorganisation der Volksfront – bildete es die neue Regierung. (Norgaard 1996: 88) Nach Hallik (1998) war der Ausgang dieser ersten freien Wahlen das Fanal der bis heute anhaltenden Exklusion der Russen durch die estnischen Politiker im Parlament:

„After parliamentary elections in September 1992 and the victory of the nationalist Pro Patria Party, this citizenship issue became the hallmark of a generally selective and exclusivist ethnic policy, which was apparent in the government’s legislation from 1992-1995“. (Hallik 1998: 276)

Angesichts des breiten Spektrums politischer Richtungen in dieser Regierungskoalition war es kein Wunder, dass sie nur zwei Jahre an der Macht blieb. Ursache des Bruchs der Koalition war, dass Pro Patria und die anderen Koalitionsparteien keine gemeinsame Linie in der Landwirtschaftspolitik fanden. Während Pro Patria und die Nationale Unabhängigkeitspartei jegliche protektionistische Hilfe ablehnten, waren die Moderaten bereit, bestimmte Zweige der Landwirtschaft zu unterstützen. Auch favorisierten die Moderaten das Modell einer progressiven Einkommenssteuer, die die Belastung der Bezieher niedriger Einkommen senken sollte. Dieses Steuermodell wurde von Pro Patria und der Nationalen Unabhängigkeitspartei strikt abgelehnt. Auch das Pro Patria-Bündnis zerfiel über diese

---

<sup>119</sup> Das Wahlbündnis schloss folgende Parteien ein: ‚Vaterland‘, Christlich-demokratische Partei Estlands, Konservative Partei Estlands, Republikanische Partei.

<sup>120</sup> Die Estnische Unabhängigkeitspartei gründete 1989 zusammen mit dem Denkmalschutzverein die Bewegung des ‚Bürgerkomitees‘ (vgl. Kap. 3), das nur den Vorkriegsstaatsbürgern im neuen Staat volle politische Rechte zugestehen wollte. (Norgaard 1996: 197)

Streitigkeiten, und nach einem Misstrauensvotum gegen den Premier Laar wurde die Regierung mit dem Rest der Koalition unter dem neuen Premier Andres Tarand bis zu den Parlamentswahlen 1995 weitergeführt. (Norgaard 1996: 85ff)

Der Streit, über den die erste frei gewählte Regierung der Republik Estland zerbrach, verdeutlicht, dass schon sehr bald nach der Unabhängigkeit und der ersten Wahl die Bevölkerung das Interesse an nationalistischen Themen verlor. Stattdessen wurden wirtschaftspolitische Themen wichtiger. Der Wahlkampf für die Wahlen am 5. März 1995 wurde infolgedessen vollkommen durch wirtschaftspolitische Themen bestimmt. (Bollow 1998: 107) Dementsprechend veränderte sich auch die Zusammensetzung des Parlaments. Pro Patria verlor seine Mehrheit an die Nationale Koalitionspartei Tiit Vähi, die zusammen mit der Ländlichen Union und der Zentrumspartei die neue Regierungskoalition stellte. Der Wahlsieg der Koalitionspartei und ihrer Regierungspartner basierte auf der Botschaft, dass die notwendigen Wirtschaftsreformen stärker sozial abgefedert werden sollten und er wurde deshalb von vielen als Linksruck interpretiert. (Hallik 1996a; Mattusch 1996: 126; Norgaard 1996: 98; eine Gegenmeinung vertritt Bollow 1998: 107) Die Linksruck-Einschätzung trifft allerdings nur auf die Periode bis Oktober 1995 zu, in der die Koalition mit der Zentrumspartei bestand. (Mattusch 1996: 126)

In den Parlamentswahlen am 7. März 1999 setzte sich schließlich wieder die national-konservative Pro Patria durch, doch diesmal nicht mit weiteren national gesinnten Parteien, sondern zusammen mit den Verfechtern radikaler Wirtschaftsreformen von der liberalen Reformpartei und den Moderaten. Darin war insofern auch keine Rückkehr zu den nationalistischen Themen der unmittelbar auf die Unabhängigkeit folgenden Periode zu sehen, als die stärkste Kraft in dieser Wahl die Zentrumspartei von Edgar Savisaar wurde. Doch errang die Pro-Patria-Allianz 53 der insgesamt 101 Abgeordnetensitze, so dass die Zentrumspartei trotz ihres Wahlsiegs in die Opposition gehen musste. (Huang 1999)

Insgesamt zeigt sich in den Wahlkampfthemen und den Wahlergebnissen eine einseitige Ausrichtung auf estnisch-nationale Themen und die allgemeinen wirtschaftlichen Probleme des Transformationsprozesses des Landes. Eine explizite Vertretung der Interessen der russischen Einwohner des Landes fand nicht statt, bestenfalls wurden ihre Interessen vermittelt über die Maßnahmen zur sozialen Flankierung der Transformation berücksichtigt. In den durch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Transformation geprägten Jahren

war der Umgang mit der Minderheit kein Thema für die estnischen Politiker. In den Wahlen 1995 gelang aber immerhin dem russischen Wahlbündnis "Unsere Heimat ist Estland", das sich im Verlauf der ersten Legislaturperiode gebildet hatte, mit sechs Sitzen der Einzug ins Parlament, so dass drei Jahre nach den ersten Wahlen in der unabhängigen Republik Estland die Russen wieder über eine Interessenvertretung im Parlament verfügten. Diese Feststellung muss jedoch insofern eingeschränkt werden, als „Unsere Heimat ist Estland“ nach der estnischen Verfassung nicht von allen Russen gewählt werden konnte, sondern nur von Russen mit estnischer Staatsbürgerschaft. Die gleiche Einschränkung gilt auch für die Parteimitglieder. (Hallik 1998) Mit den Wahlen von 1995 bewegte sich die politische Macht und die ideologische Fokussierung der Regierung stärker auf die gesellschaftliche Mitte zu, ohne dass allerdings tiefgreifende Veränderungen in der Ethnopolitik zu erwarten waren:

„A review of the positions of Estonia's parties and electoral coalition on ethnic policy (as they were formulated for the 1995 parliamentary elections) shows that none of them is ready to initiate a principal revision of this policy“. (Hallik 1998: 277)

Während das „Wie“ des Reformprozesses steter Quell politischer Auseinandersetzungen war, waren die politischen Positionen in der Minderheitenpolitik sehr festgelegt und wiesen kaum Differenzierungen zwischen den im Parlament vertretenen Parteien auf. Hallik (1998: 277) stellt in ihrer Untersuchung der estnischen Parteienlandschaft fest, dass mit Ausnahme der Moderaten und der Zentrumspartei alle estnischen Parteien, die 1995 im Parlament vertreten waren, einen starken ethnischen ‚Selbstverteidigungsreflex‘ hatten – die russischen Einwohner wurden immer noch als die hauptsächliche Bedrohung für das estnische Volk angesehen. Auch waren sich alle estnischen Parteien in dem Punkt einig, die Auswanderungsbereitschaft von Nicht-Esten aktiv zu fördern (siehe oben die Ausführungen zur „exit“-Option). Darüber hinaus sah die große Mehrheit der Parteien den estnischen Staat als ethnisch definiert an, weshalb sich fast alle gegen einen politischen Dialog mit Vertretern des nicht-estnischen Teils der Bevölkerung über die Staatsstruktur, die Beteiligung der Minderheit an der politischen Macht oder andere Beteiligungsformen sperrten. Die wechselvolle Geschichte des Ministerpostens für Ethnische Belange und auch die Schwierigkeiten bei der Erarbeitung des Integrationsprogramms zeigen deutlich, dass den Minderheitenfragen zumindest nicht kontinuierlich und wohl auch nicht immer ganz freiwillig durch die Regierungen Beachtung geschenkt wurde.<sup>121</sup>

---

<sup>121</sup> vgl Pettai 2000.

Allein die Zentrumspartei und die Moderaten setzten sich für einen Dialog zwischen den ethnischen Gemeinschaften ein und konnten in die Ideologie ihrer Parteien die Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft integrieren. Aber auch für diese beiden Parteien gilt wie für alle anderen, dass sie als wesentliche Voraussetzung der Integration der Russen die Aneignung der estnischen Sprache ansahen, was sich auch in der Ausgestaltung des Integrationsprogramms (SP 2000, vgl. Kapitel 3) niederschlug. Hallik kommt in ihrer Einschätzung auch der zukünftigen Entwicklung ethno-nationaler Positionen der Parteien zu einem recht pessimistischen Ergebnis:

„As a result, one can define the current national ideology of Estonia’s political parties as one of ethno-nationalism, in which the main tasks for the future – in what should be done to stabilize such a nation-state society as well as provide for its social security – have only marginally begun to be understood“. (Hallik 1998: 278)

Die estnischen Parteien haben bis auf wenige Ausnahmen die Minderheit bisher als Wählerklientel noch nicht entdeckt. Viele sind weiterhin an einer klaren Abgrenzung zu den Russen im Land interessiert. Offensichtlich ist der ‚ethnische Selbstverteidigungsreflex‘ (Hallik) immer noch stark ausgeprägt .

Wenngleich die estnischen Parteien die tonangebenden im estnischen Parlament sind, so existieren doch einige russische Parteien, die die Interessen der Minderheit vertreten. Zwar sind diese Parteien durch die gesetzlichen Restriktionen in ihrer Performanz auf nationaler Ebene beschränkt. Doch da Nicht-Staatsbürger zumindest auf kommunaler Ebene wählen –wenngleich nicht gewählt werden – dürfen, haben sie doch mit Tallinn und Ida-Virumaa zwei wichtige russische Ballungsgebiete, in denen sie bei lokalen Wahlen Hochburgen haben. Auf nationaler Ebene sind die Russen ausschließlich in dem Wahlbündnis „Unsere Heimat ist Estland“ aktiv, das aus zwei Parteien besteht: der EÜR (Eestimaa Ühendatud Rahvapartei = Estnische Vereinigte Volkspartei, Parteivorsitz: Victor Andreev) und der VEE (Vene Erakond Eestis = Russische Partei in Estland, Vorsitzender: Nikolaj Maspanov). Von den sechs Sitzen im Parlament, die „Unsere Heimat ist Estland“ in der Wahl 1995 erhielt, entfielen 4 auf die EÜR und zwei auf die VEE.

Generell ist die Politik der beiden russischen Parteien auf Minderheitenfragen gerichtet, dagegen spielen allgemeine soziale und ökonomische Themen eine untergeordnete Rolle. Die Mehrzahl ihrer Politiker spricht sich allerdings für eine stärkere staatliche Kontrolle der Ökonomie aus. Beide russischen Parteien setzen sich für die Behauptung der kulturellen und



sprachlichen Identität der russischen Bevölkerung Estlands, für bessere Ausbildungsbedingungen und für Hilfe in Armutregionen (z. B. Narva) ein. In ihrem Programm<sup>122</sup> tritt die EÜR für eine Gesetzesänderung hinsichtlich der momentanen Staatsbürgerschafts- und Sprachgesetze ein. Sie befürwortet den EU-Beitritt, lehnt aber die Nato-Mitgliedschaft ab. Ihre Programmatik entspricht in diesen Punkten damit sehr stark den Überzeugungen der weiter oben beschriebenen Gruppe der „Kompromiss-Sucher“. Laut ihrem Parteiprogramm kooperiert die EÜR mit den Gewerkschaften, vor allem im Nordosten des Landes. Die Partei, die nach eigenen Angaben fast 1400 Mitglieder hat, besteht zu 80% aus Russen und zu 10% aus Esten. Die restlichen 10% werden von anderen Nationalitäten gestellt.

Ein Experte erklärte im Gespräch, dass die „Vereinigte Volkspartei“ und die „Russische Partei“ sehr verschiedene Gruppen innerhalb der russischen Minderheit vertreten und auch in bezug auf das Verhältnis zum estnischen Staat und zu Russland sehr unterschiedlicher Ansicht sind. Die EÜR vertrete die Interessen des russischen Business und sei stärker auf den estnischen Staat orientiert, die VEE dagegen vertrete eher die Interessen der Transformationsverlierer unter den Russen und sei darüber hinaus wesentlich stärker auf Russland orientiert.

Im 1995 gewählten Parlament setzte sich das Wahlbündnis zum einen für bessere Beziehungen zu Russland ein. Zum anderen versuchte es im innenpolitischen Bereich, die Beziehungen zwischen Esten und Nicht-Esten zu verbessern. Allerdings fehlte ihm, abgesehen von der Forderung nach liberaleren Naturalisierungsgesetzen, eine klare Konzeption, wie die Probleme der nicht-estnischen Bevölkerung zu lösen seien, was angesichts der großen Unterschiede in der allgemeinpolitischen Ausrichtung der beiden Parteien auch nicht verwundert. Das Verständnis der beiden russischen Parteien von Staat und Nation wich erheblich von dem der meisten estnischen Parteien ab. Sie sehen Estland als einen faktisch multikulturellen Staat, dem auch auf normativer Ebene durch die staatliche Finanzierung von muttersprachlicher Erziehung und Bildung entsprochen werden sollte. Sie erhielten im Parlament allerdings keine konkreten Chancen zur Umsetzung ihrer Vorstellungen. Das Bündnis zerbrach 1996 an den dauerhaft nicht zu vereinbarenden Positionen der beiden Parteien. (Berg 1999: 87ff)

---

<sup>122</sup> Das Parteiprogramm ist unter <http://www.stv.ee/~eurp/main/russian.html> einzusehen.

Der harte Wahlkampf und die Polarisierung der politischen Kräfte zwischen der Rechten und den Parteien des Zentrums, die sich in den Parlamentswahlen 1999 abzeichnete, ging zu Lasten der kleinen Parteien und damit auch zu Lasten der russischen Parteien. Nur die Vereinigte Volkspartei konnte sich in einer gemeinsamen Liste mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Parlament behaupten und errang sechs Sitze, zwei mehr als in den Wahlen von 1995. Nach den Wahlen 1999 schloss sich die VEE wiederum der EÜR an, ist aber nach wie vor stärker als ihre Schwesterpartei auf die Russische Föderation orientiert. (NZZ Online v. 09.03. 1999)

Aus dem Stimmengewicht der beiden russischen Parteien im nationalen Parlament lässt sich schließen, dass die Mehrheit der russischen Wähler offensichtlich die Partei bevorzugt, die stärker auf Estland und stärker auf die Interessen derjenigen orientiert ist, die sich auch in das neue Wirtschaftssystem integrieren und von ihm profitieren wollen.

Im Gegensatz zur nationalen Ebene verfügen die Russen auf der lokalen Ebene auch als Nicht-Staatsbürger immerhin über das aktive Wahlrecht und können aufgrund ihrer Siedlungsstruktur in Tallinn, auf das sich generell der größte Teil aller parteipolitischen Aktivitäten richtet,<sup>123</sup> und im Nordosten großen Einfluss auf das lokale politische Geschehen nehmen. Während auf nationaler Ebene die estnischen Staatsbürger mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten stellen, bilden sie in Ida-Virumaa nur ein Viertel der Wahlberechtigten,<sup>124</sup> so dass das Wahlverhalten gerade im Nordosten einen guten Einblick in die Wahlerfolge der russischen Parteien und die Präferenzen der Wählerschaft ermöglichen sollte.

Doch sind die Lokalwahlen von 1993 und 1996 aus mehreren Gründen schwer zu interpretieren. Erstens war das Angebot an russischsprachigen Kandidaten wegen der genannten Restriktionen von vornherein eingeschränkt. Zweitens war die Parteienentwicklung zu diesem Zeitpunkt auf lokaler Ebene sehr wenig fortgeschritten. So ist schwierig, aus den Wahlergebnissen Schlüsse über die ideologischen Präferenzen der Wähler zu ziehen. 1993 gab es nur in 9 von 23 Wahlbezirken Listen, die explizit mit einer Partei verbunden waren,

---

<sup>123</sup> Da ein Drittel der Bevölkerung in Tallinn lebt, findet sich dort eine entsprechend große Konzentration der Parteien. Allerdings sind für einige städtisch orientierte Parteien, wie etwa die Koalitionspartei oder die Zentrumspartei, auch der Rückhalt auf dem Land von Bedeutung, weswegen es auch zu Koalitionen mit ländlich orientierten Parteien kommt. (Berg 1999: 88 ff)

<sup>124</sup> In den Städten der Region leben nur 13% Esten, und weniger als ein Viertel der Bevölkerung besitzt die estnische Staatsbürgerschaft. In Sillamäe, das etwa 20.000 Einwohner hat, die zu 97% Nicht-Esten sind, waren bei den nationalen Wahlen 1992 nur 446 Personen wahlberechtigt. Erwartungsgemäß ging kein einziger Sitz an Russischsprachige. 1995 war die Wählerschaft in Sillamae immerhin auf 1640 Personen angestiegen. (Berg 1999: 71)

und diese ließen sich nur schwerlich einer eindeutigen politischen Orientierung oder Ideologie zuordnen. Auch das persönliche Image der zur Wahl Aufgestellten spielte eine untergeordnete Rolle, da sich kaum landesweit bekannte Politiker zur Wahl im Nordosten stellten. Auch in den Lokalwahlen 1996 spielten nur in Narva politische Parteien eine wesentlichere Rolle. Die vier Parteien, die sich dort zur Wahl stellten, gewannen 58% der Stimmen und damit die Mehrheit der Sitze im Stadtrat. (Berg 1999: 70ff) Drittens war in beiden Lokalwahlen die Wahlbeteiligung gerade unter den Nicht-Staatsbürgern außerordentlich gering. 1996 hatten sich in allen Städten des Nordostens zusammengenommen gerade 32% der Nicht-Staatsbürger für die Wahl registrieren lassen. (Berg 1999: 72)

Generell war die Wahlbeteiligung in den lokalen Wahlen in ganz Estland gering. Bei den Lokalwahlen 1999 gaben nur 49% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab – die schlechteste Wahlbeteiligung seit der Unabhängigkeit. (Huang 1999) Zudem schwankte sie erheblich nach Region und nach Staatsbürgerschaftsstatus. Die höchste Wahlbeteiligung gab es in den ländlichen Gebieten, wie in der zentral gelegenen Jogeva-Region und der südlichen Region Polva. Auch dort überschritt die Beteiligung allerdings nicht 55%. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung in Tartu (38,45%), in Tallinn lag sie bei 48,4% (ebd.). Von den 1,059 Millionen wahlberechtigten Personen waren 194.525 (18%) Nicht-Staatsbürger.<sup>125</sup> Von den Staatsbürgern gaben nur 50%, von den Nicht-Staatsbürgern nur 43% ihre Stimme ab. In letzterem Fall bedeutete dies aber immerhin eine Steigerung um etwa 10% im Vergleich zu den anderen Lokalwahlen.

In den Lokalwahlen 1999 erzielte die Zentrumspartei unter dem früheren Premier Edgar Savisaar gute Ergebnisse sowohl im Nordosten, wo sie in Narva 14 von 31 Sitzen und in Kothla-Järve 21 von 41 Sitzen errang, wie auch in Tallinn, wo sie 21 der 64 Sitze im Stadtparlament gewinnen konnte. Doch reichte dieses Ergebnis der Zentrumspartei nicht, um sie aus der Opposition in die Regierung zu bringen. Die drei bereits zuvor regierenden Parteien Pro Patria, die Reformpartei und die Moderaten konnten ihre Positionen halten und eroberten zusammen 28 der 64 Sitze in Tallinn. Obwohl es für die russischen Parteien aufgrund der starken Präferenz russischer Wähler für estnische Parteien aussichtslos war, auf einen Wahlsieg zu spekulieren, wurden sie immerhin zu „Königsmachern“. Die russischen Parteien „Wahl des Volkes“ (Rahva Valik) und „Vertrauen des Volkes“ (Rahva Usaldus)

---

<sup>125</sup> Um als Nicht-Staatsbürger an lokalen Wahlen teilnehmen zu können, muss man über einen gewissen Zeitraum hinweg in der entsprechenden Region ansässig sein (vgl. Kapitel 3).

errangen neun beziehungsweise vier Sitze. Die verbleibenden zwei Sitze gingen an die Koalitionspartei (ebd).

Auch in den lokalen Regierungen hatten sich die russischen Parteien nicht über einen gemeinsamen Weg verständigen können, sondern befanden sich, insbesondere im Wahlkampf 1996, in ständiger heftiger Auseinandersetzung miteinander, so dass eine Allianz der beiden Parteien, selbst um gemeinsam mit anderen Parteien die Mehrheit im Tallinner Parlament zu erlangen und so bessere Chancen zur Vertretung originär russischer Interessen zu erreichen, nicht möglich war. Während "Wahl des Volkes" der Zentrumspartei nahe stand, ist "Vertrauen des Volkes" massiv von der regierenden Koalition umworben worden, mit der es schließlich eine Koalition einging und somit die Vormacht der Parteien der nationalen Regierung im Tallinner Stadtparlament sicherte (ebd.).

Das Abstimmungsverhalten der Russen im Nordosten Estlands unterschied sich bisher signifikant von dem der Tallinner Russen. Während die Nachfolgepartei der KP Estlands, die Estnische Demokratische Arbeiterpartei, die keine spezifisch russische Partei ist, in nationalen Wahlen wie in den lokalen Wahlen in Tallinn keine Sitze erobern konnte, konnte sie sich in Ida-Virumaa wesentlich besser etablieren. In Narvas Stadtparlament gelang sie sogar in die Regierung, wo die ansonsten etablierten Parteien Estlands kaum repräsentiert sind. In der Unterstützung dieser eher links orientierten und russischen Parteien unterscheidet sich Ida-Virumaa insgesamt vom restlichen Estland, wo Parteien dominieren, die rechts von der Mitte stehen. (Berg 1999: 75) Bemerkenswert ist, dass gerade die russischen Parteien, die explizit die Verteidigung der Rechte der russischen Minderheit zu ihrem Programm gemacht haben, Unterstützung von den Russen in Tallinn erfahren, in Ida-Virumaa jedoch kaum Wählerstimmen auf sich versammeln konnten. In den nationalen Wahlen von 1995 kamen nur 14% der von ihnen gewonnenen Stimmen aus Ida-Virumaa, während 59% aller auf die russischen Parteien entfallenen Stimmen aus der Hauptstadt stammten. In Ida-Virumaa dagegen stimmte bei den Parlamentswahlen 1995 und 1999 die Mehrheit der Russen nicht für eine russische Partei, sondern für estnische Parteien. (Berg 1999: 76)

Betrachtet man die Entwicklung des Parteiensystems und die Wahlergebnisse auf nationaler und lokaler Ebene, um daraus Schlüsse für die politische Repräsentation der Russen im neuen Estland zu ziehen, so muss zunächst festgestellt werden, dass die Performanz der russischen Parteien in Estland in dieser Hinsicht nicht gerade beeindruckend ist. Auch ist die russische

Minderheit offenbar alles andere als eine geschlossene und eindeutige Anhängerschaft „ihrer“ Parteien. Die niedrige Wahlbeteiligung zeigt, dass der größere Teil der russischen Bevölkerung dem politischen System fern steht. Die geringe Wahlbeteiligung in den Lokalwahlen macht deutlich, dass selbst dort, wo eine vergleichsweise gute Einflussnahme durch die Nicht-Staatsbürger möglich ist, keine nennenswerte Mobilisierung zu verzeichnen ist.

Insgesamt lassen sich im Bereich der politischen Interessen der Russen unterschiedliche Scheidelinien ausmachen. Sofern die russische Minderheit wählt, zeigt sich im Nordosten eine Präferenz für Linksparteien, doch dies unabhängig vom ethnischen Hintergrund der Partei. Für einen Erfolg in Ida-Virumaa scheint der Einsatz für einen allgemeinen sozialen Ausgleich wichtiger zu sein als der Kampf um Staatsbürgerschaft und Integration der Minderheit. In Tallinn dagegen finden Parteien, die sich dezidiert mit den Fragen des Staatsbürgerstatus oder der Sprachenpolitik beschäftigen, mehr Zuspruch. Die Betonung des sozialen Aspekts im Nordosten mag zum einen angesichts der harten liberalen Transformation verständlich sein. Darüber hinaus spielt vermutlich auch die Verunsicherung über den weggebrochenen sozialen Rahmen des alten Sowjetstaates eine wesentliche Rolle. Insgesamt scheint das Russisch-Sein für die eigenen politischen Interessen weniger relevant zu sein als die eigene ökonomische Situation. Nach Norgaard (1996: 99) lässt sich unter der russischen Wählerschaft am ehesten noch eine Tendenz zur Unterstützung linksgerichteter Parteien feststellen, wobei aber zwischen den Wählern des Nordostens, die sich hauptsächlich aus der Industriearbeiterschaft rekrutierten, und der wesentlich kleineren Gruppe von russischen Geschäftsleuten zu unterscheiden sei, die eher konservativ wählten.<sup>126</sup> Wie zerstritten die Repräsentanten der Russen in den politischen Parteien sind und wie negativ sich dies auf die Mobilisierungsfähigkeit und politische Einflussnahme der Gruppe auswirkt, bestätigte sich im Interview:

„[...]das Hauptproblem besteht auch heute noch darin, daß sie untereinander zerstritten sind, es gibt viele verschiedene Fraktionen innerhalb der russischsprachigen Gruppe, die sich untereinander nicht einigen können. Dies ist einer der Gründe, weswegen sie nur so wenige Sitze in den Parlamenten bekommen – wenn sie sich untereinander einigen könnten, bekämen sie deutlich mehr Sitze“. (Interview m. Verf. v. 14.03.01)

---

<sup>126</sup> Die Ergebnisse einer Umfrage von 1996 unter dem russischen Teil der Bevölkerung bestätigt die unterschiedlichen Interessenlagen innerhalb der russischen Minderheit. Im Falle einer Wahlberechtigung hätten sich zu diesem Zeitpunkt ein Teil der Nicht-Staatsbürger, in der Hauptsache Industriearbeiter überwiegend für Linksparteien entschieden, eine bedeutend kleinere Gruppe von Geschäftsleuten würde eine eher rechts orientierte Partei wählen. (Norgaard 1996:99)

Smith und Wilson (1997: 853) sehen hier einen elementaren Unterschied zwischen der politischen Elite der Esten und der der Russen. Während bei der estnischen politischen Elite zwar eine unübersehbare Uneinigkeit in Hinsicht auf wirtschaftspolitische Themen zu beobachten ist, werde die Gruppe durch einen bemerkenswerten Konsens in Fragen der Staatsbürgerschaftspolitik geeint. Dieser Konsens verhindere für die estnische politische Elite das, was die offensichtliche Schwäche der russischen politischen Elite darstellt: eine Fraktionierung. In die gleiche Richtung habe auch gewirkt, dass sich in den estnischen Regierungen immer sehr große Parteibündnisse in wechselnden Zusammensetzungen befunden haben, wodurch sich im estnischen Parteienspektrum nie klare Regierungs- und Oppositionsrollen entwickelt hätten und die Parteien nicht gezwungen gewesen seien, sich scharf voneinander abzugrenzen.

Die russischen Parteien nehmen diese Segmentierungen der Wähler und die Fraktionierung ihrer politischen Elite bisher offensichtlich noch nicht als ein Mobilisierungshindernis wahr. Es sind jedenfalls keine Ansätze zur Etablierung einer russischen Partei zu sehen, die über die genannten Scheidelinien innerhalb der russischen Wählerschaft hinweg versucht, die Minderheit als ganzes als Wähler zu gewinnen und für übergreifende politische Ziele zu mobilisieren. Gerade im Verhältnis zwischen VEE und EÜR offenbart sich, wie sehr russische Parteien auf nationaler Ebene auf Kooperation angewiesen sind, sich faktisch aber immer nur auf eine Seite der beiden russischen Lager schlagen und dort ihre Wähler zu rekrutieren versuchen.

Die Spaltung der Interessenvertretung der Russen geht auf verschiedene Faktoren zurück. Zum einen scheint dort, wo die Chance zur Integration in die estnische Gesellschaft und in die neue Elite des Landes besteht, das Interesse an der Artikulation von Minderheitenbelangen häufig zu schwinden, weil damit der gerade erst erreichte persönliche Status wieder gefährdet werden könnte:

„Die russische politische Elite ist heterogen und gespalten. Es ist die Geschichte mit der Mohrrübe am Stock – wenn einige von ihnen integriert sind, werden sie loyal und sind nicht mehr in der Opposition“. (Interview m. d. Verf. v. 14.03.01)

Zum anderen machen die Auseinandersetzungen zwischen den russischen Parteien im Wahlkampf in Tallinn deutlich, dass der Beteiligung an der Regierungsmacht gegenüber einer

geschlossenen Position in der Minderheitenfrage der Vorzug gegeben wird. Schließlich spielte angesichts der zunehmenden Parteienvielfalt für die Erfolgchancen der russischen Parteien bei Wahlen offensichtlich das Charisma der einzelnen Kandidaten immer noch eine größere Rolle als die sachliche Überzeugungskraft von Parteiprogrammen.<sup>127</sup> Dies wirkt sich negativ auf die Bindungskraft und Mobilisationsfähigkeit der russischen Parteien aus, weil die für den politischen Stimmenfang wichtigen Einzelpersonen im Falle eines innerparteilichen Konflikts nicht auf die Parteilinie verwiesen werden können, sondern die Partei eher den Wünschen der prominentesten Führer folgen muss, um ihre Wahlchancen zu erhalten:

„Es ist nicht eine Frage der Vielfältigkeit der Parteiprogramme, sondern eine Frage verschiedener charismatischer politischer Persönlichkeiten. Je mehr es von denen gibt, desto mehr Parteien gibt es auch. Es handelt sich bei diesen Spaltungen v.a. um persönliche Konflikte und Machtbestrebungen der charismatischen Führer, die ihre Macht nicht mit anderen teilen wollen. In der politischen Landschaft sind die russischen Parteien besonders gespalten und stehen sich gegenseitig im Weg. Sogar in den nationalen Wahlen konnten keine von ihnen die russische Wählerschaft mobilisieren, die sich auf verschiedene Parteien aufteilte“. (Interview m. d. Verf. v. 09.03.01)

Auch wenn sich die russischen Parteien nach wie vor für eine Änderung der Staatsbürgerschafts- und Sprachengesetzgebung aussprechen und gerade lokale Akteure sich aktiv dafür einsetzen (Mishin im Nordosten), scheint insgesamt die - angesichts der nach wie vor relativ geschlossenen Haltung der dominanten estnischen Parteien vielleicht realistische – Haltung in den russischen Parteien vorzuherrschen, sich den Existenzbedingungen im neuen Estland anzupassen, auch wenn das bedeutet, dass ein Großteil der Minderheit mit ihren Interessen nicht nachdrücklich vertreten wird.

Ein Experte erklärte, dass die russischen Parteien in Estland auch in regionaler Hinsicht sehr selektiv taktieren, wodurch naturgemäß vorhandene Unterschiede bestätigt und verstärkt, nicht aber überwunden werden können:

„Es gibt Beispiele für regionale Mobilisierungen, wo sich regionale Minoritäten organisieren und Parteien gründen. Die russischen Parteien sind jedoch keine regionalen Parteien, sie versuchen, überregional Wählerschaften anzusprechen. Es gibt keine Partei für Ida-Virumaa, die dort Stimmen sammeln und die Region unterstützen. Der größte Teil der russischen Wählerschaft sitzt in Tallinn, da hier mehr Russen mit estnischer Staatsbürgerschaft sitzen als in Ida-Virumaa. Die Zielgruppe vor Wahlen ist für die Parteien dann auch Tallinn“. (Interview m. d. Verf. v. 09.03.01)

---

<sup>127</sup> Dies gilt allerdings nicht nur für russische Parteien: Pettai kommt in einer Untersuchung der estnischen Wahlen von 1992, 1995 und 1999 zu dem Ergebnis „[...]that nearly half of the deputies in parliament owed their seats to some degree of personal name-recognition or personal vote-getting as distinct from a clear party vote“. (Pettai 1999: 9)

Dort, wo russische Parteien an der Macht beteiligt sind, bedeutet dies nicht, dass die ‚ethnische Karte‘ für sie aktuell bleibt. Vielmehr scheint der zumindest für einen Teil der Bevölkerung spürbare wirtschaftliche Aufschwung nachhaltig die politische Agenda zu beeinflussen:

„In politischer Hinsicht haben die russischen Parteien erkannt, dass die Mobilisierung nichts bringt und die Durchschnittsperson sich nicht mobilisieren lässt. Der ökonomische Fortschritt in Estland lässt sie zwar ihre Probleme nicht vergessen, aber es stellt sie in einen ganz anderen Kontext. Es ist schwierig, Konflikte heraufzubeschwören, wenn es wirtschaftlich bergauf geht. Insofern spielt die ethnische Agenda keine Rolle. Es gibt hier keine, die sich als ethnische Entrepreneure eignen würden. Die verschiedenen Parteien reflektieren auch die verschiedenen Einstellungen, die es innerhalb der russischsprachigen Gruppe gibt, selbst innerhalb einer Partei. So sind die Parteiführungen von Anfang der neunziger Jahre heute von der jüngeren Generation in ihrer Partei herausgefordert, den 25 – 30jährigen, die es eher ermüdend finden, immer die ethnische Karte auszuspielen. Es gilt sogar schon als altmodisch und lohnt sich daher nicht. Es hat mehr Sinn, mit estnischen Parteien zusammenzuarbeiten und andere Themen zu besetzen und die Integration voranzutreiben. Es ist eine Frage der Generation“ (Interview m. d. Verf. v. 09.03.01)

Von Russen organisierte Protestaktionen gegen die Staatsbürgerschaftsgesetze und das Ausländergesetz, die durchaus Ansätze eines organisierten, ethnisch motivierten Widerstandes zeigten, sind nach den ersten Jahren der Republik schnell verebbt und offensichtlich in vielen Fällen durch den individuellen Wunsch nach sozialer Aufwärtsmobilität verdrängt worden. (vgl. a. Vihalemm 1999: 19; Smith/Wilson 1997)

Es liegt nahe, die festgestellte regionale Spaltung im russischen Wahlverhalten damit zu erklären, dass die russische Wählerschaft in Tallinn einen weit größeren Anteil an estnischen Staatsbürgern aufweist als die russischen Wähler im Nordosten und dass die Erwerbchancen in Tallinn insgesamt besser sind als in Ida-Viruma. Da Russen mit estnischer Staatsbürgerschaft besser in die estnische Gesellschaft integriert sind und in der Regel über bessere Qualifikationen verfügen als Russen ohne estnischem Pass, wäre dann allerdings zu erwarten, dass die vergleichsweise gut in die Gesellschaft integrierten Russen in Tallinn mehrheitlich estnische Parteien, und die vergleichsweise stark marginalisierten Russen im Nordosten mehrheitlich russische Parteien unterstützen, die sich für ihre verbesserte Integration einsetzen. Tatsächlich aber verhält es sich genau umgekehrt.

Eine Ursache für dieses scheinbare Paradoxon könnte darin liegen, dass aufgrund eines höheren Anteils naturalisierter Russen in Tallinn dort auch eine größere Zahl von Kandidaten



für russische Parteien vorhanden ist, die innerhalb der russischen Bevölkerung auch bekannt sind, während im Nordosten aufgrund des Mangels an russischen Kandidaten mit estnischer Staatsbürgerschaft häufig Kandidaten aus anderen Regionen des Landes antreten, die in der örtlichen Bevölkerung unbekannt sind. Darauf deuten jedenfalls Befunde über den Rückhalt der russischen Parteien in der russischen Wählerschaft hin. Bemerkenswert ist dabei, dass die Führer der großen estnischen Parteien den Russen mindestens genauso bekannt oder sogar bekannter sind als die Führer der wichtigsten russischen Parteien: Während 63% der Befragten den Namen des Führers der "Union der russischen Staatsbürger Estlands", Jurij Mishin, kannten, gaben 96% an, Edgar Savisaar (Volksfront, später Zentrum) zu kennen, und ebenfalls 63% kannten Siim Kallas (Reformpartei). (Berg 1999: 80)

Auch die russischen Parteien sind unter der russischen Bevölkerung des Nordostens nicht sonderlich gut bekannt. Nur je ein Drittel der Befragten kannte die "Russische Partei in Estland" (VEE), die "Union der russischen Staatsbürger in Estland" (Eesti Vabariigi Venemaa Kodanike Liit) oder die "Vereinigte Volkspartei" (EÜR). Umfragen, die die estnischen Russen gezielt nach den Parteien fragten, die sich explizit für die Interessen der Minderheit in Estland einsetzen, kamen 1995 zu dem Ergebnis, dass nur jeder sechste nicht-estnische Einwohner diese Parteien benennen konnte. Im Nordosten gaben mehr als die Hälfte (54%) der Russen an, keine dieser Parteien zu kennen. In Tallinn war dieser Anteil geringer, lag mit 43% aber immer noch sehr hoch. Insgesamt ließen die Befragten kaum Interesse an der Unterstützung der Aktivitäten russischer Parteien erkennen. Auf die Frage, wie sie die Aktivitäten der russischen Parteien in Estland beurteilen, nahmen 85% der Befragten eine neutrale Position ein oder äußerten keine Meinung. (Open Estonia Foundation 1997a) Angesichts dieser Befunde ist Berg zu folgen:

„The share of straightforward supporters was (in an almost monoethnically Russian setting!) relatively small, only 12%, and that at the most politicized times in the most politicized place. It is of course understandable that if the parties are not well known, it is difficult to judge their activities. In any case, the Russian parties were by no means considered the main political representatives of the region's interest. Also, at present they do not seem to constitute a core around which an ethno-regional movement could develop“. (Berg 1999: 80)

Norgaard erwartet für die Zukunft eine sukzessive Integration der Nicht-Staatsbürger in das politische System und in der Folge eine Transformation des Parteiensystems „which will promote a gradual strengthening of parties in favour of integration“. (Norgaard 1996: 100) Vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklungen jedoch muss man die Wahrscheinlichkeit

einer breiten Mobilisierung der russischen Minderheit in Estland durch die russischen Parteien auf nationaler und regionaler Ebene wohl sehr gering einschätzen. Solange der verfassungsmäßige Rahmen politischer Aktivitäten der russischen Parteien von ihnen selbst weiter so interpretiert wird, als hätten sie – zumindest im großen und ganzen - die gleichen Interessen und Aufgaben im Parlament wahrzunehmen wie die estnischen Parteien, solange die Forderungen nach Staatsbürgerschaft und verbesserter Integration der Minderheit als zwar wichtige, letztlich aber immer verhandelbare Überzeugungen und Interessen angesehen werden, deren Realisierung von den Mehrheitskonstellationen im Parlament und vom Entgegenkommen der estnischen Parteien abhängt, sind die russischen politischen Parteien Estlands nicht als ethnische Entrepreneure denkbar. In ihnen scheint vielmehr eine Strategie der Loyalität vorzuherrschen mit dem Ziel, sich in der politischen Arena individuell zu etablieren und den Karriereweg in Anlehnung an das estnische Establishment zu betreiben. Widerspruch („Voice“) scheint in den Augen der meisten russischen Parlamentarier eine Strategie zu sein, die dem eigenen Einfluss im Parlament und der eigenen Karriere schadet.

Es ist kaum davon auszugehen, dass mit der von Norgaard erwarteten schrittweisen Vergrößerung der Zahl von Russen mit estnischer Staatsbürgerschaft – falls diese Entwicklung tatsächlich stattfinden wird – die gegenwärtigen internen Segmentations- und Konfliktlinien in der russischen Wählerschaft und in und zwischen den russischen Parteien überwunden werden. Es ist auch nicht zu erwarten, dass sich die Positionen der estnischen Parteien zur Staatsbürgerschaft und Integration der Russen in nächster Zeit grundlegend ändern werden, auch wenn die Esten den im Parlament vertretenen Repräsentanten der russischen Minderheit keine Verbesserung ihrer Lage anbieten. Wenn aus dem Parteiensystem heraus eine Verbesserung des rechtlichen und ökonomischen Status der estnischen Russen erreicht werden soll, dann kann diese nach wie vor nur durch massenhafte politische Mobilisierung der Russen durch ihre Parteien gegen den Widerstand der estnischen Parteien geschehen.

Von zentraler Bedeutung für die geringen Mobilisationschancen der russischen Minderheit in Estland erwies sich die noch vor den ersten freien Wahlen getroffene Entscheidung des Obersten Rats, der Mehrheit der Russen die Staatsbürgerschaft vorzuenthalten und sie so von den Wahlen auszuschließen. Diese Entscheidung muss als die fundamentale Weichenstellung für das Verhältnis der Esten und der Russen im neuen Estland und vor allem für den Status der Russen in der neuen estnischen Gesellschaft angesehen werden:

„By defining channels of access through its citizenship policies, the state has had an important regulative impact on the form of collective action. In structuring political access on the basis of non-ethnic criteria,<sup>128</sup> the state has helped to create ‘insiders’ and ‘outsiders’ amongst the diaspora and in the process weakened the social base for collective action“. (Smith/Wilson 1997: 851)

Ein Experte bestätigte im Gespräch diese Einschätzung und beschrieb die Folgen dieser Weichenstellung für die traditionelle politische Elite der Russen:

„Die politische Elite ist in den meisten Fällen verschwunden. Vermutlich sind viele nach Russland gegangen, vor allem natürlich die höheren politischen Chargen, wie die Parteisekretäre in den nordöstlichen Städten. Oder sie sind in die Wirtschaft gegangen, in kleine Handelsunternehmen, in Import-Export-Geschäfte mit Russland. Sie haben sich auf verschiedene Unternehmen verteilt. Wie erfolgreich, ist nicht bekannt. Es gibt eine russischsprachige Wirtschaftsgemeinschaft. In welchen Bereichen genau, ist nicht klar - sie sind eher im Einzelhandel, in Kleinunternehmen - nicht in der Industrie, wo mehr Kapital und Verbindungen notwendig sind“. (Interview m. d. Verf. v. 09.03.01)

Ein anderer sieht noch weiterreichende Folgen der Entscheidungen der estnischen Regierungen zur Staatsbürgerschaft, da nicht nur die Angehörigen der noch aus dem Sowjetsystem stammenden Elite von diesen betroffen waren, sondern die Region im Nordosten durch den „brain drain“ der Wirtschafts- und Verwaltungsexperten und ihrer Bildungselite eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer Entwicklungschancen habe hinnehmen müssen:

„Ida-Virumaa ist proletarisch - kulturelle Institutionen und andere öffentliche und ökonomische Institutionen, die aus der sowjetischen Zeit stammen, versuchen ein Umfeld zu schaffen, das sich auf Mittelschichtstrukturen bezieht, z. B. wissenschaftliche Einrichtungen. Es gab auch eine Reihe von Unternehmen, die über hochqualifiziertes Personal verfügten. Alle diese Strukturen und Institutionen sind zusammengebrochen. Dies hat auch einen entsprechenden Verlust von know-how in der Region zur Folge: 1992 waren unter denen, die die Region verließen, Personen mit Universitätsabschluss und Hochqualifizierte doppelt so stark repräsentiert wie Personen mit geringerem Qualifikationsniveau. Das waren vor allem Leute,

---

<sup>128</sup> Smith und Wilson begreifen die von ihnen beschriebenen Kanäle des Zugangs zum politischen und gesellschaftlichen System Estlands als nicht ethnisch determiniert, weil sie von einem sehr formalen „opportunity-approach“ ausgehen. Danach stehe es jedem frei, die vom estnischen Staat geforderten Kriterien zum Erwerb der estnischen Staatsbürgerschaft zu erfüllen und „Este“ zu werden. Da nicht allen Russen die Staatsbürgerschaft verweigert werde, könne keine Rede von ethnisch definierten Ausschlusskriterien sein. Gegen ein solches Verständnis der Politik der estnischen Regierungen sprechen jedoch erhebliche Bedenken. Erstens ist aus dem in diesem und in den beiden vorhergehenden Kapiteln dargestellten politischen Hintergrund der politischen Entscheidungen zur Staatsbürgerschafts- und Sprachregelung klar geworden, dass sie keineswegs dazu erlassen wurden, um Nicht-Staatsbürgern eine Möglichkeit („opportunity“) zur Erlangung der estnischen Staatsbürgerschaft zu eröffnen und die dafür notwendigen Kriterien zu definieren, sondern sie dienten dezidiert dazu, der russischen Minderheit den Zugang zur estnischen Staatsbürgerschaft zu erschweren. Insofern stellt der Ausdruck „structuring political access on the basis of non-ethnic criteria“, wenn man ihn auf die Situation der estnischen Russen anwendet, die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf. Da aber der Hauptaussage dieses Passus von Smith und Wilson zuzustimmen ist, hat die Verfasserin sich entschieden, ihn hier wörtlich zu zitieren.

die ihre Nische auch in Russland hatten, im technologischen oder wissenschaftlichen Bereich. Nicht alle gingen, aber die meisten. So wurde der proletarische beziehungsweise der Arbeiterklassencharakter der Region noch sichtbarer als zuvor“. (Interview m. d. Verf. v. 14.03.01)

Die Russen in Estland mussten sich entscheiden, so Smith und Wilson (ebd.), ob sie sich auf die von der estnischen Regierung verlangten Integrationsanforderungen einlassen und ihren gesellschaftlichen Status und ihre materielle Existenz durch Anpassung an die veränderten Bedingungen absichern (in der Terminologie von Smith und Wilson sogenannte „Integrationisten“), oder ob sie Widerstand gegen diese Assimilationsanforderungen leisten und kompromisslos uneingeschränkte Staatsbürgerschaft und Russisch als zweite Amtssprache fordern sollten („Hardliner“).

Es sind jedoch nicht nur die Parteien, die als ethnische Entrepreneurinnen für verbesserte Integrationschancen der Russen in Estland infrage kommen, sondern auch Verbände und Gewerkschaften. Gerade die gewerkschaftliche Interessenorganisation hat traditionell für die Russen in Estland, insbesondere diejenigen im industriell geprägten Nordosten, eine große Rolle gespielt, was angesichts der 800.000 Mitglieder, die die Gewerkschaften noch 1990 zählen konnten, nicht verwundert. Allerdings darf diese Zahl auch nicht überbewertet werden, da unter dem Sowjetregime Zwangsmitgliedschaft herrschte. (nations in transit 1999: 238; FES-Politikinformation Osteuropa, 1999: No 77: 1) Für die techno-ökonomische Elite in dieser Region, deren Status und materielle Existenz durch die estnische Unabhängigkeit und die damit verbundene rigorose Ersetzung exponierter russisch-sowjetischer Kader besonders gefährdet war, lag es deshalb nahe, auf solche traditionellen Strukturen zurückzugreifen. Das nachhaltigste Beispiel für diese Strategie war der schon erwähnte Joint Council of Labourer Collectives, mit dessen Hilfe der Erhalt der Sowjetunion oder, nachdem dies nicht zu erreichen war, die Autonomie der Region erkämpft werden sollte. (Smith/Wilson 1997: 857)

Doch ist der Einfluss, den die Gewerkschaften in Estland für die Interessen der russischen Minderheit geltend machen können, ebenfalls als eher gering einzuschätzen. Gegenwärtig existieren in Estland etwa 30 Gewerkschaften, die in drei voneinander unabhängigen gewerkschaftlichen Dachverbänden organisiert sind. Der größte dieser gewerkschaftlichen Dachverbände ist der Zentralverband der Estnischen Gewerkschaften (EAKL), der allein 27 Branchengewerkschaften vertritt. Der EAKL repräsentiert zum größten Teil die Beschäftigten in Industrie, Dienstleistung, Handel, Öffentlichem Dienst und in der Landwirtschaft.

(Business & Economy)<sup>129</sup> Dieses Branchenprinzip beschränkt von vornherein die Möglichkeiten zur Organisation ethнопolitisch motivierter Interessen, wenngleich aufgrund ihres hohen Anteils an der Industriearbeiterschaft wesentlich mehr Russen als Esten gewerkschaftlich organisiert sind. (Aasland/Flotten 2001: 1036f) Zusätzlich wird eine ethнопolitische Ausrichtung der Gewerkschaften zugunsten der Russen dadurch erschwert, dass ausschließlich estnische Staatsbürger oder Personen mit permanenter Aufenthaltsgenehmigung berechtigt sind, Führungspositionen in den Gewerkschaftsorganisationen einzunehmen. (Andersen 1999: 419)

Auch hat sich die politische Funktion und Bedeutung der Gewerkschaften verändert. Waren sie zu sowjetischer Zeit eng an die Kommunistische Partei gebunden und im Grunde verlängerter Arm der Zentralregierung in den Betrieben, so sind sie heute eine unabhängige Arbeitnehmerorganisation westlichen Musters und nehmen neue Aufgaben wahr, wie vor allem die Führung kollektiver Lohnverhandlungen. (nations in transit 1999: 238) Damit haben sie ein eng auf arbeitspolitische Themen beschränktes politisches Mandat. Da die traditionelle Gewerkschaftsbasis durch die Privatisierung und Parzellierung der großen Industriekombinate erodiert ist und durch die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors ein neues Segment der Arbeiterschaft entstanden ist, das nur schwer zu organisieren ist, dürfte das Interesse der Gewerkschaften an einer Mobilisierung der russischen Minderheit für verbesserte Integrationschancen ziemlich gering sein. Sie würden damit wohl den Interessen des größten Teils der von ihnen repräsentierten Industriearbeitnehmer nachkommen, jedoch Gefahr laufen, die Mitglieder anderer, angesichts des sektoralen Strukturwandels für die Zukunft strategisch wichtiger, Branchen zu verprellen.

Schließlich hat die Bedeutung der Gewerkschaften vor allem zahlenmäßig erheblich abgenommen: Durch die Privatisierung der Wirtschaftsunternehmen und die Aufhebung der früheren Zwangsmitgliedschaft sowie durch Aufspaltungen früherer kommunistischer Gewerkschaften ist die Zahl der organisierten Arbeitnehmer erheblich geschrumpft: Von 1990 noch 800.000 Gewerkschaftsmitgliedern auf 540.000 im Jahr 1992 und 330.000 im Jahr 1993. 1999 vertrat der größte gewerkschaftliche Dachverband EAKL nur noch rund 60.000 Mitglieder. (nations in transit 1999: 238; FES-Politikinformation Osteuropa, 1999: No 77: 1) Gemessen an ihrem früheren Einfluss kommt den Gewerkschaften in Estland heute angesichts dieses dramatischen Mitgliederschwunds nur noch ein geringes politisches Gewicht zu.

---

<sup>129</sup> [www.ibs.ee/economics/esc./part-3.2.html](http://www.ibs.ee/economics/esc./part-3.2.html)

Andererseits darf aber ihre Bedeutung als politische Repräsentanten der Nicht-Staatsbürger im Nordosten nicht unterschätzt werden, wie sich im Expertengespräch zeigte:

„Die Gewerkschaften spielen noch im Nordosten eine Rolle. Sie sind dort noch eine Art politische Arena für Nicht-Staatsbürger, die auf lokaler Ebene gewählt werden können. Aber es gibt zu wenig. Für die Gesellschaft wäre es wichtig, mehr davon zu haben, damit sich politische Positionen entwickeln und artikulieren können. In der Hinsicht sind die Gewerkschaften dort wichtig“. (Interview m. d. Verf. v. 09.03.01)

Insofern bleibt auch für die Gewerkschaften festzustellen, dass erst die Zukunft zeigen wird, welchen Stellenwert sie im politischen System Estlands einnehmen und mit welchen Themen sie welche Gruppen vertreten werden. Gegenwärtig und in nächster Zukunft jedenfalls ist ausgeschlossen, dass gewerkschaftliche Organisationen oder einzelne Gewerkschafter als ethnische Entrepreneure für die Interessen der russischen Minderheit hervortreten und eine Mobilisierung der Minderheit bewerkstelligen werden.

Schließlich bleiben noch die existierenden Vereine und Verbände der Russen daraufhin zu untersuchen, ob sie eine Strategie des Widerstands gegen die dominante estnisch-nationale Politik verfolgen und ethnische Entrepreneure mit dem Ziel einer Mobilisierung der Minderheit hervorbringen.

Hier ist zunächst die Schirmorganisation der politischen Repräsentanten der russischen Minderheit zu nennen, die „Russian Representative Assembly“ (RRA), die sich als Reaktion auf das Verbot der KP Estlands gründete und eng mit den russischen Parteien zusammenarbeitet. (Smith/Wilson 1997: 851) Sie tritt loyal gegenüber dem estnischen Staat auf und zählt nach Smith und Wilson zu den „Integrationisten“. Von ihr ist also nicht zu erwarten, dass sie Strategien des Widerstands („Voice“) gegen die estnische Regierung entwickeln und die russische Minderheit zu diesem Zweck mobilisieren wird.

Zwei Verbände, die eine klare Strategie des Widerstands gegen die estnische Ethnopolitik verfolgen, spielen in der Öffentlichkeit eine bedeutendere Rolle. Die ist der „Russian Council“, der sich im April 1993 bewusst als Gegenorganisation zur RRA gegründet hat. Er tritt kompromisslos für eine uneingeschränkte Staatsbürgerschaft der Russen in Estland und für Russisch als zweite Amtssprache ein und wird von Smith und Wilson zu den „Hardlinern“ gezählt. (Smith/Wilson 1997: 851) Das Gleiche gilt auch für die „Assembly of Russian

Populations in the Baltic States“ (ARPBS), die mit den russischen Parteien Estlands zusammenarbeitet, aber auch mit Parteien in anderen baltischen Republiken und mit Abgeordneten und Institutionen in Russland. (Laitin 1998: 125) Doch angesichts der gespaltenen Interessenlage und der verschiedenen Verhaltensstrategien der estnischen Russen sind auch diese Verbände offensichtlich nicht Willens und nicht in der Lage, die vorhandenen Scheidelinien zu überbrücken und zu den Katalysatoren einer einheitlichen Strategie zur Durchsetzung der elementaren Interessen der Russen an Integration und Gleichberechtigung im neuen Estland zu werden. Laitin (1998: 125) beschreibt die Reaktion eines russischen Duma-Abgeordneten und ARPBS-Mitglieds auf eine von den russischen Parteien Estlands und der ARPBS durchgeführte Konferenz zur Repräsentation der Nicht-Staatsbürger im Jahr 1997: „The Assembly (gemeint ist die ARBPS – die Verf.) is not interested in those Russians who have decided to be more Estonian than the Estonians themselves, [...] but in the mass of Russians who are waiting for Russia to sometimes also say ‘no’ to these countries“.

### **5.2.3. Die Fragmentarisierung der russischen Minderheit im neuen Estland**

Die Analyse der Reaktionen der Russen auf die estnische Unabhängigkeit und ihre damit verbundene weitgehende Exklusion von Staat und Gesellschaft hat vor allem vier Punkte gezeigt, die als Ergebnis festzuhalten sind.

- Die russische Minderheit hat, mit Ausnahme der älteren Transformationsverlierer, die sich diesen Schritt jedoch nicht leisten können, kein Interesse, das Land zu verlassen, sondern will in Estland bleiben.
- Das Verhältnis der Russen zum neuen estnischen Staat ist weniger durch die ethnische Zugehörigkeit als durch die sozio-ökonomische Lage bestimmt. Der größte Teil der Russen steht dem estnischen Staat positiv gegenüber und versucht, sich an die veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen, wobei dies besonders für früher nicht exponierte Angehörige der alten technisch-ökonomischen Elite und die jüngeren Russen mit höheren Qualifikationen gilt. Der geringere Anteil der Russen, die Transformationsverlierer, lehnt den estnischen Staat ab, wobei die älteren Transformationsverlierer sich noch mit dem alten Sowjetsystem identifizieren, die jüngeren Transformationsverlierer sich weder mit der alten Sowjetunion noch mit dem neuen estnischen Staat identifizieren können.

- Dennoch ist ein allgemeines hohes Maß an Frustration der Russen über die Haltung der Esten in der Staatsbürgerschaftsfrage und der Sprachenproblematik festzustellen, weshalb die Verweigerung gegenüber den Sprachexamina zunimmt. Sowohl die Transformationsgewinner als auch die Transformationsverlierer wünschen ein Ende ihrer Benachteiligung durch die Regelung der Staatsbürgerschaft und den Zwang zum Erlernen der estnischen Sprache, um ihre materielle Existenz besser absichern zu können.
- Auf der Ebene der Orientierungen der russischen Minderheit hinsichtlich Staat und Gesellschaft wie auch auf der Ebene der politischen Interessenvertretung dominiert eindeutig eine „loyalty“-Strategie. Nur wenige Parteien, aber immerhin zwei Verbände verfolgen eine dezidierte „voice“-Strategie. Weder die eine noch die andere Richtung ist dabei jedoch gegenwärtig in der Lage oder auch nur interessiert, die vorhandenen Gräben innerhalb der Minderheit zu überbrücken und durch Appell an den gemeinsamen ethnischen Hintergrund und die damit verbundene Benachteiligung eine ethnische Mobilisierung zu initiieren, um den Status der Gruppe in der Gesellschaft generell zu verbessern. Individuelle Anpassungsstrategien überwiegen deutlich gegenüber dem Wunsch nach kollektiver Gegenwehr.

Die Unterscheidung zwischen Transformationsverlierern und Transformationsgewinnern reicht jedoch nicht, um die vielfältigen Differenzierungen, die die russische Minderheit nach der Unabhängigkeit Estlands erfahren hat, zu erfassen. Diese vorwiegend an der materiellen Situation und dem Qualifikationsniveau festgemachte Zuordnung bezeichnet zwar die wesentlichste Demarkationslinie in der Minderheit, doch wird diese Linie in beiden Lagern von quer dazu verlaufenden politischen Einstellungen gekreuzt. Auch das individuelle Verhalten in dieser Situation bringt innerhalb dieser zwei großen Lager noch einmal unterschiedliche Gruppenschneidungen hervor. Diese Verhaltensweisen reichen von resigniertem Rückzug über passive Duldung bis hin zu politischem Widerstand, von passiver Annahme der Früchte des erfolgreichen Systemwandels bis zu aktiven individuellen Karrierestrategien im neuen System. Insgesamt ist ein hohes Maß an Fraktionierung der russischen Minderheit nach der Unabhängigkeit festzustellen. Natürlich hat sich die gesamte estnische Gesellschaft nach der Unabhängigkeit ausdifferenziert, doch im Gegensatz zu den Esten, die immerhin ihren eigenen Nationalstaat als großes gemeinsames und identitätsstiftendes Moment haben, lässt sich auf Seiten der Russen ein solches identitätsstiftendes Moment nicht ausmachen. Die Prozesse der Neustrukturierung der



sozialen Schichtung und der politischen Neuorientierung innerhalb der Gruppe der Russen erscheinen dabei noch keineswegs abgeschlossen. Versucht man, all die in diesem Kapitel identifizierten Differenzierungen und das von den Experten in den vor Ort durchgeführten Interviews vermittelte Bild der russischen Minderheit zusammenzufassen und die wichtigsten Gruppen innerhalb der ethnischen Minderheit zu bestimmen, dann ergibt sich folgendes Bild:

#### **5.2.3.1. Die alte sowjetische Elite – der gescheiterte Widerspruch**

Diejenigen, die noch der sowjetischen Gesellschaft und Vergangenheit verbunden waren, fühlten sich als erste in den Jahren des Umbruchs zum Widerstand gegen den pro-baltischen Nationalismus aufgerufen. Sie engagierten sich in der Interfront und anderen Organisationen und waren in der Regel Funktionäre der Kommunistischen Partei aus dem Parteiapparat, der Administration oder dem Fabrikmanagement. Ihre Organisationschancen waren dort besonders groß, wo die ethnische Identität mit einer bestimmten Klassenzugehörigkeit zusammenfiel, wie im Nordosten Estlands. Durch verschiedene Faktoren wurde diese Gruppe entscheidend geschwächt. Zum einen gelang es ihnen nicht, die Maßnahmen zu verhindern, die seitens der estnischen Regierung getroffen worden waren, um die Kommunisten in Estland zu schwächen. Vor allem das Verbot der Kommunistischen Partei nahm dieser Gruppe die wesentliche institutionelle Stütze. Darüber hinaus war die Politik ihres ‚Heimatlandes‘ Russland in den Zeiten des Umbruchs alles andere als eindeutig. Nach dem gescheiterten Putsch in Moskau und der Unabhängigkeitserklärung des Obersten Rats Estlands war diese Gruppe politisch nachhaltig diskreditiert, hohe Militärs und Mitglieder der Nomenklatura hatten vielfach am Ende keine andere Wahl mehr als die Auswanderung, weshalb diese Gruppe im heutigen Estland nur noch sehr klein sein ist.

#### **5.2.3.2. Die Loyalität der neuen Elite und Mittelschicht - „Die Rechte, die sie brauchen, können sie sich kaufen“**

Während bei den Esten die Elitenbildung von vornherein die staatliche Verwaltung und die politische Repräsentation mit einschloss, wurde dieser politisch-kulturelle Teil der russischen Elite massiv aus seiner gesellschaftlichen Position verdrängt. Deshalb – und aufgrund der weitgehenden Exklusion der Russen von der politischen Teilhabe - blieb die Bildung einer

neuen Elite auf russischer Seite auf den Bereich der Ökonomie beschränkt. Dies ist der wesentliche Grund, warum die neue russische Elite stark auf den individuellen ökonomischen Erfolg, die materielle Sicherung und die Steigerung des eigenen Lebensstandards orientiert ist.

Politisch ist die Elite der Russen weitgehend ‚pazifiziert‘ – sie kann nur noch in Institutionen unter nationaler Kontrolle, wie z.B. in den staatlichen Unternehmen, agieren oder in die Privatwirtschaft ausweichen. Dieser Bereich stellt offensichtlich die Kompensation für den verlorenen politischen Einfluss dar. Diese Gruppe bietet am ehesten das Potential für ethnopolitische Entrepreneure, da ihre Mitglieder entsprechende Bildungsvoraussetzungen haben und noch am ehesten über die materielle Ressourcen und Netzwerke verfügen, doch haben sie offensichtlich kein Interesse an ethnischer Mobilisierung und kollektivem Widerstand, sondern richten sich unter den neuen Bedingungen individuell ein. Die Aktualisierung ethnischer Identitäten und Interessen bedeutet für diese Gruppe in erster Linie eine Gefährdung ihres schon erreichten gesellschaftlichen Status und ihrer weiteren Aufstiegspläne.

Nach dieser Strategie versprechen Spracherwerb und die Staatsbürgerschaft die Überwindung der sozialen Barrieren der estnischen Gesellschaft. Estnisch steht in diesem Zusammenhang weniger für die Identifizierung mit den an sich gegenüber Russen sehr exklusiv wirkenden estnisch-nationalen Werten und Symbolen, sondern dient als Instrument, um sich längerfristige soziale und ökonomische Aufstiegschancen zu sichern. Nach Laitin (1998: 28f) handelt es sich hierbei um die Strategie der „competitive assimilation“: Ein großer Teil der Minderheit erkennt als rationaler Akteur seine Chance, sich durch das Lernen der Sprache (möglichst vor den anderen) kompetitive Vorteile auf einem zunehmend umkämpften Arbeitsmarkt zu sichern. Gemessen an den besuchten Sprachkursen und den Anträgen auf Einbürgerung scheint (noch) ein großer Teil der Minderheit bemüht, Anschlussfähigkeit an die estnische Gesellschaft herzustellen. Diese Gruppe hält sich von politischen Organisationen und Engagement eher fern. Die Wenigen, die sich in den politischen Parteien der Russen engagieren, zielen aber ebenfalls mehrheitlich primär auf die Verbesserung der materiellen Aspekte der Situation der Russen in Estland ab. Ein Experte charakterisiert diese Gruppe folgendermaßen:

„Ein Teil findet seinen Platz v.a. in dem neuen ökonomischen Umfeld und versucht, seinen eigenen Weg zu gehen. Hier gibt es einige Möglichkeiten aufgrund der Verbindungen zu

Russland, zu den nordischen Ländern und zum Westen. Diese Gruppe ist im Prinzip nicht an dem Schicksal der russischen Sprache oder der russischen Kultur in Estland interessiert. Sie denken daran, ihren Kindern die beste Ausbildung zu geben, im schlechtesten Fall in Finnland, besser in Deutschland oder in England und den USA. Ihre Einstellung ist sehr pragmatisch, ein bisschen zynisch sogar. Sie haben sich hier eingerichtet. Ethnische Mobilisierungen sind hier unwahrscheinlich - das wichtigste Thema ist Geld und ein neues Auto. Diese Leute können sich die minimalen Rechte, die sie brauchen, kaufen“. (Interview m. d. Verf. v. 09.03.01)

### **5.2.3.3. Die kulturelle Elite – Kämpfer auf verlorenem Posten**

Neben der ökonomisch orientierten Mittelschicht und neuen Elite existiert nur eine sehr kleine Gruppe in der russischen Minderheit, die als kulturell-politische Elite bezeichnet werden kann. Sie akzeptiert den neuen Status Estlands und identifiziert sich mit ihm als Heimatland, kann aber über die kollektive Schlechterstellung der Russen nicht hinwegsehen und versucht deshalb, die Interessen der Minderheit wahrzunehmen. Diese Gruppe rekrutiert sich besonders aus denjenigen, die von 1989 bis 1991 die Unabhängigkeitsbewegung Estlands unterstützten (Smith 1999: 88) und besteht aus Intellektuellen und Bürgerrechtlern. Hier findet sich das höchste Maß an politischem Engagement, in NGOs wie dem „Human Rights Centre“ in Tallinn, aber auch in einigen politischen Parteien, sowohl estnischen wie russischen. Bisher war der Erfolg dieser Gruppe hinsichtlich der Liberalisierung der Staatsbürgerschaftsgesetze oder der staatlichen Förderung der Sprache und Kultur der Minderheit aber wenig wirksam. Ein Weg, der von den Aktivisten beschritten wird, ist der Appell an internationale Institutionen und der Verweis auf das internationale Recht, mit dem die estnische Minderheitenpolitik nicht immer übereinstimmt.<sup>130</sup> Ansonsten ist diese Gruppe, die noch am ehesten die Hirschman-Option des Widerspruchs wählt, d.h. konstruktiv auf eine Verbesserung des Systems hinwirken will, ins folkloristische Abseits gedrängt und spricht nicht die Mehrheit mit ihren Existenzsorgen an:

„Das Programm der geistigen Führer besteht im wesentlichen darin, das lokale kulturelle Leben aufrechtzuerhalten und die kulturelle Verbindung zu Russland nicht abreißen zu lassen. Diese kulturellen Verbindungen sind in jeder Hinsicht stark vom Erziehungssystem abhängig und hier gab es einen enormen Schock für die russischsprachige Gemeinschaft, als der Beschluss kam, die russischsprachigen Gymnasien bis 2007 zu schließen. Wieder ist diese Gruppe enttäuscht und unter Stress. Sie sehen, dass die estnischen Vertreter, die estnische Gesellschaft, nicht an ihnen interessiert sind. Die einfachen Leute müssen einfach leben und

---

<sup>130</sup> Ihr größter Erfolg war die Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1998, nach dem in Estland geborenen Kindern von staatenlosen Eltern automatisch die Staatsbürgerschaft zuerkannt wurde - damit entsprach die Entscheidung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes.

können nicht lange über politische Partizipation nachdenken - sie müssen so gut wie möglich zurechtkommen". (Interview m. d. Verf. v. 09.03.01)

Die Bedeutung der kulturellen Elite ist stark eingeschränkt – nicht nur die Verunsicherungen des Umbruchs, der die sowjetische Kultur entwertete, sondern auch die neue Dominanz der estnischen Kultur macht es ihnen schwer, die ‚unpopuläre‘ russische Kultur gegen die estnische Kulturoffensive und den damit verbundenen Assimilationsdruck zu verteidigen, dem durch das Integrationsprogramm weiter Nachdruck verliehen wird. Da gerade sonst kulturelle Deprivation ein Anlass zur Mobilisierung ist, zeigt sich hier, dass es kaum Mobilisierungsbereitschaft gibt. Vielmehr haben sich hier die Verhältnisse gleichsam umgedreht – wurden in der Sowjetunion die kulturellen Belange der estnischen Bevölkerung auf Folklore und Brauchtum beschränkt, ist nun die russische Kultur von der Verdrängung in ein Reservat bedroht. Die russische Sprache ist nicht länger Instrument der sozialen Mobilität, sondern eine Minderheitensprache, die für die Positionierung in der estnischen Gesellschaft keinen Nutzen hat.

Diese Gruppe kann jedoch am allerwenigsten eine Mehrheit in der russischen Bevölkerung finden. Sie verfügt kaum über Kommunikationskanäle zur Masse der Minderheit, erscheint vom Rest der Gruppe relativ abgehoben und isoliert, und auch intern ist politische Aktivität eher das Resultat individuellen Engagements denn koordinierter kollektiver Handlungen. Der primär ökonomisch orientierte Teil der Elite kompensiert den fehlenden politischen Einfluss durch wirtschaftliche Erfolge und sucht darüber hinaus eher den Anschluss an das estnische Establishment als an diesen Teil der Minderheitelite.

#### **5.2.3.4. Resignation ohne Abwanderung: Die passive Mehrheit der Verlierer - Resignation und Rückzug**

In diese Gruppe fallen die schlecht qualifizierten älteren und jungen Russen, die die estnische Sprache nicht beherrschen und kaum auf die Erlangung der estnischen Staatsbürgerschaft hoffen können, solange damit die Ablegung des Sprachexamens verbunden ist. Aufgrund ihres Qualifikationsniveaus ist darüber hinaus fraglich, ob das Sprachexamen und die estnische Staatsbürgerschaft ihre Chancen am Arbeitsmarkt und damit ihre soziale Situation überhaupt verbessern würden. Während die Älteren noch sehr stark auf das Sowjetsystem und Russland orientiert sind, stehen die Jungen beiden Systemen und Staaten ablehnend

gegenüber. Politisches Engagement ist in dieser Gruppe so gut wie nicht anzutreffen, selbst an (lokalen) Wahlen nehmen sie kaum teil, was wohl das relativ schlechte Abschneiden radikal anti-estnischer Parteien erklärt.

Im folgenden sechsten Kapitel wird ein Fazit gezogen: Wie ist vor dem Hintergrund des hier angewendeten Modells ethnischer Mobilisierung die Situation von Russen und Esten einzuschätzen, wie stabil sind die ethnischen Verhältnisse und der bisher gewährte Frieden?

## **6. Fazit: Ethnischer Friede trotz Diskriminierung – Modell Estland?**

In diesem Kapitel sollen die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten komplexen Entwicklungen im Verhältnis zwischen Esten und Russen in Estland auf dem Hintergrund des in Kapitel zwei entwickelten theoretischen Modells der Entstehung und des Verlaufs ethnischer Mobilisierungsprozesse abschließend bewertet werden. Konkret geht es darum, die ethnische Mobilisierung der Esten vor der estnischen Unabhängigkeit und die Mobilisierungsprozesse der Russen nach der estnischen Unabhängigkeit an diesem Modell zu überprüfen und ihren Erfolg oder Misserfolg zu erklären sowie abzuschätzen, wie sich die ethnischen Beziehungen in Estland in Zukunft entwickeln werden.

Ausgangspunkt des theoretischen Modells der Entstehung und des Verlaufs ethnischer Mobilisierungsprozesse war, dass ethnische Mobilisierungen immer als eine Folge der Politisierung ethnischer Unterschiede im Kontext staatlicher und gesellschaftlicher Neu- oder Rekonstitutionsprozesse auftreten. Kennzeichen dieser Rekonstitutionsprozesse ist, dass staatliche Güter entlang ethnischer Grenzen ungleich verteilt werden und sich deshalb politische Loyalitätsverbände auf ethnischer Basis bilden. Drei Bedingungen wurden als wesentlich genannt, um auf diesem Hintergrund ethnische Konflikte auszulösen: eine ethnische Einfärbung der Bürokratie, eine in ihren Ansprüchen frustrierte Elite in einer der beiden Ethnien und die Kollektivierbarkeit des Interesses der Elite für die gesamte Ethnie.

Betrachtet man zunächst die Mobilisierungsprozesse vor der Unabhängigkeit des Landes, d.h. die Mobilisierungsprozesse der estnischen Ethnie, so erscheinen alle diese Bedingungen des theoretischen Erklärungsmodells erfüllt. Der sowjetische Staat und mit ihm seine Teilrepubliken befanden sich in einer tiefgreifenden ökonomischen und politischen Krise, in der den existierenden Institutionen nicht mehr zugetraut wurde, ohne grundlegende Reformen und eine veränderte Form der Staats- und Wirtschaftsleitung die anstehenden Probleme zu lösen. Wesentlichster Ausdruck dieses Misstrauens in das bestehende System war, dass die sonst allen Reformkräften, welche die Macht der Zentrale beschränken wollten, massiv entgegentretende Zentrale in Moskau selbst zur treibenden Kraft solcher Reformen wurde. Die Abgabe von Kompetenzen schien notwendig, um langfristig die Macht zu sichern. Die Reformen gaben jedoch den örtlichen politischen Kadern in den Republiken und Teilautonomen Gebieten wesentlich mehr Einflussmöglichkeiten auf politische und

wirtschaftliche Entscheidungen als geplant, und durch die Liberalisierung der öffentlichen Sphäre konnten bis dato tabuisierte Themen – wie etwa die sowjetische Okkupationsgeschichte Estlands – nun öffentlich diskutiert werden. Dadurch wurden Prozesse in Gang gesetzt, die die Legitimität des sowjetischen Herrschaftssystems immer weiter infrage stellten und aushöhlten.

Wenngleich die Sowjetherrschaft in Estland keine ethnisch exklusive Herrschaftspolitik darstellte, sondern im Gegenteil die kommunistische Zentrale in Moskau an der Heranbildung von estnischen Kadern interessiert war, so lässt sich doch nicht von der Hand weisen, dass wichtige Teile der Staatsbürokratie und der Wirtschaftsverwaltung ausschließlich russischen Kadern vorbehalten blieben, womit auch das Kriterium der ethnischen Einfärbung der Bürokratie erfüllt ist. Mit der Infragestellung der Legitimität sowjetischer Herrschaft war schnell die Forderung der Esten verbunden, auch in diesen wichtigen Bereichen mitzureden bzw. die Verantwortung über diese Bereiche in die eigenen Hände zu nehmen und sich so noch weiter aus der Abhängigkeit von den Entscheidungen Moskaus zu befreien. Insbesondere jene Angehörigen der estnischen Bevölkerung, die zur kulturellen Elite zählten und sich demzufolge nicht selbst in wichtigen politischen Entscheidungspositionen des Sowjetsystems für den Widerstand gegen dieses System und vor allem als Alternative zu den sowjetischen Machthabern diskreditiert hatten, sahen in dieser Strategie eine Chance, ihren Einfluss in Staat und Gesellschaft zu erhöhen. Da sie nicht in der Verantwortung für die Leitung des Staates standen, hing der Erhalt ihres gesellschaftlichen Status auch nicht von ihrer Beteiligung an der Reform des existierenden Systems ab. Vielmehr konnten sie sich profilieren, indem sie auf die Unrechtmäßigkeit der Existenz der Sowjetrepublik Estland sowie auf deren ökonomisches und wirtschaftliches Scheitern und zugleich auf die Rechtmäßigkeit des früheren unabhängigen estnischen Nationalstaats verwiesen. Dies konnte mit der impliziten Botschaft verbunden werden, dass es den Menschen in Estland besser ginge, wenn sie ihre Geschicke weiter selbst in die Hand genommen hätten bzw. es ihnen wieder besser ginge, wenn sie ihren früheren Nationalstaat restaurierten. Da „sowjetische“ Herrschaft zumindest teilweise gleichgesetzt werden konnte mit „russischer“ Herrschaft und dies in der Wahrnehmung der Esten auch der Fall war, war in den Interessen der Kulturelite der Esten eine Ethnisierung ihrer politischen Forderungen grundsätzlich angelegt. Damit stellt die estnische Kulturelite die im theoretischen Konzept der Entstehung und des Verlaufs ethnischer Konflikte genannte in ihren Ansprüchen frustrierte Elite dar, die als ethnischer Entrepreneur ihre Eigeninteressen in die Interessen der gesamten Ethnie zu transformieren

versucht und so zum Träger des ethnischen Mobilisierungsprozesses wird. Sie wurde verstärkt durch die sowjetisch-russische Industrialisierungspolitik, in deren Folge die ethnische Struktur der Bevölkerung massiv verändert wurde und in der estnischen Bevölkerung die Angst wuchs, zur Minderheit im eigenen Land zu werden. In diesem Aspekt besteht auch das Moment, das neben der allgemeinen Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Versorgungslage und den politischen Zuständen von zentraler Bedeutung für das Übergreifen der Mobilisierung von der Kulturelite auf die gesamte estnische Elite war.

In den Einstellungen der Esten sowie in den politischen Organisationen, die sich im Zuge der Mobilisierungsprozesse vor der Unabhängigkeit des Landes formierten, ist deutlich die Konstitution politischer Loyalitätsverbände auf der Basis ethnischen Gemeinschaftsglaubens zu erkennen. Organisationen wie die Estnische Unabhängigkeitspartei, die Gesellschaft für Denkmalschutz oder der Kongress von Estland waren exklusiv estnische Organisationen. Die über alle Schichten der estnischen Ethnie hinweg einigende Idee war dabei die des eigenen Nationalstaats. Man war dabei überzeugt, dass man ihn nicht nur gegen das etablierte System und seine Vertreter, sondern auch gegen die Russen im Land erkämpfen müsse. In Reaktion auf die Gründung dieser Organisationen formierten sich innerhalb der russischen Ethnie entsprechende exklusiv russische Organisationen wie die Interfront oder der JCLC. Die einzige nennenswerte in dieser Zeit neuentstandene Organisation, die explizit Esten und Russen zu organisieren trachtete und eine vermittelnde Stellung einnahm, war die Volksfront. Diese war jedoch nicht das Produkt interner politischer Organisationsaktivitäten einer der beiden oder beider Ethnien, sondern verdankte sich einer Initiative der kommunistischen Führung des Landes, die mit dieser Organisation die Geschlossenheit der estnischen Ethnie aufbrechen wollte. Gerade in diesen Organisationen drückt sich die Ende der 1980er Jahre erreichte ethnische Frontstellung in Estland aus.

Sieht man einmal davon ab, dass sich Russland nicht militärisch zugunsten der Russen in Estland eingesetzt hat, dann bleibt als Erklärung dafür, dass sich die Esten in diesem „Kampf um den Staat“ (Wimmer) so nachhaltig und kompromisslos durchsetzen konnten, dass bei den Esten ethnisches, wirtschaftliches und politisches Interesse zusammenfielen und eine Massenmobilisierung erzeugte, während die Russen mehrheitlich in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht größere Interessenübereinstimmungen mit den der Esten aufwiesen als mit den Interessen von Interfront und JCLC. Die ethnische oder auch „nur“ die sowjetische Karte zu spielen, war für die Mehrheit der Russen wenig sinnvoll, weil sie sich damit auf



Russland und das Sowjetsystem festgelegt hätten. Dieses aber, darin waren sie sich mit den Esten völlig einig, weil auch sie von den Mängeln dieses Systems betroffen waren, versprach ihnen schlechte Zukunftsaussichten, während ein selbständigeres Estland – als Teil einer reformierten Sowjetunion oder vollkommen souverän – bessere ökonomische Perspektiven verhiess. Wirtschaftliches und politisches Interesse der Russen standen also quer zu ihrem ethnischen Interesse. Zwar gab es eine russische Elite, die sich gegen die von den estnischen Nationalisten immer erfolgreicher erfochtene Exklusion der Russen wehrte und dazu auch eine Mobilisierung der gesamten Ethnie anstrebte. Doch war diese Elite keine dem Staat und der Verantwortung für seine Mängel fernstehende Kulturelite, wie im estnischen Fall, sondern es war eine technisch-ökonomische Elite von Kadern, die im allgemeinen als die Hauptverursacher der wirtschaftlichen und politischen Krise angesehen wurden. Da diese Elite ihre Macht nur über den Erhalt des Sowjetsystems sichern konnte, bot sie ihrer ethnischen Basis keine echte Alternative zu den bestehenden Verhältnissen. Infolgedessen verweigerten die Russen ihrer Elite die Gefolgschaft. Mit der Unterstützung des Putschversuchs der kommunistischen Hardliner gegen Staatspräsident Gorba\_ev im August 1991 hatte sich diese technisch-ökonomische Elite gegenüber der ethnischen Basis schließlich vollends diskreditiert. Wenn sie nicht einmal die von der KP in Moskau verfolgten Reformen unterstützte, dann empfahl sie sich auch nicht als Vertreter für Reformen in Estland.

Mit der estnischen Unabhängigkeit verkehrten sich jedoch die bisherigen ethnischen Verhältnisse in Estland. Waren vor der Unabhängigkeit des Landes die Russen privilegiert, so sind sie im heutigen Estland eindeutig in sozialer, rechtlicher und ökonomischer Hinsicht diskriminiert. Die Vorenthaltung der estnischen Staatsbürgerschaft, die rigiden Anforderungen an die Sprachkenntnisse selbst dort, wo aufgrund der Siedlungsstrukturen kaum von einem estnischen Umfeld gesprochen werden kann, der weitgehende Ausschluss von Wahlen und Abstimmungen und schließlich das Verbot, führende Positionen in der Verwaltung und in Gewerkschaften zu bekleiden, schließt die Russen als Ethnie weitgehend von gesellschaftlicher Teilhabe und Mitbestimmungsmöglichkeiten aus. Insbesondere der Zugang zur Staatsbürokratie im heutigen Estland ist sehr stark ethnisch definiert.

Angesichts dieser Sachverhalte sollte man erwarten, dass sich die Russen in Estland ebenso gegen ihre Diskriminierung organisieren wie vor der Unabhängigkeit die Esten gegen die sowjetische Okkupation. Immerhin sind damit die wesentlichen Voraussetzungen des hier verwendeten Erklärungsmodells ethnischer Mobilisierungsprozesse erfüllt: Der Staat befand

sich vom Zeitpunkt der Unabhängigkeit an in einer Phase tiefgreifender ökonomischer und politischer Reformen, in denen das alte sowjetische Institutionengefüge durch westlich demokratische und marktwirtschaftliche Institutionen ersetzt wurde. Es herrschte zumindest über die ersten vier bis fünf Jahre der neuen Republik alles andere als institutionelle Stabilität. Zweitens bedeutete die Staatsgründung nichts anderes als eine totale Neuverteilung der staatlichen Güter. Die oben erwähnten diskriminierenden Regelungen des estnischen Staates hinsichtlich des Status der Russen im Land verdeutlichen, dass diese Güterverteilung in sehr hohem Maße ethnischen Grenzziehungen folgte. Dieselben Regelungen erfüllen auch die Bedingung einer ethnisch eingefärbten Staatsbürokratie.

Dass es bisher nicht zu einer ethnischen Mobilisierung der Russen gegen ihre Diskriminierung durch den estnischen Staat gekommen ist, lässt sich jedoch leicht erklären, wenn die übrigen im Modell geforderten Faktoren betrachtet werden.

So haben sich zwar im unabhängigen Estland auch auf Seiten der Russen neue politische Loyalitätsverbände gebildet, doch nicht auf ethnischer Basis. Für die Organisierung von politischen Interessen innerhalb der russischen Ethnie ist gegenwärtig der sozio-ökonomische Status der Individuen relevanter als die ethnische Identität. Keine der vorhandenen Parteien oder sonstigen Organisationen der Russen ist in der Lage oder auch nur willens, als ethnischer entrepreneur aufzutreten und die bestehenden Interessengegensätze zu überwinden. Diese Interessengegensätze existieren vor allem zwischen denen, die aufgrund individueller Vorteile im Hinblick auf Alter und Qualifikation in der Lage sind, sich auch in der neuen estnischen Gesellschaft verhältnismäßig gut zu positionieren, und denjenigen, die entweder zu alt und zu unqualifiziert oder zu jung und zu unqualifiziert sind, um dauerhaft ihre materielle Existenz zu sichern. Zwar engagiert sich ein kleiner Teil der neuen russischen Elite in Parteien und NGOs für die Integrationsbelange der Russen insgesamt, doch ist diese Gruppe zu schmal und verfügt über zu wenig Ressourcen, um politische Schlagkraft zu entwickeln. Insbesondere gelingt es ihnen nicht, jene Russen für die Unterstützung der Forderung nach einer allgemeinen Verbesserung der Integration der Russen in die estnische Gesellschaft zu gewinnen, die dies aufgrund ihrer individuellen Fähigkeiten und Kontakte bereits geschafft haben. Schließlich sind diejenigen Russen, die am meisten unter den neuen Gegebenheiten zu leiden haben und am wenigsten in der Lage sind, sich an diese anzupassen, gleichzeitig am wenigsten dazu fähig, sich zu organisieren. Diese Gruppe macht auch am wenigsten Gebrauch von den – ohnehin beschränkten – Möglichkeiten, an politischen Wahlen teilzunehmen.

Insgesamt ist die russische Minderheit heute in ihren Orientierungen und Erwartungen zu fragmentiert, als dass eine Partei, Gewerkschaft oder sonstige Organisation als ethnischer Entrepreneur auftreten könnte.

Dazu fehlt es auch an einer in ihren Ansprüchen verletzten Elite unter den Russen. Die derzeitige Elite ist in ihren Ansprüchen nicht verletzt, sondern schafft es, sich in der Wirtschaft des Landes so gut zu etablieren, dass sie sich einen gehobenen Lebensstandard leisten können. Die Angehörigen dieser Gruppe verfügen häufig über die estnische Staatsbürgerschaft und reklamieren für sich kein gesamtgesellschaftliches politisches Mandat. Wenn sie sich politisch betätigen, dann häufig mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ihren gesellschaftlichen Aufstieg weiter zu verbessern. In einer Koalition mit estnischen Parteien an der Regierung beteiligt zu sein ist aus dieser Perspektive wichtiger als zusammen mit anderen russischen Parteien für eine Verbesserung des Staatsbürgerschaftsstatus der Russen allgemein und für eine Liberalisierung der Sprachgesetze zu streiten. Fazit: Die Russen in Estland verfügen nicht über eine in ihren Ansprüchen frustrierte Elite, sondern über eine in ihren Ansprüchen frustrierte Masse – die aber nicht fähig ist, sich und den Rest der Ethnie politisch zu einen und zu mobilisieren. An dieser Fraktionierung scheitert auch die Erfüllung der letzten im Erklärungsmodell verlangten wesentlichen Voraussetzung für eine ethnische Mobilisierung der Russen: Es gibt keine Gruppe innerhalb der Ethnie, deren Interesse sich kollektivieren ließe.

Versucht man eine Gesamtbewertung der Entwicklung der ethnischen Beziehungen in Estland seit Beginn des Unabhängigkeitskampfes, so kommt man nicht umhin festzustellen, dass die ethnischen Spannungen und die Konfliktbereitschaft der Russen im Zeitverlauf immer weiter abgenommen haben, ohne dass die Esten von den Grundzügen ihrer exklusiven Ethnopolitik abrücken mussten. Begreift man das Verhindern oder Ausbleiben von Gewalt generell als Erfolg, dann stellt sich die Frage, ob Estland ein Modellfall für die konfliktlose ethnische Neustrukturierung einer Gesellschaft sein kann. Wie problematisch die Implikationen dieser Frage sind, verdeutlicht Birckenbach (2000: 155):

„Ist also die politische Unterdrückung einer Minderheit ein Erfolgsrezept für eine friedliche Entwicklung? Aus friedenswissenschaftlicher Sicht ist die Erklärung wenig überzeugend. Denn welche Zukunftsperspektiven würden sich ergeben, wenn die Unterdrückung der russischsprachigen Bevölkerung und deren Unfähigkeit zum organisierten Protest als Grundlage von Frieden beschrieben und akzeptiert würde? Ist die Minderheit auf Dauer zum Scheitern verurteilt, soll sie auf eine bessere Chancenstruktur warten, wie könnte die sich

ergeben, und welche Gefahren wären jeweils damit verbunden? Könnte nicht die gleiche repressive Politik Estlands, die das Entstehen einer irredentistischen Bewegung nach Smith und Wilson eingedämmt hat, Gewalthandlungen geradezu hervorrufen, indem sie kleine Gruppierungen innerhalb der Minderheit motiviert, den Konflikt durch einzelne Anschläge zu eskalieren und auf diese Weise die Regierung zu Gegenmaßnahmen mit der Folge zu provozieren, dass der Gesellschaft ein tödlicher Kampf aufgezwungen würde?“

Diese Gedanken einer langjährigen OECD-Beobachterin machen deutlich, wie fragil der gegenwärtige Status der ethnischen Beziehungen in Estland ist. Bislang gab es von Seiten des estnischen Staates und seiner Regierung wenig Bedarf oder Notwendigkeit, die Situation grundlegend zu verändern, im Gegenteil: Die Abwanderung der Minderheit war überwiegend gewünscht. Insofern ist es unwahrscheinlich, dass sich auf Seiten der Esten die Situation so verändert, dass sich eine günstigere Chancenstruktur für die Russen ergeben wird.

Doch andererseits sind die ethnischen Beziehungen in Estland auch von einem fundamentalen Widerspruch geprägt, nämlich dem, dass sich die Esten vehement einer breiten russischen „voice“-Strategie widersetzen, für die gegenwärtig weder Anzeichen noch Ressourcen bei den Russen zu sehen sind. Hierin steckt die große Chance, aber auch die große Gefahr für die weitere Entwicklung der ethnischen Beziehungen in Estland: Kommen die Esten zu der Einsicht, dass der überwiegende Teil der Russen den estnischen Staat und seine Institutionen anerkennt und viel stärker daran interessiert ist, zu diesem Staat dazuzugehören als ihn zu bekämpfen, dann fällt es ihnen möglicherweise leichter, den überwiegend konstruktiven Widerstand der Russen gegen ihre Ethnopolitik anzuerkennen und ihnen in Integrationsfragen entgegenzukommen. Widersetzen sich die Esten weiterhin dieser Einsicht in die tatsächliche Beschaffenheit der politischen Interessen der Minderheit und betrachten sie weiterhin die Russen generell als Gegner ihres Staates, dann wird dies in jedem Falle negative Folgen nicht nur für die Russen, sondern für das Land insgesamt und möglicherweise für den Fortbestand des ethnischen Friedens haben. So befürchtet einer der interviewten Experten, der einen solchen Sinneswandel der estnischen Politiker bezweifelt, für die Zukunft einen ethnopolitisch bedingten „brain drain“ des Landes:

„Wenn die Anforderungen und der Druck in bezug auf Staatsbürgerschaft und Sprachanforderungen bleibt, werden die Jungen und Talentierte sich nach anderen Gesellschaften in Europa umsehen. Bleiben und auf volle Assimilation warten werden nur die, die nicht weggehen können. Es ist eine sehr pessimistische Einschätzung. Es wird mit Gewissheit zu einem ‚brain drain‘ Estlands kommen, es ist bereits sichtbar. Deswegen schaden diese Spielchen mit der Schließung des russischen Erziehungssystems und der Abschneidung der russischen Kultur in erster Linie der estnischen Gesellschaft: Wir müssen den Kontakt von beiden Seiten halten, aber politisch ist das eine extrem schwierige Situation,

es muss auch gewollt sein. Wir machen uns gerade daran, unser Land zu verkaufen, alles wegzugeben“. (Interview m. d. Verf.v. 14.03.01)

Schließlich ist zu bedenken, dass der gegenwärtige Friede zwischen den beiden Ethnien sich sehr stark dem Umstand verdankt, dass der wirtschaftliche Systemwandel auch einigen Russen die Möglichkeit geboten hat, gesellschaftlich aufzusteigen oder zumindest einen gesellschaftlichen Abstieg, wie ihn der Großteil der Ethnie hinnehmen musste, für sich zu verhindern. Es stellt sich jedoch die Frage, wie dieses Verhältnis weiter aufrechterhalten werden kann, wenn beispielsweise die gegenwärtige wirtschaftliche Krise weiter anhält. Kann der estnische Staat die Ansprüche an materiellen und sozialen Status - auch in der Elite der Minderheit - nicht befriedigen, wird die Frage, wem der Staat ‚gehört‘ und wie er damit umgeht, für die Russen als Ethnie noch einmal aktuell. Eine Stagnation des wirtschaftlichen Aufschwungs verschlechtert die Aussichten der gesamten Bevölkerung. Besonders empfindlich sind jedoch die Interessen derjenigen berührt, denen ausschließlich die Aussicht auf wirtschaftliche Prosperität halbwegs gute Chancen zur Sicherung ihrer Existenz garantierte.

Damit ist nicht ausgeschlossen, dass es schließlich zu einem Zusammenschluss der in ihren Ansprüchen nun mehrfach frustrierten Gruppe kommt und sich damit auch die Aussichten für eine ethnische Mobilisierung derjenigen verbessern, die aufgrund mangelnder persönlicher Ressourcen zunehmend in Distanz zur estnischen Gesellschaft geraten mussten und nicht dauerhaft ihre Position verbessern konnten. Die isolierten, durch die Transformation gesellschaftlich degradierten Bewohner Ida-Virumaas könnten durch eine solche Stagnation mit den mehr oder weniger erfolgreichen Kleinunternehmern Tallins neue Gemeinsamkeiten entdecken, und dann wäre der Brückenschlag zwischen den beiden großen russischen Lagern, den resignierten Transformationsverlierern und den an einer Verbesserung der individuellen ökonomischen Lage interessierten Transformationsgewinnern, nicht mehr unwahrscheinlich.

Ein Experte schloss die Radikalisierung der Minderheit in der nächsten Generation nicht aus und verwies auf das Beispiel anderer Länder:

„Die Entwicklung könnte dann aber auch irgendwann zur Radikalisierung der russischen Gruppe führen. Dies zeigt auch die Erfahrung anderer Länder: In einer Generation kann das Umfeld schon beträchtlich radikalisiert werden durch eine neue Generation, wie das Beispiel Israels zeigt, wo 20 Jahre nach der Staatsgründung die massiven Unruhen und kriegerischen Auseinandersetzungen neuen Stoff bekamen. Dazu könnte in Estland auch noch die

demographische Entwicklung beitragen. Die russische Gemeinschaft wird stärker anwachsen“. (Interview m. d. Verf. v. 14.03.01)

Eine weiterbestehende Exklusion und Isolation der Minderheit kann also zu einer Bedrohung für die gesamte estnische Gesellschaft werden – sei es durch Gegenbewegungen, sei es durch zunehmende Abhängigkeit von staatlichen Leistungen für die sozial Schwachen, deren Zahl innerhalb der Minderheit zunimmt, oder sei es durch Schwächung der Ressourcen des Landes durch die Abwanderung wertvoller Fachkräfte und Experten.

## **7. Ethnische Beziehungen in der Ukraine**

### **7.1. Zum Problem der Anwendbarkeit und der Erklärungskraft des Modells ethnischer Mobilisierung**

Die in Kapitel 6 präsentierten Ergebnisse zeigen, dass das in Kapitel 2 entwickelte Erklärungsmodell für Entstehung und Verlauf ethnischer Mobilisierungsprozess sehr gut auf die Vorgänge in Estland anwendbar ist. Fraglich ist jedoch, ob es auch auf andere Länder und Mobilisierungsprozesse anwendbar ist und ob seine Erklärungskraft über die alternativer Erklärungsmodelle hinausreicht. Diese Fragestellung ist Gegenstand dieses Kapitels.

In dem hier entwickelten Modell für Entstehung und Verlauf ethnischer Mobilisierung spielt das Zusammenspiel einer Reihe von Faktoren eine kausale Rolle für ethnische Mobilisierungsprozesse und deren Verlauf. Ethnisch-kulturelle Unterschiede werden nicht per se als Ursache von ethnischen Spannungen und Mobilisierungsprozessen angesehen, sondern ihre Thematisierung durch ethnische Akteure weist auf dahinter liegende staatlich-institutionelle Probleme und politisch-materielle Verteilungsprobleme zwischen den Eliten zweier Ethnien hin. Im Gegensatz dazu argumentieren vergleichende Studien über die Entwicklung der ethnischen Beziehungen und neuer Identitäten in den Nachfolgestaaten der UdSSR mit der Kultur-Differenz-These. Diese These besagt, dass für das Verhältnis zwischen den Titularethnien der neuen Staaten Osteuropas und Asiens und der russischen Minderheit auf ihrem jeweiligen Territorium der Grad der kulturellen Differenz zwischen den beiden Ethnien ausschlaggebend ist. Ist die kulturelle Differenz gering, so sei das Verhältnis zwischen ihnen relativ spannungsfrei und die Minderheit sei gleichberechtigt mit der Titularethnie. Ist die kulturelle Differenz dagegen groß, so sei das Verhältnis zwischen ihnen gespannt und die Minderheit werde diskriminiert. Estland müsste entsprechend dieser These als ein Land betrachtet werden, in dem die kulturelle Differenz zwischen Esten und Russen sehr groß ist und in dem es deshalb zu dem beschriebenen weitgehenden Ausschluss der russischen Minderheit von Staat und Gesellschaft kommt.

Bemerkenswert ist, dass die beiden in letzter Zeit am stärksten beachteten und auf den breitesten empirischen Forschungsarbeiten basierenden Studien, die Untersuchung von Chinn und Kaiser (1996)<sup>131</sup> zu Ethnizität und Nationalismus in den Nachfolgestaaten der

---

<sup>131</sup> Die Studie umfasst die Staaten des Baltikums, Transkaukasiens und Zentralasiens sowie die Ukraine, Belarusland, Moldavien und Kasachstan.

Sowjetunion<sup>132</sup> und die Untersuchung von Laitin (1998) zur Identitätsbildung der russischen Minderheiten in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, diese Kultur-Differenz-These vertreten.

Bei Chinn und Kaiser findet sich die Kultur-Differenz-Hypothese explizit. Zentrales Ergebnis ihrer Untersuchung ist, dass der Grad der kulturellen Differenz zwischen der Titularethnie und der russischen Minderheit entscheidend bestimme, wie die Minderheitenpolitik der Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach deren Unabhängigkeit ausfällt. Sie unterscheiden zwischen exklusionsorientierter und inklusionsorientierter Minderheitenpolitik. Exklusionsorientierte Minderheitenpolitik bedeutet den Ausschluss der russischen Minderheit von gesellschaftlicher Teilhabe aufgrund ihrer nationalen Identität und/oder ihrer Sprache, beispielsweise durch das Vorenthalten der Staatsbürgerschaft oder des Wahlrechts. Inklusionsorientierte Minderheitenpolitik bedeutet dagegen (weitgehend) gleichberechtigte Anerkennung der russischen Minderheit durch die Titularethnie durch Gewährung der Staatsbürgerschaft und kultureller Autonomie. (Chinn/Kaiser 1996: 7ff) Zu den Ländern mit exklusionsorientierter Minderheitenpolitik zählen sie Estland, Lettland, Georgien und Armenien, zu den Ländern mit inklusionsorientierter Minderheitenpolitik werden die Ukraine, die eurasischen Staaten und Belarusland. (Chinn/Kaiser 1996: 271ff)

Den Grad der kulturellen Differenz zwischen der Titularethnie und den Russen sehen Chinn und Kaiser maßgeblich von drei Faktoren beeinflusst: dem Vorhandensein und dem Ausmaß eines nationalen Bewusstseins in der Titularethnie; vom Vorhandensein einer Unabhängigkeitsgeschichte, d.h. inwieweit die Titularethnie in ihrer Geschichte über einen eigenen unabhängigen Staat verfügte; schließlich von demographischen Trends, d.h. von einer durch eine wachsende Minderheit empfundenen Bedrohung der Titularethnie als Bevölkerungsmehrheit. Darüber hinaus schließen Chinn und Kaiser in ihre Analyse der jeweils von ihnen untersuchten Länder auch ein, ob die Titularethnie zu Sowjetzeiten das

---

<sup>132</sup> Eine weitere Untersuchungsfrage ist, wie die jeweilige russische Bevölkerung ihren neuen Status als Minderheit erlebt und ausfüllt. Im Zentrum ihrer Betrachtung steht die von ihnen behauptete Entwicklung eines ‚ethnischen Nationalismus‘ unter den 25 Millionen Russen, die durch den Zerfall des sowjetischen Staatenbundes mit der neuen Situation als Minderheit konfrontiert sind. Dabei gehen die Autoren von dem Modell eines ‚reaktiven Nationalismus‘ der Russen aus (Chinn/Kaiser 1996: 28), wonach der Nationalismus der ethnischen Mehrheit bzw. der Titularethnie der ‚kausale Faktor‘ für die Ausbildung eines ethnischen Nationalismus der russischen Ethnie ist. Russischer Nationalismus entsteht in den nichtrussischen Nachfolgestaaten der UdSSR nach diesem Modell also ausschließlich als Reaktion auf den Nationalismus der Titularethnie. Bei der Beantwortung ihrer zweiten forschungsleitenden Frage müssen die Autoren schließlich konzedieren, dass das Modell des reaktiven Nationalismus nur begrenzt fasst: Im Baltikum, wo die Titularethnie den stärksten ethnischen Nationalismus bildete, entstand keine nennenswerte nationalistische Gegenwehr der Russen, während sie sich in Zentralasien, wo sie nur in geringem Maße mit ethnischen Nationalismus konfrontiert waren, organisierten.



Gefühl hatte, als Ethnie in der Sowjetunion gegenüber den Russen benachteiligt gewesen zu sein. (Chinn/Kaiser 1996: 275)

Die kulturelle Differenz zwischen Russen und Titularethnie wie auch die Zuordnung der untersuchten Länder zu exklusions- bzw. inklusionsorientierten Ländern werden bei Chinn und Kaiser nicht über einen allgemein anwendbaren Katalog von Zuordnungskriterien bestimmt, sondern die ihrer Meinung nach maßgeblichen Kriterien variieren von Land zu Land: in den baltischen Ländern sind es Staatsbürgerschafts- und Sprachenpolitik, in der Ukraine ist es die Sprachenpolitik, in Moldavien das Vorhandensein militanter Sezessionsbewegungen, usw.. (Chinn/Kaiser 1996 : 93ff; 129ff; 165ff)

Bei Laitin (1998)<sup>133</sup> findet sich die Kultur-Differenz-These dagegen eher implizit. Auch er qualifiziert die Minderheitenpolitik Estlands als sehr rigide, während er die Minderheitenpolitik in der Ukraine als liberal einstuft. Den Grund für diesen Unterschied sieht Laitin hauptsächlich in der Distanz der Esten und der Nähe der Ukrainer zum russischen Machtzentrum. Die Distanz der Esten zu Russland schlägt sich seiner Meinung nach in stark ausgeprägten ethnischen Demarkationslinien zwischen Russen und Esten nieder, während die Nähe der Ukrainer zu Russland dazu geführt habe, dass die ethnischen Demarkationslinien dort sehr viel schwächer ausgeprägt sind. Während die Eliten Estlands immer ‚Stiefkinder‘ der Machtzentrale geblieben seien und keine Chance zur Anpassung gehabt hätten, sei die ukrainische Elite durch die geschichtliche und kulturelle Nähe zu Russland für den Status eines ‚most favoured lord‘<sup>134</sup> prädestiniert gewesen. (Laitin 1998: 64)<sup>135</sup>

In Estland habe Russland im 18. Jahrhundert indirekt durch eine deutsche Oberschicht regiert, so dass der direkte Kontakt zwischen Balten und Russen gering blieb. In den Zwischenkriegsjahren verfügten die baltischen Länder über selbständige Staaten, in denen ebenfalls weder Gelegenheit noch Notwendigkeit zur kulturellen Angleichung bestanden habe. Unter der sowjetischen Herrschaft schließlich sei Russland und die russische Kultur für die baltischen Eliten wenig attraktiv gewesen, weil das Ausmaß der Alphabetisierung und der allgemeinen Bildung im Baltikum weit fortgeschrittener war als in Russland und die

---

<sup>133</sup> Laitin betrachtet neben der Ukraine und Estland Lettland und Kasachstan.

<sup>134</sup> „By this I mean that elites in the incorporated region of a state have rights and privileges equal to those of elites of similar status and education in the political center.“ (Laitin 1998: 60)

<sup>135</sup> Laitin (1998: 65) räumt allerdings ein, dass diese Zuordnung nicht auf die gesamte Ukraine zutrifft. Die national-ukrainisch ausgerichtete Westukraine weist die behauptete Nähe zu Russland nicht auf und genoss nie den Status des „most favoured lord“ Russlands.

administrative Struktur bereits in der jeweiligen Titularsprache institutionalisiert war. Die russischen Herrscher hätten sich eher den kulturellen Gegebenheiten in den baltischen Provinzen anzupassen gehabt als dass der umgekehrte Prozess einsetzte. Eine Ausnahme hiervon habe lediglich in Form der Exilbalten bestanden, die in Russland aufgewachsen waren. (Laitin 1998: 66f)

Laitin betrachtet kulturelle Anpassung als Kostenfrage in einem rationalen Abwägungsprozess. In der Ukraine schätzt er die Kosten der kulturellen Anpassung aufgrund der Ähnlichkeit der Sprache und der langen gemeinsamen Geschichte, in der Russland über die Ukraine dominierte, auf beiden Seiten gering ein. Setze sich einmal ein nationalistischer Kurs der Titularetnie durch, so Laitin, könne sich die russische Bevölkerung mit kleinerem Aufwand anpassen. (Laitin 1998: 360) In Estland hingegen seien aufgrund der Vorgeschichte die Abgrenzung zwischen beiden Ethnien massiv und die Kosten eine kulturellen Anpassung entsprechend hoch. Gerade in diesem ökonomisch-rationalen Argument Laitins offenbart sich die Kultur-Differenz-These als Kern seines Erklärungsansatzes.

Vor diesem Hintergrund soll in diesem Kapitel nicht bloß geprüft werden, inwieweit sich das hier favorisierte Modell zur Erklärung ethnischer Mobilisierungsprozesse auch auf andere Länder anwenden und damit verallgemeinern lässt, sondern es soll auch unter Beweis stellen, dass es die Komplexität der hinter den ethnischen Mobilisierungsprozessen stehenden Abläufe besser erfassen und erklären kann als die Kultur-Differenz-These.

Ein Vergleichsfall für die über Estland gewonnenen Ergebnisse muss folgende Bedingungen erfüllen: Es muss sich dabei um einen Nachfolgestaat der Sowjetunion und damit ein Transformationsstaat handeln, der eine mit Estland vergleichbare ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung und eine vergleichbare ethnische Siedlungsstruktur aufweist, d.h. zumindest ein Gebiet, dessen Bevölkerung von Russen dominiert ist. Darüber hinaus sollte das Land eine ähnliche ethnische Arbeitsteilung wie in Estland aufweisen, d.h. eine Dominanz der Bedeutung des industriellen Sektors für die russische Minderheit. Da eine zentrale Frage dieser Arbeit ist, wie es zu erklären ist, dass trotz ethnischer Heterogenität der Bevölkerung eines Landes unter Transformationsbedingungen ethnische Konflikte – obwohl von Experten erwartet – ausbleiben, darf das Vergleichsland schließlich keine gewaltsamen ethnischen Konflikte zwischen Russen und Titularnation aufweisen. In einem wesentlichen Punkt muss der Vergleichsfall sich jedoch von der estnischen Situation unterscheiden, um die

Erklärungskraft der Kultur-Differenz-These mit der des hier favorisierten Erklärungsmodells vergleichen zu können: Im Gegensatz zu Estland muss der Vergleichsfall ein Land sein, in dem die Vertreter der Kultur-Differenz-These eine nur geringe kulturelle Distanz zwischen Russen und Titularethnie ausmachen.

Eine Prüfung aller der von Chinn und Kaiser und Laitin untersuchten Nachfolgestaaten der Sowjetunion ergab, dass die Ukraine am besten die geforderten Bedingungen erfüllt. Die Ukraine ist mit 48,7 Millionen Einwohnern nach Russland der bevölkerungsreichste Nachfolgestaat der Sowjetunion. Neben den Ukrainern leben ca. 11.3 Millionen Russen in der Ukraine. Ihr Anteil an der ukrainischen Gesamtbevölkerung beträgt über 20% und kommt damit dem Verhältnis von Mehrheit und Minderheit in Estland nahe. Kennzeichnend für die Ukraine ist ihre regionale Disparität, vor allem die Gegensätze zwischen West- und Ostukraine, die sich sowohl in der ethnischen Struktur, wie auch in der wirtschaftlichen und politischen Ausrichtung unterscheiden. Die Ostukraine und der Süden sind mehrheitlich von der russischen Bevölkerung besiedelt. 80% aller in der Ukraine lebenden Russen siedeln im Donbas, in Novorossija und auf der Krim, während in den westlichen Gebieten nur etwa 5% Russen wohnen. In der Hauptstadt Kiev leben 8% der ukrainischen Russen. (Janmaat 2000: 20; Pleines 1998)

Die vor allem landwirtschaftlich geprägte Krim kam erst 1954 als ‚Geschenk‘ Russlands zum 300. Geburtstag der historischen Vereinigung des russischen Reiches mit der Ukraine zum ukrainischen Territorium dazu. Der Osten der Ukraine weist dagegen deutliche Parallelen zum Nordosten Estlands auf, mit seiner Schwerindustrie und dem Kohlebergbau zog er Arbeitssuchende aus dem benachbarten Russland an, wodurch es auch hier zu einer Überlagerung von wirtschaftlichen und ethnischen Strukturen kam: Die russische Bevölkerung stellt hier, ähnlich wie in Estlands Nordosten, zum überwiegenden Teil die Industriearbeiterschaft. Diese verfügte in der sowjetischen Zeit über Interessenvertretungsstrukturen, die ihnen eine erhebliche Verhandlungsmacht, auch der politischen Nomenklatura gegenüber, sicherte. Auch nach der Unabhängigkeit wird die Klassenstruktur der Region, in der die Interessen von Unternehmensmanagement und Arbeitern eng verbunden sind, als eine Blockade potentieller ethnischer Entrepreneure angesehen. (Wilson 1993; Meyer 1996)

Die westlichen Gebiete der Ukraine wurden in ihrer heutigen Form erst 1945 in die Sowjetunion inkorporiert und somit erst ab diesem Zeitpunkt in größerem Umfang durch Russen besiedelt, die die ‚Sowjetisierung‘ dieses Teils der Ukraine beschleunigen sollten. Diese Bevölkerungsgruppe verwurzelte nur wenig in den westlichen Gebieten:

„Owing to both their short history in the region and their sparse representation in the local population, the Russian population living in western Ukraine as a whole possesses almost no ethnic attachment to the region, essentially feeling themselves residents in a foreign state“.  
(Bremmer 1994: 265)

Politisch ist die Westukraine nationalistisch gesinnt und favorisiert entsprechende politische Vertreter, während im Osten und auf der Krim v.a. links- und mitte-links- orientierte Parteien gewählt werden. (Smith/Wilson 1997: 855)

Wie in Estland gab es auch in der ukrainischen Geschichte nur eine kurze Phase der Unabhängigkeit, von 1917 bis 1920. Am 24. August 1991 erklärte die Ukraine zum zweiten Mal ihre Unabhängigkeit und existiert seitdem wieder als souveräner Staat. Wie alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion gründete sich auch die Ukraine als Nationalstaat. Durch die nationale Verfasstheit, die der jeweiligen Titularethnie offiziell den Vorrang sicherte, wurden die anderen Ethnien auf dem Territorium zu nationalen Minderheiten.

Bemerkenswert ist, dass von einigen Forschern auch in der Ukraine wie im Falle Estlands zunächst ethnische Spannungen erwartet wurden, insbesondere in der Ostukraine. (Meyer 1996; Smith/Wilson 1997) Diese Befürchtungen schienen nicht unberechtigt: Wie der Nordosten Estlands widersetzte sich auch die Ostukraine der einsetzenden Nationalisierungspolitik mit Streiks, Demonstrationen und der Forderung nach lokalen Referenden, über die ihr politischer Status verhandelt werden sollte. (Smith/Wilson 1997: 847)<sup>136</sup> In beiden Fällen gibt es eine auffällige weitere Parallele: Die Proteste waren anfangs durchaus nachhaltig und brachten eine große Zahl der Minderheitenangehörigen auf die Straße. Die großen Streiks im Kohlerevier der Ostukraine 1993 und 1994, in denen für bessere Lebensbedingungen und höhere Löhne gekämpft wurde, machten auch eine ethnische Differenzierung der Gesamtbevölkerung deutlich – der Streik wurde durch die russischsprachige Bevölkerung im Osten und Süden der Ukraine unterstützt, während der

---

<sup>136</sup> In einer Meinungsumfrage votierten im März 1994 80% der Befragten aus Donec'k für eine föderative organisierte Ukraine, 87% befürworteten die volle Mitgliedschaft der Ukraine in der GUS; annähernd 90% wünschten sich Russisch als zweite Staatssprache (Smith/Wilson 1997:862).

ukrainischsprachige Westen den Streik ablehnte. Dennoch mündete der Protest nicht in irredentistische Bewegungen. (Smith/Wilson, ebd.) Auch wenn es durchaus zu ethnischen Spannungen kam, konnten diese Erscheinungen unter Kontrolle und in den Grenzen gewaltfreier Auseinandersetzung gehalten werden.<sup>137</sup> Russen und Ukrainer leben weitgehend friedlich nebeneinander, oftmals sogar miteinander. (Janmaat 2000: 34ff)

Über die bisher genannten Argumente Chinnns und Kaisers und Laitins sowie der in der Kurzdarstellung der Ukraine enthaltenen Hinweise hinaus lassen sich entlang der Kriterien Nationalismus, Sprachregelungen und Staatsbürgerschaft tatsächlich eine ganze Reihe von Sachverhalten aus der Geschichte und den gegenwärtigen Strukturen der Ukraine und Estlands finden, die auf den ersten Blick für die Kultur-Differenz-These sprechen. So erscheinen nationale Bewegungen und nationales Bewusstsein in der ukrainischen Geschichte tatsächlich wenig ausgeprägt, während in Estland über die Jahrzehnte sowjetischer Okkupation das nationale Bewusstsein erhalten blieb und im Umbruch schnell aktiviert werden konnte. Die Ukraine hat in Geschichte und Gegenwart keinen geschlossenen Nationalismus und damit auch keine klare Front gegenüber etwaigen Minderheiten entwickelt. Dafür sind die verschiedenen Gebiete, die in ihrer heutigen Formation erst 1945 mit der 'Ukrainischen SSR' erstmalig zusammengeschlossen wurden, zu unterschiedlich, ethnische Identitäten bisweilen zu wenig ausgeprägt, ihre Interessen, ihre politische Ausrichtung zu verschieden. (Wilson 1997) Diese starken regionalen Unterschiede, die Nationalisten immer wieder den Appell an 'das' ukrainische Volk schwer machen und Konkurrenzideologien zur 'ukrainischen Idee' hervorbrachten, haben ihren Ursprung in der ukrainischen Geschichte, die eine Geschichte der Teilungen und - damit verbunden - eine Geschichte der Ein- und Ausgliederung und der Unterwerfung der verschiedenen Gebiete durch fremde Imperien wie Polen, dem zarischen Russland oder der Habsburger Monarchie war. (Bremmer/Taras 1997; Wilson 1997)

---

<sup>137</sup> Schwierigkeiten ergeben sich für die Ukraine in anderen Regionen, wo sich seit 1991 die Lage erheblich verschärft hat: In Transkarpathien hat sich die seit 1945 totgesagte Rusinenbewegung neu gebildet (Wilson 1997: 165), die 1992 ihre eigene Partei gründete (die Subkarpathische Republikanische Partei), die kulturelle und sogar politische Autonomie für die Region fordert. In Chernivtsi bilden die Rumänen und Moldavier eine relativ kontrollierbare Minderheit. Auch hier entstanden allerdings ethnische Parteien, wie die Christlich-demokratische Allianz der Rumänen der Ukraine. Im südlichen Bessarabien leben Rumänen, Gagausen, Moldavier und Bulgarien, die aber, trotz einer eher Schwachen ukrainischen Präsenz in dieser Region, bisher keine Anzeichen ethnischer Mobilisierung zeigten. Ausnahmen von dem spannungsarmen Verhältnis zwischen Russen und Ukrainern ist der Westen der Ukraine und die Krim. Die überwiegend russisch besiedelte Halbinsel im Süden der Ukraine konnte durch eine ethnische Mobilisierung den Autonomiestatus erreichen. Die Westukraine ist immer wieder durch Spannungen zwischen Russen und Ukrainern gezeichnet, die bisher aber unter Kontrolle und überwiegend gewaltfrei gehalten werden konnten.

Eine ukrainische Identität entstand nur in der Westukraine. Vor allem in Galizien konnte sich seit der litauischen, polnischen und schließlich Habsburger Herrschaft ein ukrainisches Bewusstsein entwickeln und behaupten. Eines seiner Kernelemente bildete das Bekenntnis zur unierten Kirche, deren Einführung einen wichtigen Einschnitt in der ukrainischen Geschichte bedeutete.<sup>138</sup> Oft waren die Gemeinsamkeiten mit anderen Staaten stärker als mit dem Rest des ukrainischen Territoriums.<sup>139</sup> Ethnische, sprachliche und religiöse Heterogenität sowie die Zugehörigkeit zu verschiedenen Imperien stellen die Geschichte der Ukraine in ihrem Verlauf wie auch ihr Territorium geographisch vorwiegend als disparat dar. (Wilson 1997)

Erst die Entstehung und Ausweitung der ukrainischen SSR schuf die Bedingungen für ein umfassenderes ukrainisches nationales Bewusstsein, das allerdings auch nicht ungebrochen war. Zentrum der nationalen ukrainischen Idee blieb die Westukraine, die traditionell anti-russisch eingestellt war. Die Vernichtung und Deportation der traditionell in diesem Gebiet siedelnden Polen und Juden während des Zweiten Weltkriegs machte die Westukraine ethnisch noch homogener. (Wilson 1997: 17)<sup>140</sup>

Zeitweilig wurde auch in der Ukraine die nationale Konsolidierung von offizieller Seite gefördert. Durch die Politik der ‚Korenisacija‘ konnten sich die Ukrainer erstmalig als ‚ein Volk‘, repräsentiert durch Symbole, politische Institutionen, nationale Führer usw. fühlen. Andererseits wurde die nationale Bewegung der Ukraine auch immer wieder potentieller Träger beraubt: Die alte Elite fiel nahezu ganz den stalinistischen ‚Säuberungen‘ zum Opfer, die nachwachsende Elite bestand in erster Linie aus Funktionären des sowjetischen Staates. In den 1960er und 1980er Jahren erlebte die Ukraine verschiedentlich eine Wiederbelebung der nationalen Idee, hinter der jedoch keine geschlossene, homogene Bewegung der ukrainischen

---

<sup>138</sup> Mit der Union von Brest 1596 wurde in dem Polen unterstehenden Galizien die unierte Kirche (ein Kompromiss zwischen orthodoxem Ritus, wie er von Kiev repräsentiert wurde, bei gleichzeitiger Anerkennung des römischen Papstes als oberstem Kirchenhaupt) eingeführt. Während im unter russischer Herrschaft stehenden Osten der Ukraine die unierte Kirche weitgehend abgelehnt wurde, war sie in der Westukraine gerade ein wichtiges Element, das die ethnische Identität gegenüber den polnischen und Habsburger Herrschern zu bewahren half. Erst unter Stalin wurde die unierte Kirche beim sogenannten ‚L'viv sobor‘ aufgelöst. (Bremmer 1994; Wilson 1997)

<sup>139</sup> So gibt es aufgrund der langen gemeinsamen Geschichte mit Russland viele gemeinsame Anknüpfungspunkte. Eine große Zahl der Russen in der Ukraine und in Russland sehen die Ukraine als ‚Malorossija‘ (Kleinrussland), welches als ein Teil der großen russischen Nation angesehen wird. (vgl. Solchanyk 1994: 49)

<sup>140</sup> Die Westukraine wurde nach 1945 trotz ihrer multiethnischen Vergangenheit noch ‚ukrainischer‘: Der Zweite Weltkrieg, der Holocaust und Deportationen machten das Territorium nahezu ausschließlich ukrainisch: 1989 waren 93 % bzw. 94% der Bevölkerung Galiziens und Wolhyniens ukrainischer Herkunft. Auch in Transkarpatien war die Bevölkerung 1989 zu 78% ukrainisch.

Bevölkerung stand (ebd.).

Auch in Kiev veränderten sich die demographischen Verhältnisse im Laufe der Zeit. Vor 1917 war die Metropole eine Festung der russischen Intelligentsia und wurde mit seiner ‚Russifizierung‘ zum wichtigsten russischen Zentrum in der Zentralukraine. Dies änderte sich mit der Russischen Revolution und der folgenden ‚Ukrainisierung‘ Kievs von 1920 bis 1925 grundlegend. Während 1897 weniger als 23% der Einwohner ukrainisch waren, waren es 1972 72%. Die offiziellen Ukrainisierungskampagnen der 1920er Jahre hatten dabei aber eher geringen Einfluss. Die demographische Zusammensetzung wurde auch wesentlich durch die Vernichtung und Migration der jüdischen und polnischen Bevölkerungsanteile verändert. (Bremmer 1994)

Am geringsten war der ukrainische Einfluss im Osten und Süden der Ukraine, in der die russische Sprache und Kultur vorherrschten. Dort hatten sich nicht die Russen an die ukrainische Kultur, sondern die ethnischen Ukrainer an die russischen Bewohner angepasst. Die ethnisch-sprachliche Identität der Bewohner dieser Region war alles andere als eindeutig. Nach dem sowjetischen Zensus von 1989 gaben im Donets'k-Gebiet 51% an, ukrainischer Herkunft zu sein, aber nur 31% bezeichneten Ukrainisch als ihre Muttersprache. In der Stadt Donets'k gaben 82% Russisch als ihre Muttersprache an, in Charkov 70%, in Odessa 73%, in Simferopol' 90%. Die Krim ist am wenigsten ‚ukrainisiert‘: Selbst nach der Rückkehr vieler Krimtataren Anfang der 1990er war die Halbinsel noch immer zu 62% russisch besiedelt. (Wilson 1997: 21)

Insgesamt ist also Chinn/Kaiser und Laitin durchaus zu folgen, wenn sie ein gegenüber Estland geringeres nationales Bewusstsein der Ukrainer feststellen. Zwar hat sich ein gewisses Maß an nationalem ukrainischem Bewusstsein entwickelt, doch ist es durch regionale Disparitäten gebrochen. Angesichts dieser heterogenen Entwicklung ist auch das Hauptargument Wilsons für die gegenwärtig geringe Chance des ukrainischen Nationalismus zuzustimmen, der sagt:

„[...]that inherited regional, historical, ethnic, linguistic and religious differences severley limit the potential appeal of modern Ukrainian ethno-nationalism and create the preconditions for a sharp polarisation in Ukrainian society“. (Wilson 1997: 1)

Auch die grundlegenden Unterschiede zwischen Estland und der Ukraine hinsichtlich Sprache

und Staatsbürgerschaft sind nicht von der Hand zu weisen. Während in Estland die Sprachbarriere zwischen Russen und Ukrainern auch unterschiedliche ethnische Identitäten anzeigt, gibt es in der Ukraine eine große Bevölkerungsgruppe, die sich zwar durchaus als ethnische Ukrainer versteht, aber Russisch zur Muttersprache hat. (Shevchuk 1996: 355; Pirie 1996)<sup>141</sup> Zwar lassen sich schon die ukrainisch bzw. russisch beeinflussten Regionen auch im Sprachgebrauch voneinander unterscheiden.<sup>142</sup> Die Sprache bildet zwischen Ukrainern und Russen jedoch eine geringere kulturelle Barriere als zwischen Russen und Esten. Die Verwandtschaft der Sprachen lässt eine Verständigung ohne große Mühen zu.<sup>143</sup>

Die russischsprachige Bevölkerung ist nach Schätzungen weitaus größer als es der Umfang der russischen Minderheit vermuten lässt – zusammen mit den russophonen Ukrainern gehen die Schätzungen von etwa 40% der Gesamtbevölkerung aus. (Kuzio/Wilson 1994)<sup>144</sup> Die sprachliche Vermischung ist nach Shevchuk (1996: 353ff) ein Indiz dafür, dass sich neben einer russischen und der ukrainischen Identität durch den jahrhundertealten Kontakt zwischen Russen und Ukrainern eine ‚Zwischenidentität‘ gebildet habe, die außer den beiden nationalen Identitäten auch noch sowjetische Einflüsse aufgenommen habe. Die Identitätsproblematik soll hier jedoch nicht weiter vertieft werden. In diesem Zusammenhang reicht die Feststellung, dass sich hinter der ‚ukrainischen Mehrheit‘ keinesfalls eine eindeutige und mit Estland vergleichbare ethnische Zuschreibung verbirgt.<sup>145</sup>

---

<sup>141</sup> Für die weitgehend friedliche Koexistenz verschiedener ethnischer Gruppen in der Ukraine gibt es in der Forschungsdiskussion auch andere Erklärungen. Gerade die ukrainische Forschung interpretiert diesen Umstand als Beweis für die fortgeschrittene Zivilgesellschaft der Ukraine. Angesichts des politischen, sozialen und ökonomischen Transformationsverlaufs des Landes wird diese Einschätzung in der sonstigen Forschung aber kaum geteilt. Zum Defizit der civil society in der Ukraine vgl. etwa D’Anieri/Kravchuk/Kuzio 1999: 144ff.

<sup>142</sup> In L’viv sprechen die Ukrainer mit 83% zuvorderst Ukrainisch, nahezu alle Russen Russisch (93%); auch die russische Bevölkerung in Kiev spricht zu 94% Russisch, die Ukrainer sind hier hingegen gespalten: 49% sprechen als erste Sprache Russisch, 40% Ukrainisch, 10% geben an, beides im gleichen Maße zu tun. Die Ukrainer in Simferopol sprechen zu 88% Russisch, die russische Bevölkerung zu 100%. Hiervon zu unterscheiden sind allerdings die Sprachkenntnisse: Die Russen in L’viv geben gute Kenntnisse des Ukrainischen an, in Kiev mittlere, in Simferopol geringe. Ukrainer geben durchweg gute Kenntnisse beider Sprachen an. Sogar in Simferopol geben 70% der Ukrainer an, gut Ukrainisch zu sprechen.

<sup>143</sup> Laitin sieht in der geringen Sprachbarriere zwischen Russen und Ukrainern einen wesentlichen Grund für die Assimilation der ukrainischen Eliten an das politische Zentrum Moskau. Im Fall der Ukraine war die zu überwindende Sprachbarriere gering, die Chancen für genuin ukrainische Bildung ebenfalls – also lag eine Assimilation an die Sprache des dominanten Zentrums nahe. (Laitin 1998: 60ff)

<sup>144</sup> Shevchuk geht in seinen Schätzungen sogar noch deutlich höher. Seiner Ansicht nach wird Ukrainisch in Reinform nur von einer Minderheit in der Ukraine gesprochen; die Mehrheit bediene sich des sogenannten surzhyk – ein Dialekt, in dem sich Russisch und Ukrainisch vermischen. (Shevchuk 1996: 354f)

<sup>145</sup> Die ethnische Identität lässt sich auch nicht – wie im estnischen Fall - über Heiratsmuster differenzieren. (vgl. Janmaat 2000: 34ff) Die Heiratsrate zwischen Angehörigen der ukrainischen und der russischen Gruppe ist v.a. im Süden und Osten hoch. In der gesamten Ukraine liegt der Durchschnitt bei 25% aller Eheschließungen, in der Donec’k-Region bei 41.7%, auf der Krim bei 36.4% (Janmaat 2000: 34). Deswegen überrascht es auch nicht, dass das ethnische Bewusstsein tatsächlich vielfach nicht sehr ausgeprägt zu sein scheint. Nach einer soziologischen Umfrage in Donec’k von 1991 fühlten sich damals etwa 36.5% sowohl als Ukrainer wie auch gleichzeitig als Russen, demgegenüber gaben nur 27.5% an, sich ausschließlich als Russen zu sehen. Diese Ergebnisse stehen im Kontrast zu dem offiziellen Zensus, der den Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung mit 22.1%, und für den Donec’k-Oblast mit 44% auswies. Demnach haben die Heiraten zwischen Russen und Ukrainern, die enge Sprachverwandtschaft und die gemeinsame Geschichte Einfluss auf das ethnisch-nationale Bewusstsein genommen. Sprache, kulturelle Merkmale und sogar Religion werden in der Ukraine von verschiedenen ethnischen Gruppen geteilt.



Auch nach der Unabhängigkeit war der Druck, der über Sprachgesetze auf den russischsprachigen Teil der Bevölkerung ausgeübt wurde, im Vergleich zu Estland in der Ukraine sehr moderat. Chinn und Kaiser weisen zwar darauf hin, dass schon ab 1992 durch das Bildungsministerium, den Staatsapparat des Präsidenten und das ukrainische Fernsehen eine nationalistische Agenda verfolgt wurde, nach der die Verbreitung der ukrainischen Sprache forciert werden sollte. (Chinn/Kaiser 1996: 155) Die russische Bevölkerung im Osten konnte sich jedoch bisher recht gut gegen diese Ansprüche wehren. Janmaat (2000) zeigt, dass die ‚Ukrainisierung‘ im Bereich der Bildungspolitik nur sehr begrenzt Fuß fassen konnte – in den überwiegend russisch, bzw. russischsprachig besiedelten Gebiete Donec’k, Luhansk oder auf der Krim lässt sich die Umstellung der russischsprachigen Schulen auf Ukrainisch kaum durchsetzen und wird vom Staat auch nicht sonderlich energisch verfolgt. (Janmaat 2000: 179)<sup>146</sup>

Das am 28. Oktober 1989 verabschiedete Sprachgesetz der Ukraine räumt der russischen Sprache aber in jedem Fall einen deutlich größeren Stellenwert ein als das entsprechende estnische Gesetz. Die russische Sprache soll danach weiterhin gefördert werden. Es gibt auch keine Pläne, den Gebrauch der russischen Sprachen in der Öffentlichkeit und der Administration abzuschaffen. Die Frist, in der Russischsprachige auf den entsprechenden Positionen in der öffentlichen Verwaltung Ukrainischkenntnisse erwerben müssen, ist länger als in Estland und beträgt bis zu fünf Jahre. Schließlich garantierte der Staat den Unterricht in russischer Sprache dort, wo die russische Bevölkerung die Mehrheit stellt. (Laitin 1998: 90f)<sup>147</sup>

Die ukrainische Führung entschied sich in der Staatsbürgerschaftsfrage bereits im Oktober 1991 für die Option, allen auf dem Gebiet der Ukraine lebenden Personen die ukrainische

---

<sup>146</sup> „Within the Russian-speaking regions marked differences could be found between oblasts where Ukrainians make up a sizeable majority of the population and oblasts where Ukrainians constitute a small majority or a minority of the population. The former recorded steep increases in the percentage of Ukrainian-instructed pupils to the point that this percentage was well on reaching the Ukrainian element in the population (i.e. the oblasts of Dnipropetrovs’k, Kherson and Mykolaiv). The latter, in contrast, showed only minimal growth figures (i.e. the oblasts of Donets’k and Luhans’k and the autonomous republic of Crimea). As it is precisely in the latter oblasts that the gap between the proportion of Ukrainian-taught pupils and the Ukrainian element in the population was widest, one could argue that in those oblasts where ukrainianization was urgently needed from a policy perspective it failed to make substantial inroads on Russian-language school education“ (Janmaat 2000: 179). Auf der nationalen Ebene fehlen einerseits die Mittel, um Widerstände auf lokaler Ebene wirksam zu bekämpfen, zum anderen auch das Lehrpersonal und entsprechendes ukrainisches Unterrichtsmaterial. (Janmaat 2000: 180).

<sup>147</sup> Die Ukraine ging aber nicht so weit wie etwa Kirgisistan und Belorußland, die unter Einfluss Rußlands, dass auf die Nachfolgestaaten einen nicht unerheblichen Druck in dieser Frage ausübt, Russisch zur zweiten Staatssprache machten. Im Juni 2000 stellte der russische Präsident Vladimir Putin Moldavien in Aussicht, dass Russland seine Unterstützung der transdnestrischen Separatisten beenden würde, falls Moldavien Russisch zur zweiten Landessprache mache In der Auseinandersetzung mit den russischen Forderungen entstanden Gegenbewegungen, die forderten, dass Bedeutung des Ukrainischen gehoben und in der Alltagskommunikation die wichtigste Rolle spielen sollte. (Kuzio 2000)

Staatsbürgerschaft anzubieten. (Chinn/Kaiser 1996: 146) Mit der Staatsbürgerschaft geht auch für die Minderheit das aktive und passive Wahlrecht und das Recht, Parteien zu gründen, einher. Darüber hinaus kam es zu keinen Entlassungen russischsprachiger Bürger aus dem Staatsdienst oder aus Unternehmen. (Janmaat 2000: 77)

## **7.2. Kulturelle Differenz und ethnische Beziehungen – ein Kausalzusammenhang?**

Angesichts dieser Befunde liegt die Vermutung eines Zusammenhangs zwischen dem unterschiedlichen Ausmaß nationaler Identität der Titularethnien und dem Verhältnis zwischen ihnen und der jeweiligen russischen Minderheit nahe. Fraglich ist aber, ob zwischen diesen beiden Ergebnissen tatsächlich eine kausale Beziehung besteht, wie in der Kultur-Differenz-These angenommen. Gegen diese Annahme lassen sich eine Reihe theoretischer wie empirischer Einwände vorbringen.

So lässt sich zwar an den von Laitin und Chinn/Kaiser untersuchten Ländern die behauptete Kausalität scheinbar beobachten. Doch diese Evidenz wird schnell in Frage gestellt, wenn der Blick auf andere Länder und Regionen fällt. Mit Hinweis auf die Konflikte Nordirlands, Ruandas oder Zyperns könnte ebenso plausibel das Gegenteil der Kultur-Differenz-These behauptet werden, nämlich dass kulturelle Nähe (die in allen drei Fällen gegeben ist) ethnische Abgrenzungen und Spannungen verursacht.

Darüber hinaus hat die Forschung zu ethnischen Konflikten inzwischen nachgewiesen, dass selbst eine geringe kulturelle Differenz situativ bedeutsam wird, wenn die Stabilität der Situation aufgelöst und Ansprüche nicht länger befriedigt werden können. (vgl. Horowitz 1986: 93ff) Da die Ukraine immer noch ein gewisses Maß an kultureller Differenz aufweist und sich in einer Transformation von Staat und Wirtschaft befindet, sollte man also nicht zu schnell den Schluss ziehen, eine exklusive Minderheitenpolitik oder eine ethnische Mobilisierung sei dort eher ausgeschlossen als in Estland.

Problematisch an der Kultur-Differenz-These ist ihr hohes Maß an Determinismus. Chinn und Kaiser setzen die Unabhängigkeitsgeschichte eines Landes oder den demographischen Wandel infolge der Einwanderung von Angehörigen einer anderen Ethnie als hartes Datum,

als Struktur, von der aus die weitere Entwicklung zwangsläufig entweder in die Richtung einer ethnischen Spannung und exklusionsorientierten Minderheitspolitik oder in die Richtung einer ethnischen Indifferenz und inklusionsorientierten Minderheitenpolitik führen muss. Laitin behauptet, dass die historische Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Titularethnie und dem russischen Machtzentrum das Ausmaß an kultureller Differenz und damit die Qualität der gegenwärtigen ethnischen Beziehungen in Estland und der Ukraine bestimmen. Letztlich ist in diesen Argumentationsfiguren ein historischer Determinismus angelegt, gleichsam eine Extrapolation der Vergangenheit in die Gegenwart, der die Frage aufkommen lässt, wie dann ein Politikwechsel, beispielsweise der in Estland von vielen Russen und westlichen Staaten und Organisationen gewünschte Wandel von der diskriminierenden und exklusiven zu einer mehr liberalen und inklusiven Minderheitenpolitik möglich sein soll. Ein solcher Politikwechsel wird von der Kultur-Differenz-These prinzipiell ausgeschlossen.

Hinzu kommt, dass bei der Behauptung solcher langfristig wirkenden, historisch herzuleitenden Wirkungsketten immer entscheidend ist, welche Zeitpunkte in die Betrachtung mit einfließen und welche nicht. So datiert Laitin den Beginn der Verflechtung der ukrainischen Elite mit dem russischen Zarenreich auf das 18. Jahrhundert. Es erscheint aber auch ein anderes historisches Datum für diesen Zeitpunkt plausibel: Bereits 1654 kam es zum Vertrag von Perejaslavl' zwischen Russland und den Kosaken und Bewohnern der Ukraine, in dem sich die Ukraine faktisch dem russischen Zaren unterstellte, der im Gegenzug der Kosakenführung sowie dem ukrainischen Adel weitgehende Privilegien einräumte. (Hösch/Grabmüller 1981: 127) Warum das eine Datum gewählt und das andere vernachlässigt wird, bedarf einer Begründung. Auch hängen solche historischen Wirkungsketten ebenso entscheidend davon ab, wie die vielen für die heutige Zeit relevanten Einzelereignisse in der langen Geschichte, die zu betrachten ist, bewertet werden. In den ukrainisch-russischen Beziehungen lassen sich aus historischer Perspektive auch eine Reihe von Brüchen und Beeinträchtigungen des Verhältnisses ausmachen, die ebenso gut eine starke ethnische Abgrenzung gegenüber Russland und Moskau begründen könnten: Die sogenannten ‚Säuberungen‘ unter Stalin, in denen die ukrainische Elite weitgehend ausgelöscht wurde, und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft Anfang der dreißiger Jahre, die eine verheerende Hungersnot auslöste, der Millionen Ukrainer zum Opfer fielen, sind nur zwei Beispiele, die im kollektiven Gedächtnis als Traumata präsent sind und die in einer historischen Bestimmung des Verhältnisses von Ukrainern und Russen eigentlich zum

Katalog der wichtigen Ereignisse zählen müssten.

Die Ergebnisse von Chinn/Kaiser und Laitin lassen sich m. E. auf eine andere Weise plausibler erklären: Vor allem bei denen von ihnen ins Feld geführten Faktoren Unabhängigkeitsgeschichte und demographischer Wandel handelt es sich viel eher um Beobachtungen, die Legitimierungen ethnisch exklusiver Forderungen widerspiegeln. Erst mit einer ethnische Mobilisierung wird die Erinnerung an eine Zeit der Souveränität mit dem neuerlichen Ziel verbunden, sich einen Staat zu geben<sup>148</sup>, die demographischen Relationen werden erst dann als Bedrohung empfunden, wenn ein Anlass besteht, die andere Ethnie als Konkurrenz zu bewerten. Man kann keineswegs schließen, dass ein exklusiv agierender Staat tatsächlich eine längere Unabhängigkeitsgeschichte besitzt oder die demographische Entwicklung eindeutig diese Richtung unterstützt. Allerdings kann man sicher sein, in allen exklusiv agierenden Bewegungen, Parteien, Verbänden und Staaten diesen Legitimationsbezügen in verschiedenen symbolischen Aufarbeitungen und Formen (politischer, sozialer und/oder kultureller Ausschluss der Minderheit) zu begegnen, da sie wesentliche Instrumente im ethno-nationalen Abgrenzungsprozess sind.

Der wichtigste Einwand gegen die Kultur-Differenz-These ist, dass sie mit der Fokussierung auf historische Entwicklungslinien im Verhältnis der Ethnien zueinander und im Hinblick auf den Nationalismus von Titular- und Minderheitsethnie den Blick auf die komplexen wirtschafts- und sozialstrukturellen Wandlungsprozesse sowie die Veränderungen im Gefüge der politischen Institutionen und die daraus resultierenden Mobilisationsgefahren verstellt. Den Autoren müssen wichtige Aspekte entgehen, weil sie in den gegenwärtigen Gesellschaften im Grunde nur den Staat als zentralen Akteur der Minderheitenpolitik in den Blick nehmen. Es ist zwar unbestreitbar, dass die staatliche Minderheitenpolitik in der Ukraine liberal und die in Estland betriebene Minderheitenpolitik restriktiv ist – dies sagt aber noch nichts über die dahinter stehenden Aushandlungsprozesse und den Stellenwert der „ethnischen Karte“ in diesen Prozessen aus. Bevor man nach lange zurückreichenden historischen Wurzeln der gegenwärtigen ethnischen Beziehungen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sucht, sollte man fragen, wie Ethnizität in dem tiefgreifenden Wandel, in dem sich diese Staaten und Gesellschaften befinden, heute politisch gewinnbringend thematisiert

---

<sup>148</sup> Zwar gehen auch Chinn und Kaiser (1996: 274) davon aus, dass es einen engen Zusammenhang zwischen der Unabhängigkeitsgeschichte und einer „mass-based consciousness“ gibt. Sie gehen aber davon aus, dass es entscheidend ist, ob zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit ein Nationalgefühl verbreitet war, an das sich heute anknüpfen lässt. Doch bleibt bei ihren Ausführungen das Verhältnis von Ursache und Wirkung unklar.

wird – und von wem. Wie im folgenden zu zeigen ist, gewinnen ethnische Merkmale selbst bei im Vergleich schwächer ausgeprägten Differenzierungen, wie im ukrainischen Fall, an Bedeutung, wenn Aushandlungsprozesse um Macht und Einfluss innerhalb der Elite dies erforderlich werden lassen.

### **7.3. Die Politisierung von Ethnizität und ethnische Mobilisierungsprozesse in der nachkommunistischen Ukraine**

Wie hat sich der gesellschaftliche Status der Russen und der Ukrainer nach der Unabhängigkeit des Landes verändert? Welche politischen Orientierungen herrschen in den Ethnien vor und welche Akteure lassen sich bei der Organisation politischer Interessen ausmachen? Diesen Fragen soll im folgenden entlang des theoretischen Modells zur Entstehung und dem Verlauf ethnischer Mobilisierungsprozesse nachgegangen werden. Wie auch schon im Falle Estlands ist der Fokus dabei auf ethnopolitische Forderungen und Entrepreneurere gerichtet. Gezeigt werden soll, dass entgegen der nach der Kultur-Differenz-These behaupteten Bedeutungslosigkeit ethnischer Unterschiede diese in den politischen Verhandlungsprozessen um die Entscheidungsmacht über den Staat und die Verteilung staatlicher Güter eine wichtige Rolle spielen. Da über die Ukraine im Vergleich zu Estland nur in äußerst begrenztem Umfang Daten und Informationen über wirtschaftliche, politische und sozialstrukturelle Entwicklungen zur Verfügung stehen, kann die Analyse dieses Falles allerdings nicht die Tiefe und Breite erreichen, die für den Fall Estlands möglich war.

#### **7.3.1. Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt und Wahrnehmung der ökonomischen Situation**

Im Gegensatz zu den Entwicklungen in Estland zählte die Ukraine unter den osteuropäischen Transformationsländern jahrelang zu den ökonomischen Schlusslichtern der europäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Seit Beginn der Unabhängigkeit ist die Wirtschaft acht Jahre lang geschrumpft, das Bruttoinlandsprodukt erreichte 1999 nur noch 40% des Niveaus von 1990. Der durchschnittliche Monatslohn liegt bei 50 Euro. Das geringste Einkommen wird in der Landwirtschaft mit 25 Euro, das höchste in den Finanzdienstleistungen mit 125 Euro erzielt. Die monatliche Rente beträgt im Durchschnitt etwa 20 Euro, die Ausgaben pro

Haushaltsmitglied liegen (eingerechnet alle Unterstützungsleistungen) deutlich unter 100 Euro pro Monat. Diese Einkommen reichen nicht zum Überleben aus, selbst wenn man berücksichtigt, dass die Kosten für Wohnung und andere vom Staat zur Verfügung gestellte Dienstleistungen sehr niedrig sind. Das Familieneinkommen wird deshalb einerseits in der umfangreichen Schattenwirtschaft aufge bessert, die noch einmal die Hälfte der offiziellen Wirtschaft ausmacht, und durch die Versorgung mit Lebensmitteln aus privatem Anbau ergänzt. (Hoffmann/Vincentz 2002: 461ff)

Wenn hier auch für die ökonomische Entwicklung der Ukraine keine ethnisch differenzierten Arbeitsmarktdaten präsentiert werden können, wird an der Entwicklung der Arbeitsmarktsituation in der Kohleregion, die in der Mehrzahl russisch besiedelt ist, deutlich, dass sich die ehemals privilegierte Position der Beschäftigten in Industrie und Bergbau in den letzten Jahren erheblich verschlechtert hat. Verdienten die Bergarbeiter 1994 noch 174% des durchschnittlichen Einkommens in der Industrie, waren sie 1995 bereits auf 131% abgesunken, für Bergarbeiter des Gebietes Donec'k fiel der Lohn sogar auf 106%. (Zimmer 2000: 28) Zudem nahm die Arbeitslosigkeit rapide zu - die offizielle Arbeitslosenrate lag 1998 bei 1.8%, die reale bei etwa 20%; in verschiedenen Bergarbeitersiedlungen liegt sie bei 30- 40%, in einigen Fällen erreicht sie 90% (ebd.).<sup>149</sup>

Nach eigener Einschätzung und auch nach dem Urteil der UN-Kommission sind die überwiegend russisch besiedelten Gebiete im Osten allerdings immer noch besser gestellt als der Westen der Ukraine. Die Krim rangiert hinsichtlich Haushaltseinkommen, Löhne und Wohnsituation am unteren Ende, was aber z. B. auch für die Gegend um L'viv oder Chernivtsi gilt. (Zimmer 2000: 7) Dennoch führte, wie noch zu zeigen sein wird, die Verschlechterung der ökonomischen Situation und der Verlust des alten Prestiges zu einer sozialen und politischen Mobilisierung der Bergarbeiter - eine ethnisch diskriminierende Behandlung wurde hingegen von ihnen nicht empfunden.

Nach einem Survey von 1994 nahmen beide Gruppen eine Verschlechterung ihrer ökonomischen Situation seit der Unabhängigkeit wahr. Wenngleich Ukrainer und Russen in der Einschätzung der ökonomischen Situation keinen Unterschied zwischen den ethnischen Gruppen empfanden, war doch festzustellen, dass grundsätzlich die eigene ökonomische

---

<sup>149</sup> Deutlich werden die verschlechterten Lebensbedingungen durch die stark gesunkene Lebenserwartung (z.B. für Männer bei 63 Jahre, in Deutschland: 74) und eine hohe Kindersterblichkeit, die mehr als doppelt so hoch liegt wie in der Europäischen Union. (Hoffmann/Vincentz 2002: 462)

Situation (unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit) als schlechter im Vergleich zur anderen beurteilt wurde. (Bremmer 1994: 269f)

### **7.3.2. Nationalstaatsbildung und Wandel des politischen Spektrums in der Ukraine**

Wie in Estland, so war auch in der Ukraine die sowjetische Nomenklatura russisch dominiert. (Lakiza-Sachuk 1996: 37ff) Sofern sie nicht in Moskau geschult war oder aus Russland gebürtig war, rekrutierte sie sich überwiegend aus dem Osten und Südosten des Landes. Nicht nur die Beherrschung der russischen Sprache als unabdingbare Voraussetzung für den Aufstieg in die Nomenklatura sicherte den östlichen Regionen Vorteile. Darüber hinaus waren sie politisch unverdächtiger als die schon immer nationalistischer gesinnten Westukrainer. (Lakiza-Sachuk/Melnyczuk 1996: 112; Shevchuk 1996: 356)

Durch das geringe Maß an nationaler Geschlossenheit innerhalb der Elite, die im Westen national eingestellt und im Osten moskau-orientiert war und lange Zeit die loyale Nomenklatura stellte, legte die Ukraine im Zusammenbruch der SU denn auch kein großes Tempo vor, um die nationale Unabhängigkeit zu erlangen. Ein wichtiger Flügel der ukrainischen KP blieb konservativer und hielt - im Gegensatz zu ihren baltischen Schwesterparteien - Moskau die Treue und deshalb an einem anti-nationalistischen Kurs fest. Nach dem gescheiterten Moskauer Augustputsch 1991 wollte aber selbst dieser konservativste Flügel der KPU nicht zu den Verlierern der gescheiterten Reaktion werden. Fünf Tage nach dem Putsch erklärte das ukrainische Parlament, der „Verchovna Rada“, die Ukraine für unabhängig. Die deutliche Äußerung des damaligen konservativen Vorsitzenden der KPU, Stanislav Hurenko, macht klar, dass ein souveräner ukrainischer Nationalstaat keineswegs das war, was alle herbeisehnten: „Today we will vote for independence, because if we don't we're in the shit“. (zit. nach D'Anieri/Kravchuk/Kuzio1999: 25) Ganz im Gegensatz zu den Esten ging es bei der ukrainischen staatlichen Unabhängigkeit nicht um die Verwirklichung einer Emanzipierungsstrategie bisher im Schatten der Sowjet-Hierarchie stehender Eliten der Titularethnie, sondern um eine politische Schadensbegrenzung, die die regierende sowjetische Elite unter veränderten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen weiter im Amt halten sollte.

In der auf die Unabhängigkeitserklärung folgenden Zeit gewann der ehemalige KPU-Funktionär und erste Präsident der unabhängigen Ukraine Leonid Kravchuk mit einer nationalistischen Agenda zunehmend Einfluss im Parlament und vollzog 1992 einen nationalistischen Rechtsruck. Da jedoch – auch dies im Gegensatz zu Estland – die KP der Ukraine nicht mit der Unabhängigkeit verboten wurde, blieb eine antinationalistische Position im Parlament bestehen. Zwar gab es russische Parteigründungen wie die ‚Neue Ukraine-Organisation‘ und den ‚Interregionalen Block für Reformen‘, und ehemalige Kommunisten wirkten an der Gründung neuer, ebenfalls russisch dominierter linksgerichteter Parteien wie der ‚Arbeiterpartei‘ und dem ‚Zivil-Kongress der Ukraine‘ mit, die beide ihren Sitz in Donetsk hatten, doch führte dies nicht zu einer Konfrontation von Russen und den von Kravchuk geführten ukrainischen Nationalisten. (Wilson 1997: 114)

In den Parlamentswahlen von 1994 gewannen die Linksparteien die meisten Sitze (44%), und im folgenden Sommer verlor Kravchuk sein Präsidentenamt an Leonid Ku\_m\_a, früher Kader im sowjetischen Industriemanagement, der in seinem Programm geschickt eine linke Position mit Appellen an den unter den oben beschriebenen Folgen der negativen Wirtschaftsentwicklung leidenden russophonen Teil der Bevölkerung verbunden hatte. (Wilson 1997: 115)

Die Wahlen von 1989 bis 1994 wiesen ein hohes Maß an Kontinuität und Konformität mit den traditionellen Mustern der Unterstützung unterschiedlicher politischer Richtungen in den einzelnen Regionen auf: Die ukrainische nationale Bewegung war am stärksten in Galizien, Wolhynien, Chernivtsi und in den urbanen Gebieten der Zentralukraine, besonders in Kiev. In allen anderen Gebieten war sie ausgesprochen schwach. (Wilson 1997: 117) Die Unabhängigkeit wurde beispielsweise 1991 nur in den zentralen Regionen um Kiev und in der Westukraine positiv beurteilt (50%, bzw. 86% Zustimmung), während in der Ostukraine und auf der Krim die Ablehnung überwog (53% und 57%). Die Ablehnung der Unabhängigkeit ging in der Regel mit einer negativen Haltung zur Auflösung der UdSSR einher, wobei hier allerdings auch die Anteile in der ansonsten nationalistisch geprägten Zentralukraine hoch waren: 61% lehnten hier die Auflösung ab, im Osten und Süden 77% bis 93%. (BIOST 5/1999: 26ff)

Zusammenfassend ist hinsichtlich der Ausdifferenzierung des politischen Systems festzustellen, dass im Vergleich zu Estland die nationale Bewegung der Ukraine in der



Endphase der Sowjetunion eher schwach und uneindeutig ausgeprägt war. Wenn auch die Westukraine sich deutlich von diesem Bild abhob und Mobilisierungspotential dort durchaus vorhanden war, konnte es sich aufgrund der weiter wirkenden ethno-regionalen Differenzierungen des Landes nicht ausbreiten. Ebenso schwach war aber auch die Organisierung spezifisch russischer Interessenverbände ausgeprägt. Die ehemals sowjetischen Institutionen, allen voran die KPU, spürten offensichtlich keinen oder nur wenig Druck zu grundlegenden Reformen. Im Gegensatz zu Estland fanden keine Ersetzungen ehemals exponierter sowjetischer Spitzenkader statt. Im Gegenteil, die neuen Führer des Staates rekrutierten sich vollständig aus der Elite des alten Systems. Daran änderten auch die Parteineugründungen nichts, wie das Zusammengehen der neugegründeten Linksparteien mit dem ehemaligen sowjetischen Wirtschaftskader Ku\_ma nach den Wahlen 1994 demonstriert. Eine Politisierung von Ethnizität lässt sich auf dieser Makroebene zwar in Ansätzen ausmachen, doch lässt sich keineswegs von einer durch hochgestellte Politiker oder die Bevölkerung einer Region getragene Prozesse ethnischer Massenmobilisierung sprechen. Im folgenden Abschnitt wird geprüft, ob und inwieweit die ‚ethnische Karte‘ innerhalb der Aushandlungsprozesse der Eliten um die staatlichen Güter eine Rolle spielte.

### **7.3.3. Neue alte Eliten – Clan-Strukturen und klientelistische Netzwerke in der Wirtschaftsleitung der Ukraine**

Die administrative Struktur des Landes blieb wie schon zu sowjetischen Zeiten durch die Zentrale beherrscht, in der vor allem der Präsident eine ungeheure Machtfülle besitzt. Zwar wurde 1994 das Gesetz abgeschafft, nach dem die Leitungen der Oblast‘ und der Raions vom Präsidenten ernannt wurden, dennoch sind die lokalen Räte und ihre ausführenden Organe direkt dem Präsidenten gegenüber verantwortlich. Etwas Bewegung kam in die Diskussion über diese Strukturen, als aufgrund der immer schlechteren wirtschaftlichen Situation die Regionalführungen Initiative ergriffen, um die wirtschaftliche Entwicklung in den von ihnen verantworteten Regionen selbst in die Hand zu nehmen. Die vier östlichen Regionen – wirtschaftlich geprägt durch die strategisch wichtige Kohleindustrie und demographisch dominiert durch die Russen - schlossen sich deshalb 1992 in einem „Komitee zur Entwicklung der regionalen Politik“ zusammen. Eine unklare Kompetenzverteilung zwischen der regionalen Administration und den Ministerien auf nationaler Ebene blockierte jedoch die Initiative. (vgl. Zimmer 2000: 8) Die 1994 zunächst durch Ku\_ma zugestandene größere

Autonomie der Regionen blieb so ein Zwischenspiel, das noch im selben Jahr in einer Rezentralisierung sein Ende fand.<sup>150</sup> Abgeschlossen wurde diese Rezentralisierung im 1995 von Präsident und Parlament unterzeichneten ‚Konstitutionenvertrag‘, in dem die bisherigen ausführenden Organe der Oblasts‘ und Raions durch Staatsbehörden ersetzt wurden. Die dort tätigen Beamten werden vom Premier ernannt und vom Präsidenten entlassen. Sie sind ihm und dem Ministerkabinett gegenüber berichtspflichtig. Ihnen kommt heute die wirkliche Macht in den Regionen zu. (Zimmer 2000: 11)

Es sind aber nicht allein die Verwaltungsstrukturen, die Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse auf die zentrale Ebene transferieren und damit den Entscheidungsspielraum der Regionen einschränken. Die Budgetierung der regionalen und lokalen Ausgaben ist im hohen Maße zentralisiert. Über eigene Einnahmen verfügen die lokalen Autoritäten nur in sehr geringem Umfang. Der Löwenanteil der Einnahmen wird durch die nationalen Steuern bestritten, die auf dem jeweiligen Territorium erhoben werden. Wie groß der Anteil für die Region schließlich ausfällt, wird dabei auf der intermediären Ebene von den Oblast‘ und Raion-Räten nach Abstimmung mit der staatlichen Administration auf dieser Ebene entschieden. (Zimmer 2000: 11) Die Finanzabteilungen der staatlichen Behörden bündeln letztendlich auf nationaler Ebene die entscheidenden Kompetenzen hinsichtlich der Mittelvergabe:

„The relevant dimensions of the state administration prepare draft budgets, and the majority of the respective council deputies, because of their dependence on the administration or their lack of knowledge, simply approve the proposed draft budgets without much consideration“. (Zimmer 2000: 11)

Im Laufe der Jahre wurde die Finanzierung der Budgets ein immer größeres Problem, da trotz des unter Ku\_ma eingeschlagenen Stabilisierungskurses die Kostenstrukturen aus sowjetischer Zeit weiter fortbestanden. Die Wirtschaftsreformen sind in der Ukraine nur schleppend in Gang gekommen. Die öffentlichen Ausgaben, die zu einem erheblichen Teil auf die Subvention maroder Staatsbetriebe verwendet wurden – nicht zuletzt, um die alten Eliten-Netzwerke materiell zu erhalten -, wurden um den Preis einer Steuererhöhung auf dem sehr hohen Niveau der sowjetischen Zeit gehalten. Hier konnten sich die alten Eliten im Parlament, in dem ehemalige Kommunisten und die Linksparteien dominierten, gegenüber

---

<sup>150</sup> Am 6. August 1994 erließ Ku\_ma zwei Dekrete, in denen er die zentrale Regierung wie auch alle lokalen und regionalen Regierungen seiner direkten Kontrolle unterstellte. Das Parlament machte von seinem Vetorecht nicht Gebrauch, so dass die Dekrete Gesetz wurden (<http://www.bsos.umd.edu/cidcm/mar/ukruss.hat>); vgl. a. D’Anieri/Kravchuk/Kuzio 1999: 125ff. Zur

den national gesinnten Eliten durchsetzen, die für tiefgreifendere Reformen eintraten. Die lokalen Budgets waren ab 1997 immer stärker auf ad hoc-Transfers vom zentralen Budget angewiesen – waren die lokalen Haushalte offiziell auch unabhängig, waren sie praktisch vollständig auf die Entscheidungen der Zentrale angewiesen. (Zimmer 2000: 135ff) Da Geld immer knapper wurde, hätte normalerweise der Reformdruck auf dieses ökonomisch wenig rationale System erheblich steigen müssen. Stattdessen fand schließlich eine Umstellung auf Tauschwirtschaft innerhalb der lokalen und regionalen Finanzen in der Ukraine statt, die grundlegende Reformen umging und den gewohnten Modus der Verteilung von Gütern und Leistungen zwischen Zentrale und lokalen Eliten aufrechterhielt:

„A substantial share of regional revenues are received in noncash forms, tax offsets seem to be the most widespread form of barter transaction in at the regional level. The government forgives tax debts from regional enterprises (mainly state owned ones) in exchange for the annulment of debts for services provided to budgetary organizations. Those tax offsets account for approximately one third of local revenues and expenditures“. (Zimmer 2000: 139)

Dieses Verteilungssystem folgt offensichtlich altem sowjetischen Muster. Auf der Regierungsebene konzentriert sich eine Verteilungsmasse aus Steuereinnahmen, internationalen Geldern, aber auch indirekten Finanzierungsmöglichkeiten, wie Schuldenerlass oder Steuergeschenken, die einen hohen Anreiz bieten:

„Es geht bei der Umverteilung nicht nur um die Vermögensbestände. Solange sich die Regierung gezwungen sieht, einen großen Teil der Betriebe aufrechtzuerhalten, fließt ein immer neuer Strom von Subventionen, der Begehrlichkeiten weckt, daran zu partizipieren. In diesem Fall wird nicht mehr ein begrenzter Bestand von Vermögen umverteilt, sondern ein stetiger Strom von Budgetmitteln umgelenkt“. (Hoffmann/Vincenz 2002: 473)

Der Einfluss der Regionen auf den Anteil, den sie aus der zentralen Kasse erwarten können, bestimmt sich dabei nicht nach ökonomischen Rationalitätskalkülen, sondern hängt wesentlich von dem Geschick und der Verhandlungsstärke der Vertreter der jeweiligen Region ab. (Zimmer 2000: 11) Die Strukturen und Funktionsweisen dieses klientelistischen Netzwerks sollen in folgendem Beispiel veranschaulicht werden:

### **Klientelistische Netzwerke: Die Verhandlungsstrategien der Kohleindustrie**

Ungeachtet ihrer schon zu sowjetischer Zeit sinkenden Rentabilität hatte die Kohleindustrie in den Wirtschaftsplänen der Ukraine Priorität. Obwohl schon in den 1970er Jahren Schließungen geplant wurden, kamen sie nie zustande. Dies lag zum einen an der privilegierten Position der Kohleindustrie im sowjetischen Wirtschaftssysteme, zum Teil an dem erheblichen Widerstand der Minendirektoren, die auf lokaler Ebene ihre Dominanz ausnutzen konnten, um sowohl Unterstützung von lokalen Institutionen wie auch den Bergarbeitern zu bekommen. Die Verhandlungsmacht der Industriearbeiterschaft und ihres Managements war erheblich.

Mit der Unabhängigkeit wurde die Kohleindustrie für die Ukraine unmittelbar zu einem großen und teuren strukturellen Problem. Die Ausbeute zu vertretbaren Preisen war gering, 2/3 der Minen produzierten über den festgelegten Preisen, 1/3 lag sogar über den Importpreisen (Zimmer 2000: 18). Die Ausrüstung war veraltet und schadhaft.<sup>151</sup> Dennoch behielt auch nach der Unabhängigkeit die Subvention der Kohleindustrie für den ukrainischen Staat oberste Priorität. Der Chef der Liberalen, Volodymyr Scerban und verschiedene Kohlebarone konnten nicht nur darauf rechnen, ihre Interessen bei den Parlamentswahlen geltend zu machen, sondern auch über einen langen Zeitraum ihre Hauptanliegen, die staatliche Subvention der Kohleindustrie, erfolgreich durchzusetzen (vgl.a. Punkt 2).

Bis 1996 gab es keinerlei Anstrengungen, den maroden Industriezweig zu restrukturieren, obwohl seine Unterhaltung Unsummen verschlang. Zwar ist die Kohle auch die einzige Energieressource, über welche die Ukraine verfügt, ansonsten ist sie in der Energieversorgung im hohen Maße auf ihren russischen Nachbarn angewiesen. Die Förderung der einheimischen Kohle konzentrierte sich jedoch nicht auf das größte Förderungspotential, sondern verteilte die Subvention nach dem Gießkannenprinzip. Der Niedergang der Industrie war nicht aufzuhalten. Die Minen waren dem Kohlebergbau-Ministerium in Kiev unterstellt, welches das Management nach altem sowjetischen Muster der zentralen Planung fortsetzte: Es ernannte und überwachte das Management, legte Produktionskennziffern und Preise fest, kontrollierte die Waren- und Geldströme. (Zimmer 2000)

Die Sicherstellung der Beschäftigung in diesem Bereich war ein traditionell wesentliches Ziel geblieben. Die Unterstützungsleistungen stiegen weiter an und trugen wesentlich zum Budgetdefizit des ukrainischen Staates bei. (ebd.)

Durch den internationalen Währungsfonds entstand schließlich Handlungsdruck auf die ukrainische Regierung. Unter internationaler Beteiligung sollten die unrentablen Minen und Unternehmen abgewickelt werden. Der Versuch der Weltbank, dies mit Hilfe einer separaten Einrichtung, der die Abwicklung übertragen wurde, zu erreichen, schlug jedoch fehl – die Auswahl der zu schließenden Minen hing weniger an objektiven Leistungskriterien als an dem Votum der einflussreichen Bergbaugewerkschaft, die über eine starke Lobby im Ministerium verfügte und den Abbauprozess verschleppte. Minen, die unter die Kategorie ‚unrentabel‘ fielen, wurden ‚umdefiniert‘:

„As a result mines were transferred from category to category depending on the influence mine directors exercised within the ministry“. (Zimmer 2000: 22)

Die Ergebnisse der Restrukturierung waren bescheiden. Die mit internationaler Hilfe zur Verfügung gestellten Mittel wurden nicht für eine soziale abgefederte Zechenschließung eingesetzt, sondern für die ‚Stopfung‘ der größten Löcher im Kohlesektor verwendet.<sup>152</sup>

1997 verlangsamte sich das Reformprogramm zusehends – zwar gab es eine stärkere Kontrolle durch den IWF, der allerdings auch nicht verhindern konnte, dass die Region und Industrie durch indirekte Finanzierung, nämlich die Verzögerung der Steuerzahlungen, weiterhin gestützt wurde.

Nach den Wahlen 1998 wurde vom Parlament und den Gewerkschaften, die zusammen die mächtigste Lobby für die Kohleindustrie darstellen, die Rücknahme der bisherigen Reformen und ein Entwicklungsplan gefordert, der ohne ausländische Einmischung erstellt und eine langfristige Förderung der Industrie vorsehen sollte.

„The MCI (Ministry of the Coal Industry) and the trade unions lobby for budget support for the coal industry, to cut administratively Polish and Russian coal imports, to remonopolize coal trade and to restore the privileged status of coal miners“. (Zimmer 2000: 24)

<sup>151</sup> Der Energiesektor fährt die größten Verluste ein. Nach Lindner wirtschaften fast 90% der ukrainischen Steinkohlebergwerke defizitär und zudem gefährlich, wie die Gasexplosion im Frühjahr 1998 zeigte. 5% des Staatsbudgets werden jährlich für die Subvention des Kohlesektors ausgegeben, dazu kommen noch 2.3 Milliarden US-Dollar Schulden (in 1998), die einem BIP von 7% entsprechen. (Lindner 1998:923)

<sup>152</sup> Aufgrund dieser Vorgänge for die Weltbank die zweite Rate eines 300 Mio. US-Dollar Kredites, der für die Restrukturierung des Kohlesektors bestimmt war, ein. (Lindner 1998:923)

Die ukrainische Regierung geriet in Bedrängnis: Diesen Forderungen konnte sie nicht nachgeben, hatte doch der internationale Druck in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Die dringend benötigte finanzielle Unterstützung des Reformprozesses wurde an zunehmend konkretisierte Forderungen geknüpft.<sup>153</sup>

Andererseits stellt gerade die Kohlebranche nicht nur ein großes Problem, sondern auch ein erhebliches Potential dar. Die in dieser bevölkerungsreichen Region Beschäftigten der Kohleindustrie und der darauf bezogenen Dienstleistungen haben einen großen Anteil an der ukrainischen Gesamtbeschäftigung und sind ein wesentlicher Faktor als Wählerpotential v.a. für die links orientierten Parteien. Die regionalen Vertreter der alten Industrie haben mehrere Trümpfe in der Hand, da sie ihre Profitinteressen mit dem Erhalt der Arbeitsplätze in der Region verknüpfen können:

„Höhere Preise für Kohle, um die Arbeitsplätze der Minenarbeiter zu retten, vertragen sich gut mit dem Wunsch nach Handelsgewinnen der Vertriebsgesellschaften heimischer Kohle, die noch dazu auf nationale Belange verweisen können. Auch andersherum ist es möglich: Angesichts einer darbedenden Bevölkerung sind niedrige, nicht kostendeckende Elektrizitätspreise ein treffliches Argument der Elektrizitätshändler, um die Einforderung von Steuerschulden abwehren zu können.“ (Hoffmann/Vincentz 2002: 474)

Dennoch blieb der Regierung längerfristig keine andere Wahl. Die politische Bedeutung der Kohleindustrie nahm in den letzten Jahren ab – die bereits erwähnte Konkurrenz aus Dnipropetrovs'k schwächte die Donbas-Elite. Die Masse der Beschäftigten verlor ihre aus sowjetischer Zeit angestammte privilegierte Position, um deren Erhalt sie nach der Unabhängigkeit gekämpft hatten. Jetzt geht der Kampf um die Begrenzung der sozialen Erosion, mit der das Gefühl der Entwertung der Arbeit einhergeht:

„In 1989, during the first strikes in Donbass, the strikers referred to the prestige of the coal miners that had to be restored and invigorated. Today, such topics have become less important during the strikes, wage arrears and issues of redistribution have become the major concern[...]. Ukraine's coal mining industry has lost much of the influence and privileged position it held during the Soviet period when miners were an ideological untouchable group. The workers have lost their sense of place in society. The diminishing social value of labor, combined with the erosion in the laborer's well being, has resulted in a loss of dignity and sense of purpose.“ (Zimmer 2000: 30)

Letztendlich musste die geschwächte regionale Elite einem Reformprogramm zustimmen.

Zugang zu diesem Netzwerk zu erhalten, ist für Mitglieder lokaler Eliten von entscheidender Bedeutung, um die eigene ökonomische Situation und die ihrer Region zu verbessern. Infolgedessen folgt die Zusammensetzung dieser Verhandlungselite auch nicht demokratischen Wahl- und Kontrollprozeduren, sondern den Entscheidungen lokaler „Clans“ in den einzelnen Regionen. Die regionalen Interessengruppen lassen sich in eine südliche Einheit (Mykolaiv, Cherson, Odessa), eine östliche (Charkiv) und verschiedene Gruppen in Lemberg, Kiev und auf der Krim unterscheiden. Die einflussreichsten Regionen sind aber das Donbas und Dnipropetrovs'k in der Ostukraine. Als die industriellen Zentren des Lands erzeugen sie etwa 45% der gesamten Industrieproduktion des Landes. Beide Regionen haben in der Vergangenheit großen politischen Einfluss auf die Entscheidungen der Zentrale ausgeübt. (Pleines 1998: 367)

---

<sup>153</sup> Die negativen Folgen der wirtschaftlichen Verflechtung und des verzerrten Wettbewerbs können auch der ukrainischen Regierung nicht verborgen bleiben – die meisten Investitionen aus dem Ausland (FDI) und das höchste Wachstum weisen die Branchen auf, die am wenigsten reguliert und von Staatsunternehmen dominiert sind. Nahezu kein FDI findet hingegen in der kapitalintensiveren Industrie statt. (Hoffmann/Vincentz 2002: 472f)

Die ukrainische Regierung besteht im wesentlichen aus Vertretern dieser regionalen Eliten, die sich in wechselnder Zusammensetzung aus den einflussreichsten Regionen rekrutieren. Die ‚Clanstruktur‘ der ukrainischen Eliten sorgt für eine erhebliche Konkurrenz der Gruppen untereinander, die nach der Durchsetzung ihrer Interessen in der Machtzentrale anstreben. Die Elite in Kiev ist dabei nicht nur durch die starke personelle Verflechtung mit den östlichen Regionen gekennzeichnet, sondern auch durch eine hohe Kontinuität von der SU-Zeit her, in der die Moskauer und russische Elite die besten Aufstiegschancen hatte. (Shevchuk 1996: 360ff) Der russische Einfluss auf die ukrainische Elite zur Sowjetära ist demzufolge auch heute noch gegenwärtig:

„In principle, there is hardly a difference between the Kyiv regional elites and those of the Donbas and the Crimea in terms of their social origin, previous life experiences, ideological backgrounds and cultural learnings. According to their identity characteristics (language, culture, convictions, world perceptions, values, and religious beliefs), members of these elites show affinity with either the Russian or the inter-identity“. (Shevchuk 1996.361)

Das beste Beispiel für die Kontinuität der alten Eliten in der unabhängig gewordenen Ukraine bieten die beiden politischen Spitzenpolitiker seit der Unabhängigkeit. Der ehemalige Präsident Krav\_uk und der amtierende Ku\_ma sind beide Angehörige der alten kommunistischen Elite, innerhalb derer sie zwei verschiedene Gruppen repräsentierten. Kravchuk war bis 1989 Chef der Agitation- und Propagandaabteilung der KPdSU, Ku\_ma kam aus dem Industriemanagement. Während die Unabhängigkeit in Estland zu einem Elitenwechsel und einem grundlegenden Wandel der Verteilung von staatlichen Gütern führte, brachten in der Ukraine die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen keinen Elitenaustausch, sondern lediglich einen Wechsel innerhalb der herrschenden Klasse – die Gruppe der kommunistischen Appara\_iki unter Krav\_uk musste der Gruppe der sowjetischen Manager und Technokraten unter Ku\_ma weichen. (Shevchuk 1996: 367; Lakiza-Sachuk/Melnyczuk 1996: 112) Die Nomenklatura des Zentrums steht nicht für parteipolitische oder programmatische Extreme, sondern in erster Linie für den Erhalt ihrer Position und Einflussphäre:

„In both presidential administrations, the former nomenclatura never lost its grip on power, just as representatives of the anti-totalitarian, anti-communist movement were never allowed to exert any influence (beyond the symbolic) on the decision-making process“. (Shevchuk 1996: 357)

In der ‚party of power‘<sup>154</sup>-Elite spielt die ethnische Zugehörigkeit eine untergeordnete Rolle. Die politische Elite war relativ stark russisch beeinflusst und sah nach der Unabhängigkeit keinen Grund, ihre ethnische Zugehörigkeit zu instrumentalisieren. (D’Anieri/Kravchuk/Kuzio 1999: 137)

Gegenwärtig ist Dnipropetrovs’k nach Kiev das einflussreichste Gebiet: Die Gas-, Transport- und Rüstungssektoren dominieren die politische Interessenartikulation der Region. (Lindner 1998: 929) Die Elite aus Dnipropetrovs’k stellt den Präsidenten, den Ministerpräsidenten und zahlreiche Gefolgsleute. Die Elite des Donbas spielte vor und nach der Unabhängigkeit eine zentrale Rolle. Der Streik der Bergleute im Donbas 1989 war ein wesentlicher Grund für den Rücktritt der damaligen reformfeindlichen kommunistischen Regierung. Nach der Unabhängigkeit konnte die regionale Elite, die mit den Gewerkschaften der Kohleindustrie kooperierte, ihre Interessen im Zentrum geltend machen. Die Bergarbeiterstreiks im Sommer 1993 sicherten der Donbas-Elite schließlich wichtige Posten im Machtzentrum Kiev. Um die seit Juni andauernde Streikwelle in der Region zu beenden, war der damalige Präsident Krav\_uk gezwungen, den Vorsitzenden des Donec’ker Stadtrates, Yukhym Zvjahilsky, zum Ministerpräsidenten zu machen und zusammen mit dem Leiter der sogenannten ‚roten Direktoren‘, Valentyn Landyk, dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei, nach Kiev zu berufen. Die Politiker aus dem Donbas überspannten aber den Bogen – 1994 musste Zvjahilsky wegen Korruption und Unterschlagung von seinem Amt zurücktreten. (Pleines 1998: 367)

Diese Entwicklungen brachten die schärfste Konkurrenz des Donbas, den Clan aus Dnipropetrovs’k, in die Schlüsselpositionen dieses klientelistischen Machtkartells alter sowjetischer Schule. Die neue Zentrumsführung aus Dnipropetrovs’k griff in das Elitennetzwerk der Region ein und brach ihr bisheriges Monopol auf die Ressourcenverteilung in der Ostukraine. (vgl. Lindner 1998: 929; Pleines 1998: 369)<sup>155</sup>

Die drei erfolgreichsten Parteien der Donbas-Region sind die Kommunisten, die Liberalen und die Arbeiterpartei. Während die Liberalen den relativ neuen Handel und die Dienstleistungen repräsentieren, wird die Arbeiterpartei von den großen Industrieunternehmen unterstützt. Die Basis der Kommunisten stellt schließlich die zweite

---

<sup>154</sup> Zum Begriff der ‚Party of Power‘ in der Ukraine vgl. a. D’Anieri/Kravchuk/Kuzio 1999: 137.

<sup>155</sup> Als für die Kohleminen des Donbas ein Stilllegungsplan erarbeitet wurde, versuchten die Donbas-Elite über Bergarbeiterstreiks Druck auf die Zentralregierung auszuüben, aber ohne Erfolg – die Regierung machte die Führung in Donbas für die Krise verantwortlich und entließ den Gouverneur von Donec’k. (Pleines 1998, ebd.)

Reihe der alten Nomenklatura und die Beschäftigten des Bergbaus dar. Offensichtlich mangelt es allerdings an einer russophilen Intelligentsia, die sich gegenüber den ukrainisch orientierten Eliten in Kiev behaupten könnte und identitätsstiftend wirken könnte. Die Aktivitäten sind deswegen nicht in erster Linie ethnisch motiviert, sondern orientieren sich stark an der Industrie und der damit verbundenen Klassenstruktur. Die Parteien vertreten nicht die russische Bevölkerungsgruppe, sondern unterschiedliche klientelistische Netzwerke, die sich gegenseitig bekämpfen. (Smith/Wilson 1997: 849)

Der Nutzen des klientelistischen Netzwerks für beide Seiten – Zentrum und Regionen - ist offensichtlich: Die Regionen sind weiterhin auf die zentrale Verteilung der Ressourcen angewiesen, während die Zentralregierung die ökonomischen Interessen der regionalen Eliten selbst dort bedienen muss, wo – wie im Falle der Kohleindustrie – die ökonomische Kontraproduktivität schon offensichtlich ist. Der Osten der Ukraine ist dabei von strategischer Bedeutung: Auf die Wählerstimmen der bevölkerungsreichsten Regionen und die Unterstützung durch die immer noch einflussreichen Lobbies der dort ansässigen Industrie kann kein Präsident verzichten.<sup>156</sup> Zudem sind die einflussreichen Clans der Ostukraine in der politischen Elite des Zentrums fest verankert – insofern bestehen auch direkte personelle Verbindungen, die gleichzeitig gegenseitige Verpflichtung bedeuten.

Aus der Perspektive der Machterhaltung ist es für die Zentrale wichtig, je nach den politischen Umständen entweder nationalistischen Ambitionen der Westukrainer oder ethno-nationalen Forderungen der Ostukrainer nachzukommen. Dafür gibt es vor allem drei Gründe: Erstens wird so die wirtschaftlich zwar nicht so bedeutende, intellektuell aber einflussreiche nationalistische Westukraine in das klientelistische Netzwerk eingebunden; zweitens können mit der nationalistischen Opposition Forderungen aus dem Osten zurückgewiesen werden, die anderenfalls das Machtverhältnis zuungunsten des Zentrums verschieben könnten; drittens wird der Einfluss Russlands auf die Politik in der Ukraine begrenzt. (Janmaat 2000: 69ff)

Beispielhaft wird diese Strategie an der Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft für ukrainische Russen sichtbar. Die Mehrheit der ukrainischen Russen wünschte sich die doppelte Staatsbürgerschaft, weil mit ihr beträchtliche Vorteile verbunden waren: Sie ermöglicht den Besitz, das Erben und den Erwerb von Besitz in beiden Ländern, ermächtigt in

---

<sup>156</sup> Kravchuk hatte sich stärker von der russischsprachigen Ostukraine abgewandt, um im nationalistischen Westen zu punkten. Der nationalistische Rechtsruck wurde bestraft: Die verlorene Unterstützung in der Ostukraine kostete Kravchuk bei den Präsidentenwahlen 1994 den Sieg.



beiden Ländern zur Teilnahme an der Coupon-Privatisierung, erlaubt den Visa-freien Verkehr zwischen beiden Ländern, ermöglicht Steuervorteile (schon allein durch Vereinfachung der Steuerflucht) und erschließt bessere Kontakte zum Heimatland allgemein. (Shevchuk 1996: 361ff)

Die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft teilt die politische Elite der Ukraine. Die Elite des Zentrums lehnt sie ab, während die regionalen politischen Eliten im Donbas und auf der Krim sie in zunehmendem Maße fordern. Ku\_m\_a vertrat vor den Wahlen 1994 eine positive Haltung zur Frage der doppelten Staatsbürgerschaft für die ukrainischen Russen, um sich und den später mit ihm koalierenden Linksparteien, Neo-Kommunisten und Sozialisten die Unterstützung der russischen Wähler des Südens und Ostens zu sichern, die großes Interesse an der doppelten Staatsbürgerschaft hatten. Nach der Wahl schwenkte die ‚party of power‘ um auf eine ukrainische-nationale Position und lehnte die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft ab, um nicht dauerhaft die Unterstützung der Westukraine zu verspielen (Shevchuk 1996: 361).

Aus Sicht der ‚party of power‘ ist dieser Sinneswandel gut nachzuvollziehen. Durch die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft würde die Selbständigkeit der Ukraine und die Machtposition der Regierung gegenüber Russland, das aufgrund seines starken Einflusses auf die ukrainische Regierung bereits als Bedrohung der nationalen Souveränität empfunden wird, massiv eingeschränkt. Unter dem Kalkül der Machterhaltung wäre es für die ansonsten pro-russisch orientierte Regierungselite verheerend gewesen, diese Schleuse zu öffnen, denn sie hätte damit rechnen müssen, dass jeder zweite Ukrainer sich für die zusätzliche russische Staatsbürgerschaft entscheiden würde. Damit wäre Russlands ohnehin schon großer Einfluss auf die ukrainische Politik weiter gewachsen. (Shevchuk 1996: 359f)

Die nationalistische ukrainische Agenda ist demgegenüber ein Weg, die Macht zu erhalten und vor dem Einfluss der russischen Regierung zu schützen. Die Staatsbürgerschaftspolitik der politischen Elite in Kiev ist nicht von der nationalistischen Agenda der Ukraine bestimmt, die der ehemaligen Nomenklatura fernliegt, sondern von der *raison d'état*, der Bewahrung und Konsolidierung der eigenen Macht. Die Forderung der regionalen Eliten im Donbas und der auf der Krim nach der doppelten Staatsbürgerschaft sind in den Augen des Zentrums ein Versuch, die Machtaufteilung mit dem Zentrum neu zu verhandeln und eine weitgehende Kontrolle über die lokalen Ressourcen zu erhalten.

Die herrschende politische Elite verfügt nicht über eine klar definierte ethnische Mehrheit, mit der sie eine Politik gegenüber den russischen Einwohnern verfolgen könnte wie das in Estland der Fall ist. Um ihre Position gegenüber den mächtigen regionalen Eliten des Ostens zu halten, ist für sie die Unterstützung durch die Nationalisten wesentlich. Obwohl ihr Interesse nicht primär eine ‚ukrainische Ukraine‘ ist, entstand in der Machtbalancierung eine Art unfreiwillige Allianz zwischen der Zentrale und den Nationalisten, die in Fragen der Staatsbürgerschaft und der staatlichen Unabhängigkeit übereinstimmen:

„This unlikely alliance with the Ukrainian West and the threat of progressive alienation from the Russian east and south of Ukraine makes the ruling party in Kyiv increasingly more attentive to the nationalist agenda of the Ukrainian parties. The result is a careful balancing act that Kyiv has been performing both under Kravchuk and Kuchma“. (Shevchuk 1996: 364)

Die Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft für regionale und lokale Eliten ist in erster Linie eine politische Strategie, die sehr pragmatische Ziele hat:

„It is a maneuver, to win the electoral support of ethnic Russians and those groups allying with them at both regional and national levels on the issue of citizenship, by whipping and exploiting ethnic and cultural identities. This move would help the elites in the Donbas and other eastern and southern regions to renegotiate more substantial power for themselves. DC [Dual Citizenship, A.d.Verf.] typically goes along with such demands as official status for the Russian language, a federated structure for the Ukrainian state, and closer ties with Russia“. (Shevchuk 1996: 363)

Diese Strategie hat bisher alle politischen Mobilisationsprozesse in der Ostukraine gegen die von der Zentrale immer wieder angedrohte – jedoch nicht mit Nachdruck verfolgte – ‚Ukrainisierung‘ des Bildungswesens und des öffentlichen Sektors (s.o.) motiviert.<sup>157</sup> Hatten die Arbeiter des Donbas und der ganzen Ostukraine 1993 noch für bessere Löhne und Lebensbedingungen gestreikt, richteten sich die Aktionen bald gegen die Sprachpolitik der Regierung:

- Der Kreisrat von Luhansk in der Ostukraine hielt im März 1994 ein Referendum ab, in dem sich 90% dafür aussprachen, Russisch einen offiziellen Status zu geben. Der Gebietsrat in Donec’k beschloss im März 1997, die russische Sprache auf eine Stufe mit Ukrainisch zu stellen. In dem Beschluss wurden auch die lokalen Räte aufgefordert, Russisch als offizielle Staatssprache anzuerkennen. Ku\_ma betonte erneut, dass

---

<sup>157</sup> Vgl. hierzu auch Wilson (1993): Unternehmensmanagement und Arbeiterschaft verfügen nicht nur über die eingangs erwähnten gemeinsamen Interessen, sondern [...]both groups are overwhelmingly Russophone and are likely to react sharply against any Ukrainization proposals coming from Kiev“ (Wilson 1993: 13).

ausschließlich Ukrainisch als Staatssprache anzusehen sei. Dennoch erklärte Donec'k im Juni desselben Jahres Russisch zur offiziellen Sprache in Donec'k. (vgl.a. im folg. Pitsch/Boomgard 2000)

- Linksgerichtete Aktivisten organisierten im August 1998 eine Demonstration in Donec'k, auf der gegen die Proklamation der Unabhängigkeit von 1991 protestiert und die Wiedervereinigung mit Russland und Belorussland gefordert wurde. An der Demonstration beteiligten sich Mitglieder der ostukrainischen ‚Slawischen Partei‘, die sich unter ihrem Vorsitzenden Aleksandr Basiljuk als Vertreterin der Interessen der russischen Bevölkerung in der Ukraine versteht, ferner Kommunisten, Sozialisten, Veteranen des Zweiten Weltkriegs und des Afghanistankrieges, sowie Strahlenopfer aus dem Gebiet von \_ernobyl.
- Im Oktober 1998 organisierte die All-Ukrainische Gewerkschaft zusammen mit der Kommunistischen Partei der Ukraine und der Kiever Abteilung der Sozialistischen Partei einen Protestmarsch auf die Hauptstadt, auf dem ähnliche Forderungen artikuliert wurden (ebd.).

Das ‚Ausspielen der ethnischen Karte‘ in den Aushandlungen zwischen Zentrum und Peripherie birgt allerdings für beide Seiten auch eine Reihe von Gefahren. Verlieren die Lobbies der Gewerkschaften und des Industriemanagements als Vertreter sozialer Belange der Ostukraine an Bedeutung, können sie für die Masse der vom Abstieg bedrohten Arbeitnehmer an Attraktivität verlieren. Die Frustration unter den russischen Arbeitnehmern, die nun den Statusverlust kombiniert mit sozialem Abstieg verkraften müssen, könnte gerade dann im Osten ethnischen Entrepreneuren das Feld erschließen:

„Ethnic Russians, who were relatively more ‚employable‘ than other ethnic groups under the Soviet system, are now experiencing unemployment at the same rate as others. To the extent that they tend to be concentrated in largely obsolete smokestack industries, they may even see themselves as disproportionately at risk. This means that the temptation will present itself for ethnic Russians, and ‚ethnic entrepreneurs‘, to blame their loss of socioeconomic status on the titular nationality. Ethnic mobilization on this issue could pose a very real threat to the integrity of the Ukrainian state“. (Lakiza-Sachuk/Melnyczuk 1996: 123)

Hier könnte eine Konkurrenz zu den etablierten Eliten entstehen, die eine ganz eigene Dynamik entfachen könnte. Die Entmachtung und der Bruch mit den regionalen Eliten und die Durchsetzung umfassender Reformen birgt aber wiederum für das Zentrum die Gefahr, die bisher gesicherte Unterstützung des Ostens zu verlieren.

## **7.4. Kulturelle Nähe oder institutionelle Kontinuität? – Erklärungen für das Ausbleiben ethnischer Mobilisierungsprozesse in der Ukraine**

Abschließend soll hier auf der Basis des in Kapitel 2 vorgestellten Modells eine alternative Erklärung zur Kultur-Differenz-These für das Ausbleiben ethnischer Mobilisierungsprozesse in der Ukraine gegeben werden.

Die Kultur-Differenz-These erklärte den ethnischen Frieden in der Ukraine mit der kulturellen Nähe von Ukrainern und Russen und dem Mangel an einer nationalen Identität der Ukrainer. Wie gezeigt, lassen sich gegen diese Erklärung eine Reihe schwerwiegender empirischer und theoretischer Argumente vorbringen, von denen das wichtigste war, dass diese These den Blick auf die letztendlich für die Entwicklung der ethnischen Beziehungen in einem Land wesentlichen aktuellen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Wandlungsprozesse verstellt. Im folgenden soll eine auf diesen Wandlungsprozessen basierende Erklärung für das Ausbleiben ethnischer Mobilisierung in der Ukraine entwickelt werden.

Geht man von dem in Kapitel 2 beschriebenen Modell aus, dann lässt sich feststellen, dass nicht eine der dort für eine ethnische Mobilisierung genannten Voraussetzungen erfüllt ist. Schon die allgemeinen Ausgangsbedingungen ethnischer Mobilisierung, die Politisierung ethnischer Unterschiede im Kontext staatlicher und gesellschaftlicher Neu- oder Rekonstitutionsprozesse, sind in der Ukraine nicht gegeben. Zwar hat sich das Land für unabhängig erklärt und insofern von einer Sowjetrepublik in eine souveräne Demokratie transformiert. Doch die in den vorangegangenen Kapiteln beschriebenen Prozesse des Wandels des politischen Systems und der politischen Entscheidungsstrukturen machen deutlich, dass hinter dieser „Transformation“ kaum mehr steckt als ein neues Etikett für denselben alten Inhalt. Die Ukraine ist zwar formal keine Sowjetrepublik mehr, faktisch aber funktioniert sie heute noch fast genauso wie vor der Unabhängigkeit. Von einer grundlegenden Transformation und schwachen institutionellen Verfassung des Landes kann jedenfalls keine Rede sein.

Damit könnte die Analyse der weiteren Faktoren des Erklärungsmodells strenggenommen entfallen, doch da das Ziel dieses Kapitels nicht nur ein Ländervergleich, sondern auch der Vergleich zweier Erklärungsmodelle für das gleiche gesellschaftliche Phänomen ist, sollen

hier alle Faktoren überprüft werden.

Der zweite wichtige Faktor ist die (Neu-)Verteilung staatlicher Güter entlang ethnischer Grenzziehungen und die daraus resultierende Formierung politischer Loyalitätsverbände auf ethnischer Basis. Wie gezeigt wurde, erfolgt die Verteilung staatlicher Güter in der Ukraine entlang regionaler Grenzziehungen in einem klientelistischen Netzwerk regionaler Clans. Obwohl regionale und ethnische Differenzierungslinien in der Ukraine sich wie in Estland überdecken, erfolgt keine Ethnisierung der politischen Verteilungsfragen, und es formieren sich demzufolge auch keine ethnisch basierten Loyalitätsverbände. Zwar haben sich auch in der Ukraine neue Parteien gegründet, die teilweise auch eine ethnische Agenda verfolgen, doch spielen sie im politischen System eine zu vernachlässigende Rolle. Entscheidend für das politische Geschehen in Estland ist die Existenz einer ‚Party of Power‘, die alle regionalen und ethnischen Divergenzen im Zentrum des politischen Systems überbrückt und dafür Sorge trägt, dass wechselseitig alle materiellen Interessen der unterschiedlichen Regionen zu einem akzeptablen Ausmaß befriedigt werden und grundlegende Reformen dieses (noch) für alle Seiten gewinnbringenden Systems verhindert. Ethnisierung von Konflikten findet in diesem System primär als Drohgebärde statt. Weder bewirkten die Westukrainer eine Exklusion der Russen von Staat und Gesellschaft, wie die Esten in Estland, noch fordern die Russen der Ostukraine ernsthaft den die Autonomie ihres Siedlungsgebiets oder dessen Anschluss an Russland, noch verfolgt die zentrale ‚Party of Power‘ tatsächlich ernsthaft die den Russen immer wieder angedrohte Ukrainisierung des Ostens oder kommt sie den Wünschen der Russen nach der doppelten Staatsbürgerschaft oder der Zulassung von Russisch als zweiter Amtssprache nach. Vielmehr spielt sie im Interesse des eigenen Machterhalts beide ethnischen Interessenslager immer wieder gegeneinander aus – und balanciert so das ethnische Kräfteverhältnis im Staat aus.

Zwar kann auch für die ukrainische Staatsbürokratie vor der Wende – wie auch für die estnische – eine ethnische Einfärbung durch einen überproportionalen Anteil von Russen konstatiert werden. Doch war dies in der Ukraine kein Anlass zu einem „Kampf um den Staat“ wie in Estland. Man könnte an diesem Punkt argumentieren, dass hier eine Koinzidenz von Kultur-Differenz-These und dem hier favorisierten Erklärungsmodell vorliegt und dieser Kampf um den Staat ausblieb, weil ukrainische und russische Elite sich so ähnlich sind. Dieses Argument muss aus Sicht des hier favorisierten Erklärungsmodells jedoch zurückgewiesen werden. Der entscheidende Faktor, warum sich an diesem Punkt kein

ethnisch basierter Kampf um den Staat entwickelt hat, ist, dass es auf Seiten der Ukrainer keine in ihren Ansprüchen frustrierte Elite gab, die im Schatten der russisch-sowjetischen Hierarchie ihre Chance suchte, ihre Position zu verbessern und die Macht im Staat zu übernehmen. Die in den vorangegangenen Abschnitten dargelegten Fakten zeigen deutlich, dass keine maßgebliche Gruppe in der Ukraine ein positives Interesse an der Gründung eines unabhängigen Nationalstaats hatte.

Angesichts dieser Befunde ist es am Ende dann auch nicht verwunderlich, dass sich in der Ukraine nirgends ein ethnischer Entrepreneur findet. Und wenn es keine in ihren Ansprüchen frustrierte ethnische Elite gibt, die im Interesse einer Verbesserung ihrer Situation für eine Massenmobilisierung der eigenen Ethnie arbeitet, dann gibt es auch kein kollektivierbares Interesse.

## **8. Estland auf dem Weg in die EU: Trendwende in der Ethnopolitik?**

Die Resultate dieser Arbeit sind nicht nur von innenpolitischer Relevanz. Im Falle Estlands, das in der Osterweiterung der Europäischen Union zur ersten Runde der Beitrittskandidaten zählt, sind auch EU-Interessen und -Ziele berührt. Dies betrifft neben konkreten Fragen des Minderheitenschutzes vor allem die Förderung von Demokratie und Kohäsion in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Mehr noch, Solidarität und ein bei aller Vielfalt gemeinsamer Wertekanon, der die normative Ressource von Wohlfahrtsstaat und Demokratie darstellt, soll auch in den Beitrittsländern zur Richtlinie gesellschaftlichen und staatlichen Handelns werden. Abschließend werden deshalb wichtige Aspekte der Integration der ethnisch heterogenen osteuropäischen Staaten in ein ‚gemeinsames Europa‘ diskutiert.<sup>158</sup>

Die Erwartungen an die Integration der osteuropäischen Staaten in die Europäische Union sind in der ost- wie in der westeuropäischen Öffentlichkeit hoch und zugleich mit erheblichen Spannungen verbunden. In den osteuropäischen Ländern ist mit dem Beitritt zur EU nicht nur die Hoffnung auf eine schnellere wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und endgültige Überwindung der staatssozialistischen Vergangenheit verbunden, sondern auch der Traum osteuropäischer Intellektueller von einer 'civil society' spielte im Umbruch eine wichtige Rolle. In den westeuropäischen Ländern wurde von einigen Beobachtern erhofft, dass „der Demokratisierungsprozess in den osteuropäischen Nationen und Nationalstaaten als nachholende demokratische Revolution eine große ‚Chance für die Europäisierung Europas‘ sein könnte“ (Grebing 1995: 210; vgl.a. Habermas 1990), in dem ältere Werte Westeuropas, nämlich die Demokratie „als objektive Technik der Freiheit“ (Grebing 1995: 210) verwirklicht werden und die neu hinzukommenden Staaten sich mithin als Jungbrunnen der Europäischen Wertegemeinschaft erweisen könnten. Die Osterweiterung der Union stellt in diesem Zusammenhang "not just another accession" (Eatwell/Ellman/Karlsson u.a. 1997) dar, sondern soll die gemeinsamen Werte, wie sie im Maastrichter Vertrag festgelegt wurden, neu beleben. Neben der Entwicklung einer sozialen Marktwirtschaft, einer nachhaltigen Umweltpolitik und der gemeinsamen Sicherheit sind die Vertiefung der demokratischen Kultur und die Achtung der Menschenrechte wesentliche Aspekte.

Dieser Auffassung oder Hoffnung wird hier die These entgegen gestellt, dass die

---

<sup>158</sup> Da die Ukraine hinsichtlich der EU-Erweiterung und einer darauf bezogenen Rolle für ein gemeinsames Europa eher randständig ist, beschränkt sich diese Betrachtung auf Estland.

Osterweiterung nicht den erhofften Jungbrunnen der gemeinsamen sozialen und politischen Wertegemeinschaft darstellen kann, sondern hinsichtlich einer Reihe von wichtigen Themen vielmehr zum Prüfstein wesentlicher Grundwerte der Gemeinschaft wird, da sie im Zuge der Osterweiterung in vielen Punkten mit ihren eigenen Unzulänglichkeiten konfrontiert wird. Dies lässt sich am Beispiel Estlands als typischem Vertreter eines ethnisch heterogenen postsozialistischen Beitrittslandes in zwei zentralen Themenfeldern verdeutlichen, erstens dem Zusammenhang von postsozialistischer Nationenbildung und Minderheitenschutz und zweitens den Prinzipien der von der EU betriebenen Regionalpolitik in solchen regional-ethnisch gegliederten Staaten. Zu fragen ist, inwiefern Estland die „normativen Ressourcen“ (Fortsetzungsantrag ES: 15) eines gemeinsamen Europas teilt und welche Interessen und Erwartungen die ethnischen Gruppen Estlands mit dem Beitritt zur Europäischen Union verfolgen und verknüpfen. Dabei ist die Frage der Minderheitenpolitik ein ungelöstes Problem, welches auch auf gesamteuropäischer Ebene nicht als befriedigend geregelt gelten kann. Am Beispiel der EU-Regionalpolitik lässt sich beispielhaft zeigen, welche Barrieren den von der EU unterstützten und erwarteten Veränderungen in den Beitrittsländern in diesen Ländern selbst entgegenstehen, weil die Interessen des Staates und der herrschenden politischen Elite in puncto Minderheitenschutz und demokratischer Teilhabe konträr zu den europäischen Zielsetzungen liegen, da hier prekäre Aspekte der ethnischen Beziehungen berührt sind.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der vorliegenden Arbeit ist es eher unwahrscheinlich, dass der Gedanke eines Europas, dem universalistische Werte als normative Ressourcen von Wohlfahrtsstaat und Demokratie gemeinsam sind (ebd.), von den multiethnischen Staaten Osteuropas auf ihrem spezifischen Weg der Demokratisierung geteilt werden und sich die Hoffnung auf eine Wiederbelebung und Verstärkung der alten Grundwerte (Grebing 1995) erfüllen wird. Im Gegenteil: Im Kontext der estnischen Diskussion wird unter ‚Europäisierung‘ häufig nicht Demokratisierung und gleichberechtigte Teilhabe aller verstanden, sondern der Verlust der nationalen Identität, weil diese sich in einer erzwungenen Assimilierung den großen Nationen anzupassen hat. Ein wichtiger Beitrag der Forschung über Ethnizität und ethnische Konflikte ist gerade die Erkenntnis, dass Ethnisierung und Demokratisierung in multiethnischen Gesellschaften ohne weiteres zusammengehen können (Horowitz 1985), mehr noch: Demokratisierung und Nationalisierung dazu sogar ausgesprochen förderlich sind. Setzt Nationenbildung

„...Themen auf die politische Agenda, die der Verteilungsgerechtigkeit kollektiver Güter und der Gleichheit von Rechten eine besondere Bedeutung für die gesellschaftliche Integration



unterschiedlicher Ethnien verschaffen...“ [stellt] „...Demokratisierung...politische Bedingungen interethnischer Beziehungen her, die durch ein abgesenktes Repressionsniveau politischer Herrschaft gekennzeichnet sind. Demokratisierung kann daher als struktureller Anreiz für ethnische Mobilisierung wirken“. (Neckel 1995:223)

Es ist deshalb nicht nur so, dass Hoffnungen enttäuscht werden können, die auf eine ‚Europäisierung‘ alter Grundwerte durch die Demokratisierung der östlichen Nationalstaaten setzen. Vielmehr spiegelt sich hier eine Politisierung von Ethnizität, die erst mit der Demokratisierung aufbricht. Einmal mehr werden jene Modernisierungstheoretiker enttäuscht, die Demokratisierung und die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien als Garanten für das Verschwinden parochialer, askriptiver Bindungen sehen.

Bürgerliche Freiheitsrechte, politische Partizipationsrechte und soziale Teilhaberechte (Marshall), die Zugangsvoraussetzung zu den Sozialgütern einer Gemeinschaft – Sicherheit, Wohlstand, Ehre, Ansehen, Ämter und Macht (Walzer) sind in Estland der estnischen Ethnie auf Kosten der russischen zuerkannt worden. Dabei spielt der Umgang mit ethnischen Minoritäten, etwa in der Frage des Minderheitenschutzes, eine wesentliche und gleichermaßen spannungsreiche Rolle. In der vorliegenden Arbeit wurden primär die Forderungen der westeuropäischen Institutionen und Staaten hinsichtlich der Minderheitenbehandlung in den Vordergrund gerückt. Dabei soll aber nicht vergessen werden, dass auch in den alten Mitgliedstaaten der EU klare Bekenntnisse zu einem gemeinsam geregelten Minderheitenschutz fehlen. Die Distanzierung von einer solchen Regelung wird dort besonders deutlich, wo das Selbstverständnis des Staates berührt ist - soll der Staat allein über den Status und die Integrationsmodi seiner Minderheiten bestimmen, oder soll verbindlich auf supranationaler Ebene die Sicherung der Grundrechte überwacht werden? (vgl. Kirpal 1998). Diese Fragen sind auch in den alten Mitgliedstaaten umstritten und hier soll nicht der Eindruck erweckt werden, dass sich allein in Osteuropa Nationalstaaten gegen einen Souveränitätsverlust sträuben. So wird auch in Frankreich die Abgabe von Kompetenzen und die "Eurokratie" gefürchtet und als Bedrohung der nationalen Identität gesehen (Ruge 2002). Um so schwieriger erscheint es, an die Kandidatenländer die Forderung zu richten, ihre Minderheiten nach den Vorstellungen von OSZE oder Europarat zu behandeln. Zumindest ist zu befürchten, dass nach dem Vollzug des Beitritts der zehn Kandidatenländer im politischen Diskurs über die gesellschaftliche Weiterentwicklung der Union mittelfristig diese Forderung mehr und mehr an Legitimität verlieren wird. In den vorangegangenen Abschnitten konnte gezeigt werden, dass auch die generell auf den EU-Beitritt orientierte politische Elite gerade in den brisanten Fragen der Minderheitenpolitik

letztendlich wenig Kompromissbereitschaft zeigt. Zwar sind vordergründig die Ermahnungen der zukünftigen europäischen Partner, die russische Minderheit einzubinden, gehört und beherzigt worden, der größte Teil des Integrationsprogramms und der Sprach- und Staatsbürgerschaftspolitik können jedoch kaum von dem politischen Willen dazu überzeugen.<sup>159</sup> Die Zeugnisse der OSZE-Mission in Tallinn (Birckenbach, Zimmermann) zeigen, dass sich gerade in dieser Frage wenig bewegt, letztendlich auch das Integrationsprogramm wenig mehr sein kann als die unverbindliche Anerkennung, dass es auch eine staatliche Verantwortung gegenüber der russischen Minderheit gibt.

Es bleibt festzustellen, dass die Probleme zwischen den ethnischen Gruppen Estlands zwar nicht gelöst, die internationalen Einflussmöglichkeiten jedoch weitgehend erschöpft sind. Ein Diskussionsbeitrag von Georg Brunner in der Zeitschrift "Osteuropa" zeigt auch auf wissenschaftlichem Terrain die Unsicherheit, wie das Problem ethnischer Spannungen in Osteuropa zu lösen sei (Brunner 2002): In einer Replik auf einen zuvor erschienenen Artikel von Sabine Riedel (2002) kritisiert Brunner ihre Forderung nach Minderheitenrechten, die kollektiv auf die Integration in die Mehrheitsgesellschaft abzielen. Beide Autoren teilen die Auffassung, dass das europäische Recht und die Minderheitenpolitik der EU wenig Anhaltspunkte für eine minderheitenpolitische "Gesamtkonzeption" biete, aus denen einheitliche Handlungsmaßstäbe entwickelt werden könnten. Zu Recht weist er in Abgrenzung zur der Position von Riedel darauf hin, dass die von ihr geforderte möglichst umfassende Integration ethnischer Minderheiten nicht unbedingt die beste Möglichkeit darstellt, das Ziel des Minderheitenschutzes zu erfüllen, nämlich die Gewährleistung der Möglichkeit, als Minderheit die eigene kulturelle Identität zu erhalten und zu pflegen. Ist die vollständige Integration, die leicht einem Assimilierungszwang nahekommen kann, keine geeignete Lösung, erscheint Brunners Alternative jedoch als die normative Forderung nach einer "freiheitlichen Grundeinstellung" eines demokratischen Rechtsstaates, der die Möglichkeit zur minoritären Identitätspflege gewähre. Dabei setzt er jedoch die formale Gewährleistung von Minderheitenrechten mit deren sozialer und politischer Realisierung in der Gesellschaft gleich. Dies wird deutlich, wenn er gerade Estland in Fragen des Minderheitenschutzes als "vorbildlich liberal" (Brunner 2002: 223) identifiziert. Die Gleichsetzung von Norm und Realität erscheint zu einfach, um dem komplexen Problem der

---

<sup>159</sup> Wenn auch von Seiten der EU die Integrationsleistungen Estlands offiziell als erfolgreich beurteilt werden, zeigt das Urteil von Experten aus und um die OSZE-Mission, dass die Integrationsstrategien nicht ausreichen, um die Situation der Minderheit nachhaltig zu verbessern und dass die politisch Verantwortlichen nur zu oft daran auch kein Interesse haben (vgl. Kap. 3).

Anerkennung, Durchsetzung und des Schutzes von Minderheitenrechten gerecht zu werden, und sie führt zu teilweise fatalen Schlussfolgerungen über das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit in einem Staat. So schließt Brunner, dass die Minderheit in Estland keinen Gebrauch von ihren personalautonomen Rechten macht, weil sie schlicht kein Interesse daran hat oder dazu nicht in der Lage sei (ebd.), was dann ebenfalls – dieser Schluss wird zumindest nahegelegt - zu akzeptieren ist. Fatal an dieser Schlussfolgerung ist, dass sie letzten Endes immer die Minderheit für die Realisierung ihrer Rechte verantwortlich macht, während er Staat und Gesellschaft nur in zweiter Linie in diese Verantwortung nimmt. Brunners Argumentation eröffnet jedem Staat, der mit dem Problem des Minderheitenschutzes konfrontiert ist, die Möglichkeit, entsprechende Gesetze zu erlassen, die diesen Schutz formal gewähren, aber auf der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ebene keine Voraussetzungen oder sogar Hindernisse für eine tatsächliche Umsetzung dieser Regelungen zu schaffen.

*Wie neue regulative und institutionelle Problemlösungskapazitäten gegenüber dem Problem ethnischer Konflikte aussehen könnten, muss als offene Frage betrachtet werden, für die momentan niemand eine Lösung hat. Das Beispiel der USA zeigt, dass auch die Politik der "affirmative action" nicht zu einer Überwindung ethnischer Segregation, sondern zu ihrer Verselbständigung und Instrumentalisierung zu Lasten der Integration und zugunsten der Autonomisierung und fortschreitender gesellschaftlicher Abspaltung vieler einzelner Gruppen geführt hat. Gleiches gilt für das Beispiel der sowjetischen Nationalitätenpolitik, die statt zu einer Überwindung ethnischer Grenzziehungen ebenfalls eher zu deren Verfestigung im Bewusstsein der Menschen und zu ihrer Instrumentalisierung als entscheidendes Verteilungskriterium in der Distribution staatlicher und ökonomischer Ressourcen und Leistungen beigetragen hat.*

Auf der politischen Ebene finden sich ebenfalls keine verbindlichen Antworten: Hier rächt sich nach Meinung von Experten, dass es auf gesamteuropäischer Ebene trotz der Bemühungen des Europarates keine Verrechtlichung des Minderheitenschutzes gibt, auf die man sich berufen könnte. (Thiele 1999; Brusis/Janning 1998)<sup>160</sup> Wenn auch festgestellt wird,

---

<sup>160</sup> Bisher ist auf europäischer Ebene das Zusatzprotokoll zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950 in Ausarbeitung und dies bislang ohne abschließenden Erfolg (Thiele 1999: 94). Im wesentlichen wurden in Minderheitenfragen ansonsten zwei Ergebnisse erzielt: 1. Die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen vom 5. November 1995 sowie 2. Das Europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten vom 1. Februar 1995. Dieses Übereinkommen räumt den einzelnen Staaten einen großen Ermessensspielraum ein und schwächt durch eine Vielzahl dehnbarer Klauseln wie "soweit wie möglich" und "im Rahmen der nationalen Gesetzgebung" die Wirkung erheblich ab. (vgl. Thiele 1999: 97) Auch von Seiten des Europaparlaments wurde Kritik laut, dass das Rahmenübereinkommen im Wortlaut wenig aussagekräftig und eine Ausarbeitung des Zusatzprotokolls von 1950 wünschenswert sei(ebd.) Nach Ansicht von Brusis und Janning verhinderten ungelöste Konflikte in den alten Mitgliedstaaten einen weitergehenden Aquis Communautaire der Minderheitenrechte, die nun auch in Hinblick auf Osteuropa den Handlungsspielraum einschränken: "So nachvollziehbar die Gründe sein mögen - die EU hat eine Chance vergeben, minderheitenrelevante institutionenpolitische Vorgaben für ihren eigenen Integrationsprozeß sowie für die Integrationsbereiten Staaten Mittel- und Osteuropas zu vereinbaren. So bleibt der der Europa-Politik nur, die Regelung ethnopolitischer Konflikte zur Voraussetzung für den Beitritt zu machen". Brusis/Janning 1999: 5)

dass die Minderheitenrechte in Estland keineswegs als gesichert gelten können (Thiele 2002), gibt es dennoch keine Handlungsmöglichkeiten, weil Estland durchaus in Übereinstimmung mit internationalem Recht handelt (ebd.). So wird auch die langjährige Verhandlungsbarriere des Minderheitenschutzes und der Minderheitenpolitik neuerdings als im Trend positiv beurteilt: Zwar wird noch von Seiten der Europäischen Kommission das schleppende Einbürgerungstempo der russischen Einwohner moniert und eine Beschleunigung des Naturalisierungsprozesses gefordert, damit für Nicht-Esten bessere Integrationschancen in die estnische Gesellschaft gewährleistet seien (vgl. Pettai 1998), generell habe Estland aber die Empfehlungen der OSZE im Bereich Staatsbürgerschaft und Naturalisierungsprozess erfüllt (Human Rights in the OSCE Region. Report 2001:122). Ebenso wird das 2000 aufgelegte Integrationsprogramm etwa von dem „UN Committee on the Elimination of Racial Discrimination“ (CERD) als positiver Schritt in der Minderheitenfrage gewertet (ebd.), wie auch die Abmilderung des Sprachgesetzes durch den Beschluss des Parlamentes im Jahr 2000 (vgl. Kap.3).

Insgesamt bleiben jedoch die verschiedentlichen Ermahnungen und das Unbehagen der Experten vor Ort, dass die Probleme nicht wirklich gelöst sind. Diese für die Menschen vor Ort, insbesondere für die Angehörigen der russischen Minderheit, täglich erfahrbare Tatsache determiniert wesentlich die Einstellungen der ethnischen Gruppen zum europäischen Integrationsprozess. Die politische Elite Estlands, die die Transformation in vergleichsweise harmonischer Einigkeit bewältigte und die angemahnten Veränderungen hinsichtlich der Minderheitenfrage offiziell anging, steht nahezu geschlossen hinter dem EU-Beitritt, wenn auch in letzter Zeit einige Skeptiker für einen späteren Beitritt (etwa 2015) votieren (Berg 2002). Die Geschlossenheit der Haltung der politischen Elite zeigt sich auch darin, dass sich in der Parteienlandschaft bisher keine nennenswerte Gruppe gibt, die sich als EU-Skeptiker profiliert<sup>161</sup>.

Anders sieht das Bild dagegen aus, wenn die Bevölkerung insgesamt betrachtet wird. Auch hier zeigen sich ethnisch differenzierte Erwartungen, Befürchtungen und Hoffnungen in Bezug auf den EU-Beitritt, die die Zukunft des estnischen Staates ganz erheblich betreffen könnten. In dem Maß, in dem Estland in den Verhandlungen zum EU-Beitritt die schwersten Hürden nimmt, wächst bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung im Land die Europa-

---

<sup>161</sup> Dies etwa im Gegensatz zu Polen, wo sich bereits verschiedene politische Gruppen gegen einen EU-Beitritt stark machen (vgl. Nalewaiko 2002). Dieser Aspekt wird später im Text noch einmal aufgegriffen.

Skepsis. Wie in anderen osteuropäischen Transformationsstaaten ließ auch in Estland nach anfänglicher euphorischer Zustimmung zum EU-Beitritt die Begeisterung allmählich nach. Nach Umfragen von Saar Poll 2000 sank die positive Einstellung zur EU von 1991 bis 2000 kontinuierlich (Järve 2002:250). Im Mai 2000 standen 42% Befürwortern immerhin 33% Gegner des EU-Beitritts gegenüber (Järve 2002:249), nach einer von EMOR durchgeführten Umfrage vom Juni desselben Jahres ist der Unterschied sogar noch geringer – 49% der Esten sprachen sich danach für, 41% gegen den Beitritt aus (Berg 2002:118).

Generell befürworten die sozial besser Gestellten Estlands den Beitritt in weitaus stärkerem Maße als die sozial Schwachen des Landes.<sup>162</sup> Unter führenden Angestellten oder Selbständigen, die sich im Schnitt auch als ausreichend informiert empfinden, ist die Zustimmung deutlich höher als unter denjenigen, die ihre Existenz grundsätzlich gefährdet sehen. Diese Gruppe fühlt sich auch schlecht über die EU und die Beitrittsverhandlungen informiert.<sup>163</sup>

## **8.1. Ethnisch differenzierte Erwartungen an den EU-Beitritt: estnische Vernunftehé oder russische Liebesheirat?**

Stärker noch als die sozialen Differenzierung in der Haltung zur EU sind die ethnischen. In den Hoffnungen und Ängsten, die mit dem Eintritt in die EU verbunden werden, zeigt sich jenseits der unterschiedlichen Positionen verschiedener sozialer Schichten eine noch klarere Trennung nach ethnischer Zugehörigkeit – Russen und Esten nehmen grundsätzlich unterschiedliche Positionen zum EU-Beitritt ein.

Kennzeichnend für einen großen Teil der estnischen Bevölkerung ist erstens eine grundlegende Aversion gegen eine neue ‚Bürokratie‘, die den staatlichen Rahmen sprengt und Abhängigkeiten von einer supranationalen ‚Zentrale‘ erzeugt, an die ein Teil der gerade

---

<sup>162</sup> Innerhalb der letzteren Gruppe gibt es allerdings eine Differenz: Nach den im EHDR 1998 präsentierten Umfrageergebnissen erwarten sich ältere Beschäftigte, deren Rentenalter in die Nähe rückt (50+) eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse durch einen EU-Beitritt (80% der Gruppe der über 50jährigen befürwortet den Beitritt), während die jetzigen Pensionäre zu einem erheblichen Anteil (40%) fürchten, in diesem Fall zu den Verlierern zu zählen (EHDR 1998:81) und durch den neuen Wettbewerb an den Rand gedrängt zu werden.

<sup>163</sup> Dem Informationsmißstand versucht die estnische Regierung seit einiger Zeit mit dem ‚National Programme for the Adoption of the Aquis: 2000‘ zu begegnen, das die Bevölkerung über den geplanten EU-Beitritt besser informieren soll (Järve 2002:249).

erst mühsam erstrittenen Souveränität wieder abgegeben werden müsse. (Järve 2002: 251) In der Erinnerung kann Brüssel leicht durch Moskau, die Europäische Union durch die Union Sozialistischer Sowjetrepubliken ersetzt werden:

„The most frequently asked question here is: ‚We have just escaped from one union, why should we immediately join another one?‘ (Järve 2002: 251)

In diesem Zusammenhang scheint es natürlich, dass nur 26% der Esten ein Mitspracherecht von EU-Vertretern in estnischen Angelegenheiten befürworteten.

Zweitens existiert die Angst, die nationale Souveränität einzubüßen. Die Sanktionen der EU gegenüber Österreich haben in der estnischen Bevölkerung einen ausgesprochen negativen Eindruck hinterlassen. Nur 12% der Esten bewerteten die Sanktionen positiv. Diese Ereignisse haben in Estland Befürchtungen verstärkt, dass die nationale Souveränität gerade der kleinen Länder in der neuen Union durch einen Prozeß der ‚Europäisierung‘ gefährdet sein könnte.<sup>164</sup> Dabei wird der Terminus der ‚Europäisierung‘ mit einer Bedrohung der nationalen Identität gleichgesetzt: Gerade ein kleiner Staat wie Estland mit seiner spezifischen kulturellen Identität erscheint bedroht, weil er zur Assimilierung in einem ‚Superstaat‘ gezwungen werde, in dem sich die mächtigsten Nationen durchsetzten. Für eine noch kleine ‚Nein zur EU‘-Bewegung<sup>165</sup>, die sich gleichzeitig gegen Effekte der Globalisierung wie Massenkultur und oder etwa die Internationalisierung der estnischen Wirtschaft wendet, besteht die Alternative zum EU-Beitritt und der Aufnahme globaler Trends in einer sich selbst erhaltenden Ökonomie und politischen Neutralität, die Estland als geopolitische Pufferzone zwischen Russland und Europa etablieren könne und gleichzeitig den ‚Estonian way of life‘ sicherte (Berg 2002:119). Der Aspekt der Absicherung der nationalen Existenz ist für den estnischen Teil der Bevölkerung offensichtlich essentiell: Die Angst vor dem Verlust der staatlichen Souveränität durch einen EU-Beitritt ist für die Esten sehr präsent. Für nur 34% von ihnen hätte das persönliche Wohlergehen angesichts einer potentiellen Gefahr, die staatliche Souveränität einzubüßen, Priorität.

---

<sup>164</sup> Nach den Umfrageergebnissen von Saar Poll im Mai 2000 änderten 15% der estnischen Bevölkerung und 9% der Nicht-Esten aufgrund der Sanktionen ihre Meinung gegenüber der EU (Järve 2002:246).

<sup>165</sup> Diese Bewegung wird von kleinen, außer-parlamentarischen Gruppierungen wie der Estnischen Partei der Christen, der Estnischen Republikanischen Partei oder der Estnischen Unabhängigkeitspartei getragen (Berg 2002:119).

Diesen Befürchtungen stehen in der estnischen Gesellschaft allerdings auch klare Vorstellungen über die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft gegenüber: Erstens wird die EU als Garant in sicherheitspolitischer Hinsicht angesehen. Da die Aufnahme in die NATO nicht sofort möglich ist, wird die EU-Mitgliedschaft als Alternative verstanden (Järve 2002: 244f; vgl. a. EHDR 1998: 78), durch welche die nationale Unabhängigkeit gegenüber dem großen Nachbarn Rußland abgesichert werden kann. Hier wird von der EU deutlich die Absicherung des gerade erst wieder erstandenen estnischen Nationalstaates erwartet.

Zweitens erhofft man sich eine Verbesserung der ökonomischen Situation. Da Estland mit 1,4 Millionen Einwohnern ein kleines Land ist, dessen Probleme rein quantitativ und aufgrund der ernstesten Reformanstrengungen bisher überschaubar bleiben, hofft man auf die Bereitschaft der EU, zur wirtschaftlichen und öffentlichen Entwicklung des Landes beizutragen. Die Chancen, außerhalb der EU zu bestehen, werden zudem als gering eingeschätzt.

Die russische Minderheit Estlands hat eine deutlich positivere Einstellung gegenüber der EU und dem geplanten Beitritt: Die Unterstützung des EU-Beitritts fällt im Schnitt 10-15% höher aus als bei den Esten. (Berg 2002: 115) Kennzeichnend für den russischen Teil ist erstens die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Existenzbedingungen allgemein: In den Umfragen steht für sie die Sicherung und Verbesserung der persönlichen Existenzbedingungen durch die EU-Perspektive vor einem möglichen Verlust staatlicher Souveränität. 74% der Nicht-Esten gaben dem Wohlergehen Priorität. Zweitens zeigt sich eine positive Haltung der russischen Bevölkerung zur Einschränkung der staatlichen Souveränität durch die Europäische Union: Immerhin 40% befürworteten ein Mitbestimmungsrecht von EU-Vertretern in estnischen Angelegenheiten (26% der Esten).<sup>166</sup> Drittens sind die Russen in Estland mit ihrer Situation generell unzufrieden und hoffen auf eine Verbesserung durch den EU-Beitritt. Dies zeigt sich deutlich in der Einschätzung von 43% der Nicht-Esten, dass Estland in Fragen der staatlichen Minderheitenpolitik von der EU lernen könne. (Järve 2002: 252) Diese Ergebnisse deuten deutlich darauf hin, dass für den russischen Teil der Bevölkerung die Mitgliedschaft in der EU Kompensation und Ausgleich für die Diskriminierungen nach der Bildung des neuen estnischen Staates schaffen soll:

„They perceived the European Union as a factor developing a political regime under which all residents in Estonia could receive equal status via European citizenship, and would consequently be freed from their exclusionary alien status. Estonians, on the other hand, had

---

<sup>166</sup> 26% der Nicht-Esten befürworteten die Sanktionen gegenüber Österreich, aber nur 12% auf estnischer Seite.

high expectations regarding the EU role in providing security guarantees, both domestic and foreign“ . (Berg 2002: 114)

Wie realistisch diese Hoffnung ist, sei dahingestellt<sup>167</sup> - sicher ist zumindest, dass die estnischen Russen im Gegensatz zur Gruppe der Esten im EU-Beitritt keine wesentliche Bedrohung der Sprache, Kultur oder der nationalen Souveränität<sup>168</sup> sehen. Im Gegenteil – als ethnische Minderheit konnten sie bereits die Erfahrung machen, dass supranationale europäische und internationale Organisationen ihre Situation verbessern und ihnen in einem gewissen Umfang mehr Gewicht im ungleichen Verhältnis zur Titularethnie verleihen konnten. Die OSZE und ihr Hochkommissar, der Europarat, sowie einzelne Länder unterstützten den Integrationsprozess durch diplomatische Interventionen, Auflagen an die estnische Regierung oder die Finanzierung von Sprachkursen. (vgl. Järve 2002: 252) Ihre im Vergleich zu den Esten ungünstigere Ausgangslage als oft immer noch Staatenlose und am Arbeitsmarkt Benachteiligte macht die Integration in die EU für sie besonders attraktiv:

„Non-Estonians obviously prefer to be citizens of Europe to belonging to a minority in a small country , where they have already had to assert their rights for almost a decade“ . (Järve 2002: 252)

Neben der Verbesserung der Existenzbedingungen als Minderheit in Estland mag auch die Abwanderung in die entwickelteren EU-Mitgliedstaaten gerade für die mobilen Jüngeren innerhalb der Minderheit eine Option sein – die stärkste Unterstützung des EU-Beitritts überhaupt findet sich jedenfalls in der Gruppe der jungen, städtischen Nicht-Esten mit Universitätsabschluss (Saar Poll zit. nach Järve 2002: 251). So bestätigte sich auch im Expertengespräch, dass gerade für hochqualifizierte Arbeitskräfte unter der russischen Bevölkerung Westeuropas bessere Arbeits- und Lebensbedingungen attraktiv seien, zumal die estnische Transformation nicht immer so erfolgreich sei, wie sie auf den ersten Blick scheine. Im Endeffekt sei es für die Russen im Lande leichter, Europäer als estnische Staatsbürger zu werden (Interview m. d. Verf v. 14.03.01).

---

<sup>167</sup> Hoffnungen auf die Europäische Staatsbürgerschaft können sich zumindest nur diejenigen machen, die im Falle des Beitritts Estlands die estnische Staatsangehörigkeit besitzen – in den Genuss der Unionsbürgerschaft, die u.a. das Recht auf Freizügigkeit und aktives und passives Recht bei Kommunalwahlen einschließt, kommt schließlich nur, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaat besitzt. Die Unionsbürgerschaft ergänzt die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht („Rechte der Bürger – die Unionsbürgerschaft und daraus abgeleitete Rechte“ 2001 [http://europa.eu.int/abc/cit3\\_de.htm](http://europa.eu.int/abc/cit3_de.htm)).

<sup>168</sup> Ein Experte: „Die Russen hegen hier auch keine Befürchtungen, daß sie ihre nationale Identität oder ihre Kultur verlieren könnten - sie müssen nur das Fernsehen einschalten und sie haben Moskau 1, 2 und 3 per Satellit. Sie werden immer mit ihrer Kultur und Sprache verbunden bleiben“ . (Interview m. d. Verf. V. 09.03.01)



Die hier nur im Trend wiedergegebenen Positionen zur EU und dem Beitritt Estlands machen v.a. eines deutlich: Die estnischen Erwartungen an den supranationalen Staatenbund sind Schutz ihres Nationalstaats, ihrer Souveränität sowie die wirtschaftliche Einbindung und Unterstützung der estnischen Ökonomie. Einschränkungen dieser Souveränität, sei es durch Brüsseler Bürokratie oder durch politische Sanktionen wie im Falle Österreichs, werden mit Besorgnis registriert, bisher offensichtlich aber noch angesichts des sicherheitspolitischen Kalküls und der wirtschaftlichen Aussichten als kleineres Übel bewertet. Diese Balance ist aber prekär: Aus den Umfragen wird auch deutlich, dass ein großer Teil der Esten die Souveränität als höchstes Gut einschätzen, welches nicht in jedem Fall für den Beitritt aufs Spiel gesetzt werden sollte.

Sieht die russische Minderheit (wenn auch noch diffus) hier eine Chance, durch die Europäische Union Unterstützung sowohl bei ‚Abwanderung‘ wie auch bei ‚Widerspruch‘ zu finden, scheint für die estnische Regierung nach einigen Zugeständnissen hinsichtlich der Sprach- und Staatsbürgerschaftsregelungen der Wille zu weiteren Zugeständnissen (vorerst zumindest) erschöpft.

## **8.2. Estland vor den Anforderungen der EU-Regionalpolitik**

Die über die Verfolgung ökonomischer Ziele hinausgehende Realisierung gemeinsamer Wert- und Zielvorstellungen, verstanden als Vorstellung von einer gerechten und sozial ausgewogenen Gesellschaft mit steigendem Lebensstandard, kurz: eines 'europäischen Gesellschaftsmodells', drückt sich jedoch nicht allein in der Minderheitenfrage aus. So kommt auch und gerade der Unterstützung der Regionen in der Europäischen Union darin eine wichtige ideelle Funktion zu.

Bei der Analyse des von der estnischen Regierung aufgelegten Integrationsprogramms (vgl. Kap. 3) wird deutlich, dass der Förderung besonders betroffener Regionen, hier insbesondere der Förderung der nordöstlichen Provinz Ida-Virumaa, kein besonderes Augenmerk gilt, und dies, obwohl anerkanntermaßen dort die Bevölkerung von den wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der Transformation am härtesten getroffen wurde.

Das Grenzgebiet ist jedoch auch wegen des östlichen Nachbarn ein Problem. Zunächst gibt es zwischen Estland und Russland durch den bisher nicht zustande gekommenen Grenzvertrag

erhebliche Verstimmungen. Bisher gibt es keinen kleinen Grenzverkehr, die Visa-Bestimmungen sind kompliziert und der an beide Staaten grenzende Peipussee ist ein permanentes Konfliktthema. (Kempe/v.Meurs/v.Ow 1999: 16)

Dennoch finden sich auf regionaler Ebene Kooperationsversuche, die vor Ort von beiden Seiten nicht nur positiv bewertet werden, sondern auch als frei von Hegemonieansprüchen und politischen Vorbehalten angesehen werden. Dort, wo durch die neuen Grenzen verwandtschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen abgeschnitten wurden und zusätzlich durch die allgemeine Strukturschwäche der Grenzregionen die Last der Alltagsprobleme wächst (ebd.), ist das Interesse an einvernehmlicher praxisorientierter Zusammenarbeit groß und die Identifikation mit der jeweiligen nationalen Politik gering: „Vielmehr versuchen die regionalen Entscheidungsträger in Pskov, Tartu, Ivangorod oder Narva administrative und technische Lösungen für konkrete Einzelfragen zu finden“. (Kempe/v.Meurs/v.Ow 1999: 16)

Diesen Bemühungen stehen auf nationaler Ebene erhebliche Vorbehalte gegenüber. Die Möglichkeiten zur Kooperation werden in Tallinn als minimal bis negativ eingestuft. Diese pessimistische Einschätzung ist nicht verwunderlich, da nicht weniger als eine allgemeine politische Stabilisierung Russlands als Voraussetzung für die Aufnahme kooperativer politische Beziehungen angesehen wird:

„Als Minimalvoraussetzung formulieren estnische Analytiker die Stabilisierung des russischen Transformationsprozesses und der innenpolitischen Situation in Rußland insgesamt“. (Kempe/v.Meurs/v.Ow 1999: 17)

Estland hat nicht nur in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht den Bruch mit der ehemaligen Hegemoniemacht Russlands vollzogen und enge Verbindung zu Nord- und Westeuropa gesucht. Kempe, v. Meurs und v.Ow zeigen, dass entgegen dem Interesse der EU an dem Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur die osteuropäischen Beitrittskandidaten keineswegs die Absicht hegen, qualitativ neue Beziehungen zur russischen Föderation aufzubauen. (Kempe/v.Meurs/v.Ow 1999: 26)

Trotz der einseitig westwärts orientierten Politik auf der nationalen Ebene Estlands und der gespannten politischen Lage zwischen den beiden Ländern besteht auf regionaler Ebene beiderseits der Grenzen ein großes Interesse am Ausbau bzw. der Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen. Dabei sind die Akteure vor Ort aber auf ihre eigenen mageren

Ressourcen verwiesen - die regionalen Bemühungen werden von Tallinn nicht unterstützt, und auf russischer Seite sind die Beziehungen zwischen Regionen und Zentrale kaum funktionsfähig. Vorreiter einer grenzüberschreitenden Kooperation sind vor Ort die Handelskammern, die, so die Prognose von Kempe et al., auf längere Sicht Kooperationen auch auf politischer Ebene erzwingen könnten (ebd.). Auch die Umweltschutzinitiative "Lake Peipus" ist grenzüberschreitend aktiv. (Kempe/v.Meurs/v.Ow 1999: 50)<sup>169</sup>

Das mangelnde Interesse an einer Förderung der regionalen Grenzförderung ist dabei nicht allein auf die schlechten nachbarlichen Beziehungen zurückzuführen. Die Regionalisierung, verstanden als eine Reformierung der Regionalverwaltung und als die damit verbundene Dezentralisierung von Ressourcen und Kompetenzen, spielte ganz allgemein im Umbau der staatlichen Strukturen in Estland wie auch in den übrigen Beitrittsländern eine untergeordnete Rolle. Die Transformierung konzentrierte sich zunächst auf die demokratische Legitimierung der nationalen Parlamente und der Zentralverwaltung und auf die Etablierung einer funktionierenden kommunalen Selbstverwaltung. (Kempe/v.Meurs/v.Ow 1999: 37) Erst in den letzten Jahren wurden Reformen der Regionalverwaltungen in die Wege geleitet. Für diesen relativ späten Zeitpunkt gibt es verschiedene Gründe. Zum einen fehlte vielfach die regionale Ebene als Schnittstelle zwischen nationaler und kommunaler administrativer Ebene oder war nicht in der Lage, diese Funktion nach beiden Seiten wahrzunehmen; zum anderen gilt die regionale Ebene auch in personeller Hinsicht als Problem, da sich hier eine reformresistente alte Nomenklatura am längsten halten konnte. Auch ideell ist die Stärkung der regionalen Ebenen für die ehemaligen Ostblockstaaten problematisch, betrachten sie sich doch primär als "nationalen Einheitsstaat, nicht nur im ethnischen, sondern auch im regionalen Sinne" (Kempe/v.Meurs/v.Ow 1999: 37), was sich auch in den institutionellen Vertretungsstrukturen widerspiegelt: Nur Tschechien und Polen verfügen über einen Senat, in dem die Abgeordneten regionale Interessen auf nationaler Ebene vertreten (ebd.). Die Autoren weisen in diesem Zusammenhang zu Recht darauf hin, dass mit einer Stärkung der regionalen Selbstverwaltung (im Gegensatz zur Reform der kommunalen Selbstverwaltung) ein erheblicher Kompetenzen- und Ressourcentransfer einher gehen würde. Die Vorgaben für den EU-Beitritt, nämlich die Einführung von mindestens drei Verwaltungsebenen, wiegt hier um so schwerer, da der regionalen Ebene dabei die Aufgabe zugedacht wurde, die Mittel aus den EU-Strukturfonds zu verteilen und zu verwalten. Im Falle Estlands würde dies nicht nur das

---

<sup>169</sup> Der Kreis Ida-Virumaa hat überdies versucht, für den Zeitraum 1998 - 2000 einen Regionalen Entwicklungsplan aufzustellen. Ziel des Planes war der Ausbau der Handels- und Dienstleistungsfunktion beim erwarteten Transithandel zwischen Westeuropa und Russland. Der Stand der Umsetzung der Pläne ist jedoch gering. (Raagma 2000)

Selbstverständnis als nationaler Einheitsstaat berühren, sondern auch einer ethnisch nahezu homogen russischen Region wie dem Nordosten, die überdies Grenzregion ist, erhebliche Ressourcen und Kompetenzen zugestehen, die von der Zentralregierung nicht kontrollierbar wären. So kommt auch Meurs (1999) zu dem Schluss, dass das geringe Interesse der estnischen Zentralregierung an einer regionalpolitischen Förderung Ida-Virumaas ethnisch motiviert ist.

Die bisherigen Reformbemühungen bestätigen diese Annahme: Von Seiten der Europäischen Union werden die bisherigen Reformbemühungen hinsichtlich der Einrichtung einer regionalen Selbstverwaltung Estlands als ungenügend kritisiert. Seit der zweiten Reformphase von 1997 bis 1998 existieren in Estland keine regionalen Selbstverwaltungsorgane. Die regionale Ebene ist gänzlich der staatlichen Exekutive unterstellt.

Aus der Perspektive der ethnischen Mobilisierung, der (Wieder-)Gründung des estnischen Nationalstaates als Staat, der einer Ethnie 'gehört', und der seitdem dominierenden Ethnopolitik ist die zögerliche Haltung in Fragen der Dezentralisierung von Kompetenz, Macht und Einfluss rational: Allgemein sind die postsozialistischen Länder Osteuropas durch einen massiven Zentralismus gekennzeichnet, der sich auch durch verschiedene Reformen hindurch immer wieder Bahn bricht. (Dieringer 2002) Für Estland als ethnisch heterogenem Staat gilt darüber hinaus, dass Regionalisierung und die damit einhergehende Dezentralisierung tatsächlich nur begrenzt verhandelbar sind. Hier ist die über die Ethnisierung der Bürokratie etablierte ethnische Verteilungslogik im Kern betroffen: Die bisher kaum in Zweifel gezogene Legitimität dieser Verteilungslogik wird durch Einführung föderaler oder regionaler Elemente bedroht. Wenn, wie im Nordosten Estlands, Region und ethnisches Siedlungsgebiet zusammenfallen, entstünde unter Umständen ernsthafte Konkurrenz zum bis dahin unbestrittenen (Verteilungs-)Zentrum, in dem sich die politische Elite über die Mobilisierung 'ihrer' Ethnie etablierte und legitimiert.

Die Erwartungen der Europäischen Union zielen jedoch in die genau entgegengesetzte Richtung: Mit der Förderung der Region wird nicht nur das Ziel eines sozialen Ausgleichs, sondern auch das einer Festigung der Demokratie der jungen Staaten verbunden. Besonderes Augenmerk in der Förderung kommt den Grenzregionen zu.<sup>170</sup> Gerade hier, wo aus estnischer

---

<sup>170</sup> Im Berichtsentwurf über den Stand der Beitrittsverhandlungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik des Europäischen Parlamentes wird ausdrücklich die Förderung Ida-Virumaas angemahnt: Hier seien von estnischer Seite die Anstrengungen zur Förderung neuer

Sicht am ehesten die Entwicklung von ethnisch motivierten zentrifugalen Kräften zu erwarten wäre und keine Interesse an einem Ausbau der Beziehungen über die Grenze hinweg besteht, ist aus Sicht der Europäischen Union nicht allein eine Verstärkung der Ostgrenze erforderlich - dies ist angesichts des schlechten Verhältnisses zwischen Estland und der russischen Föderation auch kein Problem. Von Seiten der EU wird vielmehr eine gute Kooperation an den neuen Außengrenzen angestrebt, die durch grenzüberschreitende Kooperationen gefördert werden soll. Seit den 1980er Jahren werden Grenzregionen innerhalb der EU gefördert, da ihnen eine wesentliche integrationspolitische Bedeutung zugeschrieben wird. Kempe et al. stellen fest, dass sich im Laufe der Jahre der Akzent in der Förderung verschob:

„Sowohl im Maastrichter Vertrag von 1993 als auch im Amsterdamer Vertrag von 1997 erhält die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine neue Akzentuierung. Das europäische Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit richtet sich nicht mehr nur auf die Beseitigung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Nachteile im Grenzraum, sondern die Grenzregionen sollen zu Motor der europäischen Integration werden“. (Kempe/v.Meurs/v.Ow 1999: 43)

Auch vom 2. Kohäsionsforum, das von der Europäischen Kommission in Brüssel im Mai 2001 veranstaltet wurde, ging ein deutliches Votum für eine Unterstützung von Regionen auf Gemeinschaftsebene aus. Das Forum sprach sich gleichzeitig gegen jegliche Form der Renationalisierung von Regionalpolitik aus. In der Förderung der Region wird mehr gesehen als ein Ausgleich der mit der Erweiterung wachsenden regionalen und sozialen Disparitäten. Verfolgt wird eine über ökonomische Ziele hinausgehende Realisierung gemeinsamer Wert- und Zielvorstellungen, um die Vorstellung „von einer gerechten und sozial ausgewogenen Gesellschaft mit steigendem Lebensstandard und Chancengleichheit für alle, also faktisch um die Herausbildung eines europäischen Gesellschaftsmodells (S.4)“. Ferner wurde hervorgehoben, dass im „Verlauf des Erweiterungsprozesses der Aufrechterhaltung des inneren Zusammenhaltes und der Solidarität“ in den Bewerberländern besondere Bedeutung zukomme: Denn dies sei „eine maßgebliche Voraussetzung für die Vermeidung sozialer Konflikte und die Gewährleistung der Chancengleichheit und somit für die Sicherung und Stärkung der Demokratie“<sup>171</sup> (S. 5).

---

Wirtschaftstätigkeiten zu verdoppeln, darüber hinaus werde hier eine wichtige Rolle für die Hilfe der Europäischen Union gesehen. (Entwurf eines Berichts über den Stand der Beitrittsverhandlungen, 19. März 2002: 11f)

<sup>171</sup> vgl. [http://www.europe.eu.int./comm/regional\\_policy/debate/document/synthe\\_de.pdf](http://www.europe.eu.int./comm/regional_policy/debate/document/synthe_de.pdf).

### 8.3. Fazit

Wie dieses Potential an widerstreitenden Erwartungen sich in der Union auswirkt, bleibt abzuwarten. Sind, wie eingangs erwähnt, gemeinsame Ziel- und Wertvorstellungen schon in der Auffassung von Staat und Nation nicht zu erzielen, zeigt das Beispiel der Regionalisierung wiederum hohe Erwartungen seitens der Union, die für die Beitrittsstaaten äußerst prekär sind. Die zukünftigen Mitgliedsstaaten verfolgen jedenfalls eine Integrationsvision, die euroföderalistischen Konzeptionen, wie sie etwa in der Konzeption von einem „Europa der Regionen“ von der Europäischen Kommission vertreten wurde, eindeutig ablehnend gegenüberstehen. (vgl. Ruge 2002: 726f)<sup>172</sup> Die Einführung oder Stärkung regionaler Gebietskörperschaften in den meisten Beitrittsländern bedeutet nicht, dass diese eine Regionalisierung und die damit einhergehende Dezentralisierung von Kompetenzen begrüßen:

„Zwar wird die interregionale, grenzüberschreitende Zusammenarbeit als nützliches Instrument der Heranführung an die EU durchaus begrüßt und auch erfolgreich praktiziert, dennoch werden mit dem Konzept des „Europa der Regionen“ auch ethnisch oder wirtschaftlich begründete regionale Konflikte gleichgesetzt und befürchtet, dass die Realisierung dieses Konzeptes zu möglicherweise gewalttätigen Desintegrationserscheinungen führen könnte“ (Ruge 2001:726).

Es zeigt sich, dass auch hier die weitgehenden Vorstellungen von einem geeinten Europa, in dem sich die Werte- und Zielvorstellungen decken und im institutionellen Wandel der Beitrittsländer niederschlagen, nicht erfüllen: Weder in der Minderheitenpolitik, noch in den Vorstellungen über die Kompetenzen als Nation noch in Fragen der Regionalisierung lassen sich die jungen Staaten zu Vorreitern bei der Lösung von Problemen machen, die meistens auch in den alten Mitgliedsstaaten nicht als gelöst gelten können. Eine Allianz könnte viel eher zwischen den osteuropäischen Staaten und denjenigen Gruppen innerhalb der EU zustande kommen, denen die Vergemeinschaftung von Europa und der Europäischen Union schon zu weit fortgeschritten ist. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die britische Konservative Partei eine rasche Osterweiterung aus der Überzeugung heraus unterstützt, dass die Erweiterung eine Vertiefung der Gemeinschaft verhindern, ihre föderalen Elemente schwächen und die Europäische Union in eine Art von Freihandelszone zurück verwandeln werde. (Eatwell/Ellman/Karlsson u.a. 1997: 20) Insofern bilden die ethnischen Strukturen in den osteuropäischen Beitrittsländern möglicherweise schon den Grundstein für

---

<sup>172</sup> Dabei soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, dass das Problem allein bei Osteuropa und seinen sich gegen einen Souveränitätsverlust sträubenden Nationalstaaten liegt. Die Abgabe von Kompetenzen und die ‚Eurobürokratie‘ fürchten nicht nur Esten – in der Diskussion in Frankreich um den drohenden Verlust der nationalen Identität äußern sich

neue politische Allianzen innerhalb der EU, eignen sie sich doch hervorragend dazu, durch eine zukünftige Unterstützung der jeweiligen Zentralregierungen in ihrem jeweiligen ethnopolitischen Interesse deren Unterstützung für andere politische Ziele innerhalb der EU zu sichern.

## Literaturverzeichnis

- Aasland, A. (1996): Household Composition. In: Groggaard, J.B. (Hg): Estonia in the Grip of Change. The NORBALT Living Conditions Project. FaFo Report 190. Oslo, S. 37-47.
- Aasland, A. (1996): Russians outside Russia. : The new Russian Diaspora. In: Smith, G. (Hg): The Nationalities Question in the Post-Soviet States. London, S. 477-497.
- Aasland, A./Flotten, T. (2001): Ethnicity and Social Exclusion in Estonia and Latvia. In: Europe-Asia Studies, Vol. 53, No. 7, S. 1023-1050.
- About Non-Estonians Integration into the Estonian Society, Materials of Sociological Studies. (1997) Tallinn.
- Aganbegjan, A. (1989): Ökonomie und Perestroika. Gorbatschows Wirtschaftsstrategien. Hamburg.
- Andersen, E. A. (2000): An Ethnic Perspective on Economic Reform. The Case of Estonia. Aldershot.
- Anderson, B./Silver, B./Titma, M. u.a.(1996): Estonian and Russian Communities. Ethnic and Language Relations. In: Internationale Journal of Sociology, Vol. 26, No. 2, S. 25-45.
- Arjupin, A. (2000): The Status of Illegal Aliens Subjected to Expulsion. Paper presented on the seminar „Refugee Policy, Integration and Naturalization of Ethnic Minorities in the Baltic Region“, Tallinn, 26.-27. September.
- Baberowski, J. (1998): Stalinismus an der Peripherie: Das Beispiel Azerbajd\_an 1920-1941. In: Hildermeier, M. (Hg): Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg. Neue Wege der Forschung. München.
- Baethge, M./Glott, R./Tasch, A. u.a. (1999): Dienstleistungsbeschäftigung im internationalen Vergleich. In: Baethge, M./Rock, R./Ochel, W. u.a.: Dienstleistungen als Chance: Entwicklungspfade für die Beschäftigung. Göttingen, S. 149-232.
- Barrington, L. (1995): The Domestic And International Consequences Of Citizenship in the Soviet Successor States. In: Europe-Asia Studies, Vol. 47, No. 5, S. 731-763.
- Barth, F. (1969): Ethnic Groups and Boundaries. London.
- Berg, E. (1999): Estonia's Northeastern Periphery in Politics: Socio-Economic and Ethnic Dimensions. Diss., Tartu.
- Berg, E. (2002): Local Resistance, National Identity and Global Swings in Post-Soviet Estonia. In: Europe-Asia Studies, Vol. 54; No. 1, S. 109-122.
- Berghe, P. van den (1979): The Ethnic Phenomenon. New York.
- Beyme, K. von (1994): Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt a.M.
- Birckenbach , H.-M. (2000): Half Full or Half Empty? The OSCE Mission to Estonia and its Balance Sheet 1993-1999. ECMI-Working Paper # 6.
- Birckenbach, H.-M. (1997): Preventive Diplomacy through Fact-Finding. How international organisations review the conflict over citizenship in Estonia and Latvia. Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft, Hamburg.
- Birckenbach, H.-M. (1999): Warum kein Krieg? Ein Beitrag zur Kriegsursachenanalyse. In: Greven, T./Jarasch, O. (Hg): Für eine lebendige Wissenschaft des Politischen. Umweg als Methode. Frankfurt.a.M., S. 151.165.



- Blanchard, O./Commander, S./Corricelli, F. (1994): Unemployment and Labour Markets in Eastern Europe. In: Boeri, T. (Hg): Unemployment in Transition Economies – Transistent or Persistent? Paris (OECD), S. 74-106
- Boeri, T. (Hg) (1994): Unemployment in Transition Economies – Transistent or Persistent? Paris (OECD).
- Bollow, U. (1998): Politisches und Rechtssystem Estlands. In: Graf, H./Kerner, M. (Hg): Handbuch Baltikum heute. Berlin, S. 89-112.
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches, kulturelles, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hg): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen.
- Bowen, J. R. (1996): The Myth Of Global Ethnic Conflict. In: Journal of Democracy, Vol. 7, No. 4, S. 3-29.
- Bremmer, I. (1994): The Politics of Ethnicity: Russians in the New Ukraine. In: Europa-Asia Studies, Vol. 46, No. 2, S. 261-283.
- Bremmer, I./Taras, R. (1997): New States, New Politics: Building the Post-Soviet Nations. Cambridge.
- Brettin, M. (1996): Das Scheitern eines unfreiwilligen Experiments: Die sowjetische Nationalitätenpolitik in der „Perestrojka“ (1985/87-1991) dargestellt am Beispiel Estlands. Hamburg.
- Brown, J. F. (1991): The Resurgence Of Nationalism. In: Report On Eastern Europe, No. 24, pp. 35-37.
- Brown, K. (2001): Integration through Education? The Russian-Speaking Minority and Estonian Society. ISRE Newsletter Vol 6, #2.
- Brubaker, R. (1997): Nationhood and the National Question in the Soviet Union and Post-Soviet Eurasia: An Institutionalist Account. In: Oommen, T.K. (Hg): Citizenship And National Identity, New Dehli u.a..
- Brubaker, R. (1999): The Manichean Myth: Rethinking the Distinction between „Civic“ and „Ethnic“ Nationalism. In: Kriesi, H./Armingeon, K./Siegrist, H. u.a. (Hg): Nation and National Identity. The European Experience in Perspective. Chur, S. 55-71.
- Butenschön, M. (1992): Estland, Lettland, Litauen: Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit. München.
- Carrère d'Encausse, H. (1979): Risse im roten Imperium. Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion. Wien u.a..
- Chinn, J./Kaiser, R. (1996): Russians as the New Minority. Ethnicity and Nationalism in the Soviet Successor States. Boulder.
- Commission on Security and Cooperation in Europe (1995): Report on the March 5, 1995 Parliamentary Election in Estonia and the Status of Non-citizens. Tallinn and Northeast Estonia. <http://www.house.gov/csce/1estonia95.html>.
- Connor, W. (1972): Nation-Building Or Nation-Destroying. In: World Politics, 24, pp. 319-355.
- Cornelius, P. (1995): Unemployment during Transition: The Experience of the Baltic Countries. In: Communist Economies & Economic Transformation, Nr. 4/95, IEA, London, S. 381-402.
- D'Anieri, P./Kravchuk, R./Kuzio, T. (1999): Politics and Society in Ukraine. Boulder.

- Dauderstädt, M. (1999): Gewerkschaften und Arbeitsmarkt in Ostmitteleuropa. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Politikinformation Osteuropa Online: Nr. 77. <http://www.fes.de/organisation/europe/info/1999/gewerkom99.html>.
- Eamets, R./Philips, K. (1995): Comparative Employment Structures and Unemployment in Eastern Europe. <http://www.geo.ut.ee/nbc/paper/eamets.htm>
- Eamets, R. (1995): Unemployment in Estonia: Myth or Reality? [http://www.ibs.ee/ibs/economics/estonian\\_labour\\_market.html](http://www.ibs.ee/ibs/economics/estonian_labour_market.html)
- Eamets, R. (1999): Editor's Foreword. In: Eamets, R. (Hg): Estonian Labour Market and Labour Market Policy. Ministry of Social Affairs of Estonia, Viljandi-Tartu, S. 4-6.
- Easter, G. M. (1996): Personal Networks And Postrevolutionary State Building. Soviet Russia Reexamined. In: World Politics, July; pp. 551-578.
- Elias, N (1976): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Band 1, Frankfurt a.M.
- Esser, H. (1988): Ethnische Differenzierung und moderne Gesellschaft. In: Zeitschrift für Soziologie, 17 Jg., Heft 4, S. 235-248.
- Esser, H. (1996): Ethnische Konflikte als Auseinandersetzung um den Wert von kulturellem Kapital. In: Heitmeyer, W.; Dollase, R. (Hg): Die bedrängte Toleranz. Ethnisch-kulturelle Konflikte, religiöse Differenzen und die Gefahr politisierter Gewalt. Frankfurt a. M., S. 64-99.
- Estonian Human Development Report 1995. United Nations Development Programme. Tallinn.
- Estonian Human Development Report 1996. United Nations Development Programme. Tallinn.
- Estonian Human Development Report 1997. United Nations Development Programme. Tallinn.
- Estonian Human Development Report 1998. United Nations Development Programme. Tallinn.
- Estonian Human Development Report 1999. United Nations Development Programme. Tallinn.
- Estonian Human Development Report 2000. United Nations Development Programme. Tallinn.
- Estonian Institute (1994): The Protection of Human Rights in Estonia. <http://www.ciesin.ee/ESTCG/POPULATION/PHR.html>.
- Estonian Institute (1994): The Restoration of Estonian Independence – [http://www.ciesin.ee/ESTCG/STATE/Restoration\\_Independence.html](http://www.ciesin.ee/ESTCG/STATE/Restoration_Independence.html)
- Estonian's Noncitizens: A Survey of Attitudes to Migration and Integration. International Organization for Migration 1997
- Ettmayer, W.(1999): Estland: der Aufbruch nach Europa. Berlin.
- Eurostat (2000): Beschäftigung und Arbeitsmarkt in den Ländern Mitteleuropas. Nr. 2, Januar 2000.
- Everly, R. (1997): Ethnic Assimilation or Ethnic Diversity? Integration and Estonia's Citizenship Law. In: Kirch, A.(Hg): The Integration of Non-Estonians into Estonian Society: History, Problems and Trends. Tallinn, S. 106-121.

- Forced Migration Projects (1997): Estonia and Latvia: Citizenship, Language and Conflict Prevention. A Special Report by the Forced Migration Projects. [Http://www.soros.org/fmp2/html/baltics.htm](http://www.soros.org/fmp2/html/baltics.htm).
- Flotten, T. (1996): Economic Resources. In: Groggaard, J.B. (Hg): Estonia in the Grip of Change. The NORBALT Living Conditions Project. FaFo Report 190. Oslo, S. 115-143.
- Fuchs-Heinritz, W. u. a. (Hg) (1994): Lexikon zur Soziologie. 3. Aufl., Opladen.
- Geertz, C. (1963): The Integrative Revolution. Primordial Sentiments and Civil Politics in the New States. In: Ders. (Hg): Old Societies and New States. The Quest for Modernity in Asia and Africa. New York, S. 105-157.
- Geistlinger, M./Kirch, A. (1995): Estonia; A new Framework for the Estonian Majority and Russian Minority. Ethnos, Bd. 45, Wien.
- Gellner, E. (1992): Nationalismus und Politik in Osteuropa. In: Prokla, 22. Jg., Heft 87, Nr. 2, S. 242-252.
- Geyer, D. (1993): Der Zerfall des Sowjetimperiums und die Renaissance der Nationalismen. In: Winkler, H. A./Kaelble, H. (Hg): Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität. Stuttgart, S. 156-186.
- Glaeßner, G.-J. (1994): Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Regimewechsel, Transition und Demokratisierung im Postkommunismus. Opladen.
- Glazer, N./ Moynihan, D. P. (1963): Beyond The Melting Pot. Cambridge/Mass..
- Glazer, N./ Moynihan, D.P. (Hg) (1975): Ethnicity. Theory and Experience. Cambridge/Mass.
- Grebing, H. (1995): Nationale Identität oder zivilisatorische Integration in Europa. In: Jansen, H./Niethammer, L./Weisbrod, B. (Hg): Von der Aufgabe der Freiheit. Berlin, S. 203-218.
- Greenfeld, L. (1999): Is Nation Unavoidable? Is Nation Unavoidable Today? In: In: Kriesi, H./Armingeon, K./Siegrist, H. u.a. (Hg): Nation and National Identity. The European Experience in Perspective. Chur, S.37-54.
- Grobe-Hagel, K. (1992): Rußlands Dritte Welt. Nationalitätenkonflikte und das Ende der Sowjetunion. Frankfurt a.M.
- Groggaard, J.P. (1996): Estonia in the Grip of Change. Fafo Report 190. Oslo.
- Gurr, T. R. (1993): Why Minorities Rebel: A Global Analysis Of Communal Mobilization And Conflict Since 1945. In: International Political Science Review, Vol. 14, No 2, 161-201.
- Gurr, T. R. (1994): Peoples Against States: Ethnopolitical Conflict And The Changing World System. In: International Studies Quarterley 38, 347-377.
- Haas, A. (1996): Non-Violence in Ethnic Relations in Estonia. Journal of Baltic Studies, Vol. XXVII, No. 1, S. 47-76.
- Hallik, K. (1996a): Ethnopolitical Conflict in Estonia. In: Drobizheva, L./Gottmoeller, R./McArdle Kelleher, C., u.a. (Hg): Ethnic Conflict in the Post-Soviet World. Case Studies and Analysis. New York, S. 87-108.
- Hallik, K. (1996b): From centre-periphery conflict to the making of new nationality policy in an independent state: Estonia. In Rupeshinge, K.; Tishkov, V.A. (Hg): Ethnicity and Power in the Contemporary World. Tokyo.

- Hallik, K. (1998): From Minority Consciousness to Nation-Statehood: Estonian Political Parties on Ethnic Issues. In: Vene Kõsimus Ja Eesti Valikud (Russian Minority and Challenges for Estonia), Tallinn, S. 275-278.
- Hanf, T (1990): Koexistenz im Krieg. Staatszerfall und Entstehen einer Nation im Libanon. Baden-Baden.
- Hanne, G./Onken, E.-V./Götz, N. (1998): Ethnopolitik. In: Graf, H./Kerner, M. (Hg): Handbuch Baltikum heute. Berlin, S. 299-334.
- Hechter, M. (1975): Internal Colonialism: The Celtic Fringe in British National Development 1536-1966. London.
- Heckmann, F. (1992): Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart.
- Heitmeyer, W. (1996): Ethnisch-kulturelle Konfliktdynamiken in gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen. In: Heitmeyer, W./Dollase, R. (Hg): Die bedrängte Toleranz. Ethnisch-kulturelle Konflikte, religiöse Differenzen und die Gefahr politisierter Gewalt. Frankfurt a.M., S. 31- 63.
- Heitmeyer, W. (1996): Ethnisch-kulturelle und religiöse Differenzen zwischen gewaltförmigen Politisierungen und inflationären Toleranzanforderungen. In: Heitmeyer, W./ Dollase, R. (Hg) : Die bedrängte Toleranz. Ethnisch-kulturelle Konflikte, religiöse Differenzen und die Gefahr politisierter Gewalt. Frankfurt a. M., S. 11- 28.
- Helemäe, J./Saar, E./Vöörmann, R. (1999): Dual Pattern of Job Mobility in Transitional Estonia. Institute for International and Social Studies, TPU, Estonia.
- Hirschmann, A. O. (1970): Abwanderung und Widerspruch. Tübingen.
- Hodnett, G. (1978): Leadership In The Soviet National Republics. Oakville.
- Hopkins, M./Elenurm, T./Feldman, G. (2000): Mid-Term Evaluation of Social Integration Projects in Estonia. Tallinn.
- Horowitz (1992): How to Begin Thinking Comparatively About Soviet Ethnic Problems. In: Motyl, A. J. (Hg): Thinking Theoretically about Soviet Nationalities. History and Comparison in the Study of the USSR. New York, S. 9-21.
- Horowitz, D. L. (1985): Ethnic Groups in Conflict. Berkeley.
- Huang, M. (1999): A deflating Election Experience. Estonia went to the polls for the last time this century. In: Central Europe Review, Vol, 1, No. 18 <http://www.ce-review.org/99/18/amber18.html>.
- Huang, M. (2000): EC 2000 Progress Report on Estonia. In: Central Europe Review, vol. 2, No. 39, 13. November. <http://www.ce-review.org/2000/39/amber18.html>.
- Huntington, S. P. (1993): The Clash of Civilizations? In: Foreign Affairs, Vol. 72, No 3, S. 22-49.
- Huntington, S. P. (1996): Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21.Jahrhundert. München.
- Janmaat, J.G. (2000): Nation-Building in Post-Soviet Ukraine. Educational Policy and the Response of the Russian-Speaking Population. Utrecht.
- Järve, P. (2002): Attitudes towards the EU in Estonia. In: Hubel, H. (Hg): EU Enlargement and Beyond: The Baltic States and Russia. Berlin, S. 243-257.

- Jones, E; Grupp, F. W. (1984): Modernisation and Ethnic Equalisation in the USSR. In: Soviet Studies 36, April, pp. 159-184.
- Kappeler, M. (1992): Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung. Geschichte. Zerfall. München.
- Karger, A. (1995): Die Erblast der Sowjetunion. Stuttgart.
- Karklins, R. (1986): Ethnic Relations in the USSR. The Perspective from below. Boston.
- Kellas, J. G. (1998): The Politics of Nationalism and Ethnicity. Basingstoke.
- Kern, H. (1995): Kulturvergleich - wie und warum?. Bemerkungen anlässlich des von Joachim Matthes herausgegebenen Bandes "Zwischen den Kulturen?" In: Soziologische Revue, Heft 1, 18. Jg., S. 3-19.
- Kivirähk, J. (1991): From the Singing Revolution to the Referendum of Independence. EMOR-Reports. Quarterly of Estonian Market and Opinion Research Centre, Nr.1, S. 12-14.
- Kirch, A. (1997): Socio-Demographic Changes during 1945-1995 and their Causes. In: Ders. (Hg): The Integration of Non-Estonians into Estonian Society: History, Problems and Trends. Tallinn, S. 16-24.
- Kirch, A./Kirch, M. (1992): National Minorities in Estonia. In: Rupesinghe, K. (Hg): Ethnicity and Conflict in a Post-Communist World. The Soviet Union, Eastern Europe and China. London, S. 89-105.
- Kollist, A. (1999): Report der Commission on Security and Cooperation in Europe 1995.
- Kolstoe, P. (1995): Russians in the former Soviet Republics. London.
- Kruusvall, J. (1998): Trust and Distrust in Interethnic Relations. In: Vene Kõsimus Ja Eesti Valikud (Russian Minority and Challenges for Estonia), Tallinn, S.271-275.
- Kulikov, D. (1999): An Analysis of Structural Unemployment in Estonia during the Transition Period 1989-1994. In: Eamets, R. (Hg): Estonian Labour Market and Labour Market Policy. Ministry of Social Affairs of Estonia, Viljandi-Tartu, S. 19-47.
- Kutsar, D. (1996): Feeling of Security and Social Networks. In: Groggaard, J.B. (Hg): Estonia in the Grip of Change. The NORBALT Living Conditions Project. FaFo Report 190. Oslo, S. 173-186..
- Laitin, David D.(1998): Identity in Formation: The Russian-Speaking Populations in the Near Abroad. Ithaca.
- Lakiza-Sachuk, N. (1996): Ethnic Conflicts in Ukraine. In: Waller, M./Coppieters, B./Malashenko, A. (Hg): Conflicting Loyalties and the State in Post-Soviet Russia and Eurasia. London, S. 33-52.
- Lakiza-Sachuk, N./Melnyczuk, N. (1996): Ukraine after Empire. Ethnicities and Democracy. In: Drobizheva, L./Gottemoeller, R./McArdle Kelleher, C., u.a. (Hg): Ethnic Conflict in the Post-Soviet World. Case Studies and Analysis. New York, S. 109-127.
- Latvian Human Development Report 1995. United Nations Development Programme. Riga.
- Lauristin, M./ Vihalemm, P. (1997): Recent Historical Developments in Estonia: Three Stages of Transition (1987-1997). In: Lauristin, M./ Vihalemm, P. u.a.(Hg): Return to the Western World. Cultural and Political Perspectives on the Estonian Post-Communist Transit. Tartu.
- Legal Information Centre for Human Rights (2000a): Russian Minority in General. [http://www.lichr.ee/eng/researchers.analysis/russian\\_minority\\_in\\_general.htm](http://www.lichr.ee/eng/researchers.analysis/russian_minority_in_general.htm).

- Legal Information Centre for Human Rights (2000b): Interview with Andres Kollist: The Aim was to make Life for Russians Hell. [http://www.lichr.ee/eng/articles/interview\\_with\\_former\\_director\\_g.htm](http://www.lichr.ee/eng/articles/interview_with_former_director_g.htm).
- Legal Information Centre for Human Rights (2000c): Differences in the Legal Status. <http://www.lichr.ee/eng/researchers.analysis/diff.htm>.
- Legal Information Centre for Human Rights (2000d): New Language Restrictions. <http://www.lichr.ee/eng/researchers.analysis/deputat.htm>
- Leonhard, W. (1990): Sowjetreformen: Ergebnisse, Probleme, Perspektiven. Wien.
- Lindner, R. (1998): Ku\_mas Stuhl wackelt. Transformationsstau und Interessendivergenzen in der Ukraine. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Jg.48, H. 8-9, S. 920-937.
- Lithuanian Human Development Report 1995. United Nations Development Programme. Vilnius
- Lithuanian Human Development Report 1996. United Nations Development Programme. Vilnius
- Lösch, D. (2000): Estland. In: Lösch, D./ Plötz, P./ Polkowski, A.: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen im Frühjahr 2000. HWWA Report 203.
- Lübbe, H. (1979): Politischer Historismus. Zur Philosophie des Regionalismus. In: Politische Vierteljahresschrift, 20 Jg., Nr. 1, S. 7-15.
- Marksoo, Ü. (1996): Labour Market Situation. In: Groggaard, J.B. (Hg): Estonia in the Grip of Change. The NORBALT Living Conditions Project. FaFo Report 190. Oslo, S. 101-114.
- Marksoo, Ü./Luuk, M. (1999): Unemployment in Estonia – Distinction between Labour Force Survey and Registered Unemployment Statistics. In: Eamets, R. (Hg): Estonian Labour Market and Labour Market Policy. Ministry of Social Affairs of Estonia, Viljandi-Tartu, S. 7-18.
- Marshall, G. (1994): The Concise Oxford Dictionary Of Sociology. Oxford.
- Marshall, T. H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen: Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a. M..
- Marx, K. (1953): Manifest der Kommunistischen Partei. In: Landshut, S. (Hg): Karl Marx. Die Frühschriften. Stuttgart.
- May, S. (2001): Language and Minority Rights: Ethnicity, Nationalism and the Politics of Language. Harlow.
- Meyer, David J. (1996): Why have Donbas Russians not ethnically mobilized like Crimean Russians have? An institutional/demographic Approach. In: Micgiel, John (Hg): State and Nation building in East Central Europe: Contemporary Perspectives. New York, S. 317-330.
- Meyer, G. (1990): Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion. Köln.
- Mommsen, M. (1992): Von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. In: Dies. (Hg): Nationalismus in Europa: Gefährliche Wege in die Demokratie. München, S. 18-46.
- Motyl, A. J. (Hg): Thinking Theoretically about Soviet Nationalities. History and Comparison in the Study of the USSR. New York.

- Münz, R./Ohliger, R. (1999): Die Ukraine nach der Unabhängigkeit: Nationsbildung zwischen Ost und West. Bericht des BIOST (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien), Nr. 5
- Nagel, J. (1986): The Political Construction of Ethnicity. In: Olzak, S./Nagel, J. (Hg): Competitive Ethnic Relations. Orlando.
- Neckel, S. (1995): Politische Ethnizität. Das Beispiel der Vereinigten Staaten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft: Politische Institutionen im Wandel, S. 217-236.
- Nelson, B. (1977): Der Ursprung der Moderne. Vergleichende Studien zum Zivilisationsprozeß. Frankfurt a. M.
- Neue Zürcher Zeitung v. 09.03.1999: Sieg der Rechtsparteien in Estland.
- Norgaard, O. (1996): The Baltic States after Independence. Cheltenham.
- Olzak, S; Nagel, J. (Hg) (1986): Competitive Ethnic Relations. Orlando.
- Open Estonia Foundation (1997a): Estonia's Experiment – The Possibilities to Integrate Non-Citizens into the Estonian Society. Tallinn. <http://www.oef.org.ee/integrenenglish.html>.
- Open Estonia Foundation (1997b): Research of North-Eastern Estonia Town residents. Tallinn. <http://www.oef.org.ee/research/k-e-ik.html>.
- Ostendorf, B. (1996): Probleme mit der Differenz. Historische Ursachen und gesellschaftliche Konsequenzen der Selbstethnisierung in den USA. In: Heitmeyer, W.; Dollase, R. (Hg): Die bedrängte Toleranz. Ethnisch-kulturelle Konflikte, religiöse Differenzen und die Gefahr politisierter Gewalt. Frankfurt a. M., S. 155- 178.
- Oswald, I. (1996): Ethnizität und Nationalismus in Rußland. Über die ethnischen Identitäten ehemaliger Sowjetbürger. In: Balla, B./Sterbling, A. (Hg): Zusammenbruch des Sowjetsystems - Herausforderung für die Soziologie. Hamburg, S. 239-251.
- Ott, A. (1998): Die Parlamentswahlen in der Ukraine 1998. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Jg.48, H. 10, S. 994-1009.
- Park, Andrus (1994): Ethnicity and Independence: The Case of Estonia in Comparative Perspective. In: Europe-Asia Studies, Vol.46, No. 1, S. 69-87.
- Parsons, T (1972): Das System moderner Gesellschaften. München.
- Parsons, T. (1975): Some Theoretical Considerations on the Nature and Trends of Change in Ethnicity. In: Glazer, N./Moynihan, D. P. (Hg): Ethnicity. Theory And Experience. Cambridge/Mass., pp. 53-83.
- Pavelson, M. (2000): Socio-economic Integration: Employment and Incomes. In: Integration of Estonian Society. Monitoring 2000. Tallinn.
- Pettai, V. (1999): Institutions and Party Development in the Baltic States. Paper presented at the Workshop on European Aspects of Post-Communist Party Development, Mannheim, Germany, 26-31 March 1999.
- Pettai, V. (2000a): Competing Conceptions of Multiethnic Democracy: Debating Minority Integration in Estonia. Paper presented at the European Consortium for Political Research Workshop, Copenhagen.
- Pettai, V. (2000b): Estonia and Latvia: International Influences on Citizenship and Minority Integration. Manuskript.

- Philips, K. (1999): Wage Dynamics and Labour Market Mobility in Estonia. In: Eamets, R. (Hg): Estonian Labour Market and Labour Market Policy. Ministry of Social Affairs of Estonia, Viljandi-Tartu. S. 48-55.
- Pirie, P. (1996): National Identity and Politics in Southern and Eastern Ukraine. In: Europe-Asia Studies, Vol.48, No. 7, S. 1079-1104.
- Pitsch, A./Boomgaard, M (2000): Russians of the Ukraine. <http://www.bsos.umd.edu/cidcm/mar/ukruss.ht>
- Pleines, H. (1998): Die Regionen der Ukraine. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Jg.48, H. 4, S.365-372.
- Pole\_t\_uk, V. (2000): Current Problems of Integration and Naturalization in Estonia. Paper presented on the seminar „Refugee Policy, Integration and Naturalization of Ethnic Minorities in the Baltic Region“, Tallinn, 26.-27. September.
- Rauch, G. v. (1990): Geschichte der baltischen Staaten. München.
- Raun, T.U. (1987): Estonia and the Estonians. Stanford.
- Rajangu, V./Meriste, M. (1996): Educational Institutions For Ethnic Minorities in Estonia. Tallinn.
- Resler, T. (1997): Dilemmas of Democratisation: Safeguarding Minorities in Russia, Ukraine and Lithuania. In: Europe-Asia Studies, Vol.49, No. 1, S. 89-106.
- Rex, J (1990): "Rasse" und "Ethnizität" als sozialwissenschaftliche Konzepte. In: Dittrich, E.J./Radtko, F.-O. (Hg) (1990): Ethnizität. Wissenschaften und Minderheiten. Opladen, S. 141-153.
- Richter, D. (1996): Nation als Form. Opladen.
- Rockett, R. L. (1981): Ethnic Nationalities in the Soviet Union. Sociological Perspectives on a Historical Problem. New York.
- Roeder, P. G. (1991): Soviet Federalism and Ethnic Mobilization. In: World Politics 43, S.196-232.
- Rose, R. (1997): New Baltic Barometer III: A Survey Study. Studies in Public Policy 284. Glasgow.
- Schieder, T. (1991): Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa. Göttingen.
- Schneider-Deters, W. (2000a): Präsident Ku\_ma wiedergewählt. Neubeginn in der Ukraine. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Jg.50, H. 4, S. 351-366.
- Schneider-Deters, W. (2000b): Die Wiederwahl des Präsidenten Ku\_ma. Rückschritt für die Demokratie oder Fortschritt für die Reformen in der Ukraine? In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Jg.50, H. 5, S. 504-519.
- Semjonov, A. (2000): Estonia: Nation Building and Integration. Political and legal Aspects. Manuskript.
- Shevchuk, Y.I. (1996): Citizenship in Ukraine: A Western Perspektive. In: Micgiel, J.S. (Hg): State and Nation Building in East Central Europe: Contemporary Perspectives. New York, S. 351-369.
- Shlapentokh, V./Sendich, M./Payin, E. (1994): The New Russian Diaspora. Russian Minorities in the Former Soviet republics. New York.



- Simon, G. (1986): Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft. Baden-Baden.
- Smith G./Wilson, A. (1997): Rethinking Russia's Post-Soviet Diaspora: The Potential for Political Mobilisation in Eastern Ukraine and North-East Estonia. In: Europe-Asia Studies, Vol. 49, No. 5, S. 845-864.
- Smith, A. D. (1986): The Ethnic Origins Of Nations. Oxford.
- Smith, D.J. (1998): Russia, Estonia and the Search for a Stable Ethno-Politics. In: Journal of Baltic Studies, Vol. XXIX, No.1, S. 3-18.
- Smith, G. (1999): The Post-Soviet States. Mapping The Politics of Transition. London.
- Snyder, L. L. (1990): Encyclopedia of Nationalism. Chicago.
- Solchanyk, R. (1994): The Politics of State Building: Centre-Periphery Relations in Post-Soviet Ukraine. In: Europe-Asia Studies Vol. 46, No.1, S. 47-68.
- State Programme: Integration in Estonian Society 2000-2007. Approved by the Government of Estonia on March 14, 2000.
- Statistical Office of Estonia (versch. Jahrg.): Estonian Labour Force Survey. Tallinn.
- Steen, A. (1997a): Between past and future: elites, democracy and the state in post-communist countries: a comparison of Estonia, Latvia and Lithuania. Aldershot.
- Steen, A. (1997b): The New Elites in the Baltic States: Recirculation and Change. In: Scandinavian Political Studies, Vol. 20, No. 1, S. 91-112.
- Suny, R.G. (1994): The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution, and the Collapse of the Soviet Union. Stanford.
- Suny, R.G. (1998): The Soviet Experiment. Russia, the USSR, and the Successor States. Oxford.
- Taagepera, R. (1993): Estonia. The Baltic Baltic Republics. People to People. Tucson.
- Thiele, C. (1999): Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz in Estland. Diss., Frankfurt (Oder).
- Titma, M./Saar, E. (1996): Educational Careers in Estonia. In: International Journal of Sociology, Vol. 26, No. 3, S. 3-30.
- United People's Party of Estonia: The Programme of the Estonian United People's Party. <http://www.stv.ee/~eurp/main/english.htm>.
- Vihalemm, T. (1999): Group Identity Formation Processes among Russian-Speaking Settlers of Estonia: A Linguistic Perspective. In: Journal of Baltic Studies, Vol. XXX, No.1, S. 18-39.
- Waldmann, P. (1992): Ethnischer Radikalismus. Ursachen und Folgen gewaltsamer Minderheitenkonflikte am Beispiel des Baskenlandes, Nordirlands und Quebecs. Opladen.
- Walzer, M. (1994): Sphären der Gerechtigkeit: Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt a. M..
- Weber, M. (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. 5. Aufl. Tübingen.
- Weber, M. (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen.
- Wilson, A. (1993): The Growing Challenge to Kiev from the Donbas. RFE/RL Research

Report v. 20. August.

- Wilson, A. (1997): *Ukrainian Nationalism in the 90s. A Minority Faith*. Cambridge.
- Wimmer, A. (1995): *Interethnische Konflikte. Ein Beitrag zur Integration aktueller Forschungsansätze*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Heft 3, S. 464-493.
- Wimmer, A. (1999): *Introduction*. In: Kriesi, H./Armingeon, K./Siegrist, H. u.a. (Hg): *Nation and National Identity. The European Experience in Perspective*. Chur, S. 31-36.
- Wolff, R. (1996): *Vom Leben als Bürger zweiter Klasse*. In: *taz*, 23. Dezember, S. 18.
- [www.sm.ee/statistics1.html](http://www.sm.ee/statistics1.html), *Statistics and figures: Socio-economic situation under the Ministry of Social Affairs*, updated 15.10.1999; zuletzt aufgesucht am 1.11.2001
- Zaagman, Rob (1999): *Conflict Prevention in the Baltic States: The OSCE High Commissioner on National Minorities in Estonia, Latvia and Lithuania*. ECMI Monograph #1.
- Zimmer, K. (2000): *Local and Regionale Development Policy in the Donetsk Region – Potential for Action and Need for Consultancy*. Manuskript.
- Zweites Kohäsionsforum. Bericht über die Brüsseler Konferenz v. 21./22. Mai 2001. [http://www.europe.eu.int./comm/regional\\_policy/debate/document/synthe\\_de.pdf](http://www.europe.eu.int./comm/regional_policy/debate/document/synthe_de.pdf)

Ich versichere, dass ich die vorliegende Dissertation „Die Politisierung der ethnischen Differenz. Ethnische Mobilisierung und Ethnopolitik in Estland seit der Perestrojka.“ selbständig und ohne unerlaubte Hilfsmittel verfasst habe. Anderer als der von mir angegebenen Hilfsmittel und Schriften habe ich mich nicht bedient. Alle wörtlich oder sinngemäß den Schriften anderer Autoren entnommenen Stellen habe ich kenntlich gemacht.

Stephanie Dittmer

Göttingen, den 17. Februar 2003

## **Lebenslauf**

### **Stephanie Dittmer**

Magistra Artium

geb. am 02.02.1966 in Hannover

Familienstand: verheiratet

Staatsangehörigkeit: Deutsch

Weender Str. 36

37073 Göttingen

Tel. 0551 / 54 14 98

e-mail: sdittme1@gwdg.de

### **Schulbesuche**

1972-1976

Grundschule am Welfenplatz, Hannover

1976-1985

Ricarda-Huch-Gymnasium, Hannover

Juni 1985

Abitur, Durchschnittsnote 1,9

### **Studium**

10 / 1985 - 02 / 1989

Studium der Slavistik, Soziologie und osteuropäischen Geschichte an der Georg-August Universität in Göttingen.

07 / 1989 - 10 / 1997

September 1989 Wechsel des Hauptfaches von Slavistik zur Soziologie  
Abschluß: Magistra Artium (M.A.), Gesamtnote „Sehr gut“.

10 / 1998 – 10 / 2001

Promotionsstudium im DFG-Graduiertenkolleg „Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells“ am Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien in Göttingen

### **Beschäftigungen seit Abschluss des Studiums**

10 / 1997 – 10 / 1998

Koordinatorin des DFG-Graduiertenkollegs der Universität Göttingen  
„Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells“

Ab 02 / 1996

Lehrtätigkeit in der Erwachsenenbildung in den Fächern Wirtschafts- und Sozialkunde

04 / 20002- 07 / 2002

Lehrauftrag an der Universität Göttingen, Seminar: „Clash of Civilizations? Einführung in die ethnische Konfliktforschung am Beispiel osteuropäischer Transformationsländer“

07 / 2002 - 01 / 2003

Mitarbeiterin im Projekt „Rückgekoppelte Autonomie“ an der Universität Göttingen

seit 01/2003

Persönliche Referentin des Präsidenten der Universität Göttingen

Göttingen, den 29. April 2004